



ISRAELISCHE APARTHEID GEGEN PALÄSTINENSER

GRAUSAMES HERRSCHAFTSSYSTEM UND
VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT



Amnesty International ist eine Bewegung von 10 Millionen Menschen, die die Menschlichkeit in jedem Menschen mobilisiert sowie Kampagnen für einen Wandel, damit wir uns alle unserer Menschenrechte erfreuen können. Unsere Vision ist eine Welt, in der die Machthaber ihre Versprechen halten, das Völkerrecht respektieren und zur Rechenschaft gezogen werden. Wir sind unabhängig von jeder Regierung, politischen Ideologie, wirtschaftlichem Interesse oder von Religion und finanzieren uns meistens durch Mitgliedschaft und Einzelspenden. Wir glauben, dass solidarisches Handeln und Mitgefühl mit den Menschen überall unsere Gesellschaft zum Besseren ändern kann.

© Amnesty International 2022

Sofern nicht anders angegeben, ist der Inhalt dieses Dokuments unter einer Creative-Commons-Lizenz (Namensnennung, nicht-kommerziell, keine Ableitungen, international 4.0) lizenziert.

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/legalcode>

Titelfoto: Palästinensische Demonstranten laufen während einer Demonstration im nördlichen Gazastreifen im September 2018 zum Erez-Übergang, dem einzigen Grenzübergang zwischen dem Gazastreifen und Israel. 2018 © Said Khatib / AFP via Getty Images

Für weitere Informationen besuchen Sie bitte die Seite mit den Genehmigungen auf unserer Webseite: www.Amnesty.org.

Wenn Material einem anderen Urheberrechtsinhaber als Amnesty International zugeschrieben wird, unterliegt dieses Material nicht der Creative-Commons-Lizenz.

Erstmals veröffentlicht in 2022 von Amnesty International Ltd
Peter Benenson House, Easton 1 Street, London WC1X 0DW UK

Index: MDE 15/5141/2022
Original Sprache: Englisch

Dies ist die Übersetzung aus dem englischen Original in die deutsche Sprache.

Fußnoten sind im englischen Original zu finden.

www.amnesty.ch/de/laender/naher-osten-nordafrika/israel-besetzte-gebiete/dok/2022/apartheid-gegen-die-palaestinerinnen/report-israels-apartheid-against-palestinians.pdf

Übersetzt von Inga Gelsdorf

Technische Bearbeitung: E. Arendt - „Das Palästina Portal“

30. 3. 2022

INHALT

	ABKÜRZUNGEN UND GLOSSAR	5
1.	KURZFASSUNG	12
2.	ANWENDUNGSBEREICH UND METHODIK	39
2.1.	SCOPE	39
2.2.	METHODIK	42
3.	TIMELINE	43
4.	APARTHEID IM INTERNATIONALEN RECHT	45
4.1.	VERBOT UND KRIMINALISIERUNG DER APARTHEID	45
4.1.1	Definitionen von Apartheid im internationalen Recht	47
4.2.	INSTITUTIONALISIERTES REGIME DER SYSTEMATISCHEN UNTERDRÜCKUNG UND BEHERRSCHUNG	49
4.3.	UNTERDRÜCKUNG UND BEHERRSCHUNG EINER RASSISCHEN GRUPPE	50
4.4.	VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT	52
4.5.	UNMENSCHLICHE UND INHUMANE HANDLUNGEN	54
4.5.	BESONDERE ABSICHT	54
4.7.	APARTHEID IN SITUATIONEN DER KRIEGERISCHEN BESETZUNG	55
4.8.	SYSTEM UND VERBRECHEN DER APARTHEID	55
5.	ISRAELS UNTERDRÜCKUNG UND BEHERRSCHUNG DER PALÄSTINENSER	56
5.1	DIE ABSICHT, DAS PALÄSTINENSISCHE VOLK ZU UNTERDRÜCKEN UND ZU BEHERRSCHEN	58
5.1.1	Palästinenser und jüdische Israelis als rassistische Gruppen	65
5.2	AUFSPPLITTERUNG IN BEREICHE DER KONTROLLE	66
5.2.1	Palästinenser in Israel	67
5.2.2	Palästinenser in den OPT	68
5.2.3	Palästinenser außerhalb Israels und der OPT	71
5.3	EINSCHRÄNKUNGEN UND KONTROLLE	71
5.3.1	Verweigerung des Rechts auf gleiche Staatsangehörigkeit und gleichen Status	72
5.3.2	Einschränkung der Bewegungsfreiheit als Mittel zur Kontrolle von Land und Menschen	82
5.3.3	Trennung von Familien durch diskriminierende Gesetze	85
5.3.4	Einsatz der Militärherrschaft	91
5.3.5	Einschränkung des Rechts auf politische Beteiligung und des Widerstands der Bevölkerung	94
5.4	ENTEIGNUNG VON LAND UND EIGENTUM	98
5.4.1	Gesetze und Politiken zur Enteignung von Land	98
5.4.2	Grundbucheintragung: Registrierung der Landrechte	107
5.4.3	Diskriminierende Zuteilung von enteignetem palästinensischem Land für jüdische Siedlungen	110
5.4.4	Diskriminierendes Stadtplanungs- und Flächennutzungssystem	124
5.5	VORENTHALTUNG VON WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN RECHTEN	140
5.5.1	Unterdrückung der menschlichen Entwicklung in Palästina	140
5.5.2	Diskriminierende Zuteilung von Ressourcen	152
5.5.3	Diskriminierende Erbringung von Dienstleistungen	166
5.6	EIN SYSTEM DER UNTERDRÜCKUNG UND DER BEHERRSCHUNG	177

6.	UNMENSCHLICHE UND INHUMANE HANDLUNGEN GEGEN PALÄSTINENSER	189
6.1.	ZWANGSWEISE ÜBERFÜHRUNG	190
6.1.1	EINSCHLÄGIGE STRAFTATEN NACH INTERNATIONALEM RECHT	
6.1.2	DIE ISRAELISCHE POLITIK UND PRAXIS	190
6.1.3	Muster unmenschlicher und inhumaner Handlungen	191
6.2	ADMINISTRATIVHAFT UND FOLTER	208
6.2.1	Einschlägige Verbrechen nach internationalem Recht	208
6.2.2	Israelische Politik und Praxis	208
6.2.3	Muster unmenschlicher und inhumaner Handlungen	216
6.3	RECHTSWIDRIGE TÖTUNGEN UND SCHWERE VERLETZUNGEN	215
6.3.1	Einschlägige Verbrechen nach internationalem Recht	215
6.3.2	Die israelische Politik und Praxis	216
6.3.3	Muster unmenschlicher und inhumaner Handlungen	223
6.4	VERWEIGERUNG DER GRUNDRECHTE UND -FREIHEITEN UND VERFOLGUNG	224
6.4.1	Einschlägige Verbrechen nach internationalem Recht	224
6.4.2	Israelische Strategien und Praxis	225
6.4.3	Muster unmenschlicher oder inhumaner Handlungen	229
6.5	SICHERHEITSERWÄGUNGEN UND DIE ABSICHT, APARTHEID ZU BEGEGHEN	229
6.6	VERBRECHEN DER APARTHEID GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT	231
7.	SCHLUSSFOLGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN	232
7.1	SCHLUSSFOLGERUNGEN	232
7.1.1	Ein System und Verbrechen der Apartheid gegen Palästinenser	232
7.1.2	Rechtsmittel	234
7.1.3	Untätigkeit der internationalen Gemeinschaft	237
7.2	EMPFEHLUNGEN	237
7.2.1	Israelische Behörden	238
7.2.2	Palästinensische Behörden	243
7.2.3	UN-Menschenrechtsrat	243
7.2.4	UN-Sicherheitsrat	244
7.2.5	UN-Generalversammlung	244
7.2.6	Büro des Anklägers des IStGH	244
7.2.7	Andere Regierungen und regionale Akteure	244
7.2.8	Unternehmen	245
7.2.9	Nationale und internationale humanitäre und Entwicklungsorganisationen	245

GLOSSAR

ACRI	Association - for Civil Rights in Israel, eine Menschenrechtsorganisation
Adalah	Adalah – Das juristische Zentrum für arabische Minderheiten in Israel, eine Menschenrechtsorganisation
Addameer	Adameer Gefangenenunterstützungs- u. Menschenrechtsorganisation
Akevot	Akevot Institut für israelisch-palästinensische Konfliktforschung
Al-Haq	Recht im Dienste des Menschen, eine Menschenrechtsorganisation
Al Mezan	Zentrum für Menschenrechte, eine Menschenrechtsorganisation
Apartheid Konvention	Internationale Konvention zur Unterbindung und Bestrafung des Apartheid-Verbrechens
ARIJ	Angewandtes Forschungsinstitut - Jerusalem
Ateret Cohanim	Davor bekannt als Ateret Yerushalayim, eine jüdische Siedlerorganisation
Badil	Ressourcenzentrum für Aufenthalts- und Flüchtlingsrechte
Bimkom	Planer für Planungsrechte, eine Menschenrechtsorganisation
B'tselem	Israelisches Informationszentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten, eine Menschenrechtsorganisation
buffer zone“	Gebiet mit eingeschränktem Zugang entlang des Gazastreifens, der den Gazastreifen von Israel trennt
CAT	UN-Ausschuss gegen Folter
CEDAW	UN-Ausschuss für die Unterbindung der Diskriminierung von Frauen
CESCR	UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Recht
Civil Administration	Israelische Militäreinheit, die alle Angelegenheiten für jüdische Siedler und palästinensische Einwohner der Westbank ausschließlich Jerusalems kontrolliert
COGAT	(Israels) Koordination von Regierungsangelegenheiten in den Gebieten
Konvention gegen Folter	(UN) Konvention gegen Folter und andere Grausamkeiten, unmenschliche oder degradierende Behandlung oder Bestrafung
Custodian of Absentee Property	Oberhaupt einer Einheit, das von dem israelischen Finanzminister ernannt wurde, der das Eigentum der Abwesenden bearbeitet
Custodian for Government and Abandoned operty in Judea and Samaria	Leiter einer Einheit unter der israelischen Zivilverwaltung, die für die Land- und Eigentumszuteilung in der besetzten Westbank, einschließlich Jerusalems zuständig ist

Custodian General	Leiter einer dem Justizministerium unterstellten Einrichtung, die sämtliches Eigentum in Israel verwaltet, wenn die Eigentümer dazu nicht in der Lage sind oder unauffindbar sind, als auch eine wichtige Rolle bezüglich des Eigentum in Ostjerusalem, das vor 1948 Israelis gehörte
DCI Palestine	Defense for Children international – Palestine -Verteidigung von Kindern international – Palästina, eine Menschenrechtsorganisation
Development Authority	Israelisches Gremium, errichtet, um das Eigentum von palästinensischen Flüchtlingen und anderes vom Staat konfisziertes Eigentum
„dual use“ policy	Strategie, die palästinensische Importe in die OPT von Gütern einschränkt, die nach Israels Ansicht sowohl für Militär- als auch zivile Zwecke eingesetzt werden können
Dunam	Land(maß) (10 Dunam = 1 Hektar)
Elad	Elad-Ir Foundation, Stiftung – eine jüdische Siedlerorganisation
Erez Crossing	Erez- Übergang zwischen Israel und dem Gazastreifen
ESWA	(UN) Wirtschafts- und Sozialausschuss für Westasien
GDP	BIP Bruttoinlandprodukt
Gisha	Juristisches Zentrum für Bewegungsfreiheit, eine Menschenrechtsorganisation
Grüne Linie	Demarkationslinie von 1949 -Waffenstillstand zwischen Israel und seinen Nachbarn, die als de-facto-Grenzen des Staates Israel bis 1967 diente
GRM	Gaza Reconstruction Mechanism (Wiederaufbau-Mechanismus)
Haaretz	Israelische Zeitung
HaMoked	Zentrum zur Verteidigung des Menschen, eine Menschenrechtsorganisation
HCJ	(Israels) Hoher Gerichtshof, eine Funktion von Israels Oberstem Gerichtshof, wenn er die richterliche Kontrolle über die Exekutivbehörden ausübt.
HRC	UN Menschenrechtsausschuss
HRW	Human Rights Watch, eine Menschenrechtsorganisation
IACtHR	Inter-American Court on Human Rights (Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte)
ICAHD	Israeli Committee Against House Demolitions - Israelisches Komitee gegen Häuserzerstörungen, eine Menschenrechtsorganisation
ICBS	Israeli Central Bureau of Statistics – Israelischen Zentralbüro für Statistik
ICC	International Criminal Court – IStGH – Internationaler Strafgerichtshof
ICCPR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
DAS ICERD	Internationaler Pakt zur Beseitigung aller Arten von rassistischer Diskriminierung

ICESR	Internationaler Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
ICJ	IGH – Internationaler Gerichtshof
ICRC	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
ICTR	Internationales Strafgericht für Ruanda
ICTY	Internationales Strafgericht für das ehemalg Jugoslawien
IDP	Binnenvertriebener
ILC	(UN) Internationale Rechtskommission
Intifada	Palästinensischer Aufstand gegen die israelische Militärherrschaft
Ir Amin	Eine Menschenrechtsorganisation, die sich auf Jerusalem konzentriert
Israel Land Administration Israel Land Authority	Vorgängergremium der Israel-Land-Behörde Israelisches Regierungsgremium, das für die Verwaltung von Staatsland in Israel verantwortlich ist
Israel Security Agency	Israels interner Sicherheitsdienst, auch bekannt als Shabak oder Shin Bet
Jerusalem Post	Eine israelische Zeitung
Jewish Agency for Israel	Operativer Zweig der Weltzionistenorganisation
JNF/KKL	Jüdischer Nationalfond/ Keren Kayemeth Leisrael (Hebräisch für Jüd. Nationalfond)
Kerem Navot	Eine Menschenrechtsorganisation
Kibbutz (Plural: Kibbutzim)	Jüdische Gemeinschaft, die als eine Kollektive organisiert ist, mit kommunalem Leben und gemeinsamen Vermögen, und basiert gewöhnlich auf Landwirtschaft oder Industrie
Knesset	Israels Parlament
Mahash	Interne Ermittlungseinheit des Justizministeriums
MAP	Medical Aid for Palestinians – Medizinische Hilfe für Palästinenser
Mekorot	Staatliche israelische Wasserversorgungsgesellschaft
„mixed cities“	Israelische Städte mit gemischter jüdischer und israelischer Bevölkerung
MK	Member of Knesset - Knessetmitglied (-abgeordneter)
MoFA	Israels Außenministerium
Moshav (Plural: moshavim)	Jüdische Landwirtschaftsgemeinschaft, organisiert als Kooperative
Mossawa Center	Rechtsanwaltszentrum für palästinensisch-arabische Bürger in Israel, eine Menschenrechtsorganisation

Nation state law	Grundgesetz: Israel, der Nationalstaat des jüdischen Volkes
NCF	Negev Koexistenz-Forum für Bürgergleichheit
Negev/Naqab	Hebräisch/Arabischer Name für ein Gebiet im südlichen Israel
NGO	NRO – Nicht-staatliche Organisationen
NIS	Neue israelische Schekel (Israels Währung)
NRC	Norwegisches Flüchtlingsrat, eine Menschenrechtsorganisation
OCHA	(UN) Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (Büro zur Koordinierung humanitärer Angelegenheiten)
OECD	Organisation für Wirtschaftskooperation und -entwicklung
OHCHR	Office of the UN High Commissioner for Human Rights - Amt des Hohen Kommissars für Menschenrechte
OPT	Occupied Palestinian Territories – Besetzte palästinensische Gebiete
PCATI	Public Committee Against Torture in Israel - Öffentliches Komitee gegen Folter in Israel, eine Menschenrechtsorganisation
PCBS	Palestinian Central Bureau of Statistics – Palästinensisches Zentralbüro für Statistik
PCHR	Palestinian Centre for Human Rights – Palästinensisches Zentrum für Menschenrechte
Peace Now	NGO
PFLP	Popular Front for the Liberation of Palestine – Volksfront für die Befreiung Palästinas
PLC	Palestine Legislative Council – Legislativer Rat Palästinas
PLO	Palestine Liberation Organization – Palästinensische Befreiungsorganisation
PMO	Israel's Prime Minister's Office – Amt des israelischen Premierminister
Rafah Crossing	Übergang zwischen Ägypten und dem Gazastreifen
Rome Statute	Römischer Statut des internationalen Strafgerichtshofes
„seam zone“	Sektion des palästinensischen Landes in der Westbank zwischen dem Trennzaun/Mauer und der Grünen Linie und ist deshalb von den OPT abgetrennt
State Comptroller	Israelischer Ombudsmann, der bevollmächtigt ist, Strategie und Operationen der Regierung zu kontrollieren
Times of Israel	Israelische Zeitung
UNCCP	UN-Schlichtungskommission für Palästina

UNCTAD	UN-Konferenz für Handel und Entwicklung
UNGA	UN-Generalversammlung
UNICEF	UN-Kinderhilfe
UNRWA	UN-Hilfswerk der Vereinten Nationen für palästinensische Flüchtlinge im Nahen Osten
UNSC	UN Sicherheitsrat
UAWC	Union of Agricultural Work Committees – Union der landwirtschaftlichen Arbeitsausschüsse
waqf	Stiftung nach islamischem Recht, bei der eine Institution über Eigentum für wohltätige Zwecke verfügt, oft als Ergebnis einer Spende einer Einzelpersonen oder Gruppe
WFP	World Food Programme – Welternährungsprogramm – ein humanitäres Programm der UNO
WHO	World Health Organization, Weltgesundheitsorganisation, eine UN-Agentur
WZO	World Zionist Organization – Weltzionistenorganisation
+ 972 Magazine	Ein israelisches Online-Nachrichtenmagazin

ISRAEL UND DIE BESETZTEN PALÄSTINENSISCHEN GEBIET



DIE BESETZTEN PALÄSTINENSICHEN GEBIETE



1. KURZFASSUNG

"Israel ist kein Staat für alle seine Bürger... [sondern] der Nationalstaat des jüdischen Volkes und nur seiner"

Eine im März 2019 online gestellte Nachricht des damaligen israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu

Am 18. Mai 2021 schlossen Palästinenser in allen Städten und Dörfern in Israel und im besetzten Westjordanland und im Gazastreifen ihre Büros, Geschäfte, Restaurants und Schulen, gaben Baustellen auf und weigerten sich den ganzen Tag über zur Arbeit zu erscheinen. Mit einer seit Jahrzehnten nicht mehr gesehenen Einigkeit trotzten sie der territorialen Zersplitterung und Segregation, mit der sie in ihrem Alltag konfrontiert sind, und führten einen Generalstreik durch, um gegen ihre gemeinsame Unterdrückung durch Israel zu protestieren.

Auslöser des Streiks war der Plan der israelischen Behörden, sieben palästinensische Familien aus ihren Häusern in Sheikh Jarrah zu vertreiben. Sheikh Jarrah ist ein palästinensisches Wohnviertel in der Nähe der Altstadt von Ostjerusalem, das wiederholt Ziel der anhaltenden israelischen Kampagne zum Ausbau illegaler Siedlungen und zur Umsiedlung jüdischer Siedler war. Um die drohenden Zwangsräumungen zu stoppen, starteten die palästinensischen Familien eine Kampagne in den sozialen Medien unter dem Hashtag #SaveSheikhJarrah, die weltweit Aufmerksamkeit erregte und die Demonstranten vor Ort mobilisierte. Die israelischen Sicherheitskräfte reagierten auf die Proteste mit der gleichen exzessiven Gewalt, die sie seit Jahrzehnten einsetzen, um palästinensischen Dissens zu unterdrücken. Sie verhafteten willkürlich friedliche Demonstranten, warfen Schall- und Betäubungsgranaten auf die Menschenmenge, trieben sie mit übermäßiger Gewalt und Stinkwasser auseinander und feuerten Schockgranaten auf die Gläubigen und Demonstranten, die sich auf dem Gelände der Al-Aqsa-Moschee versammelt hatten.

Die brutale Unterdrückung löste eine Welle der Solidarität in den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT) und unter den palästinensischen Bürgern Israels jenseits der Grünen Linie aus (die in den Waffenstillstandsvereinbarungen 1949 zwischen Israel und seinen Nachbarn festgelegte Demarkationslinie, die de facto die Grenzen des Staates bildete von Israel bis 1967). In Israel führten die Polizeikräfte eine diskriminierende Kampagne gegen palästinensische Bürger durch, bei der es zu massenhaften willkürlichen Verhaftungen und rechtswidriger Gewalt gegen friedliche Demonstranten kam, während sie es versäumten, Palästinenser vor organisierten Übergriffen jüdischer Angreifer nach dem Ausbruch interkommunaler Gewalt zu schützen. In der Zwischenzeit brachen am 10. Mai bewaffnete Auseinandersetzungen aus, als bewaffnete palästinensische Gruppen wahllos Raketen aus dem Gazastreifen auf Israel abfeuerten. Israel reagierte mit einer rücksichtslosen 11-tägigen Militäroffensive gegen das Gebiet, bei der Wohnhäuser ohne wirksame Vorwarnung angegriffen, wichtige Infrastrukturen beschädigt, Zehntausende von Menschen vertrieben und Hunderte von Menschen getötet oder verletzt wurden. Damit verschärfte sie die chronische humanitäre Krise, die vor allem durch die seit langem bestehende rechtswidrige Blockade Israels verursacht wird.

Für viele Palästinenser, die den Generalstreik in Israel und den palästinensischen Gebieten beobachteten, stellen diese diskriminierenden und repressiven Maßnahmen in Ostjerusalem, im Gazastreifen und in palästinensischen Städten sowie in "gemischten Städten" mit jüdischer und palästinensischer Bevölkerung in Israel verschiedene Erscheinungsformen eines Gesamtsystems der Unterdrückung und Beherrschung durch Israel dar. Dieses System, das je nach Status der Palästinenser in den separaten Enklaven, in denen die Palästinenser heute leben, mit unterschiedlicher Intensität und Repression arbeitet und ihre Rechte auf unterschiedliche Weise verletzt, zielt letztlich darauf ab, die jüdische Hegemonie überall dort zu etablieren und aufrechtzuerhalten, wo Israel eine wirksame Kontrolle ausübt. Mit ihrem Protest drückten sie ihre Einigkeit und ihre Ablehnung der israelischen Zersplitterung des palästinensischen Volkes aus. In einem Manifest, das einige Aktivisten am selben Tag in den sozialen Medien veröffentlichten, prangerten sie die langjährigen israelischen Praktiken und Maßnahmen an, mit denen "versucht wird, [die Palästinenser] in verschiedene Gesellschaften zu verwandeln, die getrennt voneinander leben, jede in ihrem eigenen Gefängnis".

Die Palästinenser fordern seit mehr als zwei Jahrzehnten, die israelische Herrschaft als Apartheid zu begreifen, und haben sich bei den Vereinten Nationen an vorderster Front für diese Sache eingesetzt. Im Laufe der Zeit haben Untersuchungen palästinensischer Menschenrechtsorganisationen und in letzter Zeit auch die einiger israelischer Menschenrechtsgruppen dazu beigetragen, dass Israels Behandlung der Palästinenser als Apartheid auf breiter internationaler Ebene anerkannt wurde. Doch die Staaten, insbesondere Israels westliche Verbündete, zögerten, diesen Aufrufen Folge zu leisten, und weigerten sich, nennenswerte Maßnahmen gegen Israel zu ergreifen. Mittlerweile sind palästinensische Organisationen und Menschenrechtsaktivisten, die sich an vorderster Front gegen die Apartheid engagieren, seit Jahren zunehmenden israelischen Repressionen als Strafe für ihre Arbeit ausgesetzt. Im Oktober 2021 verstärkten die israelischen Behörden ihre Angriffe gegen die palästinensische Zivilgesellschaft noch.

Sie haben die palästinensische Zivilgesellschaft noch weiter unter Druck gesetzt, indem sie die Anti-Terror-Gesetzgebung dazu missbrauchten, sechs prominente Organisationen, darunter drei große Menschenrechtsgruppen, zu verbieten, ihre Büros zu schließen und ihre Mitarbeiter zu verhaften und strafrechtlich zu verfolgen. Parallel dazu hat Israel israelische Organisationen, die Apartheid und andere schwere Menschenrechtsverletzungen an Palästinensern anprangern, mit Verleumdungs- und Delegitimierungskampagnen überzogen.

Aufbauend auf einer wachsenden Zahl von Arbeiten hat Amnesty International die institutionalisierte und systematische Diskriminierung von Palästinensern durch Israel im Rahmen der Definition von Apartheid nach internationalem Recht dokumentiert und analysiert. Das Ziel war, festzustellen, ob die diskriminierenden und ausgrenzenden israelischen Gesetze, Politiken und Praktiken gegenüber Palästinensern einer Apartheid gleichkommen, die eine Verletzung des Völkerrechts, eine schwere Menschenrechtsverletzung und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt. Es hat als erstes Israels Absicht festgestellt, alle Palästinenser durch die Schaffung einer Hegemonie unterdrückt und beherrscht, sowohl in Israel als auch in den OPT, unter anderem mit demografischen Mitteln und der Maximierung der Ressourcen zugunsten der jüdischen Bevölkerung auf Kosten der Palästinenser. Dann hat Amnesty die Gesetze, Politik und Praktiken analysiert, die im Laufe der Zeit zu den wichtigsten Instrumenten zur Errichtung und Aufrechterhaltung dieses Systems geworden sind und die heute die Palästinenser in Israel und den OPT diskriminieren und ausgrenzen sowie das Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr kontrollieren. Sie haben diese Analyse durchgeführt, indem sie die Schlüsselkomponenten dieses Unterdrückungs- und Beherrschungssystems untersucht haben: territoriale Fragmentierung; Segregation und Kontrolle durch die Verweigerung der gleichen Nationalität und des gleichen Status, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, diskriminierende Gesetze zur Familienzusammenführung, den Einsatz von Militärherrschaft und Einschränkungen des Rechts auf politische Beteiligung und Volkswiderstand; Enteignung von Land und Eigentum sowie die Unterdrückung der menschlichen Entwicklung der Palästinenser und die Verweigerung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Rechte. Darüber hinaus haben sie spezifische unmenschliche und menschenunwürdige Handlungen, schwere Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen nach internationalem Recht dokumentiert, die gegen die palästinensische Bevölkerung in der Absicht begangen wurden, dieses System der Unterdrückung und Herrschaft aufrechtzuerhalten.

Auf diese Weise hat Amnesty International nachgewiesen, dass Israel ein System der Unterdrückung und Beherrschung von Palästinensern überall dort eingeführt hat, wo es die Kontrolle über deren Wahrnehmung ihrer Rechte ausübt - in ganz Israel und in den OPT - und auch im Hinblick auf die palästinensischen Flüchtlinge. Die Segregation erfolgt systematisch und in hohem Maße institutionalisiert durch Gesetze, Politiken und Praktiken, die alle darauf abzielen, Palästinenser daran zu hindern, gleiche Rechte wie jüdische Israelis in Israel und den OPT zu beanspruchen und zu genießen, und somit der Unterdrückung und Beherrschung des palästinensischen Volkes dienen. Diese Unterdrückung und Beherrschung wurde durch ein rechtliches System zementiert, das die Rechte der außerhalb Israels und der OPT lebenden palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr in ihre Heimat kontrolliert (indem es diese Rechte negiert). Im Laufe der Jahrzehnte haben demografische und geopolitische Erwägungen Israels die Politik gegenüber den Palästinensern in den verschiedenen Gebieten Israels, Ostjerusalems, des restlichen Westjordanlands und des Gazastreifens auf unterschiedliche Weise geprägt. Das bedeutet, dass das israelische Kontrollsystem heute nicht in allen Gebieten einheitlich angewendet wird. Die Palästinenser erleben dieses System auf unterschiedliche Weise und sind je nach ihrem Status und dem Gebiet, in dem sie leben, unterschiedlich stark von Repressionen betroffen.

Die Organisation ist zu dem Schluss gekommen, dass Israel das internationale Unrecht der Apartheid als Menschenrechtsverletzung und Verstoß gegen das Völkerrecht begangen hat, wo immer es dieses System

durchsetzt. Sie hat festgestellt, dass fast alle zivilen Verwaltungs- und Militärbehörden Israels sowie staatliche und quasi-staatliche Institutionen an der Durchsetzung des Apartheidsystems gegen die Palästinenser in ganz Israel und in den OPT verwickelt sind sowie gegen palästinensische Flüchtlinge und ihre Nachkommen außerhalb des Gebiets. Amnesty International ist außerdem zu dem Schluss gekommen, dass die von Israel sowohl innerhalb Israels als auch in den OPT verübten Muster verbotener Handlungen Teil eines systematischen und weit verbreiteten Angriffs gegen die palästinensische Bevölkerung sind und dass die im Rahmen dieses Angriffs begangenen unmenschlichen oder menschenunwürdigen Handlungen in der Absicht begangen wurden, dieses System aufrechtzuerhalten, und sowohl nach der Apartheid-Konvention als auch nach dem Römischen Statut den Tatbestand der Apartheid erfüllen.

Diese Arbeit stützt sich auf jahrzehntelange Schreibtischarbeit und Feldforschung von Amnesty International, das Beweise für Verletzungen der internationalen Menschenrechte und des humanitären Rechts in Israel und den OPT gesammelt hat, sowie auf Veröffentlichungen palästinensischer, israelischer und internationaler Organisationen, zusätzlich zu akademischen Studien, Beobachtungen von Aktivistengruppen an der Basis, Berichten von UN-Organisationen, Experten und Menschenrechtsgruppen sowie Beiträgen der Medien.

Amnesty International hat im Rahmen dieser Arbeit zwischen Juli 2017 und November 2021 Recherchen und Analysen durchgeführt. Die Forscher analysierten umfassend die einschlägigen israelischen Gesetze, Verordnungen, Militärbefehle, Richtlinien von Regierungsinstitutionen und Erklärungen von israelischen Regierungs- und Militärbeamten. Die Organisation untersuchte auch andere israelische Regierungsdokumente, wie Planungs- und Flächennutzungsdokumente und -pläne, Haushaltspläne und Statistiken, israelische Parlamentsarchive und israelische Gerichtsurteile. Sie untersuchte auch einschlägige Berichte und Statistiken, die von palästinensischen Behörden veröffentlicht wurden. Die Recherchen orientierten sich an einer globalen Politik zu Menschenrechtsverletzungen und dem Verbrechen der Apartheid, die von Amnesty International im Juli verabschiedet wurde, nachdem 2017, die Organisation festgestellt hatte, dass sie Situationen systematischer Diskriminierung und Unterdrückung in der ganzen Welt nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt hatte.

Im Rahmen der Recherchen sprach Amnesty International mit Vertretern palästinensischer, israelischer und internationaler Nichtregierungsorganisationen (NRO), einschlägiger UN-Organisationen, Juristen, Wissenschaftlern, Journalisten und anderen relevanten Akteuren. Darüber hinaus führte Amnesty International eine umfassende rechtliche Analyse der Situation durch und holte auch den Rat externer Experten für internationales Recht ein.

Die Arbeit von Amnesty International zu diesem Thema zielt darauf ab, die palästinensische Zivilgesellschaft und israelische Organisationen in ihren Bemühungen zu unterstützen, die Unterdrückung und Vorherrschaft Israels über die Palästinenser zu beenden, in einer Zeit, in der ihre Arbeit zunehmend bedroht wird. Auf diese Weise hofft Amnesty International auch, zu einem besseren Verständnis und zur Anerkennung der institutionalisierten Diskriminierung beizutragen, die in Israel und in den OPT sowie gegenüber palästinensischen Flüchtlingen als System und Verbrechen der Apartheid begangen wird.

APARTHEID IM INTERNATIONALEN RECHT

Apartheid ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht, eine schwere Verletzung der international geschützten Menschenrechte und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Sinne des internationalen Strafrechts.

Drei wichtige internationale Verträge verbieten bzw. stellen Apartheid ausdrücklich unter Strafe: das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (ICERD), das Internationale Übereinkommen zur Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid (Apartheid-Konvention) und das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (Römisches Statut).

Das Verbrechen der Apartheid gegen die Menschlichkeit im Sinne der Apartheidkonvention, des Römischen Statuts und des Völkergewohnheitsrechts wird begangen, wenn eine unmenschliche oder unmenschliche Handlung (im Wesentlichen eine schwerwiegende Menschenrechtsverletzung) im Rahmen eines institutionalisierten Regimes der systematischen Unterdrückung und Beherrschung einer rassischen Gruppe über eine andere in der Absicht begangen wird, dieses System aufrechtzuerhalten. Ein Unterdrückungs- und Beherrschungsregime lässt sich am besten als die systematische, anhaltende und grausame diskriminierende Behandlung von Mitgliedern einer anderen rassischen Gruppe durch diese mit der Absicht verstehen, die zweite rassische Gruppe zu kontrollieren. Das Verbrechen der Apartheid gegen die Menschlichkeit wird also begangen, wenn schwere Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Aufrechterhaltung eines Regimes oder Systems der anhaltenden und grausamen diskriminierenden Kontrolle einer oder mehrerer rassischer Gruppen durch eine andere Gruppe begangen werden, und zwar mit der spezifischen Absicht, dieses aufrechtzuerhalten.

Der Begriff "Apartheid" ermöglicht ein umfassendes, im Völkerrecht verankertes Verständnis einer Situation der Segregation, Unterdrückung und Beherrschung durch eine rassische Gruppe gegenüber einer anderen. Amnesty International stellt fest, dass Unterdrückungs- und Beherrschungssysteme niemals identisch sein können. Daher versucht es nicht zu argumentieren oder zu bewerten, ob ein System der Unterdrückung und Beherrschung, wie es in Israel und den OPT besteht, beispielsweise mit dem System der Segregation, Unterdrückung und Beherrschung, wie es in Südafrika zwischen 1948 und 1994 besteht, identisch oder vergleichbar ist

Um festzustellen, ob Israel ein institutionalisiertes Regime der systematischen Unterdrückung und Beherrschung geschaffen und aufrechterhalten hat, untersuchte Amnesty International die Art und Weise, wie Israel die Kontrolle über das palästinensische Volk ausübt.

Sie befasste sich auch mit einer Reihe schwerer Menschenrechtsverletzungen, die das Verbrechen der Apartheid gegen die Menschlichkeit darstellen würden, wenn sie in der Absicht begangen würden, ein solches Unterdrückungs- und Herrschaftssystem aufrechtzuerhalten.

DIE ABSICHT, DIE PALÄSTINENSER ZU UNTERDRÜCKEN UND ZU BEHERRSCHEN

Seit seiner Gründung im Jahr 1948 verfolgt Israel, eine ausdrückliche Politik der Errichtung und Aufrechterhaltung einer jüdischen demografischen Hegemonie und der Maximierung seiner Kontrolle über Land zum Nutzen jüdischer Israelis, hingegen die Zahl der Palästinenser zu minimieren, ihre Rechte einzuschränken und sie daran zu hindern, diese Enteignung anzufechten. Israel dehnte diese Politik 1967 über die Grüne Linie hinaus auf das Westjordanland und den Gazastreifen aus, die es seither besetzt hält. Heute werden alle von Israel kontrollierten Gebiete weiterhin mit dem Ziel verwaltet, jüdische Israelis zum Nachteil der Palästinenser zu begünstigen, während palästinensische Flüchtlinge weiterhin ausgeschlossen sind.

Demografische Überlegungen haben die israelische Gesetzgebung und Politik von Anfang an geleitet. Die Demografie des neu geschaffenen Staates sollte zum Vorteil der jüdischen Israelis verändert werden, während die Palästinenser - ob innerhalb Israels oder später in den OPT - als Bedrohung für die Schaffung und Aufrechterhaltung einer jüdischen Mehrheit angesehen wurden und deshalb vertrieben, zersplittert, abgesondert, kontrolliert, ihres Landes und ihres Eigentums enteignet und ihrer wirtschaftlichen und sozialen Rechte beraubt werden sollten.

Jüdische Israelis bilden eine Gruppe, die durch einen privilegierten, im israelischen Recht verankerten Rechtsstatus geeint ist, der sich durch staatliche Leistungen und Schutzmaßnahmen auf sie erstreckt, unabhängig davon, wo sie in den Gebieten unter Israels tatsächlicher Kontrolle wohnen. Die jüdische Identität des Staates Israel ist in seinen Gesetzen und in der Praxis seiner offiziellen und nationalen Institutionen festgeschrieben. In den israelischen Gesetzen wird die jüdische Identität je nach Kontext als eine religiöse, abstammungsbedingte und/oder nationale bzw. ethnische Identität betrachtet und behandelt.

Palästinenser werden vom israelischen Staat unterschiedlich behandelt, da er sie als rassistisch nichtjüdische Araber und darüber hinaus als Teil einer Gruppe mit besonderen Eigenschaften betrachtet, die sich von anderen nichtjüdischen Gruppen unterscheiden. Was die palästinensischen Bürger Israels angeht, so werden sie vom israelischen Außenministerium offiziell als "arabische Bürger Israels" eingestuft, ein allgemeiner Begriff, der eine Reihe verschiedener, hauptsächlich arabischsprachiger Gruppen beschreibt, darunter muslimische Araber (diese Klassifizierung schließt Beduinen ein), christliche Araber, Drusen und Tscherkessen. Im öffentlichen Diskurs bezeichnen die israelischen Behörden und Medien jedoch nur muslimische Araber und christliche Araber - die sich im Allgemeinen selbst als Palästinenser bezeichnen - als israelische Araber und assoziieren sie mit den Palästinensern, die in den OPT und darüber hinaus leben, und verwenden die spezifischen Begriffe Drusen und Tscherkessen für diese anderen, nicht-jüdischen Gruppen. Die Behörden betrachten die palästinensischen Bürger Israels auch eindeutig als einzige Gruppe, die sich von Drusen und Tscherkessen unterscheidet, da sie nur diese Gruppe vom Militärdienst ausnehmen, und zwar aus "Rücksicht auf ihre familiären, religiösen und kulturellen Bindungen an die arabische Welt (die Israel häufig angegriffen hat) sowie aus Sorge vor möglichen doppelten Loyalitäten".

Im Mai 1948 verkündete die Erklärung zur Gründung des Staates Israel einen jüdischen Staat. Obwohl sie das Recht auf "völlige Gleichheit der sozialen und politischen Rechte für alle seine Einwohner" garantierte, wurde dieses Recht nicht in den Grundgesetzen garantiert, die in Ermangelung einer schriftlichen Verfassung als Verfassungsdokumente fungieren. Gleichzeitig mit der Gründung Israels als jüdischer Staat wurde in der Erklärung von 1948 an die jüdische Bevölkerung in aller Welt appelliert, nach Israel einzuwandern. 1950 wurde jedem Juden durch das Rückkehrgesetz das Recht auf Einwanderung nach Israel gewährt, gefolgt von dem Recht auf automatische israelische Staatsbürgerschaft durch das Staatsangehörigkeitsgesetz von 1952. Die israelischen Behörden sahen dies zum Teil als notwendige Maßnahme an, einen erneuten Versuch, Juden nach dem Holocaust auszurotten, zu verhindern und Juden, die anderswo in der Welt verfolgt wurden, Schutz zu gewähren. Hunderttausende von palästinensischen Flüchtlingen, die während des Konflikts von 1947-49 vertrieben wurden, durften aus demografischen Gründen nicht in ihre Heimat zurückkehren. Der Kern des Systems der Unterdrückung und Beherrschung der Palästinenser kristallisierte sich klar heraus in dem Nationalstaatsgesetz von 2018, in dem der Grundsatz verankert ist, dass der "Staat Israel der Nationalstaat des jüdischen Volkes" ist und dass das Selbstbestimmungsrecht ausschließlich "dem jüdischen Volk" zusteht.

Parallel dazu bestätigen Äußerungen führender israelischer Politiker sowie hochrangiger ziviler und militärischer Beamter im Laufe der Jahre die Absicht Israels, eine jüdische demografische Mehrheit aufrechtzuerhalten und die Palästinenser zu unterdrücken und zu beherrschen. Seit 1948 haben sie unabhängig von ihrer politischen Zugehörigkeit öffentlich das übergeordnete Ziel betont, Israels Identität als jüdischer Staat aufrechtzuerhalten, und ihre Absicht erklärt, den Zugang der Palästinenser zu und die Kontrolle über Land in allen Gebieten unter Israels tatsächlicher Kontrolle zu minimieren. Umgesetzt wurde dies durch die Beschlagnahme von Häusern und Grundstücken von Palästinensern, die durch eine diskriminierende Planungs- und Wohnungspolitik dazu gezwungen wurden, in Enklaven zu leben. Die diskriminierende Absicht, die palästinensischen Bürger in Israel zu dominieren, kommt auch in Erklärungen zum Ausdruck, die eindeutig auf die Notwendigkeit einer getrennten und ungleichen Staatsbürgerschaftsstruktur hinweisen, sowie in der Verweigerung des Rechts der Palästinenser auf Familienzusammenführung als Mittel zur Kontrolle der Demografie.

Die Absicht, die palästinensische Bevölkerung in den OPT durch eine diskriminierende Land-, Planungs- und Wohnungspolitik zu beherrschen und zu kontrollieren, sowie die Verweigerung jeglicher landwirtschaftlicher oder industrieller Entwicklung zum Nutzen der Palästinenser ist ebenso klar. Seit der Annexion Ostjerusalems im Jahr 1967 haben die israelischen Regierungen Zielvorgaben für das demografische Verhältnis zwischen Juden und Palästinensern in Jerusalem insgesamt festgelegt und in öffentlichen Erklärungen deutlich gemacht, dass die Verweigerung wirtschaftlicher und sozialer Rechte für die Palästinenser in Ostjerusalem eine gezielte Politik ist, um sie zum Verlassen der Stadt zu zwingen. Israels Rückzug der Siedler aus dem Gazastreifen, obwohl es auf andere Weise die Kontrolle über die Menschen in dem Gebiet aufrechterhielt, war ebenfalls ausdrücklich mit demografischen Fragen verbunden und der Erkenntnis, dass eine jüdische Mehrheit dort nicht erreicht werden kann. Schließlich macht veröffentlichtes Material der israelischen Regierung deutlich, dass Israels langjährige Politik, Millionen von palästinensischen Flüchtlingen das Recht auf Rückkehr in ihre Heimat vorzuenthalten, auch von demografischen Überlegungen geleitet wird.

TERRITORIALE FRAGMENTIERUNG UND RECHTLICHE SEGREGATION

Im Zuge der Gründung Israels als jüdischer Staat im Jahr 1948 waren seine Führer für die Massenvertreibung von Hunderttausenden Palästinensern und die Zerstörung Hunderter palästinensischer Dörfer verantwortlich, was einer ethnischen Säuberung gleichkam. Sie entschieden sich dafür, die Palästinenser in Enklaven innerhalb des Staates Israel und, nach der militärischen Besetzung 1967, im Westjordanland und im Gazastreifen in Enklaven zu zwingen. Sie haben sich den größten Teil des Landes und der natürlichen Ressourcen der Palästinenser angeeignet. Sie haben Gesetze, Politiken und Praktiken eingeführt, die die Palästinenser systematisch und auf grausame Weise diskriminieren und sie geografisch und politisch zersplittert, in einem ständigen Zustand der Angst und Unsicherheit und oft verarmt zurücklassen.

In der Zwischenzeit hat sich die israelische Führung dafür entschieden, jüdische Bürger in Gesetz und Praxis durch die Verteilung von Land und Ressourcen systematisch zu privilegieren, was zu ihrem relativen Reichtum und Wohlstand auf Kosten der Palästinenser führt. Sie haben die jüdischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten unter Verstoß gegen das Völkerrecht ständig erweitert.

Vor der Gründung Israels im Jahr 1948 machten die Palästinenser etwa 70 % der Bevölkerung Palästinas (damals britisches Mandatsgebiet) aus und besaßen etwa 90 % des in Privatbesitz befindlichen Landes. Juden, von denen viele aus Europa eingewandert waren, machten etwa 30 % der Bevölkerung aus und besaßen zusammen mit jüdischen Institutionen etwa 6,5 % des Landes.

Die israelischen Behörden haben gehandelt, um diese Situation auf den Kopf zu stellen. Einige derjenigen, die während des Konflikts von 1947-49 aus ihrer Heimat geflohen waren, wurden aus ihren Dörfern, Städten und Gemeinden in andere Teile des Landes vertrieben, in das, was zu Israel wurde. Andere flohen in verschiedene Teile des damaligen britischen Mandatsgebiets Palästina (von dem 22 % nach dem Konflikt unter die Kontrolle Jordaniens und Ägyptens fielen - die heutigen OPT). Die meisten anderen flohen in die benachbarten arabischen Länder Jordanien, Syrien und Libanon. Israel hindert diese palästinensischen Flüchtlinge und ihre Nachkommen sowie die Binnenvertriebenen innerhalb Israels daran, in ihre früheren Wohnorte zurückzukehren.

Die Zersplitterung der Palästinenser wurde nach dem Krieg im Juni 1967 noch verstärkt, der zur militärischen Besetzung des Westjordanlands, einschließlich Ostjerusalems, und des Gazastreifens durch Israel, zur Schaffung eines eigenen Rechts- und Verwaltungssystems zur Kontrolle der besetzten Gebiete und zu einer weiteren Welle palästinensischer Vertreibung führte.

Das neue Militärregime in den OPT wurde auf einem bereits bestehenden vielschichtigen Rechtssystem errichtet, das aus osmanischen, britischen, jordanischen und ägyptischen Gesetzen bestand - dem Erbe der Mächte, die das Gebiet zuvor kontrolliert hatten.

1994 wurde mit den Osloer Verträgen zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) die Palästinensische Autonomiebehörde gegründet und ihr eine begrenzte Kontrolle über die zivilen Angelegenheiten der Palästinenser in den städtischen Zentren übertragen. Die Osloer Abkommen beendeten nicht nur nicht die Besatzung, sondern teilten das Westjordanland in drei verschiedene Verwaltungsgebiete mit unterschiedlicher militärischer und ziviler Zuständigkeit der Palästinenser und Israels auf, wodurch die Palästinenser zugunsten Israels noch weiter zersplittert und ausgegrenzt wurden. Obwohl Israel die israelischen Siedler aus dem Gazastreifen 2005 abgezogen hat, behielt es die tatsächliche Kontrolle über das Gebiet, die es nach der Übernahme des Gebiets durch die Hamas zwei Jahre später durch eine rechtswidrige Luft-, See- und Landblockade und eine offizielle Politik der Trennung des Gazastreifens vom Westjordanland weiter verschärfte. Infolgedessen steht das gesamte Westjordanland und der Gazastreifen weiterhin unter israelischer Militärbesatzung, wobei Israel die dort lebende palästinensische Bevölkerung, die natürlichen Ressourcen und - mit Ausnahme der kurzen Südgrenze des Gazastreifens zu Ägypten - die Land- und Seegrenzen sowie den Luftraum kontrolliert. Für das Verhalten Israels als Besatzungsmacht mit effektiver Kontrolle über die OPT gelten weiterhin zwei sich ergänzende internationale Rechtsrahmen: die internationalen Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht.

Die Palästinenser in den OPT, die unter diesen getrennten Gerichtsbarkeiten leben, benötigen eine Genehmigung der israelischen Behörden, um zwischen ihnen zu wechseln - vom und zum Gazastreifen,

dem annektierten Ostjerusalem und dem restlichen Westjordanland – und sind auch von den palästinensischen Bürgern Israels getrennt, sowohl geografisch als auch aufgrund ihres Status. Unterdessen sind die palästinensischen Flüchtlinge, die in den Jahren 1947-49 und während der Konflikte 1967 vertrieben wurden, weiterhin physisch von den in Israel und den OPT lebenden Menschen getrennt, da Israel ihnen das Recht auf Rückkehr in ihre Häuser, Städte und Dörfer verweigert.

Palästinensische Bürger Israels unterliegen den israelischen Zivilgesetzen, die ihnen im Allgemeinen mehr Freiheiten und Menschenrechtsschutz gewähren als Palästinensern, die in den OPT leben, ihnen aber dennoch die gleichen Rechte wie jüdischen Israelis verweigern (einschließlich des Rechts auf politische Beteiligung) und ihre Diskriminierung institutionalisieren.

Die Palästinenser im annektierten Ostjerusalem leben zwar auch unter israelischem Zivilrecht, doch wird ihnen eher ein ständiger Aufenthalt als die Staatsbürgerschaft gewährt. Die Palästinenser im übrigen Westjordanland hingegen unterliegen weiterhin der israelischen Militärregierung und den seit 1967 erlassenen drakonischen Militärordnungen. Die meisten dieser Anordnungen gelten nicht mehr für den Gaza-Streifen, nachdem Israel die meisten Aspekte seiner Militärherrschaft dort mit dem Abzug der Siedler im Jahr 2005 entfernt hatte. Für die Palästinenser im Westjordanland und im Gazastreifen gelten zusätzlich die palästinensischen Gesetze.

Heute machen die palästinensischen Bürger und ständigen Einwohner Israels etwa 21 % der israelischen Bevölkerung aus, ihre Zahl beläuft sich auf etwa 1,9 Millionen. Etwa 90 % der Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft leben in 139 dicht besiedelten Städten und Dörfern in den Regionen Galiläa und Dreieck im Norden Israels sowie in der Negev/Naqab-Region im Süden, als Ergebnis einer bewussten Segregationspolitik. Die große Mehrheit der verbleibenden 10 % lebt in "gemischten Städten".

Im Juli 2021 lebten 358.800 palästinensische Einwohner innerhalb der Grenzen des Stadtbezirks Jerusalem, die 38% der gesamten Bevölkerung ausmachen. Davon leben 150.000 in Gebieten, die durch den Zaun/die Mauer und andere militärische Kontrollpunkte vom Rest der Stadt abgetrennt sind. Etwa 225.178 jüdische israelische Siedler lebten in Ostjerusalem in 13 illegalen, von den israelischen Behörden errichteten Siedlungen und in Privathäusern, die Palästinensern im Rahmen diskriminierender Regelungen fortgenommen wurden.

Etwa 3 Millionen Palästinenser leben im übrigen Westjordanland. Hinzu kommen mehr als 441.600 jüdische Siedler, die in 132 offiziell von der israelischen Regierung errichteten Siedlungen leben, sowie 140 nicht genehmigte Außenposten, die seit den 1990er Jahren ohne staatliche Genehmigung errichtet wurden und selbst nach israelischem Recht als illegal gelten. Etwa 2 Millionen Palästinenser leben im Gazastreifen. Davon sind rund 1,4 Millionen (über 70 % der Bevölkerung) beim UN-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) als Flüchtlinge registriert.

RECHTLICHE TRENNUNG UND KONTROLLE

Israels Herrschaft über die OPT durch militärische Anordnungen im Rahmen seiner Besatzung hat zu der falschen Auffassung geführt, dass das Militärregime in den OPT vom zivilen System im annektierten Ostjerusalem und innerhalb Israels getrennt ist. Diese Sichtweise ignoriert die Tatsache, dass viele Elemente von Israels repressivem Militärsystem in den OPT auf die 18-jährige israelische Militärherrschaft über die palästinensischen Bürger Israels zurückgehen und dass die Enteignung der Palästinenser in Israel bis heute andauert.

Die Existenz dieser getrennten Rechtssysteme ist jedoch eines der wichtigsten Instrumente, mit denen Israel die Palästinenser zersplittert und sein Unterdrückungs- und Herrschaftssystem durchsetzt, und dient dazu, wie die UN-Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien (ESCWA) feststellte, "die Existenz [des israelischen Apartheidregimes] selbst zu verschleiern". In der Tat zielt die israelische Politik darauf ab, die Palästinenser in verschiedene geografische und rechtliche Kontrollbereiche aufzuteilen, nicht nur, um sie anders zu behandeln oder sie von der jüdischen Bevölkerung abzusondern, sondern auch, um die Beziehungen zwischen den palästinensischen Gemeinschaften zu schwächen, jede Form von anhaltendem Dissens gegen das von ihnen geschaffene System zu unterdrücken und eine effektivere politische und sicherheitspolitische Kontrolle über Land und Menschen in allen Gebieten zu gewährleisten.

EINSATZ VON MILITÄRHERRSCHAFT ZUR KONTROLLE UND ENTEIGNUNG

Im Laufe der Jahre hat Israel die Militärherrschaft als zentrales Instrument eingesetzt, um sein System der Unterdrückung und Herrschaft über die Palästinenser auf beiden Seiten der Grünen Linie zu etablieren, und sie seitdem fast ununterbrochen seit 1948- mit Ausnahme einer siebenmonatigen Unterbrechung 1967- auf verschiedene Gruppen von Palästinensern in Israel und den OPT angewandt, um die jüdische Besiedlung in Gebieten von strategischer Bedeutung voranzutreiben und die Palästinenser unter dem Deckmantel, die Sicherheit aufrecht zu erhalten, ihres Landes und ihres Eigentums zu enteignen.

Israel unterstellte seine palästinensischen Bürger in den ersten 18 Jahren seines Bestehens (1948-1966) der Militärherrschaft und nutzte in dieser Zeit die britischen Mandatsverordnungen zur Verteidigung (Notstandsgesetze), die ihm uneingeschränkte Befugnisse verliehen, um die Bewegungsfreiheit der palästinensischen Einwohner zu kontrollieren, ihr Eigentum zu beschlagnahmen, die Schließung ganzer Dörfer als Militärzonen zu ermöglichen, ihre Häuser abzureißen und sie vor Militärgerichte zu stellen. Die Palästinenser brauchten eine Genehmigung, um ihre Wohngebiete zu verlassen, auch um Zugang zu medizinischer Versorgung und Arbeitsplätzen zu erhalten. Die israelischen Staatsorgane unterwarfen die Palästinenser einem System der Überwachung und Kontrolle, das ihre politischen Freiheiten bewusst einschränkte, indem es Proteste verbot und politische Aktivisten aufgrund ihrer politischen Aktivitäten verhaftete.

Israel hat seine Militärherrschaft über die palästinensischen Bürger schließlich im Dezember 1966 abgeschafft, nachdem es die intern vertriebenen Palästinenser erfolgreich daran gehindert hatte, in ihre Häuser in den leeren Dörfern zurückzukehren, indem es diese zerstörte und ihr Land der Aufforstung unterwarf. Zwar wurden die Bewegungsbeschränkungen schrittweise aufgehoben, und die Menschenrechtssituation der palästinensischen Bürger Israels hat sich seit dem Ende der Militärherrschaft über sie zweifellos erheblich verbessert, doch blieben Elemente des Systems bestehen. Die Notstandsverordnungen wurden nie aufgehoben und ihre Anwendung wurde seit 1967 auf das besetzte Westjordanland (mit Ausnahme des annektierten Ostjerusalem) und den Gazastreifen ausgedehnt, um die palästinensische Bevölkerung dort zu kontrollieren, jede Form von Dissens zu verhindern und dem israelischen Staat die Möglichkeit zu geben, die Palästinenser ihres Landes und ihrer Ressourcen zu berauben. Über die Gesetzgebung hinaus bildeten die Erfahrungen, die die israelischen Behörden während der Militärherrschaft über die palästinensischen Bürger Israels gesammelt hatten, die Grundlage für die Militärverwaltung in den OPT.

Trotz der Einrichtung der Palästinensischen Autonomiebehörde kontrollieren und beschränken mehr als 1.800 israelische Militärbefehle weiterhin alle Aspekte des Lebens der Palästinenser im Westjordanland: ihren Lebensunterhalt, ihren Status, ihre Bewegungsfreiheit, ihren politischen Aktivismus, ihre Inhaftierung und Verfolgung sowie ihren Zugang zu natürlichen Ressourcen. Die israelische Militär- Gesetzgebung im Westjordanland wird von der Militärjustiz durchgesetzt. Seit 1967 haben die israelischen Behörden im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, und im Gazastreifen über 800.000 palästinensische Männer, Frauen und Kinder verhaftet und viele von ihnen vor Militärgerichte gestellt, die systematisch die internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren nicht einhalten und in denen die überwiegende Mehrheit der Fälle mit einer Verurteilung endet.

Palästinenser aus dem Gazastreifen unterlagen der israelischen Militärgesetzgebung und wurden vor Militärgerichte gestellt, bis Israel 2005 seine Siedlungen auflöste. Seitdem gelten in dem Gebiet weiterhin Elemente des israelischen Militärrechts, was den Personen- und Warenverkehr in und aus dem Gazastreifen, den Zugang zu den Hoheitsgewässern und die "Pufferzone" entlang des Zauns, der Israel vom Gazastreifen trennt, betrifft.

Im Gegensatz dazu sind jüdische Siedler seit Ende der 1970er Jahre von den für Palästinenser geltenden militärischen Anordnungen ausgenommen, nachdem Israel sein Zivilrecht exterritorial auf israelische Bürger ausgedehnt hat, die sich in den besetzten Gebieten aufhalten oder durch diese reisen. Jüdische Siedler im besetzten Westjordanland werden daher vor israelische Zivilgerichte gestellt.

VERWEIGERUNG DER STAATSANGEHÖRIGKEIT, DES AUFENTHALTS UND DES FAMILIENLEBENS

Israel hält sein System der Zersplitterung und Segregation durch verschiedene rechtliche Regelungen aufrecht, die den Palästinensern die Staatsangehörigkeit und den Status verweigern und ihr Recht auf Familienzusammenführung und Rückkehr in ihr Land und ihre Häuser verletzen und die Bewegungsfreiheit aufgrund des rechtlichen Status stark einschränken. Alle diese Maßnahmen dienen der Kontrolle der palästinensischen Bevölkerung und zielen darauf ab, eine jüdisch-israelische Mehrheit in den wichtigsten Gebieten Israels und den OPT zu erhalten.

Während sie die Staatsbürgerschaft erhalten, wird palästinensischen Bürgern Israels eine Nationalität verweigert, wodurch sie sich rechtlich von jüdischen Israelis unterscheiden. Außerdem werden ihnen bestimmte Vergünstigungen verweigert, weil sie vom Militärdienst befreit sind.

Die palästinensischen Bewohner Ostjerusalems sind keine israelischen Staatsbürger. Stattdessen wird ihnen ein fragiler Daueraufenthaltsstatus gewährt, der es ihnen erlaubt, in der Stadt zu wohnen und zu arbeiten und die Sozialleistungen der israelischen Nationalen Versicherungsanstalt und der staatlichen Krankenversicherung in Anspruch zu nehmen. Im Rahmen diskriminierender Gesetze und Maßnahmen haben die israelischen Behörden jedoch Tausenden von Palästinensern den Status entzogen, sogar rückwirkend, wenn sie nicht nachweisen konnten, dass Jerusalem ihr "Lebensmittelpunkt" ist. Dies hatte verheerende Konsequenzen in Bezug auf ihre Menschenrechte. Die in Ostjerusalem wohnenden jüdischen israelischen Siedler hingegen erfreuen sich der israelischen Staatsbürgerschaft und sind von den Gesetzen und Maßnahmen ausgenommen, die gegen palästinensische Bewohner Ostjerusalems erlassen wurden.

Gleichzeitig kontrolliert Israel seit 1967 das Bevölkerungsregister im Westjordanland und im Gazastreifen und hat Strategien, Beschränkungen und Maßnahmen zur Kontrolle der Demografie des Gebiets eingeführt. Die Palästinenser in diesen Gebieten haben keine Staatsbürgerschaft und gelten als staatenlos, mit Ausnahme derjenigen, die die Staatsbürgerschaft eines Drittlandes erhalten haben. Das israelische Militär stellt ihnen Ausweise aus, mit denen sie dauerhaft in dem Gebiet leben und arbeiten können. Israels Kontrolle des Bevölkerungsregisters seit 1967 hat die Zersplitterung der Palästinenser weiter begünstigt und ihre Bewegungsfreiheit auf der Grundlage ihres rechtlichen Status und ihres Wohnsitzes eingeschränkt.

Nach dem Ausbruch der palästinensischen *Intifada* (Aufstand), Ende 2000, hat die israelische Zivilverwaltung, eine Militäreinheit, die alle zivilen Angelegenheiten der jüdischen israelischen Siedler und der palästinensischen Einwohner im Westjordanland mit Ausnahme von Ostjerusalem überwacht, die meisten Änderungen im palästinensischen Bevölkerungsregister eingefroren, ohne die Palästinensische Autonomiebehörde vorher zu informieren. Das Einfrieren beinhaltete auch die Aussetzung aller Verfahren zur "Familienzusammenführung" von palästinensischen Bewohnern des Westjordanlandes, die ausländische Staatsangehörige geheiratet hatten. Obwohl sich Israel bei zwei Gelegenheiten seitdem verpflichtet hat, eine kleine Zahl von Anträgen auf Familienzusammenführung als diplomatische Geste guten Willens gegenüber den palästinensischen Behörden in Ramallah zu bewilligen, verwehrt Israel jedoch generell Zehntausenden von ausländischen Staatsangehörigen, die mit Palästinensern aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen verheiratet sind, nach wie vor die Erteilung eines Aufenthaltsstatus. Dies ist zutiefst diskriminierend. Jüdische Siedler, die in den Siedlungen im Westjordanland leben, werden mit keinerlei Einschränkungen konfrontiert, wenn sie eine Genehmigung der israelischen Behörden für ihre Ehepartner erhalten wollen, in das besetzte Gebiet einzureisen und mit ihnen dort zu wohnen.

Anfang 2003 begann Israel, im Gazastreifen registrierten Palästinensern den Aufenthalt im Westjordanland zu verbieten, nahm Tausende von ihnen fest und schob sie gewaltsam in den Gazastreifen ab, nachdem sie als "Infiltratoren" bezeichnet worden waren. Im Laufe der Jahre erlaubten die israelischen Behörden einigen Palästinensern, ihre Adresse vom Gazastreifen ins Westjordanland zu verlegen, setzten diese Zusage jedoch nur teilweise um. Gleichzeitig leben weiterhin Tausende von Palästinensern im Gazastreifen ohne Papiere, weil die israelischen Behörden sich seit 2008 weigern, deren Status zu normalisieren.

Diese Politik hat schwerwiegende Auswirkungen auf die Fähigkeit der Palästinenser in den OPT, ein normales Leben zu führen, insbesondere angesichts der strengen Bewegungseinschränkungen: Wer im Westjordanland nicht registriert ist, dem droht die Abschiebung, er hat keinen Zugang zu medizinischer Versorgung, Bildung und Sozialleistungen, kann kein Bankkonto eröffnen und keine legale Arbeit

annehmen und ist aus Angst vor Ausweiskontrollen an israelischen Kontrollpunkten praktisch in seiner Wohnung gefangen. Palästinensern ohne Papiere wird auch im Gazastreifen die Bewegungsfreiheit verweigert, und der Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung in anderen Teilen der OPT und im Ausland. Insgesamt beeinträchtigen die Beschränkungen der Familienzusammenführung das Recht der Palästinenser auf Privatsphäre, Familienleben und Heirat und hindern sie daran, ihren Ehepartnern und Kindern einen Aufenthaltsstatus zu gewähren.

Israel verweigert palästinensischen Flüchtlingen - die in den Jahren 1947-49 und in den Konflikten 1967 vertrieben wurden - und deren Nachkommen weiterhin das Recht, die israelische Staatsbürgerschaft oder den Aufenthaltsstatus in Israel oder den OPT zu erhalten. Damit verweigert es ihnen das Recht, an ihre früheren Wohnorte und ihr Eigentum zurückzukehren - ein Recht, das gemäß internationalen Menschenrechten weitgehend anerkannt ist.

ZERRÜTTUNG DES FAMILIENLEBENS

Außer den Maßnahmen, die Familien innerhalb der OPT trennen, hat Israel diskriminierende Gesetze und politische Maßnahmen erlassen, die das Familienleben von Palästinensern jenseits der Grünen Linie zerrütten - ein deutliches Beispiel dafür, wie Israel Palästinenser durch ein Herrschaftssystem fragmentiert und ausgrenzt. Wie andere Maßnahmen, die Amnesty International dokumentiert hat, so werden auch diese in erster Linie von demografischen - und nicht von sicherheitspolitischen - Erwägungen geleitet und zielen darauf ab, die palästinensische Präsenz innerhalb der Grünen Linie zu minimieren, um eine jüdische Mehrheit zu erhalten. Seit 2002 verfolgt Israel eine Politik, die es Palästinensern aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen verbietet, einen Status in Israel oder Ostjerusalem durch eine Heirat zu erlangen und verhindert somit die Familienzusammenführung. Mit dem Gesetz über die Staatsbürgerschaft und die Einreise nach Israel wurde diese Politik im Gesetz zwischen 2003 bis zu dessen Auslaufen im Juli 2021 verankert. Das Gesetz hinderte Tausende von Palästinensern in Israel und Ostjerusalem daran, mit ihren palästinensischen Ehepartnern aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen dort zusammenzuleben. Der damalige israelische Innenminister erklärte, das Gesetz sei notwendig, weil "man der Meinung war, dass [die Familienzusammenführung] ausgenutzt würde, um sich so ein Rückkehrrecht zu erschleichen...".

Nach dem Gesetz von 2003 konnten Ehepartner aus dem Westjordanland oder dem Gazastreifen weder ein Daueraufenthaltsrecht, noch die israelische Staatsbürgerschaft erhalten. Stattdessen erhielten erfolgreiche Antragsteller befristete, sechsmonatige Genehmigungen. Im Laufe der Jahre wurde der Geltungsbereich des Gesetzes erweitert, um die Familienzusammenführung für palästinensische Bürger Israels weiterhin einzuschränken und zu verweigern.

Als die israelische Regierung die Abstimmung zur Verlängerung des Gesetzes im Juli 2021 verloren hatte, signalisierte sie ihre Absicht, diese Politik dennoch beizubehalten. Der Innenminister erteilte die Anweisung, keine Anträge von Palästinensern auf Familienzusammenführung anzunehmen, bis ein neues oder ähnliches Gesetz in Kraft getreten sei. Die israelischen Behörden sagen, diese Politik sei aus "Sicherheitsgründen" notwendig, aber sie wird pauschal und ohne konkrete Beweise gegen Einzelpersonen angewandt.

Im Gegensatz dazu galt das Gesetz von 2003 ausdrücklich nicht für Bewohner jüdischer Siedlungen im Westjordanland, die innerhalb Israels heiraten und mit ihrem Ehepartner zusammenleben wollten, was das Gesetz und die ihm zugrunde liegende Politik zu einer eklatanten Diskriminierung machte.

EINSCHRÄNKUNGEN DER BEWEGUNG

Seit Mitte der 1990er Jahre haben die israelischen Behörden ein Abriegelungssystem innerhalb der OPT und zwischen den OPT und Israel eingeführt und so schrittweise Millionen von Palästinensern die im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalems, und im Gazastreifen leben, je nach ihrem rechtlichen Status immer strengeren Bewegungseinschränkungen unterworfen. Diese Einschränkungen sind ein weiteres Mittel von Israel, um die Palästinenser in getrennte Enklaven auszugrenzen, sie voneinander und von der Welt zu isolieren und letztendlich seine Vorherrschaft durchzusetzen. Israel kontrolliert alle Ein- und Ausreisepunkte im Westjordanland und kontrolliert den gesamten Reiseverkehr zwischen dem

Westjordanland und dem Ausland. Israel kontrolliert auch den gesamten Personenverkehr in den Gazastreifen und aus dem Gazastreifen in den Rest der OPT und nach Israel über den Erez-Übergang, den Personenübergang von Gaza nach Israel. (Die ägyptischen Behörden halten auch strenge ägyptische Beschränkungen für den Rafah-Übergang zwischen dem Gazastreifen und Ägypten aufrecht). Mit Ausnahme der Palästinenser aus Ostjerusalem, die einen dauerhaften Aufenthaltsstatus in Israel haben, können Palästinenser aus den OPT nicht über israelische Flughäfen ins Ausland reisen, es sei denn, sie erhalten eine Sondergenehmigung, die nur für hochrangige Geschäftsleute und in humanitären Ausnahmefällen erteilt wird.

Israels Militär- und Sicherheitskräfte können Palästinensern aus dem Westjordanland Reisen ins Ausland verbieten, oft auf der Grundlage "geheimer Informationen", die Palästinenser nicht überprüfen und daher nicht anfechten können. Diese Verbote betreffen Menschenrechtsverteidiger und Aktivisten, die ins Ausland reisen, um sich für die Rechte der Palästinenser einzusetzen.

Für die Palästinenser im Gazastreifen ist das Reisen ins Ausland aufgrund der illegalen israelischen Blockade und der strengen ägyptischen Beschränkungen am Grenzübergang Rafah nahezu unmöglich. Zum Verlassen des Gazastreifens über den Erez-Übergang müssen Gaza-Bewohner eine offizielle Genehmigung von der israelischen Zivilverwaltung einholen, so dass sich die Bewilligungen auf seltene Ausnahmen beschränken. Dies hat die Palästinenser im Gazastreifen effektiv vom Rest der OPT, von Israel und dem Rest der Welt abgeschottet.

Palästinensische Bürger Israels und palästinensische Einwohner Ostjerusalems dürfen über dieselben Grenzübergänge und Häfen ins Ausland reisen wie jüdische Bürger. Sie berichten jedoch, dass sie auf israelischen Flughäfen nach wie vor diskriminierenden und erniedrigenden Sicherheitskontrollen und Verhören aufgrund ihrer nationalen Identität ausgesetzt sind, auch wenn aufgrund einer 2007 von einer israelischen Menschenrechts-NRO eingereichten Petition einige Verbesserungen eingeführt wurden. Darüber hinaus verbieten die israelischen Behörden weiterhin Tausenden von palästinensischen Ehepartnern aus den OPT, die sich rechtmäßig mit einer militärischen "Aufenthaltsgenehmigung" in Israel aufhalten, das gleiche Recht in Anspruch zu nehmen.

Für Palästinenser ist das Reisen innerhalb der OPT schwierig, zeitaufwändig und wird israelischen strategischen Überlegungen untergeordnet, die jüdische Siedlungen und die dazugehörige Infrastruktur begünstigen. In diesem Sinne bleibt das Gefühl der Ohnmacht und der Beherrschung im täglichen Leben der Palästinenser bestehen. Nach dem Ausbruch der zweiten *Intifada* im Jahr 2000 verhängte Israel ein umfassendes Sperrsystem für die Bewegungsfreiheit der Palästinenser im Westjordanland, das in verschiedenen Formen weiterhin in Kraft ist. Dieses Abriegelungssystem umfasst ein Netz von Hunderten von israelischen Militärkontrollpunkten, Erdwällen und Straßentoren sowie gesperrten Straßen und den sich schlängelnden Zaun/die Mauer.

Der 700 km lange Zaun bzw. die Mauer, die Israel größtenteils illegal auf palästinensischem Land im besetzten Westjordanland errichtet, hat 38 palästinensische Ortschaften im Westjordanland, die 9,4 % der Fläche des Westjordanlandes ausmachen, isoliert und sie in Enklaven, den so genannten "Nahtzonen", eingeschlossen, so dass die Bewohner gezwungen sind, Sondergenehmigungen für die Ein- und Ausfahrt zu ihren Häusern und eine gesonderte Genehmigung für den Zugang zu ihren landwirtschaftlichen Flächen zu erwerben.

Israel hat über 50jährigen Frauen und über 55jährigen Männern aus dem Westjordanland generell die Einreise nach Jerusalem oder Israel ohne Genehmigung erlaubt, allerdings nur, wenn sie nicht mit einem "Sicherheits"Verbot belegt sind. Mittlerweile dürfen Palästinenser aus dem Gazastreifen das Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, nur aus dringenden und lebensbedrohlichen medizinischen Gründen, für wichtige Geschäfte und in humanitären Ausnahmefällen im Rahmen der militärischen "Trennungspolitik" Israels zwischen dem Westjordanland und dem Gazastreifen betreten. Palästinenser müssen eine israelische Militärgenehmigung - die praktisch unmöglich zu erlangen ist - einholen, um zwischen den beiden Gebieten zu reisen, wobei es kein klares Verfahren für die Beantragung oder den Erhalt einer Genehmigung gibt.

Die Genehmigungsregelung ist ein militärisches, bürokratisches und willkürliches Verfahren, das nur für Palästinenser im Westjordanland und im Gaza-Streifen gilt. Es gilt nicht für jüdische Siedler, israelische Staatsbürger oder ausländische Staatsangehörige, die sich im Allgemeinen innerhalb des Westjordanlands und zwischen dem Westjordanland und Israel frei bewegen können.

EINSCHRÄNKUNGEN DES RECHTS AUF POLITISCHE BETEILIGUNG

Während die israelischen Gesetze und die israelische Politik den Staat als demokratisch bezeichnen stellt die Fragmentierung des palästinensischen Volkes sicher, dass die israelische Version der Demokratie in erster Linie die politische Beteiligung jüdischer Israelis begünstigt. Darüber hinaus wurde die Vertretung der palästinensischen Bürger Israels im Entscheidungsprozess, vor allem in der Knesset, durch eine Reihe israelischer Gesetze und Maßnahmen eingeschränkt und untergraben.

Vor allem aber hindert das israelische Verfassungsrecht israelische Bürger daran, die Definition Israels als jüdischer Staat und alle Gesetze, die eine solche Identität begründen, anzufechten. Palästinensische Bürger Israels dürfen zwar wählen und an nationalen Wahlen teilnehmen, in der Praxis ist ihr Recht auf politische Beteiligung jedoch eingeschränkt, und sie werden weiterhin als "Feind im Innern" wahrgenommen.

Nach Israels Grundgesetz: Die Knesset von 1958, der Zentrale Wahlausschuss kann eine Partei oder einen Kandidaten von der Teilnahme an den Wahlen ausschließen, wenn ihre Ziele oder Aktionen darauf abzielen, die Definition Israels als jüdischer und demokratischer Staat zu negieren, zum Rassismus anzustiften oder den bewaffneten Kampf eines feindlichen Staates oder einer terroristischen Organisation gegen Israel zu unterstützen. Darüber hinaus ist die Eintragung einer Partei, deren Ziele oder Aktionen entweder direkt oder indirekt "die Existenz Israels als jüdischer und demokratischer Staat" leugnen, nach dem Gesetz über politische Parteien von 1992 verboten.

Im Laufe der Jahre hat der Oberste Gerichtshof in der Regel Versuche des Zentralen Wahlausschusses abgelehnt, palästinensische Parteien zu verbieten und palästinensische Kandidaten zu disqualifizieren, weil sie gegen diese Bestimmungen verstoßen hatten, weil sie in öffentlichen Äußerungen Ansichten zum Ausdruck brachten, die für die Mehrheit der Knesset Mitglieder nicht akzeptabel waren. Diese Bestimmungen hindern jedoch palästinensische Abgeordnete daran, Gesetze anzufechten, die die jüdisch-israelische Vorherrschaft über die palästinensische Minderheit kodifizieren, und schränken ihre Meinungsfreiheit unangemessen ein, so dass sie die Anliegen ihrer Wähler nicht wirksam vertreten können.

Die Einschränkung des Rechts der palästinensischen Bürger Israels, an Wahlen teilzunehmen, geht mit anderen Verletzungen ihrer bürgerlichen und politischen Rechte einher, die das Ausmaß ihrer Teilnahme am politischen und sozialen Leben Israels begrenzen. Dazu gehören rassistisch motivierte Polizeieinsätze bei Protesten, willkürliche Massenverhaftungen und die Anwendung rechtswidriger Gewalt gegen Demonstranten bei Demonstrationen gegen die israelische Unterdrückung sowohl in Israel als auch in den OPT. Diese Maßnahmen, die sich gegen friedliche Demonstranten richten, sollen von weiteren Demonstrationen abhalten und abweichende Meinungen unterdrücken. Palästinenser werden bei ihrer Verhaftung routinemäßig in Untersuchungshaft genommen, während jüdische Demonstranten in der Regel gegen Kautionsfreilassung werden. Dies deutet auf eine diskriminierende Behandlung von Palästinensern durch das Strafrechtssystem hin, das Palästinenser als "Verdächtige" zu behandeln scheint, anstatt die individuelle Bedrohung zu bewerten, die sie darstellen.

Israel schränkt die bürgerlichen und politischen Rechte der Palästinenser stark ein, insbesondere im Westjordanland, wo militärische Befehle immer noch durchgesetzt werden. Die israelischen Behörden haben seit 1967 mehr als 400 palästinensische Organisationen verboten, darunter alle großen politischen Parteien und mehrere prominente zivilgesellschaftliche Organisationen, die für die Bereitstellung lebenswichtiger Dienste wie Rechtshilfe und medizinische Versorgung sowie für die Qualität ihrer Menschenrechtsberichterstattung und -vertretung weithin anerkannt sind, zuletzt im Oktober 2021. Darüber hinaus verfolgen die israelischen Behörden Palästinenser häufig wegen "Mitgliedschaft und Tätigkeit in einer ungesetzlichen Vereinigung", eine Anklage, die häufig gegen Besatzungsgegner erhoben wird. Im Laufe der Jahre haben sie zahlreiche palästinensische Gesetzgeber verhaftet und in Administrativhaft genommen oder vor Militärgerichten in Prozessen angeklagt, die nicht den internationalen Standards entsprechen. Gleichzeitig werden Palästinenser durch die Militärverordnung 101 über das "Verbot von Aufwiegelung und feindseligen Propagandaaktionen" bestraft und kriminalisiert, wenn sie an einer Versammlung von mindestens 10 oder mehr Personen teilnehmen oder eine solche organisieren, ohne eine Genehmigung für ein Thema, das "als politisch ausgelegt werden kann". Die Verordnung, in der nicht

definiert wird, was unter "politisch" zu verstehen ist, verbietet wirksam Proteste, einschließlich friedlicher Proteste, und legt für jeden, der dagegen verstößt, Haftstrafen von bis zu 10 Jahren und/oder hohe Geldstrafen fest.

Die Palästinenser in Ostjerusalem hingegen haben weder in Israel noch im Westjordanland die Möglichkeit, am politischen Leben teilzunehmen. Obwohl sie bei den Kommunalwahlen in Jerusalem wählen und kandidieren können, haben sie diese aus Protest gegen Israels anhaltende Besetzung und illegale Annexion Ostjerusalems traditionell boykottiert, und sie bleiben von den nationalen Wahlen ausgeschlossen.

Daher sind Proteste für Palästinenser nach wie vor das einzige Mittel, um die israelische Politik zu beeinflussen und das System der Unterdrückung und Herrschaft in den OPT in Frage zu stellen. Die Palästinenser in den OPT haben im Laufe der Jahre gewaltfreien Widerstand gegen die militärische Besetzung und den Ausbau der Siedlungen durch Israel mobilisiert und organisiert, der systematisch mit übermäßiger und rechtswidriger Gewalt, willkürlichen Verhaftungen und Verfolgung durch Militärgerichte sowie unzulässigen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit beantwortet wurde.

Trotz des "Rückzugs" von 2005 sind die Palästinenser im Gazastreifen weiterhin israelischen Repressionen ausgesetzt, wenn sie sich gegen die Besetzung wehren. Bei Protesten in der Nähe des Zauns, der den Gazastreifen von Israel trennt, kommt es zu exzessiver und oft tödlicher Gewalt.

ENTEIGNUNG VON LAND UND EIGENTUM

1948 besaßen jüdische Einzelpersonen und Institutionen im Mandatsgebiet Palästina etwa 6,5 % des Landes, während Palästinenser etwa 90 % des Landes als Grundbesitzer besaßen. Innerhalb von nur knapp über 70 Jahren wurde die Situation umgekehrt.

Seit seiner Gründung hat der israelische Staat massive und grausame Landbeschlagnahmen durchgeführt, um Palästinenser zu enteignen und von ihrem Land und ihren Häusern zu vertreiben. Obwohl die Palästinenser in Israel und in den OPT unterschiedlichen rechtlichen und administrativen Regelungen unterliegen, hat Israel überall ähnliche Maßnahmen zur Landenteignung in allen territorialen Domänen im Rahmen der Judaisierungspolitik, die darauf abzielt, die jüdische Kontrolle über das Land zu maximieren und gleichzeitig die Palästinenser effektiv darauf zu beschränken, in separaten, dicht besiedelten Enklaven zu leben, um ihre Präsenz zu minimieren. Diese Politik wurde in Israel seit 1948 in strategisch wichtigen Gebieten, in denen bedeutende palästinensische Bevölkerungsgruppen leben, wie Galiläa und Negev/Naqab, kontinuierlich verfolgt und nach der israelischen Militärbesetzung von 1967 auf die OPT ausgedehnt. Heute sind die anhaltenden israelischen Bemühungen, die Umsiedlung von Palästinensern im Negev/Naqab, in Ostjerusalem und im Gebiet C des Westjordanlandes im Rahmen diskriminierender Planungs- und Bauregelungen zu erzwingen, die "neuen Grenzen der Enteignung" von Palästinensern und der Ausdruck der Strategie der Judaisierung und territorialen Kontrolle.

Das kurz nach der Gründung Israels errichtete Landregime, das nie abgeschafft wurde, ist nach wie vor ein entscheidender Aspekt des Systems der Unterdrückung und Beherrschung der Palästinenser. Es besteht aus Gesetzen, der Neuinterpretation bestehender britischer und osmanischer Gesetze, staatlichen und halbstaatlichen Landinstitutionen und einer unterstützenden Justiz, die den Erwerb von palästinensischem Land und dessen diskriminierende Neuverteilung in allen von Israel kontrollierten Gebieten ermöglichte.

Während ein Großteil der Beschlagnahme von palästinensischem Land und Eigentum und die Zerstörung ihrer Dörfer innerhalb Israels in den späten 1940er und 1950er Jahren stattfand, setzten sich massive und rassistisch motivierte Enteignungen bis in die 1970er Jahre fort. Die Auswirkungen sind für die Palästinenser nach wie vor gravierend. Es ist ihnen immer noch untersagt, Land und Eigentum zu betreten und zu nutzen, das ihnen oder ihren Familien 1948 gehörte. Die Enteignung hat auch zur Isolierung und Ausgrenzung der palästinensischen Bürger aus der israelischen Gesellschaft beigetragen und sie zu einer Gruppe mit immerwährenden geringeren Rechten und ohne Recht auf Zugang zu Land und Eigentum gemacht, das seit Generationen im Besitz ihrer Familien ist.

Drei wichtige Rechtsvorschriften bildeten den Kern des israelischen Bodenrechts und spielten in diesem Prozess eine wichtige Rolle: das Gesetz über das Eigentum der Abwesenden (Gesetz über die Übertragung von Eigentum) von 1950, das Gesetz über den Landerwerb von 1953, mit dem rückwirkend

die Enteignung von Land "legalisiert" wurde, das der Staat, neu gegründete jüdische Gemeinden und die israelische Armee nach dem Konflikt von 1947-49 mit Hilfe von Notverordnungen unter ihre Kontrolle gebracht hatten; und die britische Land (Acquisition for Public Purposes) Ordinance von 1943, die es dem Finanzminister ermöglichte, Land für jeden öffentlichen Zweck zu enteignen. Diese Gesetze, die nach wie vor in Kraft sind, trugen maßgeblich zur Enteignung und zum Erwerb palästinensischer Grundstücke und Immobilien bei und führten im Laufe der Jahre zu deren ausschließlicher Inbesitznahme durch den israelischen Staat und jüdische nationale Institutionen. Seit der Annexion Ostjerusalems im Jahr 1967 wurde das gesamte israelische Bodenrecht in Ostjerusalem für die Enteignung palästinensischen Landes und dessen Umwandlung in hauptsächlich staatliches Land genutzt. Die israelischen Behörden haben darüber hinaus weitere rechtliche Instrumente eingeführt, die die palästinensischen Land- und Wohnrechte in Ostjerusalem beeinträchtigen.

Das Gesetz über das Eigentum von Abwesenden gab dem Staat die Kontrolle über das gesamte Eigentum von Palästinensern, die vertrieben wurden oder aus ihrer Heimat geflohen sind, unabhängig davon, ob sie Flüchtlinge außerhalb des Landes wurden oder nicht, oder aus ihren Dörfern und Häusern Binnenvertriebene waren und sich innerhalb Israels niedergelassen hatten, meist in nahe gelegenen palästinensischen Dörfern. Sie wurden als "Abwesende" eingestuft, obwohl sie nie eine internationale Grenze überschritten hatten und in vielen Fällen nur wenige Kilometer von ihren Häusern und ihrem Land entfernt blieben.

Die Zerstörung des palästinensischen Dorfes Iqrit in der Nähe von Akko im Norden Israels ist ein deutliches Beispiel für die grausame Anwendung dieser Politik. Im Jahr 1948 wies die israelische Armee etwa 600 Bewohner von Iqrit an, ihre Häuser "vorübergehend" zu verlassen. Sie durften niemals zurückkehren. Die Bewohner reichten eine Petition beim Obersten Gerichtshof Israels ein, um ihr Recht auf Rückkehr zu erhalten, und gewannen. Das israelische Verteidigungsministerium weigerte sich jedoch, die Entscheidung umzusetzen, da es befürchtete, damit einen Präzedenzfall für die Rückkehr anderer Palästinenser zu schaffen, die aus ihren Dörfern vertrieben worden waren. So zerstörte das Ministerium 1951 das Dorf bis auf die Kirche und den Friedhof. Die palästinensische Gemeinde von Iqrit besteht heute aus etwa 1 500 Menschen, die größtenteils 20 km entfernt in Al-Rameh leben. Sie kämpfen weiterhin für ihr Recht auf Rückkehr in ihre Häuser und auf ihr Land in Iqrit.

Parallel zur direkten Landenteignung durch die israelische Regierung wurden alle jüdischen Grundstücke im annektierten Ostjerusalem aus der Zeit vor 1948, die sich im Besitz der jordanischen Kustodie für feindliches Eigentum befanden, im Rahmen einer Änderung des Gesetzes über Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten von 1970 an die israelische Generalkustodie übertragen. Das Gesetz ermöglichte den ursprünglichen jüdischen Eigentümern oder ihren rechtmäßigen Erben, bei der Generalkonservatorin die Rückgabe dieser Immobilien zu beantragen. Es gilt nur für jüdische Eigentümer, nicht aber für Palästinenser, deren Grundstücke in Westjerusalem nach 1948 beschlagnahmt wurden, und stellt eine eindeutig diskriminierende Entschädigungsregelung dar.

Einer Schätzung zufolge hat Israel mehr als 10.000 Geschäfte, 25.000 Gebäude und fast 60 % des fruchtbaren Bodens, der palästinensischen Flüchtlingen in Israel und Ostjerusalem gehört, auf der Grundlage des Gesetzes über das Eigentum von Abwesenden enteignet.

Neben der Zuweisung von konfisziertem palästinensischem Land durch den israelischen Staat zur Förderung der jüdischen Besiedlung Jerusalems haben sich jüdische Siedlerorganisationen wie Ateret Cohanim und Elad auf das Gesetz über das Eigentum von Abwesenden von 1950 und das Gesetz über Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten von 1970 zur Entwicklung eines Rechtssystems gestützt, um Räumungsklagen gegen Palästinenser zu erheben und sie ihres Eigentums zu berauben und jüdischen Siedlern zu erlauben, sich in überwiegend palästinensischen Vierteln niederzulassen, und den Ausbau jüdischer Siedlungen voranzutreiben. Nach Schätzungen des UN-Büros für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) gab es 199 palästinensische Familien in 2019, insgesamt 877 Menschen, die vor allem in der Altstadt und in den Vierteln Sheikh Jarrah und Silwan mit Zwangsräumungen konfrontiert waren. Der Land- und Eigentumsraub durch Siedlerorganisationen erfolgte mit Unterstützung staatlicher Institutionen, darunter "Custodian General" (der Generalverwalter), der Jüdische Nationalfonds und die Justiz.

Israel griff auf Beschlagnahme-Anordnungen zurück, von denen einige die israelischen Zivilgesetze widerspiegelten, um palästinensisches Land im übrigen Westjordanland und, bis zu seinem unilateralen Rückzug im Jahr 2005 auch im Gazastreifen, zu konfiszieren, um seine Kontrolle über das Gebiet durch

den Bau und die Ausweitung von Siedlungen und der damit verbundenen Infrastruktur, die Einrichtung von Nationalparks, archäologischen Stätten und militärischen "Schießzonen" zu etablieren und zu erhalten. Im ersten Jahrzehnt der Besetzung des Westjordanlands und des Gazastreifens konfiszierten die israelischen Behörden palästinensisches Land in Privatbesitz, vor allem durch Beschlagnahme-Anordnungen für angebliche militärische Zwecke, aber auch durch Enteignungsanordnungen, Verfügungen über die Eigentum-Abwesenheitsverordnung und militärische Anordnungen, mit denen bestimmte Gebiete zu "geschlossenen Militärzonen" erklärt wurden. Diese Maßnahmen wurden vom Obersten Gerichtshof Israels legitimiert, der die Frage der Rechtmäßigkeit der Siedlungen letztlich für nicht justiziabel erklärte.

Zusätzlich zu den Gesetzen hat Israel eine selektive Registrierung von Eigentumsrechten, eine diskriminierende Zuteilung von enteignetem palästinensischem Land für jüdische Siedlungen und ein diskriminierendes Stadtplanungs- und Zonierungs-System angewandt, um Palästinenser gewaltsam von ihrem Land und ihren Grundstücken zu vertreiben. Das Ergebnis ist die vorsätzliche Verarmung der palästinensischen Bevölkerung sowohl in Israel als auch in den OPT.

Das unter britischem Mandat vor 1948 eingeleitete Verfahren zur Vergabe von Landtiteln wurde zu einem weiteren Instrument der israelischen Enteignung von Palästinensern in allen territorialen Bereichen und ermöglichte es den israelischen Behörden schließlich, Millionen Dunam (Hunderttausende von Hektar) staatliches Land für jüdische Siedlungen zu übertragen. Die israelischen Behörden verfolgten diese Politik aggressiv weiter, nachdem ein Urteil des Obersten Gerichtshofs aus dem Jahr 1979 die Siedlung Elon Moreh in der Nähe der Stadt Nablus im Westjordanland für illegal erklärt hatte, da sie keinem militärischen Zweck diene, und die Behörden gezwungen waren, den Einsatz von Beschlagnahme-Anordnungen drastisch zu reduzieren.

Parallel dazu ermöglichte die israelische Regierung jüdischen Gemeinden und Siedlungen die Nutzung der enteigneten Flächen. In Israel und Ostjerusalem übertrug sie das Land vom Staat auf jüdische nationale Organisationen und Institutionen, von denen viele nur Juden dienen, während der rechtliche Titel des Landes staatlich blieb. Im Rest der OPT verfolgte die israelische Regierung eine Politik, die es erlaubte, staatliches Land fast ausschließlich an staatliche israelische Institutionen und Organisationen, staatliche und private Unternehmen zu vergeben, zugunsten der jüdischen israelischen Siedler.

Staatliches Land in Israel wird größtenteils zur Entwicklung jüdischer Städte und Ortschaften genutzt; palästinensische Bürger Israels können 80 % des staatlichen Bodens nicht pachten. Jüdische nationale Einrichtungen verpachten im Allgemeinen kein Land an Nicht-Juden und nehmen sie nicht in die Wohnprojekte und/oder Gemeinden auf, die sie auf staatlichem Land errichten, das speziell für neue jüdische Einwanderer erschlossen wurde. Etwa 13 % des staatlichen Grund und Bodens in Israel, d. h. mehr als 2.5 Millionen Dunam, befinden sich im Besitz des Jüdischen Nationalfonds und werden von diesem ausschließlich für die Nutzung durch Juden verwaltet.

Die Errichtung und Förderung israelischer Siedlungen in den völkerrechtlich illegalen OPT und deren Besiedlung mit jüdischen israelischen Zivilisten ist seit 1967 eine Politik der israelischen Regierung. Bis heute wurden etwa 38 % des Landes der Palästinenser in Ostjerusalem enteignet, der größte Teil davon war Privatbesitz. Die israelischen Behörden haben diese umfangreichen Landenteignungen für den Bau von 13 jüdisch-israelischen Siedlungen an strategischen Standorten genutzt, um palästinensische Viertel zu umzingeln und so die geografische Kontinuität und die Stadtentwicklung der Palästinenser zu unterbrechen.

Im übrigen Westjordanland vergrößerte Israel zwischen 1967 und 2009 die Gesamtfläche staatlicher Flächen von etwa 530.000 Dunam auf 1.4 Millionen Dunam, von denen sich der größte Teil im Gebiet C befindet, und wies fast die Hälfte davon für die zivilen Nutzung zu. Davon wurden etwa 99,76 % (674.459 Dunam) ausschließlich für israelische Siedlungen bereitgestellt, wie aus Informationen hervorgeht, die das israelische Militär 2018 der israelischen Nichtregierungsorganisation Peace Now zur Verfügung stellte. Heute bedecken die israelischen Siedlungen fast 10 % des Westjordanlandes, und ihre Regionalräte sind für etwa 63 % des Gebiets C (oder 40 % des Westjordanlandes) zuständig, in dem die meisten Siedler leben. Ende 2020 gab es 272 Siedlungen und Außenposten im Westjordanland (ohne Ostjerusalem), in denen über 441.600 israelische Siedler lebten. Im Juli 2021 lebten zusätzlich 225.178 jüdische israelische Siedler in Ostjerusalem, das zu der Zeit von 358.800 Palästinensern bewohnt wurde.

Die israelischen Siedlungen im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, sind als ständige Wohnorte oder Wirtschaftsstandorte für jüdische Israelis gedacht und werden ausschließlich für deren Bedürfnisse

gebaut. Die israelischen Behörden stellen Subventionen, Steueranreize und kostengünstige Versorgungsleistungen und Ressourcen bereit, um jüdische Israelis zu ermutigen, an diesen Orten zu leben und die Siedlungswirtschaft zu unterstützen.

Israel beschlagnahmt zwar keine Häuser und Grundstücke von Palästinensern im Gazastreifen mehr, setzt aber rechtswidrige tödliche Gewalt ein, um die Bewegungsfreiheit der Palästinenser in der "Pufferzone", die das Gebiet von Israel trennt, und in einem ebenfalls zugangsbeschränkten Seegebiet vor der Küste des Gazastreifens zu kontrollieren und einzuschränken. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen erstreckt sich die "Pufferzone" in einer Entfernung zwischen 300 und 1.500 Metern vom Zaun und umfasst insgesamt etwa 62 km², d. h. rund 17 % der Gesamtfläche des Gazastreifens. Sie umfasst über 35 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Gazastreifens. Das Seegebiet mit Zugangsbeschränkung umfasst 85 % der Fischereigewässer.

DISKRIMINIERENDE FLÄCHENNUTZUNGS- UND PLANUNGSPOLITIK

Zusammen mit dem System des Landbesitzes und der Landzuteilung waren die Flächennutzungs- und Planungspolitik von zentraler Bedeutung für die Umsetzung der israelischen Politik, die darauf abzielt, die jüdische Kontrolle zu etablieren und gleichzeitig die palästinensischen Gemeinschaften sowohl in Israel als auch in den OPT zu marginalisieren. Die Planung wurde eingesetzt, um die jüdisch-israelische Präsenz an strategischen Orten auszuweiten, jüdische Städte und Siedlungen zu errichten, die geografische Ausdehnung palästinensischer Städte und Zentren zu behindern und die Landnutzung und den palästinensischen Zugang zu Bauland durch die Ausweisung von Grünflächen, Industriegebieten oder Militärzonen zu regeln. Diese Planungen wurden beispielsweise dazu genutzt, palästinensische Ortschaften einzuschließen oder palästinensische Dörfer, die danach abgerissen wurden, durch die nach 1948 zerstört wurden, durch Ausweisung als Militärzonen oder Nationalparks auszulöschen.

In allen Gebieten, in denen Israel die volle Kontrolle ausübt (in Israel, Ostjerusalem und im Gebiet C im Westjordanland), legt ein lokaler Rahmenplan die Politik für die Nutzung des Landes für Zwecke wie Wohnen, Industrie und Grünflächen fest, dient als Rechtsgrundlage für die Erteilung von Baugenehmigungen und ist das wichtigste Instrument, mit dem die Zentralregierung die lokale Entwicklung ermöglicht. In Israel und Ostjerusalem kann ein lokaler Rahmenplan nur von einer offiziellen Regierungsbehörde gemäß dem Planungs- und Baugesetz von 1965 erstellt werden. Die staatlichen Planer versäumen es jedoch, angemessene Pläne für palästinensische Ortschaften zu erstellen, die die Bedürfnisse der Einwohner berücksichtigen.

Ähnlich wie im Gebiet C im Westjordanland, lässt das Planungssystem der israelischen Zivilverwaltung keine palästinensische Vertretung oder sinnvolle Beteiligung zu, so dass die Bedürfnisse der palästinensischen Bevölkerung nicht berücksichtigt werden und die Interessen der israelischen Siedler stets im Vordergrund stehen. Gleichzeitig besteht die israelische Zivilverwaltung durch eine selektive Auslegung des jordanischen Rechts darauf, dass die Planung den veralteten britischen Mandatsplänen entsprechen muss, und lehnt Anträge auf Baugenehmigungen auf dieser Grundlage routinemäßig ab.

Diese diskriminierenden Maßnahmen führen sowohl in Israel als auch in den OPT zu unregelmäßigen Bauvorhaben und anschließenden Zerstörungen.

Das Ergebnis war das völlige Ausbleiben neuer palästinensischer Entwicklungen. Seit 1948 hat der Staat mehr als 700 jüdische Ortschaften in Israel errichtet, während er mit Ausnahme der staatlich geplanten Beduinenstädte im Negev/Naqab, die für die Zwangsumsiedlung von Beduinen vorgesehen sind, keine neuen Ortschaften für Palästinenser geschaffen hat.

Nach Schätzungen des Mossawa-Zentrums, einer Nichtregierungsorganisation, wurden in Israel von palästinensischen Bürgern im Jahr 2019 etwa 50.000 Gebäude ohne Baugenehmigung errichtet. Nach dem Planungs- und Baugesetz von 1965 kann jedes Gebäude oder Bauwerk, für das keine Baugenehmigung vorliegt, von den zuständigen israelischen Behörden "abgerissen, demontiert oder entfernt" werden, und der Eigentümer kann für die Kosten des Abrisses sowie für ein Bußgeld haftbar gemacht und/oder inhaftiert werden. Zwischen 2012 und 2014 wurden 97% der behördlichen Abrissverfügungen in dem von den israelischen Behörden als arabischer Sektor bezeichneten Gebiet ausgestellt, das hauptsächlich palästinensische Bürger Israels, aber auch die viel kleinere drusische Minderheit umfasst.

Der Negev/Naqab ist ein Paradebeispiel dafür, wie Israels diskriminierende Planungs- und Baupolitik darauf abzielt, Land und Ressourcen für jüdische Israelis auf Kosten der palästinensischen Land- und Wohnrechte zu maximieren. Anstatt die palästinensischen Beduinendörfer im Negev/Naqab als Wohngebiete auszuweisen, haben die israelischen Behörden seit den 1970er Jahren die Dörfer und das umliegende Land für militärische, industrielle oder öffentliche Zwecke ausgewiesen. Im Laufe der Jahre hat Israel 11 dieser Dörfer anerkannt, aber 35 bleiben "nicht anerkannt", da die Bewohner als "illegale Hausbesitzer" gelten und keine Baugenehmigung zur Legalisierung ihrer bestehenden oder neuen Häuser beantragen können, da die Grundstücke nicht als Wohngebiete ausgewiesen sind. Die Gebäude ganzer Gemeinden wurden infolgedessen wiederholt abgerissen. Im Gegensatz dazu haben israelische Gerichte rückwirkend jüdische Gemeinden genehmigt, die ohne Baupläne und Baugenehmigungen in demselben Gebiet errichtet wurden. Der fehlende offizielle Status bedeutet auch, dass die israelischen Behörden diesen Dörfern keine wesentlichen Infrastrukturen oder Dienstleistungen wie Gesundheitsfürsorge oder Bildung zur Verfügung stellen, und die Bewohner haben keine Vertretung in den verschiedenen lokalen Regierungsgremien, da sie sich nicht zu Kommunalwahlen anmelden oder daran teilnehmen können.

Auch die absichtliche Verweigerung der Genehmigung von Flächennutzungsplänen für palästinensische Viertel in Ostjerusalem hat sich ruinös auf die palästinensischen Gemeinden ausgewirkt und ihre Entwicklung behindert, einschließlich des Baus von öffentlichen Plätzen, Schulen und Gewerbegebieten für Arbeitsmöglichkeiten. Die Palästinenser leben in unterentwickelten und dicht besiedelten Gebieten in Ostjerusalem; sie sind mit einem akuten Wohnungsmangel konfrontiert, während ganze Viertel der Gefahr ausgesetzt sind, wegen nicht genehmigter Bauvorhaben abgerissen zu werden.

Die Palästinenser stellen heute 60 % der Bevölkerung Ostjersalems, aber nur 15 % des Landes sind von den israelischen Planungsbehörden für palästinensische Wohngebiete vorgesehen, wobei 2,6 % dieses Landes für öffentliche Gebäude ausgewiesen sind. Nach Angaben von Peace Now waren von 1991 bis 2018 nur 16,5 % der in Jerusalem genehmigten Bauanträge für Palästinenser in Ostjerusalem bestimmt, verglichen mit 37,8 % für jüdische Siedlungen in Ostjerusalem. Die übrigen genehmigten Anträge betrafen Westjerusalem.

Im Gebiet C des Westjordanlandes bedeutet das zutiefst diskriminierende Stadtplanungs- und Flächennutzungssystem, dass die Palästinenser in der Praxis nur etwa 0,5 % (ca. 1.800 Hektar) des Gebiets C bebauen dürfen, von denen der größte Teil bereits bebaut ist. Zwischenzeitlich haben die israelischen Behörden 70 % des Landes in Gebiet C für Siedlungen vorgesehen. Im Juli 2019 versprach das israelische Sicherheitskabinett, den Palästinensern Baugenehmigungen für 715 Wohnungseinheiten zu erteilen. Im Gegensatz dazu versprach sie den jüdischen Siedlern Baugenehmigungen für 6.000 Wohneinheiten. Ende Juni 2020 wurde nur eine einzige Baugenehmigung für Palästinenser erteilt. Im Gegensatz dazu wurden 1.094 Baugenehmigungen zwischen Juli 2019 und März 2020 für jüdische Siedlungen bewilligt.

UNTERDRÜCKUNG DER MENSCHLICHEN ENTWICKLUNG DER PALÄSTINENSER

Die jahrzehntelange bewusste Ungleichbehandlung der Palästinenser in allen von Israel kontrollierten Gebieten hat dazu geführt, dass die Palästinenser an den Rand gedrängt werden und einer weit verbreiteten und systematischen sozioökonomischen Benachteiligung ausgesetzt sind, da ihnen der gleichberechtigte Zugang zu natürlichen und finanziellen Ressourcen, zu Möglichkeiten der Existenzsicherung, zur Gesundheitsversorgung und zur Bildung verwehrt wird. Die diskriminierende Behandlung und Zuweisung von Ressourcen durch die israelischen Behörden zugunsten jüdischer israelischer Bürger in Israel und israelischer Siedler in den OPT verschärft die Ungleichheiten vor Ort.

In ganz Israel und den OPT leben Millionen von Palästinensern in dicht besiedelten Gebieten, die im Allgemeinen unterentwickelt sind und in denen es an angemessenen grundlegenden Dienstleistungen wie Müllabfuhr, Elektrizität, öffentlichen Verkehrsmitteln sowie Wasser- und Abwasserinfrastruktur fehlt. In Gebieten, die vollständig unter israelischer Kontrolle stehen, wie dem Negev/Naqab, Ostjerusalem und dem Gebiet C im Westjordanland, ist die Verweigerung grundlegender Dienstleistungen untrennbar mit einer diskriminierenden Planungs- und Raumordnungspolitik verbunden und zielt darauf ab, unerträgliche Lebensbedingungen zu schaffen, um Palästinenser zu zwingen, ihre Häuser zu verlassen, um die

Ausweitung der jüdischen Siedlungen zu ermöglichen. Darüber hinaus bedeutet die israelische Politik der Ausgrenzung, Segregation und strengen Bewegungsbeschränkungen im gesamten Westjordanland und im Gazastreifen, dass Palästinenser Schwierigkeiten haben, Zugang zu medizinischer Versorgung, einschließlich lebensrettender Behandlung, und zu Bildung zu erhalten, obwohl Israel nach internationalem Recht verpflichtet ist, diese Dienstleistungen nicht nur für seine eigene Bevölkerung, sondern auch für die unter seiner militärischen Besatzung lebenden Palästinenser bereitzustellen. Wenn es ihnen gelingt, Zugang zu diesen Leistungen zu erhalten, sind sie im Allgemeinen schlechter als die Leistungen für jüdische israelische Bürger. Diese Politik hat schwerwiegende Auswirkungen auf die sozioökonomischen Rechte der Palästinenser und hindert sie daran, ihr menschliches Potenzial zu entfalten.

Palästinenser, die in Israel und den besetzten Gebieten leben, sind bei allen Indikatoren für das Wohlergehen, für die es Messwerte gibt, eindeutig benachteiligt. Sie haben höhere Armutsquoten und ein niedrigeres Niveau der Erwerbsbeteiligung, des Bildungsniveaus und der Gesundheit als jüdische Israelis, einschließlich der im besetzten Westjordanland lebenden Siedler. Dass sie eine Reihe wirtschaftlicher und sozialer Rechte nicht wahrnehmen können, ist nicht nur eine direkte Folge ihrer Segregation von den jüdischen Israelis, sondern auch der gegenseitigen Abschottung durch strenge Bewegungsbeschränkungen und die Unterordnung der menschlichen Entwicklung der Palästinenser unter die sozioökonomischen Interessen der jüdischen Israelis. Israel hält die jüdische Vorherrschaft über die palästinensische Wirtschaft aufrecht, indem es die palästinensischen Gemeinden innerhalb Israels ausgrenzt und absichtlich vernachlässigt und in den OPT im Kontext einer lang anhaltenden militärischen Besatzung ein Regime der wirtschaftlichen Abhängigkeit schafft.

Das sozioökonomische Gefälle zwischen palästinensischen und jüdischen israelischen Bürgern ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen diskriminierenden Politik. In der Vergangenheit hat Israel seinen palästinensischen Bürgern während seiner 18-jährigen Militärherrschaft den Zugang zum Lebensunterhalt verwehrt und sie zu verschiedenen Zeiten als billige Arbeitskräfte eingesetzt, um die Interessen der jüdischen Mehrheit zu wahren. Neben der grausamen Beschlagnahme von Land haben auch andere diskriminierende Maßnahmen zur sozialen und wirtschaftlichen Benachteiligung der Palästinenser geführt: der Ausschluss palästinensischer Ortschaften von den vorrangigen Entwicklungsgebieten, die diskriminierende Zuteilung von Land und Wasser für die Landwirtschaft sowie die diskriminierende Planung und Zonierung und die Nichtdurchführung wichtiger Infrastruktur-Entwicklungsprojekte in palästinensischen Gemeinden.

Ohne Flächennutzungspläne waren die palästinensischen Gemeinden nicht in der Lage, Land für Wohn- und Industriezwecke auszuweisen oder die für die wirtschaftliche Entwicklung erforderliche Infrastruktur zu schaffen. Heute befinden sich nur 2 % der Industriegebiete in Israel, die ein beträchtliches Steueraufkommen generieren, in palästinensischen Ortschaften, die durch öffentliche Verkehrsmittel oder Hauptstraßen schlecht an andere Teile Israels angebunden sind. Infolgedessen fehlt den palästinensischen Gemeinden in Israel die für die wirtschaftliche Entwicklung erforderliche Infrastruktur, so dass die palästinensische Bevölkerung gezwungen ist, im jüdischen Sektor Arbeit zu suchen, wo sie im Wettbewerb um Arbeitsplätze institutionell diskriminiert wird.

Sie werden auch bei der Zuteilung öffentlicher Mittel diskriminiert, die größtenteils an jüdische Gemeinden vergeben werden. So nehmen die palästinensischen Gebietskörperschaften beispielsweise weniger Steuern ein, was größtenteils auf die ungleichen Einnahmen aus Nichtwohnungs- oder Gewerbesteuern zurückzuführen ist, die wiederum das Ergebnis der diskriminierenden israelischen Politik sind. Palästinensische Gemeinden erhalten auch weniger Subventionen von der Zentralregierung für bestimmte Ausgaben wie Bildung, Sozialhilfe, Gesundheit und kulturelle Dienstleistungen. Nach einer Erhebung des israelischen Zentralamts für Statistik von 2018 waren die monatlichen öffentlichen Ausgaben für Bildung und Kultur im jüdischen Sektor pro Kopf fast dreimal so hoch wie im (überwiegend palästinensischen) arabischen Sektor.

In den gesamten OPT hatte Israels Politik der territorialen Zersplitterung und Segregation, die im Kontext einer lang anhaltenden militärischen Besatzung verfolgt wird, verheerende Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit der palästinensischen Wirtschaft und dazu geführt, dass sie abgekoppelt, schwach und den geo-demografischen Zielen untergeordnet ist und unfähig eine nachhaltige und gerechte Entwicklung für die palästinensische Bevölkerung zu erzielen. Während sich die Situation in den letzten Jahrzehnten in den OPT im Hinblick auf einige soziale Rechte verbessert hat, darunter die Müttersterblichkeit, das Alphabetisierungs- und Bildungsniveau sowie die Impfquoten, hat der Lebensstandard im Allgemeinen

stagniert oder sich verschlechtert, wobei der Zugang zu Gesundheitsversorgung, Beschäftigung, Bildung und Wohnraum besonders betroffen sind.

Das Pariser Protokoll von 1994 zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) verankerte die Abhängigkeit der palästinensischen Wirtschaft von Israel durch eine Zollunion, die keinen Raum für eine unabhängige palästinensische Wirtschaftspolitik lässt und die OPT an die Handelspolitik, die Tarifstruktur und den Mehrwertsteuersatz Israels bindet. Seit 1999 stagniert das palästinensische Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den OPT praktisch. Die palästinensische Wirtschaft leidet unter zahlreichen israelischen Handelsbeschränkungen, die sich auf die Produktion von Exporten und importierbaren Waren auswirken. Fast alle palästinensischen Importe und Exporte passieren von Israel kontrollierte Häfen und Grenzübergänge, wo Verzögerungen und Sicherheitsmaßnahmen die Kosten um durchschnittlich 538 USD pro Sendung erhöhen, was zu einem erheblichen und anhaltenden Handelsdefizit führt.

Darüber hinaus hat Israel eine Politik des "doppelten Verwendungszwecks" in 2007 eingeführt, die die Einfuhr von Gütern einschränkt, die sowohl für militärische als auch für zivile Zwecke verwendet werden können, einschließlich Chemikalien und Technologie. Die Liste der 117 geeigneten Artikel ist vage und umfasst Kategorien wie "Kommunikationsgeräte, Geräte zur Unterstützung der Kommunikation oder Geräte mit Kommunikationsfunktionen", die auch Gegenstände des täglichen Gebrauchs wie Haushaltsgeräte und medizinische Geräte einschließen kann. Diese Politik gilt nur für palästinensische Importeure im Westjordanland und im Gazastreifen, nicht aber für ihre israelischen Kollegen oder gar für israelische Siedler in den besetzten Gebieten. Sie hatte verheerende Auswirkungen auf die Wirtschaft im Allgemeinen, insbesondere auf die Landwirtschaft, die Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) und das verarbeitende Gewerbe und hatte insbesondere im Gazastreifen katastrophale Folgen.

Unterdessen haben die israelischen Behörden durch die physische Trennung Ostjerusalems vom übrigen Westjordanland seit der zweiten *Intifada* den Zugang der Palästinenser zum Lebensunterhalt behindert und die Rolle der Stadt als wichtigstes Handelszentrum des Westjordanlandes erheblich eingeschränkt. Nach Angaben der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) schrumpfte die palästinensische Wirtschaft in Ostjerusalem um rund 50 %, während der Zaun/die Mauer den Palästinensern in Ostjerusalem in den ersten zehn Jahren seit Baubeginn direkte Verluste in Höhe von über einer 1 Milliarde US-Dollar bescherte. Andernorts im Westjordanland gehen den Palästinensern nach Angaben des palästinensischen Zentralbüros für Statistik durch die von Israel verhängten Bewegungsbeschränkungen jährlich 60 Millionen von Arbeitsstunden verloren (was einem Betrag von 274 Millionen US-Dollar entspricht).

Die Blockade und Israels wiederholten israelischen Militäroffensiven haben die lebenswichtige Infrastruktur des Gazastreifens stark in Mitleidenschaft gezogen und das Gesundheitssystem und die Wirtschaft weiter geschwächt, so dass sich das Gebiet in einem Zustand ständiger humanitärer Krise befindet. Israels kollektive Bestrafung der Zivilbevölkerung des Gazastreifens, bei der es sich mehrheitlich um Kinder handelt, hat zu lebensfeindlichen Bedingungen geführt, da es an Wohnraum, Trinkwasser und Strom mangelt und der Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten und medizinischer Versorgung, Lebensmitteln, Bildungseinrichtungen und Baumaterialien fehlt.

Nach Angaben der UNCTAD ging der Anteil des Gazastreifens an der palästinensischen Wirtschaft zwischen 2007 und 2018 aufgrund der israelischen Blockade von 31 % auf 18 % zurück. Infolgedessen wurden mehr als 1 Million Menschen unter die Armutsgrenze gedrängt, wobei die Armutsquote von 40 % im Jahr 2007 auf 56 % im Jahr 2017 anstieg. Dies verfestigte die Abhängigkeit von mehr als 80 % der Bevölkerung von internationaler Hilfe.

Der durch die Blockade verursachte Zusammenbruch der Wirtschaft des Gazastreifens wurde durch vier israelische Militäroffensiven in den letzten 13 Jahren noch verschärft, bei denen ziviles Eigentum und lebenswichtige Infrastrukturen wie Strom-, Wasser-, Kanalisations- und Abwasseranlagen in großem Umfang zerstört und mindestens 2.700 palästinensische Zivilisten getötet sowie Zehntausende verletzt und vertrieben wurden. In diesem Zeitraum haben bewaffnete palästinensische Gruppen Tausende von wahllosen Raketen auf israelische Städte und Ortschaften abgefeuert und dabei Dutzende von Zivilisten getötet oder verletzt. Im Jahr 2019 schätzte die UNCTAD die Kosten der drei israelischen Militäroperationen im Gazastreifen zwischen 2008 und 2014 auf mindestens das Dreifache des BIP von Gaza.

Strenge Bewegungsbeschränkungen wirken sich besonders nachteilig auf den Agrarsektor aus. Vor 1967 beschäftigte der Landwirtschaftssektor etwa ein Viertel der Arbeitskräfte im Westjordanland und trug etwa ein Drittel zum BIP und zu den Ausfuhren bei. Nach der Besetzung haben die israelischen Behörden den Palästinensern und ihrer Wirtschaft 63 % des fruchtbarsten und besten Weidelandes im Gebiet C durch den Bau von Siedlungen und des Zauns/der Mauer entzogen und die Bewegungsfreiheit der Palästinenser und die Möglichkeit, ihr Land zu betreten, stark eingeschränkt. Der Zaun/die Mauer hat mehr als 10 % der Fläche des Westjordanlandes isoliert, wodurch 219 palästinensische Ortschaften direkt betroffen sind und etwa 80 % der palästinensischen Landwirte, die Land in der "Nahtzone" zwischen dem Zaun/der Mauer und der Grünen Linie besitzen, den Zugang zu diesem Land verlieren. Landwirte, die ihr Land in der "Nahtzone" betreten wollen, benötigen eine militärische Genehmigung, die sie immer wieder erneuern müssen. Denjenigen, die eine solche Genehmigung erhalten, ist der Zugang nur zu Fuß und durch die auf der Genehmigung angegebenen landwirtschaftlichen Tore gestattet.

Darüber hinaus sorgt Israel dafür, dass mehr als 35 % der landwirtschaftlichen Flächen im Gazastreifen und 85 % des Fischereigebiets an der Küste des Gazastreifens für Palästinenser tabu sind, was durch die "Pufferzone" und das zugangsbeschränkte Seegebiet durchgesetzt wird. Schätzungen zufolge haben 178.000 Menschen, darunter auch 113.000 Landwirte, keinen Zugang mehr zu den landwirtschaftlichen Flächen in der "Pufferzone". Seit 2014 versprüht das israelische Militär aus der Luft Herbizide über palästinensische Kulturen entlang des Zauns zwischen dem Gazastreifen und Israel, was dazu führte, dass die Bauern im Gazastreifen ihre Existenzgrundlage verloren, was weitreichende gesundheitliche Folgen hat. Obwohl Israel behauptet, dass das Sprühen dazu dient, "optimale und kontinuierliche Sicherheitsmaßnahmen" zu ermöglichen, hat es keine Beweise für diese Behauptung vorgelegt.

Seit der Entdeckung von Öl- und Gasvorkommen vor der Küste des Gazastreifens hat Israel die Abgrenzung der Meeresküste des Gazastreifens immer wieder geändert und sie manchmal auf nur wenige 3 Seemeilen reduziert. Der fehlende Zugang zu ausreichenden Fischereigewässern betrifft schätzungsweise 65.000 Gazaner und hat 90 % der Fischer im Gazastreifen verarmen lassen. Darüber hinaus geht die israelische Marine mit tödlicher Gewalt gegen Fischer aus dem Gazastreifen vor, die vor der Küste arbeiten, und versenkt und beschlagnahmt ihre Boote.

Außerdem verweigern die israelischen Behörden den Palästinensern nicht nur den Zugang zum Lebensunterhalt durch strenge Bewegungsbeschränkungen, sondern haben sich auch systematisch und unrechtmäßig die natürlichen Ressourcen der Palästinenser zum wirtschaftlichen Profit ihrer eigenen Bürger in Israel und den Siedlungen bemächtigt, was gegen das Völkerrecht verstößt.

Israels Ausbeutung der palästinensischen natürlichen Ressourcen wie fruchtbares Agrarland, Wasser, Öl, Gas, Stein und Mineralien vom Toten Meer beraubt die Palästinenser des gleichwertigen Zugangs zu ihren eigenen Ressourcen und die Möglichkeit, diese zu verwalten, zu entwickeln und zu nutzen. Dadurch wird ihr Zugang zum Lebensunterhalt und zu sozioökonomischen Rechten, wie dem Recht auf Nahrung und einen angemessenen Lebensstandard, stark beeinträchtigt.

Israels Kontrolle über die Wasserressourcen und die wasserbezogene Infrastruktur in den OPT führt zu eklatanten Ungleichheiten zwischen Palästinensern und jüdischen Siedlern. Die israelischen Behörden beschränken den Zugang der Palästinenser zu Wasser im Westjordanland durch militärische Anordnungen, die sie daran hindern, neue Wasseranlagen zu bauen, ohne zuvor eine Genehmigung der israelischen Armee einzuholen. Sie dürfen keine neuen Brunnen bohren, keine Pumpen installieren oder bestehende Brunnen vertiefen, und der Zugang zum Jordan und zu Süßwasserquellen wird ihnen verwehrt. In den meisten Teilen des Westjordanlands kontrolliert Israel sogar das Sammeln von Regenwasser, und die israelische Armee zerstört häufig Regenwasserzisternen, die palästinensischen Gemeinden gehören. Im Gazastreifen ist das Küstenaquifer durch die übermäßige israelische Entnahme von Wasser ausgeschöpft und durch Abwässer und das Eindringen von Meerwasser verseucht, so dass mehr als 95 % des Wassers für den menschlichen Gebrauch ungeeignet sind.

Infolge dieser Politik liegt der durchschnittliche palästinensische Wasserverbrauch in den OPT bei etwa 70 Litern pro Tag und Person, wobei etwa 420.000 Menschen im Westjordanland 50 Liter pro Tag verbrauchen, weniger als ein Viertel des durchschnittlichen israelischen Verbrauchs von etwa 300 Litern pro Person. Für israelische Siedler, die in israelischen Siedlungen leben, beträgt der durchschnittliche tägliche Wasserverbrauch 369 Liter, etwa das Sechsfache des Verbrauchs der Palästinenser. Nach Angaben der Vereinten Nationen müssen 90 % der Haushalte im Gazastreifen, die ohnehin schon verarmt

sind, Wasser aus Entsalzungs- oder Kläranlagen kaufen, was 10 und 30 mal mehr als das Leitungswassers kostet.

Die israelische Regierung diskriminiert bei der Bereitstellung von Mitteln für das Gesundheitssystem der palästinensischen Bürger Israels, obwohl diese einen schlechteren Gesundheitszustand haben als ihre jüdischen israelischen Mitbürger, und stellt palästinensischen Beduinen, die in nicht anerkannten Dörfern im Negev/Naqab leben, keine Gesundheitseinrichtungen zur Verfügung, wodurch sie gezwungen werden, weite Strecken zurücklegen, um medizinische Versorgung zu erhalten. Dies spiegelt sich in erheblichen gesundheitlichen Unterschieden zwischen der jüdischen und der (überwiegend palästinensischen) arabischen Bevölkerung wider, wobei letztere in den offiziellen Statistiken durchweg schlechter abschneidet. So war beispielsweise die Säuglingssterblichkeit der arabischen Bürger Israels (5,4 pro 1.000 Geburten) im Jahr 2019 mehr als doppelt so hoch wie die der jüdischen Israelis (2,4).

Im Westjordanland und im Gazastreifen beeinträchtigt die seit einem halben Jahrhundert andauernde militärische Besatzung Israels nicht nur den Gesundheitszustand der Palästinenser, sondern auch ihre Möglichkeit, Zugang zu der notwendigen Pflege und Behandlung zu erhalten, insbesondere zur Spezialbehandlung für schwere Erkrankungen, die in vielen Fällen nur in Ostjerusalem, Israel oder im Ausland verfügbar ist. Diejenigen, die zur medizinischen Behandlung nach Ostjerusalem oder Israel überwiesen werden, müssen eine israelische Militärgenehmigung aus humanitären Gründen beantragen. Solche Genehmigungen sind schwer zu erhalten und werden oft erst mit Verzögerung erteilt oder verweigert. Die Genehmigungsregelung hat besonders verheerende Auswirkungen auf die Gesundheit der Palästinenser im Gazastreifen, wo die Blockade in Verbindung mit einer chronischen Energiekrise die Verfügbarkeit und Qualität der Gesundheitsdienste untergraben hat und das System kurz vor dem Zusammenbruch steht.

Schließlich diskriminiert Israel palästinensische Schüler in Israel und Ostjerusalem, die auf allen Ebenen der Schulbildung weniger Mittel erhalten als ihre jüdischen Mitschüler. Eine Analyse des 2016 Budgets des israelischen Bildungsministeriums durch das Mossawa Center ergab, dass (überwiegend palästinensische) arabische Schüler aus benachteiligten Verhältnissen 30 % weniger Mittel pro Unterrichtsstunde in der Grundschule, 50 % weniger Mittel in der Mittelstufe und 75 % weniger Mittel in der Sekundarstufe erhalten als jüdische Schüler mit demselben sozioökonomischen Status.

ZWANGSWEISE ÜBERFÜHRUNG

Israel hat ein institutionalisiertes Regime der systematischen Unterdrückung und Herrschaft über die Palästinenser geschaffen und hält es aufrecht. Dieses Regime wird in ganz Israel und in den OPT durch die Verstärkung diskriminierender Gesetze, Politiken und Praktiken durchgesetzt und kontrolliert in seiner Gesamtheit praktisch jeden Aspekt des Lebens der Palästinenser und verletzt routinemäßig ihre Menschenrechte.

Dieses Apartheidsystem wurde über Jahrzehnte hinweg von aufeinanderfolgenden israelischen Regierungen in allen von ihnen kontrollierten Gebieten aufgebaut und aufrechterhalten, unabhängig von der jeweils an der Macht befindlichen politischen Partei. Israel hat verschiedene Gruppen von Palästinensern zu verschiedenen Zeiten unterschiedlichen diskriminierenden und ausgrenzenden Gesetzen, Maßnahmen und Praktiken unterworfen und damit auf die territorialen Gewinne reagiert, die es zunächst 1948 und dann 1967 erzielte, als es Ostjerusalem annektierte und den Rest des Westjordanlands und den Gazastreifen besetzte. Im Laufe der Jahrzehnte haben demografische und geopolitische Erwägungen Israels die Politik gegenüber den Palästinensern in jedem dieser Gebiete geprägt.

Obwohl sich Israels Apartheidsystem in den verschiedenen Gebieten, die es effektiv kontrolliert, auf unterschiedliche Weise manifestiert, verfolgt es stets denselben Zweck der Unterdrückung und Beherrschung der Palästinenser zu Gunsten der jüdischen Israelis, die nach israelischem Zivilrecht unabhängig von ihrem Wohnort privilegiert sind. Es zielt darauf ab, eine überwältigende jüdische Mehrheit aufrechtzuerhalten, die Zugang zu einem Höchstmaß an erworbenen oder kontrollierten Gebieten und Land hat und davon profitiert, während das Recht der Palästinenser, die Enteignung ihres Landes und ihres Eigentums anzufechten, eingeschränkt wird. Dieses System wurde überall dort angewandt, wo Israel eine effektive Kontrolle über Territorium und Land oder über die Ausübung der Rechte der Palästinenser

ausgeübt hat. Es wird in Gesetz, Politik und Praxis umgesetzt und spiegelt sich im Diskurs des Staates seit seiner Gründung und bis heute wider.

Auch wenn das Völkerrecht für die Situation in Israel und in den OPT unterschiedlich gilt, entschuldigt diese Tatsache nicht die verbotene Diskriminierung von Palästinensern in einem der von Israel kontrollierten Gebiete. Israels Behandlung der Palästinenser innerhalb Israels unterliegt dem internationalen Menschenrecht, nicht aber dem humanitären Völkerrecht. In den OPT ist das Verhalten Israels sowohl an die Regeln des humanitären Völkerrechts, die für die militärische Besatzung gelten (Besatzungsrecht), als auch an seine Verpflichtungen aus den internationalen Menschenrechtsnormen gebunden. Das Besatzungsrecht erlaubt und verlangt in einigen Fällen eine unterschiedliche Behandlung von Staatsangehörigen der Besatzungsmacht und der Bevölkerung des besetzten Gebietes. Es erlaubt der Besatzungsmacht jedoch nicht, dies zu tun, wenn die Absicht besteht, ein Regime der systematischen Rassenunterdrückung und -beherrschung zu errichten oder aufrechtzuerhalten.

Die anhaltende Zwangsvertreibung der Mehrheit der Palästinenser von ihrem Land und ihrem Besitz in den Jahren 1947-49 und anschließend 1967, die Zwangsdeportationen, die gewaltsamen Transfers und die willkürlichen Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit, die Verweigerung der Staatsangehörigkeit und des Rechts auf Rückkehr, die rassistische und diskriminierende Enteignung ihres Landes und ihres Eigentums; und die anschließende diskriminierende Zuteilung von und der Zugang zu nationalen Ressourcen (einschließlich Land, Wohnraum und Wasser) verhindern nicht nur, dass Palästinenser derzeit ihre Rechte wahrnehmen können, einschließlich des Zugangs zu Lebensunterhalt, Beschäftigung, Gesundheitsfürsorge, Nahrungsmittelsicherheit, Wasser und sanitären Einrichtungen sowie Bildungsmöglichkeiten, sondern sorgen auch dafür, dass Palästinenser als Einzelpersonen oder Gemeinschaften nicht den gleichen Status genießen können wie jüdische Israelis in Israel, den OPT und anderen Situationen, in denen Israel die Kontrolle über die Wahrnehmung der Rechte von Palästinensern ausübt, insbesondere des Rechts auf Rückkehr.

Die rassistische Diskriminierung und Segregation von Palästinensern ist das Ergebnis einer bewussten Regierungspolitik. Die regelmäßigen Verstöße gegen die Rechte der Palästinenser sind keine zufälligen Wiederholungen von Straftaten, sondern Teil eines institutionalisierten Regimes systematischer Unterdrückung und Beherrschung.

VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT

Israel und Personen, die in seinem Namen handeln, haben bei der Errichtung und Aufrechterhaltung eines Systems der Herrschaft und Unterdrückung über die Palästinenser systematisch unmenschliche und menschenverachtende Handlungen begangen, die gemäß der Apartheid-Konvention bzw. dem Römischen Statut verboten sind.

Amnesty International hat insbesondere die unmenschlichen oder menschenunwürdigen Handlungen der gewaltsamen Verbringung, der Administrativhaft und der Folter, der rechtswidrigen Tötungen und schweren Verletzungen sowie der Verweigerung grundlegender Freiheiten oder der Verfolgung der palästinensischen Bevölkerung in Israel und in den OPT untersucht, die mit dem oben beschriebenen System diskriminierender Gesetze, Politiken und Praktiken verbunden sind und dieses durchsetzen. Die Organisation ist zu dem Schluss gekommen, dass die von Israel sowohl innerhalb Israels als auch in den OPT verübten Muster verbotener Handlungen Teil eines systematischen und weit verbreiteten Angriffs gegen die palästinensische Bevölkerung sind und dass die im Rahmen dieses Angriffs begangenen unmenschlichen oder menschenunwürdigen Handlungen in der Absicht begangen wurden, dieses System aufrechtzuerhalten, und sowohl nach dem Apartheid-Übereinkommen als auch nach dem Römischen Statut das Verbrechen der Apartheid gegen die Menschheit darstellen.

GEWALTSAMER TRANSFER

Israel wendet eine Vielzahl von Gesetzen und politischen Maßnahmen an, um Palästinenser in Israel und in den OPT in kleine Enklaven zu zwingen oder das Gebiet ganz zu verlassen. Im Negev/Naqab in Israel, in

Ostjerusalem und im Gebiet C des Westjordanlandes, die vollständig unter israelischer Kontrolle stehen, setzen die israelischen Behörden ähnliche Planungs- und Bauregelungen gegen die palästinensische Bevölkerung durch, die zu weit verbreiteten und ähnlichen Mustern von Haus- und Grundstücksabrissen führen, einschließlich Strukturen, die direkt mit dem Lebensunterhalt verbunden sind, mit der Begründung, dass keine Baugenehmigungen vorliegen. Den Gemeinden in diesen Gebieten wird die Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen verweigert, und im Falle der OPT werden keine Maßnahmen gegen gewalttätige Übergriffe israelischer Siedler ergriffen. Zusammen schaffen diese Maßnahmen ein Zwangsumfeld, das darauf abzielt, Palästinenser zum Verlassen ihrer Häuser zu zwingen.

Die Palästinenser sind in einer Zwickmühle gefangen. Israel verlangt von ihnen eine Genehmigung, um zu bauen oder auch nur ein Gebäude wie ein Zelt aufzustellen, erteilt ihnen aber nur selten eine Genehmigung. Folglich bauen die Palästinenser ohne Genehmigung, um eine Unterkunft zu haben oder ihre Gemeinschaften zu entwickeln. Die israelischen Streitkräfte reißen die Gebäude dann mit der Begründung ab, sie seien ohne Genehmigung gebaut worden. Im Gegensatz dazu lassen die israelischen Behörden Änderungen an Plänen zur Förderung der Entwicklung zu, wenn sie jüdische Städte in Israel oder israelische Siedlungen in den OPT errichten.

Seit 1948 hat Israel Zehntausende von palästinensischen Häusern und anderen Grundstücken in allen Gebieten unter seiner Gerichtsbarkeit und tatsächlichen Kontrolle zerstört. Dazu gehört auch die Zerstörung von mehr als 500 palästinensischen Dörfern in dem Gebiet, das nach dem Konflikt von 1947-49 zu Israel wurde. Bei den Betroffenen handelt es sich um einige der ärmsten und am stärksten marginalisierten Gemeinschaften, sowohl in der israelischen als auch in der palästinensischen Gesellschaft, häufig um Flüchtlinge oder Binnenvertriebene, die gezwungen sind, sich auf Familienangehörige und humanitäre Helfer zu verlassen, um Unterkunft und Lebensunterhalt zu erhalten.

Die Aufhebung des dauerhaften Aufenthaltsstatus von Tausenden von Palästinensern in Ostjerusalem durch Israel hat ebenfalls zu Zwangsumsiedlungen geführt.

Darüber hinaus hat Israel bei Militäroperationen vorsätzlich Häuser zerstört und Zivilisten vertrieben, wodurch Zehntausende Palästinenser obdachlos und vertrieben wurden. Die Beweise deuten darauf hin, dass die meisten dieser Zerstörungen nicht durch militärische Notwendigkeit gerechtfertigt waren und einen Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht darstellen. Im Kontext des Unterdrückungs- und Herrschaftssystems betrachtet, tragen die Verstöße zur Aufrechterhaltung dieses Apartheidsystems bei.

Israels diskriminierende staatliche Politik, Vorschriften und Verhaltensweisen gegenüber Palästinensern in Israel und den OPT haben das Verbrechen gegen die Menschlichkeit, der Deportation oder des gewaltsamen Transfers, sowohl nach dem Römischen Statut als auch nach der Apartheid-Konvention zur Folge.

ADMINISTRATIVHAFT, FOLTER UND ANDERE MISSHANDLUNGEN

Seit der Besetzung des Westjordanlands und des Gazastreifens 1967 durch die israelischen Behörden haben Tausende von Palästinensern, darunter auch Kinder, ohne Anklage oder Gerichtsverfahren in Administrativhaft genommen, im Rahmen erneuerbarer Haftbefehle. Die Militärjustiz in den besetzten Gebieten hat diese Anordnungen genutzt, um Tausende von Palästinensern, darunter auch Kinder, für Monate und manchmal sogar Jahre wegzusperren. Israel setzt die Administrativhaft regelmäßig gegen politische Gegner der Besetzung ein. Im Gegensatz dazu wurde die Administrativhaft nur selten gegen jüdische Bürger Israels verhängt.

Administrativhaft kann zwar unter bestimmten Umständen rechtmäßig sein, aber Israels systematische Anwendung gegen Palästinenser deutet darauf hin, dass sie zur Verfolgung von Palästinensern und nicht als außergewöhnliche und selektive Sicherheitsmaßnahme eingesetzt wird. Folglich hat Amnesty International viele Administrativ-Häftlinge als Gewissensgefangene betrachtet, die zur Bestrafung für ihre Ansichten, die die Politik der Besetzung in Frage stellen, inhaftiert sind.

Jahrzehntelang haben der israelische Sicherheitsdienst, der israelische Gefängnisdienst und die israelischen Streitkräfte palästinensische Gefangene, darunter auch Kinder, bei Verhaftung, Verlegung und Verhör gefoltert oder anderweitig misshandelt. Die israelische Sicherheitsbehörde wendet besonders harte

Methoden an, um Informationen und "Geständnisse" zu erlangen. Zu den Methoden, von denen palästinensische Häftlinge regelmäßig berichten, gehören schmerzhaftes Fesseln und Bindung, Ruhigstellung in Stresspositionen, Schlafentzug, Drohungen, sexuelle Belästigung, längere Einzelhaft und Beschimpfungen.

Israelische Gerichte haben Beweise zugelassen, die durch Folter von Palästinensern erlangt wurden, indem sie die Rechtfertigung der "Notwendigkeit" akzeptierten. Unverzögliche, gründliche und unparteiische Ermittlungen der israelischen Behörden bei Anschuldigungen von Palästinensern, sie seien gefoltert worden, sind äußerst selten, so dass das Verbrechen der Folter praktisch staatlich gebilligt wird.

Israels weit verbreitete und systematische Anwendung von willkürlicher Verhaftung, Administrativhaft und Folter in großem Umfang gegen Palästinenser, in flagranter Verletzung grundlegender Regeln und zwingender Normen des Völkerrechts, ist Teil der staatlichen Politik der Beherrschung und Kontrolle der palästinensischen Bevölkerung. Sie sind Teil des weit verbreiteten und systematischen Angriffs des Staates auf die palästinensische Bevölkerung und stellen die Verbrechen gegen die Menschlichkeit "Freiheitsberaubung oder andere schwere Formen des Entzugs der körperlichen Freiheit" und "Folter" gemäß dem Römischen Statut und der Apartheid-Konvention dar.

RECHTSWIDRIGE TÖTUNGEN UND SCHWERE VERLETZUNGEN

Die israelischen Streitkräfte haben seit 1967 Tausende von palästinensischen Zivilisten in den OPT getötet und verletzt, oft unter Umständen, die darauf hindeuten, dass die Tötungen systematisch, unrechtmäßig und willkürlich erfolgten und nahezu ungestraft blieben. Diese Tötungen und Verletzungen erfolgten außerhalb des bewaffneten Konflikts bei israelischen Strafverfolgungsmaßnahmen in den OPT, unter anderem bei der Niederschlagung von Protesten, bei Verhaftungsaktionen, bei der Durchsetzung von Reise- und Bewegungsbeschränkungen sowie bei Hausdurchsuchungen.

In einigen Fällen scheinen die israelischen Streitkräfte während Protesten gezielt auf Mediziner, Journalisten und Menschenrechtsverteidiger gezielt zu haben.

Trotz zahlreicher Beweise für rechtswidrige Tötungen ist Amnesty International kein einziger Fall bekannt, in dem ein Angehöriger einer israelischen Sicherheitskraft wegen vorsätzlicher Tötung eines Palästinensers in den OPT seit 1987 verurteilt worden wäre. Wenn es zu Verurteilungen kam, wurden die Soldaten wegen Totschlags oder weniger schwerwiegender Vergehen verurteilt.

Es gibt auch ein Muster von israelischen Streitkräften und Sicherheitsbeamten, die palästinensische Bürger Israels töten, auch im Zusammenhang mit Protesten gegen diskriminierende israelische Politik und Maßnahmen, und zwar unter Umständen, die darauf hindeuten, dass die Tötungen unrechtmäßig waren.

Muster exzessiver Gewaltanwendung gegen Palästinenser bei Strafverfolgungsmaßnahmen, die verfügbaren Informationen über die "Einsatzregeln" des israelischen Militärs sowie die Erklärungen israelischer Beamter im Anschluss an solche Maßnahmen, insbesondere bei Protesten, spiegeln eine geplante und anhaltende Politik des Schießens zur Tötung oder Verstümmelung von Palästinensern wider. Sie stehen im Einklang mit den unmenschlichen und menschenverachtenden Handlungen des "Mordes" und "anderer unmenschlicher Handlungen ähnlicher Art, die vorsätzlich großes Leid oder eine schwere Schädigung des Körpers oder der geistigen oder körperlichen Gesundheit verursachen" oder die "Zufügung eines schweren körperlichen oder geistigen Schadens für die Mitglieder einer oder mehrerer rassischer Gruppen" gemäß dem Römischen Statut und dem Apartheid-Übereinkommen.

VERWEIGERUNG DER GRUNDRECHTE UND -FREIHEITEN UND VERFOLGUNG

Israels systematische Verweigerung des Rechts auf eine Staatsangehörigkeit und die strengen Bewegungs- und Aufenthaltsbeschränkungen, einschließlich des Rechts, das Land zu verlassen und dorthin zurückzukehren, gehen über das hinaus, was nach internationalem Recht zu rechtfertigen ist. Ihre pauschale Anwendung richtet sich in diskriminierender Weise gegen die palästinensische Bevölkerung auf

der Grundlage ihrer rassistischen Identität als Palästinenser, beeinträchtigt ihre Teilhabe am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben in Israel und den OPT und verhindert absichtlich ihre volle Entfaltung als Gruppe. Diese Einschränkungen untergraben darüber hinaus die Wahrnehmung zahlreicher grundlegender Rechte und Freiheiten, darunter das Recht auf Meinungs- und Meinungsfreiheit, die Freiheit, sich friedlich zu versammeln und zu vereinigen, das Recht auf Lebensunterhalt, Arbeit, Gesundheit, Nahrung und Bildung.

Durch die Verweigerung der grundlegenden Menschenrechte der palästinensischen Bevölkerung durch jahrelange, bewusst diskriminierende und ausgrenzende Politik und offizielle Erklärungen, die sich in der Praxis widerspiegeln, haben die israelischen Behörden das Verbrechen gegen die Menschlichkeit der "Verfolgung" im Sinne des Römischen Statuts und der "Verweigerung grundlegender Menschenrechte" begangen, die "die Rassengruppe(n) an der Teilnahme am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben des Landes und an der bewussten Schaffung von Bedingungen hindern, die ihre volle Entfaltung verhindern" im Sinne der Apartheid-Konvention.

SICHERHEITSERWÄGUNGEN UND DIE ABSICHT, ZU UNTERDRÜCKEN UND ZU BEHERRSCHEN

Israel ist nach internationalem Recht verpflichtet, alle Personen, die sich unter seiner Gerichtsbarkeit und Kontrolle befinden, vor Gewalt zu schützen. Im Kontext eines internationalen bewaffneten Konflikts und einer militärischen Besetzung kann es Umstände geben, unter denen die unterschiedliche Behandlung verschiedener Gruppen auf rechtmäßigen Gründen beruht, ohne gegen das Verbot der Diskriminierung zu verstoßen. Während legitime Sicherheitsbedenken eine unterschiedliche Behandlung von Palästinensern erlauben, müssen sicherheitsrelevante Maßnahmen mit dem Völkerrecht in Einklang stehen und sicherstellen, dass alle Einschränkungen von Rechten notwendig und der Sicherheitsbedrohung angemessen sind.

Amnesty International hat jedoch aufgezeigt, dass die israelischen Behörden eine Politik verfolgen, die Palästinenser über einen langen Zeitraum hinweg bewusst und auf besonders grausame Art in einer Weise diskriminiert, die keine vernünftige Grundlage in der Sicherheit oder "Verteidigung" hat. Zum Beispiel hat das langanhaltende und grausame diskriminierende Zugangsverbot der Palästinenser zu ihrem Land und ihrem Eigentum, das auf gewaltsame und diskriminierende Weise beschlagnahmt wurde, keine sicherheitspolitische Begründung. Es gibt keine sicherheitspolitische Grundlage für die effektive Segregation palästinensischer Bürger Israels durch diskriminierende Gesetze über die Planung und den Zugang zu Wohnraum oder die Verweigerung ihres Rechts, ihr Eigentum und ihre Häuser einzufordern, die unter der Autorität rassistischer Gesetze beschlagnahmt wurden. Ebenso können willkürliche und diskriminierende Eingriffe in die Rechte palästinensischer Bürger Israels, zu heiraten und das Aufenthaltsrecht auf ihre Ehepartner und Kinder zu erweitern, ohne einen Beweis, dass diese Personen ein Sicherheitsrisiko darstellen, nicht gerechtfertigt werden.

Im Zusammenhang mit der israelischen Besetzung des Westjordanlands und des Gazastreifens können bestimmte Einschränkungen der Menschenrechte nach dem humanitären Völkerrecht zulässig sein, wenn sie in gutem Glauben erfolgen. Allerdings kann sich die Rechtfertigung für die unterschiedliche Behandlung nicht auf die Ansiedlung von jüdischen Israelis in den besetzten Gebieten erstrecken. Sie kann sich auch nicht auf die Morde, die gezielten Tötungen, die Folter, die Deportation und die Zwangsumsiedlung von Bevölkerungsgruppen erstrecken, die im Laufe der Jahre in den besetzten Gebieten begangen wurden.

Amnesty International hat nachgewiesen, dass andere politische Maßnahmen, die Israel mit Sicherheitsgründen rechtfertigt, durchweg in grob unverhältnismäßiger und diskriminierender Weise umgesetzt werden und zu massiven, systematischen Verletzungen der Menschenrechte der Palästinenser führen. Dazu gehört Israels Politik der umfassenden, strengen und langfristigen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit im Westjordanland und im Gazastreifen.

SCHLUSSFOLGERUNG UND EMPFEHLUNGEN

Die Gesamtheit der von Amnesty International beschriebenen Gesetze, Politiken und Praktiken zeigt, dass Israel ein institutionalisiertes Regime der Unterdrückung und Beherrschung der palästinensischen Bevölkerung zum Nutzen jüdischer Israelis - ein System der Apartheid - errichtet und aufrechterhalten hat, wo immer es die Kontrolle über das Leben der Palästinenser ausgeübt hat, seit 1948. Amnesty International kommt zu dem Schluss, dass der Staat Israel die Palästinenser als eine minderwertige nicht-jüdische Rassengruppe betrachtet und behandelt. Die Segregation erfolgt auf systematische und stark institutionalisierte Weise durch Gesetze, politische Maßnahmen und Praktiken, die alle darauf abzielen, zu verhindern, dass Palästinenser im Gebiet Israels und der OPT die gleichen Rechte wie jüdische Israelis beanspruchen und genießen können, und dienen somit der Unterdrückung und Beherrschung des palästinensischen Volkes. Hinzu kommt ein Rechtssystem, das das Recht der außerhalb Israels und der OPT lebenden palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr in ihre Heimat kontrolliert (indem es diese Rechte negiert).

Die Abschaffung dieses grausamen Apartheidsystems ist für die Millionen von Palästinensern, die weiterhin in Israel und den OPT leben, sowie für die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge, die weiterhin in den Nachbarländern vertrieben bleiben, oft nur 100 km von ihrer ursprünglichen Heimat entfernt, von entscheidender Bedeutung, damit sie ihre Menschenrechte frei von Diskriminierung wahrnehmen können. Neben anderen, spezifischeren Empfehlungen fordert Amnesty International Israel auf, alle Maßnahmen der Diskriminierung, Segregation und Unterdrückung, die derzeit gegenüber der palästinensischen Bevölkerung bestehen, aufzuheben und eine Überprüfung aller Gesetze, Verordnungen, Strategien und Praktiken vorzunehmen, die aus rassistischen, ethnischen oder religiösen Gründen diskriminieren, um sie im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsgesetzen und -standards aufzuheben oder zu ändern.

Israel muss allen Palästinensern in Israel und den OPT im Einklang mit den Grundsätzen der internationalen Menschenrechtsnormen und ohne Diskriminierung die gleichen und uneingeschränkten Menschenrechte einräumen und gleichzeitig den Schutz gewährleisten, der den Palästinensern in den OPT nach dem humanitären Völkerrecht garantiert wird. Israel muss auch das Recht der palästinensischen Flüchtlinge und ihrer Nachkommen anerkennen, in die Häuser zurückzukehren, in denen sie oder ihre Familien einst in Israel oder den OPT lebten. Darüber hinaus muss Israel den Opfern von Menschenrechtsverletzungen, von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht - und ihren Familien - volle Wiedergutmachung gewähren. Dazu sollte die Rückgabe und Entschädigung für alle auf rassistischer Grundlage erworbenen Immobilien gehören.

Das Ausmaß und die Schwere der in diesem Bericht dokumentierten Menschenrechtsverletzungen machen deutlich, dass die internationale Gemeinschaft ihre Haltung zum israelisch-palästinensischen Konflikt dringend und drastisch ändern und das volle Ausmaß der von Israel an der palästinensischen Bevölkerung begangenen Verbrechen anerkennen muss. In der Tat hat die internationale Gemeinschaft über sieben Jahrzehnte lang tatenlos zugesehen, wie Israel freie Hand bei der Enteignung gegeben wurde, Palästinenser abzusondern, zu kontrollieren, zu unterdrücken und zu beherrschen. Die zahlreichen Resolutionen des UN-Sicherheitsrats, die im Laufe der Jahre verabschiedet wurden, sind nicht umgesetzt worden, und Israel hat außer formelhaften Verurteilungen keine Konsequenzen für seine völkerrechtswidrigen Handlungen zu befürchten. In der Zwischenzeit ist es nicht gelungen, die israelischen Verstöße gegen die Palästinenser im besetzten Westjordanland und im Gazastreifen lediglich im Rahmen des humanitären Völkerrechts und getrennt von den Verstößen gegen die Palästinenser in Israel zu behandeln, um die Ursachen des Konflikts zu bekämpfen und irgendeine Form von Rechenschaftspflicht und Gerechtigkeit für die Opfer zu erreichen.

Ohne sinnvolle Maßnahmen zu ergreifen, um Israel für seine systematischen und weit verbreiteten Verletzungen und Verbrechen gegen die palästinensische Bevölkerung nach dem Völkerrecht zur Rechenschaft zu ziehen, hat die internationale Gemeinschaft dazu beigetragen, die internationale Rechtsordnung zu untergraben, und hat Israel ermutigt, weiterhin ungestraft Verbrechen zu begehen. In der Tat haben einige Staaten Israels Verstöße aktiv unterstützt, indem sie es mit Waffen, Ausrüstung und anderen Instrumenten zur Begehung von Verbrechen gegen das Völkerrecht versorgten und ihm diplomatischen Schutz gewährten, auch im UN-Sicherheitsrat, um es vor der Rechenschaftspflicht zu

schützen. Damit haben sie das palästinensische Volk völlig im Stich gelassen und die Erfahrung der Palästinenser als Menschen mit geringeren Rechten und einem minderwertigen Status gegenüber jüdischen Israelis nur noch verschlimmert.

Auch wenn der Wandel letztlich nur von Israel selbst ausgehen kann, kann die internationale Gemeinschaft konkrete Maßnahmen ergreifen, um Druck auf Israel auszuüben, damit es sein Apartheidsystem abschafft. Das Verbrechen der Apartheid gegen die Menschlichkeit zieht eine individuelle internationale strafrechtliche Verantwortung nach sich, die für Einzelpersonen, Mitglieder von Organisationen und Vertreter des Staates gilt, die an der Begehung des Verbrechens beteiligt sind. Daher sollten sowohl Israel selbst als auch die palästinensischen Behörden, die internationale Gemeinschaft und der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) die Begehung des Verbrechens der Apartheid nach internationalem Recht untersuchen.

Alle Staaten können die universelle Gerichtsbarkeit über alle Personen ausüben, die im begründeten Verdacht stehen, das Verbrechen der Apartheid begangen zu haben, während die Staaten, die Vertragsparteien des Apartheid-Übereinkommens sind, verpflichtet sind, dies zu tun und die für das Verbrechen verantwortlichen Personen zu verfolgen, vor Gericht zu stellen und zu bestrafen. Das bedeutet, dass die Staaten sofortige, wirksame und unparteiische strafrechtliche Ermittlungen durchführen müssen, wenn ihnen begründete Beweise dafür vorliegen, dass eine Person in ihrem Hoheitsgebiet oder unter ihrer Kontrolle im begründeten Verdacht steht, strafrechtlich verantwortlich zu sein, oder sie müssen Verdächtige an eine andere Gerichtsbarkeit ausliefern, die dies tun wird.

Fast sechs Jahre nach der Ankündigung des IStGH-Anklägers, eine vorläufige Untersuchung der "Situation in Palästina" im Februar 2021 einzuleiten, kam die Vorverfahrenskammer im Februar zu dem Schluss, dass sich die "territoriale Zuständigkeit des Gerichtshofs in der Situation in Palästina auf die von Israel seit 1967 besetzten Gebiete, nämlich den Gazastreifen und das Westjordanland einschließlich Ostjerusalem, erstreckt" und damit den Weg für die Untersuchung von Verbrechen ebnet, die in den OPT seit dem 13. Juni 2014 begangen wurden. Am 3. März 2021 kündigte die Anklägerin an, dass ihr Büro eine Untersuchung der im OPT begangenen Verbrechen nach dem Römischen Statut einleiten werde. Amnesty International fordert daher die Anklagebehörde des IStGH auf, die Anwendbarkeit des Verbrechens gegen die Menschlichkeit der Apartheid im Rahmen ihrer laufenden formellen Untersuchung zu prüfen.

Während sich der IStGH für die im OPT begangenen Verbrechen nach dem Römischen Statut für zuständig erklärt hat, hat er aber nicht die Gerichtsbarkeit für in Israels selbst begangene Verbrechen. Der UN-Sicherheitsrat muss daher dafür sorgen, dass die Täter des Verbrechens gegen die Menschlichkeit der Apartheid und anderer völkerrechtlicher Verbrechen in Israel und den OPT vor Gericht gestellt werden, indem entweder die gesamte Situation an den IStGH verwiesen oder ein internationales Tribunal eingerichtet wird, das die mutmaßlichen Täter vor Gericht stellt. Der UN-Sicherheitsrat muss außerdem gezielte Sanktionen, wie das Einfrieren von Vermögenswerten, gegen die am meisten in das Verbrechen der Apartheid verwickelten israelischen Beamten verhängen und ein umfassendes Waffenembargo gegen Israel verhängen.

Gleichzeitig sollte die Generalversammlung der Vereinten Nationen den Sonderausschuss gegen Apartheid wieder einsetzen, der ursprünglich im November 1962 gegründet wurde, um sich mit allen Situationen zu befassen, in denen die schwere Menschenrechtsverletzung und das Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Apartheid begangen werden, einschließlich Israels und der OPT, und um Druck auf die Verantwortlichen auszuüben, damit diese Systeme der Unterdrückung und Herrschaft abgeschafft werden.

Alle Regierungen und regionalen Akteure, insbesondere diejenigen, die enge diplomatische Beziehungen zu Israel unterhalten, wie die USA, die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten und das Vereinigte Königreich, aber auch die Staaten, die dabei sind, ihre Beziehungen zu stärken - wie einige arabische und afrikanische Staaten - dürfen das Apartheidsystem nicht unterstützen, helfen oder zur Aufrechterhaltung eines solchen Regimes beitragen, sondern kooperieren, um diese rechtswidrige Situation zu beenden. Als ersten Schritt müssen sie anerkennen, dass Israel das Verbrechen der Apartheid und andere internationale Verbrechen begeht, und alle politischen und diplomatischen Mittel einsetzen, um sicherzustellen, dass die israelischen Behörden die in diesem Bericht dargelegten Empfehlungen umsetzen und jegliche Zusammenarbeit und Aktivitäten mit Israel überprüfen, um sicherzustellen, dass diese nicht zur Aufrechterhaltung des Apartheidsystems beitragen. Amnesty International wiederholt außerdem seine seit langem bestehende Aufforderung an die Staaten, die direkte und indirekte Lieferung, den Verkauf oder die Weitergabe aller Waffen, Munition und sonstiger militärischer und sicherheitstechnischer Ausrüstung, einschließlich der Bereitstellung von Ausbildung und sonstiger militärischer und sicherheitspolitischer

Unterstützung, unverzüglich auszusetzen. Schließlich fordert sie die Staaten auf, ein Verbot von Produkten aus israelischen Siedlungen einzuführen und durchzusetzen.

Die palästinensischen Behörden müssen ihrerseits sicherstellen, dass jegliche Art von Beziehungen zu Israel, vor allem im Rahmen der Sicherheitskoordinierung, nicht zur Aufrechterhaltung des Apartheidsystems gegen die Palästinenser in den OPT beiträgt, und sollten, falls erforderlich, im Einklang mit internationalen Standards die diskriminierenden Auswirkungen der israelischen Apartheid auf die palästinensische Bevölkerung in den OPT dokumentieren, um den einschlägigen internationalen Gerichten und anderen Gremien Beweise für diese Auswirkungen vorzulegen.

Auch Unternehmen haben die Verantwortung, ihre Aktivitäten in Israel und den OPT zu bewerten und sicherzustellen, dass sie nicht zum System der Apartheid beitragen oder davon profitieren, und solche Auswirkungen anzusprechen, wenn sie auftreten, und die entsprechenden Aktivitäten einzustellen, wenn sie nicht verhindert werden können. Schließlich müssen nationale und internationale humanitäre und Entwicklungsorganisationen ihre öffentliche und private Lobbyarbeit bei der israelischen Regierung verstärken, um die Diskriminierung und Segregation von Palästinensern in Israel und den OPT durch Gesetze, Politik und Praktiken zu beenden, auch durch Lobbyarbeit bei den Gebern, und sie müssen strenge und laufende Bewertungen aller Projekte durchführen und die Palästinenser unterstützen, um sicherzustellen, dass sie so umgesetzt werden, dass sie die Diskriminierung und Segregation von Palästinensern nicht verfestigen, unterstützen oder aufrechterhalten.

2. ANWENDUNGSBEREICH UND METHODIK

2.1 SCOPE

Dieser Bericht dokumentiert und analysiert die institutionalisierte und systematische Diskriminierung von Palästinensern durch Israel. Er konzentriert sich auf die wichtigsten und grundlegenden Elemente der israelischen Diskriminierung von Palästinensern in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT) sowie von palästinensischen Flüchtlingen, die sich außerhalb Israels und der OPT befinden. Der Bericht untersucht die israelische Gesetzgebung, Politik und Praktiken, die Palästinenser in allen Gebieten betreffen, die unter Israels Gerichtsbarkeit und seiner wirksamen Kontrolle stehen (Israel und die OPT), oder in denen ihre Rechte tatsächlich von Israel kontrolliert werden.

Amnesty International hat diesen Bericht im Rahmen der völkerrechtlichen Definition von Apartheid recherchiert und zusammengestellt, um festzustellen, ob die diskriminierenden und ausgrenzenden israelischen Gesetze, Politiken und Praktiken gegenüber Palästinensern Apartheid als Verletzung des Völkerrechts, eine schwere Menschenrechtsverletzung und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen.

Dieser Bericht ist nicht umfassend und sollte nicht als erschöpfende Analyse aller Formen von Diskriminierung verstanden werden, die Palästinenser in Israel und den OPT erfahren (oder auch aller Formen von Diskriminierung, die in Israel und den OPT begangen werden). Amnesty International hat seit den 1960er Jahren schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen dokumentiert, die von Israel gegen Palästinenser sowohl in Israel als auch in den OPT begangen wurden, und seit 1960 besorgt auf die Folgen solcher Verletzungen für Palästinenser hingewiesen. Die Organisation hat auch Verletzungen dokumentiert, die von palästinensischen Behörden oder bewaffneten Gruppen gegen Palästinenser und Israelis begangen wurden, die jedoch nicht im Mittelpunkt dieses Berichts stehen.

Ebenso wird in diesem Bericht nicht behauptet, dass die Diskriminierung ausschließlich Palästinenser in Israel und in den OPT betrifft. Er konzentriert sich nicht auf die Diskriminierung anderer Minderheitengruppen, wie Drusen und Tscherkessen, sondern verweist auf einige der politischen Maßnahmen, die die Wahrnehmung ihrer Rechte in Israel beeinträchtigen.

Der geografische Geltungsbereich dieses Berichts ist auf Israel und die OPT beschränkt. Der Bericht untersucht israelische Gesetze, Politiken und Praktiken, die die Rechte palästinensischer Flüchtlinge außerhalb Israels und der OPT beeinträchtigen, indem sie ihnen das Recht auf Staatsangehörigkeit und Aufenthalt in ihren Häusern in Israel und den OPT verweigern, und wie sich diese Verweigerung auf

Palästinenser auswirkt, die in Israel und den OPT leben. Die Situation der palästinensischen Flüchtlinge in ihren Aufnahmeländern, über die Amnesty International an anderer Stelle recherchiert und berichtet hat, wird darin jedoch nicht behandelt.

Der Bericht geht auch nicht auf Menschenrechtsverletzungen oder die diskriminierende Politik Israels gegenüber Syrern auf den besetzten Golanhöhen ein.

Der völkerrechtlich anerkannte Rahmen der Apartheid, die eine Verletzung des Völkerrechts, eine schwere Menschenrechtsverletzung und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt, ermöglicht ein umfassendes, auf das Völkerrecht gestütztes Verständnis einer Situation der Segregation, Unterdrückung und Herrschaft einer Rassengruppe über eine andere. Amnesty International stellt fest und präzisiert, dass Unterdrückungs- und Herrschaftssysteme niemals identisch sein werden. Daher soll in diesem Bericht nicht behauptet oder beurteilt werden, ob ein System der Unterdrückung und Herrschaft, wie es in Israel und den OPT besteht, beispielsweise mit dem System der Segregation, Unterdrückung und Herrschaft, wie es in Südafrika zwischen 1948 und 1994 bestand, identisch oder vergleichbar ist. Stattdessen wird in diesem Bericht die systematische Diskriminierung, die Israel derzeit gegenüber Palästinensern ausübt, analysiert und festgestellt, ob sie der internationalen Definition von Apartheid entspricht, wie sie im Völkerrecht und in internationalen Verträgen definiert ist, und ob sie eine Verletzung des Völkerrechts, eine schwere Menschenrechtsverletzung und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt.

Amnesty International ist zu einer allgemeinen Schlussfolgerung über die Begehung des Verbrechens gegen die Menschlichkeit im Rahmen der Apartheid gelangt und hat nicht versucht, eine individuelle strafrechtliche Verantwortung festzustellen. Die Feststellung einer solchen Verantwortung wäre Aufgabe der nationalen oder internationalen Gerichte, die sich dabei strikt an internationale Standards der Fairness halten müssen. Der Bericht zeigt somit den systematischen Charakter der Menschenrechtsverletzungen auf und ermöglicht eine Auseinandersetzung mit diesen und bietet einen Weg zur Rechenschaftspflicht und zur Wahrnehmung der Rechte durch alle.

Die Untersuchung von Amnesty International über Israels Behandlung der Palästinenser als potenzielles Apartheidsystem baut auf der wachsenden Zahl von Arbeiten von Menschenrechtsgruppen, Juristen, Schriftstellern und Akademikern auf. Die Palästinenser setzen sich seit mehr als zwei Jahrzehnten dafür ein, die israelische Herrschaft als Apartheid zu verstehen. Die Abschaffung der israelischen Apartheid war ein zentrales Anliegen der palästinensischen Zivilgesellschaft, die die Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung 2005 ins Leben gerufen hat. Palästinensische Menschenrechtsorganisationen, einschließlich der Mitglieder des Rates der palästinensischen Menschenrechtsorganisationen, haben maßgeblich zur Dokumentation und Analyse des Systems und des Verbrechens der Apartheid beigetragen und sich bei den Vereinten Nationen an vorderster Front für diese Problematik eingesetzt. UN-Sonderberichterstatter über die Menschenrechtssituation in den OPT haben Berichte veröffentlicht, in denen sie zu dem Schluss kommen, dass Israel Handlungen begangen hat, die möglicherweise auf Apartheid hinauslaufen, und der UN-Generalversammlung empfohlen, den Internationalen Gerichtshof um eine weitere Prüfung zu ersuchen. Im Jahr 2017 veröffentlichte die UN-Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien (ESCWA) einen Bericht, der später von ihrer Website zurückgezogen wurde, in dem sie feststellte, dass Israel "ein Apartheidregime errichtet hat, das das palästinensische Volk in seiner Gesamtheit beherrscht".

In jüngerer Zeit haben auch die israelischen Menschenrechtsorganisationen Yesh Din und B'Tselem (Israeli Information Center on Human Rights in the Occupied Territories) sowie Human Rights Watch die Situation untersucht und sind zu dem Schluss gekommen, dass in einem Teil oder im gesamten Gebiet unter der tatsächlichen Kontrolle des Staates Israel Apartheid praktiziert wird.

Im Laufe der Jahre haben diese Untersuchungen in Verbindung mit Kampagnen an der Basis dazu beigetragen, dass die Behandlung der Palästinenser durch Israel als Apartheid von Aktivistengruppen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Medien, einschließlich einiger Mainstream-Medien, auf breiter internationaler Ebene anerkannt wird. Dennoch haben die Staaten, insbesondere Israels westliche Verbündete, gezögert, das Gleiche zu tun, und sich geweigert, trotz der überwältigenden Beweise irgendwelche bedeutenden Maßnahmen gegen Israel zu ergreifen. Zwar haben einige Diplomaten Israels Herrschaft über die Palästinenser vertraulich als Apartheid anerkannt, doch haben sie ihre Analyse in den meisten Fällen auf Israels Verhalten in den OPT beschränkt. Unterdessen sind palästinensische Organisationen und Menschenrechtsaktivisten, die sich an vorderster Front gegen die Apartheid engagieren, seit Jahren israelischen Repressionen ausgesetzt, um ihre Arbeit zu bestrafen.

Im Oktober 2021 verschärften die israelischen Behörden ihre Angriffe auf die palästinensische Menschenrechtsbewegung noch weiter, indem sie sechs prominente zivilgesellschaftliche Organisationen als "terroristische Organisationen" bezeichneten, was den israelischen Behörden ermöglichte, ihre Büros zu schließen, ihr Vermögen zu beschlagnahmen und ihre Mitarbeiter zu verhaften und strafrechtlich zu verfolgen. Parallel dazu hat Israel israelische Organisationen, die die Apartheid anprangern, mit Verleumdungen und Delegitimierungskampagnen belegt.

Amnesty International veröffentlicht diesen Bericht, um die palästinensische Zivilgesellschaft und israelische Organisationen in ihren Bemühungen zu unterstützen, Israels Unterdrückung und Herrschaft über die Palästinenser zu beenden. Auf diese Weise hofft Amnesty International auch, zu einem besseren Verständnis und zur Anerkennung der institutionalisierten Diskriminierung in Israel und den OPT sowie gegenüber palästinensischen Flüchtlingen als System und Verbrechen der Apartheid beizutragen.

Die von palästinensischen und anderen Menschenrechtsorganisationen entwickelten Arbeiten bieten ein breites Spektrum an Analysen und konzentrieren sich auf den rechtlichen Rahmen der Apartheid. Amnesty International erkennt an, dass für die Palästinenser in den verschiedenen Gebieten, in denen sie leben, unterschiedliche Rechts- und Verwaltungssysteme gelten: Israel, das annektierte Ostjerusalem, der Rest des besetzten Westjordanlandes und der Gazastreifen sowie außerhalb Israels und der OPT. Folglich erkennt die Organisation auch an, dass sich das israelische System der Unterdrückung und Herrschaft über die Palästinenser im Laufe der Zeit entwickelt hat und sich gegenwärtig in den verschiedenen Gebieten in unterschiedlicher Weise und mit unterschiedlichem Schweregrad manifestiert. Da jedoch die territoriale und rechtliche Fragmentierung und Segregation die Schlüsselemente sind, durch die Israel seine Unterdrückung und seine Herrschaft über die Palästinenser durchsetzt, ist Amnesty International der Ansicht, dass das volle Ausmaß der israelischen Kontrolle über die Palästinenser nur dann deutlich wird, wenn der gesamte Kontext der Kontrolle des Staates über die Palästinenser in allen Bereichen berücksichtigt wird. Daher hat Amnesty International das System der institutionalisierten Diskriminierung von Palästinensern als Ganzes analysiert, anstatt für jedes der von Israel kontrollierten Gebiete gesondert zu beurteilen, ob es das Völkerrechtsverbrechen und das Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hat oder nicht. Es ist durch juristische Auslegung zu dem Schluss gekommen, dass das System und das Verbrechen der Apartheid am besten ganzheitlich als die absichtliche, anhaltende und grausame Kontrolle einer Rassengruppe über eine andere zu verstehen ist.

Amnesty International erkennt zwar die potenzielle Stichhaltigkeit der Argumente einiger palästinensischer Menschenrechtsgruppen und anderer an, die das Recht auf Selbstbestimmung als Analyserahmen für die Situation in Israel und den OPT heranziehen, beschränkt seine Analyse jedoch auf rechtliche Rahmenwerke, die sich ausdrücklich mit institutionalisierter Rassendiskriminierung befassen. Dies liegt daran, dass die Organisation anerkennt, dass sowohl das jüdische als auch das palästinensische Volk das Recht auf Selbstbestimmung beanspruchen. Dennoch nimmt Amnesty International keine Position ein über internationale politische oder rechtliche Vereinbarungen, die zur Umsetzung dieses Rechts getroffen werden könnten. Stattdessen befasst sich die Organisation mit der Realität der Existenz des Staates Israel sowie mit dem Mandat für seine Gründung in der Resolution 181 (II) der UN-Generalversammlung von 1947 und der Tatsache, dass Israel nach 1967 die effektive Kontrolle über das gesamte Gebiet des britischen Mandatsgebiets Palästina ausgeübt hat. Sie ist der Ansicht, dass der Staat Israel völkerrechtliche Verpflichtungen hat, einschließlich der Verpflichtungen, die in der Resolution 181 (II) der Generalversammlung zum Ausdruck kommen, das Recht auf Gleichheit und Nichtdiskriminierung zu gewährleisten. Ebenso ist sie der Auffassung, dass es Israel nach dem konventionellen Völkerrecht und dem Völkergewohnheitsrecht untersagt ist, ein System der institutionellen Diskriminierung des palästinensischen Volkes zu errichten, den Palästinensern die Gleichberechtigung mit den jüdischen Israelis zu verweigern und ein unterdrückerisches Herrschaftssystem zu errichten.

Amnesty International untersucht in diesem Bericht, ob der Staat Israel und die in seinem Namen handelnden Amtsträger ein System der Unterdrückung und Herrschaft geschaffen und aufrechterhalten haben, das auch die ethnische Säuberung, Zersplitterung und Enteignung der palästinensischen Bewohner des britischen Mandatsgebiets Palästina vor 1948 beinhaltet.

2.2 METHODIK

Dieser Bericht stützt sich auf jahrzehntelange Recherchen von Amnesty International vor Ort, bei denen Zeugenaussagen und Beweise für Verletzungen der internationalen Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts in Israel und den OPT gesammelt wurden, sowie auf Veröffentlichungen palästinensischer, israelischer und internationaler Menschenrechts- und humanitärer Organisationen, zusätzlich zu akademischen Studien, Beobachtungen von Aktivistengruppen an der Basis, Berichten von UN-Organisationen, Experten und Menschenrechtsgruppen sowie Medienartikeln.

Amnesty International führte die Recherchen und Analysen für diesen Bericht zwischen Juli 2017 und November 2021 durch. Die Recherchen und Analysen orientierten sich an einer globalen Politik zu Menschenrechtsverletzungen und dem Verbrechen der Apartheid, die Amnesty International im Juli 2017 verabschiedete, nachdem die Organisation erkannt hatte, dass sie Situationen systematischer Diskriminierung und Unterdrückung auf der ganzen Welt nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt hatte. Dieser Bericht folgt ähnlichen Untersuchungen und Analysen, die zur Situation in Myanmar durchgeführt wurden.

Amnesty International analysierte ausführlich die einschlägigen israelischen Gesetze, Verordnungen, Militärbefehle, Richtlinien von Regierungsinstitutionen und Erklärungen von israelischen Regierungs- und Militärbeamten. Amnesty International prüfte auch andere israelische Regierungsdokumente wie Planungs- und Raumordnungsdokumente und -pläne, Budgets und Statistiken, israelische Parlamentsarchive und israelische Gerichtsurteile. Es prüfte auch einschlägige Berichte und Statistiken, die von palästinensischen Behörden veröffentlicht wurden.

Im Rahmen der Recherchen sprach Amnesty International mit Vertretern palästinensischer, israelischer und internationaler Nichtregierungsorganisationen (NRO), einschlägiger UN-Organisationen, Juristen, Wissenschaftlern, Journalisten und anderen relevanten Akteuren. Darüber hinaus führte Amnesty International eine umfassende rechtliche Analyse der Situation durch und holte auch den Rat externer Experten für internationales Recht ein.

Zur Veranschaulichung des Zusammenspiels verschiedener seit langem bestehender diskriminierender Gesetze, Politiken und Praktiken, die die grundlegenden Elemente des israelischen Unterdrückungs- und Herrschaftssystems darstellen, und ihrer verheerenden Auswirkungen auf die Menschenrechte der Palästinenser in ganz Israel und den OPT, enthält der Bericht 34 emblematische Fallstudien. Viele dieser Fallstudien stehen seit Jahren im Mittelpunkt der Menschenrechtsbeobachtung und -kampagnen von Amnesty International in Israel und den OPT und enthalten Beweise, die im Laufe der Zeit von verschiedenen Forscherteams zusammengetragen wurden. Um die seit langem bestehenden Bedenken zu ergänzen und sie durch den Rahmen der Apartheid zu analysieren, haben Vertreter von Amnesty International zwischen Februar 2020 und Juli 2021 in den Gebieten 56 Menschen befragt, die im Mittelpunkt dieser Fallstudien stehen.

Aus Sicherheitsgründen und wegen der im Covid-19 festgelegten Zugangsbeschränkungen wurden die meisten dieser Interviews aus der Ferne geführt. Alle Interviews mit Palästinensern, die sich im Gazastreifen aufhalten, wurden aus der Ferne geführt, da Israel Amnesty International seit 2012 den Zugang verweigert. Einige Personen wurden mehrmals befragt und blieben bis zur Veröffentlichung in engem Kontakt mit Amnesty International. Der Bericht stützt sich auch auf Interviews, die in dem Zusammenhang mit den entsprechenden Arbeiten vor Februar 2020 geführt wurden. Wo immer möglich, hat Amnesty International die in den Interviews gesammelten Informationen durch die Sichtung von Foto- und Videobeweisen und anderen relevanten Dokumenten, wie z.B. Gerichtsdokumenten, die alle in den Akten enthalten sind, bestätigt.

Alle Befragten wurden über die Art und den Zweck der Untersuchung sowie über die Verwendung der von ihnen zur Verfügung gestellten Informationen informiert. Die mündliche Zustimmung wurde von jedem Befragten vor Beginn des Interviews eingeholt und am Ende des Gesprächs nochmals bestätigt. Den Befragten wurden keine Anreize als Gegenleistung für ihre Angaben geboten. Einige Befragte baten aus Sicherheitsgründen darum, ihre Namen nicht zu veröffentlichen; ihre Namen und Informationen, die sie identifizieren könnten, wurden in diesem Bericht zurückgehalten.

Amnesty International hat den Großteil der Recherchen für diesen Bericht im August 2021 abgeschlossen. Folglich sind die Einzelheiten zu den Mustern der Verstöße und die Fallstudien bis zum Ende dieses Monats aktualisiert, aber nicht darüber hinaus. Dies wird durch Verweise in den Fußnoten verdeutlicht. Der Bericht geht jedoch auf wichtige relevante Entwicklungen in der israelischen Gesetzgebung und

Regierungspolitik im September und Oktober 2021 ein. Amnesty International hat im Laufe der Jahre immer wieder aktiv versucht, die israelischen Behörden auf die in diesem Bericht dargestellten Verstöße anzusprechen, hat aber nur selten substantielle Antworten erhalten. Amnesty International hat am 22. Oktober 2021 ein Schreiben an den israelischen Außenminister gesandt, um ein Gespräch über seine Arbeit zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte in Israel und den OPT, einschließlich der in diesem Bericht behandelten Themen, zu führen, hatte aber bis zur Veröffentlichung keine Antwort erhalten.

Amnesty International dankt den Personen, die sich bereit erklärt haben, mit Vertretern von Amnesty International zu sprechen und Informationen für diesen Bericht zur Verfügung zu stellen. Insbesondere ist die Organisation den Menschen zutiefst dankbar, die ihre Geschichten - oft unter großem persönlichem Risiko - mit ihr geteilt und ihr anvertraut haben, um ihre Erfahrungen zu veröffentlichen und Menschenrechtsprobleme aufzudecken.

3. TIMELINE

Die folgenden, keineswegs vollständigen Entwicklungen in der Geschichte Palästinas und Israels sind für das Verständnis der in dem Bericht von Amnesty International behandelten Themen von Bedeutung. Nach der Niederlage des Osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg stellte der Völkerbund **1922** Palästina unter ein britisches Mandat, das bis 1947 dauerte. Das Mandatsgebiet Palästina umfasste das heutige Israel und die OPT.

Im Jahr **1947** empfahl die UNO die Teilung Palästinas in einen jüdischen Staat (der 55 % des Territoriums umfasst) und einen arabischen Staat (45 %) mit internationaler Kontrolle über Jerusalem und seine Umgebung. Zu diesem Zeitpunkt stellten die Juden etwa 30 % der Bevölkerung und die Palästinenser etwa 70 %. Die damalige palästinensische Führung wie auch die arabischen Staaten lehnten den UN-Teilungsplan ab.

Im Konflikt **von 1947-49** vor und nach der Ausrufung des Staates Israel **im Mai 1948** wurden Tausende von Palästinensern und Juden getötet und mehr als 800.000 Palästinenser wurden im Rahmen von Angriffen auf Zivilisten aus ihren Häusern vertrieben. Diese Erfahrung wird von den Palästinensern als *Nakba* (Katastrophe) bezeichnet. Einige wurden aus ihren Dörfern und Städten in andere Teile des Landes vertrieben, die zu Israel wurden. Andere flohen in verschiedene Teile des Mandatsgebiets Palästina (von dem 22 % nach dem Konflikt unter die Kontrolle von Jordanien und Ägypten fielen). Die meisten der übrigen flohen nach Jordanien, Syrien und in den Libanon.

Seitdem hat Israel die palästinensischen Flüchtlinge und ihre Nachkommen sowie die Binnenvertriebenen innerhalb Israels daran gehindert, in ihre Häuser zurückzukehren.

Die in Israel verbliebenen Palästinenser – 150.000 Menschen - erhielten die israelische Staatsbürgerschaft. **Von 1948 - 1966 an** wurden sie jedoch der Militärregierung unterstellt. In der **Zwischenzeit von 1949 – 1952** hat sich die jüdische Bevölkerung mehr als verdoppelt, hauptsächlich durch Einwanderung.

Nach der Gründung Israels blieben zwei Teile des Mandatsgebiets Palästina außerhalb seiner Kontrolle: der Gaza-Streifen, der von Ägypten verwaltet wurde, und das östliche Gebiet, das als Westjordanland bekannt wurde und von Jordanien verwaltet wurde.

Der arabisch-israelische Krieg in **1967**, den Israel in sechs Tagen gewann, führte zur militärischen Besetzung des Westjordanlands, einschließlich Ostjerusalems, und des Gazastreifens durch Israel.

Zusammen sind diese Gebiete als OPT bekannt. Der Krieg führte auch zur Vertreibung von weiteren 350.000 Flüchtlingen, die meisten von ihnen Palästinenser aus den OPT, hauptsächlich nach Jordanien. Israel hindert auch diese palästinensischen Flüchtlinge und ihre Nachkommen an der Rückkehr.

Im Jahr **1980** annektierte Israel einseitig (und völkerrechtlich unrechtmäßig) Ostjerusalem, einschließlich der palästinensischen Teile der Stadt und eines Gebiets von etwa 70 km² Länge, das zu 28 palästinensischen Dörfern gehörte. Die erste *Intifada* (Aufstand) der Palästinenser gegen die israelische Besatzung begann im **Dezember 1987** und endete 1993 mit der Unterzeichnung des ersten Osloer

Abkommens. Zwischen **1993 und 1995** führten weitere Verhandlungen zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zu weiteren Osloer Verträgen. Durch diese wurde die Palästinensische Autonomiebehörde gegründet und mit der begrenzten Selbstverwaltung des Gazastreifens beauftragt und Teile des Westjordanlands und teilte das Westjordanland (mit Ausnahme von Ostjerusalem und Hebron) in die Gebiete A, B und C. Die Einrichtung der Palästinensischen Autonomiebehörde änderte nichts am völkerrechtlichen Status der OPT als Gebiete unter israelischer Militärbesatzung.

Die palästinensischen Behörden sind in unterschiedlichem Maße für die Verwaltung der Gebiete A und B zuständig, in denen etwa 90 % der Palästinenser (rund 2,8 Millionen Menschen) leben. Israel hat die volle zivile und sicherheitspolitische Behörde über das Gebiet C, palästinensische ländliche Gebiete, die etwa 60 % des Westjordanlandes ausmachen und in denen rund 300.000 Palästinenser leben.

Im **September 2000** begannen die Palästinenser eine zweite *Intifada* gegen die israelische Militärherrschaft im Westjordanland und im Gazastreifen. Während des Aufstands, der in 2005 endete, töteten die israelischen Streitkräfte unrechtmäßig Palästinenser, indem sie bei Protesten und an Kontrollpunkten auf sie schossen, obwohl sie keine unmittelbare Gefahr darstellten. Außerdem bombardierten sie Wohngebiete und vollstreckten außergerichtliche Hinrichtungen. Bewaffnete palästinensische Gruppen und Einzelpersonen töteten vorsätzlich israelische Zivilisten, indem sie Bomben an belebten Orten platzierten und aus dem Auto heraus schossen, sowohl in Israel als auch in den OPT. Als Reaktion darauf verhängten die israelischen Behörden kollektive Strafen gegen die gesamte Bevölkerung der OPT, indem sie die Bewegungsfreiheit stark einschränkten und Hunderte von palästinensischen Häusern abrißen.

Mitte 2002 begann Israel mit dem Bau eines Zauns/einer Mauer im und um das Westjordanland, größtenteils auf palästinensischem Land. Die Trasse bedeutete eine weitere Aneignung palästinensischen Landes und die Trennung und Absonderung palästinensischer Gemeinschaften. Im Jahr 2004 stellte der Internationale Gerichtshof fest, dass die Sperranlage illegal ist.

Im **September 2005** hat sich Israel vom Gazastreifen "losgelöst" und sein gesamtes Militärpersonal und etwa 8.000 jüdische Siedler aus dem Gebiet abgezogen, behielt aber die Kontrolle über den Luftraum, die Küstengewässer und die Grenzen. Viele Siedler wurden in Siedlungen im Westjordanland umgesiedelt.

In **2007** gipfelten bewaffnete Zusammenstöße zwischen Sicherheitskräften und bewaffneten Gruppen, die den beiden wichtigsten palästinensischen Parteien, der Fatah und der Hamas, angehören, darin, dass die Hamas die Kontrolle über die palästinensischen Regierungsinstitutionen im Gazastreifen übernahm und die Fatah-treuen Kräfte verdrängte. Seitdem fungiert die Hamas als De-facto-Regierung des Gazastreifens und hat dort einen parallelen Sicherheits- und Strafverfolgungsapparat aufgebaut, während die Fatah weiterhin die dominierende Partei ist, die die palästinensischen Behörden, einschließlich der Regierung und der Präsidentschaft, im Westjordanland stellt.

In der Zwischenzeit verhängte Israel eine Luft-, Land- und Seeblockade über den Gazastreifen und bestrafte damit kollektiv seine gesamte Bevölkerung. Seitdem hat Israel die Einfuhr von Waren und Treibstoff in den Gazastreifen, die Ausfuhr von Produkten aus dem Gazastreifen und den Personenverkehr zwischen dem Gazastreifen und dem Westjordanland stark eingeschränkt.

Im **Dezember 2008, November 2012, Juli 2014 und Mai 2021** startete Israel Militäroffensiven gegen den Gazastreifen, während bewaffnete palästinensische Gruppen Raketen aus dem Gebiet auf Israel abfeuerten. Diese Offensiven verursachten enorme Zerstörungen an zivilem Eigentum und an der Infrastruktur, einschließlich der Strom-, Wasser- und Abwassernetze sowie der Abwasseranlagen im Gazastreifen, und töteten mindestens 2.700 palästinensische Zivilisten, verletzten Hunderttausende und vertrieben weitere. In diesem Zeitraum feuerten bewaffnete palästinensische Gruppen Tausende von wahllosen Raketen auf israelische Städte und Gemeinden ab und töteten oder verletzten dabei Dutzende von Zivilisten.

Zuletzt kam es im **Mai 2021** zu einem Ausbruch von Gewalt, nachdem angedrohte Zwangsräumungen von Palästinensern in Ostjerusalem zu breiten Protesten geführt hatten.

BRITISCHES MANDAT PALÄSTINA (1920-48)



4. APARTHEID IM INTERNATIONALEN RECHT

4.1 VERBOT UND KRIMINALISIERUNG DER APARTHEID

Ursprünglich bezog sich der Begriff "Apartheid" auf ein politisches System, das in Südafrika 1948 formell eingeführt wurde (aufbauend auf bestehenden rassendiskriminierenden und segregationistischen Gesetzen und Maßnahmen, die unter einem System weißer Minderheitenherrschaft entwickelt und angewendet wurden). Das System zeichnete sich durch Gesetze, Politiken und Praktiken aus, die die Unterdrückung und Vorherrschaft (einschließlich formaler Rassentrennung und Diskriminierung) einer rassischen Gruppe ("weiße" Südafrikaner) über andere (insbesondere, aber nicht nur, "schwarze" Südafrikaner) sicherstellten. Die formale Apartheid endete in Südafrika schließlich Mitte der 1990er Jahre. Ähnliche Systeme, die jedoch nicht unbedingt als Apartheid bezeichnet werden, wurden in anderen Ländern des südlichen Afrikas eingeführt und aufrechterhalten, bis sie nach dem Ende der rassistischen Minderheitenherrschaft abgeschafft wurden. Nach ihrer formellen Einführung im Jahr 1948 und insbesondere in den 1970er Jahren

übernahm die internationale Gemeinschaft den Begriff "Apartheid", um solche Systeme und Praktiken formalisierter rassistischer Unterdrückung und Herrschaft zu verurteilen.

Die internationale Gemeinschaft verbietet die Apartheid ausdrücklich im Völkerrecht, in den internationalen Menschenrechtsnormen und im internationalen Strafrecht. Die Gesamtheit dieser Verurteilungen, Verbote und Kriminalisierungen, einschließlich der Kriminalisierung im Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), die nach dem Ende der Apartheid in Südafrika erfolgte, macht deutlich, dass die internationale Gemeinschaft beabsichtigte, nicht nur Apartheid, wie sie in Südafrika praktiziert wurde, zu verurteilen und zu kriminalisieren, sondern überall dort, wo ein System der Unterdrückung und Herrschaft aufgrund der Rasse durchgesetzt werden kann.

Derzeit gibt es drei wichtige internationale Verträge, die Apartheid verbieten und/oder ausdrücklich unter Strafe stellen: das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (ICERD), das Internationale Übereinkommen zur Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid (Apartheid-Konvention) und das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (Römisches Statut).

Das ICERD von 1965, das von 182 Ländern ratifiziert wurde, war das erste internationale Menschenrechtsinstrument, das die Apartheid verbot und verurteilte. In Artikel 3 heißt es: "Die Vertragsstaaten verurteilen insbesondere die Rassentrennung und die Apartheid und verpflichten sich, alle Praktiken dieser Art in den ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Gebieten zu verhindern, zu verbieten und zu beseitigen." Seitdem wurde in anderen internationalen Menschenrechtsverträgen ausdrücklich auf das Verbot der Apartheidpraxis verwiesen. Das ICERD verpflichtet die Vertragsstaaten zur Aufhebung und Unterbindung von Gesetzen, Politiken und Praktiken, die Segregation und Apartheid begründen und aufrechterhalten, und zwar nicht nur in den Gebieten, über die sie Hoheitsgewalt ausüben, sondern auch in den Gebieten jenseits ihrer Grenzen, über die sie Kontrolle ausüben. Die Staaten haben die Pflicht, die Menschenrechte der ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Menschen zu achten, zu schützen und zu verwirklichen, einschließlich der Menschen, die in Gebieten leben, die sich außerhalb ihrer Staatsgrenzen befinden, aber unter ihrer tatsächlichen Kontrolle stehen. Als solche sind die Vertragsstaaten rechtlich verpflichtet, sich nicht an Handlungen zu beteiligen, die das System der Apartheid darstellen, und solche Handlungen in allen Situationen, die ihrer Hoheitsgewalt unterliegen, zu verhindern, zu verbieten und zu bestrafen, auch, wenn die Auswirkung ihrer Handlungen extraterritorial zu spüren sind.

Israel hat das ICERD 1979 ratifiziert und folglich sind seine rechtlichen Verpflichtungen aus dem Übereinkommen sowohl in Israel als auch in den OPT anwendbar. Der Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung (CERD) ist zu dem Schluss gekommen, dass Israel gegen Artikel 3 des ICERD verstoßen hat, auch wenn er den Begriff "Apartheid" nicht ausdrücklich verwendet hat, und hat Israel aufgefordert, alle derartigen Politiken und Praktiken gegen nichtjüdische Gemeinschaften und insbesondere "Politiken oder Praktiken, die die palästinensische Bevölkerung schwer und unverhältnismäßig treffen" in Israel und den OPT zu beseitigen.

Außerdem ist das Verbot der Apartheid nach dem Völkerrecht und den internationalen Menschenrechtsnormen Teil des Völkergewohnheitsrechts. Der Internationale Gerichtshof hat festgestellt, dass die Apartheid eine "flagrante Verletzung der Ziele und Grundsätze der [UN-]Charta" darstellt.

Die Apartheid-Konvention von 1973 definiert Apartheid als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und verpflichtet die Vertragsstaaten, gegen Personen zu ermitteln und sie strafrechtlich zu verfolgen, die der strafrechtlichen Verantwortung für dieses Verbrechen verdächtigt werden. Der Apartheidkonvention sind derzeit 109 Staaten beigetreten; Israel ist kein Vertragsstaat.

Das Römische Statut von 1998, das in Artikel 7(1)(j) auch Apartheid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit definiert, verlangt die üblichen kontextuellen Elemente der Begehung des Verbrechens als Teil eines weit verbreiteten oder systematischen Angriffs gegen die Zivilbevölkerung gemäß einer staatlichen oder organisatorischen Politik. Derzeit gibt es 123 Vertragsstaaten des Römischen Statuts; Israel unterzeichnete es im Jahr 2000, zog seine Unterschrift jedoch 2002 zurück. Im Jahr 2015 trat der Staat Palästina dem Römischen Statut bei und akzeptierte die Gerichtsbarkeit des IStGH wegen mutmaßlicher Verbrechen, einschließlich Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die in den "besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Ostjerusalem, seit dem 13. Juni 2014," begangen wurden.

Amnesty International ist der Ansicht, dass Apartheid nach dem Völkergewohnheitsrecht ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt. Die Völkerrechtskommission ist zu dem Schluss gekommen, dass das Verbot von Verbrechen gegen die Menschlichkeit eine zwingende Norm des Völkerrechts ist, von der nicht abgewichen werden darf, d.h. kein Staat darf sich unter keinen Umständen seiner Verpflichtung entziehen, diese zu respektieren. Die Definition von Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Römischen Statut spiegelt weitgehend die Regeln des Völkergewohnheitsrechts wider, und die Aufnahme der Apartheid in dem Artikel 7 des Römischen Statuts deutet darauf hin, dass das Verbrechen der Apartheid gegen die Menschlichkeit ein Verbrechen nach dem Völkergewohnheitsrecht ist. Es gibt also deutliche Hinweise dafür, dass die spezifische Definition der Apartheid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Römischen Statut dem Völkergewohnheitsrecht entspricht. Dieser Bericht verwendet die Definition des Verbrechens gegen die Menschlichkeit der Apartheid im Römischen Statut, um das Völkergewohnheitsrecht widerzuspiegeln..

4.1.1 DEFINITIONEN VON APARTHEID IM INTERNATIONALEN RECHT

Der Ausgangspunkt für eine Definition von Apartheid muss die des Artikels II der Apartheid-Konvention sein, der ersten internationalen Konvention, die dieses Verbrechen ausdrücklich im internationalen Recht definiert. Sie besagt Folgendes:

... der Begriff "Verbrechen der Apartheid", der ähnliche Politiken und Praktiken der Rassentrennung und Diskriminierung, wie sie in Südafrika praktiziert werden, einschließen muss, gilt für die folgenden unmenschlichen Handlungen, die zu dem Zweck begangen werden, die Herrschaft einer rassischen Personengruppe über eine andere rassische Personengruppe zu errichten und aufrechtzuerhalten und diese systematisch zu unterdrücken.. "

Artikel II listet dann spezifische unmenschliche Handlungen auf, die, wenn sie in diesem Zusammenhang begangen werden, den völkerrechtlichen Straftatbestand der Apartheid erfüllen; sie reichen von gewaltsamen Handlungen wie Mord und Folter bis hin zu legislativen, administrativen und anderen Maßnahmen, die darauf abzielen, eine oder mehrere rassische Gruppen daran zu hindern, am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben des Landes teilzunehmen und ihnen grundlegende Menschenrechte und Freiheiten zu verweigern. Die spezifischen unmenschlichen Handlungen, die aufgezählt werden, sind:

- a. *Verweigerung des Rechts auf Leben und Freiheit der Person für ein Mitglied oder Mitglieder einer rassischen Gruppe oder Gruppen:*
 - (i) *Durch die Ermordung von Mitgliedern einer rassischen Gruppe oder Gruppen;*
 - (ii) *indem sie den Mitgliedern einer oder mehrerer rassischer Gruppen schwere körperliche oder seelische Schäden zufügen, ihre Freiheit oder Würde verletzen oder sie der Folter oder einer grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung oder Strafe unterwerfen;*
 - (iii) *Durch willkürliche Verhaftung und illegale Inhaftierung von Mitgliedern einer oder mehrerer rassischer Gruppen;*
- b. *Vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für eine oder mehrere rassische Gruppen, die darauf abzielen, diese ganz oder teilweise zu zerstören;*
- c. *Alle gesetzgeberischen und sonstigen Maßnahmen, die darauf abzielen, eine oder mehrere rassische Gruppen an der Teilnahme am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben des Landes zu hindern, sowie die absichtliche Schaffung von Bedingungen, die die volle Entfaltung einer oder mehrerer Gruppen verhindern, insbesondere durch die Verweigerung grundlegender Menschenrechte und Freiheiten für Mitglieder einer oder mehrerer rassischer Gruppen, einschließlich des Rechts auf Arbeit, des Rechts, anerkannte Gewerkschaften zu gründen, des Rechts auf Bildung, des Rechts, ihr Land zu verlassen und dorthin zurückzukehren, des Rechts auf eine Staatsangehörigkeit, des Rechts auf Freizügigkeit und Aufenthaltsfreiheit, des*

Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung sowie des Rechts auf friedliche Versammlung und Vereinigung;

- d. Alle Maßnahmen, einschließlich gesetzgeberischer Maßnahmen, die darauf abzielen, die Bevölkerung entlang der Rassengrenzen aufzuteilen, und zwar durch die Schaffung getrennter Reservate und Ghettos für die Mitglieder einer oder mehrerer Rassengruppen, das Verbot von Mischehen zwischen Angehörigen verschiedener Rassengruppen, die Enteignung von Grundbesitz, der einer oder mehreren Rassengruppen oder deren Mitgliedern gehört;*
- e. Ausbeutung der Arbeitskraft von Angehörigen einer oder mehrerer rassischer Gruppen, insbesondere durch Zwangsarbeit;*
- f. Verfolgung von Organisationen und Personen, indem ihnen die Grundrechte und -freiheiten vorenthalten werden, weil sie sich gegen die Apartheid stellen.*

Das Römische Statut besagt, dass das Verbrechen der Apartheid gegen die Menschlichkeit begangen wird, wenn "unmenschliche Handlungen, die den in Absatz 1 genannten ähnlich sind", "im Rahmen eines institutionalisierten Regimes der systematischen Unterdrückung und Herrschaft einer rassistischen Gruppe über eine andere rassistische Gruppe oder Gruppen und mit der Absicht, dieses Regime aufrechtzuerhalten" begangen werden". Das Element des "besonderen Vorsatzes" des Verbrechens der Apartheid nach dem Römischen Statut, das es von anderen Verbrechen gegen die Menschlichkeit unterscheidet, ist somit die Aufrechterhaltung eines Regimes der systematischen Unterdrückung und Herrschaft.

Es gibt zwei wesentliche Unterschiede zwischen der Apartheid-Konvention und dem Römischen Statut. Erstens verlangt das Römische Statut ausdrücklich das Vorhandensein "eines institutionalisierten Regimes der systematischen Unterdrückung und Beherrschung einer rassistischen Gruppe über eine oder mehrere andere rassistische Gruppen, das in der Absicht begangen wird, dieses Regime aufrechtzuerhalten". Obwohl die Apartheid-Konvention den Begriff "institutionalisiertes Regime" nicht ausdrücklich in der Weise verwendet wie das Römische Statut, lässt sich aus ihrer Definition von Apartheid eine ähnliche Anforderung ableiten. Unter anderem beschreibt die Konvention das Verbrechen der Apartheid als "ähnliche Politiken und Praktiken der Rassentrennung und Diskriminierung, wie sie im südlichen Afrika praktiziert wurde" · was unbestreitbar eine institutionalisierte Unterdrückung und Herrschaft von Rassen beinhaltet. Zu den "unmenschlichen Handlungen", die den Straftatbestand der Apartheid erfüllen, zählt die Definition ausdrücklich auch "gesetzgeberische Maßnahmen", die eindeutig eine "institutionalisierte" Maßnahme darstellen. Damit die im Apartheid-Übereinkommen und im Römischen Statut aufgeführten verbotenen Handlungen den Straftatbestand der Apartheid erfüllen, müssen sie begangen werden, um ein "institutionalisiertes Regime der systematischen Unterdrückung und Herrschaft einer rassistischen Gruppe über eine andere rassistische Gruppe oder Gruppen mit dem Vorsatz, dieses Regime aufrechtzuerhalten", (zu schaffen) oder zu bewahren.

Diesbezüglich ist anzumerken, dass das Apartheid-Übereinkommen sich mehr auf den "Zweck" konzentriert, eine solche Herrschaft zu schaffen oder aufrechtzuerhalten, was bedeutet, dass das Verbrechen der Apartheid auch ohne ein bestehendes Regime der systematischen Unterdrückung und Herrschaft begangen werden kann, solange die Absicht besteht, ein solches Regime zu errichten, wohingegen die Erfordernis des Römischen Statutes, dass die unmenschlichen Handlungen innerhalb des Kontext des Regimes begangen werden, impliziert, dass das Regime bereits existieren muss. Nichtsdestotrotz ist es, in Anbetracht der Schwere und des Ausmaßes des Verbrechens der Apartheid, jedoch unwahrscheinlich, dass das Verbrechen verfolgt wird, wenn es kein Unterdrückungs- und Herrschaftssystem gibt, insbesondere dann, wenn der Vorsatz aus dem bestehenden System abgeleitet wird. Für die Zwecke dieses Berichts hat Amnesty International die strengere Definition (bzw. engere) des Römischen Statuts angewandt, die die Apartheid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Rahmen des ständigen Völkerrechts besser widerspiegelt.

Der zweite Unterschied besteht darin, dass die Liste der im Römischen Statut verbotenen "unmenschlichen" Handlungen engheriger gefasst ist als die Liste der "unmenschlichen Handlungen" in der Apartheid-Konvention. Tatsächlich umfassen die in der Apartheid-Konvention verbotenen unmenschlichen Handlungen, wie (bereits) gezeigt, sowohl inhärent gewalttätige Handlungen als auch systematischere Handlungen, die darauf abzielen, eine oder mehrere rassistische Gruppen an der Teilnahme

am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben des Landes zu hindern und ihnen grundlegende Menschenrechte und Freiheiten zu verweigern.

Auf den ersten Blick scheint sich die Liste der unmenschlichen Handlungen im Römischen Statut auf die gewalttätigeren Handlungen wie Mord und Folter zu beschränken. Jedoch ein genauerer Blick weist sowohl auf die in Artikel 7 (1) (h) verbotene unmenschliche Handlung der Verfolgung hin, die in Artikel 7 (2)(g) definiert wird, "...bedeutet den völkerrechtswidrigen, vorsätzlichen und schwerwiegenden Entzug von Grundrechten wegen der Identität einer Gruppe oder Gemeinschaft", als auch auf "andere unmenschliche Handlungen ähnlicher Art, mit denen vorsätzlich große Leiden oder eine schwere Beeinträchtigung der körperlichen Unversehrtheit oder der geistigen oder körperlichen Gesundheit verursacht werden", die in Artikel 7 (1)(k) verboten sind, zusammen erfassen sie somit alle nach dem Apartheid-Übereinkommen verbotenen unmenschlichen Handlungen, die in der Definition des Römischen Statuts auf den ersten Blick nicht erscheinen.

Im Hinblick auf die internationalen Menschenrechte definiert das ICERD nicht die Apartheid. Zumindest aber würden Systeme, Regime und Praktiken, die den Definitionen des Verbrechens der Apartheid im Rahmen der Apartheid-Konvention und des Römischen Statuts entsprechen, einen Verstoß gegen das völkerrechtliche Menschenrechtsverbot des ICERD darstellen. Das völkerrechtliche Verbot der Apartheid findet sich am besten in einem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs im Zusammenhang mit der Präsenz Südafrikas in Namibia (Namibia-Fall), wo der Verstoß als Unterscheidungen, Ausschlüsse, Einschränkungen und Begrenzungen definiert wird, die ausschließlich auf Rasse, Hautfarbe, Abstammung oder nationaler oder ethnischer Herkunft beruhen und eine Vorenthaltung der grundlegenden Menschenrechte darstellen". Auch wenn die Definitionen des ICERD und des Völkerrechts weiter gefasst sind als die des Völkerstrafrechts, wird die Verletzung als eine der schwersten und schwerwiegendsten angesehen. In Anbetracht der Schwere der Verletzung wendet dieser Bericht daher die Strukturelemente der völkerstrafrechtlichen Definition an, um festzustellen, ob die von Israel praktizierte systematische Diskriminierung des palästinensischen Volkes auf den Tatbestand der durch das ICERD und das Völkerrecht verbotenen Menschenrechtsverletzung hinausläuft, d. h. ob sie einem System der "Unterdrückung und Herrschaft einer rassistischen Gruppe über eine andere rassistische Gruppe oder Gruppen," gleichkommt. Für die Zwecke dieses Berichts hat Amnesty International die strengere Definition (bzw. engere) des Römischen Statuts angewandt, die die Apartheid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Rahmen des ständigen Völkerrechts besser widerspiegelt.

4.2 INSTITUTIONALISIERTES REGIME DER SYSTEMATISCHEN UNTERDRÜCKUNG UND BEHERRSCHUNG

Nach der Definition der Apartheid-Konvention und des Römischen Statuts setzt das Verbrechen der Apartheid gegen die Menschlichkeit die Absicht voraus, ein institutionalisiertes Regime zu schaffen und/oder aufrechtzuerhalten, das der systematischen Unterdrückung und Beherrschung einer rassistischen Gruppe über eine oder mehrere andere rassistische Gruppen dient. Das Römische Statut verlangt ausdrücklich das Vorhandensein "eines institutionalisierten Regimes der systematischen Unterdrückung und Beherrschung einer rassistischen Gruppe über eine andere rassistische Gruppe oder Gruppen, das in der Absicht begangen wird, dieses Regime aufrechtzuerhalten". In der Apartheid-Konvention wird der Begriff "institutionalisiertes Regime" nicht ausdrücklich verwendet, doch lässt sich aus der Definition von Apartheid ein ähnliches Erfordernis ableiten. Unter anderem beschreibt die Konvention das Verbrechen der Apartheid als "ähnliche Politiken und Praktiken der Rassentrennung und Diskriminierung, wie sie im südlichen Afrika praktiziert wurden", was unbestreitbar institutionalisierte Rassenunterdrückung und -beherrschung beinhaltet. Zu den "unmenschlichen Handlungen", die den Straftatbestand der Apartheid erfüllen, zählt die Definition ausdrücklich auch "gesetzgeberische Maßnahmen", die eindeutig eine "institutionalisierte" Maßnahme darstellen. Amnesty International ist daher der Ansicht, dass die in der Apartheid-Konvention und im Römischen Statut aufgeführten verbotenen Handlungen nur dann den Straftatbestand der Apartheid erfüllen, wenn sie "im Rahmen eines institutionalisierten Regimes der systematischen Unterdrückung und Beherrschung" begangen werden.

Die Begriffe "systematische Unterdrückung" und "Herrschaft" sind weder in der Apartheid-Konvention noch im Römischen Statut definiert. Die Begriffe sind sehr ähnlich, und Wissenschaftler weisen darauf hin, dass sie kumulativ gelesen werden sollten. Es bedeutet, dass Menschen mit ständiger Ungerechtigkeit oder Grausamkeit regiert oder behandelt werden, während man eine sehr starke Kontrolle oder Beeinflussung

über sie ausübt. Ausgehend von den Wörterbuchdefinitionen von Unterdrückung und Beherrschung und den Kommentaren von Experten sollten diese Begriffe so verstanden werden, dass sie die systematische, anhaltende und grausame diskriminierende Behandlung von Mitgliedern einer anderen Rassengruppe durch eine andere Rassengruppe mit der Absicht voraussetzen, die zweite Rassengruppe zu kontrollieren. Zur Auslegung des Begriffs "systematisch" in der allgemeinen Definition von Verbrechen gegen die Menschlichkeit hat der IStGH in Anlehnung an internationale Strafgerichtshöfe Begriffe wie "nicht zufällige Wiederholung", "nach einem regelmäßigen Muster", "kontinuierliche Begehung von Verbrechen" und "der organisierte Charakter der Gewalttaten und die Unwahrscheinlichkeit ihres zufälligen Auftretens" verwendet. Der Begriff ist so zu verstehen, dass er in der Definition des Verbrechens der Apartheid dieselbe Bedeutung hat, die ein Element der Organisation und Planung in Bezug auf die Begehung des Verbrechens voraussetzt, das durch das Erfordernis des Vorhandenseins eines Regimes verstärkt wird.

Das Element eines "institutionalisierten Regimes" der systematischen Unterdrückung und Beherrschung kann ein breites Spektrum an diskriminierenden und ausgrenzenden Gesetzen, Politiken und Praktiken umfassen, die vom Staat oder unter bestimmten Umständen von einer bewaffneten Gruppe zum Zweck der Aufrechterhaltung der Herrschaft (oder Kontrolle) einer rassischen Gruppe über eine andere rassische Gruppe oder Gruppen. In der Tat "ist es dieses institutionalisierte Element, das ein staatlich sanktioniertes Regime von Gesetzen, Politiken und Institutionen beinhaltet, das die Praxis der Apartheid von anderen Formen der verbotenen Diskriminierung unterscheidet". Unter einem Regime wird in diesem Zusammenhang "eine Methode oder ein System zur Organisation oder Durchführung [von etwas]" verstanden. Folglich besteht die Apartheid aus einem System der anhaltenden und grausamen^[37]diskriminierenden Behandlung von Angehörigen einer anderen Rasse durch eine Gruppe mit dem Ziel, die zweite Rasse zu kontrollieren. Während die diskriminierende Behandlung organisiert und geplant sein muss, so dass es sich nicht nur um die Wiederholung zufälliger und nicht zusammenhängender Menschenrechtsverletzungen handelt, bedarf es keines ausdrücklich beschlossenen Plans, um eine rassische Gruppe zu unterdrücken und zu beherrschen. Dieses politische Element kann somit aus dem Verhalten der Täter abgeleitet werden.

4.3 UNTERDRÜCKUNG UND BEHERRSCHUNG EINER RASSISCHEN GRUPPE

Das Konzept unterschiedlicher menschlicher Rassen ist in Misskredit geraten, und es ist anerkannt, dass alle Menschen eine biologische Rasse bilden. Dennoch diskriminieren Staaten, Völker und Einzelpersonen weiterhin andere Nationen, Völker und Einzelpersonen auf der Grundlage sozial konstruierter Vorstellungen von Rassenunterschieden, und genau diese ungerechte vorurteilsbehaftete Behandlung verbietet das Völkerrecht. Auch wenn es keine objektive Unterscheidung zwischen verschiedenen Rassengruppen gibt, verbietet das Völkerrecht die Diskriminierung anderer aufgrund ihrer vermeintlichen Zugehörigkeit zu einer Rassengruppe. Um dieses Recht durchzusetzen, werden die Gerichte dazu aufgefordert sein, subjektive Auffassungen von hergestellten Unterschieden zu erklären und anzuwenden.

Obwohl das Verbot und die Kriminalisierung des Apartheidsystems in Südafrika entstanden sind, wurden die Konventionen und Verträge, die dieses System verurteilen, verbieten und unter Strafe stellen, in universeller Weise abgefasst. Dennoch haben einige Wissenschaftler argumentiert, dass auf die Definition von Rasse in Südafrika Bezug genommen werden sollte, wobei sie tatsächlich argumentierten, dass Rasse gleichbedeutend mit Hautfarbe sein sollte. Doch selbst innerhalb des südafrikanischen Apartheidregimes wurde die Kultur als ein wichtiger Faktor für die "Rasse" angesehen.

Bei der Definition des Begriffs "Rasse" in Südafrika scheint die Hautfarbe zwar ein Faktor gewesen zu sein, aber nicht die einzige Art und Weise, in der die dominante Gruppe Personen anderer Rassengruppen für die Diskriminierung identifizierte. Darüber hinaus wurde der Begriff "schwarz" sowohl in Südafrika als auch in der internationalen Gemeinschaft bei ihrer Reaktion auf die in Südafrika begangenen Verbrechen verwendet, um sich auf alle Gruppen zu beziehen, die unter der Unterdrückung der Apartheid litten (eine weit gefasste Definition, einschließlich der sogenannten "Asiaten", "Farbigen" und "Eingeborenen"). Die Begriffe "Rasse" oder "Rassengruppe" wurden im südafrikanischen Recht als subjektive Instrumente der Unterdrückung verwendet und bilden nicht die Grundlage für eine allgemeingültige Definition der Begriffe, deren Bedeutung vom jeweiligen Kontext abhängt (siehe unten).

Wenn man davon ausgeht, dass die Definitionen des historischen südafrikanischen Rechts wenig zum Verständnis des Konzepts der "rassischen Gruppe" im internationalen Recht beitragen, und sich dem internationalen Recht selbst zuwendet, definieren weder das Völkerrecht noch die internationalen Menschenrechte das Konzept der rassischen Gruppe. In den internationalen Menschenrechtsinstrumenten wird der Begriff "Rassendiskriminierung" stattdessen weiter gefasst.

Das DAS ICERD definiert "Rassendiskriminierung" wie folgt:

... jede Unterscheidung, Ausschließung, Beschränkung oder Bevorzugung aus Gründen der Rasse, der Hautfarbe, der Abstammung oder der nationalen oder ethnischen Herkunft, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass die Anerkennung, der Genuss oder die gleichberechtigte Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen oder jedem anderen Bereich des öffentlichen Lebens zunichte gemacht oder beeinträchtigt wird.

Im Fall von Namibia hat der Internationale Gerichtshof ebenfalls ein breiteres Verständnis von Rassendiskriminierung angenommen. In seiner Verurteilung von Südafrikas Durchsetzung der Apartheid in Namibia erklärte der Gerichtshof:

"Wenn stattdessen Unterscheidungen, Ausschlüsse, Einschränkungen und Beschränkungen ausschließlich aus Gründen der Rasse, der Hautfarbe, der Abstammung oder der nationalen oder ethnischen Herkunft eingeführt und durchgesetzt werden, die einen Entzug der grundlegenden Menschenrechte darstellen, ist dies ein eklatanter Verstoß gegen die Ziele und Grundsätze der Charta."

Diese Definitionen ermöglichen daher ein Verständnis von Rasse als soziales Konstrukt, das auch Aspekte wie "Hautfarbe, Abstammung oder nationale oder ethnische Herkunft" umfasst. Der CERD hat festgestellt, dass Rassendiskriminierung im Sinne der Konvention ein breiteres Spektrum von Identitäten abdeckt und auch "Kaste" und "Nationalität" einschließt, obwohl der Internationale Gerichtshof festgestellt hat, dass "nationale Herkunft" im ICERD enger auszulegen ist und "die Zugehörigkeit einer Person zu einer nationalen Gruppe bei der Geburt" bezeichnet. Bei der Definition von Apartheid nach den internationalen Menschenrechtsnormen oder dem Völkerrecht würde somit jeder systematische Entzug von Grundrechten, die sich aus Unterscheidungen, Ausschlüssen, Einschränkungen und Begrenzungen (oder einem institutionalisierten Regime der Unterdrückung und Beherrschung) ergibt, die allein auf "Hautfarbe, Abstammung oder nationaler oder ethnischer Herkunft" beruhen, das internationale Unrecht der Apartheid darstellen. Wenn man sich dem internationalen Strafrecht zuwendet, so ist die Situation ebenso kompliziert. Sowohl die Apartheid-Konvention als auch das Römische Statut sehen vor, dass sich das Verbrechen der Apartheid speziell auf die systematische Unterdrückung und Beherrschung "einer rassischen Gruppe über eine andere rassische Gruppe oder Gruppen" bezieht, und zwar in dem Wissen und der Absicht der Aufrechterhaltung dieses Regimes. Der Begriff "rassische Gruppe" wurde jedoch in keinem dieser Instrumente definiert.

Ein erster Punkt ist die Verbindung zwischen den internationalen Menschenrechtsnormen und dem internationalen Strafrecht. Das Apartheid-Übereinkommen beruft sich in seiner Präambel auf das ICERD, und daher kann das Verständnis von Rasse und Rassendiskriminierung, wie es im ICERD definiert ist, für die Auslegung desselben Begriffs in der Apartheid-Konvention von Bedeutung sein, auch wenn Vorsicht geboten ist, um die Einhaltung der Erfordernisse der Rechtmäßigkeit, Vorhersehbarkeit und Spezifität bei der Auslegung des internationalen Strafrechts zu gewährleisten. Außerdem wären die Verfasser des Römischen Statuts durch die Bedeutung von "Rassengruppen" in der Völkermord-Konvention, durch das Verständnis in der Apartheid-Konvention und durch das subjektivere Verständnis von Rasse und "Rassengruppe" beeinflusst worden, das Ende der 1990er Jahre sowohl von internationalen Strafgerichten als auch von internationalen Menschenrechtsmechanismen akzeptiert worden war. Es ist daher wahrscheinlich, dass ein Gericht, das die Definitionen des Römischen Statuts oder der Apartheid-Konvention anwendet, eine weit gefasste Definition von "Rassengruppen" geben würde.

Internationale Gerichte haben den Begriff "rassische Gruppe" im Zusammenhang mit anderen Verbrechen (wie Völkermord) nach internationalem Recht diskutiert und interpretiert. Die Rechtsprechung war nicht ganz einheitlich und hat die Schwierigkeit erkannt, "rassische Gruppen" abschließend zu definieren. Ursprünglich wurde versucht, eine "Rassengruppe" weitgehend "objektiv" zu definieren, z. B. als "auf erblichen physischen Merkmalen beruhend, die häufig mit einer geografischen Region identifiziert werden, unabhängig von sprachlichen, kulturellen, nationalen oder religiösen Faktoren". Internationale Gerichte

haben jedoch später anerkannt, dass die Zugehörigkeit zu einer rassistischen Gruppe weitgehend "eher ein subjektives als ein objektives Konzept" ist. Infolgedessen haben sich internationale Gerichte zunehmend (wenn auch nicht immer konsequent) auf solche Gruppen im Sinne von Wahrnehmungen bezogen, manchmal von Opfern, aber häufiger von Tätern, da letztere bestimmen, wer zum Opfer wird, und zwar auf einer Fall-zu-Fall-Basis.

Rassengruppen können daher als Gruppen betrachtet werden, "die von anderen Gruppen aufgrund bestimmter physischer und/oder kultureller Merkmale als anders und möglicherweise minderwertig wahrgenommen werden". Dieser Standpunkt wurde wie folgt zusammengefasst: "Die Frage der Rasse ist mit der Etikettierung und Stigmatisierung von Mitgliedern einer Gruppe verbunden, die der Täter als Ziel seiner kriminellen Handlungen auswählt. Der Täter beherrscht eine Gruppe, die er als minderwertig ansieht und behandelt." Wenn also "eine Gruppe als eigenständige rassistische Gruppe wahrgenommen und behandelt wird, würde sie als rassistische Gruppe im Sinne des Verbrechens der Apartheid gelten".

Es ist dieses subjektive Verständnis von "Rassengruppen", das Amnesty International in diesem Bericht im Hinblick auf das Verbrechen der Apartheid gegen die Menschlichkeit anwendet.

4.4 VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT

Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind Straftaten, die im Rahmen eines ausgedehnten oder systematischen Angriffs gegen die Zivilbevölkerung im Rahmen einer staatlichen oder organisatorischen Politik oder zur Förderung einer solchen Politik begangen werden. Verbrechen gegen die Menschlichkeit gehören zu den schwersten Verbrechen, die die internationale Gemeinschaft als Ganzes betreffen. Diese Verbrechen stellen Verbrechen nach dem Völkerrecht dar und sind als solche überall dort strafbar, wo sie begangen werden, unabhängig davon, ob sie nach innerstaatlichem Recht strafbar sind oder nicht und ob der betreffende Staat das Römische Statut ratifiziert hat oder nicht. Sie sind sowohl im Krieg als auch im Frieden verboten. Da das Verbrechen der Apartheid im Völkerrecht als Verbrechen gegen die Menschlichkeit definiert ist, müssen die im konventionellen Recht und im Völkergewohnheitsrecht entwickelten Voraussetzungen für Verbrechen gegen die Menschlichkeit gelten.

Vier rechtliche Voraussetzungen sind allen Verbrechen gegen die Menschlichkeit gemeinsam:

1. Die zugrunde liegende Straftat muss im Rahmen eines "ausgedehnten oder systematischen Angriffs" begangen werden;
2. der Angriff muss "gegen die Zivilbevölkerung" gerichtet sein;⁸⁰
3. die zugrundeliegende Straftat muss in Kenntnis des Angriffs begangen worden sein; und
4. der Angriff muss im Rahmen der staatlichen oder organisatorischen Politik erfolgen.

Diese allgemeinen Anforderungen legen den Kontext fest, in dem bestimmte verbotene Handlungen stattfinden müssen, damit sie als Verbrechen gegen die Menschlichkeit gelten. Darüber hinaus erfordert jedes spezifische Verbrechen gegen die Menschlichkeit den Nachweis zusätzlicher Elemente im Zusammenhang mit der spezifischen zugrunde liegenden Straftat. So ist für das Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Apartheid neben diesen allgemeinen Voraussetzungen auch das Vorhandensein eines Regimes der systematischen Unterdrückung und Beherrschung (siehe Abschnitt 4.2 "Institutionalisiertes Regime der systematischen Unterdrückung und Beherrschung") einer Rassengruppe über eine andere oder andere (siehe Abschnitt 4.3 "Unterdrückung und Beherrschung einer rassistischen Gruppe") und die Begehung unmenschlicher oder erniedrigender Handlungen (siehe Abschnitt "4.5 Unmenschliche und erniedrigende Handlungen") in der besonderen Absicht, dieses Regime der systematischen Unterdrückung und Beherrschung aufrechtzuerhalten (nach dem Römischen Statut) bzw. zu errichten oder aufrechtzuerhalten (nach dem Apartheid-Übereinkommen) (siehe Abschnitt 4.6 "Besondere Absicht").

Ein Angriff muss nicht weit verbreitet und systematisch sein; ein Angriff, der entweder weit verbreitet oder systematisch ist, reicht aus. Die internationale Strafrechtsprechung hat dazu beigetragen, zu definieren, was erforderlich ist, damit ein Angriff als weit verbreitet oder systematisch angesehen werden kann. Ein Faktor bei der Feststellung, ob ein Angriff weit verbreitet ist, ist die Zahl der Opfer oder das Ausmaß der

Taten, aber der Begriff kann auch eine geografische Dimension haben. Der Begriff "weit verbreitet" wurde von verschiedenen internationalen Strafgerichten dahingehend ausgelegt, dass er sich auf eine "Vielzahl von Opfern" bezieht und isolierte Gewalttaten ausschließt und eine geografische Dimension haben kann. Die IStGH-Vorverfahrenskammer hat darauf hingewiesen, dass die Beurteilung, ob eine Handlung weit verbreitet ist, "weder ausschließlich quantitativ noch geografisch ist, sondern auf der Grundlage der einzelnen Fakten erfolgen muss".¹ Daher kann ein Angriff aufgrund der kumulativen Auswirkung mehrerer unmenschlicher Handlungen oder als Ergebnis einer einzigen unmenschlichen Handlung von großem Ausmaß "weit verbreitet" sein.

Der Begriff "systematisch" bedeutet, dass die Verbrechen und anderen verbotenen Handlungen in organisierter Weise begangen wurden und es unwahrscheinlich ist, dass es sich um bloße Zufallsereignisse handelt. Internationale Gerichte haben allgemein die Auffassung vertreten, dass die Schwelle zur Systematik erreicht ist, wenn es "[p]attern of crimes (Muster der Verbrechen) – das bedeutet die nicht zufällige Wiederholung ähnlichen verbrecherischen Verhaltens auf regulärer Basis" gibt.

Ein "gegen die Zivilbevölkerung gerichteter Angriff" wird in Artikel 7(2)(a) des Römischen Statuts definiert als "eine Verhaltensweise, die die mehrfache Begehung von in [Artikel 7 Absatz 1] genannten Handlungen gegen die Zivilbevölkerung umfasst, und zwar im Rahmen einer staatlichen oder organisatorischen Politik zur Begehung eines solchen Angriffs oder zur Förderung einer solchen Politik". Die Rechtsprechung der internationalen Strafgerichtshöfe hat deutlich gemacht, dass es keine Erfordernis für einen militärischen Angriff bedarf, und dass die Misshandlung der Zivilbevölkerung ausreichen kann. Der Begriff "gezielt" betont die Absicht des Angriffs und nicht das physische Ergebnis des Angriffs, was bedeutet, dass die "Zivilbevölkerung" das primäre Ziel des Angriffs ist und nicht das zufällige Opfer.

Es ist selten, dass Regierungen eine Politik zum Ausdruck bringen, um einen Angriff gegen die Zivilbevölkerung zu richten. Daher ergibt sich das politische Element im Allgemeinen aus dem organisierten Charakter des Angriffs, insbesondere wenn die Verbrechen "aus wiederholten Handlungen bestehen, die in derselben Abfolge stattfinden, oder ... [auf] Vorbereitungen oder eine kollektive Mobilisierung folgen, die von diesem Staat oder dieser Organisation orchestriert und koordiniert werden".

Im Zusammenhang mit dem Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Apartheid scheint das Vorhandensein eines Systems der Unterdrückung und Beherrschung einer rassischen Gruppe gegenüber einer anderen von Natur aus das Erfordernis zu erfüllen, dass die zugrunde liegende unmenschliche oder erniedrigende Handlung als Teil eines weit verbreiteten oder systematischen Angriffs gegen die Zivilbevölkerung begangen wird.

Einzelpersonen sind für Verbrechen gegen die Menschlichkeit strafrechtlich verantwortlich, wenn sie eine der zugrundeliegenden Straftaten begehen, sofern sie ein gewisses Maß an Wissen über die kontextbezogenen Elemente des Verbrechens haben. Insbesondere müssen die Täter gewusst haben, dass ihre Handlungen Teil eines weitverbreiteten oder systematischen Angriffs waren. Eine einzelne Person muss jedoch nicht persönlich für den eigentlichen weitverbreiteten oder systematischen Angriff verantwortlich sein, um für schuldig befunden zu werden; eine einzelne Handlung kann ausreichen, wenn - und nur wenn - sie im Rahmen eines umfassenderen Angriffs ausgeführt wird, von dem der Täter Kenntnis hatte. Einzelpersonen, ob zivil oder militärisch, können für Verbrechen gegen die Menschlichkeit strafrechtlich verantwortlich gemacht werden, wenn sie diese Verbrechen begehen, mitbegehen, indirekt begehen, planen, anordnen oder Beihilfe leisten, sowie für die Befehlsverantwortung.

Es ist nicht erforderlich, dass alle Mitglieder einer Zivilbevölkerung (oder rassischen Gruppe) Ziel unmenschlicher oder erniedrigender Handlungen sind oder diesen ausgesetzt werden. Internationale Gerichtshöfe haben den Begriff "Bevölkerung" in der Definition von Verbrechen gegen die Menschlichkeit so ausgelegt, dass er sich auf den "kollektiven Charakter des Verbrechens als Angriff auf mehrere Opfer" bezieht und mehr ist als nur "eine begrenzte und zufällig ausgewählte Anzahl von Personen", aber nicht unbedingt die „gesamte Bevölkerung“. Das System der Unterdrückung und Beherrschung kann also nur auf einen Teil der Gruppe abzielen, und Untergruppen können das System der Segregation und Beherrschung auf unterschiedliche Weise erfahren.

4.5 UNMENSCHLICHE UND INHUMANE HANDLUNGEN

Die in Artikel II des Apartheid-Übereinkommens definierten "unmenschlichen Handlungen" und die in Artikel 7 Absatz 1 des Römischen Statuts aufgezählten "erniedrigenden Handlungen" bilden das physische Element bzw. die faktischen Umstände des Verbrechens gegen die Menschlichkeit der Apartheid, zu denen die Begehung jeder der aufgeführten Handlungen gehört, solange die kontextuellen Elemente vorhanden sind. Obwohl die Apartheid-Konvention den Begriff "unmenschlich" und das Römische Statut den Begriff "erniedrigende" verwendet, gibt es keinen Grund, die beiden Begriffe als unterschiedlich zu betrachten.

Bei der Definition von Verbrechen im Rahmen des Römischen Statuts waren die Verfasser des Statuts stets bestrebt, die Definitionen bestehender Verbrechen in bestehenden internationalen Verträgen wiederzugeben und zu übernehmen, anstatt neue zu schaffen. Es gibt keinen Hinweis darauf, dass ihre Absicht im Falle des Verbrechens der Apartheid anders war. Die Verfasser des Römischen Statuts waren sich der Apartheid-Konvention eindeutig bewusst und haben sogar einige ihrer Formulierungen "kopiert und eingefügt".¹ Bei der Bestimmung der "sonstigen unmenschlichen Handlungen", die den verbotenen Handlungen nach Artikel 7 Absatz 1 des Römischen Statuts so ähnlich sind, dass sie das Verbrechen der Apartheid darstellen, ist es logisch, dass diese Handlungen diejenigen einschließen sollten, die das Verbrechen der Apartheid nach Artikel II der Apartheid-Konvention darstellen, eine Position, die von mehreren Rechtsgelehrten unterstützt wird und die ein vernünftiges Gericht wahrscheinlich annehmen wird.¹⁰³ Bei der Auslegung der Liste der unmenschlichen Handlungen, die in Artikel 7(1) für das Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Apartheid aufgeführt sind, bezieht dieser Bericht daher die Liste der unmenschlichen Handlungen aus der Apartheid-Konvention mit ein.

4.6 BESONDERE ABSICHT

Das Verbrechen der Apartheid nach dem Völkergewohnheitsrecht, der Apartheid-Konvention und dem Römischen Statut erfordert zusätzlich zu dem allgemeinen Wissen um die Begehung des Verbrechens, das bei allen Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach dem Römischen Statut erforderlich ist, den besonderen Vorsatz, ein System der Rassenunterdrückung und -beherrschung zu errichten oder aufrechtzuerhalten. Das mentale Element (*mens rea*) des Verbrechens der Apartheid besteht darin, dass der Straftäter unmenschliche oder erniedrigende Handlungen "in der Absicht, dieses Regime aufrechtzuerhalten" oder "zum Zwecke der Errichtung und Aufrechterhaltung einer Herrschaft" in "kalkulierter" Weise begeht, und ganz allgemein, Handlungen "mit Vorsatz und Bewusstsein" begeht. Das rechtliche Erfordernis des "Vorsatzes" im Römischen Statut sieht vor, dass jeder Täter die Absicht hat, "die Handlung vorzunehmen" und "eine Folge herbeiführt oder sich bewusst ist, dass sie im Rahmen des gewöhnlichen Laufs der Dinge eintreten wird".

Absicht darf hier nicht so verstanden werden, dass sie ein Motiv impliziert^[73], insbesondere nicht das Erfordernis von Rassenhass oder Feindseligkeit. Der erforderliche Vorsatz bezieht sich lediglich auf die Schaffung oder Aufrechterhaltung des Systems. Dieser Vorsatz kann das eigentliche Ziel sein, er kann aber auch als Nebeneffekt oder als notwendig angesehen werden, um ein anderes Ziel zu erreichen. Während in einigen Fällen die Absicht, ein System der Unterdrückung und Beherrschung zu schaffen und aufrechtzuerhalten, explizit ist, muss der besondere Vorsatz in den meisten Fällen aus den Tatsachen abgeleitet werden. Im Zusammenhang mit Völkermord mussten internationale Gerichtshöfe in der Tat in einer Reihe von Fällen, in denen der Vorsatz nicht explizit war, auf diesen schließen und haben festgestellt, dass dies zwar mit Vorsicht zu tun ist, aber der konkrete Vorsatz "in Ermangelung direkter ausdrücklicher Beweise aus einer Reihe von Fakten und Umständen abgeleitet werden kann". Dazu gehören "der allgemeine Kontext, die Begehung anderer schuldhafter Handlungen, die sich systematisch gegen dieselbe Gruppe richten, das Ausmaß der begangenen Gräueltaten, die systematische Ausrichtung der Opfer auf die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe oder die Wiederholung von zerstörerischen und diskriminierenden Handlungen".

4.7 APARTHEID IN SITUATIONEN DER KRIEGERISCHEN BESETZUNG

Die Verurteilung, das Verbot und die Kriminalisierung der Apartheid erstrecken sich auch auf Situationen der Besetzung. Eines der Hauptziele des Besatzungsrechts besteht darin, den Bewohnern eines besetzten Gebiets ein möglichst "normales" Leben zu ermöglichen und gleichzeitig der Besatzungsmacht zu gestatten, die zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit unbedingt erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. In den Worten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) hat die Besatzungsmacht "die Pflicht, den Schutz, die Sicherheit und das Wohlergehen der unter Besatzung lebenden Menschen sicher zu stellen und zu gewährleisten, dass sie ein möglichst normales Leben im Einklang mit ihren eigenen Gesetzen, ihrer Kultur und ihren Traditionen führen können".

Die Vierte Genfer Konvention legt der Besatzungsmacht besondere Verpflichtungen gegenüber den Einwohnern des besetzten Gebietes auf, die Anspruch auf besonderen Schutz und humane Behandlung haben. Die Besatzungsmacht ist für das Wohlergehen der von ihr kontrollierten Bevölkerung verantwortlich. Unter anderem verbieten die Vorschriften für die Besatzungsmacht, geschützte Personen vorsätzlich zu töten, zu misshandeln, zu verlegen oder abzuschleppen. Der Besatzungsmacht ist es untersagt, ihre eigene Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten anzusiedeln. Es ist ihr strengstens untersagt, der besetzten Bevölkerung den Schutz der Vierten Genfer Konvention zu entziehen, sei es durch Annexion oder durch andere Mittel.

Während das Besatzungsrecht eine unterschiedliche Behandlung von Staatsangehörigen der Besatzungsmacht und der Bevölkerung des besetzten Gebiets erlaubt und in einigen Fällen sogar vorschreibt, erlaubt es der Besatzungsmacht jedoch nicht, dies zu tun, wenn die Absicht darin besteht, ein System der rassistischen Unterdrückung und Beherrschung zu errichten oder aufrechtzuerhalten, da dies gegen eine zwingende Norm des Völkerrechts (das Verbot der Apartheid) verstoßen würde.

Darüber hinaus werden in Artikel 85(4) (c) des Zusatzprotokolls zu den Genfer Konventionen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll I) von 1977 aufgelistet "Praktiken der *Apartheid* und andere unmenschliche und erniedrigende Praktiken, die eine Verletzung der persönlichen Würde darstellen und auf Rassendiskriminierung beruhen" als schwere Verstöße gegen die Genfer Abkommen auf, wenn sie vorsätzlich begangen werden. Der Kommentar stellt klar, dass es sich nicht um einen Verstoß "auf dem Schlachtfeld" handelt, sondern um Handlungen, die die Rechte von Personen beeinträchtigen, die sich in der Macht des Feindes befinden, wozu Zivilisten, Kriegsgefangene und andere Personen *hors de combat* (*nicht kämpfende*) gehören können. Das Kriegsverbrechen der Apartheid wird also unter anderem dann begangen, wenn eine Besatzungsmacht ein System oder Regime der Unterdrückung und Beherrschung der besetzten Bevölkerung als rassistische Gruppe mit dem Ziel einrichtet und aufrechterhält, ihre eigenen Staatsangehörigen als rassistische Gruppe zu begünstigen.¹²² Verbotene Handlungen, die zur Aufrechterhaltung von Apartheidsystemen in Gebieten unter kriegereicher Besetzung begangen werden, würden daher sowohl das Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Apartheid als auch das Kriegsverbrechen der Apartheid darstellen.

4.8 SYSTEM UND VERBRECHEN DER APARTHEID

Apartheid, wie sie im ICERD und im Völkerrecht verurteilt wird, ist die (Schaffung und) Aufrechterhaltung eines Systems oder eines institutionalisierten Regimes der Unterdrückung und Beherrschung durch eine rassistische Gruppe gegenüber einer anderen. In der Praxis bedeutet dies ein System von Gesetzen, Politiken und Praktiken, das die anhaltende und grausame diskriminierende Behandlung von Mitgliedern einer anderen Rassengruppe durch diese sicherstellt, mit der Absicht, die zweite Rassengruppe zu kontrollieren. Das Verbrechen der Apartheid gegen die Menschlichkeit nach dem Römischen Statut und dem Völkergewohnheitsrecht wird begangen, wenn

- (a) *eine unmenschliche oder erniedrigende Handlung vorliegt, die eine schwerwiegende Menschenrechtsverletzung darstellt,*

(b) im Rahmen eines Systems von Gesetzen, Politiken und Praktiken begangen wird, das die anhaltende und grausame diskriminierende Behandlung einer anderen Rassengruppe in der Absicht sicherstellt, die zweite Rassengruppe zu kontrollieren,

(c) mit dem besonderen Ziel, dieses System zu erhalten.

5. ISRAELS UNTERDRÜCKUNG UND BEHERRSCHUNG DER PALÄSTINENSER

Wie oben dargelegt, besteht Apartheid aus einem System der anhaltenden und grausamen diskriminierenden Behandlung von Angehörigen einer anderen Rasse durch eine Gruppe mit dem Ziel, die zweite Rasse zu kontrollieren. In diesem Kapitel wird untersucht, inwieweit Israel ein solches System der Unterdrückung und Beherrschung von Palästinensern in allen Gebieten, die unter seiner Rechtsprechung und tatsächlichen Kontrolle stehen, sowie von palästinensischen Flüchtlingen, deren Recht auf Rückkehr in ihre Häuser von Israel kontrolliert wird, geschaffen hat. Zu diesem Zweck wird zunächst die Absicht Israels dargelegt, alle Palästinenser zu unterdrücken und zu beherrschen, indem es seine Hegemonie in ganz Israel und in den OPT etabliert, auch mit den Mitteln der Demografie, und die Ressourcen zum Nutzen seiner jüdischen Bevölkerung auf Kosten der Palästinenser maximiert. Anschließend werden die Gesetze, Politiken und Praktiken analysiert, die im Laufe der Zeit zu den wichtigsten Instrumenten für die Errichtung und Aufrechterhaltung dieses Systems geworden sind und die Palästinenser in Israel und den OPT heute diskriminieren und ausgrenzen sowie das Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr kontrollieren. Die Analyse gliedert sich nach den wichtigsten Komponenten dieses Unterdrückungs- und Herrschaftssystems: territoriale Fragmentierung, Segregation und Kontrolle, Enteignung von Land und Eigentum sowie die Unterdrückung der menschlichen Entwicklung der Palästinenser und die Vorenthaltung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Rechte.

Das Kapitel zeigt, wie unterschiedliche, aber ineinander greifende Verwaltungs- und Rechtssysteme in verschiedenen geografischen Gebieten den Rechtsstatus der Palästinenser kontrollierten, ihnen das Recht auf Staatsangehörigkeit vorenthielten, ihre Bewegungsfreiheit extrem einschränkten, ihnen die gleichen politischen und bürgerlichen Rechte vorenthielten, die die jüdischen Israelis haben, und jede Möglichkeit ausschlossen, dass sie gleichberechtigten Zugang zu Land, Eigentum und Ressourcen haben. Diese Politik hatte katastrophale Folgen für die Palästinenser und hat sie absichtlich daran gehindert, ihr menschliches Potenzial auszuschöpfen und gleiche wirtschaftliche und soziale Rechte zu erlangen, wodurch sich ihre Lage weiter verschlechtert hat. Das Kapitel kommt zu dem Schluss, dass Israel ein System der Unterdrückung und Beherrschung der Palästinenser in allen Gebieten, die unter seiner tatsächlichen Kontrolle stehen, und der Rechte der palästinensischen Flüchtlinge geschaffen hat, das auf eine Apartheid hinausläuft, wie sie durch das Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen verboten ist.

Das israelische Kontrollsystem wurde über Jahrzehnte hinweg von aufeinanderfolgenden israelischen Regierungen in allen von ihnen kontrollierten Gebieten aufgebaut und aufrechterhalten, unabhängig von der jeweils an der Macht befindlichen politischen Partei. Tatsächlich hat Israel verschiedene Gruppen von Palästinensern zu verschiedenen Zeiten unterschiedlichen diskriminierenden und ausgrenzenden Gesetzen, Maßnahmen und Praktiken unterworfen und damit auf die territorialen Gewinne reagiert, die es zunächst 1948 und dann 1967 erzielte, als es Ostjerusalem annektierte und den Rest des Westjordanlandes und den Gazastreifen besetzte. Im Laufe der Jahrzehnte haben demografische und geopolitische Erwägungen Israels die Politik gegenüber den Palästinensern in jedem dieser Gebiete auf unterschiedliche Weise geprägt. Das bedeutet, dass Israels Kontrollsystem heute nicht in allen Gebieten einheitlich angewendet wird. Die Palästinenser erleben dieses System auf verschiedene Art und Weise und sind aufgrund ihres Status und je nachdem, in welchem Gebiet sie leben, unterschiedlich starken Repressionen ausgesetzt.

Palästinensische Bürger Israels unterliegen dem israelischen Zivilrecht, das ihnen das Wahlrecht bei nationalen Wahlen einräumt und ihnen im Allgemeinen einen größeren Menschenrechtsschutz gewährt als den Palästinensern, die in den OPT leben. Dennoch werden ihnen die gleichen Rechte wie jüdischen Israelis verweigert (einschließlich des Rechts auf politische Beteiligung) und ihre Diskriminierung institutionalisiert. Die Palästinenser im annektierten Ostjerusalem leben zwar auch unter israelischem Zivilrecht, können aber nur an Kommunalwahlen teilnehmen, die sie aus Protest gegen die anhaltende

Besatzung regelmäßig boykottieren, und haben keinen sicheren Daueraufenthaltsstatus, der aus einer Reihe von diskriminierenden Gründen mit verheerenden Folgen für ihre Menschenrechte widerrufen werden kann. Außerdem sind die Palästinenser im übrigen Westjordanland nach wie vor der israelischen Militärherrschaft und drakonischen Militärordnungen unterworfen, die Palästinenser im Gazastreifen hingegen bleiben weiter einer rechtswidrigen Blockade ausgesetzt und im Rahmen einer offiziellen "Trennungs"-Politik vom Rest der besetzten Gebiete wie auch vom Rest der Welt abgeschnitten, ohne Zugang zu den wichtigsten Dienstleistungen. Wie bereits erwähnt, ist es palästinensischen Flüchtlingen, die im Laufe der Jahre vertrieben wurden, nach wie vor aufgrund diskriminierender Gesetze und Maßnahmen verwehrt, auf ihr Land und in ihre Häuser zurückzukehren, und sie werden weiterhin von den anderen Palästinensern im heutigen Israel und in den OPT isoliert.

Israels Herrschaft über die OPT durch militärische Befehle im Rahmen seiner Besatzung hat zu der falschen Auffassung geführt, dass das Militärregime in den OPT von "dem zivilen Regime im annektierten Ostjerusalem und in Israel vor 1967" getrennt ist. Diese Sichtweise ignoriert die Tatsache, dass viele Elemente des repressiven israelischen Militärsystems in den OPT ihren Ursprung in Israels 18-jähriger Militärherrschaft über die palästinensischen Bürger Israels haben, die ihnen nur Monate nach der Gründung des neuen Staates im Mai 1948 auferlegt wurde. Auf ähnliche Weise weitete Israel viele seiner diskriminierenden Gesetze gegen die Palästinenser in Israel durch militärische Anordnungen auf Palästinenser in den OPT aus, "in den meisten Fällen durch die Wiederholung israelischer Gesetze".¹²⁷ Am wichtigsten ist vielleicht, dass diese Sichtweise die Tatsache ignoriert, dass die Enteignung in Israel auch heute noch fortgesetzt wird. Millionen von palästinensischen Flüchtlingen und Binnenvertriebenen wird das Recht auf Rückkehr verwehrt und Ausgleich und Entschädigung verweigert. Zwar hat sich die Menschenrechtssituation der palästinensischen Bürger Israels seit dem Ende der Militärherrschaft über sie im Allgemeinen verbessert, da unter anderem die strengen Bewegungseinschränkungen aufgehoben wurden, doch die diskriminierenden Gesetze und politischen Maßnahmen, denen sie unterworfen waren, blieben bis heute in Kraft, und - was entscheidend ist - das System, das sie geschaffen haben, wurde nie abgebaut.

Die vollständige Integration der Siedlungen im Westjordanland in die israelische Infrastruktur, Wirtschaft, das Bildungs- und das Gerichtssystem weist ebenfalls auf die Existenz eines einzigen Unterdrückungs- und Herrschaftssystems hin. Die israelischen Bürger können ungehindert auf den großen Straßen reisen, die die Siedlungen im Westjordanland mit den israelischen Städten jenseits der Grünen Linie verbinden, der Demarkationslinie, die in den Waffenstillstandsvereinbarungen von 1949 zwischen Israel und seinen Nachbarn festgelegt wurde und die bis 1967 als De-facto-Grenze des Staates Israel diente, und die israelischen Behörden stellen hohe Subventionen, finanzielle und steuerliche Anreize sowie kostengünstige Versorgungsleistungen und Ressourcen bereit, um jüdische Israelis zu ermutigen, in den Siedlungen zu leben. Darüber hinaus unterstützen israelische Bürger, die innerhalb Israels leben, das Siedlungswesen, indem sie in den Siedlungen arbeiten oder studieren und von ihnen betriebene Attraktionen und Unternehmen besuchen. Sowohl für Israelis als auch für Palästinenser in allen territorialen Bereichen ist der Oberste Gerichtshof Israels nach wie vor die letzte Instanz.

Bislang war ein Großteil der Analyse der Menschenrechtssituation der Palästinenser in Israel und den OPT, auch von Amnesty International, durch die Existenz dieser getrennten Rechtssysteme begrenzt und hat es versäumt, die israelischen Verstöße gegen das palästinensische Volk ganzheitlich zu betrachten, obwohl palästinensische Aktivisten seit langem und in jüngerer Zeit auch einige israelische NROs eine Änderung dieses Ansatzes fordern. Jedoch einem Bericht von 2017 der ESCWA zufolge, der zu dem Schluss kommt, dass Israel "ein Apartheidregime errichtet hat, das das palästinensische Volk als Ganzes beherrscht", dient "die Methode der Fragmentierung" gerade dazu, "die Existenz [des israelischen Apartheidregimes] zu verschleiern".

Wie in diesem Kapitel gezeigt wird, zielt die israelische Politik in der Tat darauf ab, die Palästinenser in verschiedene geografische und rechtliche Kontrollbereiche aufzuteilen, nicht nur, um sie anders zu als die jüdische Bevölkerung zu behandeln oder sie von dieser zu trennen, sondern auch, um sie untereinander unterschiedlich zu behandeln, um die familiären, sozialen und politischen Bindungen zwischen den palästinensischen Gemeinschaften zu schwächen, jede Form von nachhaltigem Dissens gegen das von ihnen geschaffene System zu unterdrücken und eine wirksamere politische und sicherheitspolitische Kontrolle über Land und Menschen in allen Gebieten zu gewährleisten.

5.1 DIE ABSICHT, DAS PALÄSTINENSISCHE VOLK ZU UNTERDRÜCKEN UND ZU BEHERRSCHEN

Seit seiner Gründung im Jahr 1948 verfolgt der Staat Israel eine explizite Politik, die darauf abzielt, eine jüdische demografische Hegemonie zu errichten und aufrechtzuerhalten und die Kontrolle über das Land zum Nutzen der jüdischen Israelis zu maximieren, hingegen die Zahl der Palästinenser zu minimieren, ihre Rechte einzuschränken und ihre Möglichkeiten, gegen diese Enteignung vorzugehen, zu behindern. 1967 dehnte Israel diese Politik über die Grüne Linie hinaus auf das Westjordanland und den Gazastreifen aus, die es seither besetzt hält. Heute werden alle von Israel kontrollierten Gebiete weiterhin mit dem Ziel verwaltet, jüdische Israelis zum Nachteil der Palästinenser zu begünstigen, während palästinensische Flüchtlinge weiterhin ausgeschlossen sind.

Demografische Überlegungen haben die israelische Gesetzgebung und Politik von Anfang an geleitet. Die Demografie des neu geschaffenen Staates sollte zum Vorteil der jüdischen Israelis verändert werden, wohingegen die Palästinenser – ob innerhalb Israels oder später in den OPT - als Bedrohung für die Schaffung und Aufrechterhaltung einer jüdischen Mehrheit angesehen wurden. Deshalb wurden sie vertrieben, zersplittert, abgesondert, kontrolliert sowie ihrer wirtschaftlichen und sozialen Rechte beraubt, ihr Land und Eigentum wurde enteignet.

Im Mai 1948 wurde in der Erklärung zur Gründung des Staates Israel ein jüdischer Staat verkündet.¹³² Obwohl diese das Recht auf "völlige Gleichheit der sozialen und politischen Rechte für alle seine Einwohner" garantierte, wurde es nicht in vollem Umfang gesetzlich verankert, und das Recht wurde auch nicht in den Grundgesetzen garantiert, die in Ermangelung einer schriftlichen Verfassung als Verfassungsdokumente fungieren. In allen Grundgesetzen sind die rechtlichen Bestimmungen zur Gleichheit denen untergeordnet, die jüdische Israelis privilegieren und den Staat Israel als jüdisch begründen (siehe unten).

Gleichzeitig mit der Gründung Israels als jüdischer Staat wurde in der Erklärung von 1948 die jüdische Bevölkerung in aller Welt aufgerufen, nach Israel einzuwandern und das Land aufzubauen. 1950 gewährte Israel jedem Juden das Recht auf Einwanderung nach Israel im Rahmen des Rückkehrgesetzes, und zwei Jahre später erwarb jeder jüdische Einwanderer automatisch die israelische Staatsbürgerschaft im Rahmen des Staatsangehörigkeitsgesetzes von 1952. Die israelischen Behörden sahen dies zum Teil als notwendige Maßnahme, um einen weiteren Versuch der Ausrottung der Juden nach dem Holocaust zu verhindern und um Juden Schutz zu gewähren, die anderswo in der Welt verfolgt werden. Im Jahr 1970 änderte Israel das Rückkehrgesetz, um diese Rechte auf die Ehepartner sowie die Kinder und Enkelkinder aller Juden auszuweiten. In der Zwischenzeit verfolgte Israel eine eindeutig diskriminierende Politik gegenüber palästinensischen Flüchtlingen aus rassistischen und nationalen Gründen. Um die jüdisch-israelische Vorherrschaft in den von ihm kontrollierten Gebieten aufrechtzuerhalten, verweigerte Israel Hunderttausenden von Palästinensern, die während des Konflikts von 1947 - 1949 oder kurz danach aus dem Land vertrieben wurden, das nun als Teil des Staates Israel anerkannt wurde, sowie Hunderttausenden weiteren, in 1967 aus den OPT Vertriebenen und deren Nachkommen das Recht auf Staatsbürgerschaft und Aufenthalt.

Tatsächlich betrachtet Israel die Existenz der palästinensischen Flüchtlingsbevölkerung als potenzielle Bedrohung für die Aufrechterhaltung einer jüdischen Mehrheit in Israel und somit für den Fortbestand Israels als jüdischer Staat. Gemäß Artikel 3(a) des israelischen Staatsangehörigkeitsgesetzes von 1952 ist die Gewährung der israelischen Staatsbürgerschaft an Palästinenser an die Bedingung geknüpft, dass sie vom Tag der Gründung Israels vom 14. Mai 1948 bis zum April 1952, dem Inkrafttreten des Staatsangehörigkeitsgesetzes ununterbrochen in Israel gelebt haben müssen. Das Staatsangehörigkeitsgesetz wurde die Grundlage, um palästinensischen Flüchtlingen und später auch ihren Nachkommen ihr Recht zu verweigern, die israelische Staatsbürgerschaft oder den Aufenthaltsstatus in Israel und damit auch das Recht auf Rückkehr an ihre früheren Wohnorte zu erlangen.

Palästinensische Flüchtlinge, die ihre Heimat während des Konflikts von 1947-49 oder kurz danach verlassen haben und nun im Westjordanland oder im Gazastreifen leben, sind von denselben Gesetzen und politischen Maßnahmen betroffen und werden ebenfalls daran gehindert, die Staatsbürgerschaft oder den Aufenthaltsstatus in Israel zu erlangen. In Verbindung mit der Tatsache, dass den palästinensischen Einwohnern Ostjerusalems das Wahlrecht verweigert wird, sorgt dies dafür, dass die Palästinenser in ihrer

politischen Teilhabe und ihrer Fähigkeit, gegen die systembedingte Diskriminierung und Unterdrückung vorzugehen, eingeschränkt bleiben, auch dadurch, dass sie eine Wahlmacht werden.

Im Laufe der Jahre hat Israel Gesetze mit Verfassungsrang verabschiedet, die einen gewissen Schutz des Rechts auf Gleichheit bieten und gleichzeitig bekräftigen, dass der Staat Israel jüdisch ist. Israel hat auch spezifische Gesetze erlassen, zum Beispiel zur Chancengleichheit am Arbeitsplatz und zur Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen. Weitere Schutzmaßnahmen gegen Diskriminierung wurden durch Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs eingeführt. Diese Entscheidungen konzentrierten sich jedoch auf Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Ausrichtung und der Verteilungsgerechtigkeit und haben die Diskriminierung palästinensischer Bürger Israels aufgrund ihrer nicht-jüdischen Identität nicht beseitigt.

Das ergibt sich aus einer Bestimmung im Grundgesetz: „Menschenwürde und Freiheit“, die den Zweck des Gesetzes als Schutz der Menschenwürde und Freiheit festlegt, um die Werte des Staates Israel als jüdischer und demokratischer Staat in einem Grundgesetz zu verankern“. Jedoch, in Artikel 8 desselben Grundgesetzes, ist das Jüdisch sein des Staates ein rechtlicher Gesichtspunkt, der es dem Staat erlaubt, das Recht auf Gleichheit einzuschränken und andere Rechte zu verletzen, die durch das Grundgesetz geschützt sind. Versuche, die Grundgesetze zu ändern, um die Gleichheit der palästinensischen Bürger Israels zu garantieren, sind mit der ausdrücklichen Begründung gescheitert, dass solche Versuche „Israels Existenz als Staat des jüdischen Volkes ablehnen wollen“.

Im Jahr 2018 schränkte Israel das Recht auf Gleichheit und Nichtdiskriminierung durch die Verabschiedung des Grundgesetzes 2018 noch weiter ein: Israel, der Nationalstaat des jüdischen Volkes (siehe Kasten unten). Mit dem Gesetz wurde die bestehende rechtliche Konstruktion der jüdischen Identität als einzige nationale Identität des Staates Israel festgeschrieben. Es erkennt ausdrücklich keine andere nationale Identität an, bekräftigt, dass das Selbstbestimmungsrecht ausschließlich "dem jüdischen Volk" zusteht,¹ und enthält keinen Schutz bezüglich der Gleichheit und Nichtdiskriminierung. Stattdessen schützt und kodifiziert es bereits bestehende diskriminierende Rechtsvorschriften und Politiken, die sich in den wichtigsten Aspekten des israelischen Regimes der rassistischen und nationalen Diskriminierung nicht nur seiner palästinensischen Bürger, sondern auch der in den OPT ansässigen Palästinenser niederschlagen. Das israelische Recht legt somit einen übergeordneten Status der "jüdischen Nationalität" fest, der sich von der Staatsbürgerschaft unterscheidet und die Grundlage für die unterschiedliche Behandlung von jüdischen und nicht-jüdischen Bürgern bildet.

GRUNDGESETZ: ISRAEL; DER NATIONALSTAAT DES JÜDISCHEN VOLKES

Am 19. Juli 2018 verabschiedete die Knesset nach langer Debatte das Grundgesetz: Israel der Nationalstaat des jüdischen Volkes, das Israel zum ersten Mal ausschließlich als „Nationalstaat des jüdischen Volkes“ und verfassungsmäßig verankerte Ungleichheit sowie rassistische und nationale Diskriminierung gegenüber palästinensischen und anderen nicht-jüdischen Bürgern Israels festschreibt. Das Gesetz, das informell als „Nationalstaatsgesetz“ bezeichnet wird, gilt für das Gebiet Israels und umfasst implizit auch die OPT, insbesondere in Artikel 7, der die Entwicklung „jüdischer Besiedlung“ in Israel als „historisches Heimatland des jüdischen Volkes“ festschreibt.

Das Gesetz deklariert: „Die Ausübung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung im Staat Israel ist einzige das Recht des jüdischen Volkes“ (Artikel 1). Es legt auch die Symbole des Staates fest, die alle jüdischen Charakters sind (Artikel 2) und definiert Jerusalem als die vereinte Hauptstadt Israels (Artikel 3). Das Gesetz legt Hebräisch als Amtssprache fest und degradiert das Arabische von einer Amtssprache zu einer Sprache mit „Sonderstatus“ (Artikel 4).

Das Nationalgesetz bekräftigt, dass Israel „für die jüdische Einwanderung offen ist“ (Artikel 5) und handeln wird, um in der Diaspora die Bindungen zwischen dem Staat und den Angehörigen des jüdischen Volkes aufrechtzuerhalten (Artikel 6), und die Privilegien, die Juden in Bezug auf die Staatsangehörigkeit und den Status gemäß dem Rückkehrgesetz von 1950 und dem

Staatsangehörigkeitsgesetz Israels von 1952 gewährt werden, weiter zu verankern. Der damalige Ministerpräsident Benjamin Netanjahu erklärte bei einer Kabinett-Sitzung am 5. August 2018:

Das Nationalstaatsgesetz verankert als allererstes das Rückkehrrecht. Es stellt es auf eine andere Ebene, und dieses Gesetz gewährt natürlich den Juden, und nur ihnen, ein automatisches Recht, hierher zu kommen und die Staatsbürgerschaft zu erhalten. Das Nationalstaatsgesetz verhindert zum Beispiel die Ausnutzung der Familienzusammenführungsklausel, durch die sehr, sehr viele Palästinenser in das Land aufgenommen worden sind, seit den Oslo-Abkommen und dieses Gesetz hilft uns, die weitere unkontrollierte Einreise von Palästinensern nach Israel zu verhindern. Es könnte sein, dass dieses Gesetz uns auch dabei helfen kann, die künftige Einreise von Arbeitsmigranten zu verhindern...(Ohne das Nationalstaatsgesetz wird es unmöglich sein, die Zukunft Israels als jüdischer Nationalstaat für (künftige) Generationen zu sichern.

Darüber hinaus verankerte das Gesetz die rassistische und nationale Diskriminierung in den israelischen Gesetzen und der Politik in Bezug auf Land und Ressourcen, die in diesem Bericht erörtert werden, indem es die Bedeutung der "Entwicklung der jüdischen Siedlung als nationaler Wert" hervorhob und erklärte, dass der Staat "die Errichtung und Stärkung dieser Siedlung fördern und unterstützen" soll (Artikel 7). Dies ist das erste Mal, dass der Begriff "jüdische Siedlung" in einem israelischen Gesetz auftaucht. Die Entwicklung jüdischer Siedlungen in dem Gesetz beinhaltet auch die Absicht, jüdische Siedlungen im besetzten Westjordanland zu entwickeln. Die israelische Regierung betrachtet die Siedlungen in den besetzten Gebieten als Teil Israels und hat die Anwendung des israelischen Rechts sowohl auf die Siedlungen als auch auf die jüdischen Siedler in den besetzten Gebieten gelenkt.

Das Nationalstaatsgesetz hat einen verbindlichen Verfassungsstatus, der nur durch ein Grundgesetz geändert werden kann, das mit der Mehrheit der 61 Knessetmitglieder verabschiedet wird.

Im Jahr 2019 äußerten sowohl der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (CESCR) als auch der UN-Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung (CERO) Bedenken hinsichtlich der "möglichen diskriminierenden Wirkung" des Gesetzes in Bezug auf die Wahrnehmung der Menschenrechte durch nicht-jüdische Menschen in Israel. Sie forderten Israel auf, das Gesetz zu überprüfen, um seinen internationalen Menschenrechtsverpflichtungen zur Beseitigung der Diskriminierung von Nicht-Juden nachzukommen. Der CESCR forderte Israel außerdem auf, die Aufhebung des Gesetzes in Erwägung zu ziehen und seine Bemühungen zur Beseitigung der Diskriminierung bei der Wahrnehmung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte, insbesondere des Rechts auf Selbstbestimmung und Nichtdiskriminierung, zu verstärken.

Im November 2020 lehnte das Amtsgericht von Krayot, einer Ansammlung von Städten in der Nähe von Haifa, einen Antrag palästinensischer Bürger Israels, die in Karmiel leben, auf einen Zugang zum Schulunterricht ab und berief sich dabei auf das Nationalstaatsgesetz. In der Entscheidung heißt es, die Einrichtung einer arabischen Schule in der Stadt oder die Finanzierung der Beförderung der palästinensischen Einwohner zum Besuch der arabischsprachigen Schulen in den umliegenden Gemeinden würde den "jüdischen Charakter" der Stadt untergraben.

Im Juli lehnte der 2021 Oberste Gerichtshof 15 Petitionen ab, die u. a. von der Gemeinsamen Liste von vier politischen Parteien mit palästinensischer Mehrheit und Meretz, einer weiteren politischen Partei in Israel, sowie von Menschenrechtsgruppen wie Adalah - The Legal Center for Arab Minority Rights in Israel (Adalah) und der Association for Civil Rights in Israel (ACRI) eingereicht worden waren, um das Nationalstaatsgesetz oder einen seiner Bestandteile aufzuheben.

Parallel zu den oben und im Rest dieses Kapitels beschriebenen Gesetzen, Politiken und Praktiken bestätigen Äußerungen führender israelischer Politiker im Laufe der Jahre, dass die Absicht, eine jüdische demografische Mehrheit aufrechtzuerhalten und die Palästinenser zu unterdrücken und zu beherrschen, die Politik Israels seit der Gründung des Staates bestimmt hat. Im Februar 1948 lobte David Ben-Gurion, damals Vorsitzender der Jewish Agency for Israel, des operativen Zweigs der Zionistischen Weltorganisation, bevor er Premierminister wurde, offen den Einsatz ungesetzlicher Mittel, um die demografische Zusammensetzung des Landes gewaltsam und grausam zugunsten der jüdischen Israelis zu verändern, indem er die Palästinenser vertrieb und ihre Häuser und ihr Eigentum zerstörte. Am Abend

nach seinem Besuch in Lifta, einem palästinensischen Dorf in den Vororten Jerusalems, die nach der Vertreibung der Palästinenser aus ihren Häusern und ihrer Flucht völlig leergefegt waren, berichtete er:

“Wenn man durch Lifta und Romema, durch Mahaneh Yehuda, die King George Street und Me’ah She’arim in die Stadt kommt, gibt es keine Araber. Hundert Prozent Juden... Was in Jerusalem und in Haifa geschah, kann in weiten Teilen des Landes geschehen. Wenn wir hartnäckig bleiben, ist es durchaus möglich, dass es in den nächsten sechs oder acht Monaten erhebliche Veränderungen im Land geben wird, sehr erhebliche und zu unserem Vorteil. Die demographische Zusammensetzung des Landes wird sich mit Sicherheit erheblich verändern.”

Seitdem haben verschiedene israelische Politiker - unabhängig von ihrer politischen Zugehörigkeit - öffentlich ihre Absicht bekundet, den Zugang der Palästinenser zu und die Kontrolle über Land in allen Gebieten, die unter israelischer Kontrolle stehen, zu minimieren. Sie haben dies umgesetzt, indem sie Häuser und Grundstücke von Palästinensern beschlagnahmten und sie effektiv darauf beschränkten, in Enklaven zu leben. Als der damalige Premierminister Benjamin Netanjahu im März 2019 eine Nachricht auf Instagram postete, in der er erklärte, dass "Israel kein Staat aller seiner Bürger", sondern vielmehr "der Nationalstaat des jüdischen Volkes und nur für sie", sei, brachte er eine Politik zum Vorschein, die seit sieben Jahrzehnten in der Entstehung war.

Bereits im Dezember 2003, als er Finanzminister war, sagte Benjamin Netanjahu: "Wenn es ein demografisches Problem gibt, und das gibt es, dann sind es die israelischen Araber, die israelische Staatsbürger bleiben werden." Er wies auf die Notwendigkeit hin, eine ausgewogene Politik zu verfolgen, die darauf abzielt, "Israels Araber" zu integrieren und gleichzeitig sicherzustellen, dass sie nicht 35 % bis 40 % der Bevölkerung ausmachen. Benjamin Netanjahu wurde zwar für seine Äußerungen 2003 kritisiert, doch handelte es sich dabei nicht um die Ansichten eines Außenseiters. Als er zwischen 1992 und 1995 Premierminister war, sagte Yitzhak Rabin: "Die rote Linie für Araber ist 20 % der Bevölkerung; sie darf nicht überschritten werden". Er fügte hinzu: "Ich möchte den jüdischen Charakter des Staates Israel bewahren." Ehud Barak setzte in seiner Amtszeit als Ministerpräsident zwischen 1999 und 2001 eine "muslimische Mehrheit" mit der "Zerstörung Israels als jüdischer Staat" gleich. Ariel Sharon sagte als Ministerpräsident in einer Knessetdebatte 2002, dass die palästinensischen Bürger zwar "Rechte im Land" hätten, aber "alle Rechte über das Land Israel sind jüdische Rechte". Ehud Olmert sagte als Vizepremierminister 2003 und drei Jahre, bevor er Premierminister wurde, "die demografische Frage" würde "die Lösung diktieren, die wir annehmen müssen" und die "Formel für die Parameter einer unilateralen Lösung sind: Maximierung der Zahl der Juden, Minimierung der Zahl der Palästinenser".

Äußerungen führender israelischer Politiker machen deutlich, dass die diskriminierende Absicht, die Palästinenser zu beherrschen, nicht nur durch die Kontrolle über Land und Enteignung zum Ausdruck kommt, sondern auch durch eine getrennte und ungleiche Staatsbürgerschaftsstruktur und die Verweigerung des Rechts der Palästinenser auf Familienzusammenführung. Der damalige Premierminister Ariel Sharon sagte 2005 anlässlich der Erneuerung des befristeten und diskriminierenden Staatsbürgerschafts- und Einreisegesetzes von 2003 (siehe Abschnitt 5.3.1 "Verweigerung des Rechts auf gleiche Staatsangehörigkeit und gleichen Status"): "Es gibt keinen Grund, sich hinter Sicherheitsargumenten zu verstecken. Es gibt eine Notwendigkeit für die Existenz eines jüdischen Staates." Er fügte später hinzu, dass die Behörden "die richtige und wichtige Absicht haben, dass Israel ein jüdischer Staat mit einer großen jüdischen Mehrheit ist" und dass "wir alles tun müssen, damit dieser Staat auch in Zukunft ein jüdischer Staat bleibt". Giora Eiland, ein nationaler Sicherheitsberater, der 2005 einem Ausschuss angehörte, der die Einwanderungspolitik untersuchte, argumentierte, dass das diskriminierende Staatsbürgerschafts- und Einreisegesetz "der Weg ist, um den demografischen Dämon zu überwinden". Im selben Jahr drückte sich Benjamin Netanjahu, damals noch Finanzminister, bei den Diskussionen über die Verlängerung des Gesetzes noch direkter aus: "Anstatt es Palästinensern, die die Staatsbürgerschaft erhalten wollen, leichter zu machen, sollten wir den Prozess viel schwieriger gestalten, um Israels Sicherheit und eine jüdische Mehrheit in Israel zu garantieren." Asher Grunis, damals stellvertretender Präsident des Obersten Gerichtshofs und später dessen Präsident, wies 2012 eine Verfassungsbeschwerde gegen die diskriminierenden Aspekte des israelischen Staatsbürgerschafts- und Einreisegesetzes von 2003 zurück und schrieb: "Menschenrechte sind keine Vorschrift für nationalen Selbstmord." Diese Ansicht wurde von Eli Yishai, damals noch Innenminister, wiederholt, der die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs begrüßte und ebenfalls erklärte, dass die Genehmigung einer größeren Zahl von Anträgen auf Familienzusammenführung aus dem Westjordanland "nationalen Selbstmord" bedeuten würde.

Unter Berufung auf Statistiken aus den Jahren 2003 und 2004, die einen Rückgang der israelischen Geburtenrate zeigten, der in erster Linie auf einen Rückgang bei den palästinensischen Bürgern Israels zurückzuführen war, schrieb die Zeitung Haaretz im Januar dem Finanzministerium die Ansicht zu, dass "der Rückgang der Geburtenrate ein eindeutiges Ergebnis der Kürzungen der Kindergeldzuweisungen in den letzten zwei Jahren ist". Haaretz zitierte einen hochrangigen Beamten des Finanzministeriums, der nicht namentlich genannt werden wollte, mit dem Hinweis auf die "interne demografische Bedrohung" und äußerte sich besorgt über "die hohe Geburtenrate der Araber und insbesondere der Negev-Beduinen". Der Beamte sagte: "Wir kehren die Grafik um, um die jüdische Mehrheit im Land zu verteidigen", und warnte laut Haaretz davor, dass die Wiedereinführung der Zulage dazu führen würde, dass der Staat große Familien in Gegenden wie der Negev/Naqab-Region im Süden Israels unterstützen müsste, was eine Untergrabung der jüdischen Mehrheit zur Folge haben würde.

Die Wahrnehmung der Palästinenser innerhalb Israels als interne demografische Bedrohung oder als Feinde, die entweder vertrieben, ausgegrenzt oder kontrolliert werden müssen, hat auch die diskriminierende Wohnungsbau- und Flächennutzungsplanung in Gebieten von strategischer Bedeutung geprägt, die eine große palästinensische Bevölkerung umfassen. So schrieb beispielsweise Ariel Sharon im Dezember 2000, kurz bevor er Premierminister wurde:

"Im Negev stehen wir vor einem schwerwiegenden Problem: Rund 900.000 Dumam des Staatslandes befinden sich nicht in unseren Händen, sondern in den Händen der beduinischen Bevölkerung. Ich, als Bewohner des Negev, sehe dieses Problem jeden Tag. Es handelt sich im Wesentlichen um ein demografisches Phänomen... Aus Schwäche, vielleicht auch aus mangelndem Bewusstsein für das Problem, unternehmen wir als Land nichts, um dieser Situation zu begegnen... Die Beduinen erobern neue Gebiete. Sie nagen an den Landreserven des Landes, und niemand unternimmt etwas Wesentliches dagegen."

Der Staat Israel hat, unabhängig davon, welche Partei an der Macht ist, seine Politik der Beherrschung der Palästinenser durch die Beschlagnahme von Land und die Segregation palästinensischer Gemeinschaften fortgesetzt. Wie in diesem Kapitel gezeigt wird, wurde diese Absicht, das Land der Beduinen zu beschlagnehmen, sie obdachlos zu machen und sie durch jüdische Israelis zu ersetzen, von Ariel Sharon als Premierminister umgesetzt und wird bis heute fortgesetzt (siehe Abschnitt 5.4.4 "Diskriminierendes Stadtplanungs- und Zonierungssystem"). Im Jahr 2009 warnte Israels Wohnungsbauminister Ariel Atias vor der "Ausbreitung" palästinensischer Gemeinden mit den Worten: "Wenn wir so weitermachen wie bisher, werden wir Galiläa verlieren". Zur selben Zeit sagte der stellvertretende Außenminister Danny Ayalon: "Wir verlieren den Negev und Galiläa", und "an vielen Orten gibt es keine zusammenhängende jüdische Präsenz", womit er bestätigte, dass das Ziel der Regierung die "Judaisierung des Negev und Galiläas" war.^[101] Dies untermauert die Schlussfolgerung, die aus den in diesem Bericht dokumentierten Fakten abgeleitet werden kann, dass die Einschränkungen für palästinensische Gemeinschaften innerhalb Israels, die sie zwingen, in Enklaven zu leben, nicht zufällig sind, sondern das Ergebnis einer bewussten Politik der israelischen Regierung, um die palästinensische Bevölkerung zu Gunsten der jüdischen Israelis zu kontrollieren und zu beherrschen.

Einige israelische Politiker, die sich gegen Siedlungen in Teilen des Westjordanlands ausgesprochen haben, begründen ihre Ablehnung mit der Befürchtung, dass dies zur Gleichberechtigung der Palästinenser dort führen wird, was sie als Bedrohung für den jüdischen Charakter des Staates Israel ansehen. Shimon Peres sagte in seiner Amtszeit als Staatspräsident im Jahr 2012:

"Israelische Siedlungen in [Teilen des Westjordanlandes], die dicht mit Arabern besiedelt sind, ... können zu einer bedrohlichen demografischen Veränderung führen", die "die jüdische Mehrheit im Staat Israel in Gefahr bringt".

Die Absicht, die palästinensische Bevölkerung in den OPT durch eine diskriminierende Land-, Planungs- und Wohnungspolitik zu diskriminieren und zu kontrollieren, ist ebenso klar. Seit 1967 haben die aufeinanderfolgenden israelischen Regierungen wiederholt ihre Absicht bekundet, die jüdische Bevölkerungsmehrheit in Jerusalem durch Planungspolitik, Gesetze und Maßnahmen in der Stadt zu erhalten.¹ Das erste geodemografische Dilemma, mit dem sich Israel als Besatzungsmacht konfrontiert sah, entstand mit der Entscheidung, die neuen Grenzen Jerusalems und die Gebiete, die de facto 1967 annektiert werden sollten, neu zu ziehen, da das neue annektierte Gebiet palästinensische Dörfer und Gemeinden umfasste, die weit über die Grenzen der jordanisch beherrschten Gemeinde Ostjerusalem hinausgingen. Einige israelische Beamte kritisierten die Annexion am 27. Juni 1967 mit der Begründung, der demografische "Preis" sei hoch, da die Anzahl der Palästinenser in der erweiterten Gemeinde das

demografische Verhältnis der Juden in der Stadt beeinflussen würde. Das Jerusalem Center for Public Affairs, ein unabhängiges Forschungsinstitut, das sich auf öffentliche Diplomatie und Außenpolitik spezialisiert hat, stellt fest: "Die Hauptüberlegung, die die Entscheidungsträger leitete, war, die Kontrolle über ein größtmögliches Gebiet mit einer minimalen arabischen Bevölkerung zu erlangen und die Möglichkeit einer zukünftigen Teilung der Stadt zu verhindern."

1975 erklärte Israel Kimhi, der damalige Direktor für Planungspolitik im Innenministerium, dass "einer der Eckpfeiler bei der Planung um Jerusalem die demografische Frage ist" und dass die Erhaltung einer jüdischen Mehrheit als "einer der Maßstäbe für den Erfolg der Festigung des Status von Jerusalem als Hauptstadt Israels" dienen würde. Im Juni 1984 äußerte Teddy Kollek, der damalige Bürgermeister von Jerusalem, seine Besorgnis über diese Frage mit den Worten: "Wie wir alle hier, so scheint es mir, bin ich besorgt über das Gleichgewicht der Kräfte und das arabische Wachstum in und um Jerusalem."¹

Seit der Annexion Ostjerusalems im Jahr 1967 haben die israelischen Regierungen Zielvorgaben für das demografische Verhältnis zwischen Juden und Palästinensern in Jerusalem insgesamt festgelegt. In aufeinanderfolgenden israelischen Regierungsbeschlüssen wurde ein Zielverhältnis von 70 % zu 30 % festgelegt. 2006 wurde das Ziel auf 65 % zu 35 % im Rahmen des regionalen Flächennutzungsplans 30/1 neu festgelegt. 2009 wurde ein neuer Zielwert von 60 % Juden zu 40 % Palästinensern, der im lokalen Rahmenplan "Jerusalem 2000" festgelegt wurde, beim regionalen Planungsausschuss hinterlegt. Während das Bevölkerungswachstum der palästinensischen Bevölkerung Jerusalems auf natürlichem Wachstum beruhte, sollte das jüdische Bevölkerungswachstum in erster Linie durch interne Migration und die Aufnahme jüdischer Einwanderer erfolgen.

Äußerungen israelischer Politiker deuten auch darauf hin, dass die Verweigerung wirtschaftlicher und sozialer Rechte für Palästinenser in Ostjerusalem nicht nur eine Auswirkung der israelischen Enteignungs- und Segregationspolitik ist, sondern vielmehr beabsichtigt ist. So sagte beispielsweise Teddy Kollek, der damalige Bürgermeister von Jerusalem, im Jahr 1990:

"Für das jüdische Jerusalem habe ich in den letzten fünfundzwanzig Jahren etwas getan. Für Ostjerusalem? Nichts! Was habe ich getan? Nichts. Bürgersteige? Nichts. Kulturelle Einrichtungen? Keine einzige. Doch, wir haben ein Abwassersystem für sie installiert und die Wasserversorgung verbessert. Wissen Sie, warum? Glauben Sie, das war zu ihrem Besten, ihrem Wohlergehen? Vergessen Sie es! Es gab dort einige Fälle von Cholera, und die Juden hatten Angst, sich anzustecken, also haben wir eine Kanalisation und ein Wassersystem gegen Cholera installiert."

Im übrigen Westjordanland sagte Israels damaliger Ministerpräsident Levi Eshkol bereits am 7. Juli 1967, nur einen Monat nach der Besetzung des Westjordanlandes durch die israelische Armee: "Die Sicherheit und das Land sind in israelischer Hand." In einer Sitzung der von ihm geführten Arbeitspartei erklärte er im selben Jahr, dass die Behörden "die Mitgift, nicht die Braut begehren", eine offensichtliche Anspielung darauf, dass sie das Westjordanland ohne die dort lebenden Palästinenser haben wollten. 1996, kurz nach seinem Amtsantritt als Ministerpräsident Israels, erklärte Benjamin Netanjahu bei einem Besuch der Siedlung Ariel im Norden des Westjordanlandes, in der fast Siedler 20.000 leben, dass die Siedlungen "dauerhaft für immer" seien.

Die Absicht, das Land und die Gebiete im Westjordanland ausschließlich zum Nutzen der jüdischen Israelis und unter ausdrücklichem Ausschluss der Palästinenser zu kontrollieren, besteht weiter.

Der Knessetabgeordnete (MK) Yariv Levin, der im folgenden Jahr zum israelischen Minister für Alija (jüdische Einwanderung) und Integration ernannt wurde, sagte 2014 dazu:

"Die richtige Politik aus der Sicht der israelischen Interessen im Hinblick auf unsere gegenwärtigen politischen Möglichkeiten besteht darin, den Versuch zu kombinieren, ein Maximum an Territorium zu halten und die Souveränität über ein Maximum an Territorium auszuüben, während die arabische Bevölkerung in diesem Gebiet auf ein Minimum beschränkt wird. Diese Situation besteht bereits im Gebiet C, das unter unserer Kontrolle steht - es gibt dort kaum mehr als fünfzigtausend Araber."

Vor den Parlamentswahlen im Mai 2019 versprach der damalige Premierminister Benjamin Netanjahu, israelische Siedlungen im Westjordanland zu annektieren: "Ich werde die Souveränität durchsetzen, aber

ich werde nicht zwischen Siedlungsblöcken und isolierten Siedlungen unterscheiden." Er fügte hinzu: "Aus meiner Sicht ist jeder Punkt einer Siedlung israelisch, und wir haben als israelische Regierung Verantwortung. Ich werde niemanden entwurzeln, und ich werde die Souveränität nicht an die Palästinenser abtreten." Zwei Monate später gab er öffentlich die Absicht Israels bekannt, weiterhin ganz Israel und die OPT zu kontrollieren: "Die israelischen Militär- und Sicherheitskräfte werden weiterhin das gesamte Gebiet bis zum Jordan beherrschen". Als er im Mai 2020 über die Pläne zur Annexion des Jordantals sprach, erklärte er außerdem, dass "die Palästinenser anerkennen müssen, dass wir die Sicherheitsregeln für das gesamte Gebiet diktieren" und bezeichnete die Bewohner von Jericho als "Untertanen".

Die Vorschläge zur Angliederung des Jordantals an Israel sind nicht neu. Tatsächlich wurden solche Pläne bereits zu Beginn der Besetzung im Jahr 1967 im Allon-Plan, benannt nach dem damaligen Arbeitsminister Yigal Allon, entwickelt. Sein Hauptziel war es, die "jüdische Präsenz" zu gewährleisten und die Annexion von Gebieten zu vermeiden, die dicht von Palästinensern besiedelt sind.

Israels Absicht, die Palästinenser im Westjordanland zu kontrollieren, um die Beschlagnahme ihres Landes zu erleichtern, wird auch in den Äußerungen israelischer Führer im Laufe der Jahrzehnte deutlich. So rechtfertigte der damalige Landwirtschaftsminister Ariel Sharon auf einer Sitzung des Ministerausschusses für Siedlungsangelegenheiten im Juli 1981 die Ausweisung weiterer Gebiete im Westjordanland als militärische "Schießzonen" mit der "Ausbreitung arabischer Dorfbewohner" in den südlichen Hebron-Hügeln, wie aus einem Sitzungsprotokoll hervorgeht, das das Akevot-Institut für israelisch-palästinensische Konfliktforschung, eine NRO, die Archivrecherchen durchführt, im israelischen Staatsarchiv gefunden hat. Ariel Sharon fügte hinzu: "Wir haben ein Interesse daran, die Schießzonen dort zu erweitern und zu vergrößern, um diese so wichtigen Gebiete in unserer Hand zu behalten." Im Februar 2021 unterstrich Avi Naim, der von Juli bis Oktober 2020 als Generaldirektor des israelischen Ministeriums für Siedlungsangelegenheiten fungierte, das Ziel der Regierung, "palästinensische territoriale Kontinuität zu verhindern" und "die Kontrolle über die Landreserven in Judäa und Samaria zu behalten", ein Bezug auf das von der israelischen Regierung bezeichnete Verwaltungsgebiet, das das besetzte Westjordanland ohne Ostjerusalem umfasst.

Darüber hinaus haben israelische Politiker deutlich gemacht, dass eine Entwicklung der OPT zum Nutzen der Palästinenser nicht zugelassen wird. So sagte der damalige Verteidigungsminister Yitzhak Rabin: "Es wird keine von der israelischen Regierung initiierte Entwicklung [für Palästinenser in den OPT] geben, und es werden keine Genehmigungen für die Ausweitung von Landwirtschaft oder Industrie [dort] erteilt, die mit dem Staat Israel konkurrieren könnten."

Israels Rückzug der Siedler aus dem Gazastreifen, während es auf andere Weise die Kontrolle über die Menschen in diesem Gebiet aufrechterhielt, war auch ausdrücklich mit demografischen Fragen und der Erkenntnis verbunden, dass eine jüdische Mehrheit dort nicht erreicht werden. Am 15. August 2005, dem Tag, den die israelische Regierung den Siedlern als Frist für den freiwilligen Abzug aus dem Gazastreifen gesetzt hatte, sagte der damalige Ministerpräsident Ariel Sharon in einer Abendansprache an die Israelis:

"Der Gazastreifen kann nicht ewig gehalten werden. Über eine Million Palästinenser leben dort, und sie verdoppeln ihre Zahl mit jeder Generation". Im selben Monat sagte der damalige stellvertretende Ministerpräsident Shimon Peres: *"Wir ziehen uns aus dem Gazastreifen zurück, weil die Demografie es erfordert."*

Während Israel den Rückzug aus dem Gazastreifen vorbereitete, verstärkte es auch seine Bemühungen, die Palästinenser in Galiläa und im Negev/Naqab zu enteignen - beide Gebiete mit einer großen palästinensischen Bevölkerung. Haaretz zitierte einen Berater von Ariel Sharon mit den Worten, der damalige Premierminister sei "zu dem Schluss gekommen, dass es nach den enormen Investitionen in die Besiedlung der Gebiete nun notwendig ist, auch Galiläa und den Negev zu besiedeln."

Schließlich wird auf der Website des Außenministeriums deutlich, dass Israels langjährige Politik, Millionen von palästinensischen Flüchtlingen das Recht auf Rückkehr in ihre Heimat vorzuenthalten, auch von demografischen Erwägungen geleitet ist. Ein Artikel, der 2001 veröffentlicht wurde, erklärte: "Würde Israel allen [Flüchtlingen] die Rückkehr in sein Territorium gestatten, wäre das ein Akt des Selbstmords, und von keinem Staat kann erwartet werden, dass er sich selbst zerstört."

5.1.1 PALÄSTINENSER UND JÜDISCHE ISRAELIS ALS RASSISCHE GRUPPEN

Die Frage der Rasse und der Existenz von Rassengruppen ist ein heikles Thema, mit dem man sich jedoch auseinandersetzen muss, um das internationale Unrecht der Apartheid zu verstehen.

Jeder Versuch einer rassistischen Kategorisierung ist geschmacklos und kompliziert, da wahrgenommene rassistische Unterschiede oft mit anderen Unterscheidungsmerkmalen wie Religion, Kultur und Nationalität zusammenfallen. Für die Zwecke dieses Berichts betrachten wir das moderne Konzept der Rasse im internationalen Strafrecht als ein in erster Linie subjektives Konzept, das von der Wahrnehmung der Gruppen und insbesondere der mutmaßlichen Täter abhängt. Die vorrangige Frage ist daher, ob Israel in seiner Gesetzgebung und Praxis und einzelne israelische Politiker und Beamte in ihren Handlungen zur Aufrechterhaltung der Herrschaft jüdische Israelis und Palästinenser als getrennte Rassengruppen betrachten und behandeln. Dieser Bericht zeigt, dass jüdische Israelis und Palästinenser sich selbst als unterschiedliche Gruppen identifizieren und dass die Gesetze Israels die Palästinenser als eine separate und minderwertige Gruppe betrachten und behandeln.

Das Verständnis der Existenz zweier unterschiedlicher Gruppen ist in den Feststellungen des CERD implizit enthalten, der seine Bedenken hinsichtlich des Nationalstaatsgesetzes von 2018 geäußert hat. Es stellte fest, dass Israel die Segregation sowohl in Israel als auch in den OPT aufrechterhält, einschließlich der Segregation zwischen "jüdischen und nicht-jüdischen Sektoren". In Israel äußert sich dies durch zwei Bildungssysteme mit ungleichen Bedingungen sowie durch getrennte Gemeinden, nämlich jüdische Gemeinden und die sogenannten "Gemeinden der Minderheiten". In den OPT führt die Segregation dazu, dass es "zwei völlig getrennte Rechtssysteme und Institutionen für die jüdischen Gemeinden in den illegalen Siedlungen einerseits und die palästinensische Bevölkerung in den palästinensischen Städten und Dörfern andererseits" gibt.

In seiner Überprüfung von Israel 2019 forderte der CESCR Israel auf, das Nationalstaatsgesetz von 2018 zu ändern und/oder aufzuheben und die "mögliche diskriminierende Wirkung [des Gesetzes] ... auf nicht-jüdische Menschen" zu beachten, sowie seine Bemühungen zur Beseitigung der Diskriminierung von Nicht-Juden bei der Wahrnehmung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte sowie des Rechts auf Nichtdiskriminierung und Selbstbestimmung zu verstärken.

Rechtlich gesehen bilden die jüdischen Israelis eine Gruppe, die durch einen privilegierten, im israelischen Recht verankerten Rechtsstatus geeint ist, der sich durch staatliche Dienstleistungen und Schutzmaßnahmen auf sie erstreckt, unabhängig davon, wo sie in den von Israel tatsächlich kontrollierten Gebieten wohnen. Die jüdische Identität des Staates Israel ist in seinen Gesetzen und in der Praxis seiner offiziellen und nationalen Institutionen festgeschrieben. In den israelischen Gesetzen wird die jüdische Identität je nach Kontext als eine religiöse, abstammungsbedingte und/oder nationale oder ethnische Identität betrachtet und behandelt. Ein Beispiel für die Überschneidung von Rasse, Religion und Abstammung ist das israelische Rückkehrgesetz, das den Begriff "Jude" als "eine Person, die von einer jüdischen Mutter geboren wurde" definiert.

Palästinenser hingegen werden vom israelischen Staat anders behandelt, da er sie als rassistisch nichtjüdische Araber und darüber hinaus als Teil einer Gruppe mit besonderen Eigenschaften betrachtet, die sich von denen anderer nichtjüdischer Gruppen unterscheiden. Was die palästinensischen Bürger Israels betrifft, so werden sie vom israelischen Außenministerium offiziell als "arabische Bürger Israels" eingestuft, ein umfassender Begriff, der eine Reihe verschiedener, hauptsächlich arabischsprachiger Gruppen beschreibt, darunter muslimische Araber (diese Klassifizierung schließt Beduinen ein), christliche Araber, Drusen und Tscherkessen. Im öffentlichen Diskurs bezeichnen die israelischen Behörden und Medien jedoch in der Regel nur muslimische und christliche Araber - die sich im Allgemeinen selbst als Palästinenser bezeichnen - als israelische Araber und assoziieren sie mit den in den OPT und darüber hinaus lebenden Palästinensern, wobei sie für diese anderen nicht-jüdischen Gruppen die spezifischen Begriffe Drusen und Tscherkessen verwenden. Die Behörden betrachten die palästinensischen Bürger Israels auch eindeutig als eine einzige Gruppe, die sich von Drusen und Tscherkessen unterscheidet, da sie nur diese Gruppe vom Militärdienst ausnehmen, und zwar aus "Rücksicht auf ihre familiären, religiösen

und kulturellen Bindungen an die arabische Welt (die Israel häufig angegriffen hat) sowie aus Sorge vor möglichen doppelten Loyalitäten".

Wie in den folgenden Abschnitten dieses Kapitels gezeigt wird, bevorzugen die israelischen Gesetze, die israelische Politik und die israelischen Praktiken, die in allen Bereichen und in allen Situationen, die unter israelischer Kontrolle stehen, unterschiedlich, aber konsequent angewandt werden, diejenigen, die als jüdische Israelis identifiziert werden, und diskriminieren, schließen aus und grenzen diejenigen aus, die als nicht-jüdische Menschen im Allgemeinen und, in höchstem Maße, als Palästinenser betrachtet werden. Dieser Status wird in der Praxis als unveränderliches Merkmal behandelt. Während Israel beispielsweise die Konversion zum Judentum anerkennt und Mechanismen einrichtet, um eine solche Konversion zu ermöglichen, lehnt der Staat in der Praxis alle Anträge palästinensischer Bürger Israels auf der Grundlage von "ethnischer Zugehörigkeit" oder "Sicherheit" ab.

Palästinenser, die im britischen Mandatsgebiet Palästina leben oder dort familiäre Wurzeln haben, empfinden ihre palästinensische Identität in erster Linie als eine nationale Identität (und als Teil des arabischen Volkes). Derzeit gibt es keine palästinensische Staatsbürgerschaft, obwohl sie unter dem britischen Mandat formell anerkannt war.

Unabhängig davon, ob es sich bei den einzelnen Palästinensern um israelische Staatsbürger handelt, die in Israel leben, oder um Palästinenser, die unter israelischer Militärherrschaft in den OPT leben, oder um palästinensische Flüchtlinge, betrachten sich die meisten von ihnen als Palästinenser und haben tiefe und gemeinsame politische, ethnische, soziale und kulturelle Bindungen. Die Palästinenser sprechen eine gemeinsame Sprache und haben ähnliche Bräuche und kulturelle Praktiken, obwohl sie unterschiedliche Religionen haben, unabhängig von dem Gebiet, in dem sie leben. Palästinensische Flüchtlinge, die derzeit anderswo leben, können echte Verbindungen zu ihren Aufnahmestaaten haben, was ihre Selbstidentifikation als Palästinenser jedoch nicht schmälert oder verringert. Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) definiert Palästinenser als "arabische Staatsangehörige, die bis 1947 ihren gewöhnlichen Wohnsitz in Palästina hatten, unabhängig davon, ob sie von dort vertrieben wurden oder dort geblieben sind", und ist der Ansicht, dass diese palästinensische Staatsangehörigkeit an die Kinder weitergegeben wird, unabhängig davon, ob ihre Eltern innerhalb oder außerhalb Palästinas wohnen.

Wie in den folgenden Abschnitten dieses Kapitels gezeigt wird, bevorzugen das israelische Recht, die israelische Politik und die israelischen Praktiken, die in allen Bereichen und in allen Situationen, die unter israelischer Kontrolle stehen, unterschiedlich, aber konsequent angewendet werden, diejenigen, die als jüdische Israelis identifiziert werden, und diskriminieren, schließen aus und grenzen Palästinenser aus. Diese Beweise zeigen, dass der Staat Israel Palästinenser als "anders und ... minderwertig ... aufgrund von bestimmter ... kultureller Merkmale" wahrnimmt. In Anbetracht der Definition des Begriffs "rassische Gruppe" im internationalen Strafrecht, die die Identifizierung und die Absicht der mutmaßlichen Täter betont, stellen jüdische Israelis und Palästinenser rassische Gruppen im Sinne des Völkergewohnheitsrechts, des ICERD, der Apartheid-Konvention und des Römischen Statuts dar.

5.2 AUFSPPLITTERUNG IN BEREICHE DER KONTROLLE

Zu Beginn von 1948 bildeten die Palästinenser die Mehrheit im britischen Mandatsgebiet Palästina, etwa 1,2 Millionen von insgesamt etwa 2 Millionen Einwohnern und hatten etwa 90 % des Landes in dem Gebiet in ihrem Privatbesitz. Während des Konflikts von 1947-49 vor und nach der Ausrufung des Staates Israel im Mai 1948 wurden Hunderttausende von Palästinensern gewaltsam vertrieben, was einer ethnischen Säuberung gleichkam. Einige wurden aus ihren Dörfern, Städten und Gemeinden in andere Teile des späteren Staates Israel vertrieben. Andere flohen in verschiedene Teile des damaligen britischen Mandatsgebiets Palästina (22 % davon fielen unter die Kontrolle von Jordanien und Ägypten nach dem Konflikt von 1947-49 - das heutige OPT). Die meisten anderen flohen in die benachbarten arabischen Länder Jordanien, Syrien und Libanon. Israel hindert diese palästinensischen Flüchtlinge und ihre Nachkommen sowie die Binnenvertriebenen innerhalb Israels daran, an ihre früheren Wohnorte zurückzukehren (siehe Abschnitt 5.2.3 "Palästinenser außerhalb Israels und der OPT").

Die Zersplitterung der Palästinenser wurde nach dem Juni-Krieg von 1967 noch weiter vorangetrieben, der zur militärischen Besetzung des Westjordanlands, einschließlich Ostjerusalems, und des Gazastreifens

durch Israel, zur Schaffung eines eigenen Rechts- und Verwaltungssystems zur Kontrolle der besetzten Gebiete und zu einer weiteren Welle palästinensischer Vertreibungen führte - aus Gebieten, die als OPT bekannt wurden.

Das neue Militärregime in den OPT wurde auf einem bereits bestehenden vielschichtigen Rechtssystem errichtet, das aus osmanischen, britischen, jordanischen (im Westjordanland) und ägyptischen (im Gazastreifen) Gesetzen bestand - dem Erbe der Mächte, die das Gebiet zuvor kontrolliert hatten. Seitdem haben die israelischen Behörden Hunderte von Militärbefehlen erlassen, die auch heute noch viele Aspekte des palästinensischen Lebens in den OPT regeln, darunter den Zugang zu Land und natürlichen Ressourcen sowie das Recht auf Versammlungs-, Meinungs- und Bewegungsfreiheit. Diese Anordnungen gelten jedoch nicht für Palästinenser in Ostjerusalem, das Israel 1967 annektiert hat, und auch nicht für israelische Siedler, die im besetzten Westjordanland leben und denen nach israelischem Zivil- und Strafrecht dieselben Rechte und derselbe Schutz gewährt wird wie anderen jüdischen israelischen Bürgern. Im Gegensatz dazu sind die Palästinenser im Westjordanland einem Militärgerichtssystem unterworfen, das internationalen Standards für die faire Durchführung von Prozessen und die Rechtspflege nicht gerecht wird.

1994 wurde mit dem Osloer Abkommen zwischen Israel und der PLO die Palästinensische Autonomiebehörde gegründet und ihr eine begrenzte Kontrolle über die zivilen Angelegenheiten der Palästinenser in den städtischen Zentren eingeräumt, doch die Besetzung wurde nicht beendet. Die Gründung der Palästinensischen Autonomiebehörde und die Aufnahme Palästinas als Nichtbeobachterstaat in der UN-Generalversammlung im Jahr 2012 änderten nichts am völkerrechtlichen Status der OPT. Dieser Status wurde auch 2005 nicht durch den Rückzug der illegal im Gazastreifen lebenden israelischen Siedler aus dem gesamten Gazastreifen geändert. Das Westjordanland und der Gazastreifen stehen nach wie vor unter israelischer Militärbesetzung, wobei Israel die tatsächliche Kontrolle über diese Gebiete behält, einschließlich der dort lebenden palästinensischen Bevölkerung, ihrer natürlichen Ressourcen und - mit Ausnahme der kurzen Südgrenze des Gazastreifens zu Ägypten - ihrer Land- und Seegrenzen und ihres Luftraums. Infolgedessen gelten für das Verhalten Israels weiterhin zwei sich ergänzende Rechtsrahmen, nämlich die Besatzungsmacht mit effektiver Kontrolle über die OPT: internationale Menschenrechtsnormen und humanitäres Völkerrecht.

Während der Status der OPT als besetztes Gebiet nach internationalem Recht beibehalten wird, haben die Osloer Abkommen die Verwaltung der Palästinenser in den OPT um eine weitere Ebene administrativer und rechtlicher Komplexität erweitert, wodurch sie zum Vorteil Israels noch weiter zersplittert und getrennt wurden, ^[133]während die internen politischen Spaltungen der Palästinenser diese Trennung noch weiter verschärft haben. Heute leben die Palästinenser in den OPT unter getrennten Gerichtsbarkeiten und benötigen eine Genehmigung der israelischen Behörden, um zwischen ihnen hin- und herzureisen - vom und zum Gazastreifen, dem annektierten Ostjerusalem und dem Rest des Westjordanlandes - und sind auch von den palästinensischen Bürgern Israels getrennt, sowohl geografisch als auch aufgrund ihres Status. In der Zwischenzeit sind die palästinensischen Flüchtlinge, die während der Konflikte von 1947-49 und 1967 vertrieben wurden, weiterhin physisch von den in Israel und den OPT lebenden Palästinensern isoliert, da Israel ihnen ständig das Recht verweigert, in ihre Häuser, Städte und Dörfer zurückzukehren.

Dieser Abschnitt befasst sich mit der Rolle Israels bei der Aufteilung der palästinensischen Bevölkerung auf Israel, die OPT und die Nachbarländer sowie mit der sich daraus ergebenden Situation für die Palästinenser in jedem dieser Gebiete, die durch aufeinander folgende historische Ereignisse bestimmt wird.

5.2.1 PALÄSTINENSER IN ISRAEL

Frühe Befürworter eines Staates Israel erklärten, dass sie eine jüdische nationale Heimstätte errichten würden, ohne die Rechte der einheimischen Bevölkerung zu untergraben, aber das ist nicht eingetreten. Stattdessen führte die Gründung eines jüdischen Staates, wie oben erwähnt, zur Massenvertreibung von mehr als 800.000 Palästinensern. Die Zahl der Palästinenser, die in dem Gebiet verblieben, das im Mai 1948 zu Israel wurde, entsprach ungefähr 150.000 bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 1,2 Millionen Nicht-Juden, hauptsächlich Palästinenser, die von der UNO im Mai 1946 gezählt wurde. Die palästinensischen Bürger Israels wurden nach Israels Nationalgesetz von 1952 zur israelischen Staatsbürgerschaft berechtigt. Von 1948 – 1966 wurden die palästinensischen Bürger Israels jedoch

willkürlich der Militärverwaltung in Israel unterstellt, wobei ihr Schicksal den Bedürfnissen und Interessen der jüdischen Einwanderer und israelischen Sicherheitserwägungen untergeordnet wurde (siehe Abschnitt 5.3.4 "Nutzung der Militärherrschaft"). Auch wenn sie nach dem Ende der Militärherrschaft 1966 ihre Bewegungsfreiheit und andere Rechte wiedererlangt haben, sind sie weiterhin einem System der Unterdrückung und Beherrschung durch diskriminierende Maßnahmen ausgesetzt, die ihren Rechtsstatus, ihren Zugang zu Land, Ressourcen und Dienstleistungen und letztlich ihre menschliche Entwicklung beeinträchtigen (siehe Abschnitte "5.3 Segregation und Kontrolle" und "5.4 „Enteignung von Land und Eigentum“).

Nach Angaben des israelischen Zentralamts für Statistik (ICBS) lebten Ende Dezember 2019 in Israel und im besetzten Ostjerusalem 6,7 Millionen Juden, die 74 % der Bevölkerung ausmachten; 1,9 Millionen Araber, einschließlich der Bürger und ständigen Einwohner Israels, die 21 % der Bevölkerung ausmachten; und andere 448.000 (nicht-arabische Christen und Menschen ohne Religionszugehörigkeit), die fast 5 % der Bevölkerung ausmachten.

Wie bereits erwähnt, ist "arabische Bürger Israels" nach Angaben des israelischen Außenministeriums ein umfassender Begriff, der eine Reihe verschiedener, hauptsächlich arabischsprachiger Gruppen bezeichnet, darunter muslimische Araber (diese Klassifizierung schließt Beduinen ein), christliche Araber, Drusen und Tscherkessen. Nach Angaben des ICBS belief sich die Zahl der Drusen am Ende des Jahres 2019 auf etwa 145.000, während das Außenministerium die Zahl der Tscherkessen auf etwa 4.000 bezifferte. Betrachtet man die Zahl der als muslimische Araber und christliche Araber definierten Personen zusammen, so beläuft sich die Zahl der palästinensischen Bürger Israels auf rund 1,8 Millionen, was etwa 20 % der Gesamtbevölkerung Israels und des besetzten Ostjersalems entspricht.

Heute leben etwa 90 % der palästinensischen Bürger Israels in 139 dicht besiedelten Städten und Dörfern in den Regionen Galiläa und Dreieck im Norden Israels sowie in der Region Negev/Naqab im Süden. Die restlichen 10 % leben in "gemischten Städten", darunter Haifa, Ramla, Lod, Jaffa und Akko. Wie weiter unten zu sehen sein wird, ist dies das Ergebnis einer bewussten Politik der israelischen Regierung, die palästinensische Bürger Israels in Enklaven abzusondern, um die jüdische Besiedlung und Kontrolle über einen möglichst großen Teil des israelischen Staatsgebiets sicherzustellen.

5.2.2 PALÄSTINENSER IN OPT

Nach dem Krieg von 1967 dehnte Israel seine Kontrolle durch militärische Besetzung auf die palästinensischen Gebiete im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, und den Gazastreifen aus. Diese Gebiete sind heute unter der Bezeichnung OPT bekannt. Israel hat diese Gebiete auf unterschiedliche Weise verwaltet. Es hat einseitig (und nach internationalem Recht rechtswidrig) Ostjerusalem annektiert, und das israelische Militär hat den Rest des Westjordanlands und den Gazastreifen als besetzte Gebiete verwaltet. Der Krieg 1967 führte auch zur Besetzung der Golanhöhen, die zu Syrien gehören, und der Sinai-Halbinsel, die zu Ägypten gehört. Aus diesen neu besetzten Gebieten wurden ca. 350.000 Flüchtlinge vertrieben, die meisten von ihnen waren Palästinenser. Von diesen Flüchtlingen waren 117.000 bereits beim Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) registriert, der UN-Organisation, die mit der humanitären Hilfe für palästinensische Flüchtlinge beauftragt war, zwischen 1947 und 1952. Jordanien nahm circa 200.000 Palästinenser auf, von denen etwa 24.600 in die OPT zurückkehrten. Die große Mehrheit der palästinensischen Flüchtlinge aus 1967 und ihre Nachkommen werden daran gehindert, in ihre früheren Wohnorte zurückzukehren (siehe Abschnitt 5.2.3 "Palästinenser außerhalb Israels und der OPT").

OSTJERUSALEM

Israel hat Ostjerusalem 1967 einseitig annektiert und die palästinensischen Teile der Stadt sowie ein 64 km² langes Umland in die Grenzen der israelischen Gemeinde Jerusalem einbezogen. Die neuen Stadtgrenzen Jerusalems umfassten eine Fläche von 70 km², und der östliche Teil war fast 12 mal größer als das ehemalige Stadtgebiet von Ostjerusalem unter jordanischer Herrschaft. Das zusätzliche Land gehörte etwa palästinensischen 28 Dörfern aus den umliegenden Gebieten, wobei die neuen Grenzen so festgelegt wurden, dass möglichst viel Land mit möglichst wenigen Palästinensern einbezogen wurde.

Am 27. Juni 1967 verabschiedete Israel die Änderung 11 zur Rechts- und Verwaltungsverordnung von 1967, die vorsah, dass "Recht, Gerichtsbarkeit und Verwaltung" Israels auf jedes durch ein Regierungsdekret festgelegtes Gebiet ausgedehnt werden sollten. Am nächsten Tag erließ Israel die Rechts- und Verwaltungsverordnung (Nr. 1), von 1967, mit der es sein Recht, seine Gerichtsbarkeit und seine Verwaltung auf die annektierten 70 km² von Ostjerusalem und den umliegenden Gebieten ausdehnte. 1980 verabschiedete die israelische Knesset (Parlament) das Grundgesetz: Jerusalem, Hauptstadt Israels, das Jerusalem zur "vollständigen und vereinigten" Hauptstadt Israels erklärt. Das Gesetz erklärt, dass die Gerichtsbarkeit Jerusalems alle Gebiete umfasst, die im Rahmen des Gesetzes- und Verwaltungsdekrets (Nr. 1) von 1967 annektiert wurden. Das Gesetz verbietet außerdem die Übertragung der Befugnisse des Staates Israel oder der Stadtverwaltung von Jerusalem an eine ausländische Einrichtung. Am 1. Januar 2018 nahm die Knesset eine zweite Änderung des Grundgesetzes an: Jerusalem, Hauptstadt Israels", die eine Abstimmung mit einer erhöhten Mehrheit von mindestens 80 (von 120) Knesset Mitgliedern erforderte, um Änderungen an Israels Souveränität in Jerusalem vorzunehmen. Die angenommene Änderung enthielt keine Klausel über die Neuziehung der Stadtgrenzen Jerusalems, die in einem früheren Entwurf hinzugefügt worden war und es der israelischen Regierung ermöglicht hätte, palästinensische Stadtteile jenseits des Zauns/der Mauer (mit deren Bau Mitte 2002 begonnen wurde) aus den Stadtgrenzen Jerusalems zu entfernen. Im Juli 2021 lebten 358.000 palästinensische Einwohner innerhalb der Grenzen des Stadtbezirks Jerusalem, 38 % der Stadtbevölkerung. Etwa 150.000 von ihnen leben in Gebieten, die durch den Zaun/die Mauer und andere militärische Kontrollpunkte vom Rest der Stadt getrennt sind. Um eine jüdische Mehrheit und die Vorherrschaft über Jerusalem aufrechtzuerhalten, haben die israelischen Behörden systematisch massenhaft Land enteignet, um jüdische Siedlungen zu errichten, und gleichzeitig eine diskriminierende und restriktive Politik gegenüber den palästinensischen Bewohnern Ostjerusalems verfolgt, vor allem durch die Zoneneinteilung und die Planungspolitik. Dadurch werden das städtische und demografische Wachstum der Palästinenser und die Entwicklung ihrer Viertel stark behindert, was sich negativ auf die Wahrnehmung der sozioökonomischen Rechte der palästinensischen Bevölkerung auswirkt.

Die Palästinenser, die im annektierten Gebiet Ostjerusalems leben und sich zum Zeitpunkt der von der israelischen Armee durchgeführten Volkszählung von 1967 dort aufhielten - rund 69.000 Menschen - erhielten gemäß dem Gesetz über die Einreise nach Israel von 1952 den Status eines "ständiger Wohnsitzes". Als "Residenten" haben die Palästinenser in Ostjerusalem Anspruch auf ähnliche Rechte wie die Bürger Israels, mit Ausnahme des Wahlrechts bei den nationalen Parlamentswahlen. In der Praxis werden sie jedoch in allen Bereichen ihres Lebens diskriminiert. Im Gegensatz zur Staatsbürgerschaft kann das Innenministerium den Aufenthaltsstatus leicht widerrufen (siehe Abschnitte 5.3.1 "Verweigerung des Rechts auf gleiche Staatsangehörigkeit und gleichen Status" und 5.5.3 "Diskriminierende Bereitstellung von Dienstleistungen").

Israel hält die Siedlungen in Ostjerusalem aufrecht und baut sie weiter aus und erlaubt 225.178 israelischen Siedlern, in den 13 Siedlungen zu leben, die nach dem Völkerrecht illegal sind.

Der völkerrechtliche Status Ostjerusalems als besetztes Gebiet wurde weder durch die einseitige Annexion Israels noch durch die Anerkennung der Annexion durch die US-Regierung im Jahr 2017 geändert. Die Israelische Siedlungen gelten nach dem humanitären Völkerrecht als illegal und werden von den meisten Staaten und internationalen Gremien, darunter der UN-Sicherheitsrat, als illegal verurteilt.

REST DES WESTJORDANLANDES

Im September 1967, nur wenige Monate nach Beginn der Besatzung, begann Israel mit dem Bau von Siedlungen im besetzten Westjordanland, siedelte dort jüdische Bürger an und wandte auf sie sein Zivilrecht an. Derzeit gibt es mehr als jüdische 441.600 Siedler im Westjordanland ohne Ostjerusalem. Ihre Anwesenheit ist nach internationalem Recht illegal. Sie leben in 132 Siedlungen, die offiziell von der israelischen Regierung errichtet wurden, sowie in 140 nicht genehmigten Außenposten die seit den 1990er Jahren ohne staatliche Genehmigung errichtet wurden und selbst nach israelischem Recht als illegal gelten. Etwa 3 Millionen Palästinenser leben in demselben Gebiet.

1981 richtete Israel die Zivilverwaltung ein, eine Militäreinheit, die alle zivilen Angelegenheiten für jüdische israelische Siedler und palästinensische Einwohner im Westjordanland mit Ausnahme von Ostjerusalem überwacht, wie z. B. Raumordnung und Baugenehmigungen. Sie ist auch für die Verwaltungsangelegenheiten der Palästinenser im Westjordanland zuständig, darunter das

Bevölkerungsregister, Reise- und Arbeitsgenehmigungen, Archäologie und Naturschutzgebiete, die Verwaltung der natürlichen Ressourcen, Landwirtschaft, Handel und Industrie sowie Umweltschutz.

Zwischen 1993 und 1995 führten die Verhandlungen zwischen Israel und der PLO zu einer Reihe von Vereinbarungen zwischen den beiden Parteien, die als Osloer Abkommen bekannt sind. Durch diese Abkommen wurde die Palästinensische Autonomiebehörde gegründet und das Westjordanland (mit Ausnahme von Ostjerusalem und Hebron) in die Gebiete A, B und C aufgeteilt.

Die Osloer Abkommen übertrugen der Palästinensischen Autonomiebehörde in begrenztem Umfang und nominal die Zuständigkeit für einige zivile Angelegenheiten (z. B. Gesundheit, Bildung und innere Sicherheit), aber die Gebiete A, B und C sind alle effektiv unter israelischer Gesamtkontrolle geblieben und werden weiterhin militärisch besetzt. Israel übertrug der Palästinensischen Autonomiebehörde in unterschiedlichem Maße die administrative Verantwortung für die Gebiete A und B.

Diese beiden Gebiete umfassen palästinensische Städte und Dörfer, in denen 90 % der palästinensischen Bevölkerung leben (rund 2,8 Million Menschen). In der Zwischenzeit wurden die palästinensischen ländlichen Gebiete als Gebiet C eingestuft, das etwa 60 % des Westjordanlandes umfasst und der vollen israelischen Zivil- und Sicherheitsautorität unterliegt. 330.000 Palästinenser sind dort heute beheimatet, neben fast 441.600 Siedlern, die im besetzten Westjordanland mit Ausnahme von Ostjerusalem leben, auch etwa 300.000 Palästinenser. In einem separaten Abkommen wurde die Stadt Hebron in palästinensisch und israelisch verwaltete Sektoren aufgeteilt, die als H1 bzw. H2 bezeichnet werden. Etwa 700 Siedler leben in H2. Die Oslo-Abkommen waren als "Übergangsregelung" gedacht, die nicht länger als fünf Jahre dauern sollte, bis weitere Verhandlungen über ein endgültiges Abkommen stattfinden. Die Bedingungen und Auswirkungen des Abkommens bleiben jedoch bis heute in Kraft.

Im April 2020 einigte sich die israelische Koalitionsregierung unter dem damaligen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu und seinem politischen Rivalen Benny Gantz darauf, den innerstaatlichen Prozess der Annexion zu beginnen und Teile des besetzten Westjordanlandes, die israelische Siedlungen und das Gebiet, das als Jordantal bekannt ist, einschließen, zu annektieren, was gegen das Völkerrecht verstößt.. Am 13. August 2020 erklärte Israel nach einer von den USA vermittelten Vereinbarung mit den Vereinigten Arabischen Emiraten in einer gemeinsamen Erklärung der drei Länder, dass es "die Erklärung der Souveränität" im Westjordanland aussetzen und stattdessen "seine Bemühungen jetzt auf den Ausbau der Beziehungen zu anderen Ländern in der arabischen und muslimischen Welt konzentrieren" werde. Obwohl der Annexionsplan ausgesetzt wurde, ist er ein weiterer Beweis für Israels Absicht, die Kontrolle über die Palästinenser im Westjordanland zu behalten.

GAZASTREIFEN

Israel ergriff im Juni 1967 die Kontrolle über Ägyptens Gazastreifen, und das israelische Militär verwaltete ihn seit 1967 als besetztes Gebiet. Nach den Osloer Verträgen erhielt die Palästinensische Autonomiebehörde eine begrenzte Zuständigkeit für den Gazastreifen, was jedoch nichts an seinem Status als besetztes Gebiet nach internationalem Recht änderte. Im Gazastreifen leben heute rund 2 Millionen Palästinenser, von denen etwa 1,4 Millionen (über 70 % der Bevölkerung) als Flüchtlinge beim UNRWA registriert sind.

Im Jahr 2005 löste Israel im Rahmen des so genannten "Rückzugs" aus dem Gazastreifen seine 21 Siedlungen auf und zog rund 8 000 Siedler ab, die dann hauptsächlich in Siedlungen im Westjordanland umzogen, und verlegte seine Bodentruppen. Die israelische Armee hat jedoch weiterhin die Kontrolle über den Gazastreifen. Nach dem Sieg der Hamas bei den Parlamentswahlen im Jahr zuvor und den Auseinandersetzungen zwischen den palästinensischen politischen Gruppierungen stellte die von der Fatah geführte Palästinensische Autonomiebehörde 2007 Operationen ihrer Sicherheitskräfte und offiziellen Einrichtungen im Gazastreifen ein, während die Hamas dort einen parallelen Sicherheits- und Strafverfolgungsapparat aufbaute.

Nach der Machtübernahme durch die Hamas erklärte Israel den Gazastreifen unter Berufung auf Sicherheitsbedenken zu einer "feindlichen Einheit" und verhängte eine Luft-, Land- und Seeblockade, die jeglichen Personen- und Warenverkehr in den oder aus dem Gazastreifen auf dem Luft- oder Seeweg verhindert. Seitdem hat Israel auch die Einfuhr von Waren und Treibstoff in den Gazastreifen beschränkt und "mathematische Formeln" verwendet, um zu bestimmen, wie viele Lebensmittel in den Gazastreifen

eingeführt werden dürfen, und zwar nur so viel, wie "für das Überleben der Zivilbevölkerung notwendig" ist. Israel hat auch die Bewegung von Menschen aus dem Gazastreifen in das Westjordanland auf "humanitäre Ausnahmefälle" beschränkt.

Seit 14 Jahren isolieren die israelischen Behörden die im Gazastreifen lebenden Palästinenser durch eine "Trennungspolitik", wie eine Reihe israelischer Beamter es bezeichnen, vom Rest der OPT und von Israel. Bei einer parlamentarischen Anfrage zum offiziellen Status der Trennungspolitik im Jahr 2014 sagte der damalige stellvertretende Verteidigungsminister Danny Danon:

"Seit der Übernahme des Gazastreifens durch terroristische Organisationen im Sommer 2007 verfolgt Israel eine Politik der Trennung zwischen dem Gazastreifen und Judäa und Samaria [Westjordanland ohne Ostjerusalem]. Diese Politik wird durch die Beschlüsse der israelischen Regierung gestützt."

Dieser Status wurde im März 2019 vom damaligen Premierminister Benjamin Netanjahu bestätigt, der erklärte, dass "die Aufrechterhaltung einer Trennungspolitik zwischen der Palästinensischen Autonomiebehörde im Westjordanland und der Hamas im Gazastreifen dazu beiträgt, die Gründung eines palästinensischen Staates zu verhindern"

5.2.3 PALÄSTINENSER AUSSERHALB ISRAELS UND OPT

Während des Konflikts von 1947-49 wurden über 800.000 Palästinenser (die Bürger des britischen Mandatsgebiets Palästina waren) vertrieben oder flohen aus Israel und wurden zu Flüchtlingen im Westjordanland, im Gazastreifen oder in den Nachbarländern - ein Erleben, das die Palästinenser als *Nakba* (Katastrophe) bezeichnen. Das Land und der Besitz der palästinensischen Flüchtlinge und der durch den Krieg innerhalb Israels Vertriebenen wurden beschlagnahmt und, wie bereits erwähnt, wurden etwa 500 Dörfer zerstört. Israel ersetzte die Namen der palästinensischen Dörfer durch hebräische Namen.

Da Israel nur diejenigen als Flüchtlinge betrachtet, die 1948 zur Flucht gezwungen wurden, nicht aber deren Nachkommen, verweigert es diesen Palästinensern das Recht auf Rückkehr und auch die Rückkehr ihrer Nachkommen. Palästinensischen Flüchtlingen, die in das Westjordanland und den Gazastreifen, in benachbarte arabische Länder oder andere Staaten geflohen sind, war und ist die Rückkehr in ihre Häuser oder auf ihr Land in Israel untersagt. Etwa 350.000 Menschen, die meisten von ihnen Palästinenser, wurden infolge des Sechstagekriegs zwischen Israel und Ägypten, Syrien und Jordanien im Juni 1967 vertrieben. Israel verbietet diesen Palästinensern ebenfalls die Rückkehr in ihre Häuser. Palästinenser, die während des Konflikts von 1947-49 und kurz danach aus dem Land, das zu Israel wurde, und aus den OPT 1967 vertrieben wurden, sowie ihre Nachkommen, werden als palästinensische Flüchtlinge betrachtet.^[167] Derzeit sind 5,6 Millionen solcher Flüchtlinge beim UNRWA registriert. Etwa 2,2 Millionen von ihnen sind Flüchtlinge mit Wohnsitz in den OPT, während die verbleibenden 3,4 Millionen weiterhin vertrieben werden, hauptsächlich in Jordanien, Syrien und im Libanon, wo viele von ihnen unter katastrophalen Bedingungen in überfüllten Lagern leben, wo ihnen der Zugang zu lebenswichtigen Dienstleistungen verwehrt wird und wo die Regierungen der Aufnahmeländer die Menschenrechte verletzen.

5.3 ABGRENZUNG UND KONTROLLE

Parallel zur Auferlegung von Maßnahmen, die die Palästinenser in verschiedene territoriale, rechtliche und administrative Bereiche aufteilen, verfolgt Israel eine Strategie der Herrschaftssicherung durch diskriminierende Gesetze und politische Maßnahmen, die die Palästinenser aufgrund ihres rechtlichen Status und ihres Wohnsitzes in Enklaven absondern. Um die jüdisch-israelische Vorherrschaft in Israel und den OPT aufrechtzuerhalten, verweigert Israel auch weiterhin Millionen von palästinensischen Flüchtlingen - die während des Konflikts von 1947-49 oder kurz danach von Land in dem Gebiet, das als Staat Israel anerkannt wurde, vertrieben wurden und anschließend auch den palästinensischen Flüchtlingen, die 1967 aus den OPT vertrieben wurden, sowie deren Nachkommen das Recht auf Staatsbürgerschaft und Aufenthalt, indem es ihnen ihr Rückkehrrecht in ihre Häuser in Israel und/oder den OPT verweigert. In diesem Abschnitt geht es um die Verweigerung der Rechte der Palästinenser auf gleiche Staatsangehörigkeit und gleichen Status und auf Bewegungsfreiheit, um die Einschränkung ihres Rechts auf Familienzusammenführung und um seine Weigerung, für palästinensische Bürger Israels und Residenten Ostjerusalems Staatsangehörigkeit oder Aufenthalt auf Ehepartner aus den OPT auszuweiten,

sowie um die unzulässige Einschränkung ihrer bürgerlichen und politischen Rechte als Mittel zur Unterdrückung abweichender Meinungen.

5.3.1 VERWEIGERUNG DES RECHTS AUF GLEICHE STAATSANGEHÖRIGKEIT UND GLEICHEN STATUS

Wie bereits erwähnt, übt Israel die Autorität über alle Palästinenser in allen Gebieten aus, die unter seiner tatsächlichen Kontrolle stehen, sowie über das Recht der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Häuser in Israel und in den OPT zurückzukehren. Palästinensische Bürger Israels dürfen zwar an den israelischen Wahlen teilnehmen, doch wird ihnen eine Staatsangehörigkeit verweigert, wodurch eine rechtliche Differenzierung von jüdischen Israelis geschaffen wird, und sie beim Zugang zum öffentlichen Raum diskriminiert werden. Dies hängt zum Teil mit ihrer Befreiung vom Militärdienst zusammen. Einschränkungen der bürgerlichen und politischen Rechte der palästinensischen Bürger Israels schränken ihre Möglichkeiten, am politischen und sozialen Leben Israels teilzunehmen, weiter ein.

Die Palästinenser in den OPT hingegen bleiben ohne Staatsbürgerschaft und gelten als staatenlos, mit Ausnahme derjenigen, die eine Staatsbürgerschaft eines Drittlandes erhalten haben. Gleichzeitig kontrolliert Israel seit 1967 das Bevölkerungsregister im Westjordanland und im Gazastreifen und hat Strategien, Beschränkungen und Maßnahmen zur Kontrolle der Demografie der Gebiete eingeführt.

UNGLEICHE UND GETRENNTE STAATSBÜRGERSCHAFTSKULTUR IN ISRAEL

Obwohl palästinensische Bürger Israels die israelische Staatsbürgerschaft haben, hat dies jedoch nicht zu ihrer vollständigen gesellschaftlichen Integration in Israel geführt. Dies liegt zum Teil daran, dass das israelische Recht jüdische Israelis als Staatsangehörige definiert, während palästinensische Bürger Israels als Staatsbürger, aber nicht als Staatsangehörige Israels gelten und als solche in Gesetz und Praxis unterschiedliche und minderwertige Rechte und Privilegien genießen (siehe auch Abschnitt 5.3.5 "Beschränkungen des Rechts auf politische Beteiligung und Volkswiderstand").

Die Voraussetzungen, um israelischer Staatsbürger zu werden, sind im Staatsangehörigkeitsgesetz von 1952 festgelegt, das für Juden und Nichtjuden gilt. Artikel 2 (a) des Gesetzes garantiert automatisch jedem jüdischen Einwanderer das Recht auf Staatsangehörigkeit gemäß dem Rückkehrgesetz von 1950. Wie oben dargelegt (siehe Abschnitt 5.1 "Absicht, das palästinensische Volk zu unterdrücken und zu beherrschen"), ist das Rückkehrgesetz im Grunde ein Staatsangehörigkeitsgesetz, das jedem Juden, unabhängig von seinem Aufenthaltsort in der Welt, das eindeutige Recht einräumt, sich in Israel mit vollen rechtlichen und politischen Rechten niederzulassen. Eine Änderung des Gesetzes, das 1970 ergänzt wurde, definiert einen Juden als eine "Person, die von einer jüdischen Mutter geboren wurde oder zum Judentum konvertiert ist und keiner anderen Religion angehört".

Im Gegensatz dazu werden palästinensischen Bürgern Israels die Staatsbürgerschaftsrechte aufgrund ihres Wohnsitzes in Israel gewährt. Artikel 3(a) des Staatsangehörigkeitsgesetzes besagt:

Eine Person, die unmittelbar vor der Gründung des Staates palästinensischer Staatsbürger war und nicht gemäß Artikel 2 israelischer Staatsangehöriger wird, wird mit dem Tag der Gründung des Staates israelischer Staatsangehöriger.

Artikel 3(a) gewährte das Staatsbürgerschaftsrecht nur denjenigen, die in der Einwohnermeldeverordnung von 1949 als Einwohner registriert waren oder denen, die in dem Gebiet, das zum Staat Israel wurde, ihren Wohnsitz hatten, oder in Israel legal eingewandert waren vom Tag seiner Gründung im Mai 1948 an, bis das Nationalgesetz im April 1952 in Kraft trat. Während das Gesetz den in Israel verbliebenen Palästinensern den Status einer israelischen Staatsbürgerschaft gewährte, hat es den palästinensischen Flüchtlingen, die während des Konflikts von 1947-49 und kurz danach geflohen waren, ihre palästinensische Staatsbürgerschaft, die ihnen im Rahmen der palästinensischen Staatsbürgerschaftsverordnungen von 1925-1942 verliehen worden war, entzogen. Israels Politik seit 2002, die in Form des Gesetzes über die Staatsbürgerschaft und die Einreise nach Israel, einer befristeten Verordnung, die von 2003 bis 2021 galt, gesetzlich verankert wurde, verweigert Bürgern und Einwohnern Israels, die Palästinenser aus den OPT heiraten, die Weitergabe ihres Rechtsstatus in Israel, einschließlich des

Wohnsitzes und der Staatsbürgerschaft (siehe Abschnitt 5.3.3 "Trennung von Familien durch diskriminierende Gesetze").

Diese ungleiche und getrennte Staatsbürgerschaftsstruktur hat zu einer starken Diskriminierung palästinensischer Bürger in mehrfacher Hinsicht und zu ihrer Abgrenzung von anderen Palästinensern in den OPT (durch die Auferlegung von Beschränkungen für das Familienleben) geführt und ihr politisches Recht und Wahlrecht behindert. Das israelische Außenministerium behauptet, dass "arabische Israelis Bürger... Israels mit gleichen Rechten sind" und die "einzige rechtliche Unterscheidung zwischen arabischen und jüdischen Bürgern die Bürgerpflicht" sei, da palästinensische Bürger vom Militärdienst befreit seien. Der Militärdienst ist in Israel für jüdische israelische Männer und Frauen sowie für drusische und tscherkessische Männer obligatorisch. Während sich Palästinenser aus nationalen und politischen Gründen weitgehend weigern, in die israelische Armee einzutreten, hat die Befreiung der palästinensischen Bürger Israels vom Militärdienst dazu geführt, dass sie in diskriminierender Weise von wesentlichen wirtschaftlichen Vorteilen und Möglichkeiten ausgeschlossen sind, die nach israelischem Recht denjenigen garantiert werden, die den Militärdienst abgeleistet haben.

BEFREIUNG DER PALÄSTINENSER VOM MILITÄRDIENST, AUSSCHLUSS VON WIRTSCHAFTLICHEN VERGÜNSTIGUNGEN

In Israel besteht die Wehrpflicht für jüdisch-israelische Männer und Frauen sowie für drusische und tscherkessische Männer in Israel. Palästinensische Bürger Israels sind davon ausgenommen und haben seit der Gründung des Staates Israel 1948 aus nationalen und politischen Gründen größtenteils nicht in seiner Armee gedient. Die Befreiung ist nicht gesetzlich verankert, sondern wurde als Verwaltungspraxis eingeführt, die auf dem Ermessensspielraum der israelischen Armee gemäß den Bestimmungen des Verteidigungsdienstgesetzes von 1986 basiert.

Israelischen Staatsbürgern, die ihren Militärdienst abgeleistet haben, gewährt der Staat eine beträchtliche wirtschaftliche Entschädigung und Zugang zu Arbeitsplätzen in bestimmten Bereichen, wie der Militär- und Sicherheitsbranche sowie Zugang zu Wohngeld. Das Gesetz über die Aufnahme entlassener Soldaten und seine späteren Änderungen sehen eine breite Palette von Leistungen vor, die ausschließlich ehemaligen Soldaten zur Verfügung stehen, darunter Ausbildungsbeihilfen und Wohngeld.

Indem der Staat die Leistungen an den Militärdienst koppelt, stellt er sicher, dass die überwältigende Mehrheit der palästinensischen Bürger Israels davon ausgeschlossen ist. Der Minderheit der jüdischen Israelis, die nicht in der Armee dienen, werden diese Vergünstigungen zwar ebenfalls verweigert, aber zumindest wird ihnen eine sinnvolle Wahlmöglichkeit geboten. Für fast alle palästinensischen Bürger Israels ist es unvorstellbar, in einer Armee zu dienen, die palästinensisches Land besetzt und die Rechte der Palästinenser systematisch unterdrückt.

Die Verbindung zwischen Sozialleistungen und Militärdienst ist seit Jahrzehnten Gegenstand öffentlicher Debatten in Israel, die sich auf die Idee konzentrieren, einen obligatorischen alternativen Nationaldienst für palästinensische Bürger Israels einzuführen oder den Ausschluss der Palästinenser vom Militärdienst zu nutzen, um die Privilegien zu rechtfertigen, die ihre jüdischen israelischen Kollegen für den Dienst in der Armee genießen. So verlangten beispielsweise drei rechtsgerichtete jüdische Parteien bei den Wahlen 1988, dass Palästinenser parallel zum Militärdienst eine Art Nationaldienst ableisten, bevor ihre Forderungen nach Gleichberechtigung geprüft werden. Im Jahr 2012 erwog die Knesset ein neues Nationaldienstgesetz, nach dem palästinensische Bürger einen obligatorischen Nationaldienst ableisten müssten. Diese Vorschläge wurden jedoch aufgegeben.

FRAGILER DAUERHAFTER AUFENTHALTSSTATUS VON PALÄSTINENSERN IN OSTJERUSALEM

Nach israelischem Recht sind palästinensische Einwohner Ostjerusalems keine israelischen Staatsbürger und keine Bewohner des Westjordanlandes. Stattdessen wird ihnen ein schwacher Daueraufenthaltsstatus zuerkannt, der es ihnen erlaubt, in der Stadt zu wohnen und zu arbeiten, die Sozialleistungen der israelischen Sozialversicherungsanstalt und der staatlichen Krankenversicherung in Anspruch zu nehmen und an Kommunalwahlen, nicht aber an nationalen Wahlen teilzunehmen.^[172] Dieser Status kann aus einer

Reihe von diskriminierenden Gründen widerrufen werden, die ein breites Spektrum an sozialen und wirtschaftlichen Rechten betreffen. Daueraufenthaltsberechtigte können zwar die israelische Staatsbürgerschaft erwerben, müssen aber Israel die Treue schwören, nachweisen, dass sie nicht die Staatsangehörigkeit eines anderen Landes besitzen, und einige Hebräisch Kenntnisse nachweisen. Im Laufe der Jahre hat die Zahl der Einwohner, die die israelische Staatsbürgerschaft beantragen, zugenommen, aber sie müssen lange warten, bis die israelische Behörde für Bevölkerung und Migration ihre Anträge bearbeitet.

Nach der Annexion Ostjerusalems im Jahr 1967 wandte Israel sein "Recht, seine Rechtsprechung und seine Verwaltung" an, verlieh jedoch den in dem annektierten Gebiet lebenden Palästinensern nicht die israelische Staatsbürgerschaft gemäß dem Staatsangehörigkeitsgesetz von 1952. Stattdessen verlieh es den Bewohnern Ostjerusalems gemäß dem Gesetz über die Einreise nach Israel von 1952 den Status eines ständigen Aufenthaltsrechts und hielt daran fest, dass diese Bewohner die israelische Staatsbürgerschaft nur durch Einbürgerung erwerben können. Personen mit diesem Status können in Jerusalem und Israel leben und arbeiten, sofern sie in der Stadt oder in Israel wohnen bleiben. Das Gesetz über die Einreise nach Israel räumt dem israelischen Innenminister den Ermessensspielraum ein, jede nach diesem Gesetz erteilte Aufenthaltsgenehmigung zu annullieren.

Der Status des ständigen Aufenthaltsrechts ist in Wirklichkeit nicht von Dauer. Israel hat Gesetze und verschiedene Strategien und Maßnahmen erlassen, die dazu geführt haben, dass Palästinenser mit diesem Status ihr Recht und ihre Fähigkeit, in der Stadt zu leben, verloren haben. Jüdische israelische Siedler, die in Ostjerusalem wohnen, genießen dagegen die israelische Staatsbürgerschaft und sind von Gesetzen und Maßnahmen ausgenommen, die gegen palästinensische Bewohner Ostjerusalems erlassen wurden. Auf diese Weise hat Israel seine Souveränität über die Stadt gefestigt und die Zahl der Palästinenser eingeschränkt, die in Ostjerusalem leben, um die jüdische Mehrheit in der Stadt zu erhalten - ein zentrales politisches Ziel in Jerusalem seit Beginn der Besatzung.

Das israelische Innenministerium hat seinen Ermessensspielraum genutzt, um Tausenden von palästinensischen Einwohnern Jerusalems durch verschiedene Maßnahmen den Aufenthaltsstatus zu entziehen, was insgesamt 14.701 Palästinenser zwischen 1967 und 2020 betraf.

1996 begann das Innenministerium mit der Umsetzung einer als "Zentrum des Lebens" bekannten Maßnahme, die im Laufe der Jahre zum Entzug des Aufenthaltsstatus von Tausenden von palästinensischen Bewohnern Ostjerusalems geführt hat. Im Rahmen dieser Politik, die viele örtliche Menschenrechtsorganisationen als "stille Deportation" bezeichnet haben, kann der Innenminister den dauerhaften Aufenthaltsstatus von Palästinensern widerrufen, wenn diese nicht nachweisen können, dass Jerusalem ihr "Lebensmittelpunkt" ist.

Nach Vorschrift 11A der Einreisebestimmungen von 1974 gilt eine Person als "außerhalb Israels" ansässig, wenn sie mindestens sieben Jahre lang außerhalb Israels gelebt hat, einen dauerhaften Aufenthaltsstatus in einem anderen Land erhalten hat oder Staatsbürger eines anderen Landes geworden ist. Diese und andere Bedingungen gelten als Beweis dafür, dass der "Lebensmittelpunkt" einer Person nicht mehr in Israel liegt. In einigen Fällen war die Erlangung des Wohnsitzes oder der Staatsbürgerschaft in einem anderen Land eine Grundlage für den Widerruf, auch, wenn der ständige Einwohner weniger als sieben Jahre außerhalb Jerusalems gelebt hat.

Das Innenministerium legt den palästinensischen Einwohnern Ostjerusalems die Beweislast auf, dass Jerusalem ihr "Lebensmittelpunkt" ist; sie müssen dem Ministerium eine Reihe von Dokumenten vorlegen, wie z. B. die Bestätigung über die Zahlung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, Miet- oder Wohnungseigentumsverträge, Strom- und Wasserrechnungen sowie den Nachweis, dass ihre Kinder in Jerusalem zur Schule gehen.

Der Status des Daueraufenthalts garantiert nicht, dass die Kinder oder der nicht ansässige Ehepartner des Inhabers denselben Status erhalten. Seit 2002 können Kinder, deren Eltern palästinensische Einwohner von Ostjerusalem sind, aber in den OPT außerhalb Ostjerusalems geboren wurden, nicht mehr automatisch in den Ausweisen ihrer Eltern als Einwohner Jerusalems eingetragen werden; ihre Eltern müssen einen Antrag für ihre Kinder stellen. Im Rahmen der israelischen Politik seit 2002, die in dem Gesetz über die Staatsbürgerschaft und die Einreise nach Israel (Citizenship and Entry into Israel Law), einer befristeten Verordnung, die von 2003 bis Juli 2021 galt, gesetzlich verankert wurde, können palästinensische Einwohner Jerusalems, die Palästinenser aus dem Rest der OPT heiraten, keinen Aufenthaltsstatus für

ihren Ehepartner erhalten, um mit ihm in Jerusalem zu leben. Dies hat viele Paare gezwungen, Jerusalem zu verlassen und ihren Aufenthaltsstatus im Rahmen der Politik des "Lebensmittelpunkts" zu verlieren.³Das israelische Innenministerium hat auch strenge Bedingungen für die Registrierung der Kinder dieser "gemischten Paare" aufgestellt und verlangt von den Eltern, dass sie die Registrierung von Kindern unter 12 Jahren beantragen und nachweisen, dass Jerusalem ihr "Lebensmittelpunkt" war (siehe Abschnitt "5.3.3" Trennung von Familien durch diskriminierende Gesetze). Die israelischen Behörden können auch den Aufenthaltsstatus von Palästinensern aus Ostjerusalem wegen "Treubruchs" auf der Grundlage einer Änderung des Einreisegesetzes in 2018 aufheben, die dem Innenminister einen weitreichenden Ermessensspielraum einräumt, um einen Daueraufenthaltsstatus zu widerrufen, "wenn zur Zufriedenheit des Ministers nachgewiesen wurde, dass der Statusinhaber eine Tat begangen hat, die einen Bruch der Treue zum Staat Israel beinhaltet". Die Änderung definiert einen solchen Bruch so, dass er die Begehung eines Terrorakts im Sinne des Antiterrorgesetzes von 2016 oder eines Akts des Verrats oder der schweren Spionage im Sinne des Strafgesetzbuchs von 1977 einschließt. Die israelische Menschenrechtsorganisation HaMoked: Center for the Defence of the Individual (HaMoked) hat davor gewarnt, dass das Gesetz keine klaren Kriterien für seine Anwendung hat, was in der Tat den willkürlichen Entzug des dauerhaften Aufenthaltsstatus von Palästinensern aufgrund eines "Treubruchs" ermöglichen könnte.

Die Änderung wurde ursprünglich vom damaligen Innenminister Roni Bar-On im Jahr 2006 vorgeschlagen, um den Aufenthaltsstatus von vier in den Palästinensischen Legislativrat (PLC) gewählten Personen aufzuheben. Die vier Personen - allesamt palästinensische Einwohner Jerusalems - wurden im Januar 2006 gewählt, nachdem sie für die Partei "Wandel und Reform" kandidiert hatten, eine der Hamas nahestehende Liste, die an den Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat und den Kommunalwahlen in verschiedenen Städten des Westjordanlandes teilnahm. Fünf Monate später ordnete Roni Bar-On den Entzug ihrer Aufenthaltsgenehmigung an. Die israelischen Behörden schoben die vier Palästinenser daraufhin gewaltsam ins Westjordanland ab und lassen sie seitdem nicht mehr nach Jerusalem einreisen. Die Änderung wurde schließlich im September 2017 in Kraft gesetzt. Vorausgegangen war ein Urteil des Obersten Gerichtshofs Israels über eine Petition gegen den Entzug der Aufenthaltsgenehmigung der vier gewählten PLC-Mitglieder. Der Oberste Gerichtshof entschied, dass es kein Gesetz gibt, das dem israelischen Innenministerium die Befugnis verleiht, den Aufenthaltsstatus wegen "Treubruchs" zu widerrufen, und dass die Entscheidung des Ministers daher rechtswidrig ist. Der Oberste Gerichtshof setzte seine Entscheidung jedoch für sechs Monate aus, um dem Minister die Gelegenheit zu bieten, die Knesset um Unterstützung bei der Verabschiedung eines neuen Gesetzes zu bitten, das den Minister ermächtigen würde, den Aufenthaltsstatus palästinensischer Jerusalemer aufgrund von "Treubruch" zu widerrufen.

Das Innenministerium enthüllte, dass es zwischen 2007 und 2017 den Aufenthaltsstatus von 13 Palästinensern wegen "Treubruchs" widerrufen hat (die Gesamtzahl solcher Widerrufe wollte es nicht bekannt geben). Das Ministerium wandte die Gesetzgebung auch rückwirkend gegen mindestens zwei Palästinenser wegen angeblicher Beteiligung an Anschlägen gegen Israel an. Im September 2019 beantragte HaMoked beim Obersten Gerichtshof Israels die Aufhebung des Gesetzes und die Wiederherstellung des Ständigen Aufenthaltsstatus der Betroffenen. Die Petition war im Juli 2021 noch nicht abgeschlossen.

Der Widerruf der Ständigen Aufenthaltsgenehmigung von palästinensischen Einwohnern Ostjerusalems bedeutet, dass sie die Stadt verlassen müssen, was dazu führt, dass sie die damit verbundenen Sozialleistungen und den Zugang zur staatlichen Krankenversicherung verlieren. In einigen Fällen verlieren auch andere Familienmitglieder, wie z.B. Kinder oder Ehepartner, deren Aufenthaltsgenehmigung von der Person abhängt, deren Aufenthaltsgenehmigung widerrufen wird, ihren Aufenthaltsstatus in Jerusalem und werden aus der Stadt ausgewiesen. In anderen Fällen hat Israel den Daueraufenthaltsstatus der Familienmitglieder von Palästinensern, die in Angriffen gegen jüdisch-israelische Zivilpersonen oder Soldaten involviert waren, als Strafmaßnahme widerrufen.

KONTROLLE DER DEMOGRAFIE IM ÜBRIGEN WESTJORDANLAND UND IM GAZASTREIFEN DURCH BEVÖLKERUNGSREGISTRIERUNG

Die Palästinenser im übrigen Westjordanland und im Gazastreifen haben keine Staatsbürgerschaft und gelten als staatenlos, mit Ausnahme derjenigen, die eine Staatsbürgerschaft eines Drittlandes erhalten haben. Das israelische Militär stellt ihnen Ausweise aus, mit denen sie dauerhaft in dem Gebiet leben und arbeiten können.

Nach dem israelischen Sieg im Krieg von 1967 übernahm Israel die Kontrolle über das Bevölkerungsregister im Westjordanland und verhängte Strategien, Beschränkungen und Maßnahmen zur Kontrolle der Demografie des Gebiets. Israel erklärte das Westjordanland und den Gazastreifen unverzüglich zum "militärischen Sperrgebiet" und verlangte von den palästinensischen Einwohnern eine Ein- und Ausreisegenehmigung. Innerhalb von drei Monaten führte Israel eine Volkszählung der Palästinenser in den OPT, einschließlich Ostjerusalem, durch und registrierte nur die 954.898 Palästinenser, die physisch anwesend waren. Mindestens 270.000 Palästinensern, die zu diesem Zeitpunkt aus verschiedenen Gründen abwesend waren, z. B. weil sie in einem anderen Land arbeiteten oder wohnten, oder gewaltsam vertrieben worden waren oder das Land infolge des Krieges verlassen hatten, wurde das Recht verweigert, in ihre Häuser zurückzukehren oder in den OPT zu leben.

Das israelische Militär stellte denjenigen, die sich dort aufhielten, einen Ausweis aus, als Voraussetzung einer dauerhaften Aufenthaltsgenehmigung in den OPT. Wer ausreisen wollte, musste eine spezielle "Ausreisegenehmigung" einholen und seine Identitätskarte beim israelischen Militär zurücklassen. Palästinenser, die den Zeitraum ihrer Ausreisegenehmigung überschritten, oder Personen, die sich mehr als sieben Jahre hintereinander außerhalb der OPT aufhielten, wurden aus dem Bevölkerungsregister gestrichen. Das israelische Militär hob den Aufenthaltsstatus von etwa 140.000 Palästinensern aus dem Westjordanland als Ergebnis dieses Verfahrens zwischen 1967 und 1994 auf und verhängte in diesem Zeitraum weitere Beschränkungen für die Registrierung ausländischer Ehepartner von Palästinensern und deren Kindern. Etwa 108.000 Palästinenser aus dem Gazastreifen verloren im selben Zeitraum auch ihren Aufenthaltsstatus, weil sie sich mehr als sieben Jahre im Ausland aufgehalten hatten und man davon ausging, dass sie ihren "Lebensmittelpunkt" verlegt hatten, oder weil sie nicht an den Volkszählungen in 1981 und 1988 teilgenommen hatten. Nach der Unterzeichnung der Osloer Abkommen 1995 hat Israel 10.000 Palästinenser aus dem Westjordanland neu registriert und das Verfahren zur Aufhebung des Aufenthaltsstatus von Palästinensern in den OPT eingestellt.

1981 wurde die israelische Zivilverwaltung gegründet, die für die Verwaltung des Bevölkerungsregisters, einschließlich der Registrierung von Geburten, Sterbefällen und Adressänderungen, Hochzeiten und Scheidungen in den OPT zuständig ist.

1995 sollte im Rahmen der Osloer Abkommen die neu errichtete Palästinensische Autonomiebehörde die Verwaltung des Bevölkerungsregisters übernehmen, einschließlich der Verleihung des Aufenthaltsstatus und der Registrierung von Ehepartnern und Kindern palästinensischer Einwohner, die im Westjordanland, im Gazastreifen oder im Ausland geboren wurden. Die Palästinensische Autonomiebehörde war verpflichtet, Israel regelmäßig Informationen über das Bevölkerungsregister zu übermitteln, wobei Israel eine Kopie behalten sollte. In der Praxis setzte das israelische Militär jedoch seine effektive Kontrolle über das Westjordanland fort, einschließlich der Kontrolle des Bevölkerungsregisters und des Aufenthalts in den OPT. Die Palästinensische Behörde übernahm die administrative Verantwortung für die Entgegennahme von Anträgen im Zusammenhang mit dem Bevölkerungsregister und die Bearbeitung der entsprechenden Gebühren, bevor sie die Anträge zur Genehmigung an die israelische Zivilverwaltung weiterleitete.³²¹ Nur mit Israels Genehmigung können die palästinensischen Behörden den Einwohnern einen Ausweis ausstellen, der als palästinensischer Personalausweis bekannt wurde.

Nach dem Ausbruch der palästinensischen *Intifada Ende* 2000 hat die israelische Zivilverwaltung die meisten Änderungen im Bevölkerungsregister eingefroren, ohne die Palästinensische Autonomiebehörde im Voraus zu informieren. Die einzigen Änderungen, die die israelischen Behörden weiterhin regelmäßig vornehmen, sind Anträge auf Registrierung von Kindern unter 16 Jahren, wenn mindestens ein Elternteil eine palästinensische Identifikationskarte besitzt und sie sich physisch im Westjordanland aufhalten. Diese Maßnahmen bleiben in Kraft.

Das Einfrieren beinhaltete die Aussetzung aller Verfahren zur "Familienzusammenführung" für palästinensische Einwohner der OPT, die ausländische Staatsangehörige geheiratet hatten. Israel verweigert Zehntausenden von ausländischen Staatsangehörigen, die mit Palästinensern aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen verheiratet sind, nach wie vor die Erteilung des Aufenthaltsstatus. Dies ist zutiefst diskriminierend; jüdische Siedler, die in den Siedlungen im Westjordanland leben, haben keine Schwierigkeiten, von den israelischen Behörden eine Genehmigung für die Einreise ihrer Ehepartner in die besetzten Gebiete und den Aufenthalt bei ihnen zu erhalten.

In der Zwischenzeit ist nicht klar, ob die palästinensischen Behörden im Westjordanland weiterhin Anträge auf Aufnahme neuer Personen in das Bevölkerungsregister stellen und die Angelegenheit weiterverfolgen. Medienberichten zufolge haben Tausende von Personen einen Aufenthaltsstatus im Westjordanland beantragt und wurden in der Schwebe gelassen. Einige betroffene Familien haben kürzlich wöchentliche Proteste vor dem palästinensischen Ministerium für zivile Angelegenheiten und manchmal auch vor dem Sitz der israelischen Zivilverwaltung abgehalten, dass man ihnen den Aufenthaltsstatus gewährt, den sie für ein Zusammenleben im besetzten Westjordanland benötigen. Den Protesten schlossen sich auch Palästinenser an, die ursprünglich aus dem Gazastreifen stammen und ihren Aufenthaltsstatus nicht in das Westjordanland ändern konnten, obwohl viele schon seit Jahren dort leben.

FAMILIENLEBEN GESTÖRT

Alia Khalil - Alia Khalil ist jordanische Staatsbürgerin und lebt ohne Papiere in der Stadt Huwara im Westjordanland, südlich der Stadt Nablus, weil Israel sich seit 28 Jahren weigert, sie in das Bevölkerungsregister aufzunehmen und ihr damit ein legales Leben mit ihrer Familie zu ermöglichen. Dies hat ihr Leben zerstört, da sie nicht frei zwischen den Städten pendeln oder ins Ausland reisen kann, aus Angst, von der israelischen Armee erwischt und deportiert zu werden.

Die Familie von Alia Khalia stammt ursprünglich aus Salfit, südlich von Nablus lebt aber in Jordanien, seit 1991. 1994 heiratete sie einen Palästinenser aus dem Westjordanland und zog sofort von Jordanien ins Westjordanland. Sie leitete sofort das Verfahren zur Familienzusammenführung ein, um in das Bevölkerungsregister aufgenommen zu werden und sich im Westjordanland niederlassen zu können. Von den israelischen Behörden erhielt sie nur zweimal die Erlaubnis, das Westjordanland zu verlassen, das erste Mal nach dem Tod ihres Vaters in Jordanien 2006 und ein weiteres Mal für einen Familienbesuch 2007. 2010 erhielt sie ein Touristenvisum, das ihr den Aufenthalt bei ihrer Familie ermöglichte. Dieses lief nach einigen Monaten ab.

Sie sagte Amnesty International:

“Ich warte schon seit 17 Jahren darauf, meinen Ausweis (Aufenthaltsstatus) zu bekommen. Ich bin seit 1994 hier, sitze hier wirklich fest ... Mein Mann und meine Kinder konnten meine Familie in Jordanien besuchen (da sie palästinensische Ausweispapiere und Pässe haben) ich hingegen nicht. Ich will ehrlich sein, es bricht mir jedes Mal das Herz, wenn ich sehe, dass mein Mann mit den Kindern nach Jordanien fährt. Ihre (der israelischen Behörden) ständige Entscheidung, unsere Anträge auf Familienzusammenführung abzulehnen behindert unsere Stabilität noch weiter. Normalerweise heiraten Menschen, um sich niederzulassen, zusammen ein neues Leben aufzubauen und eine gewisse Stabilität in ihrem Leben zu haben. Ich habe dieses Gefühl der Stabilität nicht ein einziges Mal erlebt, nicht ein einziges Mal seit 1994. Stellen Sie sich vor, ein Leben voller Unsicherheit und Terror zu führen. Ich bin verärgert, ich bin wütend, ich bin verzweifelt, und ich will mein Recht, in Frieden zu leben. Ist das zu viel verlangt?”

Alia Khalil schilderte, wie die israelische Verweigerung des Aufenthaltsstatus sie daran hinderte, sich an einer Hochschule oder Universität einzuschreiben, ein Bankkonto zu eröffnen, eine Krankenversicherung abzuschließen, in die Krankenversicherung ihres Mannes aufgenommen zu werden oder einen Führerschein zu machen:

“Mein Mann konnte seine Eltern in seine Krankenversicherung aufnehmen, während ich nicht mitversichert war. Ich schätze mich glücklich, denn ich hatte noch nie mit einer schweren Krankheit zu kämpfen. Aber in den letzten 28 Jahren mussten wir jedes Mal, wenn ich einen Arzt brauchte, auf eigene Kosten gehen, was ziemlich kostspielig ist.”

D.Z.

D.Z. ist eine jordanische Staatsbürgerin, die 1977 einen Palästinenser aus dem Westjordanland geheiratet hat. Sie lebt in einem Außenbezirk der Stadt Ramallah. Seit 23 Jahren wartet sie darauf, dass ihr Antrag auf Familienzusammenführung genehmigt wird. Sobald sie geheiratet hatte, beantragte ihr Mann die

Familienzusammenführung. Sie reiste zunächst mit einer "Besuchererlaubnis" in das Westjordanland ein, die sie alle sieben Monate erneuern lassen musste. Um sie zu verlängern, musste sie das Westjordanland verlassen und von dort aus wieder in das Westjordanland einreisen. Das tat sie so lange, bis 2000 die Zweite *Intifada* ausbrach und die israelischen Behörden keine Einreisegenehmigungen mehr erteilten. Sie berichtete Amnesty International:

"In jenem Jahr war die Intifada, die zweite, und ich verließ [das Westjordanland in Richtung Jordanien] wie üblich, um wieder einzureisen und eine Genehmigung von den israelischen Behörden zu erhalten, aber sie ließen mich nicht hinein, weil sie zu dieser Zeit die Einreisegenehmigungen für alle einfroren. So saß ich 12 Jahre in Jordanien fest, ohne nach Palästina zurückkehren zu können."

D.Z.s Ehemann besuchte Sie weiterhin regelmäßig in Jordanien, konnte aber wegen seiner Arbeit nicht dorthin ziehen. Ihre beiden Kinder blieben bei ihr in Jordanien. In dieser Zeit bekamen sie zwei weitere Kinder. Die Kinder konnten aufgrund der "ausländischen Staatsangehörigkeit" ihres Mannes nach jordanischem Recht nicht die jordanische Staatsangehörigkeit erhalten. Dies bedeutete, dass das Ehepaar die finanzielle Last der Schulgebühren und der medizinischen Versorgung in privaten Schulen und Kliniken zu tragen hatte.

Im Jahr 2012 stellten die israelischen Behörden sogenannte "Ramadan. Erlaubnisse" aus, und D.Z. erhielt eine. Sie reiste in das Westjordanland ein und hält sich seither dort auf, wobei sie ihre Einreisegenehmigung überzog. Sie lebt deshalb in ständiger Angst, von den israelischen Behörden bei stichartigen Kontrollen oder an den Kontrollpunkten zwischen verschiedenen Städten und Dörfern erwischt zu werden. Wenn sie angehalten wird, könnte sie inhaftiert und nach Jordanien abgeschoben werden, da sie keinen legalen Wohnsitz im Westjordanland hat.

Diese Angst und Instabilität haben sich auf alle Bereiche ihres Lebens ausgewirkt, einschließlich ihres Zugangs zur medizinischen Versorgung, ihrer Möglichkeit, legal zu arbeiten und ihrer Bewegungsfreiheit. Ihre erschöpfende Situation erreichte einen neuen Höhepunkt, als sie feststellt, dass sie in einem kritischen Moment nicht bei ihrer Tochter sein konnte.

„Die letzten 20 Jahre waren eine Art von Folter und die kommenden Jahre sind eine weitere. Der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, war, dass meine 20jährige Tochter krank wurde. Im Dezember 2020 versagten ihre Nieren, und sie begann mit der Nierendialyse. Sie wird dreimal pro Woche in einem Krankenhaus in Ramallah dialysiert, und ich muss sie begleiten. Diese wöchentlichen Fahrten sind ohnehin schon sehr schwierig. Wir müssen auch befürchten, an israelischen Kontrollpunkten erwischt zu werden, was wahrscheinlich zu meiner Abschiebung führen würde, und das, obwohl wir nur wenige Minuten mit dem Auto 20 Minuten entfernt sind. Ihre Ärzte haben festgestellt, dass sie eine Transplantation braucht - sie muss sich diesem Eingriff in Jordanien unterziehen, wo sie eine sechsmonatige Erholungszeit benötigt. Sechs Monate, in denen ich, ihre Mutter, nicht bei ihr sein kann, um sie in dieser äußerst schwierigen Zeit zu unterstützen.“



Palästinenser warten am Qalandia-Kontrollpunkt zwischen Ramallah und Ostjerusalem im besetzten Westjordanland auf dem Weg zur Al-AqsaMoschee in Ostjerusalem zum ersten Freitagsgebet des heiligen muslimischen Monats Ramadan im Juni 2217 - Foto: am 2. Juni 2017© Abbas Momani / AFP via Getty Images

Im Jahr 2008 verpflichtete sich Israel als einmalige diplomatische Geste gegenüber den palästinensischen Behörden, 50.000 Anträge auf Familienzusammenführung zu bewilligen. Berichten zufolge hat Israel nur denjenigen Anträgen stattgegeben, die sich zu diesem Zeitpunkt physisch in den palästinensischen Gebieten aufhielten, wobei circa 35.000 Anträge genehmigt wurden. Es gibt jedoch keine öffentlich zugänglichen Informationen darüber, wie vielen der 35.000 Personen tatsächlich ein dauerhafter Aufenthaltsstatus gewährt wurde.

Zusätzlich zu den Beschränkungen, die Israel nach der zweiten *Intifada* für die Registrierung der palästinensischen Bevölkerung in den OPT verhängte, begann Israel Anfang des Jahres 2003, den im Gazastreifen registrierten Palästinensern den Aufenthalt im Westjordanland zu verbieten. Diese Politik stützt sich auf einen Militärbefehl 34 aus 1967, der das Westjordanland zum "militärischen Sperrgebiet" erklärt. Im Rahmen dieser Politik hat Israel Tausende von Palästinensern verhaftet und gewaltsam aus dem Westjordanland in den Gazastreifen abgeschoben, selbst wenn sie seit Jahren im Westjordanland gelebt und dort Familie und Arbeit hatten.

2009 lebten schätzungsweise 25.000 Palästinenser mit einer registrierten Adresse in Gaza im Westjordanland. Israel weigerte sich, ihr Recht, dort zu leben, anzuerkennen und bezeichnete sie als "Infiltratoren". Viele von ihnen sind faktisch in ihren Wohngebieten eingesperrt, da sie sich nicht frei im Westjordanland oder im Ausland bewegen können. 2011 verkündete Israel, dass es 5000 Palästinensern erlauben würde, ihren Wohnsitz vom Gazastreifen ins Westjordanland zu verlegen, was in den folgenden Jahren teilweise umgesetzt wurde. Im Oktober 2021 genehmigte das israelische Verteidigungsministerium als weitere "Geste" gegenüber den palästinensischen Behörden die Änderung des Melderegisters für 4.000 Personen - ein Schritt, der weit hinter den Erwartungen der Aktivisten, die sich für die Familienzusammenführung einsetzen, blieb. Nur 1.200 dieser 4.000 Personen wurden tatsächlich ein Aufenthaltsstatus gewährt. Den übrigen 2.800 wurde lediglich gestattet, ihre registrierte Adresse vom Gazastreifen ins Westjordanland zu verlegen.

Ibtihal Jaber

Ibtihal Jaber aus dem Gazastreifen heiratete O.K. aus Hebron im März 2020 in Ägypten, weil sie sich in den OPT weder treffen, noch heiraten durften. Ihr Plan war es, gemeinsam ihre Dokumente zu erhalten und eine Niederlassungsgenehmigung zu beantragen. Nachdem die Pandemie ausgebrochen war, wurden

Reisebeschränkungen verhängt und ihre Pläne wurden fast unmöglich. Als ihre Visa in Ägypten abzulaufen drohten, ging O.K., der nicht nach Gaza zurückkehren durfte, in das Westjordanland. Ibtihal Jaber, die schwanger war und die nicht ins Westjordanland einreisen durfte, kehrte nach Gaza zurück. Sie berichtete Amnesty International damals:

„Ich habe Angst in Gaza zu gebären, dort ein Baby zu bekommen und ohne meinen Ehemann in Gaza alleine festzusitzen. Und Gott weiß, wann ich mit ihm wieder vereint sein werde, es ist schrecklich.“

Am 1. Januar 2021 brachte sie einen kleinen Jungen, Muhammed, zur Welt. Zu diesem Zeitpunkt hatte sie auch den Kontakt zu ihrem Mann verloren. „Das neue Jahr soll ein Symbol für den Neuanfang und neue Kapitel in seinem Leben sein. Meines begann mit einem Baby ohne Vater an seiner Seite. Welche Art von neuem Kapitel ist das?“

Aufgrund ihrer besonderen Situation registrierten die palästinensischen Behörden in Gaza sie als verheiratet, obwohl ihr Mann nicht bei ihr war. Dadurch konnte sie Dokumente für ihr Kind bekommen, aber sie weiß nicht, wie sie eine Scheidung oder Unterhaltszahlungen von ihrem Mann erreichen kann, nachdem sie vereinbart hatten, sich zu trennen, weil sie nicht zusammen leben konnten.

„Mein Vater hat die gesamte finanzielle Verantwortung für meinen Sohn übernommen. Er möchte, dass ich ein stabiles Leben habe. Jetzt muss er nicht nur meine Last tragen, sondern auch die meines Sohnes. Ich möchte, dass mein Mann seine Schulden auf dem Rechtsweg begleicht. Aber wie können wir das tun? An welche Gerichte soll ich mich wenden? Gerichte in Gaza? Sie werden nutzlos sein, da sie im Westjordanland nicht zuständig sind, und ich habe niemanden im Westjordanland, der meinen Fall verfolgen oder gar vortragen könnte, ich bin verloren! Ich habe keine Ahnung, was ich tun soll.“

Zusätzlich gibt es circa 5.000 Palästinenser im Gazastreifen, die undokumentiert bleiben, weil die israelischen Behörden haben seit 2008 auch weiterhin abgelehnt, ihren Status zu regeln.

Die De-facto-Behörden im Gazastreifen haben zwar Maßnahmen ergriffen, um das tägliche Leben der Palästinenser zu verbessern, indem sie ihnen vorläufige Personalausweise ausgestellt haben, die von den meisten Arbeitgebern, Gesundheitsdienstleistern und dem UNRWA akzeptiert werden, doch werden diese von den palästinensischen Behörden in Ramallah nicht anerkannt. Infolgedessen ist es für diese Palästinenser im Gazastreifen nach wie vor schwierig, ein Bankkonto zu eröffnen oder Bankgeschäfte zu tätigen, da die Bankmechanismen weiterhin mit den palästinensischen Behörden im Westjordanland und letztlich mit Israel verbunden sind. Da sie keinen legalen Status haben, unterliegen sie noch größeren Reisebeschränkungen als die übrige Bevölkerung des Gazastreifens und werden automatisch von Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten in den übrigen OPT und im Ausland ausgeschlossen, falls sie überhaupt in Frage kommen. Am wichtigsten ist, dass diese zusätzliche Komplikationen dazu führen, dass Personen ohne Aufenthaltsgenehmigung oder Personalausweis auch in Notfällen keinen Zugang zu potenziell lebensrettender medizinischer Behandlung außerhalb des Gazastreifens haben.

Die Kontrolle Israels über das Bevölkerungsregister hat somit die Fragmentierung der palästinensischen Bevölkerung und die Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit aufgrund ihres rechtlichen Status und ihres Wohnsitzes bzw. des Fehlens eines solchen weiter begünstigt. Dies hat schwerwiegende Folgen für die Fähigkeit der Palästinenser in den OPT, ein normales Leben zu führen: Wer im Westjordanland nicht registriert ist, dem droht die Abschiebung, er hat keinen Zugang zu medizinischer Versorgung, Bildung und Sozialleistungen, kann kein Bankkonto eröffnen und keine legale Arbeit annehmen und ist faktisch ein Gefangener in seiner Wohnung, weil er Ausweiskontrollen und Verhaftungen an israelischen Kontrollpunkten fürchtet (siehe Abschnitt 5.3.2 „Einschränkungen der Bewegungsfreiheit von Palästinensern“). Palästinenser ohne Papiere in Gaza wird auch die Bewegungsfreiheit und der Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung in anderen Teilen der OPT und im Ausland verweigert. Insgesamt behindern die Beschränkungen der Familienzusammenführung die Palästinenser bei der Wahrnehmung ihrer Rechte auf Privatsphäre, Familienleben und Heirat und hindern sie daran, ihren Ehepartnern und Kindern einen Aufenthaltsstatus zu gewähren.

STAATSBÜRGERSCHAFT UND RECHT AUF RÜCKKEHR VERWEIGERT

Wie bereits erwähnt, verweigert Israel den palästinensischen Flüchtlingen - die in den Jahren 1947-49 und in den Konflikten 1967 vertrieben wurden - und ihren Nachkommen weiterhin das Recht, die israelische Staatsbürgerschaft oder den Aufenthaltsstatus in Israel oder den OPT zu erhalten. Auf diese Weise verweigert es ihnen das Recht, an ihre früheren Wohnorte und ihr Eigentum zurückzukehren – ein Recht, das in den internationalen Menschenrechtsnormen weitgehend anerkannt ist. Das Recht auf Rückkehr in das eigene Land ist in den internationalen Menschenrechtsnormen garantiert. Das Recht auf Rückkehr gilt nicht nur für diejenigen, die direkt vertrieben wurden, und ihre unmittelbaren Familienangehörigen, sondern auch für ihre Nachkommen, die "enge und dauerhafte Verbindungen" zu dem Gebiet unterhalten haben.³⁴⁸ Dauerhafte Verbindungen zwischen Personen und Gebieten können unabhängig von der formellen Bestimmung der Staatsangehörigkeit der Personen bestehen. Israels Nichteinhaltung des Rückkehrrechts für palästinensische Flüchtlinge ist somit ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht, der jahrzehntelanges massenhaftes Leid für palästinensische Flüchtlinge in der gesamten Region zur Folge hat.

INTERNATIONALE MENSCHENRECHTE UND RÜCKKEHRRECHT

Die Apartheid-Konvention listet die unmenschlichen Handlungen auf, auf die der Begriff "Verbrechen der Apartheid" zutrifft, darunter in Artikel II(c):

Alle gesetzgeberischen und sonstigen Maßnahmen, die darauf abzielen, eine oder mehrere rassische Gruppen an der Teilnahme am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben des Landes zu hindern, sowie die vorsätzliche Schaffung von Bedingungen, die die volle Entfaltung einer oder mehrerer solcher Gruppen verhindern, insbesondere dadurch, dass den Mitgliedern einer oder mehrerer rassischer Gruppen die grundlegenden Menschenrechte und Freiheiten verweigert werden... das Recht, ihr Land zu verlassen und dorthin zurückzukehren...

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt es in Artikel 13: "Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren". In Artikel 12 Absatz 4 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) ist das Recht auf Rückkehr kodifiziert: "Niemandem darf willkürlich das Recht auf Einreise in sein eigenes Land verweigert werden.

Das UN-Menschenrechtskomitee hat erklärt, dass das Recht auf Rückkehr von jemanden in "sein eigenes Land", auch auf umstrittene Gebiete angewandt wird oder auf Gebiete, deren Besitzer gewechselt hat:

Der Begriff "sein eigenes Land" ist breitgefächerter als das Konzept "Land seiner Nationalität". Es ist nicht auf die Nationalität in formellem Sinne begrenzt, das ist die durch Geburt oder Vererbung erworbene Nationalität. Es umfasst zumindest eine Person, die aufgrund ihrer besonderen Beziehungen oder von Ansprüchen gegen ein bestimmtes Land nicht als Ausländer betrachtet werden kann. Das wäre der Fall, zum Beispiel bei Staatsangehörigen eines Landes, denen die Staatsangehörigkeit als Verstoß gegen das Völkerrecht entzogen wurde, sowie von Personen, deren Land in ein anderes eingegliedert oder auf ein andere nationale Einheit übertragen wurde, dessen Staatsangehörigkeit ihnen verwehrt wird.

Das Recht auf Rückkehr (oder das Fehlen desselben) gilt nicht für diejenigen, die direkt vertrieben wurden, und ihre unmittelbaren Familienangehörigen, sondern auch für ihre Nachkommen, die „enge und dauerhafte Verbindungen“ zu dem Gebiet unterhalten haben. Dauerhafte Verbindungen zwischen Personen und einem Gebiet können unabhängig von der formalen Bestimmung der Staatsangehörigkeit (oder der Fehlen derselben) der Personen bestehen, wie der Menschenrechtsausschuss erläutert:

Das Recht einer Person, in ihr eigenes Land einzureisen, erkennt die besondere Beziehung einer Person zu diesem Land an... Es umfasst nicht nur das Recht, nach dem Verlassen des eigenen Landes zurückzukehren, sondern kann auch dazu berechtigen, das Land zum ersten Mal zu

betreten, wenn die Person außerhalb des Landes geboren wurde (z.B. wenn dieses Land der Staat ist, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt).

Der internationale Gerichtshof hat einen Maßstab für das Bestehen einer „engen und dauerhaften Verbindung“ zwischen einer Person und ihrem „eigenen Land“ festgelegt. In der bahnbrechenden Rechtssache Nottebohm, in der es um die Bestimmung der Staatsangehörigkeit 1955 ging, stellte das Gericht fest, dass „echte“ und „wirksame“ Bindungen zwischen einer Person und einem Staat auf „... einer sozialen Tatsache der Verbundenheit, einer echten Verbindung von Existenz, Interessen und Gefühlen...“ beruhen. Das Gericht stellte außerdem fest:

Dabei werden verschiedene Faktoren berücksichtigt, deren Bedeutung von Fall zu Fall unterschiedlich ist: der gewöhnliche Wohnsitz der betreffenden Person, aber auch der Mittelpunkt ihrer Interessen, ihre familiären Bindungen, ihre Teilnahme am öffentlichen Leben, ihre Verbundenheit mit einem bestimmten Land, die sie ihren Kindern vermittelt, usw.

Weitere vom Gerichtshof vorgeschlagene Kriterien sind kulturelle Traditionen, Lebensweise Aktivitäten und Absichten für die nahe Zukunft. Die vom Internationalen Gerichtshof aufgestellten Kriterien sind ebenfalls geeignet, das "eigene Land" einer Person zu bestimmen, da sie als Standardmaß für das tatsächliche Bestehen von Bindungen zwischen der Person und dem betreffenden Staat angesehen werden.



Ein Blick auf das Flüchtlingslager Shatila in Beirut, Libanon, im Januar 2019. Das Lager hat sich zehnfach vergrößert seit seiner Errichtung 1949 und verfügt heute über ca. 500 Wohnungseinheiten für palästinensische Flüchtlinge. Foto: am 31. Januar 2019 ©Franco Origlia / Getty Images verzehnfacht.

5.3.2 EINSCHRÄNKUNG DER BEWEGUNGSFREIHEIT ALS MITTEL ZUR KONTROLLE VON LAND UND LEUTEN

Seit Mitte der 1990er Jahre haben die israelischen Behörden ein Abriegelungssystem innerhalb der OPT und zwischen den OPT und Israel eingeführt, durch das Millionen von Palästinenser, die im Westjordanland und im Gazastreifen leben, schrittweise immer strengeren Bewegungsbeschränkungen unterworfen werden. Diese Beschränkungen sind ein weiteres Instrument, mit dem Israel die Palästinenser in getrennte Enklaven absondert, sie voneinander und vom Rest der Welt isoliert und letztlich sein Herrschaftssystem durchsetzt.

Israel kontrolliert alle Ein- und Ausreisepunkte im Westjordanland und kontrolliert den gesamten Reiseverkehr zwischen dem Westjordanland und dem Ausland. Israel kontrolliert auch den gesamten Personenverkehr in den Gazastreifen und aus dem Gazastreifen in den Rest der OPT und nach Israel über den Erez-Übergang, den Personenübergang zwischen Israel und dem Gazastreifen. Mit Ausnahme von Ostjerusalemern, die einen dauerhaften Aufenthaltsstatus in Israel haben, können Palästinenser aus den OPT nicht über israelische Flughäfen ins Ausland reisen, insbesondere nicht über den Ben-Gurion-Flughafen, Israels wichtigsten internationalen Flughafen. In der Nähe von Tel Aviv, es sei denn, sie erhalten eine Sondergenehmigung, die nur an hochrangige Geschäftsleute und Personen mit außergewöhnlichen humanitären Bedürfnissen vergeben wird. Im Rahmen des Osloer Abkommens wurde im Gazastreifen 1998 offiziell ein internationaler Flughafen eröffnet, aber Israel stellte den Flugbetrieb dort kurz nach Beginn der zweiten *Intifada* im Jahr 2000 ein und bombardierte ihn 2001. Seitdem hat es den Wiederaufbau des Flughafens sowie den Bau eines Seehafens faktisch verhindert. Dies bedeutet, dass die Palästinenser in den OPT auf Landübergänge angewiesen sind, um ins Ausland zu reisen, und mit Ausnahme des Rafah-Übergangs nach Ägypten, der von den ägyptischen Behörden regelmäßig geschlossen wird, von Israel abhängig sind, um in die OPT ein- und auszureisen.

Nahezu alle Palästinenser, die in den OPT leben, können nur eingeschränkt oder unter Schwierigkeiten ins Ausland reisen. Wenn es ihnen gelingt, ins Ausland zu reisen, müssen die Palästinenser über denselben Grenzübergang zurückkehren, über den sie die Gebiete verlassen haben. Palästinenser aus dem Westjordanland, auch solche mit ausländischen Pässen, können nur über den von Israel kontrollierten Grenzübergang Allenby/König Hussein mit Jordanien ins Ausland reisen. Das israelische Militär und die israelischen Sicherheitskräfte können Palästinensern aus dem Westjordanland dies jedoch verbieten, oft auf der Grundlage "geheimer Informationen", die die Palästinenser nicht überprüfen und daher nicht anfechten können. In den meisten Fällen erfahren sie von solchen Verboten erst bei ihrer Ankunft am Grenzübergang, wenn sie versuchen, das Westjordanland zu verlassen. Von diesen Verboten sind unter anderem Menschenrechtsverteidiger und Aktivisten betroffen, die ins Ausland reisen, um sich für die Rechte der Palästinenser einzusetzen.

Für die Palästinenser im Gazastreifen sind Reisen ins Ausland aufgrund der illegalen israelischen Blockade, die Israel der gesamten Bevölkerung des Gazastreifens als eine Form der kollektiven Bestrafung auferlegt (siehe Abschnitt 5.5.1 "Unterdrückung der menschlichen Entwicklung der Palästinenser"), nahezu unmöglich, wobei allgemeine Sicherheitsbedenken angeführt werden, ohne dass spezifische, konkrete und zeitlich begrenzte Beweise vorliegen. Tatsächlich ist das Reisen über den Erez-Übergang auf wenige Ausnahmen beschränkt (siehe unten). Da der Rafah-Übergang weiterhin strengen ägyptischen Beschränkungen unterliegt, müssen die Bewohner des Gazastreifens eine offizielle Genehmigung der israelischen Zivilverwaltung einholen, um den Gazastreifen zu verlassen. Dies hat dazu geführt, dass die Palästinenser im Gazastreifen vom Rest der OPT, von Israel und dem Rest der Welt abgeschottet sind.

Während palästinensische Staatsbürger Israels und palästinensische Einwohner Ostjerusalems über israelische Häfen ins Ausland reisen dürfen, haben die israelischen Behörden bis vor kurzem 4 000 palästinensischen Ehepartnern aus der Westbank, denen ein befristeter Aufenthaltsstatus im Rahmen der Familienzusammenführungsverfahren gewährt wurde, dasselbe Recht verboten. Diese Politik wurde durch eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs im Juni 2019 auf eine drei Jahre zuvor von HaMoked eingereichte Petition hin rückgängig gemacht. Im November 2019 versäumte es das Gericht jedoch, palästinensischen Ehepartnern, die sich mit einer militärischen "Aufenthaltsgenehmigung" rechtmäßig in Israel und den OPT aufhalten, dieselben Rechte zu gewähren, wodurch die Segregation von über 9.000 Familien fortgesetzt wird.

Obwohl sie Israel über dieselben Grenzübergänge wie jüdische Bürger verlassen und betreten können, berichten palästinensische Bürger Israels und Bewohner Ostjerusalems weiterhin, dass sie auf israelischen Flughäfen diskriminierenden und demütigenden Sicherheitskontrollen und Verhören aufgrund ihrer nationalen Identität ausgesetzt sind, obwohl es aufgrund einer 2007 von ACRI eingereichten Petition einige Verbesserungen gab. Die Petition hatte versucht, die "nationale Identität" als Kriterium für die Bewertung des Niveaus der Sicherheitskontrollen für Passagiere an israelischen Flughäfen abzuschaffen; argumentierte, dass "arabische" Passagiere gezwungen sind, sich einer demütigenden Behandlung zu unterziehen, die "nicht auf jüdische Passagiere angewandt wird; und forderte, dass alle Passagiere denselben Sicherheitskriterien unterworfen werden, unabhängig von ihrer Nationalität". Nach einem achtjährigen Rechtsstreit lehnte der Oberste Gerichtshof die Petition 2015 schließlich mit der Begründung ab, dass die Änderungen am Kontrollverfahren, die darauf abzielten, "das Gefühl der Diskriminierung zu mildern" und alle Passagiere einem automatisierten Gepäckkontrollsystem zu unterwerfen, eine Entscheidung über die Petition unangemessen gemacht hätten.

Indem es sich weigerte, über die systematische Unterscheidung zwischen jüdischen und palästinensischen Bürgern bei der Kontrolle zu entscheiden, billigte das Gericht die diskriminierende Politik mit der Begründung:

Wir müssen abwarten, ob die wesentlichen Änderungen, die vorgenommen wurden, wirklich helfen und die Unterscheidung zwischen israelischen Bürgern verschiedener Gruppen bei den Sicherheitskontrollen auf israelischen Flughäfen verringern werden.

Unterdessen wird den palästinensischen Flüchtlingen und ihren Nachkommen weiterhin das Recht verweigert, nach Israel und in die OPT einzureisen und zu ihren Häusern und anderem Eigentum zurückzukehren.

Was die Bewegungsfreiheit innerhalb des Westjordanlandes betrifft, so konnten sich die Palästinenser zwischen 1967 und 1991 innerhalb der OPT und zwischen den OPT und Israel frei bewegen. Anfang 1991 begann Israel damit, von Palästinensern aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen Einzelgenehmigungen von der israelischen Zivilverwaltung zu verlangen, wenn sie zu irgendeinem Zweck nach Jerusalem und Israel einreisen wollten, auch um medizinische Versorgung zu erhalten. Bis Anfang 1993 war es für Palästinenser relativ einfach, eine solche Genehmigung zu erhalten. Dann begann die israelische Armee, schrittweise militärische Kontrollpunkte zu errichten und ein Abriegelungssystem innerhalb der OPT und zwischen den OPT und Israel einzuführen.

Nach dem Ausbruch der zweiten *Intifada Ende 2000* verhängte Israel ein umfassendes Sperrsystem für Palästinenser im Westjordanland, das in verschiedenen Formen weiterhin in Kraft ist.³⁶⁶ Dieses Abriegelungssystem umfasst ein Netz von israelischen Militärkontrollpunkten, Blockaden, gesperrten Straßen, Toren und dem sich windenden Zaun/Mauer. Es schränkt nicht nur die Bewegungsfreiheit zwischen den palästinensischen Gemeinden ein, sondern trennt die Palästinenser auch von ihrem Ackerland und behindert den Zugang der Palästinenser zu grundlegenden Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheitsversorgung und Arbeit. Nach Angaben des UN-Büros für die Koordinierung humanitärer Hilfe (Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA) hat das israelische Militär zwischen Januar und Februar 2020 593 Hindernisse wie Kontrollpunkte, Erdhügel und Straßentore im Westjordanland errichtet.

Seit März 2015 erlaubt Israel Frauen über 50 und Männern über 55 aus dem Westjordanland generell die Einreise nach Jerusalem oder Israel ohne Einreisegenehmigung, allerdings nur, wenn sie keine "sicherheitsrelevanten" Vorstrafen oder Verbote haben. In der Zwischenzeit können Palästinenser aus dem Gazastreifen in das Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, nur aus dringenden und lebensbedrohlichen medizinischen Gründen, aus wichtigen geschäftlichen Gründen und aus außergewöhnlichen humanitären Gründen im Rahmen der militärischen "Trennungspolitik" Israels zwischen dem Westjordanland und dem Gazastreifen einreisen, bei der die Bewegungsfreiheit zwischen den beiden Gebieten seit Jahren stark eingeschränkt ist und die als die extremste Trennung in den OPT gilt.^[191] Palästinenser müssen eine israelische Militärgenehmigung einholen - was praktisch unmöglich geworden ist -, um zwischen den Gebieten zu reisen, ohne dass es ein klares Verfahren für die Beantragung oder den Erhalt einer Genehmigung gibt.

Die Genehmigungsregelung, die Teil des vielschichtigen Abriegelungssystems ist, ist ein militärisches, bürokratisches und willkürliches Verfahren, bei dem die israelische Zivilverwaltung über 100 Arten von

Genehmigungen ausstellt. Die Regelung gilt nur für Palästinenser im Westjordanland und im Gazastreifen. Sie gilt nicht für jüdische Siedler, israelische Staatsbürger oder ausländische Staatsangehörige, die sich im Allgemeinen innerhalb des Westjordanlands und zwischen dem Westjordanland und Israel frei bewegen können, es sei denn, die israelischen Behörden schränken ihre Bewegungsfreiheit aus bestimmten Gründen vorübergehend ein, z. B. an israelischen nationalen oder jüdischen religiösen Feiertagen. In solchen Fällen verhängt die israelische Armee eine "Generalsperre" im Westjordanland, und Palästinenser dürfen die Kontrollpunkte in Ostjerusalem und Israel sowie andere Kontrollpunkte zwischen palästinensischen Gebieten in der Nähe Israels nicht passieren, außer in Notfällen. Wenn die Kontrollpunkte geschlossen sind, ist es für Palästinenser jedoch schwierig und zeitaufwändig, die zuständigen Beamten der israelischen Armee zu kontaktieren, um sie über einen Notfall zu informieren und eine Genehmigung zum Passieren zu erhalten.

Im Westjordanland ist es Palästinensern untersagt, israelische Siedlungen zu betreten, es sei denn, sie arbeiten mit der erforderlichen Genehmigung. Das israelische Militär erklärt die Hoheitsgrenzen der Siedlungen zu Sperrgebieten, die nur von Palästinensern nicht betreten werden dürfen. Gleichzeitig hat der 700 km lange Zaun bzw. die Mauer, mit deren Bau Israel größtenteils 2002 illegal auf palästinensischem Land im besetzten Westjordanland begonnen hat und von denen 465 km fertig gestellt sind, 38 palästinensische Ortschaften, die zusammen 9,4 % der Fläche des Westjordanlandes ausmachen, isoliert und sie in Enklaven, den so genannten "Nahtstellen", eingeschlossen. Dabei handelt es sich um Abschnitte palästinensischen Landes im Westjordanland, die zwischen dem Zaun/der Mauer und der Grünen Linie liegen und somit von den palästinensischen Gebieten abgetrennt sind. Der israelische Militärbefehlshaber hat die "Nahtgebiete" zu geschlossenen Militärzonen erklärt. Dies hat zur Folge, dass alle palästinensischen Bewohner dieser Orte oder Palästinenser, die sie besuchen wollen, Sondergenehmigungen für die Ein- und Ausreise zu ihren Häusern einholen und gesonderte Genehmigungen für den Zugang zu ihren landwirtschaftlichen Flächen erwerben müssen (siehe Abschnitt 5.5.2 "Diskriminierende Zuweisung von Ressourcen"). In der Erklärung nahm der Militärkommandant jüdische Siedler, israelische Staatsbürger und ausländische Staatsangehörige von diesen Beschränkungen aus. Israel unterhält auch ein Straßennetz im Westjordanland, das palästinensische Fahrzeuge entweder gar nicht oder nur teilweise fahren dürfen.

In der Altstadt von Hebron dürfen Palästinenser bestimmte Straßen nicht einmal zu Fuß betreten, da diese nur für jüdische Siedler und Ausländer zugänglich sind.

Diese Bewegungseinschränkungen sind somit rechtswidrig, unverhältnismäßig und diskriminierend, da sie nur für Palästinenser gelten. Außerdem werden sie aufrechterhalten, um speziell die Bewegung jüdischer israelischer Siedler zu erleichtern, deren Anwesenheit in dem Gebiet nach internationalem Recht illegal ist.

5.3.3 TRENNUNG VON FAMILIEN DURCH DISKRIMINIERENDE GESETZE

Zusätzlich zu den Maßnahmen, die Familien innerhalb der OPT trennen, hat Israel diskriminierende Gesetze und Maßnahmen erlassen, die das Familienleben der Palästinenser jenseits der Grünen Linie stören. Sie betreffen Palästinenser in allen Bereichen der israelischen Kontrolle, insbesondere palästinensische Bürger Israels und Bewohner des besetzten Ostjerusalems, die mit Palästinensern aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen verheiratet sind und umgekehrt, und sind ein klares Beispiel dafür, wie Israel Palästinenser durch ein einziges System fragmentiert und segregiert werden.

Im Jahr 2002 verabschiedete die israelische Regierung eine Regierungsresolution 1813, die es Palästinensern aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen untersagte, durch Heirat einen Status in Israel oder im besetzten Ostjerusalem zu erlangen, und verhinderte damit die Familienzusammenführung. Ein Jahr später verabschiedete Israel das Gesetz über die Staatsbürgerschaft und die Einreise nach Israel, das Tausenden von Palästinensern in Israel und Ostjerusalem die Familienzusammenführung mit ihren palästinensischen Ehepartnern aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen untersagte. Der damalige Innenminister Avraham Poraz erklärte, dass die Entscheidung der Regierung, die Familienzusammenführung im März 2003 einzufrieren, getroffen wurde, weil "man der Meinung war, dass sie [die Familienzusammenführung] ausgenutzt werden würde, um ein schleichendes Rückkehrrecht zu erreichen...Das heißt, Zehntausende palästinensische Araber kommen in den Staat Israel."

Das Gesetz, bei dem es sich um eine befristete Anordnung handelte, musste jährlich von der Knesset verlängert werden. Dies geschah erfolgreich bis 6. Juli 2021, als die Opposition im Parlament unter Führung des ehemaligen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu aus parteipolitischen Gründen gegen eine Verlängerung stimmte, um die Regierungskoalition zu untergraben: Benjamin Netanjahu begründete seine Ablehnung der Verlängerung des Gesetzes damit, dass die Abstimmung "den Versuch von [Ministerpräsidenten Minister Naftali] Bennett und [Innenministerin Ayelet] Shaked, das Land an [Ra'am-Vorsitzenden] Mansour Abbas zu verkaufen und Tausenden von Palästinensern die Staatsbürgerschaft zu verleihen, verhindert habe." Dies bezog sich auf eine Vereinbarung, die Naftali Bennett mit der Islamischen Partei des Südens (Ra'am) getroffen hatte, wonach letztere zustimmte, die Verlängerung des Gesetzes zu unterstützen. Als Gegenleistung sollte die vorgeschlagene Verlängerung auf sechs Monate verkürzt und 1.600 Anträge palästinensischer Familien auf vorübergehenden Aufenthalt in Israel genehmigt werden sowie ein Ausschuss zur Prüfung gebildet werden, ob 9.700 Palästinensern, die sich in Israel aufhalten, eine vom Militär ausgestellte Genehmigung erteilt werden kann.

Das Scheitern der Regierung bei der Verabschiedung der Verlängerung änderte jedoch nichts an der Politik. Nach der Abstimmung gab Innenministerin Ayelet Shaked die Anweisung, keine Anträge auf Familienzusammenführung von Palästinensern anzunehmen, bis ein neues oder ähnliches Gesetz in Kraft treten werde. Sie versprach außerdem, das befristete Gesetz der Knesset zur erneuten Abstimmung über die Verlängerung vorzulegen. Mitglieder der Opposition, die die Politik des Ausschlusses der palästinensischen Familienzusammenführung unterstützen, aber taktisch gegen die Verlängerung gestimmt hatten, erklärten, sie beabsichtigten, ein Einwanderungsgrundgesetz zu erlassen, das sicherstellen würde, dass Palästinenser aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen dauerhaft daran gehindert werden, die Staatsbürgerschaft zu erhalten. Tatsächlich wurde ein erster Versuch, ein solches Gesetz zu verabschieden, kurz nach der Abstimmung gegen die Verlängerung der befristeten Anordnung unternommen, scheiterte jedoch.

Medienberichten vom Oktober 2021 zufolge wurden die Anträge palästinensischer Paare auf Familienzusammenführung vom Innenministerium nicht bearbeitet. Eine von israelischen Menschenrechtsorganisationen eingereichte Petition, in der das Gericht für Verwaltungsangelegenheiten aufgefordert wird, das Innenministerium zur Bearbeitung von "Anträgen auf Familienzusammenführung" zu zwingen, war Ende August 2021 immer noch anhängig:

Das Gesetz aus dem Jahr 2003, das 18 Jahre lang in Kraft war, erlaubte Ehepartnern aus dem besetzten Westjordanland und dem Gazastreifen nicht, eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung oder die israelische Staatsbürgerschaft zu erhalten. Stattdessen erhielten "erfolgreiche" Antragsteller eine befristete sechsmonatige Genehmigung für die Einreise nach Israel oder Ostjerusalem, um mit ihrem Ehepartner zusammenzuleben. Das Gesetz diskriminierte in eklatanter Weise palästinensische Bürger Israels und Bewohner Ostjerusalems, indem es ihnen das Recht verweigerte, mit ihren Ehepartnern und Familien in ihrem eigenen Land zu leben, wenn sie einen Palästinenser aus dem besetzten Westjordanland heirateten, während es Bewohner jüdischer Siedlungen im Westjordanland ausdrücklich ausschloss.

Im Jahr 2005 führte Israel eine Gesetzesänderung ein, die es dem Innenministerium erlaubte, Anträge abzulehnen, wenn der "... Antragsteller ein Sicherheitsrisiko für den Staat Israel darstellen könnte...". Auf der Grundlage dieser Änderung verhängte Israel im Juni 2008 ein umfassendes Verbot der Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen für Personen, die als Einwohner des Gazastreifens registriert sind, auch wenn sie im Westjordanland leben, sowie für alle anderen Personen, die im Gazastreifen wohnen, mit dem Argument, dass "der Gazastreifen eine Region ist, in der Aktivitäten stattfinden, die die Sicherheit des Staates Israel und seiner Bürger gefährden können", und es daher für die Regierung schwierig ist, individuelle Sicherheitsbewertungen von Antragstellern auf Familienzusammenführung durchzuführen.

Durch weitere Änderungen im Laufe der Jahre wurde der Geltungsbereich des Gesetzes erweitert, um die Familienzusammenführung für palästinensische Bürger Israels einzuschränken und zu verweigern. 2007 wurde durch das Verbot der Familienzusammenführung durch eine Änderung auf Ehepartner aus Syrien und dem Libanon ausgeweitet, die beide eine beträchtliche palästinensische Flüchtlingsbevölkerung haben, sowie auf den Irak und den Iran, die Israel als "Feindstaaten" betrachtet. Der Ausschluss schloss auch Ehepartner aus diesen Staaten mit doppelter Staatsangehörigkeit ein. Die Änderung ermöglichte es dem israelischen Innenminister außerdem, Genehmigungen zu erteilen und den vorübergehenden Aufenthalt in Israel aus außergewöhnlichen humanitären Gründen zu gewähren. Der Ausschuss für außergewöhnliche Fälle wurde eingesetzt, um Einzelfälle aus "humanitären" Gründen zu prüfen, aber es wurde nicht klargestellt, was dies bedeutete. Der fünfköpfige Ausschuss, dem Vertreter des Verteidigungsministeriums,

des Allgemeinen Sicherheitsdienstes (Shin Bet) und des Bevölkerungsregisters angehörten, legte das Gesetz sehr eng aus. Tatsächlich gewährte der Ausschuss nur in wenigen Fällen die Freigabe, nach sehr langen Verzögerungen und in der Regel nur, weil der Fall vor den Obersten Gerichtshof Israels gebracht worden war.

Nach Angaben des israelischen Innenministeriums vom September 2013 wurden zwischen Januar 2000 und Juli 2013 rund 43 % der Anträge auf Familienzusammenführung abgelehnt. Davon wurden 20 % aus Sicherheitsgründen und 13 % wegen des fehlenden Nachweises des "Lebensmittelpunkts" abgelehnt. Palästinensische Einwohner Ostjerusalems reichten insgesamt 12.284 Anträge auf Familienzusammenführung ein, von denen 5.629 genehmigt und weitere 4.249 abgelehnt wurden. Der Rest wurde aufgeschoben oder verzögert.

Wie bereits erwähnt (siehe Abschnitt 5.3.1 "Verweigerung des Rechts auf gleiche Staatsangehörigkeit und gleichen Status"), verlangt das Innenministerium auch, dass Kinder unter 12 Jahren dieser "gemischten Paare" registriert werden, mit dem Nachweis, dass Israel ihr "Lebensmittelpunkt" ist. Nach Angaben der Society of St. Yves, einer Rechtsberatungsstelle in Ostjerusalem, erhielt das Ministerium von Januar 2004 bis Juli 2013 17.616 Anträge auf Registrierung von Kindern aus "gemischten Ehen". Von diesen Anträgen wurden 12.247 genehmigt und weitere 3.933 abgelehnt. Infolgedessen leben fast alle 4.000 Kinder aus bürokratischen Gründen von mindestens einem ihrer Elternteile getrennt. Die Zahl der Kinder, die in Jerusalem oder anderswo in den OPT ohne offiziellen Verwaltungsstatus leben, ist wahrscheinlich viel höher, da die obige Statistik nur die Fälle erfasst, in denen die Eltern versucht haben, die Aufenthaltsverfahren abzuschließen. Viele Eltern lassen sich von der Komplexität und Unsicherheit des Verfahrens entmutigen und versuchen daher nicht, den Status ihrer Kinder zu klären.

Obwohl die israelischen Behörden diese Politik traditionell mit "Sicherheitsgründen" gerechtfertigt haben, setzen sie sie auch nach fast zwei Jahrzehnten noch pauschal und ohne spezifische, auf Beweisen beruhende Gründe um. Äußerungen israelischer Beamter haben deutlich gemacht, dass dieser Politik demografische - und nicht sicherheitspolitische - Erwägungen zugrunde liegen. In ihrer Präsentation vor dem israelischen Kabinett im Vorfeld der Regierungsabstimmung über den Beschluss zum Einfrieren der Familienzusammenführung für palästinensische Ehepartner im Mai 2002 verwies die Bevölkerungsbehörde beispielsweise darauf, dass "die Einwanderung von Nicht-Juden aus der ganzen Welt und vor allem aus benachbarten arabischen Ländern und Gebieten der Palästinensischen Autonomiebehörde" eine "wirtschaftliche Belastung für den Staat Israel und in erster Linie eine demografische Belastung" sei. Er schloss: "Die wachsende Zahl ausländischer Palästinenser, die einen legalen Status in Israel erlangen, erfordert eine Überprüfung und gesetzliche Änderung." In einer Debatte in der Knesset nach dem Regierungsbeschluss, die Familienzusammenführung einzufrieren, erklärte Regierungsminister Dani Naveh, die Familienzusammenführung von Palästinensern sei "... ein Versuch, das so genannte Recht auf Rückkehr durch die Hintertür zu verwirklichen" und der Staat Israel "...habe eindeutig das elementare Recht, sich zu schützen und seinen Charakter als jüdischer Staat, als Staat des jüdischen Volkes, zu bewahren..." Politiker, die sich selbst als zentristisch bezeichnen, gehören zu denjenigen, die gegen die Gewährung der Familienzusammenführung für Palästinenser sind und für die Verlängerung des Gesetzes gestimmt haben. Im Vorfeld der Abstimmung am 6. Juli 2021 äußerte sich Außenminister Yair Lapid, Vorsitzender der politischen Partei Jesch Atid, zustimmend: "Es gibt keinen Grund, sich vor dem Wesen des Wiedervereinigungsgesetzes zu verstecken. Es ist eines der Instrumente, um eine jüdische Mehrheit im Staat Israel zu sichern." Verteidigungsminister Benny Gantz, Vorsitzender der politischen Partei Kahol Lvan (Blau und Weiß), sagte: "Dieses Gesetz ist wichtig, um die Sicherheit und den jüdischen und demokratischen Charakter des Landes zu schützen."

Das Gesetz spiegelt die langjährige Politik Israels wider, die darauf abzielt, die Zahl der Palästinenser zu begrenzen, die in Israel und Ostjerusalem leben dürfen. Mehrere Petitionen lokaler Menschenrechtsorganisationen, die die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes vor dem Obersten Gerichtshof Israels in den Jahren 2006 und 2012 bezweifelten, scheiterten. Das Gericht kam zu dem Schluss, dass das Gesetz aus "Sicherheitsgründen" gerechtfertigt und verfassungsgemäß sei. Diese Urteile ermöglichten die Verlängerung einer vorübergehenden Anordnung um 18 Jahre. In der Zwischenzeit haben internationale Menschenrechtsgremien, darunter CERD und CESCR, jahrelang ihre Besorgnis über den diskriminierenden Charakter des Gesetzes zum Ausdruck gebracht und Israel aufgefordert, es zu widerrufen.

Israels Umsetzung der Politik, die palästinensische Familienzusammenführungen pauschal verbietet, stellt eine systematische Verweigerung grundlegender Rechte dar, darunter das Recht auf Staatsangehörigkeit

und Status, Bewegungsfreiheit, Arbeit, Gesundheit, Bildung und Familienleben. Von dieser Politik sind Tausende von Familien betroffen und gezwungen, getrennt, im Ausland oder in ständiger Angst vor Verhaftung, Ausweisung oder Abschiebung zu leben. Die Umsetzung dieser Politik ist ein klares Beispiel dafür, wie Israel die Palästinenser in verschiedene Kontrollbereiche zersplittert, um sie anders zu behandeln oder von der jüdischen Bevölkerung abzusondern, und ihre Rechte dem Ziel der Aufrechterhaltung einer jüdischen Mehrheit in Israel unterordnet. Familienleben zerstört

FAMILIENLEBEN GESTÖRT

H.S. (Israel und das Westjordanland)

H.S., eine NRO-Mitarbeiterin, ist in Ramallah in dem besetzten Westjordanland geboren und aufgewachsen. Ihre Familie hat dort gelebt, seitdem jüdische paramilitärische Gruppen die Bewohner von Lod im Jahr 1948 gezwungen hatten, zu fliehen und viele Zuflucht in und um Ramallah fanden. Im Jahr 2003 heiratete sie ihren Ehemann, der palästinensischer Bürger von Israel aus Lod ist und zog dorthin, um mit ihm zusammenzuleben. Das Ehepaar hat vier Kinder. Sie sagte Amnesty International: „Ich bin ein Flüchtling aus Lod und wuchs in Ramallah auf, daher hatte ich, als wir heirateten und nach Lod zogen, ein Gefühl, als ginge ich nach Hause.“

H.S. heiratete, als sie 18 Jahre alt war und musste gemäß dem Gesetz zur Erlangung der Staatsangehörigkeit und der Einreise warten, bis sie 25 wurde und dann die Familienzusammenführung beantragen. Während dieser Jahre blieb sie ohne Dokumente in Lod, unfähig, sich frei zu bewegen oder Zugang zu Gesundheitsversorgung oder anderen sozialen Rechten zu erlangen. Tagtäglich lebte sie mit der Angst vor Verhaftung, Ausweisung und/oder Trennung von ihrem Ehemann. Später weitete sich diese Angst von der Trennung von ihrem Mann auch auf ihre Kinder aus. Während dieser Zeit brachte sie ihre ersten beiden Söhne zur Welt. Sie berichtete Amnesty International:

„In meinem Leben herrscht eine ständige Angst. Ich hatte zum Beispiel schreckliche Angst davor, krank zu werden, weil ich befürchtete, ohne die notwendigen Papiere ins Krankenhaus gehen zu müssen, von ihnen (den israelischen Behörden) erwischt zu werden und eine Menge Geld zu bezahlen, um jegliche Art von Eingriff oder Behandlungsverfahren zu bezahlen ... Wie sollte ich mit all diesem Druck umgehen, während ich gerade erst verheiratet war und kurz davor stand, mein erstes und zweites Kind zu bekommen?“

H.S. beschrieb auch ihren ständigen Zustand der Angst und Besorgnis, wenn sie ihre Familie im Westjordanland besuchte:

„Wenn ich meine Familie im Westjordanland besuchen wollte, fuhr ich manchmal für ein oder zwei Monate dorthin, weil das viel einfacher ist, als ständig hin und her zu fahren. Ich erinnere mich, dass israelische Soldaten einmal während des Zuckerfestes einen „fliegenden Kontrollpunkt“ errichteten, kurz bevor wir ankamen.

Wir sollten in Ramallah einreisen. Damals hatte ich keine Genehmigung und wir wurden angehalten – es war eine Katastrophe. Wir hatten damals ein Taxi genommen, da wir kein Auto hatten, und wir wollten nicht riskieren, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen, aus dem gleichen Grund, aus dem wir angehalten wurden, um Stichprobenkontrollen zu vermeiden. Ich war zu diesem Zeitpunkt im achten Monat schwanger. Sie (die israelischen Beamten) hielten uns an und stellten fest, dass ich keine legalen Papiere hatte, um mich in diesem Gebiet aufzuhalten, also bestrafte sie den Taxifahrer und ich wurde auf dem Militärstützpunkt in der Nähe des Qualandia-Kontrollpunkt festgehalten.“

Als sie 25 Jahre alt wurde, beantragte H.S. die Familienzusammenführung. Sie erhielt 2009 eine Genehmigung, die es ihr erlaubt, mit ihrer Familie in Israel zu leben, und die sie jedes Jahr erneuern muss.

Sie erzählte Amnesty International:

„Auch, wenn sie technisch gesehen ein Jahr dauert, müssen wir bereits nach Ablauf der ersten sechs Monate damit beginnen, Papiere, Dokumente und Nachweise zusammengetragen, um eine neue

Genehmigung zu beantragen. Wir haben Ordner mit Dokumenten über Dokumenten mit monatlichen Rechnungen, Quittungen, Mietzahlungen, Krankenversicherungsunterlagen, Lohnabrechnung für die Arbeit meines Mannes, Anmeldungen meiner Kinder in Schulen, Telefonrechnungen und mehr.

N.J. (Ostjerusalem und der Rest des Westjordanlandes)

N.J., ein palästinensische Einwohnerin Jerusalems aus Silwan, heiratete 1983 A.F. aus dem Flüchtlingslager Al-Arroub bei Hebron im Süden des Westjordanlandes. Sie haben sechs Kinder, die inzwischen alle erwachsen sind. Die Familie lebte im Flüchtlingslager Al-Arroub und stellte 1994 einen Antrag auf Familienzusammenführung, um in Jerusalem leben zu können. Ihr Antrag wurde aus Sicherheitsgründen abgelehnt. Sie beauftragten einen Anwalt, um Einspruch zu erheben, aber auch ihr Antrag wurde ebenfalls abgelehnt. Infolgedessen musste N.J. ihren Job in Jerusalem aufgeben und lebte mit ihrer Familie in Al-Arroub.

2008 ließ sich das Paar scheiden und N.J. ging zurück, um in Jerusalem zu leben. Während sie versuchte, ihre Daueraufenthaltsgenehmigungskarte in diesem Jahr erneuern zu lassen, lehnte das israelische Innenministerium ihren Antrag ab und informierte sie, dass ihr Wohnrecht widerrufen worden war, weil sie den Voraussetzungen für den „Mittelpunkt“ ihres Lebens nicht entsprochen hatte. Seitdem hat N.J. ein gerichtliches Verfahren zur Erneuerung ihrer Daueraufenthaltsgenehmigung in die Wege geleitet - seit 31. Juli 2021 ohne Erfolg. Da sie keine Erlaubnis hat, sich in Jerusalem aufzuhalten oder sich frei zu bewegen, ist sie auf Jerusalem beschränkt. Sie kann sich nicht in das übrige Westjordanland begeben, da sie befürchten muss, verhaftet und aus Jerusalem ausgewiesen zu werden, wenn sie an einem der zahlreichen israelischen Kontrollpunkte, die die Stadt umgeben, angehalten wird. Der Widerruf ihres ständigen Wohnsitzes hat auch ihre Möglichkeiten stark eingeschränkt, ihre Kinder zu sehen, die alle palästinensische Identitätskarten für das Westjordanland besitzen, mit denen sie nicht nach Jerusalem reisen können, um ihre Mutter zu besuchen. Vor 2008 und ihrer Scheidung konnte sie ihre Kinder im Haus ihrer Großmutter väterlicherseits in der Westbank-Stadt Jericho sehen. Dies sei länger keine Option, sagte N.J. zu Amnesty International:

„Seit 2008 kann ich meine Kinder nicht mehr so oft sehen, wie ich will, weil ich die israelische Militärkontrollpunkte nicht passieren kann. Ich kann meine Kinder und Enkelkinder nur über Videoanrufe sehen. Ich habe 12 Jahre meines Lebens damit verbracht, dieses Problem zu lösen aber die israelischen Behörden halten mich immer wieder hin. Die Hälfte meines Lebens habe ich entweder in den Büros des Innenministeriums verbracht oder die Papiere für sie gesammelt. Das ist anstrengend. Ich kann meine Söhne und Töchter nicht oft genug sehen, und das macht es noch schwieriger. Wenn ich sie sehe, wird alles besser, und das kann ich nicht haben. Ich muss mir immer wieder vor Augen halten, dass ich wenigstens in der Lage war, mit ihnen zusammen zu sein, als sie aufwuchsen, als die meisten von ihnen die Universität besuchten und ich das Glück hatte, bei einigen ihrer Hochzeiten dabei zu sein.“

Bassam Allan (Ostjerusalem und Rest der Westbank)

Basam Allan aus dem Dorf Sawahreh im Westjordanland heiratete 2008 Sawasan Allan, eine Palästinenserin mit Wohnsitz in Jerusalem. Im selben Jahr erhielt er eine Aufenthaltsgenehmigung für Ostjerusalem, und sie lebten in der Nachbarschaft von Jabal al-Mukkabir bis 2017. Das Paar hat fünf Kinder unter 18 Jahre.

Sawasan Allan ist eine entfernte Verwandte von Fadi Al-Qunbar, einem Palästinenser aus Ostjerusalem, der am 8. Januar 2017 bei einem Rammangriff in Jerusalem vier Soldaten tötete. Nach dem Anschlag widerrief der damalige israelische Innenminister Argeh Deri die Aufenthaltsgenehmigung von 14 Familienmitgliedern von Fadi Al-Qunbar, darunter Bassam Alan, mit den Worten: „Alle, die einen Anschlag planen oder in Erwägung ziehen, sollen wissen, dass ihre Familie einen hohen Preis für ihre Taten zahlen werden und dass die Konsequenzen schwerwiegend und weitreichend sein werden.“

Am 12. Januar 2017, nur vier Tage nach dem Anschlag, wurde Bassam Allan auf das Polizeirevier Abu Ghniem in Jerusalem gerufen, wo er zu seiner Beziehung zu Fadi Al-Qunbar befragt wurde. Im Januar 2017 wurde er dann zum Innenministerium vorgeladen, wo ihm vorgeworfen wurde, Mitglied der bewaffneten Gruppe Islamischer Staat zu sein, woraufhin ihm seine Aufenthaltsgenehmigung entzogen wurde. Er berichtete Amnesty International:

„Ich habe 12 Jahre auf der Grundlage meiner Aufenthaltsgenehmigung in Jabal Al-Mukkabir gelebt. Ich musste meine Genehmigung alle sechs Monate erneuern und für jede Erneuerung musste mit meinen Rechnungen und Papieren zum Innenministerium gehen, um zu beweisen, dass ich in Jabal Al-Mukkabir lebe. Das ist ein anstrengender und kostspieliger Prozess.“

Er fügte hinzu:

„Die israelischen Streitkräfte haben unser Haus auch mehrmals durchsucht, auch in 2017, mit der Begründung, sie suchten nach Sicherheitsbedrohungen. Das Innenministerium benutzt den Vorwand der Abschreckung, um uns hinauszuerwerfen. Ich erinnere mich, als ich die Papiere für die Aufenthaltsgenehmigung unterzeichnete, gab es Klauseln, die besagten, dass die Genehmigungen annulliert werden, wenn der Genehmigungsinhaber oder ein Verwandter ersten Grades ein Sicherheitsvergehen begeht. Aber das machen sie jetzt mit mir, obwohl meine Frau eine entfernte Verwandte (von Fadi Al-Qunbar) ist.“

Am 12. Dezember 2017 stellte ein israelisches Gericht fest, dass die Anschuldigungen, Bassam Allan sei Mitglied des Islamischen Staates, unbegründet sind, und gestattete ihm den Aufenthalt in Jerusalem auf der Grundlage einer einstweiligen Verfügung, die es ihm erlaubt, sich in Jerusalem aufzuhalten und sich frei zu bewegen, aber bis zum Abschluss des Gerichtsverfahrens nicht zu arbeiten oder die mit dem Aufenthalt verbundenen Vorteile zu nutzen. Eine weitere gerichtliche Verfügung vom 6. August 2020, ermöglichte es ihm, sich bis zum Abschluss des Verfahrens ohne das Risiko einer Verhaftung innerhalb Jerusalems zu bewegen. Bassam Allan hat nicht das Recht, in Jerusalem zu arbeiten, die staatliche Krankenversicherung in Anspruch zu nehmen oder einen Führerschein zu machen, denn diese Rechte sind Personen mit Aufenthaltsstatus vorbehalten.

Er sagte:

„Obwohl ich eine Verfügung habe, die mir den Aufenthalt in Jerusalem erlaubt, kümmern sich die israelischen Beamten manchmal nicht darum oder verstehen vielleicht nicht, was sie bedeutet. Ich wurde mehrmals verhaftet, auch nachdem ich die Verfügung gezeigt hatte, und wurde zu einer Polizeistation gebracht, bevor ich an einem Kontrollpunkt auf der Westjordanlandseite [hinter der Mauer, die Ostjerusalem vom Rest des Westjordanlands trennt] abgesetzt wurde. Das letzte Mal wurde ich [im April 2020] von der Polizei angehalten, als ich nur wenige Meter von meinem Haus entfernt war. Ich zeigte meine Verfügung und versuchte den Beamten zu erklären, aber das interessierte sie nicht. Sie brachten mich zuerst zur Polizeistation in Jabal Al-Mukabbir [wo Bassam mit seiner Familie lebt] und dann zu einem Kontrollpunkt in Bethlehem [der 9 km von seinem Haus entfernt ist], obwohl der Kontrollpunkt Sheikh Sa'ed näher lag, aber ich glaube, sie wollten mich bestrafen.“

Heutzutage bleibe ich viel zu Hause. Ich gehe nicht einmal mehr einkaufen, denn obwohl ich die notwendigen Papiere für meinen Aufenthalt habe, kümmert sich die Polizei nicht darum und sucht nach Leuten wie mir.

Diese Situation hat mich viel gekostet. Wenn das Gerichtsverfahren nicht zu meinen Gunsten ausgeht, kann ich nirgendwo hin. Aber ich werde mit meinen Kindern in meinem Haus bleiben. Meine Mutter und meine Geschwister leben in Sawahreh, aber ich habe dort keine eigene Wohnung. Vor 2017 habe ich sie oft besucht, aber jetzt Sorge ich dafür, dass meine alte und kranke Mutter mich in Jerusalem besuchen kann. Meine Geschwister sehe ich nur, wenn sie eine Einreisegenehmigung für Jerusalem haben und sie besuchen können. Ansonsten sehe ich sie nicht.“

Bassam Allan erläuterte, welche Auswirkungen der Entzug seiner Aufenthaltsgenehmigung auf sein Leben und seine Fähigkeit, eine Arbeit zu finden, hat:

„Seit er begann, war die ganze Situation mit dem Familienzusammenführungsprozess war von Anfang an extrem schwierig, aber nichts ist vergleichbar mit dem Leid, das ich jetzt ohne eine Genehmigung erlebe. Seit meine Aufenthaltsgenehmigung 2017 aufgehoben wurde, konnte ich keine dauerhafte Arbeit finden. Ich arbeite auf dem Bau. Die Fahrer, die Arbeiter wie mich in ihren Autos mitnehmen, weigern sich, mich mitzunehmen, weil ich keine Genehmigung habe. Sie befürchten, dass sie verhaftet werden und eine Geldstrafe zahlen müssen, wenn sie mit einem Arbeiter ohne Genehmigung erwischt werden. In den letzten vier Monaten war es besonders schwierig; ich hatte überhaupt keine Arbeit und musste mir Geld von Freunden und Verwandten leihen, um über die Runden zu kommen. Die Schulden steigen immer weiter an.“



Eine palästinensische Frau und Kinder gehen an den israelischen Streitkräften vorbei, die vor dem Qalandia-Kontrollpunkt in der Nähe der Stadt Ramallah im Westjordanland Wache stehen, Foto: 5. Juni 2014 © Abbas Momani / AFP via Getty Images

5.3.4 EINSATZ DER MILITÄRHERRSCHAFT

Seit der Gründung Israels 1948 hat Israel die Militärverwaltung über verschiedene Gruppen von Palästinensern in den Gebieten, die das britische Mandatsgebiet Palästina bildeten, kontinuierlich – mit Ausnahme einer siebenmonatigen Unterbrechung im Jahr 1967 - genutzt, um die jüdische Besiedlung in Gebieten von strategischer Bedeutung voranzutreiben und Palästinenser unter dem Deckmantel der Aufrechterhaltung der Sicherheit ihres Landes und ihres Eigentums zu enteignen.

Im September 1948 verkündete Israel die Errichtung der Militärherrschaft über die Gebiete, die im Rahmen des UN-Teilungsplans von 1947 für die Bildung eines arabischen Staates vorgesehen waren und über die es die Kontrolle übernommen hatte. Auch andere von Palästinensern bewohnte Gebiete wurden bald darauf unter Militärherrschaft gestellt. Schließlich wurden etwa 85 % der palästinensischen Bevölkerung des neu geschaffenen Staates in drei Bezirken der Militärregierung unterstellt: Der Norden, der Galiläa umfasste, das Zentrum, das die Dreiecksregion abdeckte, und der Süden, der den Negev/Naqab umfasste. Die Grenzen dieser Bezirke wurden so gezogen, dass sie möglichst viele palästinensische Gemeinden einschlossen und möglichst viele jüdische Gemeinden ausschlossen.

David Ben-Gurion, Israels erster Premierminister und ehemaliger Leiter der Zionistischen Weltorganisation, erklärte, dass "das Militärregime ins Leben gerufen wurde, um das Recht auf jüdische Besiedlung in allen

Teilen des Staates zu schützen". Ein kürzlich veröffentlichter geheimer Anhang zu einem Bericht von 1956 über die Militärherrschaft in Israel ging sogar noch weiter, indem er feststellte, dass die Armee allein nicht in der Lage sei, staatliches Land vor Palästinensern zu schützen, die in ihre Häuser zurückkehren wollten, und dass dieses auf lange Sicht nur durch jüdische Siedlungen geschützt werden könne. Folglich war eine fortgesetzte Militärherrschaft über die Palästinenser notwendig, um jüdische Siedlungen in allen drei Bezirken zu errichten, die unter der Aufsicht des Militärregimes standen.

Die Militärverwaltung der Palästinenser stützte sich auf die Ausrufung des Ausnahmezustands und die von der britischen Mandatsmacht in Palästina 1945 erlassenen Defence (Emergency) Regulations, die dazu dienten, die Freizügigkeit der Bewohner zu kontrollieren, Eigentum zu beschlagnahmen, die Schließung von Dörfern zu ermöglichen, Häuser abzureißen und vor allem die Palästinenser daran zu hindern, in ihre Häuser zurückzukehren und ihre Dörfer wieder zu besiedeln. Die Verhängung des Kriegsrechts schränkte die Bewegungsfreiheit der Palästinenser innerhalb Israels absichtlich ein; sie wurden nächtlichen Ausgangssperren unterworfen und mussten Genehmigungen einholen, um ihre Wohngebiete zu verlassen, einschließlich den Zugang zur medizinischen Versorgung und schlossen Palästinenser unter dem Vorwand des Ausnahmezustands von der Beschäftigung in sicherheitsrelevanten Berufen aus. Die israelischen staatlichen Institutionen arbeiteten in dieser Zeit daran, die Palästinenser einem System der Überwachung und Kontrolle zu unterwerfen, das auch die politischen Freiheiten bewusst einschränkte, indem sie Proteste verboten, politische Aktivisten verhafteten und sie aufgrund ihrer politischen Aktivitäten mit "Verbannungsbefehlen" aus ihren Häusern (und damit auch aus ihrem Lebensunterhalt) verbannten.

Während andere nicht-jüdische israelische Bürger, vor allem Tscherkessen und Drusen, ebenfalls unter Kriegsrecht gestellt wurden, wurden sie von der israelischen Regierung wohlwollender behandelt, da einige von ihnen während des Krieges an der Seite der israelischen Streitkräfte kämpften, der zur Gründung Israels führte. David Ben-Gurion erklärte 1949: "In diesem Land gibt es Minderheiten, die über jeden Verdacht erhaben sind und denen man mehr oder weniger vertrauen kann, wie die Tscherkessen und die Drusen." Die drusische Minderheit wurde von den Bewegungseinschränkungen ausgenommen, als Israel über sie das Kriegsrecht verhängte, das 1962 endete.

Israel schaffte seine Militärherrschaft über die palästinensischen Bürger im Dezember 1966 ab, nachdem es die intern vertriebenen Palästinenser erfolgreich daran gehindert hatte, in ihre Häuser in den leeren Dörfern zurückzukehren, indem es diese zerstörte und ihr Land parzellierte und aufforstete, wodurch die Notwendigkeit entfiel, ihren Status als geschlossene Militärzonen aufrechtzuerhalten.^[220] Während die Bewegungsbeschränkungen schrittweise aufgehoben wurden, blieben andere Elemente des Systems bestehen. Die Notstandsverordnungen von 1945 wurden nicht aufgehoben und stattdessen von zivilen israelischen Institutionen wie der israelischen Polizei, dem israelischen Sicherheitsdienst (auch bekannt als Shabak oder Shin Bet) und der Landverwaltung gegen palästinensische Bürger Israels durchgesetzt. Ebenso blieben einige Gebiete, in denen die Aneignung von palästinensischem Land noch nicht abgeschlossen war, so lange gesperrt, bis sie bestimmte Bedingungen erfüllten, zu denen der "Abriss von Gebäuden in verlassenen Dörfern, die Aufforstung und die Ausweisung von Naturschutzgebieten" gehörten.

Schließlich verbesserte sich die Lage der Palästinenser innerhalb der Grünen Linie nach der israelischen Besetzung des Westjordanlands und des Gazastreifens, wo Israel eine brutale Militärregierung mit vielen Gesetzen und Maßnahmen gegen die Palästinenser in Israel durchsetzte. Laut Akevot "bildeten die Erfahrungen aus der Ausübung der Militärherrschaft innerhalb Israels, die in mehrere operative Militärpläne umgesetzt wurden, zusammen mit den Verteidigungs-(Not-)Verordnungen die Grundlage für die Militärverwaltung, die Israel in den im Juni 1967 besetzten Gebieten einrichtete". Wichtig ist, dass die Einheit innerhalb der israelischen Armee, die die Militärherrschaft über die Palästinenser in Israel verwaltete, nach 1966 nie aufgelöst wurde; sie wurde lediglich umbenannt und wurde schließlich zur Coordination of Government Activities in the Territories (COGAT), einer Einheit innerhalb des Verteidigungsministeriums, die bis heute mit der Verwaltung der zivilen Angelegenheiten in den OPT beauftragt ist. In der Tat stellt Akevot fest, dass "die verschiedenen Inkarnationen der Kontrolle über die Zivilbevölkerung aufgrund militärischer Befugnisse (innerhalb Israels bis Dezember 1966, eine siebenmonatige Unterbrechung und dann vom 7. Juni 1967 bis zum heutigen Tag in den besetzten Gebieten) immer von einer einzigen organischen Einheit abgewickelt wurden, die nie aufgelöst, sondern lediglich den Umständen entsprechend umbenannt wurde."

Nach der Besetzung des Westjordanlands und des Gazastreifens erließen die israelischen Militärbehörden eine Proklamation, die es ihnen ermöglichte, die Notstandsverordnungen zur Verteidigung von 1945 gegen

die in diesen Gebieten lebende Bevölkerung anzuwenden. Im Laufe der Jahre griff Israel häufig auf diese Verordnungen zurück, um den Widerstand gegen die militärische Besatzung durch den Abriss oder die Versiegelung hunderter Häuser, die Deportation von Bewohnern oder die administrative Inhaftierung von Zehntausenden von Menschen zu unterdrücken.

Seit Ende der 1970er Jahre hat Israel sein Zivilrecht auf israelische Staatsbürger, die sich in den OPT aufhalten oder durch sie reisen, auf der Grundlage des Notstandsgesetzes von 1967 (Westjordanland und Gaza - Strafgerichtsbarkeit und Rechtshilfe) extraterritorial ausgedehnt. Dies ermöglicht es den israelischen Behörden, israelische Staatsbürger von den Militärordnungen, die die Palästinenser beherrschen, zu befreien.

Dieses Gesetz gilt auch für ausländische Staatsangehörige, die in die Siedlungen ziehen, selbst wenn sie keine israelischen Staatsbürger sind. Jüdische Siedler im besetzten Westjordanland werden grundsätzlich vor israelische Zivilgerichte und nicht vor israelische Militärgerichte gestellt.

Mehr als 1.800 israelische Militärbefehle kontrollieren und beschränken weiterhin alle Aspekte des Lebens der Palästinenser im Westjordanland: ihren Lebensunterhalt, ihren Status, ihre Bewegungsfreiheit und ihren Zugang zu natürlichen Ressourcen. Darüber hinaus verletzen israelische Militärbefehle in schwerwiegender und willkürlicher Weise das Recht auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungsfreiheit und friedliche Versammlung, insbesondere wenn Palästinenser gegen die Politik der Besatzung protestieren.

So erließ Israel nur zwei Monate nach der Besetzung der palästinensischen Gebiete die Militärverordnung 101: Verordnung über das Verbot von Aufwiegelung und feindseligen Propagandaaktionen, die Palästinenser bestraft und kriminalisiert, wenn sie ohne Genehmigung an einem Umzug, einer Versammlung oder einer Mahnwache von 10 oder mehr Menschen zu einem Thema teilnehmen, das "als politisch ausgelegt werden kann". Die Anordnung, in der nicht definiert wird, was unter "politisch" zu verstehen ist, verbietet effektiv Proteste, einschließlich friedlicher Proteste.^[225] Sie verbietet auch das Zeigen von Flaggen oder Emblemen oder die Veröffentlichung von Material "mit politischer Bedeutung" ohne eine Genehmigung eines israelischen Militärkommandanten. Wer gegen die Anordnung verstößt, dem drohen bis zu 10 Jahre Haft und/oder eine saftige Geldstrafe. Die Anordnung gilt weiterhin im Westjordanland.

Die israelische Militärgesetzgebung wird im Westjordanland durch die Militärjustiz durchgesetzt, insbesondere durch Militärbefehle, die "Sicherheitsvergehen" definieren. Die israelischen Militärgerichte, die zur Aburteilung palästinensischer Bürger Israels während der Zeit der Militärherrschaft zwischen 1948 und 1966, wurden am ersten Tag der israelischen Militärbesatzung im Juni 1967 im Rahmen der Defence (Emergency) Regulations für die OPT eingerichtet. Mit dem Inkrafttreten der Military Order 1651 in 2010 wurde eine Reihe militärischer Anordnungen über die Einrichtung und die rechtlichen Verfahren von Militärgerichten konsolidiert und strafrechtliche "Sicherheitsdelikte" definiert. Das Militärgerichtssystem hat eine sehr hohe Verurteilungsquote. Den Angaben im Jahresbericht der Militärgerichte von 2010 zufolge wurden 99,74% der Fälle, die vor Militärgerichten im besetzten Westjordanland verhandelt wurden, verurteilt.

In der Zwischenzeit wurden die Palästinenser im Gazastreifen der israelischen Militärgesetzgebung unterworfen und vor Militärgerichte gestellt, bis Israel seine Siedlungen im Gazastreifen in 2005 auflöste und die Bodentruppen abzog. Dies bedeutete das Ende der meisten Aspekte der israelischen Militärherrschaft über die Zivilbevölkerung des Gazastreifens, obwohl Elemente des israelischen Militärrechts weiterhin für das Gebiet gelten, was den Personen- und Warenverkehr in und aus dem Gazastreifen, den Zugang zu den Hoheitsgewässern und die "Pufferzone" entlang des Zauns, der Israel vom Gazastreifen trennt, betrifft. Seit 2005 werden die von Israel verhafteten Bewohner des Gazastreifens jedoch nach dem Sicherheitsrecht vor Zivilgerichten belangt.

Hunderttausende von Palästinensern in den OPT wurden im Zusammenhang mit der Militärherrschaft verhaftet, darunter viele, die gegen Israels Militärgesetze und -politik protestierten. Nach einer Schätzung der Addameer Prisoner Support and Human Rights Association (Addameer) von 2016 haben Israels Behörden seit 1967 mehr als 800.000 Palästinenser im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalems, und im Gazastreifen festgenommen.

Israel blieb auch weiterhin bei seiner Politik der Zwangsverlegung von palästinensischen Gefangenen aus den OPT in israelische Gefängnisse, was eine eklatante Verletzung des humanitären Völkerrechts darstellt

(siehe Abschnitt 6.1 "Zwangswise Überführung"). Etwa 4.236 Palästinenser aus den OTP, darunter 267 aus dem Gazastreifen, waren laut Angaben des israelischen Gefängnisdienstes Ende Mai 2020 in israelischen Gefängnissen inhaftiert.

5.3.5 EINSCHRÄNKUNGEN DES RECHTS AUF POLITISCHE BETEILIGUNG UND DES WIDERSTANDS DER BEVÖLKERUNG

Aufgrund ihres Staatsbürgerschaftsstatus sind die palästinensischen Bürger Israels die einzige Gruppe von Palästinensern, die unter israelischer Herrschaft leben und an den nationalen und kommunalen Wahlen teilnehmen und zu Mitgliedern der Knesset gewählt werden können. Obwohl die israelischen Gesetze und die Politik den Staat als demokratisch definieren, stellt die Zersplitterung des palästinensischen Volkes sicher, dass die israelische Version der Demokratie überwiegend die politische Beteiligung jüdischer Israelis privilegiert. Darüber hinaus wurde die Vertretung der palästinensischen Bürger Israels im Entscheidungsprozess, vor allem in der Knesset, durch eine Reihe israelischer Gesetze und Maßnahmen eingeschränkt und untergraben.

Vor allem aber hindert das israelische Verfassungsrecht die israelischen Bürger daran, die Definition Israels als jüdischer Staat und damit alle Gesetze, die eine solche Identität begründen, anzufechten. Nach Israels Grundgesetz: Die Knesset von 1958, der Zentrale Wahlausschuss kann eine Partei oder einen Kandidaten von der Teilnahme an den Wahlen ausschließen, wenn ihre Ziele oder Aktionen darauf abzielen, die Definition Israels als jüdischer und demokratischer Staat zu negieren, zum Rassismus anzustiften oder den bewaffneten Kampf eines feindlichen Staates oder einer terroristischen Organisation gegen Israel zu unterstützen. Darüber hinaus verbietet das Parteiengesetz von 1992 die Registrierung von Parteien, deren Ziele oder Aktionen entweder direkt oder indirekt "die Existenz Israels als jüdischer und demokratischer Staat" leugnen. Diese Bestimmungen hindern palästinensische Gesetzgeber daran, Gesetze anzufechten, die die jüdisch-israelische Vorherrschaft über die palästinensische Minderheit kodifizieren, ihre Meinungsfreiheit unangemessen einschränken und damit ihre Fähigkeit behindern, die Belange ihrer Wählerschaft wirksam zu vertreten. Sie waren auch die Grundlage für wiederholte und hartnäckige Versuche, palästinensische Parteien und Kandidaten von der Teilnahme an aufeinanderfolgenden Parlamentswahlen auszuschließen, obwohl diese im Allgemeinen nicht erfolgreich waren. Im Laufe der Jahre hat der Zentrale Wahlausschuss Entscheidungen getroffen, palästinensische Parteien zu verbieten und palästinensische Kandidaten zu disqualifizieren, weil sie gegen diese Bestimmungen verstoßen hatten, und dann erlebt, dass der Oberste Gerichtshof diese Entscheidungen aufhob. Der Ausschuss hat auch Anträge jüdisch-israelische Knessetmitglieder wegen rassistischer Aufhetzung auszuschließen, abgelehnt, um dann festzustellen, dass der Oberste Gerichtshof anordnet, sie zu disqualifizieren.

2014 hob die Knesset die Wahlhürde von 2 % auf 3,25 % an, was sich vor allem auf die parlamentarische Vertretung der Palästinenser und anderer Minderheitengruppen in Israel auswirkte. Adalah und ACRI argumentierten, dass die Anhebung der Wahlhürde für Parteien, die Sitze in der Knesset erringen wollen, das Wahlrecht der palästinensischen Bürgerinnen und Bürger verletze und den Ausschluss ihrer Kandidaten und Parteien ermögliche. Der CERD stellte außerdem fest, dass die Anhebung der Wahlhürde in Israel "das Recht auf politische Beteiligung nicht-jüdischer Minderheiten" erheblich schwächt.

Palästinensische Knessetmitglieder waren wiederholt Verleumdungskampagnen und Einschüchterungsversuchen von Regierungsministern ausgesetzt und wurden in ihrem Kampf für Gleichberechtigung und für die Unterstützung des Volkswiderstands gegen die israelische Besatzung sowie für andere politische Ansichten, die das etablierte Bild von Israel als jüdischem und demokratischem Staat in Frage stellen, gerichtlich verfolgt. Sie waren auch mit diskriminierenden Disziplinarmaßnahmen konfrontiert, die ihre Meinungs- und Redefreiheit verletzen. So wurden beispielsweise drei palästinensische Knessetmitglieder 2016 von der Ethikkommission suspendiert, weil sie sich mit Familien palästinensischer Zivilisten getroffen haben, die von israelischen Streitkräften getötet worden waren, weil sie Israelis angegriffen oder angeblich angegriffen hatten, obwohl der Grund des Treffens die Unterstützung dieser Familien bei der Bergung der Leichen ihrer Angehörigen war. Jüdische Mitglieder der Knesset mussten hingegen keine derartigen Konsequenzen für Treffen mit Familien jüdischer Zivilisten, die gewaltsame Angriffe auf Palästinenser verübt hatten, hinnehmen.

Die Knesset disqualifiziert auch regelmäßig Gesetzesentwürfe, die sich auf die Rechte der Palästinenser oder ihre politischen Bestrebungen in Israel beziehen. Während des Gesetzgebungsverfahrens, das zur

Verabschiedung des Nationalstaatsgesetzes am 19. Juli 2018 führte, schlugen palästinensische Knessetmitglieder im Juni 2018 einen Gesetzentwurf vor, der eine alternative Definition Israels als "ein Land für alle seine Bürger" vorsah. Der Gesetzentwurf enthielt mehrere Artikel, die den Charakter Israels von einem Staat des jüdischen Volkes in einem Staat umwandeln sollten, in dem Juden und Araber den gleichen Status in Bezug auf die Staatsangehörigkeit genießen. Das Präsidium der Knesset, ein Gremium, das sich aus dem Sprecher der Knesset und stellvertretenden Sprechern zusammensetzt, verhinderte als Reaktion darauf, dass der Gesetzentwurf überhaupt diskutiert wurde, indem er argumentierte, dieser negiere Israels Definition als jüdischer Staat. Im Juni 2018 wurde die Entscheidung der Disqualifizierung des Gesetzentwurfs von Adalah angefochten, aber der Oberste Gerichtshof Israels wies die Klage am 30. Dezember 2018 zurück. Das Gericht stellte fest, dass die Petition durch die Auflösung der Knesset einige Tage zuvor, am 26. Dezember 2018, theoretisch hinfällig geworden war, und verzichtete darauf, die Disqualifizierung zu kritisieren oder zu kommentieren. Diese Maßnahmen haben palästinensische Parlamentarier in diskriminierender Weise betroffen und folglich ihr Recht auf gleichberechtigte politische Teilhabe in Israel ausgehöhlt.

Die Einschränkung des Rechts der palästinensischen Bürger Israels, an den Wahlen teilzunehmen, geht mit anderen Verletzungen ihrer bürgerlichen und politischen Rechte einher, die ihre Möglichkeiten zur Teilnahme an Israels politischem und gesellschaftlichem Leben einschränken. Dazu gehören rassistisch motivierte Polizeieinsätze bei Protesten, willkürliche Massenverhaftungen und die Anwendung rechtswidriger Gewalt gegen Demonstranten bei Demonstrationen gegen Landenteignungen innerhalb Israels oder israelische Übergriffe gegen Palästinenser in den OPT. Mit solchen Maßnahmen, die sich gegen friedliche Demonstranten richten, sollen weitere Demonstrationen verhindert und abweichende Meinungen unterdrückt werden. Palästinenser werden bei ihrer Festnahme routinemäßig in Untersuchungshaft genommen; jüdischen Demonstranten wird dagegen in der Regel Kautionsgewährung gewährt. Dies deutet auf eine diskriminierende Behandlung von Palästinensern durch das Strafrechtssystem hin, das Palästinenser als "Verdächtige" zu behandeln scheint, anstatt die individuelle Bedrohung zu bewerten, die sie darstellen.

So töteten israelische Streitkräfte im September und Oktober 2000 13 palästinensische Bürger und verletzten Hunderte von Menschen bei Massendemonstrationen, die im ganzen Land aus Protest gegen das brutale Vorgehen Israels in den besetzten Gebieten nach dem Ausbruch der zweiten *Intifada* stattfanden. Obwohl die israelischen Polizeikräfte, darunter auch Scharfschützen, angeblich scharfe Munition, Gummigeschosse und Tränengas einsetzten und eine Untersuchungskommission feststellte, dass die Polizei übermäßige Gewalt anwandte, versäumten es die israelischen Behörden, diese Tötungen wirksam zu untersuchen, und nach Kenntnis von Amnesty International wurde niemand jemals vor Gericht gestellt (siehe Abschnitt "6.3.2 Israels Politik und Praxis"). Über 1000 Demonstranten wurden verhaftet, viele von ihnen nur wegen ihrer friedlichen Teilnahme an den Protesten. Die überwiegende Mehrheit der Festgenommenen waren Palästinenser, die beschuldigt wurden, Steine geworfen, Polizeibeamte angegriffen, Eigentum beschädigt oder gegen die öffentliche Ordnung verstoßen zu haben, z. B. durch Teilnahme an einer ungesetzlichen Versammlung. Viele, darunter auch Kinder, wurden während der Festnahme und des Verhörs geschlagen und auf andere Weise misshandelt. Obwohl der Generalstaatsanwalt erklärte, dass alle Festgenommenen unabhängig von ihrer Nationalität in Untersuchungshaft genommen wurden, wurde in Wirklichkeit 89 % der palästinensischen Gefangenen eine Kautionsgewährung bis zum Abschluss des Verfahrens verweigert, während nur 11 % der verhafteten jüdischen Israelis bis zum Ende ihres Prozesses inhaftiert waren. Dies ist ein Beispiel für Israels Herangehensweise an seine palästinensischen Bürger als "fünfte Kolonne", die es zu kontrollieren und einzudämmen gilt. In ähnlicher Weise lösten israelische Polizeikräfte im Dezember 2008-2009 weitgehend friedliche Massendemonstrationen gegen die israelische Militäroffensive in Gaza gewaltsam auf und verhafteten etwa 832 Demonstranten. Viele von ihnen, darunter auch Kinder, wurden allein wegen ihrer Teilnahme an den Protesten festgenommen. Bemerkenswert ist, dass während 80 % aller Inhaftierten, darunter auch Kinder, eine Kautionsgewährung verweigert wurde und bis zum Ende des Prozesses in Haft gehalten wurden, die überwiegende Mehrheit palästinensische Staatsbürger und Bewohner Ostjerusalems waren. Nach Angaben von Adalah wurde kein einziger Gefangener aus dem Bezirk Tel Aviv, in dem sich die überwiegende Mehrheit der jüdischen Demonstranten befand, in ähnlicher Weise bis zum Ende des Gerichtsverfahrens festgehalten, was auf ein Muster einer diskriminierenden Behandlung der inhaftierten Palästinenser hinweist.

Ein jüngeres Beispiel sind die Demonstrationen und Proteste, die im Mai 2021 begannen und sich in erster Linie gegen den Plan Israels richteten, sieben weitere palästinensische Familien aus Sheikh Jarrah in Ostjerusalem zu vertreiben und gegen die Militäroperation in Gaza, bei denen die israelische Polizei

Massenverhaftungen vornahm, mit übermäßiger Gewalt gegen friedliche Demonstranten vorging und Inhaftierte folterte und misshandelte. Dies führte zu Solidaritätsprotesten von Palästinensern, die sich auch auf Städte mit palästinensischer Bevölkerung innerhalb Israels ausbreiteten, und es kam zu Gewalt zwischen den Bevölkerungsgruppen. Zahlreiche Menschen wurden verletzt, und zwei jüdische Bürger Israels und ein palästinensischer Bürger wurden getötet. Synagogen und muslimische Friedhöfe wurden geschändet. Bewaffnete Feindseligkeiten brachen aus am 10. Mai, als bewaffnete palästinensische Gruppen aus dem Gazastreifen Raketen auf Israel abfeuerten und Israel eine 11-tägige Militäroffensive gegen den Gazastreifen startete. Am 24. Mai starteten die israelischen Behörden die "Operation Recht und Ordnung", die sich in erster Linie gegen palästinensische Demonstranten richtete. Israelischen Medien zufolge zielte die Operation darauf ab, "Rechnungen zu begleichen" mit den Beteiligten und zur "Abschreckung" weiterer Demonstrationen. Die israelische Polizei hat es auch versäumt, die Palästinenser vor organisierten Angriffen durch bewaffnete jüdische Gruppen zu schützen, deren Pläne oft im Voraus bekannt gemacht wurden.

Nach Angaben des Mossawa Center - Advocacy Center for Palestinian Arab Citizens in Israel (Mossawa Center), einer Menschenrechtsorganisation mit Sitz in Haifa, verhaftete die israelische Polizei zwischen 10. Mai und 10. Juni über 2.150 Personen, von denen mehr als 90 % palästinensische Bürger Israels oder Bewohner Ostjerusalems waren. Nach Angaben der Gruppe wurden auch 184 Anklagen gegen 285 Beschuldigte erhoben. Laut Adalah sagte ein Vertreter der Staatsanwaltschaft am 27. Mai, dass nur 30 jüdische Bürger Israels unter den Beschuldigten waren. Die meisten Palästinenser, die verhaftet wurden, wurden wegen Vergehen, wie "Beleidigung oder Angriff auf einen Polizeibeamten" oder "Teilnahme an einer illegalen Versammlung" festgenommen und nicht wegen gewaltsamer Angriffe auf Personen oder Eigentum, laut dem Follow-up-Komitee für arabische Bürger Israels.

PALÄSTINENSISCHER VOLKSWIDERSTAND IN OPT

Wie bereits erwähnt, schränkt Israel die bürgerlichen und politischen Rechte der Palästinenser stark ein, insbesondere im Westjordanland, wo militärische Befehle immer noch durchgesetzt werden. Die israelischen Behörden haben seit 1967 mehr als 400 palästinensische Organisationen verboten, die letzte im Oktober 2021, darunter alle großen politischen Parteien und mehrere prominente zivilgesellschaftliche Organisationen, die für die Bereitstellung lebenswichtiger Dienste wie Rechtshilfe und medizinische Versorgung sowie für die Qualität ihrer Menschenrechtsberichterstattung und -vertretung weithin anerkannt sind. Darüber hinaus verfolgen die israelischen Behörden Palästinenser häufig wegen "Mitgliedschaft und Tätigkeit in einer ungesetzlichen Vereinigung", ein Vorwurf, der häufig gegen Besatzungsgegner erhoben wird. Im Laufe der Jahre haben sie zahlreiche palästinensische Gesetzgeber verhaftet, insbesondere nach dem Wahlsieg der Hamas im Jahr 2006, und sie in Administrativhaft genommen oder vor Militärgerichten in Prozessen angeklagt, die nicht den internationalen Standards entsprechen, wodurch das politische Leben der Palästinenser untergraben wird.

Die Palästinenser in Ostjerusalem hingegen haben weder in Israel noch im Westjordanland die Möglichkeit, am politischen Leben teilzunehmen. Sie können zwar bei den Kommunalwahlen in Jerusalem wählen und kandidieren, haben diese aber aus Protest gegen Israels anhaltende Besetzung und illegale Annexion Ostjerusalems traditionell boykottiert, von den nationalen Wahlen sind sie weiterhin ausgeschlossen. Inzwischen verhindern die israelischen Behörden jegliche politische Präsenz der Palästinenser in Ostjerusalem, einschließlich Wahlkampfveranstaltungen, und haben sich gegen die Abhaltung allgemeiner palästinensischer Wahlen in der Stadt ausgesprochen, obwohl dies in den Osloer Verträgen garantiert ist. Zuletzt wurden zwei Hamas-Kandidaten verhaftet und Versammlungen in Jerusalem aufgelöst, die im Vorfeld der Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat abgehalten wurden, die im Mai stattfinden sollten, bevor 2021 Präsident Mahmoud Abbas beschloss, sie auf unbestimmte Zeit zu verschieben.

Infolgedessen bleiben Proteste für Palästinenser das einzige Mittel, um die israelische Politik zu beeinflussen und die politische Realität in den OPT anzufechten. Die Palästinenser in den OPT haben im Laufe der Jahre den Volkswiderstand gegen Israels Militärbesatzung und den Ausbau der Siedlungen mobilisiert und organisiert, der systematisch mit exzessiver und rechtswidriger israelischer Gewalt, willkürlichen Verhaftungen und Strafverfolgung vor Militärgerichten sowie unzulässigen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit beantwortet wurde.

Am bemerkenswertesten ist die erste *Intifada* von 1987-93, die brutal unterdrückt wurde. Eine neue und anhaltende Welle der Volksmobilisierung begann um 2002, als Israel mit dem Bau des Zauns/der Mauer, der Ausweitung der illegalen israelischen Siedlungen und der Enteignung großer Landstriche von palästinensischen Gemeinden in der Nähe des Zauns/der Mauer und/oder der Siedlungen begann. Die

Gemeinden in diesen Gebieten begannen Proteste gegen den Landraub und die Militärherrschaft zu organisieren, die diesen einerseits begünstigt und andererseits die palästinensischen Gemeinschaften unterdrückt. Einige der Mobilisierungen in den Dörfern fanden in Form von wöchentlichen friedlichen Demonstrationen statt.

NABI SALEH

Das Dorf Nabi Saleh in der Nähe von Ramallah war ein Mittelpunkt von Demonstrationen und Aktionen gegen Israels Militärbesatzung und seine Landnahme für Siedlungen. Die benachbarte israelische Siedlung Halamisch enteignete Land des Dorfes, darunter eine Wasserquelle. Israelische Streitkräfte haben wiederholt, als Reaktion auf die Proteste und bei ihren Fahndungs- und Verhaftungs-Razzien übermäßige Gewalt angewandt. Derartige Aktionen führten seit 2009 zum Tod von vier Menschen in dem Dorf: Mustafa Tamimi im Dezember 2011, Rushdie Tamimi im November 2012, Izz Al-Din Tamimi im Mai 2017 und Saba' Obaid im Juni 2018. Hunderte von von ihnen, darunter auch Kinder, wurden verletzt.

Die israelischen Behörden erklären das Gebiet häufig zur militärischen Sperrzone, insbesondere bei Demonstrationen, und sperren Straßen, die in das Dorf hinein- und aus ihm herausführen. Das zwingt die Dorfbewohner und -besucher, das Dorf über Militärkontrollpunkte zu betreten oder zu verlassen. Viele beschwerten sich, dass die israelischen Soldaten sie dort schikanieren. Israelische Soldaten haben auch mutwillig Eigentum beschädigt, wie z. B. die auf den Dächern befindlichen Wassertanks der Bewohner.

Die Armee verhaftet häufig lokale politische Aktivisten und Menschenrechtsverteidiger und führt nächtliche Razzien in dem Dorf durch, bei denen sie häufig Kinder festnimmt, die vor allem beschuldigt werden, Steine auf israelische Truppen geworfen zu haben. Die israelischen Streitkräfte haben auch häufig Sanitäter angegriffen, die Menschen zur Hilfe eilen wollten, sowie Journalisten, die über die Proteste berichteten und sie verletzt, u. a. durch den Einsatz von Tränengaskanistern und gummi-ummantelten Stahlkugeln.

Die repressiven und restriktiven Maßnahmen und Praktiken der Armee in Nabi Saleh kommen in ihrer Gesamtheit einer kollektiven Bestrafung gleich, durch die die gesamte Bevölkerung bestraft wird, auch diejenigen, die sich nicht aktiv gegen die israelische Herrschaft engagieren. Die kollektive Bestrafung von geschützten Personen auf besetztem Gebiet ist gemäß dem humanitären Völkerrecht verboten und, wenn sie verhängt wird, so stellt das ein Kriegsverbrechen dar. Es ist auch ein schwerer Verstoß gegen die internationalen Menschenrechte.

Die Palästinenser im Gazastreifen sahen sich durch ihren Volkswiderstand gegen die Besetzung auch israelischen Repressionen ausgesetzt. Wie oben erwähnt, werden sie aufgrund des „Disengagement von 2005“ (Rückzugs) nicht weiter weitreichenden Militärbefehlen ausgesetzt, die Demonstrationen verhindern und die freie Meinungsäußerung einschränken. Dennoch waren sie bei Protesten in der Nähe des Zauns, der Gaza von Israel trennt, wiederholt übermäßiger und oft tödlicher Gewalt ausgesetzt. Zum Beispiel töteten israelische Streitkräfte zwischen März 2018 und Dezember 2019 circa 214 Palästinenser, darunter auch 46 Kinder, und verletzten 36.100 andere während der Proteste des Großen Marsches der Rückkehr, die ein Ende der illegalen israelischen Blockade und das Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr in ihre Häuser forderten. Während einige Demonstranten versuchten, sich dem Zaun zu nähern und ihn zu beschädigen, und Steine, Molotowcocktails und Branddrachen in Richtung des Zauns warfen, schossen israelische Scharfschützen und andere Soldaten mit gummi-ummantelten Stahlgeschossen und scharfer Munition auf Demonstranten, die keine unmittelbare Bedrohung darstellten, und setzten dabei Hochgeschwindigkeits-Militärwaffen ein, die darauf ausgelegt sind, größtmöglichen Schaden anzurichten (siehe Abschnitt 6.3 „Unrechtmäßige Tötungen und schwere Verletzungen“).

5.4 ENTEIGNUNG VON LAND UND EIGENTUM

Seit 1948 hat der israelische Staat massive und grausame Landentnahmen durchgeführt, um Palästinenser von ihrem Land und ihren Häusern zu enteignen und zu vertreiben. Obwohl die Palästinenser in Israel und den OPT unterschiedlichen rechtlichen und administrativen Regelungen unterworfen sind, hat Israel im

Rahmen der Judaisierungspolitik in allen territorialen Bereichen ähnliche Landenteignungsmaßnahmen durchgeführt. Dadurch soll die jüdische Kontrolle über das Land maximiert werden, während die Palästinenser effektiv darauf beschränkt werden, in separaten, dicht besiedelten Enklaven zu leben. Sie hindert palästinensische Bürger Israels nicht vollständig daran, in überwiegend jüdische Ortschaften zu ziehen, wie die Tatsache zeigt, dass einige, vor allem junge Palästinenser, dies zumindest in den letzten Jahren getan haben, aber es ist ihr gelungen, ihre Präsenz dort zu minimieren. Diese Politik wird in Israel seit 1948 in Gebieten von strategischer Bedeutung, die eine bedeutende palästinensische Bevölkerung umfassen, wie Galiläa und Negev/Naqab, kontinuierlich verfolgt und wurde nach der militärischen Besetzung Israels im Jahr 1967 auf die OPT ausgedehnt. Heutzutage sind die anhaltenden israelischen Bemühungen, die Umsiedlung von Palästinensern im Negev/Naqab, in Ostjerusalem und im Gebiet C des Westjordanlandes unter diskriminierenden Planungs- und Bauregelungen zu erzwingen, die "neuen Grenzen der Enteignung" der Palästinenser und Erscheinungsbild der Strategie der Judaisierung und territorialen Kontrolle. Das kurz nach der Gründung Israels geschaffene Landregime, das nie abgeschafft wurde, ist nach wie vor ein entscheidendes Instrument bei diesen Bemühungen.

Dieser Abschnitt konzentriert sich auf die verschiedenen Land- und Enteignungsgesetze und -politik, die Israel seit 1948 in Israel und seit 1967 auch in den OPT kontinuierlich verfolgt hat, um Palästinenser zum alleinigen Vorteil der jüdischen Bevölkerung zu enteignen. Dazu gehören die selektive Eintragung von Eigentumsrechten im Rahmen des Landtitelverfahrens, die diskriminierende Zuteilung von enteignetem palästinensischem Land für jüdische Siedlungen und die Anwendung eines diskriminierenden Systems der Stadtplanung und Zoneneinteilung, um Palästinenser gewaltsam von ihrem Land und ihrem Eigentum zu vertreiben.

5.4.1 GESETZE UND POLITIKEN ZUR ENTEIGNUNG VON LAND

Bis 1948 belief sich das gesamte, von jüdischen Einzelpersonen und Institutionen im Mandatsgebiet Palästina erworbene, Land auf 1,6 Millionen (160.000 Hektar), was etwa 6,5 % der Gesamtfläche ausmachte. Palästinenser besaßen etwa 90 % des privaten Grundbesitzes in dem Gebiet. Zu dieser Zeit machten die Juden etwa 30 % der Bevölkerung und die Palästinenser etwa 70 % der Bevölkerung aus. Innerhalb des relativ kurzen Zeitraums von etwas mehr als 70 Jahren hat eine bewusste israelische Staatspolitik diese Situation umgekehrt, oft unter Einsatz brutaler Mittel, um die jüdisch-israelische Kontrolle über die Ressourcen sicherzustellen. Während ein Großteil der Beschlagnahmung von palästinensischem Land und Eigentum und die Zerstörung ihrer Dörfer innerhalb Israels in den späten 1940er und 1950er Jahren stattfand, wurden die massiven und rassistisch motivierten Enteignungen bis in die 1970er Jahre fortgesetzt. Die Auswirkungen sind für die Palästinenser nach wie vor gravierend. Sie sind nach wie vor vom Land ihrer Familien ausgeschlossen, dürfen Land und Eigentum, das ihnen oder ihren Familien 1948 gehörte, nicht betreten und nutzen, werden beim Zugang zu Ressourcen diskriminiert und sind praktisch darauf beschränkt, in Enklaven innerhalb des Staates zu leben.

Die Definition Israels als Staat des jüdischen Volkes und die Verpflichtung zur jüdischen Besiedlung des Landes hat jede Möglichkeit ausgeschlossen, dass Palästinenser gleichberechtigten Zugang zu Land, Eigentum und Ressourcen haben, was katastrophale Folgen für die Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Rechte hat. Sie hat auch zur Isolierung und zum Ausschluss der palästinensischen Bürger aus der israelischen Gesellschaft beigetragen und sie als eine Gruppe mit immerwährenden geringeren Rechten und ohne das Recht auf Zugang zu Land und Eigentum, das seit Generationen im Besitz ihrer Familien ist, abgestempelt. Auf diese Weise hat sie die palästinensischen Bürger Israels auf besonders grausame Art ausgegrenzt. Dieser Prozess dauert bis heute an und wurde zuletzt 2018 durch das Nationalstaatsgesetz bekräftigt (siehe Abschnitt 5.1 "Absicht, das palästinensische Volk zu unterdrücken und zu beherrschen"), in dem bekräftigt wird, dass Israel "die Entwicklung der jüdischen Siedlung als einen nationalen Wert ansieht und handeln wird, um ihre Errichtung und Stärkung zu ermutigen und zu fördern".

EINFÜHRUNG EINER DISKRIMINIERENDEN BODENORDNUNG

Die massive Landaneignung erfolgte im Rahmen eines rechtlichen Systems, das darauf abzielte, Land aus palästinensischen Händen in jüdisch-israelische Hände zu überführen und in jüdisch-israelischen Händen zu halten, um die jüdische Herrschaft und Kontrolle über dieses Land unter Ausschluss der Palästinenser zu ermöglichen.

Nach dem Konflikt von 1947-49 und der Zwangsumsiedlung eines großen Teils der palästinensischen Bevölkerung führte Israel ein Landregime ein, das darauf abzielte, so viel Land wie möglich unter staatliche Kontrolle zu bringen, um die jüdische Kontrolle über das Land zu gewährleisten. Das israelische Landregime bestand aus einer Landgesetzgebung, der Neuinterpretation britischer und osmanischer Gesetze, staatlichen und halbstaatlichen Landinstitutionen und einer unterstützenden Justiz, die den Erwerb palästinensischen Landes und dessen diskriminierende Neuzuweisung ermöglichte.

Zwischen 1948 und den frühen 1950er Jahren erließ Israel eine Reihe von Notverordnungen und Gesetzen, um das Land und den Besitz der palästinensischen Bevölkerung zu beschlagnahmen und das Eigentum an diesem Land formell auf den Staat Israel bzw. vom Staat auf den Jüdischen Nationalfonds (JNF), auf Hebräisch Keren Kayemeth LelIsrael (KKL), Gemeinderäte, jüdische Ortschaften sowie jüdische Einzelpersonen und Unternehmen zu übertragen.

Drei wichtige Rechtsvorschriften bildeten den Kern des israelischen Bodenrechts und spielten in diesem Prozess eine wichtige Rolle: 1) das Gesetz über das Eigentum der Abwesenden (Gesetz über die Übertragung von Eigentum) von 1950; 2) das Land Acquisition Law von 1953; und 3) die British Land (Acquisition for Public Purposes) Ordinance von 1943. Die Gesetze und ihre späteren Änderungen, die nach wie vor in Kraft sind, trugen maßgeblich zur Enteignung und zum Erwerb von palästinensischem Land und Eigentum bei und führten im Laufe der Jahre zu dessen ausschließlicher Inbesitznahme durch den israelischen Staat und jüdische nationale Institutionen. Seit der Annexion Ostjerusalems 1967, wurde das gesamte israelische Bodenregime mit seinen verschiedenen Gesetzen, Bodeninstitutionen und gerichtlichen Auslegungen in Ostjerusalem für die Enteignung palästinensischen Bodens und dessen Umwandlung hauptsächlich in staatlichen Boden genutzt. Die israelischen Behörden haben außerdem weitere rechtliche Instrumente und Änderungen eingeführt, die sich auf die palästinensischen Land- und Wohnrechte in Ostjerusalem auswirken. Israel wendet auch ein komplexes System von Landgesetzen an, um Land, auch privates palästinensisches Land, zu enteignen und es dem illegalen Siedlungsunternehmen in dem besetzten Westjordanland und ebenfalls in Gaza (bis zu seinem unilateralen Rückzug im Jahr 2005) zuzuweisen.

Zusätzlich zu den von der israelischen Regierung durchgesetzten Landgesetzen, die das israelische Militär im Westjordanland durchgesetzt hat, darunter auch Militär-Verordnungen und -Anordnungen, die in einigen Fällen bestehende Bestimmungen des israelischen Zivilrechts widerspiegeln, die zur Enteignung palästinensischer Bürger Israels verwendet werden, sowie Not- und Sicherheitsvorschriften, die sich auf Land und Eigentum bezogen, wurden einige osmanische, britische und jordanische Gesetze, die in dem Gebiet galten, angewandt, jedoch von Israel angepasst oder aufgehoben.

Die wichtigsten Gesetze, die im Laufe der Jahre verabschiedet wurden und für die verschiedenen Kontrollbereiche gelten, werden im Folgenden erläutert.

GESETZ ÜBER DAS EIGENTUM ABWESENDER VON 1950

Im September 1948, nach der Ausrufung des Staates, erließ der provisorische israelische Staatsrat Notverordnungen zur Übernahme von Eigentum palästinensischer Flüchtlinge und Binnenvertriebener (IDPs). 1950 regelte das "Absentees' Property Law" die Frage des Eigentums der palästinensischen Flüchtlinge. Es übertrug dem Staat die Kontrolle über das gesamte bewegliche und unbewegliche Eigentum aller Palästinenser, die vertrieben wurden oder aus ihrer Heimat geflohen waren, unabhängig davon, ob sie zu Flüchtlingen außerhalb des Landes oder zu Binnenvertriebenen in Israel wurden, indem es letztere als "abwesende Eigentümer" definierte. Gemäß Artikel 1(b) des Gesetzes:

(b) "Abwesend" bedeutet:

- 1. eine Person, die zu irgendeinem Zeitpunkt in der Zeit zwischen dem 16. Kislew (29. November 1947) und dem Tag, an dem gemäß Abschnitt 9(d) der Rechts- und Verwaltungsverordnung (Law and Administration Ordinance, 5708-1948) eine Erklärung veröffentlicht wird, dass der vom "Provisional Council of State" (Vorläufige Staatsrat) am 10. Iyar 5708 (19. Mai 1948) verhängte Ausnahmezustand, nicht mehr besteht, rechtmäßiger Eigentümer eines im Gebiet Israels gelegenen*

Grundstücks war oder es nutzte oder besaß, unabhängig davon, ob sie selbst es war oder durch andere, und der zu irgendeinem Zeitpunkt während des genannten Zeitraums -

- i. Staatsangehöriger des Libanon, Ägyptens, Syriens, Saudi-Arabiens, Transjordaniens, Iraks oder des Jemen war oder*
- ii. sich in einem dieser Länder oder in einem Teil Palästinas außerhalb des israelischen Staatsgebiets befand oder*
- iii. palästinensischer Staatsbürger war und seinen gewöhnlichen Wohnsitz in Palästina verlassen hatte.*

Somit wurden alle Palästinenser, die nach dem 29. November 1947 geflohen sind oder aus ihren Häusern vertrieben wurden, sowie arabische Staatsangehörige der in dem Artikel genannten arabischen Staaten zu "Abwesenden", und ihr bewegliches und unbewegliches Eigentum kann vom "Custodian of Absentee Property", dem Leiter einer vom israelischen Finanzminister ernannten Stelle, die das Eigentum der Abwesenden verwaltet, beschlagnahmt und in Besitz genommen werden. Ihr Status als "Abwesende" gilt nach wie vor, da der am Mai 1948 verhängte "Ausnahmestand" in Israel in Kraft bleibt.

Im Rahmen dieses Gesetzes eignete sich Israel zwischen 4,2 und 6,6 Millionen Dunam (420.000 bis 666.000 Hektar) Land an. Laut Michael Fischbach, der sich auf die Aufzeichnungen der UN-Vergleichskommission für Palästina (UNCCP) stützt, nahm Israel über 4,45 Millionen (1954), 59.000 Wohnungen und Häuser (1956), 11.000 Unternehmen (1956), 6.246 Bankkonten sowie Fahrzeuge und anderes Eigentum.

Um die Rückkehr der Palästinenser zu verhindern und das verfügbare Land zu nutzen, zerstörten die israelischen Behörden die überwiegende Mehrheit der während des Konflikts von 1947-49 verlassenen palästinensischen 500 Dörfer und ermöglichten es dem Custodian of Absentee Property, palästinensische Grundstücke an Dritte zu übertragen. Im selben Jahr erließ Israel das Gesetz über die Entwicklungsbehörde (Übertragung von Grundstücken) von 1950, mit dem die Entwicklungsbehörde gegründet wurde, eine Einrichtung, die das Eigentum der palästinensischen Flüchtlinge und anderes vom Staat konfisziertes Eigentum (gemäß dem Gesetz über den Landerwerb von 1953 - siehe unten) zum Nutzen des Staates verwalten sollte.

Die Entwicklungsbehörde war für die "Entwicklung" des Staates Israel durch die Nutzung von palästinensischem Eigentum zuständig. Sie siedelte eingewanderte jüdische Familien in den Häusern palästinensischer Flüchtlinge an und stellte den staatlichen Behörden Land für die Entwicklung neuer jüdischer Ortschaften zur Verfügung. Das Gesetz über die Entwicklungsbehörde 1950 ermächtigte die Entwicklungsbehörde, Grundstücke zu besitzen, zu verkaufen, zu verpachten, zu bauen und zu renovieren und Grundstücksgeschäfte nur mit dem Staat, dem JNF/KKL oder einer vom Staat zu diesem Zweck ermächtigten Stelle, z. B. einer Gemeindebehörde, zu tätigen.

Ein weiterer großer Transfer von Land der palästinensischen Flüchtlinge erfolgte von der israelischen Regierung an den JNF/KKL, der als "Zwei-Millionen-Deal" bekannt ist. Die erste Million Dunam (genauer gesagt 1.109.768 Dunam) wurde im Januar 1949 übertragen, einen Monat nach der Verabschiedung der UN-Resolution 194 bezüglich des Rückkehrrechts der palästinensischen Flüchtlinge. Die zweite Million Dunam (genauer: 1.271.734 Dunam) wurde im Oktober 1950 übertragen. Der JNF/KKL arbeitete mit der israelischen Regierung zusammen, um diese Ländereien für die jüdische Besiedlung und Aufforstung verfügbar zu machen. So wurde das Land der palästinensischen "Abwesenden" an verschiedene jüdische Institutionen, Regierungsstellen und Stadtverwaltungen übertragen und dann an einzelne jüdische Israelis verpachtet, die entweder in den Häusern oder Wohnungen von Palästinensern wohnten oder das Land für industrielle oder landwirtschaftliche Zwecke pachteten. 1950 besaß der JNF/KKL 2,1 Millionen Dunam und der Staat beanspruchte als Eigentum 16,5 Millionen Dunam Land.

Das Gesetz über das Eigentum von Abwesenden schloss in seine Definition auch palästinensische Binnenvertriebene ein, deren Zahl sich im Jahr 1948 auf etwa 30.000 belief. Diese Menschen waren aus ihren Dörfern und Häusern vertrieben worden und hatten sich meist in nahe gelegenen palästinensischen Dörfern innerhalb Israels niedergelassen. Sie galten als "Abwesende", obwohl sie nie eine internationale Grenze überschritten hatten und in vielen Fällen nur wenige Kilometer entfernt von ihren Häusern und ihrem Land entfernt blieben. (Zum Beispiel ließen sich Palästinenser aus Saffuri in Nazareth,

Palästinenser aus Ma'lul in Yafat Al-Nasira und Palästinenser aus Iqrit in Al-Jish nieder.) Diese Binnenvertriebenen wurden als die "anwesend Abwesende" bekannt. 1973 verabschiedete die Knesset ein Gesetz, das eine Entschädigung für "anwesend Abwesenden" vorsah, ihnen aber nicht erlaubte, auf ihr Land oder in ihre Dörfer zurückzukehren, selbst wenn ihr Land noch frei war und sich nicht im Besitz einer dritten Partei befand. Allerdings beantragten nur wenige Palästinenser eine Entschädigung. Sie weigerten sich, ihren historischen Anspruch auf das Land aufzugeben und zwangen die Knesset, die Dreijahresfrist für die Entschädigung zu verlängern.

JUDAISIERUNG VON GALILÄA: ZERSTÖRUNG VON IQRIT

1948 wies die israelische Armee die fast 600 Einwohner von Iqrit, einem palästinensischen Dorf nordöstlich von Akko in Nordisrael, an, ihre Häuser "vorübergehend" zu verlassen. Das Dorf wurde gemäß den Notstandsverordnungen zur Militärzone erklärt, und die Bewohner durften nie wieder zurückkehren. Die Bewohner reichten eine Petition beim Obersten Gerichtshof Israels ein, um ihr Recht auf Rückkehr auf ihr Land zu erhalten, und gewannen den Prozess. Das israelische Verteidigungsministerium weigerte sich, die Entscheidung umzusetzen. Stattdessen erließ es einen neuen Militärbefehl und zerstörte das Dorf 1951 bis auf die Kirche und den Friedhof, die bis heute erhalten geblieben sind. Diese Maßnahmen sollten sicherstellen, dass Iqrit keinen Präzedenzfall für die Rückkehr anderer Palästinenser in ihre Dörfer schuf. Die ehemaligen Bewohner von Iqrit haben sich mehrmals an den Obersten Gerichtshof gewandt und auf politischer Ebene für ihre Rückkehr geworben. Zuletzt beantragten sie 2003 die Rückkehr in ihre ursprünglichen Häuser oder zumindest in nahe gelegene, vom Staat nicht genutzte Gebiete. Das Gericht lehnte ihren Antrag auf Rückkehr in ihr ursprüngliches Land mit der Begründung ab, dass die Sicherheitslage ihre Rückkehr nicht rechtfertigen könne, und bot ihnen stattdessen eine Entschädigung an. Die Regierung brachte erneut ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die Annahme der Petition weitreichende Folgen für andere Binnenvertriebene haben würde, die ebenfalls eine Rückkehr in ihre ursprünglichen Dörfer fordern würden.

Die Gemeinde Iqrit umfasst heute rund 1.500 Personen, von denen viele im Dorf Iqrit leben. Al-Rameh, 20 km entfernt. Trotz der Weigerung Israels, ihnen ihr Recht auf Rückkehr in ihr ursprüngliches Dorf zu gewähren, hat die Gemeinde seit den 1970er Jahren religiöse und gesellschaftliche Veranstaltungen in der dortigen Kirche abgehalten. Shadia Murqos Sbeit, eine Aktivistin der Iqrit-Gemeinde, die sich für die Rückkehr nach Iqrit einsetzt, erklärte gegenüber Amnesty International:

"Der Friedhof und die Kirche spielen eine entscheidende Rolle, weil im Dorf Trauungen und Todesfälle stattfinden und der Lebenszyklus aufrechterhalten wird."

Shadia Murqos Sbeit kämpft seit den 1990er Jahren für die Rückkehr nach Iqrit, als sie zusammen mit anderen jungen Mitgliedern der Gemeinschaft begann, Lager im Dorf zu errichten, um die Rückkehr zu ermöglichen. Sie sagte:

„Wir haben die "Rückkehrlager" als eine andere Form des Kampfes [gegen unsere Vertreibung] ins Leben gerufen. Wir wollten einen anderen Kampf, einen, der sich nicht um die Regierung oder das Gericht scherte und der die Rückkehr und die Zugehörigkeit zum Dorf in den Mittelpunkt des Kampfes stellte, also zogen wir um, um im Dorf zu leben. Wir wollten für unsere Gemeinschaft kämpfen und nicht nur für Land. Dieser Kampf dauert bis heute an.“



Ein palästinensischer Mann geht in den Trümmern seines palästinensischen Heimatdorfes Iqrit in der Region Galiläa in Israel spazieren, um bei einem Besuch anlässlich des Weihnachtsfestes im Dezember den Namen des Besitzers eines zerstörten Hauses anzubringen – Foto 25. Dezember 2011 © Ahmad Gharabli / AFP via Getty Images

Die Kampagne der Gemeinde, in das Dorf zurückzukehren, geht weiter, obwohl Israel dies immer wieder leugnet und versucht, es zu verhindern. Shadia Murqos Sbeit fügte hinzu:

„Unsere Kinder sind jetzt Teil des Kampfes. Aber die [israelischen] Behörden versuchen immer wieder, sie daran zu hindern, etwas außerhalb des Kirchengeländes zu errichten. Einige Aktivisten werden von der Polizei ins Visier genommen, und einige erhielten den Befehl, sich vom Dorf fernzuhalten. Die Behörden beschlagnahmten alles, was sie außerhalb der Kirche finden, und haben alles, was die Aktivisten gepflanzt haben, entwurzelt. Einmal haben die Behörden angeordnet, einen Esel zu entfernen, den sie mitgebracht hatten, und ein anderes Mal einen Hühnerstall, den sie aufgestellt hatten. Trotz alledem kämpfen die Menschen weiter für ihre Rückkehr.“

Der Fall der Binnenvertriebenen aus dem Dorf Iqrit ist ein Paradebeispiel dafür, wie Israel die Militärherrschaft einsetzte, um Palästinenser zu enteignen und sie daran zu hindern, in ihre Häuser und Dörfer zurückzukehren - was die damalige offizielle Darstellung, die Militärherrschaft sei zur Aufrechterhaltung der Sicherheit notwendig, untergräbt - und es dem Staat gleichzeitig ermöglichte, palästinensisches Eigentum nach dem Gesetz über das Eigentum von Abwesenden zu beschlagnahmen.

Das Gesetz über das Eigentum von Abwesenden betrachtete auch Waqf-Eigentum in Israel als "verlassen". *Waqf* ist eine Stiftung nach islamischem Recht, bei der eine Institution Eigentum für wohltätige Zwecke besitzt, oft als Ergebnis einer Spende durch eine Einzelperson oder Gruppe. Dazu gehörten muslimische heilige Stätten, Häuser, Handelszentren und andere Gebäude, Unternehmen und landwirtschaftliche Flächen. Diese wurden dann vom Staat beschlagnahmt und an den Custodian of Absentee Property übertragen. Bis zu 85 % des Waqf-Eigentums wurden an den Verwalter des abwesenden Vermögens übertragen. Bis 1948 hatte der Oberste Muslimische Rat die Waqf-Güter verwaltet. Israel betrachtete den Rat als einen "Abwesenden", da die meisten seiner Mitglieder Flüchtlinge waren. Zwar gibt es keine genauen Statistiken über die konfiszierten Waqf-Güter, doch handelte es sich dabei um beträchtlichen

Besitz, der in Palästina seit der osmanischen Ära fest etabliert war. Einer wissenschaftlichen Studie zufolge waren bis zu 20 % des bewirtschafteten Landes 1948 in Palästina Waqf-Land.

Die Anfechtung dieser massenhaften Aneignung von Waqf-Grundstücken gelangte bis vor die israelischen Gerichte. Aufgrund der Sensibilität und Komplexität der Angelegenheit, einschließlich der Tatsache, dass einige der Waqf-Grundstücke auch unter dem Namen der Treuhänder (Personen oder Komitees) registriert waren und dass es sich bei einigen um religiöse Stätten handelte, übertrug der Custodian of Absentee Property die Verwaltung einiger Waqf-Grundstücke an das israelische Ministerium für religiöse Angelegenheiten. Um diese Entscheidung zu umgehen, verabschiedete die Knesset jedoch 1965 eine Gesetzesänderung, die rückwirkend die Übertragung des Waqf-Eigentums direkt an den Verwalter des abwesenden Eigentums ohne jegliche Ansprüche oder Bedingungen, die bei der Schenkung gestellt wurden, erlaubt.

Nach der Annexion Ostjerusalems durch Israel wandten die israelischen Behörden schrittweise das Gesetz über das Eigentum von Abwesenden an, um die Enteignung von palästinensischem Land und Flüchtlingsbesitz in der Stadt voranzutreiben. Im Jahr 1968 erließ der israelische Staatsanwalt eine Richtlinie für die zuständigen israelischen Behörden, das Eigentum von Palästinensern, die im übrigen Westjordanland verblieben waren, nicht zu beschlagnahmen, erlaubte aber die Beschlagnahme von Eigentum von Palästinensern und anderen Arabern, die als Flüchtlinge außerhalb der OPT landeten. Zwei Jahre später verabschiedete Israel das Gesetz über Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten, das die Anwendung der israelischen Gesetze im annektierten Ostjerusalem regelte, einschließlich der Anwendung des Gesetzes über das Eigentum von Abwesenden. Bis 1977 wurde das Gesetz in Jerusalem nur begrenzt angewandt. Als die Likud-Partei in jenem Jahr an die Macht kam, änderte die Regierung von Premierminister Menachem Begin diese Politik. Im Dezember 1977 erließ sie einen Beschluss, der die Beschlagnahme aller "Abwesenheitsgrundstücke" erlaubte, auch derjenigen Palästinenser, die sich noch in den OPT aufhielten.

Die Entscheidung Israels, die Stadtgrenzen Jerusalems zu verschieben und Ostjerusalem einzubeziehen, hatte Auswirkungen auf das Leben der im Westjordanland lebenden Palästinenser, die in dem neu annektierten Gebiet Eigentum oder Teile davon besaßen. Die israelischen Behörden bezeichneten diese Grundstücke als "Abwesenheitsgrundstücke", die als solche von Israel beschlagnahmt wurden, obwohl sie in einigen Fällen nur wenige Meter von den Häusern der palästinensischen Eigentümer entfernt lagen.

Erst 1992 erregte die Anwendung des Gesetzes die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, nachdem eine interministerielle Kommission eingesetzt worden war, die die Rolle des Staates, einschließlich der Verwendung staatlicher Mittel, bei der Beschlagnahme von Grundstücken in Ostjerusalem und deren Übergabe an Privatpersonen und jüdische Siedlerorganisationen, vor allem Ateret Cohanim (offiziell bekannt als Ateret Yerushalayim) und Elad-Ir David Foundation (Elad), untersuchen sollte. Beide Organisationen spielen eine zentrale Rolle im Prozess der Sicherung der jüdischen Kontrolle in Ostjerusalem, vor allem durch die Ansiedlung von Juden in der Altstadt und in palästinensischen Vierteln (siehe Abschnitt 5.4.3 "Diskriminierende Zuweisung von enteignetem palästinensischem Land für jüdische Siedlungen"). Die interministerielle Kommission untersuchte 68 dieser Grundstücke, von denen ein großer Teil als "Abwesenheitsgrundstücke" beschlagnahmt wurde.

Obwohl der Oberste Gerichtshof Israels in den 1980er und 1990er Jahren die Rechtmäßigkeit der Anwendung des Gesetzes über das Eigentum von Abwesenden bestätigt hatte, erklärte der damalige israelische Generalstaatsanwalt Menachem Mazuz 2005, dass die "Abwesenheit" von Palästinensern, die im Westjordanland lebten und Eigentum in Ostjerusalem besaßen, lediglich "technisch" sei und mehrere rechtliche Schwierigkeiten berge, die sich aus der Anwendung des Gesetzes bei solchen Fällen ergäben. Die Behörden beschlossen daher, dass eine spezielle Kommission im Rahmen des Gesetzes die Beschlagnahme oder Freigabe von "Eigentum der Abwesenden" in Ostjerusalem genehmigen sollte. Dieser Standpunkt wurde jedoch 2010 geändert, als ein nachfolgender Generalstaatsanwalt, Yehuda Weinstein, zu dem Schluss kam, dass das Gesetz wie bisher angewendet werden sollte. Im April 2015 bestätigte der Oberste Gerichtshof Israels die Anwendbarkeit des Gesetzes über das Eigentum von Abwesenden auf Grundstücke in Ostjerusalem, die im Besitz von im Westjordanland lebenden Palästinensern sind, und genehmigte alle vorangegangenen Enteignungen, die auf der Grundlage dieses Gesetzes durchgeführt wurden. Infolgedessen wird das Absentees' Property Law trotz politischer Kritik weiterhin zur Enteignung von Grundstücken in Ostjerusalem verwendet, deren Eigentümer im Westjordanland leben. Es wird auch weiterhin von Siedlerorganisationen genutzt, um die jüdische Präsenz in Ostjerusalem zu erhöhen.

Die Anwendung des Gesetzes über das Eigentum von Abwesenden in Ostjerusalem auf palästinensisches Eigentum, nicht aber auf jüdisches Eigentum, zeugt von einer diskriminierenden Politik. Diese Schlussfolgerung wird durch die weitaus günstigere Behandlung von Eigentum durch die israelischen Behörden untermauert, das zuvor im Besitz von jüdischen Eigentümern in Ostjerusalem war. 1973, verabschiedete die Knesset eine Änderung des Gesetzes über Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten von 1970, um die Frage der jüdischen Grundstücke in Ostjerusalem aus der Zeit vor 1948 zu regeln. Mit dieser Änderung übertrug das Gesetz alle jüdischen Grundstücke im annektierten Ostjerusalem aus der Zeit vor 1948, die sich im Besitz des jordanischen "Custodian of Enemy Property" befanden, auf den israelischen "Custodian General", den Leiter einer dem israelischen Justizministerium unterstellten Einrichtung, die alle Grundstücke in Israel verwaltet, wenn die Eigentümer nicht in der Lage sind, sie zu verwalten, oder nicht auffindbar sind, und die auch eine wichtige Rolle in Bezug auf Grundstücke in Ostjerusalem spielt, die vor 1948 im Besitz von Israelis waren.⁵¹⁶ Ferner heißt es in dem Gesetz, dass der "Custodian General" diese Grundstücke auf Antrag des ursprünglichen jüdischen Eigentümers oder seiner rechtmäßigen Erben an sie zurückgeben wird. Das Gesetz gilt nur für jüdische Grundstückseigentümer, nicht aber für Palästinenser, deren Grundstücke, z. B. in Westjerusalem, nach 1948 beschlagnahmt wurden. Es handelt sich um eine eindeutig diskriminierende Entschädigungsregelung, die nur jüdischen Grundstückseigentümern zugutekommt. Man sollte auch zur Kenntnis nehmen, dass die ursprünglichen jüdischen Eigentümer, die meisten waren im Zuge des Konflikts von 1947-49 vertrieben worden, vom Staat Israel bereits nach 1948 alternative Wohnungen erhalten haben.

Einer Schätzung zufolge, die Israel und Ostjerusalem zusammen betrachtet, haben die israelischen Behörden auf der Grundlage des Gesetzes über das Eigentum der Abwesenden mehr als 10.000 Geschäfte, 25.000 Gebäude und fast 60 % des fruchtbaren Landes enteignet, das palästinensischen Flüchtlingen gehört.

GRUNDERWERBSRECHT VON 1953

Die massenhafte Beschlagnahme von Land beschränkte sich nicht auf das Eigentum palästinensischer Flüchtlinge und Binnenvertriebener. In den ersten Jahren nach der Gründung Israels gab es noch eine beträchtliche Menge an kultivierbarem Land in Privatbesitz von palästinensischen Bürgern Israels gehörte, die nicht vom Gesetz über das Eigentum der Abwesenden betroffen waren. Die Behörden suchten nach anderen Mitteln, um diese Ländereien zu konfiszieren und in den Besitz des Staates zu überführen. Zu diesem Zweck "legalisierte" das Landerwerbsgesetz von 1953 rückwirkend die Enteignung von Land, das der Staat, neu gegründete jüdische Gemeinden und die israelische Armee nach dem Konflikt von 1947-49 per Notverordnung in Besitz genommen hatten. Das Gesetz schuf auch die Rechtsgrundlage für weitere Landenteignungen.

Die israelischen Behörden hatten zunächst die von den Briten in 1945 erlassenen "Defence (Emergency) Regulations" genutzt, um bestimmte Gebiete zu "Sperrzonen" zu erklären und Palästinenser daran zu hindern, auf ihr Land zurückzukehren oder es zu bewirtschaften. Zusammen mit den Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der palästinensischen Bürger durch die Militärverwaltung waren sie ein wesentlicher Bestandteil der Sicherung der jüdischen Kontrolle über das Land (siehe Abschnitt 5.3.4 "Einsatz der Militärregierung"). Die von Israel erlassenen Notstandsverordnungen (Sicherheitszonen) von 1949 ermächtigten den Verteidigungsminister, Sicherheitszonen auszurufen und den Menschen zu befehlen, solche Gebiete zu verlassen. Die Vertreibung der Palästinenser aus den Dörfern Iqrit und Biraim wurde beispielsweise auf der Grundlage dieser Verordnungen durchgeführt. Die Notstandsverordnungen (Kultivierung von Brachland und Nutzung von unerforschten Wasserressourcen) von 1948 ermächtigten den Landwirtschaftsminister, unbewirtschaftetes Land zu übernehmen. Das Notstandsgesetz von 1949 erlaubte die "Beschlagnahme" von Grundstücken oder Gebäuden "für die Verteidigung des Staates, die öffentliche Sicherheit, die Aufrechterhaltung der Grundversorgung oder der wesentlichen öffentlichen Dienstleistungen, die Aufnahme von Einwanderern oder die Rehabilitation ehemaliger Soldaten oder Kriegsinvaliden".

Die im Rahmen dieser Notstandsregelungen übernommenen Grundstücke und Immobilien wurden von jüdischen Gemeinden und Einrichtungen kontrolliert und genutzt. Die ursprünglichen palästinensischen Eigentümer besaßen jedoch nach wie vor den Rechtsanspruch auf das Land. Daher verabschiedete die Knesset das Gesetz über den Landerwerb von 1953, mit dem das Land beschlagnahmt und die Rechtstitel der palästinensischen Eigentümer aufgehoben werden konnten. Nach diesem Gesetz konnte Land als staatliches Land registriert werden, wenn:

1. *es sich am 1. April 1952 nicht im Besitz eines Dritten befand;*
2. *es vom Staat zwischen 14. Mai 1948 und 1. April 1952 für Entwicklungs-, Siedlungs- oder Sicherheitszwecke verwendet oder zugewiesen wurde; und*
3. *es für einen dieser Zwecke weiterhin erforderlich war.*

Mit einer Bescheinigung des Finanzministers, dass diese Bedingungen erfüllt sind, würde das Land an die Entwicklungsbehörde übertragen werden. Etwa 1,25 Millionen Dunam wurden in Israel auf der Grundlage des Landerwerbgesetzes enteignet, darunter auch 137.400 Dunam von Beduinen in der Negev/Naqab. Im Rahmen dieses Gesetzes wurde eine geringe Entschädigung vorgeschlagen, doch nur wenige Palästinenser beantragten sie. Im Jahr 2000 hatten die Palästinenser nur 15.975 Entschädigungsanträge für 205.669 Dunam gestellt, die sowohl nach dem Gesetz über den Landerwerb als auch nach dem Gesetz über das Eigentum der Abwesenden beschlagnahmt worden waren. Der Hauptgrund für die geringe Zahl der Antragsteller war die Weigerung der Palästinenser, die israelische Beschlagnahmung ihres Landes zu legitimieren. Außerdem war die angebotene Entschädigung viel niedriger als der tatsächliche Wert des Landes.

VERORDNUNG ÜBER DEN ERWERB VON GRUNDSTÜCKEN FÜR ÖFFENTLICHE ZWECKE VOM 1943

Ein weiteres rechtliches Instrument zur Beschlagnahmung von Land, das sich noch in den Händen palästinensischer Bürger in Israel und ab 1967 in den Händen palästinensischer Bewohner Ostjerusalems befindet, war das Landgesetz aus der britischen Zeit (Acquisition for Public Purposes) Ordinance von 1943.

Nach dieser Verordnung wurde der Finanzminister mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet, um Land für "öffentliche Zwecke" zu enteignen, d. h. für alle Zwecke, die der Minister als solche definiert. Der Minister ist nicht verpflichtet, den Zweck im Einzelnen zu nennen, und gegen Zahlung einer Entschädigung geht das Land in den Besitz des Staates über oder wird vorübergehend genutzt. Die Verordnung schuf die Grundlage für die Beschlagnahme von Land, das sich noch in palästinensischer Hand befand, und erlaubte die Beschlagnahme für eine Reihe von öffentlichen Zwecken, die über die in anderen Gesetzen und Verordnungen vorgesehenen hinausgingen. Die Konfiszierung für "öffentliche Zwecke" wurde missbraucht, um Land von Palästinensern an den Staat zu übertragen und ausschließlich jüdischen Israelis und Institutionen zugutekommen zu lassen.

Die wichtigste Anwendung der Verordnung begann Mitte der 1950er Jahre im Rahmen der Pläne der Regierung zur "Judaisierung Galiläas". Jüdische israelische Großstädte und Ortschaften (wie Ober-Nazareth, Ma'alot und Karmiel) sollten inmitten von überwiegend palästinensischen Gebieten in Galiläa gebaut werden, um jede palästinensische geografische Kontinuität dort zu verhindern.

Seit den späten 1950er Jahren nutzte Israel die Verordnung, um riesige Flächen palästinensischen Privatlands zu enteignen und für den Bau und die Entwicklung jüdischer Städte und Siedlungen an den JNF/KKL zu übertragen. So nutzten die israelischen Behörden das Gesetz beispielsweise 1957, um 1.200 palästinensische Landbesitzer in Nazareth und den umliegenden Dörfern zu enteignen und die jüdische Stadt Ober-Nazareth zu errichten. Das Gesetz wurde auch zur Enteignung von mehr als 20.000 Dunam Land in der Umgebung palästinensischer Dörfer in Galiläa verwendet, was Proteste auslöste, bei denen sechs palästinensische Demonstranten von israelischen Streitkräften am 30. März 1976 getötet und mehr als 100 verletzt wurden. In Israel und den OPT begehen die Palästinenser dieses Ereignis jedes Jahr als Tag des Landes.

Im Rahmen dieser Verordnung enteignete Israel mindestens 1,85 Millionen Dunam Land von der palästinensischen Bevölkerung in Israel. Einer akademischen Studie zufolge geht aus einem Bericht der israelischen Landverwaltung von 1992, der damals für die Verwaltung des staatlichen Bodens in Israel zuständigen Regierungsstelle, hervor, dass die Verordnung bei der Beschlagnahmung von 1,85 Millionen Dunam angewandt wurde, von denen sich 92 % im Privatbesitz von Palästinensern befanden.

Im Jahr 2001 stellte der Oberste Gerichtshof Israels zum ersten Mal in einem bahnbrechenden Präzedenzfall das Gesetz über die Enteignung von Grundstücken in Israel in Frage, als er die Beschlagnahmung von Grundstücken, die zuvor jüdischen israelischen Eigentümern gehörten, gemäß der Verordnung von 1943 prüfte. Der Fall *Kansik* wurde von den Erben des ursprünglichen jüdischen Eigentümers vorgebracht. Der Präzedenzfall, der von einem neunköpfigen Richtergremium mit jeweils unterschiedlichen Begründungen entschieden wurde, besagt, dass, wenn der öffentliche Zweck, der als Grundlage für die Landenteignung diene, nicht mehr besteht, die Enteignung in der Regel rückgängig gemacht wird und der ursprüngliche Eigentümer vorbehaltlich noch zu formulierender Ausnahmen und Regeln Anspruch auf die Rückgabe des Landes hat. Im Anschluss an die Entscheidung und aus Angst vor den großen Auswirkungen, die dies auf das von palästinensischen Eigentümern beschlagnahmte Land haben könnte, verabschiedete die Knesset ein Gesetz, um die Karsik-Entscheidung zu umgehen. Mit der Änderung von 2010 der Verordnung über den Erwerb von Grund und Boden für öffentliche Zwecke von 1943 wurde die Rechtmäßigkeit des israelischen Eigentums an dem nach diesem Gesetz enteigneten Land bestätigt, auch wenn das Land nicht für den ursprünglichen Zweck der Enteignung verwendet wurde. Die Änderung ermächtigte den Finanzminister außerdem, das enteignete Land an Dritte zu verkaufen, etwa an jüdische nationale Einrichtungen. Adalah hat dokumentiert, dass das Ziel der Änderung in erster Linie darin bestand, Ansprüche palästinensischer Landbesitzer auf Land zu blockieren, das ihnen für "öffentliche Zwecke" entzogen und später nicht für diesen Zweck genutzt wurde.

MILITÄRBEFEHLE IN OPT

Wie oben erwähnt, griff Israel auf Notstands- und Militärgesetze zurück, um palästinensisches Land im Westjordanland jenseits von Ostjerusalem und bis zu seinem einseitigen Rückzug vom Gazastreifen 2005 zu beschlagnahmen, um seine Kontrolle über das Gebiet durch den Bau und die Ausweitung von Siedlungen und der damit verbundenen Infrastruktur, die Einrichtung von Nationalparks, archäologischen Stätten und militärischen "Schießzonen" herzustellen und aufrechtzuerhalten. In den ersten zehn Jahren der Besetzung des Westjordanlands und des Gazastreifens konfiszierten die israelischen Behörden palästinensisches Privatland vor allem durch Beschlagnahme-Anordnungen, Enteignungsanordnungen, Verfügungen über abwesendes Eigentum und militärische Anordnungen, mit denen bestimmte Gebiete zu "militärischen Sperrgebieten" erklärt wurden. Diese Maßnahmen wurden legitimiert durch den Obersten Gerichtshofs Israels, der die Frage der Rechtmäßigkeit der Siedlungen letztlich für nicht justiziabel erklärte. Das Gericht entschied, dass die Enteignung von privatem Land zur Errichtung von zivilen Siedlungen legal sei, solange die Enteignung aus Sicherheitsgründen notwendig und vorübergehend sei.

Im Rahmen von Beschlagnahme-Anordnungen wurden palästinensische Privateigentümer gezwungen, ihr Land an den israelischen Staat zu "verpachten", um Militärbasen und jüdische Siedlungen zu errichten, die die israelischen Behörden angeblich aus Sicherheitsgründen benötigten. Die Anordnungen wurden zwar für einen begrenzten Zeitraum ausgestellt und galten daher als vorübergehend, doch die Tatsache, dass sie einerseits verlängerbar waren und andererseits oft kein Ablaufdatum enthielten, bedeutete, dass die Beschlagnahmung in Wirklichkeit dauerhaft war. Im Gegensatz dazu wurden durch Enteignungsbeschlüsse die privaten Eigentumsrechte der Palästinenser zwangsweise und dauerhaft auf den Staat übertragen. Da es sich um ein dauerhaftes Verfahren handelt, sind Enteignungen auf militärischen Befehl nur dann zulässig, wenn sie für "öffentliche Zwecke" durchgeführt werden, die der "lokalen" Bevölkerung durch Infrastruktur wie Straßen und öffentliche Gebäude dienen. Ein großer Teil des palästinensischen Landes in den OPT wurde jedoch ausschließlich zum Nutzen der Siedler enteignet, um Umgehungsstraßen zu bauen, die ausschließlich den Siedlern dienen. Zehntausende von Dunams wurden auch für den Bau der Siedlungen Ma'ale Adumim und Ofra in der Nähe von Jerusalem bzw. Ramallah enteignet, unter dem Vorwand, in diesen Gebieten eine Industriezone und "Arbeiterunterkünfte" zu errichten. Darüber hinaus wurden weite Teile der OPT auf militärischen Befehl hin zu "militärischen Sperrgebieten" erklärt, die von Palästinensern, einschließlich ihrer rechtmäßigen Eigentümer, ohne Sondergenehmigung nicht betreten werden dürfen. Zu diesen Gebieten gehören Teile des Jordantals und der südlichen Hebron-Hügel, die in erster Linie für militärische Ausbildungszwecke genutzt werden, sowie das Land um die Siedlungen. In Anlehnung an die Bestimmungen des Gesetzes über das Eigentum von Abwesenden von 1950, das die israelischen Behörden zur Beschlagnahmung von Land und Eigentum palästinensischer Flüchtlinge und Binnenvertriebener aus dem Konflikt von 1947-49 nutzten, wurden militärische Anordnungen und Verordnungen über das Eigentum von Abwesenden zu einem weiteren Instrument für die Behörden, um Land und Eigentum palästinensischer Flüchtlinge zu beschlagnahmen, die während des Konflikts 1967 aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen geflohen waren und denen in den meisten Fällen die Rückkehr in ihre Häuser verwehrt wurde. Gemäß dem Militärbefehl 58 von 1967 wird "Eigentum, dessen

rechtmäßiger Eigentümer oder wer auch immer nach dem Gesetz die Kontrolle darüber hat, das Gebiet vor dem 7. Juni 1967 oder danach verlassen hat", zu "abwesendem" oder "verlassenen" Eigentum erklärt. Der Erlass und seine späteren Änderungen übertrugen die Verwaltung aller "abwesenden" Grundstücke und Immobilien dem "Custodian of Absentee Property" (und später dem "Custodian for Government and Abandoned Property in Judea and Samaria", dem Leiter einer der israelischen Zivilverwaltung unterstellten Einrichtung, die mit der Verwaltung von Grundstücken und Immobilien im besetzten Westjordanland mit Ausnahme von Ostjerusalem betraut ist) bis zur Rückkehr der rechtmäßigen Eigentümer, die sie zurückfordern können. In der Praxis jedoch konnten palästinensische Eigentümer in den seltenen Fällen, in denen sie entweder nachweisen konnten, dass sie nicht abwesend waren, oder im Rahmen von Verfahren zur Familienzusammenführung in die besetzten Gebiete zurückkehren konnten, ihr Land und ihre Unternehmen in den meisten Fällen nicht zurückerhalten, da jede Transaktion im Zusammenhang mit ihrer Übertragung, die von der Verwahrstelle für abwesendes Eigentum genehmigt wurde, in "gutem Glauben" erfolgte. Tatsächlich wurden im Jordantal Tausende von Dunam Land für den Siedlungsbau und die Einrichtung von Militärstützpunkten bereitgestellt. 2006 räumten israelische Beamte ein, dass die Eigentümer von abwesendem Land auf eine spezielle Liste gesetzt worden waren, um ihre Rückkehr in die OPT zu verhindern und sie daran zu hindern, ihr Eigentum einzufordern.

1979 zwang eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs zur Siedlung Elon Moreh in der Nähe von Nablus die israelischen Behörden, ihre Politik der Beschlagnahme von Land für militärische Zwecke zu ändern. Das Gericht entschied, dass die Siedlung illegal sei, weil sie nicht militärisch genutzt werde, nachdem sowohl die Siedler als auch der damalige Generalstabschef der Armee Argumente vorgebracht hatten, mit denen sie den Standpunkt des Staates zur militärischen Notwendigkeit in Frage stellten, den sie aus ideologischen und strategischen Gründen vertraten. Seitdem ist der Gebrauch von Beschlagnahme-Anordnungen drastisch zurückgegangen, hat aber nicht ganz aufgehört, während das bis dahin beschlagnahmte Land nie an seine palästinensischen Eigentümer zurückgegeben wurde.

Nach der Gerichtsentscheidung begannen die israelischen Behörden damit, große Teile von Grundstücken, die nicht im Grundbuch eingetragen waren, zu beschlagnahmen, indem sie sie auf der Grundlage der Militärverordnung 59 von 1967 betreffend Staatseigentum zu Staatsland erklärten. Nach diesem Erlass wird "Staatseigentum" als jedes Grundstück definiert, das vor dem 7. Juni 1967 einem "feindlichen Staat" gehörte, "oder jedes Grundstück, das einer mit einem feindlichen Staat verbundenen Schlichtungsstelle gehört". Dazu gehören nicht eingetragene Grundstücke oder Grundstücke, deren Eigentumsverhältnisse gerade gerichtlich geklärt werden (siehe Abschnitt 5.4.2 "Regelung von Landtiteln: Eintragung von Landrechten"), sowie bewegliches und unbewegliches Eigentum. Der Erlass unterstellte all dieses Eigentum der Kustodie für staatliches und verlassenes Eigentum in Judäa und Samaria und ermächtigte sie, Transaktionen im Zusammenhang mit diesem Eigentum vorzunehmen, die auch dann noch gültig sind, wenn sich später herausstellt, dass das Eigentum nicht dem Staat gehört, sofern sie in "gutem Glauben" vorgenommen wurden. Wie im Fall des "abwesenden Eigentums" hinderte die "Gutglaubensklausel" die überwältigende Mehrheit der palästinensischen Eigentümer daran, ihr Land zurückzuerhalten, selbst wenn sie einen Rechtsanspruch darauf hatten.

5.4.2 Grundbucheintragung: Registrierung der Landrechte

Das Verfahren zur Regelung von Landtiteln, das unter dem britischen Mandat 1928 initiiert wurde, wurde zu einem weiteren Instrument für Israels Enteignung der Palästinenser in allen Bereichen der Kontrolle und letztlich, ermöglichte es den israelischen Behörden, Millionen von Dunam an staatlichem Land für die jüdische Besiedlung zu übertragen. Auf der Grundlage ihrer Land (Settlement of Title) Ordinance von 1928 strebten die britischen Behörden die Eintragung von Landtiteln auf der Grundlage vermessener Karten an, die das Land in bestimmte Blöcke und Parzellen aufteilten. Bis zum Ende ihres Mandats hatten sie jedoch nur die Titel von etwa 5,5 Millionen der 26 Millionen Dunam Palästinas registriert, 5 Millionen davon fielen auf das Gebiet des heutigen Israel. Die Briten begannen den Prozess selektiv, meist in jüdischen Gebieten oder in Gebieten, in denen es Landstreitigkeiten zwischen Juden und Arabern gab. Die britische Verordnung wurde mit einigen Änderungen in das israelische Rechtssystem übernommen und 1969 als Land (Settlement of Title) Ordinance (New Version) oder Land Law bekannt. Durch die juristische Neuinterpretation des osmanischen und britischen Rechts und - im Falle der OPT - des jordanischen Rechts, Änderungen der Beweisregeln sowie geringfügige Gesetzesänderungen konnte die israelische Regierung den noch nicht abgeschlossenen Prozess der Registrierung von Landrechten dazu nutzen, sich

weiteres palästinensisches Land in allen territorialen Bereichen anzueignen und es zum Staatsland zu erklären.

Nach 1948 setzte Israel den Prozess der Landregistrierung fort, zunächst in Galiläa, wo es in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre zu Tausenden von Landstreitigkeiten kam, und in verlassenen palästinensischen Dörfern und Vierteln in Westjerusalem (Lifta, Ein Karem und Qatamon). Ziel dieses Prozesses war es, palästinensisches Flüchtlingsland und staatliches Land für die jüdische Besiedlung zu übertragen. Zunächst änderte die Knesset die Regeln für den ungesetzlichen Besitz, d. h. das Verfahren, mit dem der Besitzer eines Grundstücks nach einer bestimmten Zeit ein Eigentumsrecht daran erwerben konnte. Da es bis 1948 keine förmliche Eintragung von Eigentumstiteln gab, war der widerrechtliche Besitz von zentraler Bedeutung für das osmanische Landrecht und für das Landregime in Palästina. Nach dem osmanischen Landgesetz mussten die Antragsteller nachweisen, dass sie das Land jahrelang unangefochten besaßen und kultiviert hatten, um einen Titel durch widerrechtlichen Besitz zu erwerben. Die Knesset verlängerte den Zeitraum, den ein Antragsteller benötigt, um einen Titel zu erwerben, mehr als einmal und stellte schließlich fest, dass die bloße Erklärung des Vergleichsverfahrens über bestimmte Gebiete die Zeit für die Geltendmachung von Ansprüchen durch ungerechtfertigten Besitz einfrieren und so die Palästinenser daran hindern würde, Eigentumsrechte an Land zu erwerben, das sie vor der Gründung Israels besaßen.

Gleichzeitig entwickelte die israelische Justiz Beschränkungen für die Art und Zulässigkeit von Beweisen, die zum Nachweis von widerrechtlichem Besitz erforderlich sind. Während der tatsächliche Besitz von Land während des britischen Mandats als zentral für den Nachweis von Rechten angesehen wurde, nahm seine Bedeutung in den 1950er Jahren drastisch ab. Die Justiz führte Vorschriften ein, die höhere Anforderungen an den Nachweis der Kultivierung von Land stellten, indem sie die neue Bedingung aufstellten, dass 50 % des Landes kultiviert sein mussten und Luftaufnahmen aus der Mandatszeit, die 1945 von den Briten aufgenommen worden waren, als Beweis für die fehlende Kultivierung herangezogen wurden. Es lehnte auch Steuerzahlungsbelege als Beweis für die Bewirtschaftung oder zum Nachweis von Rechten in Landabrechnungsprozessen ab. Diese gerichtlichen Regeln und Präzedenzfälle waren in den 1950er- und 1960er-Jahren in Galiläa und anschließend sowohl im Negev/Naqab als auch nach 1967 im Westjordanland (siehe unten) angewandt. Wie Yosef Weitz, ein wichtiger JNF/KKL-Beamter, der zum ersten Direktor der Israelischen Landverwaltung wurde, 1957 feststellte: "Das Ziel der bisherigen Arbeit war es, das Staatseigentum an seinem Land zu sichern. Das Ziel ist jetzt Yihud ha-Galil [Judaisierung von Galiläa]..."

In ähnlicher Weise erklärte der Leiter der Abteilung für Registrierung und Ansiedlung des Justizministeriums 1959, dass "die Arbeit heute nicht nur für die Klärung von Eigentumsrechten getan wird ... sondern vor allem, um die Aussichten für eine [jüdische] Ansiedlung in Gebieten zu klären, die hauptsächlich von Arabern bewohnt werden, meist auf Land, das vom Staat beansprucht wird." Viele Landstreitigkeiten zwischen dem Staat und palästinensischen Landbesitzern gelangten vor die israelischen Gerichte. In 85 % der Fälle entschieden die Gerichte jedoch zugunsten der israelischen Landverwaltung.

1951 verabschiedete die Knesset das Gesetz über Staatseigentum, mit dem das Eigentum an allen Grundstücken der britischen Mandatsregierung in Palästina auf den Staat Israel übertragen wurde (Artikel 2), ebenso wie das Eigentum an Grundstücken ohne Eigentümer (Artikel 3). Die Mandatsregierung beanspruchte das Eigentum an mehr als 1 Million Dunam, die an den Staat Israel übertragen wurden. Im Rahmen der Regelung der Landtitel übertrug die israelische Regierung auch fast 10 Millionen Dunam Land, das als Ödland galt, so dass es als Staatsland eingestuft wurde. Somit beanspruchte die israelische Regierung große Teile sowohl von Ödland als auch von kultiviertem Land. Im Negev/Naqab war der Prozess der Landtitelregistrierung komplexer und ist bis heute umstritten, da die israelische Regierung das von den Beduinen bewirtschaftete Land als *mewat* (totes oder brachliegendes) Land betrachtet, obwohl es von Beduinengemeinschaften bewirtschaftet wird.

Parallel dazu setzten die jordanischen Behörden nach dem Konflikt von 1947-49 das von Großbritannien initiierte Landregistrierungsverfahren im Westjordanland fort, hauptsächlich in den Unterbezirken Nablus und Ramallah sowie im Jordantal. Bis 1967 waren nur etwa 30 % des Westjordanlandes im Rahmen des Landtitelverfahrens registriert, davon 12 % als staatliches Land. In Ostjerusalem registrierte Jordanien nur einige wenige Landblöcke; 90 % des Landes blieben zum Zeitpunkt der Annexion unregistriert. Die israelischen Landbehörden versäumten es, auch nur eine der Landtransaktionen in diesen registrierten Blöcken zu registrieren. 1968 setzte Israel den Prozess der Landbesiedlung in den OPT, einschließlich Ostjerusalems, aus. Infolgedessen mussten im Westjordanland (mit Ausnahme von Ostjerusalem) lebende Personen, die zuvor nicht registriertes Land registrieren lassen wollten, dies privat im Rahmen eines als "Erstregistrierung" bekannten Verfahrens tun. Aufgrund der umfangreichen Beweise, die für den Nachweis

des Besitzes und der kontinuierlichen Bewirtschaftung des Landes erforderlich sind, der hohen Kosten und der langen Dauer des Verfahrens war es für die meisten Palästinenser unerreichbar. Das Verfahren kam daher vor allem israelischen Siedlern und Unternehmen zugute, die den Besitz von Land, das sie im Westjordanland gekauft hatten oder behaupteten, es gekauft zu haben, registrieren lassen wollten. Zu diesen Unternehmen gehören Tochtergesellschaften des JNF/KKL, deren Präsenz und Aktivitäten durch israelische Militärbefehle und Änderungen jordanischer Gesetze erleichtert wurden (siehe Abschnitt 5.4.3 "Diskriminierende Zuweisung von enteignetem Land für jüdische Siedlungen").

Im Laufe der Jahre konnten die israelischen Behörden die Aussetzung des Landbesiedlungsprozesses und die Nichteintragung individueller Eigentumsrechte ausnutzen, um die Kontrolle über große Teile des palästinensischen Landes in den OPT, einschließlich Ostjerusalems, zu gewinnen, ausschließlich zu Gunsten der jüdischen Bevölkerung. Wie bereits erwähnt, haben die israelischen Behörden nach dem Urteil des Obersten Gerichtshofs 1979 zur Siedlung Elon Moreh (siehe Abschnitt 5.4.1 "Gesetze und Maßnahmen zur Landenteignung") die Beschlagnahmung von Privatland in den OPT für den Bau von Siedlungen weitgehend eingestellt. Stattdessen erklärten sie Hunderttausende von Dunam unregistrierten und unkultivierten Landes durch ein einfaches Verfahren, das in den internen Vorschriften der Zivilverwaltung festgelegt ist und nicht darauf abzielt, individuelle Eigentumsrechte festzulegen, zu staatlichem Land.

Um Land als staatliches Land zu deklarieren, musste der Kustos für staatliches und verlassenes Eigentum in Judäa und Samaria lediglich das Eigentum an einem bestimmten Gebiet beanspruchen, bevor er es öffentlich machte, indem er ein Dokument unterzeichnete, in dem die genaue Lage und die Gesamtfläche angegeben waren, und es dem *Mukhtar* (Vertreter) des betreffenden Dorfes übergab.

Erklärungen über staatliches Land wurden in den meisten Fällen nicht im Grundbuch eingetragen, sondern in einem separaten Registrierungssystem geführt, das von der Kustodie für staatliches und aufgegebenes Eigentum in Judäa und Samaria verwaltet wurde. Obwohl jeder berechtigt war, innerhalb von 45 Tagen nach Ausstellung einer Erklärung über staatliches Land Einspruch zu erheben, wurden solche Einsprüche in der Praxis aufgrund der hohen Kosten und der hohen Anforderungen an die Beweise nur in seltenen Fällen eingereicht. Darüber hinaus legten die militärischen Berufungsausschüsse bei der Prüfung solcher Fälle dieselben höheren Beweisanforderungen für den Nachweis der Bewirtschaftung von Land an wie bei der Enteignung von palästinensischem Land in Israel in den 1950er Jahren. Tatsächlich legten die israelischen Behörden die osmanischen Gesetze genauso aus wie innerhalb Israels, um die Anforderungen für die Landregistrierung neu zu definieren und palästinensisches Land zugunsten jüdischer Israelis zu konfiszieren.

Infolgedessen konnte Israel trotz des Gerichtsurteils von Elon Moreh im Jahr 1979 die Menge an staatlichem Land im Westjordanland innerhalb von 13 Jahren mehr als verdoppeln, so dass es bis 1992 etwa 25 % des Gebiets ausmachte. Bis zum Jahr 2010 hatte es seinen Anteil auf etwa 27 % des Westjordanlandes erhöht. 2010.

Im annektierten Ostjerusalem war die Nichtregistrierung der Landtitel der Palästinenser durch Israel eines der größten Hindernisse für die Stadtplanung und trug im Laufe der Jahre zum Abriss von Häusern bei, da die Registrierung des Eigentums eine der Voraussetzungen für die Erteilung von Baugenehmigungen ist. Der Siedlungsstopp hielt bis zur Verabschiedung eines Regierungsbeschlusses 3790 im Jahr 2018, einem Fünfjahresplan, der anscheinend darauf abzielte, "die sozioökonomischen Unterschiede und die wirtschaftliche Entwicklung in Ostjerusalem zu verringern" (siehe Abschnitt 5.5.3 "Diskriminierende Bereitstellung von Dienstleistungen").

Außer der Verstärkung von Israels Kontrolle über Ostjerusalem im Allgemeinen und der Missachtung der Bedürfnisse der Bevölkerung, sieht der Plan auch die vollständige Besiedlung und Registrierung von Landrechten in Ostjerusalem bis 2025 vor. Während einige Palästinenser durch dieses Verfahren rechtmäßigen Besitz an ihren Grundstücken erlangen könnten, haben israelische Organisationen davor gewarnt, dass der Mechanismus missbraucht werden könnte, um Grundstücke für den Staat oder jüdische Einzelpersonen zu registrieren, die Ansprüche im Hinblick auf Eigentum von vor 1948 gemäß den Bestimmungen des Gesetzes über Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten von 1970 und des Gesetzes über das Eigentum von Abwesenden geltend machen, ohne auf palästinensische Eigentumsansprüche oder die Rechte von langfristig ansässigen Palästinensern einzugehen. Infolgedessen könnte dies ein weiteres wichtiges Instrument zur Förderung der Enteignung von Palästinensern in der Stadt werden, um die jüdische Mehrheit zu erhalten.

Tatsächlich leiteten die israelischen Behörden 2020 im Gebiet Umm Haroun in Sheikh Jarrah auf der Grundlage eines Regierungsbeschlusses 3790 im Rahmen des ersten Landbesiedlungsverfahrens, das sie seit Beginn der Besetzung 1967 in Ostjerusalem durchgeführt hatten, ein Verfahren zur Registrierung von Grundstücken ein. Sie taten dies, ohne die Öffentlichkeit oder die in dem Gebiet lebenden palästinensischen 45 Familien zu informieren, und registrierten ausschließlich Grundstücke, die angeblich jüdischen Eigentümern gehören. Der Prozess der Landregistrierung wird zur gleichen Zeit durchgeführt wie die laufenden Räumungsklagen von Siedlerorganisationen gegen palästinensische Familien in Sheikh Jarrah (siehe Abschnitt 5.4.3" Diskriminierende Zuweisung von enteignetem palästinensischem Land für jüdische Siedlungen"). Eine Petition von Anwohnern und zwei israelischen Menschenrechtsgruppen, die den sofortigen Stopp der Landregistrierung in Umm Haroun forderten, war Ende August 2021 vor dem Obersten Gerichtshof Israels anhängig.

Im Gazastreifen waren 1949, als Ägypten die Kontrolle über das Gebiet übernahm, etwa 30 % des Landes nicht registriert. Die ägyptischen Behörden unternahmen einige Schritte, um die Eigentumsrechte an Grund und Boden zu schützen, und gestatteten Personen, die im physischen Besitz des Landes waren, es gegen Zahlung einer Steuer auf ihren Namen registrieren zu lassen. Dennoch entschieden sich viele Landbesitzer dafür, nur Teile ihres Landes oder gar kein Land registrieren zu lassen, um die Steuer zu umgehen, und so blieben große Teile des Gazastreifens unregistriert. Dies erleichterte auch den israelischen Prozess der Landkonfiszierung für den Bau israelischer Siedlungen nach der Besetzung.

5.4.3 DISKRIMINIERENDE ZUTEILUNG VON ENTEIGNETEM PALÄSTINENSISCHEM LAND FÜR JÜDISCHE SIEDLUNGEN

Parallel zu den massenhaften Enteignungen von palästinensischem Land für den israelischen Staat und jüdische Organisationen ermöglichte die israelische Regierung jüdischen Ortschaften und Siedlungen die Nutzung des enteigneten Landes. In Israel und Ostjerusalem übertrug sie Land vom Staat an jüdische nationale Organisationen und Institutionen, von denen viele nur Juden dienen, während der rechtliche Titel des Landes im Namen des Staates blieb. Etwa 93 % des Bodens in Israel und im besetzten Ostjerusalem, d. h. 19,5 Dunam (1,95 Millionen Hektar), sind heute Staatsland. Die restlichen 7 % des Bodens in Israel gehören Privatpersonen. Jüdische Israelis besitzen mehr als die Hälfte davon, also etwa 3,5 bis 4 % des gesamten Landes. Etwa 80 % der palästinensischen Bürger Israels sind auf die restlichen 3 bis 3,5 % des Landes verteilt.

Im übrigen Teil der OPT hat die israelische Regierung eine Politik verfolgt, die die Zuweisung von staatlichem Land fast ausschließlich an staatliche israelische Einrichtungen und Organisationen sowie an staatliche und private Unternehmen zugunsten jüdischer israelischer Siedler ermöglicht.

LANDZUTEILUNG FÜR JÜDISCHE ORTE IN ISRAEL

Etwa 93 % des Bodens in Israel und im besetzten Ostjerusalem, das sind rund 19,5 Millionen Dunam (1,95 Millionen Hektar), sind heute Staatsland. Die Israel Land Authority, ein staatliches Gremium, das die Israel Land Administration 2009 abgelöst hat, verwaltet das staatliche Land in Israel und ihr Rat bestimmt, wie das Land verwaltet und zugeteilt wird. Der Rat setzt sich aus 14 Mitgliedern, darunter der Wohnungsbauminister als Vorsitzender, sieben Vertreter von Regierungsministerien und sechs Vertreter des JNF/ KKL, zusammen und ist somit eine nationale Institution, die ausdrücklich Juden bevorzugt.

Staatliche Grundstücke werden in Israel größtenteils für die Entwicklung jüdischer Städte und anderer Ortschaften genutzt. Für palästinensische Bürger Israels ist der Zugang zu staatlichem Land für ihre Entwicklung stark eingeschränkt. Auf 80 % des staatlichen Bodens können sie kein Land pachten. Dies ist die Folge einer ausgrenzenden und diskriminierenden Politik israelischer staatlicher Behörden und jüdischer nationaler Einrichtungen sowie von Wohnsitzbeschränkungen auf der Grundlage von "Zulassungsausschüssen" (siehe unten) in neu errichteten Ortschaften und Stadtvierteln.

Jüdische nationale Institutionen in Israel haben bei der Enteignung von palästinensischem Land vor und seit der Gründung Israels im Jahr 1948 eine wichtige Rolle gespielt. Die Welt-Zionistische Organisation (WZO) wurde im Jahr 1897 gegründet und "trug die Hauptverantwortung für die Gründung des Staates

Israel", da sie die jüdischen Gemeinden am stärksten vertrat. 1901 gründete die WZO den JNF/KKL speziell für den Erwerb von Land in Palästina "zum Zweck der Ansiedlung von Juden auf diesem Land und diesen Grundstücken". Die Jewish Agency for Israel, die 1929 als operativer Zweig der WZO gegründet wurde, unterstützt und ermutigt jüdische Menschen, sich in Israel niederzulassen. Den Vorsitz hatte von 1935 – 1948 David Ben-Gurion, der erste Premierminister Israels.

Nach dem World Zionist Organization - Jewish Agency (Status) Gesetz von 1952 behielt die WZO einen formalen Status als quasi-staatliche Einrichtung, die für die Abwicklung der jüdischen Einwanderung, Absorption und Ansiedlung in Israel zuständig ist. Sowohl die WZO als auch die Jewish Agency for Israel sind seit 1948 an der Verwaltung und Verpachtung von staatlichem Land der Israel Land Administration und später der Israel Land Authority beteiligt, um jüdische Einwanderer in Israel anzusiedeln, eine Nutzung von staatlichem Land, die Nicht-Juden ausschließt.

Vor 1948 erwarb der JNF/KKL etwas mehr als 800.000 Dunam in Palästina. Nach der Gründung Israels fungierte der JNF/KKL weiterhin als Verwahrer und Treuhänder des "jüdischen nationalen Landes". Der JNF/KKL spielte auch eine entscheidende Rolle als in Israel eingetragenes Unternehmen, das auf der Grundlage des Gesetzes über den Jüdischen Nationalfonds von 1953 bestimmte staatliche Aufgaben wahrnahm. Das Gesetz gewährt dem JNF/KKL einen besonderen Status bei der Gestaltung der israelischen Landpolitik im Allgemeinen und berechtigt ihn zu Steuererleichterungen und finanziellen Vergünstigungen, während er gleichzeitig halbstaatliche Funktionen behält. Sein Aufgabenbereich umfasst den Kauf und Erwerb von Grundstücken und Vermögenswerten in Gebieten in Israel oder "in irgendeinem Gebiet, das der Gerichtsbarkeit von Israels Regierung unterliegt", zum Zwecke der Ansiedlung von Juden sowie der Urbarmachung und Erschließung von Land in Israel. Nach dem Kauf von 2 Millionen Dunam (dem "Zwei-Millionen-Deal") vom Staat in den Jahren 1949 und 1950 wurde der JNF/KKL zum größten landwirtschaftlichen Landbesitzer in Israel, der gemäß seiner Satzung nur Juden dient. Darüber hinaus erwarb der JNF/KKL etwa 360 Grundstücke im Westjordanland und behauptet, für etwa 170 von ihnen Eigentumsrechte nachweisen zu können. Die meisten dieser Käufe wurden von Himnuta, einer Tochtergesellschaft des JNF/KKL (siehe Abschnitt 5.4.1 "Landenteignungsgesetze und -politik"), nach dem Beginn der israelischen Besetzung 1967 abgeschlossen. Einige wurden vor 1948 direkt vom JNF/KKL gekauft.

1960 verabschiedete die Knesset das Israel-Landverwaltungsgesetz. Damit wurde die Israel-Landverwaltung (die 2009 zur Israel Landbehörde wurde) eingerichtet, die zusammen mit der Entwicklungsbehörde und dem JNF/KKL staatliches Land verwaltet. Im selben Jahr verabschiedete die Knesset das Grundgesetz: "Israel Lands", das den Verkauf von Land durch die Israel Land Administration verhindert, aber die Verpachtung von staatlichem Land an die Öffentlichkeit, den JNF/KKL oder die WZO und die Jewish Agency for Israel für bis zu 98 Jahre erlaubt. Der Artikel 1 des Gesetzes besagt: "Das Eigentum von Israel lands, die Ländereien des Staates, der Entwicklungsbehörde oder des Keren Kayemet Le-Israel [JNF/KKL] sind, soll weder durch Verkauf noch auf andere Weise übertragen werden." Ein Jahr später ging die Verwaltung des JNF/KKL-Landes auf die Israel Land Administration über.

Jüdische nationale Einrichtungen verpachten in der Regel keine Grundstücke an Nicht-Juden und akzeptieren sie nicht in den von ihnen errichteten Wohnprojekten und/oder Gemeinden und anderen Wohnprojekten auf staatlichem Grund, die speziell für neue jüdische Einwanderer erschlossen wurden. Etwa 13 % des staatlichen Bodens in Israel, das sind über 2,5 Mio. Dunam, befindet sich im Besitz des JNF/KKL und wird ausschließlich von Juden genutzt. Die diskriminierende Zuteilung von staatlichem Land durch die israelische Landverwaltung an den JNF/KKL, der das Land wiederum ausschließlich für jüdische Israelis erschließt, wurde im Jahr 2000 rechtlich angefochten. In dem Ka'adan Urteil entschied der Oberste Gerichtshof Israels, dass der Staat bei der Zuteilung von Land aufgrund von Religion oder Nationalität nicht diskriminieren darf, nachdem ein palästinensisches Ehepaar versucht hatte, Land in einer jüdischen Ortschaft zu kaufen, die der JNF/KKL auf zuvor öffentlichem Land errichtet hatte, das ihm von der israelischen Landverwaltung zugeteilt worden war. Das neue Dorf verfügte über einen Ausschuss, der über die Aufnahme von Einwohnern entschied; eine der Aufnahmebedingungen war der Militärdienst. Das Gericht entschied, dass dies zu einer diskriminierenden Landzuweisung führte. In der Entscheidung wurde jedoch festgestellt, dass sie nicht rückwirkend gilt. Daher würden alle früheren diskriminierenden Landenteignungen und -zuweisungen nicht überprüft.

Nach dem Ka'adan-Urteil wurde das Verbot für palästinensische Bürger Israels, Land vom JNF/KKL zu pachten, weniger kategorisch, aber es ist nach wie vor äußerst selten, dass Palästinenser dies tun können, selbst bei neuen Zuteilungen. Dies liegt zum einen daran, dass die neuen Zuweisungen in der Regel für

den Ausbau jüdischer Gemeinden und nicht für den palästinensischer Gemeinden bestimmt sind. Teilweise liegt es auch daran, dass die neuen Gemeinden begonnen haben, andere Mittel zur Erstellung von Profilen und zur Auswahl der Bewohner einzusetzen. Der Ausschluss palästinensischer Bürger Israels von staatlichem Land wurde fortgesetzt, und die jüdischen nationalen Institutionen behielten ihren formalen Status in der israelischen Landpolitik und Entwicklung. Im Jahr 2007 forderte der CERD Israel auf, dafür zu sorgen, dass die WZO, einschließlich der Jewish Agency for Israel, und der JNF/KKL bei der Ausübung ihrer Aufgaben an den Grundsatz der Nichtdiskriminierung gebunden sind.

Um die möglichen Auswirkungen des *Ka'adan*-Urteils zu umgehen, verabschiedete die Knesset 2011 das Gesetz über die Aufnahme von Gemeinden. Damit können "Aufnahme-Ausschüsse" bestimmen, wer in jüdische Gemeinden mit weniger als 400 Haushalten in den Gebieten Negev/Naqab und Galiläa aufgenommen werden kann. Nach dem Gesetz zur Änderung der Genossenschaftsverordnung (Nr. 8) können die "Aufnahme-Ausschüsse" ihre Auswahl auf eine Reihe vager Standards stützen, darunter die "soziale Eignung" oder die fehlende "Kompatibilität mit dem sozialen und kulturellen Gefüge" der Gemeinde, die auf der Grundlage eines "professionellen Gutachtens von jemandem, der Experte für die Feststellung einer solchen Eignung ist", bestimmt wird. Ein "Aufnahme-Ausschuss" setzt sich aus fünf Mitgliedern zusammen, darunter drei Vertreter der Gemeinde, ein Vertreter des WZO und der Jewish Agency for Israel sowie ein Vertreter des für die Gemeinde zuständigen Regionalrats. Die Arbeit der Ausschüsse unterliegt keiner Überwachung durch die israelischen Behörden.

Adalah hat gezeigt, dass das Gesetz in erster Linie darauf abzielt, palästinensische Bürger Israels und andere Randgruppen in Israel weiter zu marginalisieren und die Segregation in Bezug auf Wohnraum und Wohnsitz aufgrund der nationalen Identität aufrechtzuerhalten. Die "Aufnahme-Ausschüsse" operieren in 695 landwirtschaftlich geprägten Städten und Gemeinden in Israel, die auf 53 regionale Räte im ganzen Land verteilt sind, die rund 81 % des staatlichen Bodens in Israel kontrollieren (mit Ausnahme der jüdisch-israelischen Siedlungen im besetzten Westjordanland und den Golanhöhen). Zum Beispiel legte 2017 eine neue jüdische Stadt, die auf den Ruinen eines palästinensischen Beduinendorfes im Negev/Naqab erbaut werden sollte, in seiner Satzung fest, dass der "Aufnahme-Ausschuss" der Stadt die Aufnahme von Personen in die Stadt nur dann zulässt, "wenn sie folgende Kriterien erfüllen: ein jüdischer israelischer Staatsbürger oder ein ständiger Einwohner Israels (zu sein), der die Tora und die Gebote gemäß den orthodoxen jüdischen Werten befolgt..." 2019 stellte Adalah fest, dass mehr als 20 andere weitere Dörfer "Aufnahme-Ausschüsse" eingerichtet hatten, obwohl sie mehr als 400 Haushalte hatten, was gegen die Bestimmungen des Gesetzes zur Änderung der Genossenschaftsverordnung (Nr. 8) verstößt.

SIEDLUNGS-AUSWEITUNG UND STAATLICH GEFÖRDERTER LANDRAUB DURCH SIEDLER IN OSTJERUSALEM

Die israelische Bodenpolitik und Praktiken in Ostjerusalem nach der Besetzung 1967 spiegelt ähnliche rechtliche Muster wie die in Israel wider, obwohl die Zuweisung von Land für jüdische Siedlungen und andere Orte in Ostjerusalem aufgrund des besonderen Status und der Bedeutung der Stadt Jerusalem in der israelischen Politik mit noch größerer Intensität betrieben wurde.

Im Jahr 2017 wurden rund 38 % des Landes in Ostjerusalem von Palästinensern enteignet, das meiste davon in Privatbesitz. Die israelische Regierung konfiszierte zunächst fast 4.000 Dunam in Ostjerusalem, um die jüdischen Siedlungen von French Hill - Ramat Eshkol und Ma'alot Dafna - zu bauen, und dann beschlagnahmte sie im April 1968 fast 1.000 Dunam für den Bau von Neve Ya'aqov und weitere 116 Dunam für das jüdische Viertel in der Altstadt. Insgesamt hat sie 13 jüdisch-israelische Siedlungen auf enteignetem Land errichtet auch wenn Israel sie als Stadtteile Jerusalems bezeichnet, sind sie nach internationalem Recht illegal. Die Siedlungen wurden an strategisch günstigen Stellen gebaut, um die palästinensischen Viertel zu umzingeln und so die geografische Kontinuität und die Stadtentwicklung der Palästinenser zu stören. Die meisten dieser Beschlagnahmungen erfolgten auf der Grundlage der Landverordnung (Erwerb für öffentliche Zwecke) von 1943. Im Juli 2021 gab es 225.178 israelisch-jüdische Siedler und 358.800 Palästinenser in Ostjerusalem.

JUDAISIERUNG JERUSALEMS: ABRISS DES MUGHRABI-VIERTELS

Die ersten organisierten Massenabbrüche von Häusern durch israelische Streitkräfte fanden zwischen 10. und 12. Juni 1967, am Ende des Sechstagekriegs, im Mughrabi-Viertel (marokkanisches Viertel) der Altstadt von Jerusalem statt. Die Abrisse wurden angeordnet, um das zu gestalten, was als "Western Wall Plaza" bekannt ist. Am 10. Juni 1967 wiesen die israelischen Behörden – auf Anweisung des damaligen Bürgermeister von Jerusalem, Teddy Kolek, 650 Palästinenser an, ihre Häuser sofort zu verlassen. Am Tag darauf ließen die israelischen Behörden 138 Gebäude mit Bulldozern platt walzen und versuchten, das Mughrabi-Viertel zu zerstören, ein Gebiet, das acht Jahrhunderte zuvor errichtet worden und das historische Gebäude enthielt und Sitz der marokkanischen Gemeinde von Jerusalem war. Später, 1981, wurden 15 weitere palästinensische Gebäude in diesem Viertel zerstört. Die Bewohner wurden an verschiedene Orte der ganzen Welt vertrieben.

Das war einer der ersten Schritte, die die israelischen Behörden unternahmen, um die Geografie und Demografie der Altstadt in Jerusalem zu ändern. In ihrem Bestreben, das jüdische Viertel wieder aufzubauen und auszuweiten und die "Western Wall Plaza" zu gestalten, hat die israelische Regierung im April 1968 formell das Gebiet des Mughrabi Viertels, des Al-Sharaf-Viertels und das jüdische Viertel, insgesamt 116 Dunam, konfisziert (über 137 Dunam 2011 infolge weiterer Enteignungen). Die israelischen Behörden verhinderten, dass palästinensische Familien in den neu errichteten Wohnblöcken im jüdischen Viertel Wohnungen kauften.

Außer auf Zuteilungen des israelischen Staates von konfisziertem palästinensischem Land, um jüdische Siedlungen in Jerusalem zu fördern, haben sich jüdische Siedlerorganisationen auf das Abwesende Land Gesetz verlassen und das Gesetz der rechtlichen und Verwaltungsangelegenheiten, um einen Rechtsplan zur Enteignung des Eigentums von Palästinensern auszuarbeiten, um jüdische Siedler in überwiegend palästinensischen Vierteln anzusiedeln und jüdische Siedlungen auszuweiten. Land- und Eigentumsraub durch Siedlerorganisationen fanden mit Unterstützung staatlicher Institutionen, darunter "Custodian General", der JNF/KKL und die Justiz.

In den meisten Fällen haben sich jüdische Siedlerorganisationen (z. B. Ateret Cohanim und Elad) an die jüdischen Eigentümer oder deren Erben gewandt und die Rechte an Grundstücken erworben, die jüdischen Eigentümern 1948 gehörten. Die Siedlerorganisationen haben dann den "Custodian General" um Übertragung oder Freigabe gebeten, die Verwaltung und die Rechte an diesen Grundstücken auf sie übertragen, auch wenn diese Grundstücke von palästinensischen Familien bewohnt werden, die bereits seit 1948 dort leben. Die Freigaben haben es den Siedlerorganisationen ermöglicht, Räumungsklagen gegen die in den Grundstücken lebenden palästinensischen Familien einzuleiten.

Zehn Grundstücke wurden im Rahmen dieses Gesetzes an jüdische Einzelpersonen und Organisationen freigegeben. Nach Schätzungen des OCHA von 2019 waren 199 palästinensische Familien, die aus 877 Personen bestehen, von Zwangsräumungen und von Vertreibung bedroht. Die meisten dieser Fälle befinden sich in der Altstadt und den Vierteln Sheikh Jarrah und Silwan. Die israelische Regierung versucht, solche Räumungsfälle als bloße Zivilklagen über strittige Grundstücke zwischen verschiedenen Einzelparteien darzustellen. Die Räumung palästinensischer Familien und die Ansiedlung jüdischer Siedlerfamilien auf diesen Grundstücken ist jedoch in überwiegend palästinensischen Vierteln bringt viel Leid mit sich, hat katastrophale humanitäre Folgen und schafft ein Zwangsumfeld für die Palästinenser vor Ort.⁶¹⁹ Entscheidend ist, dass diese Räumungsklagen Teil einer koordinierten Kampagne sind, die darauf abzielt, die israelische Kontrolle über die Gebiete zu festigen, die Palästinenser zwangsweise umzusiedeln und an ihrer Stelle eine jüdisch-israelische Präsenz zu errichten. Sie basieren auf Gesetzen, die Palästinenser von Natur aus diskriminieren und ihnen nur begrenzten Rechtsschutz bieten, da die Gerichte den Räumungsklagen der Siedler regelmäßig stattgeben.

In anderen Beispielen wie dem Gebiet Umm Haroun in Sheikh Jarrah hat der Generalkustos Land an jüdische Siedlergruppen verkauft und Räumungsklagen gegen palästinensische Familien eingeleitet.

SHEIKH JARRAH

Sheikh Jarrah ist ein palästinensisches Wohnviertel im Norden der Altstadt von Ostjerusalem. Es ist Ziel einer anhaltenden Kampagne zur verstärkten Zwangsäumung von palästinensischen Bewohnern, um Platz für israelische Siedler zu schaffen. Nach Angaben von OCHA gab es seit 2009 in Sheikh Jarrah 21 Zerstörungen. (Stand 31. Juli 2021)

Sieben palästinensische Familien in Sheikh Jarrah droht die Zwangsäumung ihrer Häuser, nachdem das Siedlerunternehmen Nahalat Shimon International im Jahr 2008 beim Jerusalemer Mandatsgericht Klage eingereicht hat, um ihre Häuser zu beschlagnahmen und sich dabei auf diskriminierende Gesetze, wie das Gesetz über Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten und das Gesetz über das Eigentum von Abwesenden beruft. Nach langwierigem Gerichtsverfahren ordnete das Jerusalemer Amtsgericht am 4. September 2020 die Räumung von 3 Familien, den Familien Hammad, Daoudi und Dajan bis spätestens 1. August 2021 an. Das Gericht ordnet auch die Zahlung von NIS 30.000 (USD 9.677) durch die Familie für Gerichts- und Anwaltskosten von Nhalat Shimon International an. Am 4. März 2021 lehnte das Jerusalemer Bezirksgericht einen Einspruch der drei Familien ab. Am 8. Oktober 2020 hatte das Gericht die Räumung anderer vier Familien: Skafi, Al-Kurd, Abu Hasaneh und Jaouni, angeordnet. Am 10. Februar 2021 lehnte das Jerusalemer Bezirksgericht den Einspruch ab, den die drei Familien eingereicht hatten, und ordnete an, dass sie ihre Häuser bis 2. Mai 2021 räumen sollten.

Als Antwort auf die unmittelbar bevorstehende Zwangsäumung der sieben Familien veranstalteten die Palästinenser nächtliche Demonstrationen in dem Viertel Anfang Mai 2021. Die Familien starteten ebenso eine Kampagne in den sozialen Medien unter: hashtag #SaveJeikhJarrah, und zogen weltweite Aufmerksamkeit auf sich und mobilisierten Demonstranten vor Ort. Am 18. Mai 2021 schlossen Palästinenser in sämtlichen Städten und Dörfern in Israel und dem besetzten Westjordanland und dem Gazastreifen ihre Büros, Geschäfte, Restaurants und Schulen, und weigerten sich, zur Arbeit zu kommen. In einer seit Jahrzehnten nie dagewesenen Einigkeit trotzten sie ihrer territorialen Fragmentierung und Segregation, mit denen sie im Alltag konfrontiert sind und veranstalteten einen Generalstreik, um gegen ihre gemeinsame Unterdrückung durch Israel zu protestieren.

Am 19. Mai 2021 erklärten die israelischen Behörden Sheikh Jarrah zur militärischen Sperrzone und schränkten den Zugang der Palästinenser in das Viertel ein, während sie den jüdischen Siedlern völlige Bewegungsfreiheit gewährten. Die palästinensischen Einwohner setzten ihre Proteste außerhalb ihrer Häuser fort. Israelische Sicherheitskräfte beantworteten diese Proteste mit willkürlichen Verhaftungen friedlicher Demonstranten, dem Einsatz von übermäßiger Gewalt, dem willkürlichen Einsatz von Schall- und Betäubungsgranaten sowie dem willkürlichen Besprühen von Demonstranten und Häusern in Sheikh Jarrah mit Stinkwasser. Sie feuerten auch Schockgranaten auf Gläubige und Demonstranten, die sich auf dem Gelände der Al-Aqsa-Moschee in der Altstadt von Ostjerusalem versammelt hatten.

Die Unterdrückung löste eine Welle der Solidarität in anderen Teilen der OPT und unter den palästinensischen Bürgern Israels jenseits der Grünen Linie aus. Indem sie auf die Straße gingen, um zu protestieren, brachten sie ihre Einigkeit und ihre Ablehnung der israelischen Zersplitterung des palästinensischen Volkes zum Ausdruck. In einem Manifest, das einige Aktivisten in den sozialen Medien veröffentlichten, prangerten sie die langjährigen Praktiken und die Politik Israels an, die "versucht, [die Palästinenser] in verschiedene Gesellschaften umzuwandeln, von denen jede für sich lebt, jede in ihrem eigenen Gefängnis".

Nach den nächtlichen Demonstrationen und dem internationalen Druck verschob der Oberste Gerichtshof Israels die Anhörung auf Antrag des israelischen Generalstaatsanwalts aus Gründen der nationalen Sicherheit, damit dieser genügend Zeit hatte, um seine mögliche Beteiligung an dem Fall im Namen des Staates abzuwägen. Der Generalstaatsanwalt teilte dem Obersten Gerichtshof Israels später mit, dass er nicht in den Räumungsfall eingreifen werde. Ende August 2021 war der Ausgang des Falles noch offen.



Ein Mitglied der palästinensischen Familie Hanun verschließt am 17. April 2009 die Tür seines Hauses im Viertel Sheikh Jarrah im besetzten Osten Jerusalems mit einer Kette, um zu protestieren, nachdem ein israelisches Gericht im März entschieden hatte, das Eigentum an ihrem Haus einer jüdischen Siedlerorganisation zu übertragen © Ahmad Gharabli / AFP via Getty Images



Eine palästinensische Familie, deren Haus von israelischen Siedlern übernommen wurde, sitzt im Innenhof ihres Hauses im Stadtteil Sheikh Jarrah im besetzten Ostjerusalem, am 2. Dezember 2009 © Ahmad Gharabli / AFP via Getty Images



Palästinensische, israelische und ausländische Aktivisten halten Anti-Siedlungs- und Anti-Besatzungs-Plakate vor einem von jüdischen Siedlern besetzten palästinensischen Haus im Stadtteil Sheikh Jarrah im besetzten Ostjerusalem während einer wöchentlichen Protestaktion gegen israelische Siedlungen am 29. Oktober 2010 © Ahmad Gharabli / AFP via Getty Images



Israelische Streitkräfte greifen in eine Demonstration von Palästinensern anlässlich des 73. Jahrestages der Nakba im Stadtteil Sheikh Jarrah im besetzten Ostjerusalem ein 15. Mai 2001 © Mostafa Alkharouf / Anadolu Agency via Getty Images

Silwan ist ein weiteres Gebiet in Ostjerusalem, das unter dem immensen Druck ideologisch motivierter israelischer Siedlerorganisationen steht, die versuchen, ihr Land und ihre Häuser mittels diskriminierender Gesetze und mit voller Rückendeckung der staatlichen Institutionen zu übernehmen. Es ist auch ein Fall, der zeigt, wie Israel archäologische Stätten und Naturschutzgebiete in Ostjerusalem nutzt, um die palästinensische Entwicklung in der Stadt zu minimieren und die jüdische Kontrolle über strategische Gebiete zu festigen.

JUDAISIERUNG VON SILWAN

1967 wurde das Dorf Silwan am südlichen Rand der Altstadt von Jerusalem Teil des annektierten Ostjerusalems. Heute leben dort etwa 40.000 – 45.000 Palästinenser, und es ist extrem überbevölkert. Das Dorf wurde nach 1948 zur Heimat von palästinensischen Flüchtlingen, die unter anderem aus Westjerusalem und nach 1967 aus dem Mughrabi-Viertel der Altstadt kamen. In den letzten Jahrzehnten wurde Silwan - vor allem zwei seiner Stadtteile, Wadi Hilweh und Batn Al-Hawa, für die jüdische Besiedlung ins Visier genommen, hauptsächlich von zwei jüdischen Siedlerorganisationen - Elad und Ateret Cohanim - mit Unterstützung der israelischen Regierung. Beide Organisationen arbeiten daran, palästinensische Familien, die in Ostjerusalem leben, durch die "Custodian of Absentee Property" zu vertreiben, um ihre Häuser an jüdische Siedler zu übergeben, und haben die Zwangsräumungen in Silwan angeführt.

Das erste große Judaisierungsprojekt in Silwan war 1974 die Gründung des ir David (Stadt Davids) Nationalpark im westlichen Teil des Stadtteils Al-Bustan, der von der israelischen Natur- und Parkbehörde als Teil eines Grüngürtels um die Altstadt von Jerusalem eingerichtet wurde. Elad wollte gemeinsam mit dem damaligen Wohnungsbauminister Ariel Sharon zusätzliche 200 Wohneinheiten für jüdische israelische Siedler im Jahr 1992 auf der archäologischen Stätte bauen. Die israelische Altertumsbehörde erhob Einspruch und das Projekt wurde tatsächlich gestoppt. Archäologen und die israelische Altertumsbehörde beschuldigten den Direktor von Elad, historische und archäologische Stätten zu zerstören. Dennoch übertrug die israelische Landverwaltung 1997 staatliches Land in Silwan an Elad. Im Jahr 2005 gestattete die israelische Natur- und Parkbehörde Elad den Betrieb des Geländes der Davidstadt. Im selben Jahr stellte die israelische Regierung im Rahmen eines Plans zur Entwicklung und Erhaltung des Heiligen Beckens um die Altstadt ein jährliches Budget von 50 Millionen NIS für acht Jahre zur Verfügung. Ein wesentlicher Teil dieses Plans wird in Zusammenarbeit mit Elad durchgeführt. Ein JNF/KKL-Bericht zeigt die enge Verbindung zwischen dem JNF/KKL und Elad bei der Übertragung von Grundstücken an Elad und der Erleichterung ihres jüdischen Siedlungsunternehmens in Silwan.

Im Laufe der Jahre hat Elad die israelische Regierung beim Ausbau der Siedlungskomplexe in Silwan, insbesondere im Stadtteil Al-Bustan, eng unterstützt. Die Organisation heuert gut ausgestattete Anwälte, um langwierige und anstrengende Prozesse gegen palästinensische Familien zu führen. Sie hat erfolgreich circa 75 palästinensische Häuser im Viertel Wadi Hilweh in Silwan übernommen.

In den ersten Jahren erwarb Elad Gebäude in palästinensischem Besitz in Silwan, vertrieb die palästinensischen Bewohner und ersetzte sie durch jüdische Siedler, mit dem erklärten Ziel, Ostjerusalem zu judaisieren. Die Siedlungstätigkeit von Elad in Silwan begann 1991 mit der Beschlagnahmung des Grundstücks der palästinensischen Familie Abbasi im Stadtteil Wadi Hilweh als "Abwesenheitsgrundstück". Zu diesem Zweck hatte der Gründungsdirektor von Elad, David Beerli, Jahre zuvor die Reiseleiterkarte eines Freundes genommen, das Foto darauf gegen sein eigenes ausgetauscht, gefälschte Reisegruppen durch das Gebiet geführt und im Laufe der Zeit eine Freundschaft mit der Familie Abbasi aufgebaut, die ihn in ihr Haus einlud. Indem er das Vertrauen der Familie erlangte, lernte David Beerli dass einige Familienmitglieder "Abwesende" waren, die in arabischen Ländern lebten. Gemeinsam mit den Anwälten von Ateret Cohanim und der israelischen Landverwaltung forderte er den Kustos für abwesendes Eigentum auf, das Haus als "abwesendes Eigentum" zu erklären. Der Kustos für abwesendes Eigentum verpflichtete sich 1987. Im Jahr 1991 entschied ein gemeinsamer Ausschuss, dem das Wohnungsbauministerium und David Beerli als Vertreter von Elad angehörten, das Haus an Elad zu vermieten. Nach der Entscheidung vertrieb Elad die Familie Abbasi und David Beerli zog ein, obwohl ein Gericht entschied, dass die Deklaration des Hauses als "Abwesenheitseigentum" auf einer falschen Aussage beruhte, die "keine faktische oder rechtliche Grundlage" hatte, und dass das gesamte Verfahren durch einen "extremen

Mangel an gutem Glauben" gekennzeichnet war. Im Jahr 2017 wurde David Beerli für seine Rolle bei Elad mit dem Israel-Preis für besondere Verdienste um die Gesellschaft und den Staat ausgezeichnet.

Seitdem hat Elad durch seine Agenten und mit Hilfe des israelischen Rechtssystems weiterhin Grundstücke in Silwan übernommen und Pläne zur Ausweitung des für den Tourismus vorgesehenen Gebiets auf Silwan in die Wege geleitet, wobei etwa 88 palästinensische Häuser im Stadtteil al-Bustan aufgrund diskriminierender Planungs- und Baupolitik vom Abriss bedroht sind, weil sie nicht genehmigt wurden. In den vergangenen 13 Jahren haben die israelischen Behörden etwa 164 Gebäude in Silwan abgerissen, wodurch 260 Palästinenser, darunter auch 186 Kinder, vertrieben wurden (siehe Abschnitt 6.1.2 "Israelische Politik und Praktiken").

Elad hat mit Unterstützung der israelischen Regierung weitere ehrgeizige - und umstrittene - Pläne für den Bau eines riesigen neuen Besucherkomplexes und einer Seilbahnstation für die Davidstadt, um Millionen von Touristen in das Gebiet zu locken. Elad schlägt außerdem vor, einen Teil der Davidsstadt in einen großen Wohnkomplex für israelische Siedler zu verwandeln. Die Nutzung von Archäologie und Tourismus durch die israelische Regierung und Elad als Deckmantel für die gewaltsame Vertreibung der palästinensischen Bewohner von Silwan und die Ansiedlung jüdischer Siedler ist weithin kritisiert worden. Digitale Tourismusunternehmen haben ebenfalls zu der illegalen Situation beigetragen, die durch die Präsenz und das Wachstum der Siedlungsenklaven in Ostjerusalem entstanden ist.

Parallel dazu hat Ateret Cohanim seit 2001 mit Unterstützung der israelischen Behörden versucht, 84 palästinensische Familien aus dem Viertel Batn al-Hawa zu vertreiben und behauptet, das Land gehöre rechtmäßig einer jüdischen Stiftung, die in diesem Gebiet seit 100 Jahren tätig sei.

Im Jahr 2001 wurden drei Personen, die mit Ateret Cohanim verbunden sind, zu Treuhändern einer alten jüdischen Stiftung ernannt, und 2002 übertrug die Generalkonservatorin der Siedlerorganisation Land im Viertel Batn Al-Hawa. Dies ermöglicht es Ateret Cohanim, Räumungsklagen gegen palästinensische Familien zu erheben, die ihre Häuser nach 1948 rechtmäßig gebaut haben, und weitere Grundstücke zu erwerben, die zuvor von der Generalkonservatorin verwaltet wurden. Ateret Cohanim wird beschuldigt, sich unter anderem durch Bestechung, Scheinfirmen und Ausnutzung rechtlicher Formalitäten in den Besitz palästinensischer Häuser zu bringen.

Heute spielt Ateret Cohanim eine aktive Rolle bei der Aufdeckung nicht genehmigter Bauvorhaben und informiert die zuständigen kommunalen Stellen, die sich später das Land aneignen. Nach Angaben der israelischen Nichtregierungsorganisation Peace Now hat Ateret Cohanim Räumungsklagen gegen 84 palästinensische Familien eingereicht, die im Batn Al-Hawa-Gebiet von Silwan leben, wodurch 700 Palästinenser Gefahr laufen, gewaltsam vertrieben zu werden. Ir Amim, eine israelische Rechtsgruppe, die sich auf Jerusalem konzentriert, gibt an:

Die Siedlerorganisation Ateret Cohanim führt eine der umfassendsten staatlich unterstützten Siedlerübernahmekampagnen in Ostjerusalem durch, indem sie Massenräumungsverfahren gegen palästinensische Familien in Batan Al-Hawa einleitet.

Am 24. November 2020 ordnete das Jerusalemer Amtsgericht die Räumung von acht palästinensischen Familien in Batn Al-Hawa an, die durch Siedler ersetzt werden sollen. Jüdische Siedlungen, Häuser und Anlagen im Herzen palästinensischer Viertel haben nicht nur katastrophale Auswirkungen auf die vertriebenen palästinensischen Familien, sondern auch auf das gesamte Viertel und das tägliche Leben der Palästinenser. Die Siedler sind in der Regel bewaffnet, und ihre Anlagen sind eingezäunt und werden von privaten Sicherheitsfirmen geschützt, was zu Spannungen mit den Palästinensern vor Ort führt. In mehreren Fällen haben diese Spannungen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen geführt, die in der Regel mit der Verhaftung und Verletzung von Palästinensern, darunter auch Kindern, endeten. Die Kontrolle der Siedler über Land und Eigentum in Silwan hat auch zur Umzäunung dieser Stätten geführt, wodurch Durchgänge, die der lokalen palästinensischen Bevölkerung dienen, blockiert und ihr Leben gestört wurde.



Eine palästinensische Frau geht während der Zerstörung eines palästinensischen Hauses durch Mitarbeiter der Jerusalemer Stadtverwaltung im Silwan-Viertel des besetzten Ostjerusalems am 5. Nov. 2008 an israelischen Grenzpolizisten vorbei. Menahem Kahana /AFP via Getty Images (Fotos)



Israelische Polizisten bewachen den Abriss eines Hauses mit dem Bulldozer im Silwan-Viertel des besetzten Ostjerusalems am 5. Nov. 2008. Menahem Kahana /AFP via Getty Images (Fotos)



Ein Gebäude, das Palästinensern gehört, wird unter Beobachtung der israelischen Streitkräfte im Stadtteil Silwan im besetzten Ostjerusalem mit Bulldozern abgerissen, am 29. Juni 2021 - © Mostafa Alkharouf / Anadolu Agency / Getty Images



Israelische Behörden zerstören ein palästinensisches Geschäft im Al-Bustan-Gebiet des Stadtteils Silwan Viertel des besetzten Ost Jerusalem, am 29. Juni 2021 © - Aktive Standbilder

ZUTEILUNG VON LAND FÜR DEN WEITEREN ILLEGALEN SIEDLUNGS-AUSBAU IN OPT

Die Errichtung und Förderung israelischer Siedlungen in den besetzten Gebieten und deren Besiedlung mit jüdischen israelischen Zivilisten ist seit 1967 eine Politik der israelischen Regierung.

Die erste israelische Siedlung Kfar Etzion wurde im Süden des besetzten Westjordanlandes nur drei Monate nach Beginn der Besetzung im September 1967 gegründet.

Wie oben erläutert, wurden die israelischen Siedlungen und die dazugehörige Infrastruktur zunächst auf Land in Privatbesitz errichtet, das für "militärische Zwecke" beschlagnahmt oder für "öffentliche Zwecke" enteignet wurde. Zwischen 1967 und 1979 wurden etwa 47.000 für den Bau von 14 Siedlungen beschlagnahmt. Der Siedlungsbau gewann an Fahrt, als die Politik nach dem Urteil des Obersten Gerichtshofs von 1979 in der Rechtssache Elon Moreh zu "staatlichen Landdeklarationen" überging (siehe Abschnitt 5.4.1 "Gesetze und Politiken zur Enteignung von Land"). Zwischen 1967 und 2009 hatte Israel, die Gesamtfläche von staatlichem Land von etwa 530.000 Dunam auf 1,4 Millionen Dunam erhöht, von denen sich die überwiegende Mehrheit im Gebiet C des Westjordanlandes befand, und fast die Hälfte davon für die zivile Nutzung. Davon wurden etwa 99,76 % (674.459 Dunam) ausschließlich für israelische Siedlungen bereitgestellt, wie das israelische Militär 2018 gegenüber Peace Now mitteilte. Nach Daten der ACRI von 2013 hat die israelische Zivilverwaltung etwa ein Drittel des staatlichen Bodens der WZO (für die Entwicklung von Siedlungen) zugewiesen, während der Rest an israelische Ministerien, staatliche Unternehmen, lokale und regionale Räte und Mobilfunkunternehmen vergeben wurde. Im Gegensatz dazu wurden den Palästinensern nur 1.625 Dunam zugewiesen.

Diese diskriminierende Zuteilung von staatlichem Land wurde durch einen Regierungsbeschluss 730 von 1979 genehmigt, der die Nutzung von staatlichem Land nur für drei Zwecke erlaubte: militärische Einrichtungen, jüdische Siedlungen und Wohnungen für palästinensische Flüchtlinge im Westjordanland und im Gazastreifen. Infolge dieses Beschlusses kann staatliches Land in den OPT nur für palästinensische Bauvorhaben zugunsten von Flüchtlingen zugewiesen werden, während die übrige Bevölkerung Land in Privatbesitz nutzen muss.

Darüber hinaus befindet sich ein Großteil der von Israel für den Bau und die Erweiterung von Siedlungen zugewiesenen staatlichen Flächen auf dem zentralen Gebirgskamm im Westjordanland, in Gebieten, die palästinensische Dörfer umgeben. Dieser Prozess hat daher nicht nur dazu beigetragen, die Palästinenser einer lebenswichtigen Ressource zu berauben, sondern auch zur Zersplitterung des palästinensischen Landes in einzelne Enklaven, die ihr natürliches Wachstum einschränken und die geografische Vorherrschaft der israelischen Siedlungen auf den Bergkuppen über die palästinensischen Dörfer in den bebauten Tälern sicherstellen.

Alle israelischen Siedlungen in den OPT sind nach internationalem Recht illegal, unabhängig von ihrem Status nach israelischem Recht. Wie bereits erwähnt, gibt es derzeit mehr als 441.600 jüdische Siedler im Westjordanland ohne Ostjerusalem. Ihre Anwesenheit ist nach dem humanitären Völkerrecht illegal. Sie leben in 132 offiziell von der israelischen Regierung errichteten Siedlungen sowie in 140 nicht genehmigten Außenposten, die seit den 1990er Jahren ohne staatliche Genehmigung errichtet wurden und auch nach israelischem Recht als illegal gelten. In der Praxis werden die Außenposten von hochrangigen Beamten und Militärs unterstützt, und die israelischen Behörden schließen sie oft sofort an Dienstleistungen wie Wasser und Strom an, um sie nachträglich zu genehmigen. Im Februar 2017 verabschiedete die Knesset das Gesetz zur Regularisierung von Siedlungen in Judäa und Samaria, das es den israelischen Behörden erlaubt, palästinensisches Land in Privatbesitz zu enteignen und die auf diesem Land errichteten Siedlungen und Außenposten rückwirkend zu "regularisieren". Das Gesetz wurde kurz darauf ausgesetzt, und der Oberste Gerichtshof Israels entschied im Juni 2020, dass das Gesetz verfassungswidrig ist.

Heute bedecken die israelischen Siedlungen fast 10 % des Westjordanlands, und ihre Regionalräte haben die Gerichtsbarkeit über 1,65 Millionen Dunam Land im Gebiet C - etwa 63 % des Gebiets C (oder 40 % des Westjordanlands), in dem die meisten Siedler leben. Palästinenser aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen dürfen dieses Gebiet, das zur militärischen Sperrzone erklärt wurde, nicht betreten, sondern nur als Arbeiter mit militärischen Sondergenehmigungen.

Außerdem ist es ihnen untersagt, die Grenzen von Siedlungen zu betreten, die vom israelischen Militär ebenfalls zum Sperrgebiet erklärt werden. Über 400 km Umgehungsstraßen, die israelische Siedlungen verbinden, sind für Palästinenser gar nicht oder nur teilweise zugänglich. Darüber hinaus wurde der Verlauf des Zauns/der Mauer so konzipiert, dass er viele israelischen Siedlungen umschließt und Tausende von Palästinenser von ihrem Ackerland fernhält und das Westjordanland in einzelne Enklaven zerteilt.

Die israelischen Siedlungen im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, sind als ständige Wohnorte oder Wirtschaftsstandorte für jüdische Israelis gedacht und werden ausschließlich für deren Bedürfnisse gebaut. Die aufeinanderfolgenden israelischen Regierungen haben die Ausweitung der israelischen Siedlungen in den OPT durch eine Kombination von rechtlichen und administrativen Maßnahmen eindeutig unterstützt. Israel hat seine eigene zivile Gesetzgebung durch militärische Befehle kanalisiert und angewandt, die es ermöglicht haben, die Befugnisse staatlicher Einrichtungen innerhalb der Grenzen der Siedlungen zu erweitern. Es stellt auch Subventionen, Steueranreize und kostengünstige Versorgungsleistungen und Ressourcen bereit, um jüdische Israelis zu ermutigen, an diesen Orten zu leben und die Siedlungswirtschaft zu unterstützen. Die Siedlungswirtschaft, die die Präsenz und den Ausbau der Siedlungen aufrechterhält, erstreckt sich auf die Bereiche Bauwesen, Landwirtschaft, verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungen und Tourismus.

Die Auswirkungen dieses diskriminierenden Landregimes lassen sich vielleicht am besten im Jordantal veranschaulichen, wo der größte Teil des palästinensischen Landes zugewiesen wurde, um israelischen Interessen zu dienen und es den Behörden zu ermöglichen, die palästinensischen Ressourcen mit noch größerer Intensität als anderswo im Westjordanland auszubeuten, im Einklang mit ihrer erklärten Absicht, das Gebiet vollständig zu kontrollieren und sogar zu annektieren (siehe Abschnitt 5.1 "Absicht, das palästinensische Volk zu unterdrücken und zu beherrschen").

JORDANTAL

Das Jordantal macht fast 30 % des Westjordanlandes und 40 % des Gebiets C aus. Nahezu 90 % des Jordantals wurden als Gebiet C ausgewiesen, das vollständig unter israelischer Kontrolle steht und in dem 65.000 Palästinenser in mehr als 50 Gemeinden und etwa 11.000 Siedlerleben in 36 illegalen israelischen Siedlungen und 18 Außenposten, die selbst nach israelischem Recht illegal sind. Die restlichen 10% beherbergt palästinensische Dörfer und Städte, einschließlich Jericho, die sich in Gebieten befinden, die in den Gebieten befinden, die in den Oslo-Abkommen als (Gebiet) A oder B bezeichnet werden. Diese palästinensischen Gemeinden werden von Gebiet C umschlossen und sind faktisch voneinander und vom Rest des Jordantals abgeschnitten.

Das Jordantal enthält einige der fruchtbarsten Böden in den OPT. Darüber hinaus ist es kaum besiedelt und umfasst die größten Landreserven im Westjordanland, was es zum geeignetsten Gebiet für jegliche Entwicklung von städtischen Zentren und wirtschaftlichen Aktivitäten wie Landwirtschaft oder Energieprojekte macht. Die israelischen Behörden haben das Jordantal jedoch faktisch in eine israelische Enklave innerhalb den OPT verwandelt.

Sie haben die Palästinenser davon abgehalten, 85 % des Gebiets zu nutzen oder auch nur zu betreten, indem sie das Land für verschiedene, sich mitunter überschneidende Zwecke zugewiesen haben, wodurch sie ihre Kontrolle über das Land festigen und die palästinensische Bevölkerung ausschließen konnten. Wie bereits erwähnt, wiesen die israelischen Behörden in den ersten Jahren der Besatzung Tausende von Dunam Land für Militärbasen und den Siedlungsbau zu. Bis zum Ende 2017 waren fast 50 % des Jordantals als staatliches Land ausgewiesen, während 46 % zum "militärischen Sperrgebiet" erklärt worden waren, einschließlich der "Schießzonen" und der Gerichtsbezirke der Siedlungen, so dass es für Palästinenser praktisch tabu war. Etwa 20 % wurden

Naturschutzgebieten zugewiesen; zwei Drittel dieses Landes wurden ebenfalls zu militärischen "Schießzonen" erklärt.

Viele dieser "Schießzonen" befinden sich in einigen der am stärksten marginalisierten Gemeinden im Jordantal. Die israelische Armee reißt routinemäßig palästinensische Häuser und Strukturen in diesen "Schießzonen" ab (siehe Abschnitt 6.1.2 "Israelische Politik und Praktiken"); im Gegensatz dazu haben die israelischen Behörden den Status einiger dieser "Schießzonen" geändert, um den Ausbau israelischer Siedlungen, die sich teilweise oder ganz in ihnen befinden, zu ermöglichen. Palästinensische Bewohner sind der Gewalt von Siedlern, Schikanen durch Soldaten und Zugangsbeschränkungen ausgesetzt, was zu einem Zwangsumfeld beiträgt, das palästinensische Gemeinschaften unter Druck setzt, diese Gebiete zu verlassen. Darüber hinaus haben die israelischen Behörden den im Jordantal lebenden Palästinensern strenge Baubeschränkungen auferlegt und umfangreiche Abrisse palästinensischer Gebäude durchgeführt, für die "keine Baugenehmigung" vorlag, wobei sie behaupteten, dass es sich bei den Abrissen lediglich um die Durchsetzung von Planungs- und Baugesetzen handele (siehe Abschnitt 6.1 „Zwangsweise Überführung“).

Schließlich haben israelische Siedler auch das komplexe Landsystem in Gebiet C in Verbindung mit Israels strengen Beschränkungen der Bewegungsfreiheit von Palästinensern auf ihren landwirtschaftlichen Flächen genutzt, um unkultiviertes palästinensisches Land und nicht registriertes Land in der Nähe von Siedlungen zu übernehmen. Einigen israelischen Siedlern ist es gelungen, dieses Land ohne Genehmigung drei Jahre lang hintereinander zu bewirtschaften, so dass sie es vor israelischen Zivilgerichten einklagen können. Nach Angaben von Kerem Navot, einer israelischen Menschenrechtsorganisation, haben israelische Siedler zwischen 1997 und 2012 auf diese Weise fast 24.000 Dunam Land in Besitz genommen, darunter auch 10.000 Dunam Land, das sich in palästinensischem Privatbesitz befand.

EINSCHRÄNKUNG DES ZUGANGS ZUR "PUFFERZONE" UND ZU DEN SEEGBIETEN IM GAZASTREIFEN

Mit rund 2 Millionen Menschen, die auf 365 km² leben, ist der Gazastreifen eines der am dichtbesiedelsten Gebiete der Welt. Die mit dieser Dichte verbundenen Probleme werden durch den zunehmend eingeschränkten Zugang zu Land und die erhebliche Zerstörung des Eigentums der palästinensischen Bewohner infolge der diskriminierenden Politik der israelischen Armee noch verschärft.

In der Vergangenheit errichtete Israel Siedlungen im Gazastreifen und wandte dort ähnliche diskriminierende Gesetze, Strategien und Praktiken an, um der palästinensischen Bevölkerung einen Teil des fruchtbarsten Landes zu entreißen. Zwischen 6 % und 12 % des durch militärische Befehle beschlagnahmten Landes im Gazastreifen wurden israelischen Siedlungen zugewiesen, wodurch die geografische Kontinuität des Gebiets zersplittert wurde. Im Jahr 2005 zog Israel seine Siedler und Bodentruppen vor allem aus demografischen Gründen ab und unterwarf das Gebiet einer Land-, See- und Luftblockade, um alle Aspekte des palästinensischen Lebens in dem Gebiet zu kontrollieren.

Israel beschlagnahmt zwar keine Häuser und Grundstücke von Palästinensern im Gazastreifen mehr, wendet aber rechtswidrige tödliche Gewalt an, um die "Pufferzone" oder das zugangsbeschränkte Gebiet entlang des Zauns, der das Gebiet von Israel trennt, und das ebenfalls zugangsbeschränkte Seegebiet vor der Küste des Gazastreifens zu kontrollieren. Das israelische Militär hat diese Gebiete als "Hochrisikogebiete" eingestuft und setzt die Bewegungsbeschränkungen mit Gewalt durch, oft auch mit unnötiger tödlicher Gewalt, obwohl palästinensische Zivilisten, oft Bauern oder Demonstranten, nicht ihr Leben bedrohen. Die genauen Parameter der "Pufferzone" wurden von Israel nicht bekannt gegeben, obwohl es 2009 davor warnte, sich mehr als 300 m dem Zaun zu nähern. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen erstreckt sich die "Pufferzone" auf eine Distanz von zwischen 300 und 1.500 m am Zaun entlang und umfasst insgesamt etwa 62 km² oder

rund 17 % der Gesamtfläche des Gazastreifens. Sie erstreckt sich über 35 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Gazastreifen. Das Seegebiet mit Zugangsbeschränkung umfasst 85 % der Fischereigewässer.

Im Jahr 2010 schätzte OCHA, dass die israelischen Zugangsbeschränkungen zu Land und Fischereigebieten etwa 12 % der Bevölkerung des Gazastreifens direkt betreffen.

Die derzeitigen israelischen Beschränkungen für die Landnutzung in der "Pufferzone" wurden seit dem Ausbruch der zweiten Intifada im Jahr 2000 schrittweise eingeführt. Seitdem hat das israelische Militär den Zugang zu landwirtschaftlichen Flächen in der Nähe des Zauns, der den Gazastreifen von Israel trennt, durch die Einrichtung einer "No-Go"-Zone in der Nähe des Zauns eingeschränkt. Bis Mitte 2006 hatten die israelischen Streitkräfte das Land vollständig eingeebnet und alle zivilen Häuser und Gebäude im Umkreis von 300 bis 600 Metern um die Grüne Linie abgerissen und alle Familien und Gemeinschaften aus diesem Gebiet zwangsumgesiedelt.

Israel behauptet, dass es die "Pufferzone" aufrechterhält, um die Sicherheit seiner Soldaten und Bürger zu gewährleisten. Obwohl solche Sicherheitsbedenken legitim sind und das humanitäre Völkerrecht Israel als Besatzungsmacht dazu ermächtigt, den Zugang zu bestimmten Gebieten als notwendige Sicherheitsmaßnahme zu verbieten oder einzuschränken, dürfen solche Maßnahmen die besetzte Bevölkerung nicht ihrer Grundrechte berauben und müssen ihre Sicherheit und ihr Wohlergehen gewährleisten. Israels Durchsetzung der "Pufferzone" erfüllt diese Anforderungen nicht und führt häufig zu Verstößen gegen die internationalen Menschenrechte und das humanitäre Recht.

Gleichzeitig hat die israelische Gewaltanwendung im Gazastreifen zu einer massiven Zerstörung von Häusern, Eigentum, Infrastruktur und weiten Teilen von Ackerland sowie zu zahlreichen Toten und Schwerverletzten unter der palästinensischen Zivilbevölkerung geführt (siehe Abschnitt 5.5.1 "Unterdrückung der menschlichen Entwicklung der Palästinenser" und Abschnitt 6.3 „Rechtswidrige Tötungen und schwere Verletzungen“).

5.4.4 DISKRIMINIERENDES STADTPLANUNG UND FLÄCHENNUTZUNGSSYSTEM

Zusammen mit dem System des Landbesitzes und der Landzuteilung waren die Planungs- und Flächennutzungspolitik von zentraler Bedeutung für die Umsetzung der israelischen Politik, die darauf abzielt, die jüdische Kontrolle zu etablieren und die palästinensischen Gemeinschaften sowohl in Israel als auch in den OPT zu marginalisieren. Die Planung wurde genutzt, um die jüdisch-israelische Präsenz an strategischen Orten auszuweiten, jüdische Städte und Dörfer zu errichten, die geografische Ausdehnung palästinensischer Städte und Zentren zu behindern und die Landnutzung und den Zugang der Palästinenser zu Land durch die Ausweisung von Grünflächen, Industriegebieten oder Militärzonen zu kontrollieren.

In ganz Israel und den OPT sind Palästinenser, die in nicht anerkannten Beduinendörfern im Negev/Naqab, in Ostjerusalem und im Gebiet C des Westjordanlandes leben, am stärksten von Israels diskriminierendem Planungs- und Flächennutzungssystem betroffen, das ihre Häuser der Gefahr des Abrisses aussetzt und sie der Grundversorgung beraubt.

PLANUNGS-, BAU- UND WOHNUNGSPOLITIK IN ISRAEL

Die diskriminierende Planungs-, Bau- und Wohnungspolitik in Israel, die in erster Linie mit der oben beschriebenen Politik des Staates der groß angelegten Landbeschlagnahme und der Zuweisung von Staatsland zusammenhängt, betrifft die 1,9 Millionen nichtjüdischen Bürger Israels, von denen die große Mehrheit Palästinenser sind. Restriktive Planungs- und Bauvorschriften und deren diskriminierende Durchsetzung erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass die Häuser der Palästinenser abgerissen werden. Während die Regierungspolitik und die Planungsvorschriften das Wachstum und die Entwicklung palästinensischer Städte und Dörfer eingeschränkt haben, bestand die Politik im jüdischen Sektor darin, bestehende Städte und Dörfer zu erweitern und Hunderte von neuen Dörfern zu errichten. Wie bereits erwähnt, leben etwa 90 % der palästinensischen Bürger Israels in 139 Ortschaften, die weniger als 3 % des staatlichen Bodens in Israel kontrollieren. Die große Mehrheit der verbleibenden 10 % lebt in "gemischten Städten", darunter Haifa, Ramla, Lod, Jaffa und Akko. Im Gegensatz dazu gibt es über 1.000 jüdische Ortschaften mit großen Gemeindegebieten, die über eine entwickelte Infrastruktur und eine geringe Bevölkerungsdichte verfügen.

Seit 1948 hat der Staat mehr als 700 jüdische Ortschaften in Israel errichtet, während er keine neuen Ortschaften für Palästinenser geschaffen hat, mit Ausnahme der staatlich geplanten Beduinenstädte im Negev/Naqab, die für die Zwangsurbanisierung von Beduinen vorgesehen sind. Tatsächlich wurden fast 500 palästinensische Ortschaften nach 1948 von Israel zerstört, und Dutzende palästinensischer Dörfer, die vor der Gründung des Staates bestanden oder in die Palästinenser nach 1948 umgesiedelt wurden, wurden aus den Flächennutzungsplänen gestrichen und gelten nun nach israelischem Planungsrecht als illegal. Infolgedessen werden sie von den israelischen Behörden routinemäßig abgerissen (siehe unten).

1965 erließ Israel das Planungs- und Baugesetz, mit dem die israelischen Behörden Planungspläne für palästinensische Ortschaften in Israel aufstellten und enge Grenzen für deren Entwicklung und den Ausbau ihrer Infrastruktur schufen. Die israelischen Behörden wiesen die meisten Gebiete als Nicht Wohngebiete aus des in Privatbesitz befindlichen palästinensischen Landes, das nicht auf der Grundlage verschiedener Gesetze konfisziert worden war. Das Gesetz regelte und zentralisierte die gesamte Bau- und Landnutzungsverwaltung unter der Autorität des Innenministeriums. 2015 wurde ein Teil der Zuständigkeit auf das Finanzministerium übertragen. Entscheidend ist, dass das Gesetz ein dreistufiges System von Planungsgremien auf lokaler, Bezirks- und nationaler Ebene geschaffen, die jeweils für die Flächennutzung und -planung in den verschiedenen Zuständigkeitsbereichen verantwortlich sind. Das Gesetz sieht auch eine Hierarchie vor, bei der die Planung auf lokaler Ebene beginnt, dann auf die Bezirksebene übergeht und auf der nationalen Ebene endet:

Der örtliche Rahmenplan (oder Masterplan) dient als erster Schritt der Entwicklung von Ortschaften in Israel, indem er die Planungspolitik der Ortschaft durch die Festlegung von Zonen und die Bestimmung der Flächennutzung festlegt. Er ist die Rechtsgrundlage für die Erteilung von Baugenehmigungen und das wichtigste Instrument, mit dem die Zentralregierung die lokale Entwicklung ermöglicht. Die palästinensischen Gemeinden müssen sich bei der Ausarbeitung ihrer lokalen Rahmenpläne auf die zuständigen israelischen Ministerien verlassen. Die staatlichen Planer sind jedoch nicht in der Lage, angemessene Pläne für palästinensische Ortschaften zu erstellen, die die Bedürfnisse der Einwohner berücksichtigen, und brauchen oft unangemessen lange für die Ausarbeitung und Aktualisierung der lokalen Rahmenpläne für palästinensische Ortschaften.

Laut einer von Bimkom - Planners for Planning Rights (Bimkom) und dem Arab Center for Alternative Planning, zwei Nichtregierungsorganisationen, Ende Dezember 2011 durchgeführten Umfrage hatten zwischen 2000 und 2011 von 119 palästinensischen Ortschaften in Israel 75 lokale Rahmenpläne, von denen einige auf dem neuesten Stand waren und andere sich in verschiedenen Stadien der Genehmigung befanden, während für die übrigen 44 Ortschaften kein aktualisierter lokaler Rahmenplan initiiert worden war. Dies bedeutet, dass vor 2000 keiner der palästinensischen Ortschaften eine Genehmigung zur Erweiterung erteilt wurde, da der Bau nur innerhalb der

kommunalen Wohngrenzen der Ortschaft erlaubt war, obwohl die palästinensische Bevölkerung seit der Gründung Israels um das 11-fache gewachsen war. Im Gegensatz dazu fördert und initiiert die Zentralregierung für jüdische Ortschaften lokale Entwicklungspläne, die von einer künftigen Expansion ausgehen, so dass große Flächenreserven für den Wohnungsbau, für Arbeitsplätze und für öffentliches Land in den Zuständigkeitsbereich der Ortschaft eingeplant werden. Infolgedessen war es möglich, landwirtschaftliche Flächen nicht nur für den Bau von Häusern, sondern auch für den Bau von Gewerbeimmobilien umzuzonen. Darüber hinaus haben die israelische Landverwaltung und ihre Nachfolgerin, die israelische Landbehörde, im Laufe der Jahre bereitwillig die Umwidmung von Grundstücken in Kibbuzim (jüdische Gemeinden, die als Kollektive organisiert sind, mit gemeinschaftlichem Leben und gemeinsamem Vermögen, und die in der Regel auf Landwirtschaft oder Industrie basieren) und Moschawim (jüdische landwirtschaftliche Gemeinden, die als Genossenschaften organisiert sind) von landwirtschaftlicher zu gewerblicher Nutzung genehmigt.

Wenn es keinen gesetzlich genehmigten lokalen Rahmenplan gibt, der eine angemessene Zuweisung von Wohnbauland vorsieht, oder wenn eine Gemeinde nicht anerkannt ist, ist jeglicher Wohnungsbau verboten. Daher ist es für Palästinenser in vielen Ortschaften Israels nahezu unmöglich, Baugenehmigungen zu beantragen und zu erhalten. Dieses seit langem bestehende Problem hat viele Palästinenser dazu veranlasst, ihre Häuser ohne Genehmigung zu bauen, mit der ständigen Bedrohung, dass die israelischen Behörden diese abreißen. Nach einer Schätzung des Mossawa-Zentrums 2019 wurden in Israel von palästinensischen Bürgern circa 50.000 Strukturen ohne Baugenehmigung errichtet.

Nach dem Planungs- und Baugesetz von 1965 kann jedes Gebäude oder Bauvorhaben ohne eine Baugenehmigung von den zuständigen israelischen Behörden "abgerissen, demontiert oder entfernt" werden, und der Eigentümer kann für die Kosten des Abrisses sowie für eine Geld- und/oder Freiheitsstrafe haftbar gemacht werden

Zwischen 2012 und 2014 wurden 97 % der behördlichen Abrissverfügungen in dem von den israelischen Behörden als arabischer Sektor bezeichneten Gebiet ausgestellt, zu dem hauptsächlich palästinensische Bürger Israels, aber auch die viel kleinere drusische Minderheit gehören. Bei den palästinensischen Beduinen im Negev/Naqab wurden wiederholt die Gebäude ganzer Gemeinden abgerissen. Gleichzeitig haben israelische Gerichte rückwirkend jüdische Gemeinden genehmigt, die ohne örtliche Rahmenpläne und Baugenehmigungen in demselben Gebiet errichtet wurden (siehe Kasten unten und Abschnitt 6.1 "Zwangweise Überführung").

2017 verabschiedete Israel eine Änderung des als Kaminitz-Gesetz bekannten Planungs- und Baugesetzes, mit der die "Vollstreckung und Bestrafung von Planungs- und Bauverstößen", insbesondere im arabischen Sektor, verstärkt werden sollte. 2019 enthüllte die damalige israelische Justizministerin Ayelet Shaked enthüllte die eigentliche Absicht des Gesetzes:

Als wir das Kaminitz-Gesetz verabschiedeten, war das Ziel, die Vollstreckung gegen illegale Bauvorhaben vor allem im arabischen Sektor zu verschärfen; die Behörden setzen das Gesetz auch bei jüdischen Bauern durch... Ich möchte das Gesetz nicht aufheben, weil es im arabischen Sektor zu guten Ergebnissen geführt hat, aber wir müssen sehen, wie wir das Gesetz ändern können. Schließlich ist es für die Bewohner der Moschawim eine zu große Belastung

Eine der Hauptfolgen dieser verschiedenen Maßnahmen ist die akute Wohnungsnot für Palästinenser in Israel. Nach Schätzungen des staatlichen israelischen Rechnungsprüfers, einer der Knesset unterstellten Ombudsperson, im Jahr 2015, die befugt war, die Politik und die Arbeitsweise der Regierung zu überprüfen, benötigte die palästinensische Bevölkerung jährlich 13.000 neue Wohneinheiten pro Jahr. Nach Angaben von Adalah wurden 2017 jedoch nur etwa 7.000 Einheiten gebaut, zumeist durch private Bauunternehmen. Damit fehlen in den palästinensischen Ortschaften jährlich 6.000 Wohnungen. Dennoch diskriminieren die israelische Landbehörde und das Ministerium

für Bau- und Wohnungswesen palästinensische Gemeinschaften bei der Zuteilung von Grundstücken und Wohneinheiten zugunsten von jüdischen Ortschaften und gemischten Städten. So hat die israelische Landbehörde 2016 Ausschreibungen für den Bau von 49.903 Wohneinheiten in jüdischen israelischen Ortschaften (mit Ausnahme von "gemischten Städten", die über 5.528 Wohneinheiten verfügen), aber nur für 4.151 Wohneinheiten in "arabischen Ortschaften" (6,4 % aller Ausschreibungen für Neubauten) veröffentlicht.

Der Negev/Naqab ist ein Paradebeispiel dafür, wie die diskriminierende israelische Planungs- und Baupolitik darauf abzielt, Land und Ressourcen für jüdische Israelis auf Kosten der palästinensischen Land- und Wohnrechte zu maximieren (siehe Kasten unten). Seit den 1970er Jahren haben die regionalen und lokalen Flächennutzungspläne die palästinensischen Beduinendörfer im Negev/Naqab "von der Landkarte gestrichen", so dass sie in der israelischen Entwicklungspolitik nicht sichtbar sind. Anstatt diese Dörfer als Wohngebiete auszuweisen, haben die israelischen Behörden sie und das umliegende Land für militärische, industrielle oder öffentliche Zwecke ausgewiesen. Im Laufe der Jahre hat Israel 11 dieser Dörfer anerkannt, aber 35 bleiben "nicht anerkannt", und ihre Bewohner werden als Menschen betrachtet, die "illegale Hausbesetzungen" (betreiben) (siehe Kasten unten). Die Bewohner dieser Dörfer können keine Baugenehmigung beantragen, um ihre bestehenden oder neuen Häuser zu legalisieren, da die Grundstücke nicht als Wohngebiete ausgewiesen sind.

Der fehlende offizielle Status bedeutet auch, dass die israelischen Behörden diesen Dörfern keine wesentlichen Infrastrukturen oder Dienstleistungen wie Gesundheitsfürsorge oder Bildung zur Verfügung stellen, und die Bewohner haben keine Vertretung in den verschiedenen lokalen Regierungsgremien, da sie sich nicht zu den Kommunalwahlen anmelden oder daran teilnehmen können (siehe Abschnitte 5.5.3 "Diskriminierende Bereitstellung von Dienstleistungen" und 6.1 "Zwangswise Überführung").

Die Nichtanerkennung der Beduinendörfer steht im Zusammenhang mit der israelischen Politik der Konzentration und Urbanisierung der Beduinen und der Verweigerung der Landrechte der Beduinen im Negev/Naqab. In krassem Gegensatz dazu betrachtet Israel die Entwicklung des Negev/Naqab für jüdische Gemeinden als "eine der wichtigsten nationalen Aufgaben". Im Jahr 2005 verabschiedete die israelische Regierung den Negev-Entwicklungsplan und richtete ein neues Ministerium ein, das mit dessen Umsetzung beauftragt wurde. Der Plan hatte zum Ziel, die jüdische Bevölkerung in dem Gebiet von 535.000 auf 900.000 bis 2015 zu erhöhen. Um das Ziel des Plans zu erreichen, verstärkten die Strafverfolgungsbehörden den Abriss von Häusern in nicht anerkannten Beduinendörfern und intensivierten die rechtlichen Bemühungen, Beduinenland zu übernehmen, indem sie es zu Staatsland erklärten. Der Plan zielte auch darauf ab, neue jüdische Städte zu gründen und zu fördern und den Bau von Gebäuden durch jüdische Bürger rückwirkend zu legalisieren, selbst wenn diese nicht den Planungsgesetzen entsprachen, und sie in die Regionalpläne aufzunehmen. Schließlich ernannte die israelische Regierung mehrere Kommissionen und Teams, die sich mit der Wohnungs- und Landfrage befassen sollten, was 2013 zur Ausarbeitung des Gesetzes zur Regularisierung von Beduinenwohnungen im Negev führte, das auch als Praver-Begin-Gesetz bekannt ist.

Ziel des Gesetzentwurfs war die "Legalisierung" der Land- und Wohnungsfrage, einschließlich der 35 nicht anerkannten Beduinendörfer, durch die gewaltsame Umsiedlung ihrer Bevölkerung. Obwohl der Gesetzentwurf auf Eis gelegt wurde, ist die damit eingerichtete Stelle zur Koordinierung und Umsetzung von Abrissverfügungen im Negev/Naqab weiterhin tätig. Das dem Ministerium für öffentliche Sicherheit unterstellte Southern Directorate of Land Law Enforcement ist ausschließlich für die Durchsetzung von Boden- und Planungsgesetzen in Beduinenorten zuständig und koordiniert die administrativen Hauszerstörungen mit anderen Vollzugsorganen, einschließlich der israelischen Polizei.

Im Negev/Naqab gibt es inzwischen mehr als 100 jüdische Städte. Im Gegensatz dazu waren die Gemeinderäte der Beduinengemeinden 2008 in der nördlichen Negev/Naqab-Region nur für 1,9 %

des Landes zuständig, obwohl die Beduinen mehr als ein Viertel der Bevölkerung in diesem Gebiet ausmachen.

NICHT ANERKANNTE DÖRFER IM NEGEV/NAQAB

Im Negev/Naqab leben rund palästinensische 250.000 Beduinen, die Bürger Israels sind. 1 Sie leben in drei Arten von Siedlungen: in 35 nicht anerkannten Dörfern, sieben von der Regierung geplanten Siedlungen und 11 neu anerkannten Dörfern. Zehntausende von Beduinen im Negev/Naqab leben in Häusern, die zum Abriss freigegeben sind, weil sie keine Baugenehmigung erhalten. Seit Jahrzehnten kämpfen sie darum, dass ihre Dörfer von den israelischen Behörden als Eigentum anerkannt werden. Im Gegensatz zu anderen Beduinengemeinschaften haben die Beduinen des Negev/Naqab jahrhundertlang neben der Weidewirtschaft weitgehend von der Landwirtschaft gelebt. Vor der Gründung Israels lebten im Negev/Naqab mehr als 92.000 Beduinen, die die Ureinwohner der Region sind, und besaßen Land im Rahmen eines klar definierten, traditionellen Systems von individuellem und gemeinschaftlichem Landbesitz sowie im Rahmen der geltenden lokalen staatlichen Gesetze. Nach der Gründung Israels verblieben nach Schätzungen zwischen 11.000 und 18.000 Beduinen in Israel. Wie die übrigen palästinensischen Bürger Israels erhielten auch sie die israelische Staatsbürgerschaft. Allerdings erklärte Israel ihr angestammtes Land zu "geschlossenen Militärgebieten".

Landraub während der israelischen Militärherrschaft

Während der 18-jährigen Militärherrschaft über die Palästinenser (1948-1966), die in Israel 1951 begann, wurden 12 der verbleibenden 19 Beduinenstämme im Negev/Naqab auf das Siyag beschränkt, ein Gebiet von etwa 1,5 Millionen Dunam (150.000 Hektar), das für seine geringe Fruchtbarkeit bekannt ist, verglichen mit den 13 Millionen Dunam, die die Stämme vor der Militärherrschaft vor 1948 kontrollierten. Den Beduinen war es außerdem verboten, ihr Land zu bewirtschaften, und sie wurden von anderen Stämmen im Negev/Naqab und der übrigen palästinensischen Bevölkerung in Israel isoliert. Sie benötigten Sondergenehmigungen des Militärgouverneurs, um Arbeit zu suchen, sich weiterzubilden oder Weideland zu betreten. Die Zwangsbeschränkungen führten zum Verlust ihrer traditionellen Lebensweise und beschleunigten ihre Sesshaftwerdung oder Zwangsansiedlung.

Israel nutzte die geltenden Gesetze zur Enteignung von palästinensischem Land im Negev/Naqab, wie z. B. das Absentees' Property Law und das Land Acquisition Law, insbesondere von Beduinenland außerhalb des Siyag, und erklärte es zu Staatsland. Heute beträgt die Fläche aller anerkannten Beduinendörfer im Negev/Naqab zusammen nur 1 % der Gesamtfläche des südlichen Distrikts von Israel, obwohl die Beduinen 35 % der Bevölkerung des Distrikts ausmachen.

Diskriminierende Flächennutzung und Planung

Nach Angaben des ICBS leben etwa eine halbe Million jüdische Israelis in 126 überwiegend jüdischen Gemeinden im Negev/Naqab. 2016 bestanden diese Gemeinden aus 38 Kibbuzim, 77 Genossenschafts- und Gemeinschaftssiedlungen sowie 11 lokalen Räten und Städten. In der überwältigenden Mehrheit dieser Gemeinden – 115 von 126 - gibt es "Zulassungsausschüsse", die den Beduinengemeinden und anderen palästinensischen Bürgern Israels den Aufenthalt in diesen Siedlungen verwehren. In den letzten Jahren sind Beduinen langsam in eine Handvoll Gemeinde und

Städte umgezogen, in denen es kein ausdrückliches Genehmigungsverfahren gibt, das ihre Ansiedlung ausschließt.

Die israelischen Behörden wiesen Beduinenland, einschließlich der vor 1948 gegründeten Dörfer, als landwirtschaftliche Flächen oder für militärische Zwecke aus und nicht für Wohnzwecke. Sie versäumten es auch, den Planungsstatus der 46 Beduinendörfer im Rahmen einer regionalen oder kommunalen Struktur zu regulieren.

Zwischen 1968 und 1990 errichtete Israel sieben von der Regierung geplante Gemeinden - Kuseife, Tel Sheva, Rahat, Hura, Laqye, Ar'ara Banegev und Segev Shalom - um die Ansiedlung von Beduinen zu erzwingen. Heute leben dort 156.000 Beduinen. Die vorsätzliche Vernachlässigung der sieben Gemeinden durch den Staat hat zu den höchsten Armuts- und Arbeitslosenquoten des Landes, einer hohen Kriminalitätsrate und anderen sozioökonomischen Problemen geführt, die sie für die Bewohner der ländlichen Beduinendörfer nicht wünschenswert machen. Teile der sieben Townships sind nicht an das Wasserversorgungssystem, die Abwasserentsorgung, das Stromnetz oder an die Kommunikationsmittel angeschlossen. Im Gegensatz dazu schließen die israelischen Behörden illegale Außenposten und einzelne Bauernhöfe für jüdische Bürger zügig an das Wasser- und Stromnetz an. Nach Angaben des ICBS gehören alle sieben geplanten Townships zu den untersten sozioökonomischen Gruppen. Im Vergleich dazu rangiert jede jüdische Ortschaft im Negev/Naqab in einem höheren sozioökonomischen Cluster.

Bis 1999 hatten die nacheinander folgenden israelischen Regierungen 11 von 46 Beduinendörfern anerkannt und zwei Beduinen-Regionalverwaltungen - Neve Midbar und Qassum (früher Abu Basma) - eingegliedert. In diesen Dörfern leben rund 16.000 Beduinen. Obwohl die israelischen Behörden diese Dörfer anerkennen, bleiben sie von den staatlichen Entwicklungsplänen ausgeschlossen, was es den Bewohnern erschwert, Baugenehmigungen zu erhalten oder staatliche Dienstleistungen und Infrastrukturen in Anspruch zu nehmen. Viele Bewohner leben noch mit der Bedrohung, dass ihr Haus aufgrund fehlender Baugenehmigungen abgerissen werden. Obwohl die Bewohner der anerkannten Dörfer von früheren Zwangsraumungen und Dorfabbrissen verschont blieben, ist ihre Situation ähnlich kompliziert wie die der nicht anerkannten Dörfer.

Die verbleibenden 35 Dörfer, in denen rund 68.000 Menschen leben, haben weder einen offiziell anerkannten Status noch eine Planungsstruktur. Infolgedessen ist es für die Bewohner nahezu unmöglich, eine Baugenehmigung zu erhalten oder einen Bauplan zu bekommen, so dass viele gezwungen sind, ohne Genehmigung zu bauen, weshalb sie ständig mit dem Abriss ihrer Häuser und der anschließenden Zwangsumsiedlung rechnen müssen. In Israel versuchte man 2013, die Situation durch das Gesetz zur Legalisierung von Beduinenwohnungen im Negev, auch bekannt als Praver-Begin-Gesetz, zu "regulieren", das die Zwangsumsiedlung der Dorfbevölkerung in diesem Gebiet vorsah. Das Gesetz wurde zwar auf Eis gelegt, doch die damit errichtete Behörde zur Koordinierung und Umsetzung von Abrissverfügungen im Negev/Naqab, das Southern Directorate of Land Law Enforcement, ist weiterhin tätig. Seitdem hat Israel den Abriss von Häusern aggressiv vorangetrieben (siehe Abschnitt 6.1 "Zwangweise Überführung").

Die israelischen Behörden bestehen wiederholt darauf, die in den 35 nicht anerkannten Dörfern lebenden Beduinen in die anerkannten Dörfer im Negev/Naqab umzusiedeln. Die meisten Bewohner lehnen diese "freiwillige" Umsiedlung ab, zumal sie damit ihren Anspruch auf ihr Land aufgeben würden.

Neben der vollständigen Verweigerung jeglicher rechtlicher Ansprüche auf Landbesitz der Beduinen in der Negev/Naqab und als Teil ihrer Politik, die Gemeinschaft zwangsweise in Enklaven anzusiedeln, hat die israelische Regierung Entschädigungen für Beduinenlandansprüche angeboten. Dieser Ansatz wurde erstmals 1975 vom Albeck-Ausschuss aufgestellt, der vorschlug, die Regierung solle "über den Buchstaben des Gesetzes hinausgehen" und den beduinischen Antragstellern eine Entschädigung unter der Bedingung anbieten, dass sie sich bereit erklären, in eine der geplanten Townships zu

ziehen. Seitdem vertritt die israelische Regierung eine Position der vollständigen rechtlichen Verweigerung auf der einen Seite und der teilweisen praktischen Anerkennung der Landrechte der Beduinen durch Entschädigung auf der anderen Seite. Das Entschädigungsangebot wurde mehrfach geändert und in verschiedenen Beschlüssen des Rates der israelischen Landverwaltung (der Vorgängerin der israelischen Landbehörde) verankert, basiert aber nach wie vor auf der Logik des Entschädigungsplans des Albeck-Komitees.

Die Beduinen haben die Angebote im Allgemeinen als unzureichend und ungerecht empfunden. Dementsprechend wurden bisher 2008 nur 12 % der ursprünglichen Landansprüche (380 von 3.220) für eine Fläche von 205.670 Dunam (etwa 18 % des gesamten beanspruchten Landes) geregelt. Die Regierung hat parallel dazu versucht, diese Angelegenheit durch die Einsetzung weiterer Ausschüsse zu lösen, die weitere Empfehlungen aussprachen.

Am bedeutendsten war der Goldberg-Ausschuss, der im Jahr 2007 eingesetzt wurde. Seine Empfehlungen wurden später mit einigen Änderungen in den Praver-Begin-Gesetzentwurf aufgenommen. Die vom Staat vorgeschlagenen Alternativen für die Beduinen sind Vertreibung und Zwangsurbanisierung, Verweigerung der legalen Landrechte und Alternativflächen, die damals 1975 als ungerecht und unzureichend angesehen wurden. Seit 1975 ist die Beduinengemeinde um das Achtfache gewachsen, und die vorgeschlagene Entschädigung ist nahezu gleich geblieben.

In der Zwischenzeit wurden im Zuge der angestrebten Judaisierung des Negev/Naqab neue jüdisch-israelische Gemeinden gegründet. Die Pläne für diese neuen Städte werden von den israelischen Behörden vorangetrieben, darunter das Ministerium für die Entwicklung des Negev und Galiläas sowie das Ministerium für Bau und Wohnungswesen. Die Siedlungsabteilung der WZO dient als Arm der Regierung für die Planung und Umsetzung der Besiedlung dieser Gemeinden. Jüdisch-israelische Gruppen wie die OR-Bewegung, eine Gruppe, die sich für die Ausweitung der jüdischen Besiedlung im Negev/Naqab und in Galiläa einsetzt, spielt ebenfalls eine koordinierende Rolle und arbeitet eng mit den israelischen Behörden (einschließlich 11 Ministern) zusammen, um neue jüdische Gemeinden zu entwickeln. Zwischen 2002 und 2021 hat die OR-Bewegung acht neue Gemeinden gegründet und 63 andere im Negev/Naqab und in Galiläa erweitert.

Diskriminierende Abrisse von Häusern und Zwangsräumungen

Die israelischen Behörden haben den Abriss von Häusern, Zwangsräumungen und andere Strafmaßnahmen in unverhältnismäßiger Weise gegen Beduinen im Vergleich zu jüdischen Israelis durchgesetzt, die sich nicht an die Planungsgesetze im Negev/Naqab halten. Die meisten nicht genehmigten jüdischen Gebäude und Bauernhöfe wurden ohne skizzierte Pläne und Baugenehmigungen rückwirkend genehmigt oder nie mit einer Abrissverfügung konfrontiert. Israelische Gerichte haben dazu beigetragen, diese Diskriminierung zu verfestigen, indem sie Dutzende von jüdisch-israelischen Gemeinden und Bauernhöfe entgegen denselben Planungsgesetzen, die zum Abriss von Beduinenhäusern führten, rückwirkend genehmigt haben. So entschied das Amtsgericht Beersheba im Jahr 2016 zugunsten eines jüdischen israelischen Bürgers, weil er in dem illegal errichteten jüdischen Dorf Azuz im Regionalrat Ramat Negev unrechtmäßig Gästezimmer für ein Gastgewerbe gebaut hatte. Der Angeklagte argumentierte, dass eine selektive Strafverfolgung stattfinde, da die Planungs- und Bauverfolgung nicht für die Bewohner von Azuz gelte, und führte als Argument an, dass das gesamte Dorf ohne Genehmigung gebaut worden sei. Das Gericht erkannte an, dass der Regionalrat von Ramat Negev die Planungs- und Baugesetze gegenüber Juden nicht durchsetzt, gegenüber Beduinen im selben Bezirk jedoch schon. Eine Untersuchung der Nationalen Einheit für Bauinspektion im südlichen Bezirk enthüllte, dass die Durchsetzung der Planungs- und Baugesetze gegen Beduinen gerichtet ist. Die Abweisung der Klage durch das Gericht bedeutet de facto eine Bestätigung der Diskriminierung der Beduinen durch den Staat.

Zwangstransfer unter dem Deckmantel der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung

Am 12. Februar 2017 billigte das israelische Kabinett den Regierungsbeschluss 2397, einen Fünfjahresplan für die sozioökonomische Entwicklung der Negev-Beduinen, und bewilligte dafür eine 3 Milliarden NIS (968 Millionen US-Dollar). Der Plan wurde von der Behörde für die Entwicklung und Ansiedlung der Beduinen (Beduinenbehörde) ausgearbeitet, die eine Abteilung des Ministeriums für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung ist. Die Beduinenbehörde wurde ursprünglich gegründet, um die Landansprüche der Beduinen 1999 zu regeln und "ständige Wohnstätten" für die Beduinengemeinschaft im Negev/Naqab zu schaffen. Im Laufe der Jahre wurde die Beduinenbehörde jedoch zur wichtigsten Regierungsstelle hinsichtlich verschiedener beduinenbezogener Themen. Ihr Zuständigkeitsbereich erstreckt sich unter anderem auf Planung, Landvereinbarungen, Wasserzuteilung und Gesundheitsdienste. Die Beduinenbehörde wurde als diskriminierende Einrichtung kritisiert, die an der gewaltsamen Vertreibung von Beduinen aus ihren Häusern beteiligt war, um den Negev/Naqab zu judaisieren.

Die Beduinenbehörde fördert den sozioökonomischen Entwicklungsplan für die Beduinen des Negev als ehrlichen Versuch, das Leben der Beduinen im Negev/Naqab zu verbessern. Der Plan erfordert jedoch die Bereitstellung staatlicher Mittel für die Durchführung von Zwangsräumungen und den Abriss von Häusern, auch in den nicht anerkannten 35 Beduinendörfern, die von den Vorteilen des Plans ausgeschlossen sind. Mehrere Minister der Regierung weigerten sich sogar, den Planentwurf zu genehmigen, solange nicht zusätzliche Maßnahmen zur Sicherstellung der Zerstörung der nicht anerkannten Dörfer einbezogen wurden. Der Plan bietet keine Möglichkeit, die nicht anerkannten Dörfer anzuerkennen, und er beauftragt die Beduinenbehörde, vorrangig die in den nicht anerkannten Dörfern lebenden Beduinengemeinschaften zu evakuieren.

Darüber hinaus hat sich der Druck auf die Beduinengemeinschaften durch die Vollzugsbehörden, die an der Umsetzung des Plans arbeiten, erhöht. Nach Angaben des Negev Coexistence Forum for Civil Equality wird dieser Mechanismus der "Durchsetzung von Vorschriften" durch gerichtliche Anordnungen, die Verhängung hoher Geldstrafen (bis zu 300.000 NIS), die ständige Präsenz von Inspektoren und Polizeikräften vor Ort, Drohungen und den Einsatz von Drohnen ausgeübt. Es ist auch wichtig festzustellen, dass die Beduinenbehörde in erster Linie von Personen geleitet wird, die nicht der Beduinengemeinschaft angehören. Laut der Website der Beduinenbehörde sind 13 der 14 Mitglieder, die Führungspositionen innehaben, jüdische Israelis. Nur ein Mitglied stammt aus der Beduinengemeinschaft.

Der UN-Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau (CEDAW) kritisierte den Plan und stellte fest, er ist "von erzwungener Verstärkung, Vertreibungen und Umsiedlungen begleitet und der Vertragsstaat reißt weiterhin Häuser und Schulen in Beduinengemeinden ab, so dass die Beduinen gezwungen sind, umzuziehen".

Im Januar 2019 veröffentlichte die Beduinenbehörde den Strategieplan für die Regulierung des Negev, der die Zwangsumsiedlung von 36.000 Beduinen zum Zweck der Erweiterung von Truppenübungsplätzen und zur Schaffung von "wirtschaftlichen Entwicklungsprojekten" vorsieht. Der Plan soll über mehrere Jahre hinweg umgesetzt werden und ist von UN-Menschenrechtsexperten kritisiert worden. Der israelische Planungs- und Bauausschuss für den südlichen Distrikt hat den Plan vorgebracht und ist zusammengetreten, um die Einrichtung von Lagern zu erörtern, in denen die Zehntausende von Beduinen, die zwangsumgesiedelt werden sollen, vorübergehend untergebracht werden sollen.

PLANUNGS-, BAU- UND WOHNUNGSPOLITIK IM OSTEN JERUSALEMS

In Ostjerusalem haben die israelischen Behörden auch ihre Gesetze und Praktiken zur Raumordnung und Planung genutzt, um die jüdische Vorherrschaft über die Palästinenser weiter auszubauen. Einerseits hat Israel ein Drittel des Landes im annektierten Ostjerusalem für israelische Siedlungen beschlagnahmt. Andererseits hat die israelische Planungs-, Bau- und Wohnungspolitik die Ausweitung palästinensischer Stadtteile und Gemeinden durch die Ausweisung der meisten Gebiete ihres Landes als Grünflächen wie Naturschutzgebiete und Parks verhindert und die Ausweitung bestehender palästinensischer Wohngebiete eingeschränkt. Die Flächennutzungs- und Planungspolitik diskriminiert systematisch die palästinensischen Bewohner Ostjerusalems und behindert die Entwicklung ihrer Stadtviertel erheblich, was sich negativ auf die sozioökonomischen Rechte der lokalen Bevölkerung auswirkt.

Seit der Annexion Ostjerusalems 1967 konzentriert sich die Planung bezüglich der palästinensischen Viertel in Ostjerusalem auf die Beibehaltung einer jüdisch-israelischen Mehrheit in der "vereinten Stadt", einer Politik, die sich in offiziellen Dokumenten und Erklärungen israelischer Entscheidungsträger widerspiegelt. Obwohl das Planungs- und Baugesetz von 1965 (siehe oben) die Ausarbeitung eines Plans für eine Ortschaft innerhalb von drei Jahren vorschreibt, haben die israelischen Planer dies für Ostjerusalem nicht getan, so dass die palästinensischen Viertel dort ohne einen lokalen Rahmenplan (oder Masterplan) dastehen. Ein lokaler Rahmenplan legt die Politik für die Nutzung des Landes für Zwecke wie Wohnen, Industrie und Grünflächen fest und dient als Rechtsgrundlage für die Erteilung von Baugenehmigungen. Ein örtlicher Rahmenplan kann nur von einer amtlichen Regierungsbehörde gemäß dem Planungs- und Baugesetz von 1965 erstellt werden. Wie oben erläutert, kann das Fehlen eines aktuellen örtlichen Rahmenplans zu geregelterm Bauen und späteren Abrissen führen

Im August 2004 stellte ein nationaler Planungsausschuss den lokalen Rahmenplan "Jerusalem 2000" vor. Der Plan gilt als entscheidend für die Gestaltung der israelischen Planungspolitik in Ostjerusalem. Obwohl der Plan nicht zur öffentlichen Überprüfung vorgelegt wurde und somit nicht bindend ist und keine Grundlage für die Erteilung von Baugenehmigungen darstellt, hat die Jerusalem Stadtverwaltung erklärt, dass er "die Planungspolitik in der Stadt darstellt". Die Planungsbehörden haben bereits mindestens zwei palästinensische Flächennutzungspläne mit der Begründung abgelehnt, sie stünden nicht im Einklang mit dem Plan "Jerusalem 2000". Israelische Rechtsgruppen sind zu dem Schluss gekommen, dass der Plan gegen israelisches Recht verstößt und das gesetzlich vorgeschriebene Verfahren der Planungsregelung umgeht. 2013 hat die Bimkom beim Jerusalem Verwaltungsgesicht gegen die unrechtmäßige Anwendung des Plans geklagt, aber ihre Klage wurde abgewiesen.

Der Plan "Jerusalem 2000" ist der erste, der Ost- und Westjerusalem in einem einzigen Plan zusammenfasst. Er sieht vor, dass die Stadtplanung in Jerusalem darauf abzielen sollte, "ein Verhältnis von 70 % Juden und 30 % Arabern" in der Stadt in Übereinstimmung mit "Regierungsbeschlüssen" beizubehalten. Der Plan stellt fest, dass die "demografischen Trends" auf eine "Bevölkerung von etwa 60 % Juden und 40 % Arabern" 2020 in Jerusalem hindeuten, und schlägt vor, "Einwohner aus anderen Gebieten des Landes anzuziehen" und "die negative Abwanderung aus der Stadt zu verringern", um eine "solide jüdische Mehrheit in der Stadt" zu erhalten. Dies soll durch die Bereitstellung von "ausreichendem Wohnraum" (mehr Häuser) in den bestehenden Vierteln, den Bau neuer jüdischer Viertel, die Subventionierung von Wohneinheiten zur Senkung der Wohnkosten und die Gewährleistung von "Quantität und Qualität einer Reihe von Arbeitsplätzen, Dienstleistungen, Lebensqualität und städtischen Erfahrungen" geschehen. Der Plan räumt ein, dass die "arabische Bevölkerung aufgrund ihrer großen Zahl und fehlender finanzieller Mittel unter Wohnungsproblemen leidet". Als Reaktion darauf empfiehlt der Plan die "Verdichtung und Aufstockung" bestehender Stadtteile, die "Sanierung der Flüchtlingslager innerhalb der Stadtgrenzen" und den Bau von Wohngebieten für "wohlhabende arabische Haushalte".

In Ostjerusalem stellen die Palästinenser heute 60 % der Bevölkerung, aber nur 15 % des Landes sind von den israelischen Planungsbehörden für palästinensische Wohngebiete vorgesehen, 2,6 % davon sind für öffentliche Gebäude bestimmt. Im Gegensatz dazu haben die israelischen Behörden die Errichtung und den Ausbau von Siedlungen in Ostjerusalem, die illegal auf für die ausschließliche Nutzung durch jüdische Israelis enteignetem Land errichtet wurden, seit 1967 zugelassen und aktiv gefördert.

Die bewusste Verweigerung der Genehmigung von Bebauungsplänen für die Entwicklung palästinensischer Viertel in Ostjerusalem hat für die palästinensischen Gemeinden verheerende Folgen, da es für sie schwierig ist, Baugenehmigungen zu erhalten. Zwischen 1991 und 2018 genehmigten die israelischen Behörden nach Angaben von Peace Now 9.536 Anträge auf Baugenehmigungen der Palästinenser in Ostjerusalem (16,5 % der in Jerusalem genehmigten 57.737 Anträge auf Baugenehmigungen), im Vergleich zu 21.834 Anträgen auf Genehmigungen für Siedlungen in Westjerusalem (37,8%). Die verbleibenden 26.367 Genehmigungsanträge wurden in Westjerusalem bewilligt. Peace Now stellte außerdem fest, dass die durchschnittliche Anzahl der genehmigten Wohneinheiten in israelischen Vierteln in Ost- und Westjerusalem bei 10,5 Einheiten pro Genehmigung war, verglichen mit den 3,5 Einheiten pro Genehmigung in palästinensischen Vierteln. Dies zwingt viele Palästinenser dazu, ohne Genehmigung zu bauen und damit zu riskieren, dass ihre Häuser abgerissen werden (siehe Abschnitt 6.1 „Zwangsumsiedlung“).

Die unzureichende Planung in den palästinensischen Vierteln in Ostjerusalem behindert die Entwicklung der Gemeinschaft als Ganzes, einschließlich des Baus von öffentlichen Räumen, Schulen und Gewerbegebieten für Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Palästinenser leben in unterentwickelten und dicht besiedelten Gebieten in Ostjerusalem, wo die durchschnittliche Größe eines palästinensischen Haushalts bei sechs Personen liegt, verglichen mit etwas mehr als drei Personen pro jüdisch-israelischem Haushalt in Jerusalem. Die Folge ist bittere Armut für die palästinensischen Bewohner Ostjersalems (siehe Abschnitt 5.5.1 „Unterdrückung der menschlichen Entwicklung der Palästinenser“).

Der israelische Zaun/die israelische Mauer ist ein weiteres großes Hindernis für die Palästinenser in Ostjerusalem und seiner Umgebung, da er/sie die Stadt durchschneidet und sie vom übrigen Westjordanland isoliert. Als Israel den Zaun/die Mauer in Jerusalem 2016 fertigstellte, war sein Verlauf von den 1967 annektierten Stadtgrenzen abgewichen, um Enklaven zu schaffen, die von der Stadt abgetrennt waren und von den israelischen Behörden stark vernachlässigt wurden. Die palästinensischen Viertel des Flüchtlingslagers Shuafat, Anata (mit den drei angrenzenden Vierteln Ras Khamis, Ras Shehadeh und Al-Salaam) und Kufr Aqab, innerhalb der Stadtgrenzen von Jerusalem, aber jenseits des Zauns/der Mauer. In diesen Vierteln leben circa 100.000 Palästinenser mit ständigem Wohnsitz in Jerusalem, die nun jedes Mal israelische Kontrollpunkte passieren müssen, wenn sie den Rest der Stadt betreten oder wichtige Dienstleistungen in Anspruch nehmen wollen. Die israelischen Behörden vernachlässigen diese Viertel absichtlich und versorgen sie nicht mit kommunalen Dienstleistungen, einschließlich Müllabfuhr, Straßeninstandhaltung, Bildung und einem angemessenen Anschluss an die Wasser-, Strom- und Kanalisationsinfrastruktur. 2017 versuchten israelische Knessetabgeordnete, einen Gesetzentwurf zu verabschieden, der die durch den Zaun/die Mauer von den Grenzen Jerusalems abgetrennten Gebiete vom Rest Jerusalems abspalten und sie einer anderen städtischen Behörde unterstellen sollte, um das demografische Verhältnis in Jerusalem zu ändern. Der Gesetzentwurf "Groß-Jerusalem" (auf Hebräisch "Jerusalem und seine Töchter") wurde am 29. Oktober 2017 aufgrund des internationalen Drucks von der Tagesordnung des Parlaments gestrichen.

PLANUNGS-, BAU- UND WOHNUNGSPOLITIK IM GEBIET C DER WESTBANK

Die israelischen Behörden haben auch im Rest der OPT ein zutiefst diskriminierendes Stadtplanungs- und Flächennutzungssystem geschaffen, das im Gebiet C des Westjordanlandes weiterhin

Anwendung findet. Wie oben beschrieben (siehe Abschnitt 5.4.3 "Diskriminierende Zuteilung von palästinensischem Land für jüdische Siedlungen"), findet der größte Teil des Siedlungsbaus im Gebiet C statt, und alle Aspekte des Lebens der palästinensischen Gemeinschaften dort sind seit 1967 unter vollständiger israelischer Kontrolle geblieben.

Im Gebiet C leben, wie bereits erwähnt, fast 300.000 Palästinenser außer 441.600 israelischen Siedlern im besetzten Westjordanland mit Ausnahme von Ostjerusalem. Die israelischen Behörden haben jedoch 70 % des Landes in Gebiet C den Siedlungen und weniger als 1 % den Palästinensern zugewiesen. In der Praxis dürfen die Palästinenser nur etwa 0,5 % (ca. 1.800 Hektar) des Gebiets C bebauen, von denen der größte Teil bereits bebaut ist.

Wie viele andere Aspekte des palästinensischen Lebens im Westjordanland unterliegen die Zoneneinteilung und die Planung im Gebiet C einer Kombination aus selektiv angewandten osmanischen, britischen und jordanischen Gesetzen, die durch eine Reihe von israelischen Militärbefehlen geändert wurden, die seit 1967 erlassen wurden, um israelische territoriale und demografische Ziele zu erreichen.

Mit der Militärverordnung 418 im Jahr 1971 wurde den Palästinensern jegliche Entscheidungsbefugnis bei der Planung ihrer Entwicklung und Landnutzung entzogen, indem die lokalen Planungsausschüsse in den palästinensischen Dörfern aufgelöst und die Genehmigungsbefugnisse von den palästinensischen Gemeinden auf die regionalen Planungsausschüsse und den Höheren Planungsrat der Zivilverwaltung übertragen wurden, ein Gremium, das sich aus israelischen Regierungsbeamten und Siedlervetretern zusammensetzt. Gemäß dem Militärbefehl ist der Rat ermächtigt, jeden Plan oder jede Genehmigung jederzeit zu annullieren oder zu ändern sowie Bauvorhaben ohne Genehmigung zu genehmigen. Gleichzeitig ermächtigte der Befehl den Militärbefehlshaber, Sonderplanungsausschüsse für neue Planungsgebiete zu ernennen, sofern diese "nicht in den Zuständigkeitsbereich einer Gemeinde oder eines Dorfrats" fielen und somit palästinensische Gemeinden ausschlossen. Im Gegensatz dazu wurden solche Ausschüsse für alle kommunalen Behörden (lokale und regionale Räte) in israelischen Siedlungen im Westjordanland ernannt, da sie alle in neuen Planungsgebieten gebaut wurden. Diese Ausschüsse sind unter anderem befugt, Pläne zu erstellen, auf deren Grundlage sie Baugenehmigungen erteilen können - ein Recht, das den palästinensischen Dörfern in demselben Gebiet verweigert wird. In der Tat lässt das Planungssystem der Zivilverwaltung keine palästinensische Vertretung oder sinnvolle Beteiligung zu und berücksichtigt daher weder die Bedürfnisse der palästinensischen Bevölkerung noch ihre demografischen und wirtschaftlichen Interessen oder ihre Traditionen, während es gleichzeitig die Interessen der Siedler konsequent bevorzugt.

Darüber hinaus legen die israelischen Behörden das jordanische Recht selektiv aus und bestehen darauf, dass die Planung mit den Rahmenplänen des britischen Mandats übereinstimmen muss, die in den 1940er Jahren erstellt und seither nie aktualisiert wurden, so dass ein "legaler" Bau praktisch unmöglich ist. Tatsächlich spiegeln die Pläne aus der Zeit des britischen Mandats weder die Bedürfnisse der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland noch die heutige Planung wider und umfassen auch Gebiete, für die keine Baugenehmigungen mehr erteilt wurden. Entscheidend ist, dass sie nie überprüft wurden, obwohl die Planungsbehörden nach jordanischem Recht solche Pläne mindestens einmal alle 10 Jahre überprüfen müssen. Anstatt die Entwicklung der Palästinenser zu ermöglichen, dienen diese Pläne "als wirksames Instrument zur Beschränkung der palästinensischen Bautätigkeit, zum Abriss von Häusern und zur Blockierung der Entwicklung", wie B'Tselem argumentiert hat

Die israelische Zivilverwaltung hat es auch vermieden, lokale Rahmenpläne (oder Masterpläne) für palästinensische Gemeinden in Gebiet C zu genehmigen, wo 90 % der palästinensischen Gemeinden ohne jeden Rahmenplan 2013 geblieben sind. Tatsächlich lehnt die israelische Zivilverwaltung routinemäßig Anträge auf Baugenehmigungen mit der Begründung ab, dass sie nicht mit den britischen Rahmenplänen übereinstimmen, wodurch die Palästinenser gezwungen sind, ohne

Genehmigungen zu bauen, die für alle grundlegenden und existenzsichernden Strukturen wie ein Zelt oder einen Zaun erforderlich sind, und sie dem Risiko von Abrissen ausgesetzt werden. Die israelische Zivilverwaltung genehmigte nur 21 der 1.485 palästinensischen Anträge auf eine Baugenehmigung im Gebiet C zwischen 2016 und 2018.

Als seltenen Schritt hat das israelische Sicherheitskabinett im Juli 2019 zugesagt, Baugenehmigungen für 715 Wohneinheiten für Palästinenser in Gebiet C zusätzlich zu den 6.000 Wohneinheiten für Siedler in diesem Gebiet zu erteilen. Ende Juni 2020 war nur eine einzige Baugenehmigung für Palästinenser erteilt worden, die den Bau von sechs Wohneinheiten ermöglichte. In der Zwischenzeit, von Juli 2019 bis März 2020, wurden dagegen 1.094 Baugenehmigungen für jüdische Siedlungen erteilt.

Die katastrophale Situation in den Dörfern Umm al-Khair und Khirbet Susiya in den südlichen Hebron-Hügeln im Gebiet C des Westjordanlandes zeigt, wie sich die diskriminierende israelische Planungs-, Raumordnungs- und Baupolitik auf das Recht der Palästinenser auf angemessenen Wohnraum, angemessenen Lebensstandard und Wasser auswirkt.

DÖRFER IN DEN SÜDLICHEN HEBRON-HÜGELN SIND VON WIEDERHOLTEN ZERSTÖRUNGEN BETROFFEN

Umm Al-Khair

Umm Al-Khair ist ein palästinensisches Dorf in den südlichen Hebron-Hügeln, das von Menschen aus dem Al-Hathaleen-Stamm bewohnt ist, der 1948 während des Konflikts 1947- 49 aus Tel Arad im Negev/Naqab vertrieben wurde. Nach ihrer Vertreibung kauften sie das Land von Umm Al-Khair von palästinensischen Einwohnern von Yatta. Die Bevölkerung von Umm Al-Khair besteht aus circa 200 Einwohnern, darunter 50 Kinder. Die meisten Bewohner sind Schafhirten.

In dem Dorf gibt es 151 Gebäude, deren Abriss von den israelischen Behörden angeordnet wurde. Nahezu jedes Gebäude wurde bereits mindestens einmal abgerissen und von den Bewohnern wiederaufgebaut. Laut OCHA hatten die israelischen Behörden seit Januar 2009 (Stand: 12. Juni 2021) 40 Gebäude abgerissen, 29 davon sind Häuser, die zu der Vertreibung von 155 Menschen geführt haben. Die benachbarte israelische Siedlung Carmel, die 1981 gegründet wurde und in der sich heute etwa 437 Siedler befinden, liegt auf Land, das den Bewohnern von Umm Al-Khair entzogen wurde. Einige Abschnitte der Siedlung befinden sich innerhalb von 100 m von Umm Al-Khair. Im Gegensatz zur Siedlung Carmel, die rasch mit moderner Infrastruktur ausgestattet wurde, ist das Dorf Umm Al-Khair an kein Infrastrukturnetz angeschlossen und erhält keine Baugenehmigung. Israelische Siedler aus Carmel schikanieren die Bewohner von Umm Al-Khair ständig und greifen sie manchmal an, oft während sie mit ihrem Vieh auf dem Feld sind.

Die Einwohner von Umm Al-Khair müssen Wasser von privaten palästinensischen Unternehmen kaufen, die die Gemeinde mit Wasser versorgen. Die Einwohner zahlen rund 30 NIS (10 USD) pro Kubikmeter Wasser und außerdem eine Transportgebühr von 150 NIS (48 USD). Einige Familien zahlen bis zu 400 NIS (129 USD) pro Tag für die Wasserversorgung ihrer Familien und ihres Viehs. Die Bewohner nutzen Sonnenkollektoren für die Stromversorgung, von denen viele der Gemeinde von der deutschen Regierung im Rahmen eines humanitären Projekts zur Verfügung gestellt wurden. Die Sonnenkollektoren liefern oft nicht genug Strom, um die Häuser im Winter angemessen zu heizen.

Im Jahr 2016 legten die Bewohner von Umm Al-Khair der israelischen Zivilverwaltung einen lokalen Rahmenplan (oder Masterplan) vor, um die laufenden Abrisse zu stoppen und einen Weg zur Entwicklung der Infrastruktur ihrer Gemeinde zu finden. Daraufhin legte der Oberste Gerichtshof Israels am 19. Dezember 2016 die ausstehenden Abrissverfügungen für drei Jahre auf Eis. Im Juni

2019 lehnten die israelischen Behörden den Plan mit der Begründung ab, die Gemeinde habe ohne Baugenehmigung Infrastrukturen errichtet. Im selben Monat reichte die Gemeinde bei der israelischen Zivilverwaltung einen weiteren lokalen Rahmenplan ein, wodurch die ausstehenden Abrissverfügungen für weitere drei Jahre eingefroren wurden.

Eid Hathaleen, ein Künstler und Aktivist aus der Gemeinde, sagte zu Amnesty International:

„Lange Zeit haben die in den südlichen Hebron-Bergen lebenden Gemeinden nach einer Möglichkeit gesucht, die laufenden Abrisse zu stoppen oder einzufrieren. Wir wissen, dass die Israelis [Behörden] niemals einen von uns vorgelegten Masterplan genehmigen werden, wir tun dies nur, um mehr Zeit bis zur nächsten Abrissaktion zu gewinnen. Das ist unvermeidlich. Es wird noch lange dauern, bis wir ein Leben ohne Apartheid führen können, und wir sind sicher, dass wir in naher Zukunft noch mehr leiden werden. Es hat so lange gedauert, bis die Welt unsere Realität erkannt hat. Solange die USA und die internationale Gemeinschaft die Unterstützung der israelischen Apartheid nicht einstellen, werden die Zerstörungen nicht aufhören. Die massive Unterstützung durch Regierungen in aller Welt lässt das, was nicht normal ist, als normal erscheinen.“

Tariq Hathaleen, ein Englischlehrer und Aktivist aus der Gemeinde, berichtete Amnesty International:

„Wir wissen, dass die Beschlagnahmungen und Abrisse durchgeführt werden, um die Palästinenser im Dorf daran zu hindern, sich zu entwickeln und zu bauen, obwohl dies unser Land ist. Einige Familien haben Abrissverfügungen für ihre Häuser oder Scheunen, die über 11 Jahre zurückliegen.“

Zusätzlich zu den Abrissbefehlen sind wir auch Schikanen der Siedler ausgesetzt. Die Schikanen der Siedler bedeuten, dass wir ständig darunter leiden, dass wir zwischen den Abrissen nie frei von psychischer Gewalt sind. Sie geht seit 2016 sowohl von den in Carmel lebenden Siedlern als auch von der israelischen Siedlerorganisation Regavim aus. Sie lassen zwei- bis dreimal pro Woche Drohnen über unsere Gemeinde fliegen, um uns zu überwachen. Anstatt dass die Siedler israelische Soldaten schicken, um uns zu terrorisieren, schicken sie uns eine Drohne. Wir sind jetzt immer unter Beobachtung.

Wir leben ein Leben in Ungleichheit, und alles, was wir wollen, ist ein Leben in Gerechtigkeit. Eigentlich ist es ganz einfach. Das Leben sollte mit Frieden und Ruhe erfüllt sein, nicht mit Angst und Terror. Ein Leben ohne Apartheid wäre einfach ein normaleres Leben, das ist alles, was wir wollen.“

Khirbet Susiya

In dem palästinensischen Dorf Khirbet Susiya leben rund 250 Menschen, die traditionell von der Schafzucht und dem Olivenanbau leben. Im Jahr 1983 wurde in der Nähe des Dorfes die israelische Siedlung Susya mit derzeit 1.170 Siedlern auf privatem palästinensischem Land errichtet, das die israelischen Behörden zu staatlichem Land erklärten. Im Jahr 1986, als etwa 25 Familien auf ihrem privaten Land im alten Khirbet Susiya lebten, erklärte die israelische Zivilverwaltung das Land des Dorfes zur "archäologischen Stätte" und das Land wurde "für öffentliche Zwecke" beschlagnahmt. In der Folge vertrieb das israelische Militär die palästinensischen Bewohner aus ihren Häusern. Da sie keine andere Wahl hatten, zogen die Familien auf das, was von ihrem Land außerhalb der archäologischen Stätte übrig geblieben war, etwa 500 m von ihrem Dorf entfernt. Sie erhielten kein Angebot eines alternativen Wohnsitzes oder einer Entschädigung, die wichtige Schutzmaßnahmen sind, um die Achtung ihres Rechts auf angemessenen Wohnraum zu gewährleisten und Zwangsräumungen zu vermeiden. Im Jahr 1991 wurden sie vom israelischen Militär aus diesem Ort

vertrieben. Später wurde behauptet, dies geschehe, um die israelischen Planungs- und Baugesetze in diesem Gebiet durchzusetzen.

Die palästinensischen Dorfbewohner siedelten wieder dorthin um, wo das Dorf heute steht, und leben in Zelten und provisorischen Unterkünften. Die israelischen Behörden haben Abrissverfügungen gegen alle 170 Gebäude im Dorf erlassen, darunter 32 Wohnzelte und Hütten, 26 Tierunterkünfte, 66 Versorgungseinrichtungen für Familien, 20 Zisternen, 20 Latrinen, zwei Kliniken, eine Schule und ein Kindergarten. Ungefähr die Hälfte dieser Bauten wurde von internationalen Gebern finanziert und als humanitäre Hilfe bereitgestellt.

Die palästinensischen Bewohner haben wiederholt versucht, Baugenehmigungen zu erhalten, aber die israelischen Behörden haben sich geweigert, diese zu erteilen und stattdessen 1999, 2001 und 2011 viele der neuen Unterkünfte der Palästinenser abgerissen. 2012 erließ die israelische Zivilverwaltung Abrissanordnungen für mehr als 50 Gebäude in Khirbet Susiya. In den Anordnungen hieß es, es handele sich um Erneuerungen von Abrissanordnungen, die ursprünglich in den 1990er Jahren wegen fehlender Baugenehmigungen erlassen worden waren. Die Bewohner leben daher mit der ständigen Angst, dass ihre Häuser abgerissen werden.

Sie führen seit Jahren einen Rechtsstreit, um dies zu verhindern. Eine Petition der palästinensischen Bewohner gegen die Abrissbefehle wurde im Februar 2014 beim Obersten Gerichtshof Israels eingereicht und war Ende August 2021 immer noch anhängig. Der Oberste Gerichtshof lehnte es ab, eine einstweilige Verfügung zu erlassen, mit der die Abrissarbeiten bis zu einer Entscheidung über den Fall gestoppt werden, wie es normalerweise in solchen Fällen geschieht. Die Palästinenser leben daher mit der ständigen Angst, dass ihre Häuser abgerissen werden. Sie führen seit Jahren einen juristischen Kampf, um dies zu verhindern. Im Februar 2018 entschied der Oberste Gerichtshof, dass der Staat sieben weitere Gebäude, in denen 42 Menschen - etwa die Hälfte von ihnen Kinder - lebten, sofort abreißen darf.

Die israelischen Behörden blockieren weiterhin Wasserzisternen und Brunnen, die das Dorf versorgen, wodurch das Recht der palästinensischen Bewohner auf Zugang zu sicherem und erschwinglichem Wasser stark beeinträchtigt wird. Israel hat sich geweigert, das Dorf an das Wasser- und Abwassersystem sowie an das Stromnetz anzuschließen. Die Bewohner sind gezwungen, für Wasser zu bezahlen, das aus einer nahe gelegenen palästinensischen Stadt herbeigeschafft wird. Im Jahr 2015 schätzten die Vereinten Nationen, dass etwa ein Drittel des Einkommens der Dorfbewohner für die Bezahlung von Wasser ausgegeben wird. Diese Situation stellt einen Verstoß gegen die Verpflichtung Israels dar, eine erschwingliche Wasserversorgung zu gewährleisten, und gefährdet die Verwirklichung anderer Menschenrechte, wie das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard und auf Nahrung.

Im Gegensatz dazu wurde für die nahe gelegene Siedlung Susya ein großzügiger lokaler Rahmenplan genehmigt, der es israelischen Siedlern erlaubt, Wohnungen und Infrastrukturen zu bauen. Die Siedlung Susya ist auch an das Strom-, Wasser- und Abwassernetz angeschlossen und verfügt über ein städtisches Schwimmbad. Der benachbarte Außenposten Susya North West, der 2001 ohne Baugenehmigung und unter Verletzung des Israelischen Rechts errichtet wurde, wurde von den Behörden an das Wasser-, Abwasser- und Stromnetz angeschlossen, und es liegen keine anhängigen Abrissverfügungen gegen ihn vor.

Der Verlust von Land hat das palästinensische Dorf gezwungen, seine Schafherden zu verkleinern. Azam Nawaj'a sagte, er habe früher 150 Schafe gehabt, könne sich jetzt aber nur noch um 25 kümmern. Er erzählte Amnesty International auch, dass Siedler oft kommen, um die Olivenbäume des Dorfes zu zerstören. Er sagte, dass sie drei Jahre zuvor 300 Olivenbäume abgeholzt hätten. Nach Angaben von OCHA haben israelische Siedler 2014 allein in Khirbet Susiya 800 Olivenbäume und Setzlinge mutwillig zerstört und beschädigt.

Die Beschränkungen des Zugangs zu Land haben auch den Zugang zu Wasser beeinträchtigt. Fatima Nawaj'a, eine Bewohnerin von Khirbet Susiya, berichtete Amnesty International:

„Wir waren auf die von uns gebauten Brunnen und das Regenwasser angewiesen, aber sie [die Siedler und die israelischen Behörden] haben sich immer wieder unserer Wasserquellen bemächtigt oder sie zerstört, so dass sie unbrauchbar geworden sind. Einige von uns konnten ihre zerstörten Brunnen wieder aufbauen, aber sie waren kleiner, so dass die einzige Möglichkeit, Wasser zu bekommen, Regenwasser war. Wenn diese Art von Wasser zur Neige geht, müssen wir Wasser kaufen. Wir kaufen fünf Liter Wasser für 35 NIS. Denken Sie daran, dass wir all das durchmachen, während die Siedler, die auf unserem Land leben, keinerlei Einschränkungen beim Zugang zu Wasser oder irgendetwas anderem haben: Strom, Gesundheitsversorgung, Bildung und Arbeitsmöglichkeiten.“

Die jüngste Zerstörung in Khirbet Susiya fand am 20. April 2021 statt, als die israelischen Behörden ein Zelt abrissen, in dem eine Familie lebte.



Israelische Sicherheitskräfte ziehen einen Palästinenser weg, der gegen den Abriss mehrerer ohne Genehmigung errichteter palästinensischer Häuser in seinem Dorf Umm Al-Khair im besetzten Westjordanland protestiert hat, am 9. August 2016 © Wisam Hashalamoun / Anadolu Agency / Getty Images



Kinder inspizieren die Trümmer, nachdem die israelischen Behörden im August eine Reihe von palästinensischen Häusern abgerissen haben, die ohne Genehmigung in dem Dorf Umm Al-Khair im besetzten Westjordanland gebaut wurden 9. August 2016 © Wisam Hashalamoun / Anadolu Agency / Getty Images



Eine Palästinenserin sammelt ihre Habseligkeiten inmitten der Trümmer ihres Hauses, das von den israelischen Behörden im Dorf Al-Maleh im besetzten Westjordanland abgerissen wurde, am 25. Juni 2012 © Jaafar Ashtiyeh / AFP / Getty Images



Die Habseligkeiten einer palästinensischen Familie liegen verstreut auf dem Boden, nachdem das Haus zuvor von israelischen Streitkräften im Dorf Umm Al-Khair im besetzten Westjordanland zerstört worden war, am 9. August 2016 © Active Stills

5.5 VORENTHALTUNG VON WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN RECHTEN

Israels Politik und Praktiken der Fragmentierung, Segregation und Landkonfiszierung, wie sie oben beschrieben wurden, haben dazu geführt, dass die Palästinenser an den Rand gedrängt werden, verarmen und weit verbreiteten und systematischen sozioökonomischen Problemen ausgesetzt sind. Benachteiligung in allen Bereichen der Kontrolle. Die jahrzehntelange diskriminierende Behandlung und Zuweisung von Ressourcen durch die israelischen Behörden zugunsten der jüdischen israelischen Bürger in Israel und der israelischen Siedler in den OPT haben die Ungleichheiten vor Ort noch verstärkt. Insgesamt werden Palästinensern in allen Bereichen der Kontrolle die gleichen Möglichkeiten verwehrt, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, einer Geschäftstätigkeit nachzugehen und sich und ihre Familien zu unterstützen wie jüdische Israelis. Stattdessen erfahren sie diskriminierende Beschränkungen beim Zugang zu und bei der Nutzung von Ackerland, Wasser, Gas und Öl und anderen natürlichen Ressourcen sowie Einschränkungen bei der Bereitstellung von Gesundheits-, Bildungs- und anderen wesentlichen Dienstleistungen. Dieser Abschnitt befasst sich mit der israelischen Politik, die darauf abzielt, die menschliche Entwicklung der Palästinenser zu unterdrücken, mit der diskriminierenden Zuteilung natürlicher und wirtschaftlicher Ressourcen für die sozioökonomische Entwicklung jüdischer Israelis und mit der diskriminierenden Bereitstellung von Dienstleistungen für Palästinenser in ganz Israel und in den OPT, wobei das Recht auf Zugang zu Wasser, Gesundheitsfürsorge und Bildung als symbolische Beispiele im Vordergrund stehen.

5.5.1 UNTERDRÜCKUNG DER MENSCHLICHEN ENTWICKLUNG DER PALÄSTINENSER

Die in Israel und den OPT lebenden Palästinenser sind bei allen Indikatoren für das Wohlergehen, für die es Messungen gibt, eindeutig benachteiligt. Dass sie eine Reihe wirtschaftlicher und sozialer Rechte nicht wahrnehmen können, ist nicht nur eine direkte Folge ihrer Segregation von jüdischen Israelis, sondern auch ihrer gegenseitigen Abschottung durch strenge Bewegungsbeschränkungen und die Unterordnung der menschlichen Entwicklung der Palästinenser unter die sozioökonomischen Interessen der jüdischen Israelis. Israel hat eine Politik entwickelt, die darauf abzielt, die jüdische Vorherrschaft über die palästinensische Wirtschaft aufrechtzuerhalten, indem es palästinensische Gemeinden innerhalb Israels ausgrenzt und im Rahmen einer lang anhaltenden militärischen Besatzung ein Regime der wirtschaftlichen Abhängigkeit in den OPT schafft. Dies hat die Palästinenser daran gehindert, eine nachhaltige Entwicklung im Westjordanland und im Gazastreifen zu erreichen.

Gleichzeitig hat Israel versucht, diese Realität zu verschleiern. In seiner Überprüfung Israels von 2009 kritisierte der CERD das Fehlen umfassender, aktueller Statistiken über den sozioökonomischen Status der verschiedenen Bevölkerungsgruppen, die in Israel und in den Gebieten unter seiner Gerichtsbarkeit oder tatsächlichen Kontrolle leben. Er empfahl, solche Statistiken unter anderem nach ethnischer oder nationaler Herkunft und gesprochenen Sprachen aufgeschlüsselt vorzulegen. Der CERD kritisierte Israel außerdem dafür, dass es keine Informationen über den sozioökonomischen Status der in Israel lebenden Bevölkerung bereitstellt. In den OPT und stellt fest, dass Israel Verpflichtungen gegenüber der Bevölkerung der OPT hat, die im ICERD und im Völkerrecht festgelegt sind.

SEGREGIERTE PALÄSTINENSISCHE WIRTSCHAFT INNERHALB ISRAELS

Die langjährige diskriminierende Politik Israels gegenüber seinen palästinensischen Bürgern hat nicht nur deren sozioökonomische Entwicklung behindert, sondern auch zu einer großen Kluft zwischen ihnen und ihren jüdisch-israelischen Mitbürgern geführt, was Lebensstandard, Lebensunterhaltungsmöglichkeiten, Bildung, Wohlfahrt, Gesundheitsversorgung und kulturelle Dienstleistungen angeht. Diese Kluft wurde von den aufeinander folgenden israelischen Regierungen über mehr als sieben Jahrzehnte hinweg durch eine Politik und Praxis geschaffen, die einerseits darauf abzielte, den Zugang der Palästinenser zum Arbeitsmarkt zu beschränken, um den bevorzugten Zugang jüdischer Israelis zur Beschäftigung zu schützen, und andererseits die Palästinenser von den wirtschaftlichen Möglichkeiten abhängig zu machen die vom Staat und dem jüdischen Sektor bereitgestellt werden, indem die Entwicklung der palästinensischen Gemeinden und ihrer Wirtschaft absichtlich behindert wird. Die daraus resultierende Unterordnung der palästinensischen Wirtschaft "die sozioökonomische Ungleichheit zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen weiter verstärkt", wobei einige Forscher die Auffassung vertreten, dass dies ein integraler Bestandteil des israelischen Staatsaufbaus sei, "der darauf abzielt, die [palästinensische] Minderheit zu kontrollieren".

In der Vergangenheit verfolgte Israel gegenüber seinen palästinensischen Bürgern eine ähnliche sozioökonomische Politik wie heute gegenüber den Palästinensern in den OPT, indem es sie zu verschiedenen Zeiten als Quelle billiger Arbeitskräfte nutzte, um die Interessen der jüdischen Mehrheit zu wahren. Wie bereits erläutert, waren die Palästinenser während der Militärherrschaft in Israel (1948-1966) innerhalb der Grünen Linie strengen Bewegungsbeschränkungen unterworfen, die in erster Linie der Enteignung von Land dienten. Da die Palästinenser bis 1948 für ihren Lebensunterhalt stark von der Landwirtschaft abhängig waren und keinen Zugang zu Ackerland hatten, waren sie gezwungen, wirtschaftliche Möglichkeiten im jüdischen Sektor zu suchen. Ihr Zugang zur Arbeit hing

jedoch davon ab, dass sie eine Arbeitserlaubnis erhielten, ein System, das eingeführt wurde, um die Arbeitsplätze jüdischer Bürger in einer Zeit der Arbeitslosigkeit zu schützen, die aufgrund von rascher Einwanderung und wirtschaftlicher Probleme verursacht wurde. Die Beschränkungen wurden schrittweise erleichtert, da Israel ein enormes Wirtschaftswachstum erlebte, das einen erhöhten Bedarf an Arbeitskräften vor allem im Bausektor nach sich zog.

Palästinensische Staatsbürger Israels wurden schließlich in den Arbeitsmarkt integriert und nach der Besetzung des Westjordanlands von 1967 und des Gazastreifens durch Palästinenser aus den OPT ersetzt, die die meisten der unsichersten und am schlechtesten bezahlten Stellen besetzten. Die Ungleichheiten blieben jedoch bestehen und verfestigten sich in dem Maße, in dem Israel Arbeitsplätze für seine palästinensischen Bürger in den Sektoren schuf, die es zum Nutzen seiner jüdischen Bevölkerung entwickeln wollte, während es gleichzeitig eine Strategie der Vernachlässigung und Unterentwicklung palästinensischer Ortschaften verfolgte. Im Laufe der Jahre haben sich neben massiven Landbeschlagnahmen folgende Maßnahmen besonders nachteilig auf die palästinensischen Gemeinden in Israel ausgewirkt: der Ausschluss palästinensischer Ortschaften von den vorrangigen Entwicklungsgebieten, die diskriminierende Zuweisung von Land und Wasser für die Landwirtschaft, die diskriminierende Planung und Zonierung sowie die Vergabe großer Infrastrukturprojekte an israelische staatliche Einrichtungen, die an der Enteignung palästinensischen Landes beteiligt waren, wie die WZO und die Jewish Agency for Israel, was dazu führte, dass Infrastrukturprojekte in jüdischen Gemeinden Vorrang erhielten, während in palästinensischen Gemeinden kein ähnlicher Mechanismus eingeführt wurde (siehe die Abschnitte 5.5.2 "Diskriminierende Zuweisung von Ressourcen" und 5.5.3 "Diskriminierende Bereitstellung von Dienstleistungen" für weitere Einzelheiten).

Infolge dieser Politik sind die palästinensischen Gemeinden in Israel von den jüdischen Ortschaften getrennt und verfügen nicht über die für die wirtschaftliche Entwicklung erforderliche Infrastruktur, so dass die palästinensische Bevölkerung gezwungen ist, eine Beschäftigung im jüdischen Sektor zu suchen, wo sie dann im Wettbewerb um Arbeitsplätze, insbesondere um solche mit höherem Status, institutionell diskriminiert wird.

Mit der Feststellung, dass Durchschnittswerte allein kein vollständiges Bild der Bedingungen des Wohlbefindens vermitteln und dass die Bewertung der Ergebnisse des Wohlbefindens auf Länderebene die Berücksichtigung von Unterschieden zwischen Menschen und Bevölkerungsgruppen erfordert, hob die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hervor, dass die in Israel lebenden arabischen Bevölkerungsgruppen in allen Bereichen des Wohlbefindens, für die Messwerte verfügbar sind, eindeutig benachteiligt sind. Sie haben höhere Armutsquoten und eine geringere Erwerbsbeteiligung, ein niedrigeres Bildungsniveau und einen schlechteren Gesundheitszustand. Diese zahlreichen Benachteiligungen dürften sich gegenseitig verstärken, wobei beispielsweise ein niedriger Bildungsstand zu ungünstigen Arbeitsmarktergebnissen führt.

Ein wichtiger Indikator für dieses Wohlstandsgefälle ist die Armutsquote unter den palästinensischen Bürgern Israels, die zu den höchsten in Israel gehört. Im Jahr 2020 lebten 23 % der israelischen Bürger unter der Armutsgrenze, verglichen mit 35,8 % der palästinensischen Bürger Israels

Eine sozioökonomische Erhebung des ICBS von 2018 ergab, dass der Anteil der Personen, die sich selbst als arm bezeichnen, unter arabischen Einwohnern (27,6 %) um 3,5mal höher ist als unter jüdischen Einwohnern (7,6 %). (Die große Mehrheit der als "Araber" bezeichneten Personen sind Palästinenser; siehe Abschnitt 5.2.1 "Palästinenser in Israel"). Dieselbe Erhebung ergab, dass das durchschnittliche monatliche Nettoeinkommen pro Haushalt im arabischen Sektor 12.700 NIS (4.097 USD) beträgt, verglichen mit 18.720 NIS (6.051 USD) im jüdischen Sektor in Israel. Die Armutsquote unter arabischen Haushalten mit kleinen Kindern liegt bei 63 %, verglichen mit 32,3 % in der Gesamtbevölkerung.

Wie oben beschrieben, gehören die beduinischen Bewohner der nicht anerkannten Dörfer im Negev/Naqab zu den am stärksten marginalisierten Bevölkerungsgruppen in Israel (siehe Abschnitt 5.4.4 "Diskriminierendes Stadtplanungs- und Flächennutzungssystem"). Sie leben in extremer Armut und haben das niedrigste Bildungsniveau und Einkommen sowie die höchsten Kindersterblichkeits- und Arbeitslosenquoten im Lande. In seiner Überprüfung 2019 äußerte sich der CESCR besorgt "über die hohe und wachsende Armut" in Israel, darunter die palästinensischen Bürger Israels, zu denen auch Beduinen gehören. Er wies auch auf das hohe Maß an Einkommensungleichheit hin, das das höchste unter den 37 Mitgliedsstaaten der OECD ist. Im selben Jahr brachte der CERD seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass nicht-jüdische Minderheitengruppen, insbesondere palästinensische Gemeinschaften, weiterhin mit Einschränkungen bei der Wahrnehmung ihres Rechts auf Arbeit konfrontiert sind und hauptsächlich in schlecht bezahlten Sektoren tätig sind. Er forderte Israel auf, "[i]ntensivere Anstrengungen zu unternehmen, um die Arbeitsmarktteilnahme nicht-jüdischer Minderheitengruppen, insbesondere von Palästinensern und Beduinen, vor allem von Frauen, die diesen Gemeinschaften angehören, zu erhöhen, u. a. durch die Bereitstellung von Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen, die auf ihre Erfahrung und ihr berufliches Qualifikationsniveau zugeschnitten sind, und durch die Erwägung der Einführung von Sondermaßnahmen". Dies spiegelte sich auch in der Überprüfung des CESCR 2019 wider, als er seine Besorgnis darüber zum Ausdruck brachte, dass bestimmte Gruppen wie "Beduinen" und "arabische Frauen" weiterhin in der Wahrnehmung ihres Rechts auf Arbeit eingeschränkt und hauptsächlich in Niedriglohnssektoren zu finden sind.

Generell ist der Zugang palästinensischer Bürger zum Arbeitsmarkt in Israel nach wie vor begrenzt, auch wenn sich die Bildungsergebnisse sowohl für palästinensische Männer als auch für Frauen in den letzten Jahren verbessert haben. Die Kluft für palästinensische Frauen ist besonders groß, denn obwohl in den letzten Jahrzehnten mehr von ihnen in den formellen Arbeitsmarkt eingetreten sind, ist ihre Erwerbsquote mit 34 % im Jahr 2018 nach wie vor niedrig und beträgt nur die Hälfte der entsprechenden Erwerbsquote jüdischer israelischer Frauen (die 2018 auf 68 % geschätzt wird). Unterdessen waren nach ICBS-Daten 2018 etwa 65 % der palästinensischen Männer formal beschäftigt, aber die Mehrheit (60 %) arbeitete in niedrigeren und weniger qualifizierten Berufen, verglichen mit 27 % der jüdischen Israelis, die solche Tätigkeiten ausübten. Die Beschränkung der Palästinenser auf schlecht ausgestattete Enklaven, institutionelle Diskriminierung und "offene Vorurteile gegenüber Palästinensern" gehören zu den Hauptgründen für diese sozioökonomischen Unterschiede zwischen palästinensischen und jüdischen Israelis.

FRAGILE UND UNTERWORFENE WIRTSCHAFT IN OPT

In den gesamten OPT hat Israels diskriminierende Politik der territorialen Fragmentierung und Segregation, die im Kontext einer lang anhaltenden militärischen Besatzung verfolgt wird, eine äußerst negative Auswirkung auf die Leistungsfähigkeit der palästinensischen Wirtschaft, so dass diese abgekoppelt, schwach und den geodemografischen Zielen Israels untergeordnet ist und vor allem nicht in der Lage ist, eine nachhaltige und gerechte Entwicklung für die palästinensische Bevölkerung zu erreichen. Zwar hat sich die Lage in den OPT in den letzten Jahrzehnten in Bezug auf einige soziale Rechte verbessert, darunter die Gesundheit von Müttern, die Alphabetisierung und Impfraten, doch im Allgemeinen stagniert der Lebensstandard oder verschlechtert sich, wobei der Zugang zu Gesundheitsversorgung, Beschäftigung, Bildung und Wohnraum besonders betroffen ist.

Seit 1999 stagniert das palästinensische Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den OPT praktisch, was ein deutlicher Hinweis auf die "Unterdrückung des menschlichen Potenzials" sowie des Wirtschaftswachstums infolge der Unterdrückung und Beherrschung der Palästinenser durch Israel ist. 2019 lag das BIP-Wachstum im Westjordanland bei 1,15 %, der niedrigsten Rate seit 2012, gegenüber 2,3 % im Jahr 2018. Die palästinensische Wirtschaft leidet unter zahlreichen israelischen Handelsbeschränkungen, die sich auf die Produktion von Exporten und auf Importprodukte auswirken.

Fast alle palästinensischen Importe und Exporte passieren von Israel kontrollierte Häfen und Grenzübergänge, wo Verzögerungen und Sicherheitsmaßnahmen die Kosten um durchschnittlich 538 USD pro Sendung erhöhen, was zu einem erheblichen und anhaltenden Handelsdefizit führt. 2019 betrug das Handelsdefizit 33,7 % des BIP.

VERHEERENDE AUSWIRKUNGEN DER "DUAL-USE"-POLITIK AUF DIE WIRTSCHAFT DES WESTJORDANLANDES UND DES GAZASTREIFENS

Die israelischen Bewegungsbeschränkungen in den OPT sind nicht nur auf Personen begrenzt, sondern kontrollieren auch den Warenverkehr in die und aus den Gebieten. Israel hat 2007 eine „dual-use-Politik“ (Politik des doppelten Verwendungszwecks) eingeführt, die die Einführung sämtlicher Güter beschränkt, die seiner Meinung nach sowohl für militärische als auch für zivile Zwecke verwendet werden können, einschließlich Chemikalien und Technologie. Diese Politik gilt nur für palästinensische Importeure im Westjordanland und im Gazastreifen, nicht aber für ihre israelischen Kollegen oder sogar für israelische Siedler in den OPT. Sie hat sich verheerend auf die Palästinenser und ihre kleine Wirtschaft im Allgemeinen ausgewirkt, insbesondere auf die Landwirtschaft, die Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT) und das verarbeitende Gewerbe, und hatte vor allem im Gazastreifen katastrophale Auswirkungen

Seit 2007 hat Israel die Liste der Produkte und Waren, die unter die „Dual-Use“-Politik fallen, schrittweise erweitert, so dass sie nun 117 Artikel umfasst. Die „Liste der „Dual-Use“-Güter, die eine Genehmigung für die Einfuhr in den Gazastreifen und das Judäa- und Samaria-Gebiet“ erfordern, wurde 2017 nach einem Rechtsstreit zum ersten Mal veröffentlicht, so die israelische Menschenrechtsorganisation Gisha - Legal Center for Freedom of Movement (Gisha). Sie enthält eine allgemeine Liste mit 56 Artikeln für die gesamten OPT und weitere 61 Artikel speziell für den Gazastreifen, was nach Angaben der Weltbank weit über den internationalen Standard hinausgeht.

Eine Lockerung der „Dual Use“-Liste würde zu einem zusätzlichen, kumulativen BIP-Wachstum von 6 % in der Westbank und etwa 11 % im Gazastreifen bis 2025 führen, so eine Analyse der Weltbank aus dem Jahr 2019.

Die Liste ist vage und enthält Kategorien wie „Kommunikationsgeräte, Geräte zur Unterstützung der Kommunikation oder Geräte mit Kommunikationsfunktionen“. Zu diesen Kategorien können Gegenstände des täglichen Gebrauchs gehören, wie Haushaltsgeräte und medizinische Geräte. Für den Zugang zu diesen Gegenständen muss ein Genehmigungsverfahren durchlaufen werden, das von der israelischen Zivilverwaltung verwaltet wird; die endgültige Genehmigung wird jedoch von der israelischen Sicherheitsbehörde erteilt.

Israel kontrolliert alle Aspekte des Exports aus dem Gazastreifen, einschließlich der Arten von Gütern, die exportiert werden dürfen, wohin sie exportiert werden dürfen und wann sie das Gebiet verlassen dürfen. Zwischen 2007 und 2014 erlaubte Israel nur die Ausfuhr von Gütern aus dem Gazastreifen ins Ausland, nicht aber nach Israel oder in die übrigen OPT. Seit Ende 2014 erlaubt Israel den Verkauf einer begrenzten Anzahl von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Industrieprodukten im Westjordanland (z. B. Textilien) und in Israel (z. B. Auberginen und Tomaten). Es gibt keine sicherheitspolitische Begründung für Israels Strafmaßnahmen hinsichtlich des Export aus dem Gazastreifen, die zu einer katastrophalen wirtschaftlichen Lage geführt und die Menschenrechte der Zivilbevölkerung verletzt haben.

Zwischen 1. Januar und 31. Oktober 2020 fuhren durchschnittlich 7.056 LKWs pro Monat in den Gazastreifen ein, verglichen mit 10.400 Lkw pro Monat im Jahr 2005, bevor Israel den Gütertransfer in den Gazastreifen erheblich einschränkte.

Im April 2019 forderte die Weltbank Israel auf, die schwerfällige "Dual-Use"-Politik zu reformieren und zu lockern, um sie mit internationalen Standards in Einklang zu bringen, die in verschiedenen internationalen Rechtsinstrumenten festgelegt und von einschlägigen internationalen Organisationen entwickelt wurden. Sie erklärte, dass diese Politik zu einem "schweren fiskalischen Schock" für die palästinensische Wirtschaft und den Lebensstandard der Palästinenser in den OPT geführt habe.

Das Pariser Protokoll von 1994 verfestigte die Abhängigkeit der palästinensischen Wirtschaft von Israel durch eine Zollunion, die keinen Raum für eine unabhängige palästinensische Wirtschaftspolitik lässt und die OPT an die Handelspolitik, die Tarifstruktur und den Mehrwertsteuersatz Israels bindet. Darüber hinaus zieht Israel die Gewerbesteuererinnahmen für die palästinensischen Behörden im Westjordanland ein und leitet sie dann an die palästinensischen Behörden weiter. Das erlaubt Israel, zwei Drittel der palästinensischen Steuereinnahmen zu kontrollieren, und führt dazu, dass palästinensische Steuermittel, die auf mehrere hundert Millionen US-Dollar pro Jahr geschätzt werden, in die israelische Staatskasse abfließen. Die UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) schätzt die palästinensischen Steuerausfälle aus sechs Hauptquellen teilweise auf 3,7 % des palästinensischen BIP oder 17,8 % der gesamten Steuereinnahmen. Zwischen 2000 und 2017 wurden die palästinensischen Steuerausfälle auf 5,6 Milliarden USD bzw. 39 % des BIP in 2017 geschätzt.

Darüber hinaus entgehen den Palästinensern aus den OPT jedes Jahr beträchtliche finanzielle Mittel in Form von Einkommenssteuer- und Sozialversicherungszahlungen, die von den in Israel arbeitenden Palästinensern geleistet werden, ohne dass sie von den entsprechenden öffentlichen Ausgaben für Dienstleistungen profitieren, die ihren Gemeinschaften zugutekommen würden.

„RÜCKENTWICKLUNG“ IM GAZASTREIFEN UNTER DER ILLEGALEN ISRAELISCHEN BLOCKADE

Die Blockade und die wiederholten Militäroffensiven Israels haben die lebenswichtige Infrastruktur des Gazastreifens stark in Mitleidenschaft gezogen und das Gesundheitssystem und die Wirtschaft des Landes weiter geschwächt. Israels kollektive Bestrafung der Zivilbevölkerung im Gazastreifen, die meistens aus Kindern besteht, hat in der Tat lebensfeindliche Bedingungen geschaffen, da es an Wohnraum, Trinkwasser und Strom mangelt sowie am Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten und medizinischer Versorgung, Lebensmitteln, Bildungseinrichtungen und Baumaterialien fehlt. In seinen Schlussfolgerungen von 2019 brachte der CERD seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die seit langem bestehende Blockade des Gazastreifens das Recht auf Freiheit der Bewegung verletzt und den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen, insbesondere zur Gesundheitsversorgung, verhindert.

Nach Angaben der UNCTAD wuchs die Wirtschaft zwischen 2007 und 2018 aufgrund der israelischen Blockade um weniger als 5 % und Gazas Anteil an der palästinensischen Wirtschaft sank von 31 % auf 18 %. Infolgedessen schrumpfte das Pro-Kopf-BIP um 27 % und mehr als 1 Million Menschen wurden unter die Armutsgrenze gedrückt, wobei die Armutquote von 40 % im Jahr 2007 auf 56 % im Jahr 2017 anstieg. Der Anteil der im Gazastreifen befragten Menschen, die angaben, dass es für sie schwierig oder sehr schwierig sei, von ihrem derzeitigen Einkommen zu leben, stieg von 63 % in 2011 auf 74 % im Jahr 2016.

Die Weltbank kam zu dem Schluss, dass der Gazastreifen mittlerweile zu einem Sicherheitsnetzgebiet geworden ist, in dem über 75 % der Haushalte auf irgendeine Form von Sozialhilfe angewiesen sind.

Die Weltbank stellte ferner fest, dass diese Realität in Verbindung mit dem fast völlig fehlenden Zugang zu zuverlässigen Wasser- und Stromversorgungsdiensten und den Einschränkungen beim Zugang zu medizinischen Diensten außerhalb der Region weithin als humanitäre Krise anerkannt wurde.

Dadurch wurde die Abhängigkeit von mehr als 80 % der Bevölkerung von internationaler Hilfe verfestigt. Die UNCTAD stellte jedoch auch fest, dass diese Hilfe nicht ausreichte, um tiefgreifende Krisen in den Bereichen Armut, Ernährungsunsicherheit, Hygiene und Gesundheit sowie Stromknappheit und Mangel an sauberem Trinkwasser zu verhindern. Im Jahr 2019 lag das BIP-Wachstum praktisch bei Null, wobei es dem Gebiet nicht gelang, sich von zwei aufeinanderfolgenden Kontraktionen zu erholen: minus 7,7 % in 2017 und minus 3,5 % in 2018. Deshalb verringerte sich das BIP pro Kopf um 2,8 %. Im Jahr 2019 betrug die Arbeitslosenquote in Gaza 45,1 %.

Nach Angaben der UNCTAD beliefen sich die geschätzten kumulativen wirtschaftlichen Kosten zwischen 2007 und 2018 aufgrund von Israels Besetzung in Gaza auf 16,7 Milliarden – der sechsfache Wert von Gazas BIP von 2018. Zwischen 2007 und 2017 wuchs die Armutsquote von 40% auf 56 %.

Die Blockade hat sich auch nachteilig auf die Ernährungssicherheit im Gazastreifen ausgewirkt. Ein Großteil der verfügbaren Lebensmittel wird von den Vereinten Nationen und anderen Hilfsorganisationen bereitgestellt oder durch Tunnel unter der Grenze zwischen Ägypten und Gaza eingeschmuggelt und dann zu exorbitant hohen Preisen an die bedrängten Bewohner des Gazastreifens weiterverkauft. Die israelischen Behörden haben die Einfuhr von Waren in den Gazastreifen stark eingeschränkt und verwenden "mathematische Formeln", um die Einfuhr von Lebensmitteln zu bestimmen, die "für das Überleben der Zivilbevölkerung unerlässlich" sind.

2018 berichtete OCHA, dass 68 % der Bevölkerung im Gazastreifen von Ernährungsunsicherheit betroffen ist, obwohl die meisten Haushalte im Gazastreifen angaben, dass sie in irgendeiner Form Nahrungsmittelhilfe oder Sozialleistungen von palästinensischen Regierungsstellen oder internationalen Organisationen erhalten. Nach Angaben des UNRWA erhielten 80.000 palästinensische Flüchtlinge vor Beginn der Blockade im Juni 2007 dringend benötigte Nahrungsmittelhilfe. 2019 waren es dann über 1 Million. Darüber hinaus ergab eine Bewertung des Ernährungsbedarfs in Gaza im Jahr 2019, dass 18 % der schwangeren Frauen und 14 % der stillenden Mütter unterernährt waren und nur 14 % der Kinder unter fünf Jahren ein Mindestmaß an akzeptabler Ernährung hatten.

Der durch die Blockade verursachte Zusammenbruch der Wirtschaft des Gazastreifens wurde durch vier israelische Militäroffensiven in den letzten 13 Jahren noch verschlimmert, die enorme Zerstörungen an zivilem Eigentum und der Infrastruktur verursachten und mindestens 2.700 palästinensische Zivilisten töteten sowie zehntausend weitere verletzten und vertrieben. In dieser Zeit feuerten bewaffnete palästinensische Gruppen Tausende von wahllosen Raketen auf israelische Städte und Gemeinden ab und töteten oder verletzten dabei Dutzende von Zivilisten. Im Jahr 2019 schätzte die UNCTAD die Kosten der drei israelischen Militäroperationen im Gazastreifen zwischen 2008 und 2014 auf mindestens das Dreifache des BIP des Gazastreifens.

ZERSTÖRUNG VON GAZAS INFRASTRUKTUR

Zwischen 2000 und 2005 wurden im Zusammenhang mit den Militäroffensiven mindestens 2.500 Häuser entlang der „Pufferzone“ zerstört. Israels vier große Militäroperationen in Gaza zwischen 2008 und 2021, die im Rahmen der illegalen Blockade durchgeführt wurden, zerstörten zivile Unterkünfte und wichtige Infrastruktur, einschließlich Strom, Wasser, Abwasser- und Sanitäreanlagen.

Bei diesen Militäroffensiven wurden etwa 60.000 Häuser und andere Immobilien beschädigt oder zerstört. Nur ein kleiner Teil der in den Konflikten zwischen 2008 und 2014 zerstörten Häuser wurde vor der Militäroffensive 2021 wiederaufgebaut. So wurden bei den israelischen Luftangriffen auf den Gazastreifen im Jahr 2014 etwa 17.800 Häuser zerstört oder beschädigt, und 2019 war etwa ein Fünftel der zerstörten Häuser immer noch entweder zerstört oder schwer beschädigt, so dass mehr als 100.000 Palästinenser bei der größten Vertreibung in den OPT seit 1967 obdachlos wurden. Im Jahr 2019 schätzte die UNCTAD die Kosten der drei israelischen Militäroperationen im Gazastreifen zwischen 2008 und 2014 auf mindestens das Dreifache des BIP von Gaza.

Vor den israelischen Angriffen in 2014 mangelte es im Gazastreifen an mindestens 75.000 Wohneinheiten, was größtenteils auf einen Baustopp aufgrund von Einfuhrbeschränkungen zurückzuführen war. Selbst wenn Materialien in den Gazastreifen eingeführt werden dürfen, treiben die erhöhten Transport-, Lager- und Ausgleichskosten die Preise in die Höhe und machen den Bau für viele unerschwinglich. Darüber hinaus werden Bau- und Infrastrukturprojekte durch den blockierten Zugang von Personal und Vertragspartnern nach Gaza verzögert oder gestoppt.

Zwischen 2006 und 2017 gab es 297 Vorfälle, bei denen israelische Streitkräfte die Wasser-, Energie- und Landwirtschaftsinfrastruktur im Gazastreifen angriffen, in der Regel während militärischer Offensiven. Während der Offensive vom 10. bis 21. Mai 2021 richteten die Angriffe der israelischen Armee erneut massive Zerstörungen an der Infrastruktur des Gazastreifens an, deren Wiederaufbau nach Angaben des IKRK Jahre dauern wird.

Die israelischen Militäroffensiven gegen den Gazastreifen haben auch den Zugang der Menschen im Gazastreifen zur Bildung beeinträchtigt. So war von den sieben während der israelischen Offensive in 2014 zerstörten Schulen bis August 2016 nur eine wieder aufgebaut worden. Die beschädigten Schulen wurden zwar repariert, aber schon vor 2014 gab es im Gazastreifen einen Mangel an über 200 Schulen. Dies hat in den meisten Schulen des Gazastreifens zu einer starken Überfüllung geführt, viele von ihnen arbeiten im Zweischichtbetrieb, d. h. eine Schule ist morgens und eine andere nachmittags. Die Auswirkungen der Mai-Offensive von 2021 führten zu 331 beschädigten Bildungseinrichtungen.

Seit 2007 hat sich Israel generell geweigert, einen Großteil der für den Wiederaufbau der zivilen Infrastruktur benötigten Baumaterialien wie Zement und Holzbretter im Rahmen des "Dual-Use"-Politik des israelischen Militärs in den Gazastreifen zu erlauben (siehe oberhalb). Im Rahmen des in jenem Jahr eingerichteten Mechanismus für den Wiederaufbau des Gazastreifens (GRM) erlaubte Israel 2014 nach seiner Militäroffensive erstmals die Einfuhr solcher Materialien in den Gazastreifen. Der GRM ermöglicht es den palästinensischen Behörden in Ramallah und der israelischen Regierung, Projekte, Begünstigte und Lieferanten von Wiederaufbaumaterialien zu genehmigen, während die Vereinten Nationen überwachen, dass die Materialien an die vorgesehenen Empfänger geliefert werden. Im Jahr 2019 wurden rund 80 % des für den Wiederaufbau von Häusern benötigten Zements über den GRM importiert.

Im August 2020 verhängte Israel ein dreiwöchiges Importverbot für Baumaterialien und Brennstoff für das Kraftwerk im Gazastreifen, wodurch die Stromversorgung im Gazastreifen eingeschränkt und die Gesundheits-, Wasser- und Abwassersysteme beeinträchtigt wurden.

Nach dem Waffenstillstand, der den Konflikt im Mai 2021 beendete, verpflichtete sich die internationale Gemeinschaft zum Wiederaufbau des Gazastreifens. Die US-Regierung versprach ernsthafte Maßnahmen, die mit den palästinensischen Behörden in Ramallah koordiniert werden sollte und der De-facto-Verwaltung der Hamas in Gaza nicht zugutekommen sollte. Trotzdem haben die israelischen Behörden die strikte Schließung der Grenzübergänge nach und aus dem Gazastreifen aufrechterhalten, wodurch der Personen- und Warenverkehr stark eingeschränkt wird. Die UNO hatte im Oktober 2021 mit dem Wiederaufbau begonnen.



Ein palästinensischer Mann begutachtet die Schäden an seinem Haus, nachdem es von einem israelischen Luftangriff in der Stadt Beit Hanun im nördlichen Gazastreifen getroffen wurde, am 14. Mai 2021 © Mahmud Hams / AFP via Getty Images



Das einzige Kraftwerk des Gazastreifens Treibstofflager des Kraftwerks ist in Flammen, nach einem israelischen Luftangriff am 29. Juli 2014 © Ali Jadallah / Anadolu Agency / Getty Images



Palästinensische Mädchen spielen neben einem Abwasserrohr inmitten der Trümmer von beschädigten Häusern nach einem Waffenstillstand zwischen Israel und Hamas, in der Stadt Beit Hanun im nördlichen Gaza-Streifen am 24. Mai 2021
© Mahmud Hams / AFP via Getty Images



Dutzende von palästinensischen Kindern und Familienmitglieder nehmen an einer Mahnwache bei Kerzenlicht auf den Trümmern Häuser, die durch einen israelischen Militärschlag zerstörten Häuser zum Gedenken an Kinder und andere Zivilisten, die während des 11-tägigen Konflikts zwischen Israel und palästinensischen bewaffneten Gruppen getötet wurden, in Gaza-Stadt im Gazastreifen, am 25. Mai 2021 © Marcus Yam / Los Angeles Time .

KOSTSPIELIGE BEWEGUNGSEINSCHRÄNKUNGEN IM WESTJORDANLAND

Nach Angaben des palästinensischen Zentralbüros für Statistik kosten die von Israel verhängten Einschränkungen der Bewegung die Palästinensern im Westjordanland jährlich 60 Millionen verlorene Arbeitsstunden (entspricht 274 Millionen US-Dollar) und etwa 80 Millionen Liter Kraftstoff. Die Weltbank schätzt, dass allein eine Lockerung der Straßensperren, ein Element der Beschränkungen, genügen würde, um den Marktzugang um 10 % zu verbessern, die Produktion im Westjordanland würde um 0,6 % steigen und das Pro-Kopf-BIP im Westjordanland läge um 4,1 % bis 6,1 % über dem derzeitigen Niveau. Im Jahr 2019 entsprach dies einem Gesamtverlust von zwischen 589 Mio. bis 876 Mio. USD. Eine Studie des Applied Research Institute – Jerusalem von 2019 kam zu dem Schluss, dass die Absperrungen die Wahrscheinlichkeit einer Beschäftigung, die Stundenlöhne und die Zahl der Arbeitstage erheblich verringern, während gleichzeitig die Zahl der Arbeitsstunden pro Tag steigt. Die Studie kam auch zu dem Schluss, dass allein die Kontrollpunkte die Wirtschaft des Westjordanlandes mindestens 6 % des BIP kosten und dass die Einrichtung eines Kontrollpunktes in einer Minute Entfernung von einem Ort die Wahrscheinlichkeit, einen Arbeitsplatz zu finden, um 0,41 %, den Stundenlohn um 6,3 % und den Arbeitstag um 2,6 % verringert.

Gleichzeitig schätzte die Weltbank 2017, dass allein die Aufhebung aller israelischen Beschränkungen für das Gebiet C der Wirtschaft des Westjordanland 2025 ein kumulatives Wachstum von 33 % für das Westjordanland bringen könnte.

Nach Angaben der Weltbank ist die Produktivität des palästinensischen Agrarsektors aufgrund der israelischen Beschränkungen des Zugangs zu Wasser und landwirtschaftlichen Flächen in Gebiet C und der "Dual Use-Politik", die sich auch auf wichtige landwirtschaftliche Produktionsmittel erstreckt, zurückgegangen. So haben beispielsweise die Beschränkungen für die Einfuhr von Düngemitteln zu einer Reihe von Problemen für den palästinensischen Agrarsektor geführt, wie z. B. zu geringer Produktivität und Bodendegradation. 2015 schätzte die UNCTAD, dass die landwirtschaftliche Produktivität in den OPT seit der Durchsetzung der Einfuhrbeschränkungen für Düngemittel um 20 – 30 % zurückgegangen ist. Obwohl der IKT-Sektor nach Angaben der Palästinensischen Investitionsförderungsagentur einer der am schnellsten wachsenden Sektoren in den OPT ist, bleibt der palästinensische IKT-Sektor in das israelische System integriert und wird aufgrund seiner erzwungenen Abhängigkeit und anderer israelischer Begrenzungen des Sektors mit erheblichen Einschränkungen konfrontiert, darunter die des "Dual-Use" für den Transfer der IKT-Ausrüstung. Nach Angaben der Weltbank ist der Sektor lediglich von 0,1 % des BIP im Jahr 1994 auf 4 % im Jahr 2019 gewachsen. Die Weltbank berichtete auch, dass die Kapazität des verarbeitenden Gewerbes in den OPT infolge des vielschichtigen Systems israelischer Beschränkungen, einschließlich der "Dual-Use"-Politik, stagnierte, was zu einem Rückgang des Anteils des Sektors an der palästinensischen Wirtschaft führte. Während der Anteil des verarbeitenden Gewerbes am palästinensischen BIP im Jahr 1994 noch 19 % betrug, ist er nach Angaben der Weltbank bis 2019 auf rund 10 % gesunken.

Die Tatsache, dass die OPT ein Pool an billigen Arbeitskräften für Israel und die israelischen Siedlungen sind, schränkt die weitere Entwicklung der palästinensischen Wirtschaft ein. So wurde beispielsweise der Möbelsektor durch die kontinuierliche Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte zu Konkurrenten in Israel, die höhere Löhne zahlen können, erheblich behindert. Nach Angaben der UNCTAD waren 2019 fast 10 % der 133.000 palästinensischen Arbeitskräfte im Westjordanland in Israel und den Siedlungen beschäftigt. Eine von der UNCTAD zitierte Studie stellte zwar fest, dass Palästinenser, die in Israel und den Siedlungen arbeiten, ein höheres Faktoreinkommen (Einkommen aus Produktionsfaktoren wie Land, Kapital und Arbeit) aus Israel erhalten, doch heißt es darin, dass dies "auch das Arbeitskräfteangebot auf dem heimischen Markt verringert, die Anreize für Investitionen in Humankapital dämpft und das BIP-Wachstum negativ beeinflusst."

WIRTSCHAFT IN OSTJERUSALEM IN DER SCHWEBE

Die systematische Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Palästinenser in Ostjerusalem, einschließlich des Zauns/der Mauer und der israelischen Siedlungen, die Ostjerusalem vom übrigen Westjordanland (und dem Gazastreifen) abtrennen und isolieren, ist ebenfalls ein wesentliches Hindernis für den Zugang der Ostjerusalemer zu den Möglichkeiten, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, und behindert ihr politisches, wirtschaftliches, kulturelles und soziales Leben drastisch.

Einerseits ist die Wirtschaft Ostjerusalems in Bezug auf Dienstleistungen, Produktion und Warenhandel weiterhin vom Westjordanland abhängig, andererseits ist sie aber auch von den israelischen Regulierungssystemen abhängig und deren demografischen Zwängen und Siedlungsstrategien unterworfen. Infolgedessen ist es in keines der beiden Systeme integriert und befindet sich in einem "Entwicklungs-Limbo". Durch die physische Abtrennung Ostjerusalems vom übrigen Westjordanland haben die israelischen Behörden seit der zweiten Intifada die Rolle der Stadt "als Handelszentrum für das Westjordanland" erheblich eingeschränkt. Nach Angaben der UNCTAD schrumpfte die palästinensische Wirtschaft in Ostjerusalem zwischen 1993 und 2013 um etwa 50 %, während der Zaun/die Mauer den Palästinensern in Ostjerusalem in den ersten zehn Jahren seit Baubeginn direkte Verluste in Höhe von über 1 Mrd. USD bescherte, vor allem durch den Verlust von Handels- und Beschäftigungsmöglichkeiten.

Für Ostjerusalems Händler und andere Unternehmen bedeuteten die israelische Genehmigungsregelung und die Beschränkungen der Bewegungsfreiheit, dass die Gläubigen zum Freitagsgebet in der Al-Aqsa-Moschee in der Altstadt oder zur Arbeit und Ausbildung nur eingeschränkt reisen konnten, was zu einem Verlust von Kunden führte. 2009 mussten 25 % der Geschäfte in Ostjerusalem aufgrund der Schließungsregelung schließen. Gleichzeitig sind die Beschäftigungsmöglichkeiten in Ostjerusalem nach wie vor begrenzt, u. a. weil die israelische Landnahme und die diskriminierenden Planungs- und Bauverfahren jegliche von Palästinensern betriebene Bautätigkeit verhindern und weil die Zahl der Arbeitskräfte schnell wächst.

Gleichzeitig hat die diskriminierende israelische Politik in Bezug auf Landnutzung, Planung und Wohn- und Aufenthaltsrecht, die darauf abzielt, das natürliche Wachstum der palästinensischen Bevölkerung der Stadt zu behindern, zu einer hohen Armutsquote unter den Palästinensern in Ostjerusalem beigetragen. In der Tat verlieren Palästinenser in Ostjerusalem jedes Jahr zwischen 630 Millionen (203 Mio USD) und 1,4 Milliarden NIS (452 Mio USD) – pro Familie etwa 80.000 NIS (25.806 USD) -, weil sie keine Eigentumsrechte nachweisen können und somit nicht in der Lage sind, Hypotheken abzuschließen.

Die Armut wurde durch ein behinderndes wirtschaftliches Umfeld, eingeschränkte Investitionen und eine jahrzehntelange Vernachlässigung der Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen durch die städtischen Behörden (siehe Abschnitt 5.5.3 "Diskriminierende Bereitstellung von Dienstleistungen") noch weiter verschärft. Heute leben etwa 72 % der palästinensischen Familien unterhalb der Armutsgrenze, verglichen mit 26 % der jüdisch-israelischen Familien in der Stadt, was auf die systematische Ausgrenzung der Palästinenser aus dem israelischen Staat trotz der Annexion Ostjerusalems hinweist. Bei den Kindern ist das Bild noch düsterer. So lebten 2019 in Jerusalem 81% der palästinensischen Kinder (die meisten von ihnen in Ostjerusalem) unterhalb der Armutsgrenze, im Vergleich zu 38 % der jüdischen Kinder in Jerusalem.

Die Beschäftigungsstatistiken spiegeln ähnliche Muster der Ungleichheit wider in Bezug auf die palästinensischen Bürger Israels mit einer höheren Beteiligung am Erwerbsleben durch die jüdischen Einwohner Jerusalems (77 % im Jahr 2019) als durch die palästinensische Bevölkerung (50 %). Zwar waren 2019 mehr palästinensische Männer aus Ostjerusalem erwerbstätig als jüdische Männer mit Wohnsitz in der Stadt (72 % gegenüber 78 %), doch ist dies hauptsächlich auf die geringe Erwerbstätigkeit jüdischer ultra-orthodoxer Männer zurückzuführen, von denen sich viele für ein Studium in Yeshivas entscheiden, statt zu arbeiten. Darüber hinaus arbeitet die Mehrheit der

palästinensischen Männer aus Ostjerusalem in der Regel in schlecht bezahlten, weniger qualifizierten Berufen im Baugewerbe, im Transport- und Lagerwesen, im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe und im Handel. Im Gegensatz dazu arbeitet die überwiegende Mehrheit der jüdischen Männer in höher qualifizierten Berufen im Bildungswesen, in der kommunalen und öffentlichen Verwaltung, in freien Berufen und in der Wissenschaft, Dienstleistungen, Handel sowie Gesundheits- und Sozialdiensten. Diese Ungleichheit ist noch größer, wenn es um palästinensische Frauen geht, von denen 2019 nur 23 % formell erwerbstätig waren, verglichen mit 81 % der in Jerusalem lebenden jüdischen Frauen. Nach Angaben des Jerusalem Institute for Policy Research ist die geringe Erwerbsbeteiligung palästinensischer Frauen in erster Linie auf das niedrigere Bildungsniveau, der Nichtanerkennung palästinensischer akademischer Abschlüsse durch israelische Arbeitgeber in der Stadt, begrenzte Hebräisch- und Englischkenntnisse und mangelnde Unterstützung bei der Kinderbetreuung in Ostjerusalem zurückzuführen.

AUSWIRKUNGEN DER DISKRIMINIERENDEN POLITIK ISRAELS AUF DIE GESUNDHEIT DER PALÄSTINENSER IN OPT

Die israelische Besetzung und die Zersplitterung der palästinensischen Gebiete hat die Palästinenser in der Wahrnehmung ihrer Rechte auf das höchste erreichbare Maß an körperlicher und geistiger Gesundheit beeinträchtigt, einschließlich der grundlegenden Bedingungen, die für eine gute Gesundheit und Wohlbefinden notwendig sind. In diesem Zusammenhang hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Folgendes hervorgehoben:

Die Grundbedingungen, die für ein Leben in guter Gesundheit und für das Wohlbefinden der Palästinenser erforderlich sind, werden ... durch die anhaltende militärische Besetzung des Westjordanlands und des Gazastreifens nachhaltig beeinträchtigt ... Neben Tod und Verletzungen auch noch Gewalt ausgeliefert zu sein hat längerfristige Auswirkungen auf die körperliche und geistige Gesundheit, weshalb palästinensische Jugendliche eine der höchsten Belastungen durch psychische Störungen im östlichen Mittelmeerraum aufweisen.

Aus 2013 erhobenen Daten geht hervor, dass etwa 54 % der Kinder im Gazastreifen infolge der israelischen Militärangriffe und der Blockade an einer posttraumatischen Belastungsstörung leiden. Eine Studie aus dem Jahr 2017 ergab, dass die OPT die größte Belastung durch psychische Störungen in der östlichen Mittelmeerregion aufweisen.

Der Mangel an angemessenen Gesundheitsdiensten für Palästinenser, der in erster Linie auf die anhaltende israelische Besetzung zurückzuführen ist, hat im Vergleich zu den im Westjordanland lebenden israelischen Siedlern zu einer niedrigeren Lebenserwartung und einer höheren Kinder- und Müttersterblichkeit geführt. Im Jahr 2019 lag die Lebenserwartung bei der Geburt für Palästinenser in den OPT bei 74 Jahren, die Säuglingssterblichkeit lag bei 17 pro 1000 Leben und die Müttersterblichkeit wurde mit 27 Todesfällen pro 100.000 Lebendgeburten angegeben. Im Vergleich dazu hatten israelische Siedler im selben Jahr eine Lebenserwartung von fast 83 Jahren, eine Säuglingssterblichkeitsrate von 3 Todesfällen pro 1.000 Lebendgeburten und eine Müttersterblichkeitsrate von 3 Todesfällen pro 100.000 Lebendgeburten.

5.5.2 DISKRIMINIERENDE ZUTEILUNG VON RESSOURCEN

Die Politik, die die Zuteilung der Ressourcen in Israel steuert, die sich nicht nur auf Grund und Boden bezieht, wie die diskriminierende Verteilung öffentlicher Mittel an die Gemeinden zeigt, hat ebenfalls jüdische Israelis stark begünstigt. Mittlerweile wird den palästinensischen Bürgern Israels der

gleichberechtigter Zugang zu den Ressourcen verwehrt, die sie für die Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Rechte benötigen.

Noch akuter ist die Situation in den OPT, wo sich die israelischen Behörden systematisch und unrechtmäßig die natürlichen Ressourcen der Palästinenser zum wirtschaftlichen Nutzen ihrer eigenen Bürger in Israel und in den Siedlungen angeeignet haben, was ein Verstoß gegen das Völkerrecht ist. Israels Ausbeutung der palästinensischen natürlichen Ressourcen an fruchtbarem Ackerland, Wasser, Öl, Gas, Stein und Mineralien vom Toten Meer beraubt die Palästinenser des gleichberechtigten Zugangs zu ihren eigenen Ressourcen und der Möglichkeit, diese zu verwalten, zu entwickeln und von ihren eigenen Ressourcen zu profitieren. Dadurch wird ihr Zugang zum Lebensunterhalt und zu sozioökonomischen Rechten, wie dem Recht auf Nahrung und einen angemessenen Lebensstandard, stark beeinträchtigt. Darüber hinaus hindert die israelische Politik der Ausgrenzung, Segregation und Bewegungsbeschränkung die Palästinenser am Zugang zu den Ressourcen, die sie theoretisch nutzen können und die für ihren Lebensunterhalt unerlässlich sind.

UNGLEICHE VERTEILUNG DER ÖFFENTLICHEN RESSOURCEN IN ISRAEL

Die Einkommensungleichheit zwischen palästinensischen Bürgern Israels und jüdischen Israelis spiegelt sich in den ungleichen Ausgaben für öffentliche Dienstleistungen wider. Nach Angaben des ICBS gab es 2018 in Israel 255 lokale Behörden, darunter 77 Gemeinden, 124 Gemeinderäte und 54 Regionalräte. Etwa 90 % der palästinensischen Bürger Israels leben in 139 Gemeinden, von denen 112 unter der Zuständigkeit von 77 palästinensischen Gemeinderäten, 25 unter regionalen jüdischen Behörden und zwei unter die jüdischer Gemeinderäte fallen. Die restlichen 10 % leben in "gemischten Städten", unter der Zuständigkeit der jeweiligen Gemeinde.

In der Vergangenheit waren der Ausschluss palästinensischer Ortschaften von nationalen Entwicklungsprojekten und der Mangel an genehmigten Flächennutzungsplänen die größten Hindernisse für die wirtschaftliche Entwicklung der Palästinenser in Israel. Ohne solche Flächennutzungspläne waren die palästinensischen Gemeinden nicht in der Lage, Land für Wohn- und Industriezwecke auszuweisen oder die für die wirtschaftliche Entwicklung erforderliche Infrastruktur zu schaffen. In Israel liegen heute nur 2 % der Industriegebiete, die ein erhebliches Steueraufkommen generieren, in palästinensischen Ortschaften. Sie haben nur schlechte Verbindungen zu anderen Teilen Israels durch öffentliche Verkehrsmittel oder Hauptstraßen.

Die lokalen Behörden in Israel stellen "lokale Dienstleistungen wie Wasserversorgung, Abwassersysteme, Müllentsorgung, Straßenbau und -instandhaltung, Anlage und Pflege öffentlicher Gärten und Parks, soziale Dienste bereit und errichten Einrichtungen für Sport, Bildung, Kultur und Gesundheit". Die Zentralregierung bleibt für "Bildung, Gesundheit, Wohlfahrt und religiöse Dienste" zuständig. Die Einnahmen der lokalen Behörden stammen aus den von den Einwohnern gezahlten lokalen Steuern und den von der Zentralregierung überwiesenen Haushaltsmitteln. Lokale Behörden, die nur über begrenzte Mittel verfügen, sind auf staatliche Zuschüsse angewiesen, damit sie ihre Dienstleistungen weiterhin erbringen können. In einem Bericht der Menschenrechtsgruppen Sikkuy und Injaz aus dem Jahr 2014 wurde festgestellt, dass die Kommunalsteuern 66 % der Einnahmen der israelischen Kommunen ausmachen, während sie in den palästinensischen Kommunen nur 31 % des Haushalts ausmachen. Die palästinensischen Gebietskörperschaften nehmen weniger Steuern ein, was vor allem auf die ungleichen Einnahmen aus Nichtwohnungs- oder Gewerbesteuern zurückzuführen ist - eine Folge der in diesem Bericht beschriebenen diskriminierenden israelischen Politik. Die palästinensischen Kommunen erhalten auch geringere Subventionen von der Zentralregierung, die für spezifische Ausgaben wie Bildung, Wohlfahrt, Gesundheit und kulturelle Dienstleistungen bestimmt sind. Die erhaltenen Subventionen entsprechen nicht den angemessenen und wesentlichen Bedürfnissen der palästinensischen Gemeinden und sind niedriger als die Subventionen, die jüdische Gemeinden in Israel erhalten, und sogar niedriger als die Subventionen, die israelische Siedlungen im besetzten Westjordanland erhalten.

Nach der ICBS-Erhebung von 2018 sind die monatlichen öffentlichen Ausgaben für Bildung und Kultur im jüdischen Sektor (3.612 NIS pro Kopf) fast dreimal so hoch wie im arabischen Sektor (1.250 NIS pro Kopf). Die monatlichen Ausgaben für Wohnraum im jüdischen Sektor (4.234 NIS pro Kopf) sind fast 1,5 mal höher als im arabischen Sektor (2.937 NIS pro Kopf). Die Diskriminierung im Landwirtschaftssektor ist ebenfalls eklatant: 2019 hat das Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung nach Angaben des Mossawa-Zentrums lediglich 1 % seines Budgets für den arabischen Sektor bereitgestellt, während es jüdischen Landwirten Zuschüsse überweist. Die aktuelle Politik verstärkt die jahrzehntelange Diskriminierung in diesem Sektor und vergrößert die sozioökonomische Kluft zwischen palästinensischen und jüdischen Bürgern. Im Jahr 1981 befanden sich beispielsweise 81,15 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf staatlichem Land, das sowohl dem israelischen Staat als auch dem JNF/KKL gehörte. Davon wurden nur 0,17 % an palästinensische Landwirte vergeben. Auch bei der Zuteilung von Wasser für Landwirtschaft und Bewässerung haben die israelischen Behörden Palästinenser diskriminiert.

Ein Beispiel aus jüngerer Zeit:

Im April 2020 vergab die israelische Regierung ein Budget für die wirtschaftliche Erholung in Höhe von 2,8 Milliarden NIS an die lokalen Behörden inmitten der Covid-19-Pandemie, wovon nur 47 Millionen NIS oder circa 1,7 % des Budgets an die palästinensischen lokalen Behörden in Israel überwiesen wurden, obwohl die Palästinenser 19 % der Bevölkerung ausmachen und eine der größten Gruppen sind, die in Armut leben. Palästinensische Kommunalbehörden protestierten gegen diese diskriminierende Zuteilung und argumentierten, dass insgesamt 70 Mio. NIS pro Monat benötigt würden, um die palästinensischen Kommunalverwaltungen in die Lage zu versetzen, die Auswirkungen der Pandemie zu bewältigen.

Im Jahr 2015 beschloss Israel, über einen Zeitraum von fünf Jahren rund 12,3 Mrd. NIS (3,97 Mrd. USD) für arabische Gebietskörperschaften in Israel bereitzustellen, bekannt als Wirtschaftsentwicklungsplan für den arabischen Sektor 2016-2020 oder Regierungsresolution 922. Diese konzentrierte sich auf die Schließung der Lücken in der arabischen Gesellschaft in den Bereichen Planung und Wohnungsbau, Beschäftigung, Verkehr und Bildung. Das Mossawa-Zentrum merkte an, dass die Resolution zwar ein Schritt in die richtige Richtung sei, aber kaum dazu beitrage, die Kluft zwischen der arabischen Gemeinschaft und der jüdischen Mehrheit in Israel, die sich im Laufe der Jahre durch die ungleiche Verteilung von Ressourcen aufgetan habe, zu verringern oder gar zu beseitigen. Anfang der 1960er Jahre stellte Israel lediglich 0,2 % seines Staatshaushalts für die Entwicklung arabischer Gemeinden zur Verfügung. In den 1970er Jahren stieg dieser Anteil auf 1,3 %, obwohl die Araber damals weit über 10 % der Gesamtbevölkerung Israels ausmachten. Diese Unterfinanzierung hat sich seither fortgesetzt und deutet auf ein langjähriges Muster institutioneller Diskriminierung hin. Das Mossawa-Zentrum stellte ferner fest, dass es schwierig ist zu erkennen, inwieweit die israelische Regierung ihre Verpflichtungen aus der Resolution erfüllt hat und dass die Regierung nur einen Bruchteil des versprochenen Budgets zwischen 2016 und 2018 überwiesen hat.

Am 4. und 5. November 2021 billigte die Knesset den von der Koalitionsregierung vorgeschlagenen Staatshaushalt. Diese Abstimmungen waren der erste Staatshaushalt, der seit März 2018 verabschiedet wurde, und sahen Investitionen in öffentliche Versorgungseinrichtungen und Infrastrukturen, Reformen in den Bereichen Soziales, Wirtschaft und Handel sowie Planungen in allen staatlichen Sektoren vor. Der Haushalt belief sich auf 609 Mrd NIS. (196 Mrd. USD) für 2021 und 573 Mrd NIS (185 Mrd USD.) für 2022. Das Budget enthielt 26,5 Mrd. NIS (8,5 Mrd. USD) für einen Fünfjahresplan bis 2026, der auf die sozioökonomische Entwicklung der arabischen Gemeinschaften abzielte. Außerdem waren 2,5 Milliarden Schekel (806 Mio USD) für einen nationalen Plan zur Bekämpfung von Kriminalität und Gewalt in diesen Gemeinschaften vorgesehen, u.a. für die Einstellung von 1.100 Polizeibeamten, die auf den Straßen patrouillieren. Der Plan verspricht auch die Gründung einer neuen Beduinenstadt im Negev/Naqab und die Anerkennung von drei Beduinenhöfen. Der nächste Schritt bei der Verabschiedung des Haushaltsplans wird die Aufschlüsselung der Ausgaben in den einzelnen Bereichen sein, wobei die Entscheidungen der

einzelnen Ministerien Anfang 2022 erwartet werden. Zum Beispiel geht aus dem Bildungshaushalt 2021-22 beispielsweise nicht hervor, wie viel des Budgets für den Bau neuer Klassenzimmer und die Instandsetzung von Schulgebäuden an Schulen in palästinensischen und anderen arabischen Orten in Israel fließen wird, in denen Arabisch die Unterrichtssprache ist. Die geplanten Investitionen sind bedeutend und willkommen, aber das Ergebnis wird erst dann klar sein, wenn ein Plan zur Umkehrung der jahrzehntelangen Diskriminierung umgesetzt wird, anstatt die Entwicklung von ungleichen Ausgangspunkten aus zu planen.

EINSCHRÄNKUNGEN FÜR DIE NUTZUNG LANDWIRTSCHAFTLICHER FLÄCHEN IM WESTJORDANLAND

Die Palästinenser im Westjordanland sind traditionell auf die Landwirtschaft angewiesen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Vor 1967 beschäftigte der Agrarsektor etwa ein Viertel der Arbeitskräfte und trug etwa ein Drittel zu BIP und Exporten bei.

Nach der Besetzung haben die verschiedenen Maßnahmen Israels - einschließlich des Baus von Siedlungen und des Zauns/der Mauer sowie der gravierenden Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Palästinenser und des Zugangs zu ihrem Land - dazu geführt, dass den Palästinensern und ihrer Wirtschaft 63 % des fruchtbarsten und besten Weidelandes im Westjordanland, das sich im Gebiet C befindet, geraubt wurden. Heute ist jeder Aspekt der palästinensischen Wirtschaft von der israelischen Politik abhängig. So müssen die palästinensischen Erzeuger beispielsweise doppelt so hohe Export- und Importkosten tragen wie ihre israelischen Kollegen, während die von den israelischen Behörden vorgeschriebenen Einfuhrverfahren viermal mehr Zeit in Anspruch nehmen als die der israelischen Importeure bei ähnlichen Aktivitäten aufgrund unterschiedlicher Handelskosten und Fristen.

Die Olivenernte ist ein wichtiger Aspekt der palästinensischen Landwirtschaft und Wirtschaft und gilt als kulturelles und soziales Ereignis. Zwischen 80.000 und 100.000 Familien sind für ihr Einkommen auf die Ernte angewiesen, darunter auch ungelernte Arbeitskräfte und mehr als 15 % der berufstätigen Frauen. Die UNCTAD hat hervorgehoben, dass die palästinensische landwirtschaftliche Existenzgrundlage durch die Entwurzelung und Beschädigung von Olivenbäumen aufgrund der Ausweitung von Siedlungen untergraben wird. Allein im Jahr 2018 hat Israel 7.122 Olivenbäume entwurzelt, womit sich die Gesamtzahl der zerstörten Bäume seit dem Jahr 2000 auf über 1 Million erhöht hat. 2019 wuchs die Zahl dieser Vorfälle um 16 % gegenüber dem Vorjahr und gegenüber 2017 um 100%. Während der Olivensaison von 2019 (September-November) wurden 60 Vorfälle registriert, bei denen mehr als 2.700 Bäume entwurzelt und etwa 160 Tonnen der Ernte vernichtet wurden.

Der Zaun/die Mauer hat die Situation verschlimmert, indem er mehr als 10 % der Fläche des Westjordanlandes isoliert hat, wovon 219 palästinensische Ortschaften direkt betroffen waren. 2.700 Häuser und Strukturen wurden isoliert und weitere 5.300 Häuser und Strukturen infolge des Zaun/Mauerbaus beschädigt. Etwa 80 % der palästinensischen Landwirte, die Land zwischen dem Zaun/der Mauer und der Grünen Linie besitzen (die so genannte "Nahtstelle"), haben den Zugang zu ihrem Land verloren. Diejenigen, die noch Zugang haben, werden durch die Beschränkungen in ihrer ganzjährigen landwirtschaftlichen Tätigkeit behindert, was sich sowohl auf die Produktivität als auch auf den Wert der Olivenbäume auswirkt. Eine Stichprobe von 16 Bäumen auf beiden Seiten der Trennungsmauer ergab, dass die Bäume in der "Nahtzone" nur halb so produktiv waren wie die Bäume auf der anderen Seite des Zauns/der Mauer. Insgesamt wurde durch den Zaun/die Mauer die Lebensgrundlage von 35.000 Haushalten untergraben.

Palästinenser, die ihr Ackerland in der "Naht-Zone" betreten wollen, benötigen eine militärische Genehmigung, die sie immer wieder erneuern müssen. Diejenigen, denen es gelingt, eine Genehmigung zu erhalten, sehen sich weiteren Hindernissen gegenüber, wenn sie ihr Land betreten und effektiv bewirtschaften wollen. Der Zugang ist nur zu Fuß und durch die auf den Genehmigungen

angegebenen landwirtschaftlichen Tore möglich. Israelische Soldaten bewachen die Tore, die zwei- oder dreimal am Tag geöffnet werden. Wenn die Landwirte einen Traktor oder spezielle landwirtschaftliche Geräte benötigen, müssen sie zusätzliche Sondergenehmigungen beantragen.

Im Jahr 2019 wies das israelische Militär 74 Tore und fünf Kontrollpunkte aus, um den Zugang zu landwirtschaftlichen Flächen zu ermöglichen, von denen laut OCHA nur 11 Tore täglich, 10 zeitweise und die meisten der übrigen 53 nur während der Olivensaison geöffnet waren. Gleichzeitig lehnte das israelische Militär in diesem Jahr 4.659 von 7.483 Anträgen der Palästinenser auf Erteilung einer Genehmigung für "Nahtstellen" ab, was einer Ablehnungsquote von 62 % entspricht. Nur 1-2 % dieser Ablehnungen war auf Sicherheitsfragen zurückzuführen. Der Rest wurde aus bürokratischen Gründen abgelehnt oder weil das israelische Militär behauptete, das Land, für das die Genehmigung beantragt wurde, liege nicht in der "Naht-Zone". In einigen Fällen wurde behauptet, das Land liege im Westjordanland.

VERLUST DER TRADITIONELLEN LEBENSGRUNDLAGEN IN GAZA: ZERSTÖRUNG DER LANDWIRTSCHAFT UND FISCHEREI

Israel schränkt auch den Personen- und Warenverkehr in unangemessener Weise ein, was die Landwirtschaft und den Fischereisektor im Gazastreifen beeinträchtigt und die hohen Armutsraten und die Ernährungsunsicherheit von mehr als zwei Dritteln der Bevölkerung des Gazastreifens verschärft. Darüber hinaus hat Israel mutwillige Zerstörungen vorgenommen, die diesen Sektoren, von denen die Menschen im Gazastreifen seit jeher leben, direkt geschadet haben.

Wie bereits erwähnt, sind mehr als 35 % der landwirtschaftlichen Flächen im Gazastreifen für Palästinenser tabu, da sie durch die "Pufferzone" abgeschirmt sind, was diese Tätigkeit zu einem risikoreichen Unterfangen macht (siehe Abschnitt 5.5.2 "Diskriminierende Zuteilung von Ressourcen"). Schätzungen zufolge haben 178.000 Menschen, darunter 113.000 Landwirte keinen Zugang mehr zu diesem Gebiet.

Nach Angaben des Al Mezan Center for Human Rights (Al Mezan) kam es vom 1. Januar bis 19. November 2020 zu 553 Übergriffen auf Landwirte und landwirtschaftliche Flächen in der "Pufferzone", bei denen zahlreiche Palästinenser verletzt wurden. So drangen israelische Streitkräfte am 13. Oktober 2020 mit Bulldozern und Panzern 300 Meter in den Gazastreifen ein und beschädigten große Flächen landwirtschaftlicher Nutzflächen sowie Bewässerungssysteme und Rohrleitungen. Nach Angaben von OCHA wurden bei den 42 Angriffen des israelischen Militärs im Gazastreifen zwischen dem 1. Januar und dem 19. Oktober 2020 landwirtschaftliche Flächen von Bulldozern niedergewalzt und Ernten zerstört. Das Landwirtschaftsministerium des Gazastreifens schätzte den Verlust im Landwirtschaftssektor an Gewächshäusern, landwirtschaftlichen Flächen und Geflügelfarmen aufgrund der Zerstörung durch die israelische Militäroffensive im Mai 2021 auf 27 Millionen USD.

Die israelische Armee teilte den Palästinensern 2014 mit, dass sie bis zu 100 m vom Zaun entfernt Landwirtschaft betreiben können. Dennoch griff sie palästinensische Landwirte in diesem Gebiet an und tötete oder verletzte die Anwesenden manchmal unter Umständen, die auf vorsätzliche Angriffe schließen lassen. Laut Gisha kam es zwischen 2010 und 2017 zu 1.300 Zwischenfällen, bei denen israelische Streitkräfte mit scharfen Waffen auf Bauern, Hirten, Schrottsammler, Demonstranten und andere Bewohner des Gazastreifens in der Nähe des Zauns, der den Gazastreifen von Israel trennt, schossen; dabei wurden mindestens 161 Palästinenser getötet und mehr als 3.000 verletzt.

Der Fall von Nisreen Qudeh veranschaulicht die kumulativen Schwierigkeiten, mit denen die Landwirte im Gazastreifen aufgrund der jahrelangen Einschränkungen durch die illegale Blockade, der israelischen Militärangriffe auf Ackerland und Eigentum in der "Pufferzone" sowie der begrenzten Wasser- und Stromversorgung konfrontiert sind.

NISREEN QUDEH

Nisreen Qudeh ist Landwirtin und lebt in Khuza'a, einem Dorf im Süden des Gazastreifens, das an den Zaun grenzt, der das Gebiet von Israel trennt. Sie hat vier Brüder, von denen einer 2002 von israelischen Streitkräften getötet wurde. Ihr Vater, Abdul Kareem, starb 2005 in Jordanien während einer Herzoperation. Sie lebt mit ihrer Mutter zusammen, die behindert ist und regelmäßige medizinische Untersuchungen benötigt. 2014, bei der israelischen Militäroffensive auf Gaza wurde ihr Haus zerstört. Sie erzählte Amnesty International, was passiert ist:

„Es war ein Alptraum. Die [israelische] Armee setzte schweres Geschütz ein und griff Menschen, Wohnhäuser, Straßen und die öffentliche Infrastruktur an. Ich sah, wie Freunde und Nachbarn vor meinen Augen starben. Einige von ihnen wurden in Stücke gerissen. Meine Mutter und ich mussten unser Haus in Khuza'a wegen des heftigen Beschusses verlassen. Wir gingen zum Haus meines Bruders in [der nahe gelegenen Stadt] Khan Younis am 24. Juli. Damals erfuhren wir von unseren Nachbarn, dass unser Haus völlig zerstört war. Wir blieben im Haus meines Bruders in Khan Younis, bis der Krieg zu Ende war, und gingen dann zurück zu unserem Haus. Wir waren schockiert, als wir sahen, wie das Haus in Schutt und Asche gelegt worden war.

Sie haben mein Leben und alle Ersparnisse und die harte Arbeit meiner Familie zerstört, als sie unser Haus zerstörten. Ich weiß bis heute nicht, wie sie es so einfach zerstören konnten. Meine Familie hat mehr als 64.516 NIS [200.000 USD] in den Bau des 150 m² großen Hauses investiert.“

Die Gärtnerei von Nisreen Qudeh wurde während des Angriffs beschädigt, wobei ein Schaden von rund 10.000 USD entstand. Die israelischen Behörden haben sie und ihre Familie nicht entschädigt. Sie betreibt seit 20 Jahren Landwirtschaft, aber die israelische Blockade des Gazastreifens hat ihre Möglichkeiten, ihr Land zu bewirtschaften und ihre Produkte zu exportieren, zunehmend eingeschränkt. Ihre Familie besitzt 2 Dunam Land in Khuza'a, 500 m vom Zaun entfernt, der den Gazastreifen von Israel trennt. Dort baut sie vor allem Tomaten an, da diese weniger Wasser benötigen als andere Feldfrüchte, sagte sie.

„Jede Pflanze braucht etwas mehr als einen Liter Wasser pro Tag. Das scheint zwar nicht viel zu sein, aber angesichts der begrenzten Wasserressourcen im Gazastreifen ist das zu viel für uns. Wir sind völlig auf Wasser angewiesen, das aus anderen Gebieten des Gazastreifens gepumpt wird, da der hohe Salzgehalt des Grundwassers in unserem Gebiet es für die Bewässerung ungeeignet macht. Wir müssen über 100 NIS [32 USD] pro Stunde bezahlen, um Wasser in das Gebiet zu pumpen. Das ist zu teuer für uns. Manchmal geben wir bis zu 70 % unserer landwirtschaftlichen Einkünfte allein für Wasser und Dünger aus, so dass wir für unsere harte Arbeit das ganze Jahr über nur sehr wenig bekommen...

Auch die Energiekrise ist für uns ein großes Problem, das sich äußerst negativ auswirkt. Wir brauchen manchmal Strom für die Bewässerungssysteme, aber er ist nur vier bis sechs Stunden pro Tag und oft nachts verfügbar, so dass wir manchmal gezwungen sind, nachts im Dunkeln zu arbeiten.

Ich persönlich exportiere nichts von dem, was wir produzieren, außerhalb des Gazastreifens, da dies aufgrund der Blockade äußerst schwierig ist. Wir verkaufen das, was wir produzieren, nur an lokale Märkte im Gazastreifen. Ich weiß, dass wir damit keine großen Einnahmen erzielen, aber es ist die sicherere Option für uns.

Diese Situation ist untragbar. Ich glaube nicht, dass Landwirte in anderen Teilen der Welt mit denselben Herausforderungen konfrontiert werden. Die Blockade des Gazastreifens und die vorangegangenen Kriege haben erhebliche Auswirkungen auf die Landwirtschaft und schränken unseren Zugang zu sauberem Wasser, Land, Ressourcen und anderen Märkten in der Welt stark

ein. Diese Herausforderungen haben die ohnehin schon große Ernährungsunsicherheit im Gazastreifen noch weiter verschärft.“



Israelische Panzer sind in der Nähe des Nahal Oz Grenzübergangs zwischen dem Gazastreifen und Israel am 24. Februar 2010 zu sehen, während eine Gruppe von Palästinensern in der Nähe gegen die Militärzone demonstrierte, die Israel während seiner 22-tägigen Militäroffensive im Gazastreifen zwischen Ende Dezember 2008 und Januar 2009 auf palästinensischem Land als Puffer zwischen seinen Grenzgebieten und dem Gazastreifen eingerichtet hat © Mahmud Hams / AFP via Getty Images

Seit 2014 sprüht das israelische Militär aus der Luft Herbizide über palästinensische Kulturen entlang des Zauns zwischen Gaza und Israel. Israel behauptet, das Sprühen diene dazu, "optimale und kontinuierliche Sicherheitsmaßnahmen zu ermöglichen", hat jedoch keine Beweise für diese Behauptung vorgelegt. Im Jahr 2016 gab Israel zu, schätzungsweise 12 km² vom Norden bis zum Süden des Gazastreifens besprüht zu haben. Israel macht sich auch die Westwinde zunutze, die die Herbizide über das angebliche Zielgebiet in der Nähe des Zauns hinaus in den Gazastreifen tragen. Die Herbizide haben jedoch Ernten und Ackerland Hunderte von Metern tief im Gazastreifen zerstört, was zum Verlust der Lebensgrundlage der Bauern im Gazastreifen geführt hat. Das IKRK hat davor gewarnt, dass die Schäden über die unmittelbaren wirtschaftlichen Kosten hinausgehen, da sie weitreichende gesundheitliche Folgen haben. Eines der verwendeten Herbizide ist das wahrscheinlich krebserregende Glyphosat, das für Palästinenser, die in der Nähe des Zauns leben, ein Gesundheitsrisiko darstellt. Im April 2020 wurden durch israelische Herbizid-Sprühungen 588 Dunam Ackerland im Gazastreifen beschädigt, was die Existenzgrundlage von 93 Landwirten beeinträchtigte und den Mangel an Nahrungsmitteln verschärfte, so Gisha.

In seiner Überprüfung von 2019 äußerte sich der CESCR besorgt über die lang anhaltenden und gefährlichen Auswirkungen, die das Versprühen von Herbiziden aus der Luft durch vom israelischen Verteidigungsministerium beauftragte Privatunternehmen in den Gebieten verursacht, die an den Zaun zwischen Israel und den Gazastreifen angrenzen, insbesondere im Hinblick auf die Ernteerträge und den Boden in den benachbarten Gebieten.

Parallel dazu haben die von Israel verhängten Beschränkungen des Zugangs zum Meer und der Einfuhr wichtiger Ausrüstungen sowie das Verbot der Ausfuhr von Fisch schwerwiegende Auswirkungen auf die Fischereiindustrie. Israel schränkt auch ein, wie weit die Fischer sich von der Küste entfernen dürfen, wodurch 85 % des mit Israel im Rahmen des Osloer Abkommens vereinbarten Fischereigebiets für Palästinenser unzugänglich ist, was den CESCR dazu veranlasste, 2019 seine Besorgnis zum Ausdruck zu bringen.

1995 erklärte sich Israel bereit, eine Meereszone von 20 Seemeilen vor der Küste des Gazastreifens für "Fischfang, Freizeit- und wirtschaftliche Aktivitäten" für Palästinenser auszuweisen. Diese Vereinbarung entbehrt jeder völkerrechtlichen Grundlage (der Staat Palästina kann gemäß Artikel 57 des UN-Seerechtsübereinkommens eine ausschließliche Wirtschaftszone von 200 Seemeilen deklarieren und die ständige Souveränität über die natürlichen Ressourcen beanspruchen, die sich innerhalb des 60 Seemeilen breiten Kontinentalhangs befinden). Doch Israel hat sogar sein 20 Seemeilen-Abkommen gebrochen. Es hat den Palästinensern nur erlaubt, innerhalb von 6 Seemeilen vor der Küstenlinie des Gazastreifens zu fischen, in erster Linie, um Israel die Ausbeutung von palästinensischem Erdgas und Öl zu ermöglichen, das 13 Seemeilen vor der Küstenlinie des Gazastreifens entdeckt wurde (siehe unten).

Seit der Entdeckung von Erdöl- und Erdgasvorkommen im Jahr 1999 hat Israel die Abgrenzung der Meereszone des Gazastreifens immer wieder geändert und ihn manchmal auf nur wenige 3 Seemeilen reduziert, wodurch ein Sektor, der um sein Überleben kämpft, willkürlich geschädigt wird. Ein hochrangiger israelischer Marinebeamter erläuterte die Gründe für diese Politik: "Diese Felder sind von strategischer Bedeutung und könnten leicht das Ziel unserer Nachbarn werden... Normalerweise machen wir zum Schutz eines Gebiets einfach eine sterile Zone darum herum. Aber auf internationalem Territorium können wir das nicht tun."

Allein im Jahr 2019 änderte Israel neunmal die Fischereizone im Gazastreifen, und 19-mal wurden palästinensische Fischer über Änderungen der israelischen Abgrenzung der erlaubten Fischereizone informiert, in drei Fällen sogar über ein vollständiges Verbot. Um die Beschränkungen durchzusetzen, wendet Israel tödliche Gewalt gegen palästinensische Fischer an, die vor der Küste des Gazastreifens ihre Arbeit verrichten und versenkt und beschlagnahmt routinemäßig Fischerboote und beschädigt andere Fischereigeräte. Die Beobachtungen und Dokumentationen von Al Mezan zeigen, dass die israelische Marine zwischen Anfang 2012 und November 2019 palästinensische Fischer 1.483mal mit scharfer Munition angegriffen hat. Dabei wurden sechs Fischer getötet und 132 verletzt, darunter sechs Kinder. Im selben Zeitraum hat die israelische Marine 547 Fischer verhaftet, darunter auch 40 Kinder, 177 Boote beschlagnahmt und 101 Boote beschädigt und zerstört.

Im Laufe der Jahre haben die Ungewissheit und die restriktiven Maßnahmen die Bewohner des Gazastreifens davon abgehalten, ihre Boote und ihre Fischereiausrüstung aufzurüsten und instand zu halten, so dass die Industrie nicht in der Lage war, von den erweiterten Fangbeschränkungen zu profitieren, wenn diese eingeführt wurden. Der CESCR hat sich besorgt über die Beschlagnahmung und Beschädigung von Fischerbooten geäußert, die Palästinenser ihrer Lebensgrundlage beraubt haben.

Die Aktionen der israelischen Behörden haben die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen der beim Fischereiverband registrierten 4.080 Fischer und der 1.000 in fischereibezogenen Berufen Beschäftigten verschlechtert. Dies hat zum Zusammenbruch des Sektors geführt und dazu, dass etwa 95 % der Fischer im Jahr 2018 unter der Armutsgrenze lebten. Einer früheren Quelle von 2011 zufolge waren damals fast 90 % der Fischer "arm" oder "sehr arm", ein Prozentsatz, der von 50 % im Jahr 2000 stark gestiegen war. Der fehlende Zugang zu genügend Fischereigewässern hat nach Schätzungen insgesamt 65.000 Menschen in Gaza beeinträchtigt. Laut dem palästinensischen Zentralbüro für Statistik betrug die Zahl der Beschäftigten im Fischereisektor im Jahr 1997 etwa 10.000.

ZAKARIA BAKER

Zakaria Baker ist Fischer und Koordinator der lokalen Fischereikomitees im Gazastreifen, die zur Union of Agricultural Work Committees (UAWC) gehören, einer der größten zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Unterstützung von Fischern und Landwirten in den OPT. Die UAWC wurde im Oktober 2021 von den israelischen Behörden kriminalisiert, und nun droht ihr die Schließung und die

Beschlagnahmung ihres Vermögens und ihren Mitarbeitern die Verhaftung und strafrechtliche Verfolgung. Zakaria Baker berichtete Amnesty International, dass Israel palästinensische Fischer im Gazastreifen schikaniert und provoziert, die oft willkürlichen Verhaftungen ausgesetzt sind, ihre Boote mit Stinkwasser besprüht und ihre Boote beschlagnahmt oder von der israelischen Marine auf dem Meer beschießen lässt. Nach Unterlagen der UAWC wurden von Januar bis August 2020 18 Fischer durch israelische Angriffe auf Fischer auf dem Meer verwundet und mindestens neun weitere verhaftet, darunter ein Minderjähriger. Er fügte hinzu, dass sieben Boote schwer beschädigt wurden, eine große Menge an Fischereiausrüstung zerstört und fünf Boote beschlagnahmt wurden. Er sagte gegenüber Amnesty International: "Die israelische Marine dringt jederzeit willkürlich in unsere Fischereizone ein, sie können Boote konfiszieren, die 10.000 bis 20.000 Dollar kosten. Stellen Sie sich den Schaden vor, der dem Fischer entsteht, dessen Boot beschlagnahmt wurde."

Israel schränkt das Gebiet, in dem die Fischer arbeiten dürfen, stark ein und ändert häufig die zulässige Fischereizone. 2019 erweiterte Israel die Fischereizone für die Fischer auf 15 Seemeilen. Zakaria Baker erklärte jedoch, dass diese Ausweitung auf den südlichen Teil der Zone beschränkt war, der an Ägypten grenzt, während die nördliche Fischereizone in der Nähe der Grenze zu Israel nach wie vor strikt auf 6 Seemeilen begrenzt ist. Israel erlaubt nur kleinen Booten, in den erweiterten Teil der Fischereizone zu fahren. Gegenüber Amnesty International sagte er:

"Sie [die israelischen Behörden] ändern die Karte immer wieder, wann auch immer sie es wollen. Sie ist so ungenau, dass man einen Vermessungsingenieur braucht, um sie zu entziffern, anstatt einfache Fischer, denen aufgrund der israelischen Blockade grundlegende GPS-Navigationsgeräte fehlen."

Er fügte hinzu, es sei in den letzten Jahren vermehrt zu Zwischenfällen gekommen, bei denen die israelische Marine von den Fischern verlangte, ihre Kleidung auszuziehen, ins Wasser zu springen und zu den Marineschiffen zu schwimmen:

"Die Marine verlangt von den Fischern, dass sie nackt zu ihnen hinüberschwimmen, egal wie kalt das Wasser ist. Im Winter müssen sie in wirklich kaltem Wasser schwimmen. Dies ist nicht nur ein Verstoß gegen ihre Würde, sondern gefährdet auch grundlos ihr Leben."

Laut Zakaria Baker setzt die israelische Marine auch starke Wasserkanonen ein, um die Fischerboote zu überfluten, und beschädigt dabei absichtlich die elektrischen Geräte, da deren Reparatur teuer ist und die Boote ohne sie nicht funktionieren. Er fügte hinzu, dass viele Fischer in Gaza deshalb Angst haben, aufs Meer hinauszufahren.

"Der Lebensunterhalt von über 3.000 Fischern und anderen Beschäftigten in Berufen, die mit dem Fischereisektor verbunden sind, wurde [durch die israelischen Beschränkungen und Angriffe] massiv beeinträchtigt. Diese Menschen sind die Hauptversorger für ihre Familien. Sie haben keine andere Einkommensquelle. Stellen Sie sich vor, wie ihr Leben jetzt aussehen wird."

Die Fischer in Gaza zahlen einen hohen Preis für ihre Arbeit in diesem Sektor. Wir leiden unter der Blockade und den strengen Bewegungseinschränkungen durch die israelische Marine, und jetzt, da Maßnahmen ergriffen wurden, um die Ausbreitung von Covid-19 zu stoppen, gibt es eine noch größere wirtschaftliche Unsicherheit und eine verstärkte Sorge um die Ernährungssicherheit der Zivilbevölkerung in Gaza. Zum Beispiel ist jetzt Sardinenzzeit, eine der profitabelsten Fischereisaisons des Jahres. Doch die israelischen Zugangsbeschränkungen zur Fischereizone im Seegebiet des Gazastreifens, die häufigen Änderungen der Abgrenzungen und die gewaltsamen Durchsetzungsmethoden verhindern, dass wir in dieser Saison Gewinne erzielen. All diese Maßnahmen haben schwerwiegende Auswirkungen auf den Lebensunterhalt von Tausenden von Fischern, indem sie einen einstmals bedeutenden Wirtschaftszweig des Gazastreifens untergraben."



Palästinensische Fischer bereiten ihre Netze in der Nähe des Hafens von Gaza-Stadt im Gazastreifen vor, am 30. September 2012, einen Tag, nachdem ein palästinensischer Fischer von der israelischen Marine, die die Fischereibeschränkungen verschärft hat, getötet und ein weiterer verwundet wurde © Mahmud Hams / AFP / Gettyimages

KONTROLLE VON WASSER IN OPT

Seit 1967 ist Israel bestrebt, alle Wasserressourcen und wasserbezogenen Infrastrukturen in den OPT zu kontrollieren, was erhebliche Auswirkungen auf die palästinensischen Gemeinden und ihre landwirtschaftlichen Aktivitäten hat. Die Wassermenge, die Israel den Palästinensern zur Verfügung stellt, ist auf ein Niveau beschränkt, das ihren Bedürfnissen nicht gerecht wird und keinen fairen und gerechten Anteil an den gemeinsamen Wasserressourcen darstellt. Heute haben nur 10 % der Bevölkerung des Gazastreifens direkten Zugang zu sicherem und sauberem Trinkwasser, während etwa 660.000 Palästinenser im Westjordanland Schätzungen zufolge nur begrenzten Zugang zu Wasser haben.

Zwei Monate nach Beginn der Besetzung unterstellte Israel alle Wasserressourcen im Westjordanland und im Gazastreifen seiner militärischen Kontrolle. Im November 1967 erließen die israelischen Behörden die Militärverordnung 158 - Verordnung zur Änderung des Wasserüberwachungsgesetzes, die besagte, dass Palästinenser im gesamten Westjordanland keine neuen Wasseranlagen errichten durften, ohne zuvor eine Genehmigung der israelischen Armee einzuholen. Seitdem ist für die Entnahme von Wasser aus einer neuen Quelle oder den Bau einer neuen Wasserinfrastruktur eine israelische Genehmigung erforderlich, die kaum zu erhalten ist. Die Palästinenser, die unter der militärischen Besatzung Israels leben, leiden weiterhin unter den verheerenden Folgen der militärischen Anordnung. Es ist ihnen nicht möglich, neue Brunnen zu bohren, Pumpen zu installieren oder bestehende Brunnen zu vertiefen; außerdem wird ihnen der Zugang zum Jordan und zu Süßwasserquellen verwehrt. In den meisten Teilen des Westjordanlandes kontrolliert Israel sogar das Sammeln von Regenwasser, und die israelische Armee zerstört häufig Regenwasserzisternen, die palästinensischen Gemeinden gehören. Einem Bericht von UNCTAD von 2017 zufolge wurden daher fast 93 % der bewirtschafteten palästinensischen Flächen nicht bewässert.

Während der Zugang der Palästinenser zu Wasser eingeschränkt wird, hat Israel seine eigene Wasserinfrastruktur und sein eigenes Wassernetz im Westjordanland für die Nutzung durch seine eigenen Bürger in Israel und in den Siedlungen aufgebaut. Israel hat 82 % des palästinensischen Grundwassers nach Israel und in die jüdischen Siedlungen umgeleitet, während die Palästinenser über 50 % ihres Wassers von Israel kaufen müssen. Das staatliche israelische Wasserversorgungsunternehmen Mekorot hat systematisch Brunnen gebohrt und Quellen im besetzten Westjordanland angezapft, um die (israelische) Bevölkerung, einschließlich derjenigen, die in illegalen Siedlungen leben, mit Wasser für Haushalt, Landwirtschaft und Industrie zu versorgen. Mekorot verkauft zwar einen Teil des Wassers an palästinensische Wasserversorgungsunternehmen, aber die Menge wird von den israelischen Behörden festgelegt, die die gelieferte Menge oft kürzen oder reduzieren, so dass viele palästinensische Gemeinden ohne Wasser sind oder nicht ausreichend mit dem lebenswichtigen Wasser versorgt werden.

Aufgrund der ständigen Beschränkungen bei der Nutzung von Wasserressourcen haben viele palästinensische Gemeinden im Westjordanland, insbesondere im Gebiet C, keine andere Wahl, als Wasser, das mit Lastwagen angeliefert wird, zu viel höheren Preisen zu kaufen, von 4 USD bis zu 10 USD pro Kubikmeter. Infolgedessen zahlen Palästinenser im Durchschnitt mindestens achtmal mehr für Wasser als israelische Siedler. In einigen der ärmsten Gemeinden, z. B. im Jordantal, können die Wasserkosten daher zeitweise die Hälfte des Monatseinkommens einer Familie aufzehren. Israelische Siedler, die im Westjordanland leben, werden mit derartigen Beschränkungen und Wasserknappheit nicht konfrontiert und erfreuen sich an und profitieren von gut bewässerten Äckern und Schwimmbädern.

Die Ungleichheit beim Zugang zu Wasser zwischen Israelis und Palästinensern ist frappierend. Der durchschnittliche palästinensische Verbrauch in den OPT liegt bei etwa 70 Liter pro Tag und Person, wobei circa 420.000 Menschen im Westjordanland etwa 50 Liter pro Tag verbrauchen, weniger als ein Viertel des durchschnittlichen israelischen Verbrauchs von etwa 300 Litern. Für israelische Siedler, die in israelischen Siedlungen leben, beträgt der durchschnittliche tägliche Wasserverbrauch 369 Liter, etwa das Sechsfache des Verbrauchs der Palästinenser.

Die verheerenden Auswirkungen von Israels diskriminierender Aufteilung der natürlichen Ressourcen der OPT zugunsten der jüdischen Israelis lassen sich vielleicht am besten am Jordantal veranschaulichen. Als ein Gebiet mit äußerst fruchtbarem Boden, reichhaltigen Wasserressourcen - einschließlich eines Drittels der unterirdischen Wasserreserven im Westjordanland - und Mineralienvorkommen am Toten Meer verfügt es über ein großes Potenzial für die landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung und den Tourismus für Palästinenser. Stattdessen leben dort einige der ärmsten palästinensischen Gemeinden des Westjordanlandes, die in einem zunehmend belastenden Umfeld leben, das die israelischen Behörden willkürlich geschaffen haben, um sie zur Umsiedlung zu zwingen; sie haben keinen Zugang zu Elektrizität, fließendem Wasser oder ihren traditionellen Lebensgrundlagen und laufen ständig Gefahr, dass ihre Häuser und anderes Eigentum von der israelischen Armee zerstört werden.

JORDANTAL

Obwohl das Jordantal lebenswichtige Landreserven für die natürliche Ausdehnung palästinensischer Städte enthält, hat Israel den größten Teil des Landes in Besitz genommen, um es de facto annektieren zu können.

Wie bereits erwähnt, ist Israel bestrebt, die palästinensische Präsenz im Jordantal zu minimieren, indem es den Palästinensern die Nutzung von 85 % des Landes untersagt, ihren Zugang zu den Wasserressourcen einschränkt und ihre Anträge auf den Bau von Häusern ablehnt. Im Laufe der Jahre haben die israelischen Behörden verschiedene Rechts- und Zwangsmaßnahmen ergriffen, um dies durchzusetzen, einschließlich der systematischen Enteignung von palästinensischem Land für die Errichtung und Ausweitung israelischer Siedlungen im Jordantal sowie die unrechtmäßige

Ausbeutung der palästinensischen natürlichen Ressourcen dort. Die Landwirtschaft ist der größte Wirtschaftszweig im Jordantal für israelische Siedler, die 33.000 Dunam (3.300 Hektar) Land erwirtschaften damit jährlich 130 Millionen US-Dollar. Auch die riesigen Mineralienvorkommen im Toten Meer werden ausschließlich von Israel abgebaut, das die vollständige Kontrolle über das nördliche Becken des Toten Meeres ausübt, das in den OPT liegt. Die israelische Wirtschaft profitiert davon jährlich mit rund 3 Milliarden USD.

Die Enteignung der Palästinenser geht bis heute weiter. Im März 2016 eignete sich Israel ein großes Stück Land im Jordantal für den Ausbau von Siedlungen an und erklärte es zu Staatsland. Die Aneignung der 2.342 Dunam war die größte Landbeschlagnahme Israels im Westjordanland seit August 2014. Im April 2019 beschlagnahmte Israel zusätzlich über 350 Dunam palästinensischen Agrarlandes im nördlichen Teil des Jordantals.

In der Vergangenheit verdienten die palästinensischen Gemeinschaften im Jordantal ihren Lebensunterhalt mit der Zucht von Ziegen und Schafen und dem Verkauf von Milch- und Käseprodukten. Allerdings haben verschiedene politische Maßnahmen Israels es vielen von ihnen unmöglich gemacht, Landwirtschaft zu betreiben oder mehr als ein paar Tiere zu halten, weil sie keinen Zugang zu ausreichend Wasser oder Land haben. Von den 42 israelischen Bohrungen zur Grundwasserentnahme im Westjordanland befinden sich 28 im Jordantal. Diese 28 versorgen Israel mit etwa 32 Millionen Kubikmetern Wasser pro Jahr, wovon der größte Teil den Siedlungen zugewiesen wird, wodurch diese das ganze Jahr über intensiv Landwirtschaft betreiben können, wobei ein Großteil der Erzeugnisse exportiert wird. In der Zwischenzeit sind die palästinensischen Landwirte aufgrund der diskriminierenden Politik Israels in Bezug auf den Zugang der Palästinenser zu Wasser im Jordantal gezwungen, ihr Ackerland zu vernachlässigen oder auf weniger wasserintensive Kulturen umzustellen.

Parallel dazu hat Israel die vollständige Kontrolle über alle Wasserressourcen und die wasserbezogene Infrastruktur im Gazastreifen übernommen, einschließlich des Küstenaquifers, der die einzige Süßwasserquelle im Gazastreifen darstellt. Das Küstenaquifer befindet sich unter der Küstenebene Israels und des Gazastreifens. Sein jährlicher nachhaltiger Ertrag wird auf bis zu 450 Millionen Kubikmeter in Israel, im Gazastreifen auf knapp 55 Millionen Kubikmeter geschätzt. Das Aquifer ist durch übermäßige Entnahme erschöpft und durch Abwässer und eindringendes Meerwasser verunreinigt, so dass mehr als 95 % des Wassers für den menschlichen Gebrauch ungeeignet sind.

Trotz des akuten Wassermangels im Gazastreifen verbietet Israel nicht nur die Weiterleitung von Wasser aus dem Westjordanland nach Gaza, sondern leitet auch Wasser aus dem südlichen Westjordanland ab und verhindert so, dass die natürliche Wasserquelle das Küstenaquifer des Gazastreifens wieder auffüllen kann.

KONTROLLE VON PALÄSTINENSISCHEM ÖL UND GAS IN OPT

Israel hat den Palästinensern in den OPT auch den Zugang zu den Öl- und Gasvorkommen unter ihrem Land und in den Küstengewässern verwehrt, wodurch ihnen die wirtschaftliche Entwicklung und die Verwirklichung anderer sozioökonomischer Rechte, wie das Recht auf Arbeit, verwehrt wurde. Laut UNCTAD liegen die OPT über einem beträchtlichen Reservoir an Erdöl- und Erdgasressourcen im Gebiet C des Westjordanlandes und an der Mittelmeerküste vor dem Gazastreifen. Die Levante-Provinz im östlichen Mittelmeer ist eine der wichtigsten Erdgasquellen der Welt.

Dennoch ist es den Palästinensern untersagt, diese Reserven, die auf 1,525 Milliarden Barrel Öl mit einem Wert von 99,1 Mrd USD geschätzt werden, zu nutzen, um sowohl ihren Energiebedarf zu decken als auch Steuer- und Exporteinnahmen zu erzielen. Die UNCTAD schätzt, dass der palästinensischen Wirtschaft im Jahr 2000 seit dem Beginn der Bohrungen nach zwei

Erdgasvorkommen vor der Küste des Gazastreifens (bei vorsichtiger Schätzung) 2,57 Milliarden US-Dollar entgangen sind.

BESCHRÄNKTER ZUGANG ZUM STEINABBAU

Der Steinabbau ist die größte Exportindustrie der Palästinenser, aber die israelische Kontrolle über die OPT hat den Zugang der Palästinenser zu diesen Ressourcen eingeschränkt. Darüber hinaus hat sich Israel geweigert, Genehmigungen für neue palästinensische Steinbrüche zu erteilen oder bestehende Lizenzen zu verlängern. In der Zwischenzeit betreibt Israel Steinbruchaktivitäten in den OPT, unter Verstoß gegen das Besatzungsrecht. Im Jahr 2009 reichte die israelische Menschenrechtsgruppe Yesh Din beim Obersten Gerichtshof Israels eine Petition ein, um die Einstellung aller israelischen Steinbruchaktivitäten in den besetzten Gebieten zu fordern. Die Gruppe stellte fest, dass drei Viertel der Steinbruchproduktion nach Israel transferiert wurden, was einen klaren Verstoß gegen das Völkerrecht darstellt. Im Jahr 2012 lehnte der Gerichtshof die Petition ab und "legalisierte" damit die Aktivitäten israelischer Konzerne. Multinationale Unternehmen sind auch am Abbau von Steinbrüchen in den OPT beteiligt, tragen zur direkten Finanzierung und Erhaltung israelischer Siedlungen bei und profitieren von der diskriminierenden Politik Israels gegenüber Palästinensern.

KONTROLLE DER MINERALIEN AUS DEM TOTEN MEER

Das nördliche Becken des Westufers des Toten Meeres liegt zwar in den OPT, aber Israel übt die vollständige Kontrolle über das Gebiet aus und erzielt seit 1967 Einkünfte daraus. Innerhalb von 10 Jahren nach seiner Besetzung hat Israel mit der Errichtung von 19 Siedlungen im Jordantal und im Gebiet des Toten Meeres begonnen.

Derzeit haben die Regionalräte von 37 Siedlungen de facto die Zuständigkeit für 86 % dieses Gebiets. Die sechs israelischen Siedlungen, die sich ausschließlich im Gebiet des Toten Meeres befinden, beuten das fruchtbare palästinensische Land aus und gewinnen Mineralien für ihre Landwirtschaft und den Tourismus. Jordanien kontrolliert die Ostseite des Toten Meeres. Israel und Jordanien bauen Mineralien ab, vor allem Kali und Brom, und erzielen mit dem Verkauf dieser Produkte jährliche Einnahmen von 4,2 Milliarden US-Dollar. Palästinensern ist es von Israel nicht gestattet, das Tote Meer wegen seiner Bodenschätze auszubeuten. Wäre dies der Fall, würden sie nach einer Schätzung der Weltbank aus dem Jahr 2013 rund 920 Millionen US-Dollar für ihre Wirtschaft erwirtschaften, was fast 9 % des BIP entspricht.

AUSBEUTUNG DES PALÄSTINENSISCHEN KULTURERBES UND EIGENTUMS

Israel hat archäologische Ausgrabungen auch genutzt, um mehr Land für den Bau jüdischer Siedlungen zu erhalten und zu kontrollieren und die natürlichen Ressourcen der Palästinenser auszubeuten, während es den Palästinensern die Nutzung oder den Zugang zu dem Land verwehrt. Seit Beginn der Besetzung hat Israel die Kontrolle über den Tourismus und die archäologischen Stätten im Westjordanland effektiv behalten. Israelische Behörden haben dort 980 archäologische Stätten gefunden und ausgegraben, einschließlich von 349 in Ostjerusalem zwischen 1967 und 2007. Jüdische Siedler, andere israelische Bürger und das israelische Militär haben widerrechtlich archäologische Artefakte in den palästinensischen Gebieten ausgegraben, transportiert und in Israel und im Ausland als jüdische und israelische ausgestellt, was gegen internationales Recht und gegen Verträge über Kulturgüter verstößt. Israels intensive Zerstörung und Eroberung archäologischer Stätten beraubt die Palästinenser in erheblichem Maße des Rechts auf ihr kulturelles Erbe und ihr

Eigentum. Darüber hinaus trägt die Erschließung archäologischer Stätten im besetzten Westjordanland zum Erhalt der umliegenden Siedlungen bei, vor allem durch den Tourismus, und verschärft die Muster von Menschenrechtsverletzungen gegen Palästinenser in den umliegenden Gemeinden. In den letzten Jahren haben die israelischen Behörden ihre finanzielle Unterstützung für die mit den Siedlungen verbundene Tourismusindustrie sogar noch verstärkt.

MISSBRAUCH VON ARCHÄOLOGISCHEN STÄTTEN: SIEDLUNG SHILO

Israelische Siedler haben mehrere jüdische Siedlungen unter dem Deckmantel archäologischer Ausgrabungen errichtet. So zogen beispielsweise 1979 jüdische Siedler in die spätere Siedlung Shilo im Norden des Westjordanlandes in der Nähe von Nablus unter dem Vorwand ein, sie arbeiteten dort als Archäologen. Später erhielt die Siedlung die offizielle Genehmigung der Regierung, und 1992 wurde ihre Gemeindegrenze erweitert, um das in palästinensischem Besitz befindliche Ackerland mit den alten Ruinen und einer archäologischen Stätte einzubeziehen. Seit den späten 1990er Jahren haben Siedler mehr als 10 neue Siedlungen auf den umliegenden Hügeln errichtet und diese weiterhin durch Konfiszierung von palästinensischem Land ausgedehnt. Alleine die Shilo-Siedlung beherbergt 3.000 jüdisch-israelische Siedler. Die israelische Regierung und die Siedlerorganisationen haben die archäologische Stätte in Shilo als eine der bedeutendsten Touristenattraktionen im Westjordanland eingestuft.

Palästinenser aus den benachbarten Bauerndörfern Qaryut und Jalud müssen Sondergenehmigungen des israelischen Militärs einholen, um Zugang zu ihrem eigenen privaten Land in der Nähe der Siedlungen zu haben. Insgesamt hat Jalud etwa 35.000 Dunam (3.500 Hektar) und Qaryut mehr als 20.000 Dunam (2.000 Hektar) Land verloren. Dazu gehören auch Ackerland und Haine, die nun zu den Grenzen der archäologischen Stätte gehören. Die Folgen dieser Einschränkungen und des Verlustes ihres Landes waren (und sind) für die Palästinenser gravierend.

Die palästinensischen Bewohner müssen verschiedene israelische Maßnahmen erdulden, wie z. B. das Verbot, die Hauptstraße, die von Qaryut in den Süden des Westjordanlandes führt, zu benutzen, da sie nahe an der archäologischen Stätte vorbeiführt, außerdem Siedlergewalt, die der Staat unterstützt. Bashar Muammar, ein Bewohner von Qaryut, erklärte gegenüber Amnesty International in 2018:

„Die Menschen verlassen jetzt das Dorf, weil wir isoliert sind. Viele Menschen haben ihre Grundstücke und Häuser verkauft und sind nach Ramallah gezogen. Das Dorf liegt nicht mehr an der Hauptstraße, so dass niemand mehr hierher kommen würde, es sei denn, er hätte einen Grund dazu. Viele Geschäfte haben in letzter Zeit geschlossen, weil ihr Geschäft nicht richtig funktionierte.“

Im krassen Gegensatz zu den Beschränkungen, die Israel den Bewohnern von Qaryut und Jalud auferlegt, hat die israelische Regierung die ehrgeizigen Pläne der Siedler unterstützt, die archäologische Stätte zu einer großen Touristenattraktion auszubauen. Im Jahr 2010 übergaben die israelischen Behörden die Verwaltung der Stätte an eine private, von Siedlern geführte Organisation, die dort 2013 ein neues Museum und ein Auditorium eröffnete. Außerdem veröffentlichten die Siedler 2014 Pläne für den Ausbau der touristischen Einrichtungen, darunter ein großes neues Besucher- und Konferenzzentrum mit einer Aufnahmekapazität von 5.000 Menschen pro Tag. Die Bewohner der umliegenden israelischen Siedlungen haben versucht, vom wachsenden Tourismus zu profitieren, indem sie ihre Häuser auf digitalen Tourismus-Websites wie Airbnb und Booking.com angeboten haben.



Die israelische Siedlung Shilo, wie man sie vom dem Dorf Qaryut im besetzten Westjordanland aus sieht, am 6. Juni 2015 © Active Still

5.5.3 DISKRIMINIERENDE ERBRINGUNG VON DIENSTLEISTUNGEN

In ganz Israel und den OPT leben Millionen von Palästinensern in dicht besiedelten Gebieten, die in der Regel unterentwickelt sind und in denen es an angemessenen grundlegenden Dienstleistungen wie Müllabfuhr, Elektrizität, öffentlichen Verkehrsmitteln sowie Wasser- und Abwasserinfrastrukturen mangelt; außerdem wird ihr Zugang zur Gesundheitsversorgung oft willkürlich eingeschränkt.

In Gebieten, die vollständig unter israelischer Kontrolle stehen, wie das Negev/Naqab-Gebiet, Ostjerusalem und das Gebiet C im Westjordanland, ist die Verweigerung grundlegender Dienstleistungen untrennbar mit der diskriminierenden Planungs- und Raumordnungspolitik verbunden, die Palästinenser zwingt, ohne Genehmigung zu bauen, und die darauf abzielt, unerträgliche Lebensbedingungen zu schaffen, um Palästinenser zu zwingen, ihre Häuser zu verlassen und dadurch die Ausweitung jüdischer Siedlungen zu ermöglichen. Darüber hinaus bedeutet die israelische Politik der Ausgrenzung, Segregation und strengen Bewegungseinschränkungen im gesamten Westjordanland und im Gazastreifen, dass Palästinenser nur schwer Zugang zu medizinischer Versorgung, einschließlich lebensrettender Behandlungen, und zur Bildung haben, obwohl Israel nach internationalem Recht verpflichtet ist, diese Leistungen nicht nur seiner eigenen Bevölkerung, sondern auch den Palästinensern, die unter seiner militärischen Besatzung leben, zur Verfügung zu stellen. Wenn es ihnen gelingt, Zugang zu diesen Leistungen zu bekommen, sind diese im Allgemeinen schlechter als die Leistungen, die jüdisch-israelischen Bürgern bereitgestellt werden. Diese Politik hat schwerwiegende Auswirkungen auf die sozioökonomischen Rechte der Palästinenser und hindert sie daran, ihr menschliches Potenzial zu entfalten.

JAHRZEHNTE DER VERNACHLÄSSIGUNG: FEHLENDER ZUGANG ZU ANGEMESSENEN GRUNDLEGENDEN DIENSTLEISTUNGEN IN OSTJERUSALEM

Wie bereits erwähnt, erhalten die palästinensischen Einwohner Jerusalems, die 38 % der Stadtbevölkerung ausmachen, weniger als 10 % von dem Budget der Jerusalemer Stadtverwaltung; Jüdische israelischen Einwohner (von denen die meisten in Westjerusalem leben) erhalten mehr als 90 % davon. Die Palästinenser leben in dicht besiedelten Gebieten der Stadt, in denen es an angemessenen grundlegenden Dienstleistungen mangelt, die minderwertiger als die sind, die den Einwohnern und Bürgern in anderen Teilen Israels zur Verfügung stehen, einschließlich Bildung und Gesundheitsversorgung. Trotz einiger Verbesserungen in jüngster Zeit sind ihre Viertel mit öffentlichen Verkehrsmitteln nur unzureichend mit anderen Teilen der Stadt verbunden, und das Straßennetz wurde absichtlich so angelegt, dass eine künftige Stadterweiterung verhindert wird. Die Straßen sind eng und voller Löcher und für das hohe Verkehrsaufkommen in dem dicht besiedelten Gebiet ungeeignet. Außerdem sind sie unsicher und es fehlen weitgehend Barrieren und Gehwege.

Die Bewohner Ostjerusalems werden bei der Bereitstellung von Dienstleistungen in praktisch allen Aspekten ihres täglichen Lebens diskriminiert. Trotz der hohen Armutsrate in Ostjerusalem ist der Zugang zu sozialen Diensten laut ACRI extrem begrenzt, da nur sechs Ämter fast 335.000 Menschen Unterstützung zur Verfügung stellen. Im Gegensatz dazu haben rund 570.000 jüdisch-israelische Einwohner Jerusalems Zugang zu 19 entsprechenden Büros, was bedeutet, dass die Sozialämter in Ostjerusalem im Durchschnitt fast doppelt so viele Kunden betreuen wie die Büros in Westjerusalem.

Im Jahr 2019 kritisierte ein Bericht des israelischen Rechnungshofes sowohl die Stadtverwaltung von Jerusalem als auch die israelische Regierung für ihre diskriminierende Behandlung der Palästinenser in Ostjerusalem. Er stellte fest, dass die von der Bevölkerungs- und Einwanderungsbehörde des Innenministeriums für die Bewohner Ostjerusalems erbrachten Dienstleistungen "weit schlechter als das, was die Bürger im Rest des Landes erhalten" seien. In dem Bericht wird unter anderem darauf hingewiesen, dass die Armutsquote in Ostjerusalem unverhältnismäßig hoch ist und die Müllabfuhr in Ost- und Westjerusalem unterschiedlich gehandhabt wird. Obwohl 38 % der Gesamtbevölkerung der Stadt in Ostjerusalem leben, stellt die Stadtverwaltung den Einwohnern Ostjerusalems beispielsweise nur 7 % der Müllcontainer und 6 % der Müllabfuhrwege zur Verfügung.

Ein weiteres Beispiel für die ungleiche Versorgung mit Dienstleistungen sind die nur acht Postämter in Ostjerusalem im Vergleich zu 33 entsprechenden Postämtern in Westjerusalem, eine Zahl, die in keinem Verhältnis zur unterschiedlichen Größe der beiden Bevölkerungsgruppen steht. In ähnlicher Weise mangelt es in den palästinensischen Vierteln an öffentlichen Parks und Spielplätzen. Während es in Westjerusalem "Hunderte von Spielplätzen" gibt, haben die Behörden laut Bimkom bis 2019 in Ostjerusalem lediglich 20 Spielplätze gebaut, die sie nur selten instand halten, was zu deren raschem Verfall führt.

Für die palästinensischen Bewohner Ostjerusalems, die in isolierten Gemeinden jenseits des Zauns/der Mauer leben und mehr als ein Drittel der palästinensischen Bevölkerung Ostjerusalems ausmachen, ist die Situation noch viel schlimmer. Die israelischen Behörden vernachlässigen und diskriminieren sie bei der Zuteilung von Haushaltsmitteln und kommunalen Dienstleistungen erheblich, während sie die jüdisch-israelischen Viertel in Jerusalem direkt unterstützen.

Im Mai 2018 verabschiedete die israelische Regierung den Regierungsbeschluss 3790 über die "Verringerung der sozioökonomischen Unterschiede und die wirtschaftliche Entwicklung in Ostjerusalem", mit dem 2 Milliarden NIS (mehr als 645 Millionen US-Dollar) für die Verbesserung des Bildungswesens, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Aufwertung öffentlicher Räume in

Ostjerusalem bereitgestellt wurden. Obwohl der Plan das Potenzial hat, wesentliche Dienstleistungen zu verbessern, ist es unwahrscheinlich, dass das zugewiesene Budget die sozioökonomischen Unterschiede zwischen Ost- und Westjerusalem, die durch jahrelange absichtliche Vernachlässigung entstanden sind, beseitigen wird. Entscheidend ist, dass der Plan keine Änderung der diskriminierenden Planungs- und Baupolitik vorsieht und somit die Ursachen für die diskriminierende Bereitstellung von Dienstleistungen nicht bekämpft. Die wahre Motivation hinter dem Plan scheint laut Analysten zu sein: "Die Netanjahu-Regierung hat eingeräumt, dass ihre Vernachlässigung Ostjerusalems die Palästinenser nicht zum Verlassen der Stadt veranlasst hat".(Einzelheiten zu den im Rahmen dieser Regierungsentschließung bereitgestellten Mitteln für die Bildung siehe unten).

MANGELHAFTE WASSER- UND SANITÄRVERSORGUNG

Die israelische Blockade des Gazastreifens und andere diskriminierende Maßnahmen haben zu einer Wasser- und Abwasserkrise geführt, die durch einen akuten Mangel an Trinkwasser, eingeschränkte Möglichkeiten zur Wasserfiltration und die Wasserverschmutzung gekennzeichnet ist. Die routinemäßigen Stromausfälle und der Mangel an Ausrüstung und Ressourcen für die Behandlung von Abwässern, Abwasser und festen Abfällen setzen die Bevölkerung des Gazastreifens vor dem Hintergrund eines zusammenbrechenden Gesundheitssektors einem erhöhten Risiko für durch Wasser übertragene Krankheiten und andere Gesundheitsprobleme aus.

Aufgrund dieser verschiedenen Faktoren ist das Leitungswasser in Gaza für den menschlichen Verzehr ungeeignet und die Palästinenser können es weder zum Trinken noch zum Kochen verwenden. Stattdessen müssen laut OCHA 90 % der ohnehin schon verarmten Haushalte im Gazastreifen Wasser aus Entsalzungs- oder Kläranlagen kaufen, das zwischen 10 und 30mal teurer ist als Leitungswasser. Das Wasser wird in der Regel von Wassertankwagen geliefert.

Im Jahr 2021 erreichte die Wasser- und Abwasserinfrastruktur im Gazastreifen einen Krisenpunkt, der durch die strengen Einschränkungen verschärft wurde, die Israel seit mehr als 14 Jahren für die Einfuhr von Material und Ausrüstung, die für den Ausbau und die Reparatur der Infrastruktur erforderlich sind, verhängt hat. Infolgedessen verlieren die Bewohner des Gazastreifens im Durchschnitt 40 % ihrer häuslichen Wasserversorgung aufgrund von Lecks in der alten Wasserinfrastruktur des Gazastreifens, die im Laufe der Jahre erhebliche Schäden erlitten hat. Während der 50-tägigen Militäroperation Israels im Gazastreifen 2014 zerstörten die israelischen Streitkräfte die wichtigste Wasser- und Abwasserinfrastruktur. Auch während der Militäroperation im Gazastreifen vom 10. bis 21. Mai 2021 griff Israel die Infrastruktur an. Nach Angaben von OCHA wurde die Wasser-, Sanitär- und Hygieneinfrastruktur stark in Mitleidenschaft gezogen: Abwassernetze, Rohrleitungen, Brunnen, eine Abwasserpumpstation und Servicefahrzeuge wurden bei 93 israelischen Angriffen beschädigt. Wegen der fehlenden Stromversorgung mussten drei große Entsalzungsanlagen, die Trinkwasser für mehr als 400.000 Menschen liefern, ihren Betrieb einstellen, ebenso wie die Abwasseraufbereitungsanlagen, so dass täglich mehr als 100.000 Kubikmeter unbehandeltes oder nur teilweise behandeltes Abwasser ins Meer geleitet werden. Darüber hinaus wurde durch die begrenzte Zufuhr von Treibstoff und die Beschädigung des Stromnetzes der Zugang zu Elektrizität im gesamten Gazastreifen auf durchschnittlich vier bis sechs Stunden pro Tag reduziert, was die Versorgung mit Wasser und die Behandlung von Abwässern weiter einschränkte. Schätzungsweise 800.000 Menschen hatten keinen regelmäßigen Zugang zu Leitungswasser.

Die Palästinenser in Ostjerusalem leiden auch unter einer schlechten Wasser- und Abwasserinfrastruktur, zum Teil, weil sie an verschiedene Wassersysteme angeschlossen sind, wobei nur einige Gebiete an das nationale israelische Wassernetz angeschlossen sind und ältere Häuser keinen Anschluss an das Wassernetz oder die Abwasserinfrastruktur haben. Im Jahr 2018 waren nur 44 % der palästinensischen Haushalte in Ostjerusalem formell an das Wasserversorgungsnetz für Trinkwasser und andere Haushaltszwecke angeschlossen, wobei die Bewohner der Gemeinden

jenseits des Zauns/der Mauer am stärksten betroffen waren. Darüber hinaus schätzte eine Bewertung der Wassergesellschaft Hagihon im April 2021, dass in Ostjerusalem etwa 24 km neue Abwasserleitungen benötigt werden, unter anderem, um die Nutzung von Senkgruben zu unterbinden. Nach Ansicht von ACRI ist dies das Ergebnis des Versäumnisses der Behörden, Pläne für die palästinensischen Viertel zu erstellen und eine Infrastruktur zu schaffen, die dem Bevölkerungswachstum Rechnung trägt.

Darüber hinaus tragen israelische Siedlungen in Ostjerusalem und im übrigen Westjordanland, einschließlich spezieller Industriegebiete in und um die Siedlungen, zur Verschmutzung von Süß- und Grundwasser mit behandelten und unbehandelten Abfällen sowie zur Verschmutzung von Luft und Boden bei. So werden beispielsweise in das Wadi al-Nar, das als das am stärksten verschmutzte Gebiet im Westjordanland gilt, jedes Jahr 13 Millionen Kubikmeter Abwasser aus Jerusalem und palästinensischen Gemeinden eingeleitet. Zwar hat Israel vor kurzem mit dem Bau von Filter- und Reinigungsanlagen zur Aufbereitung der Abwässer in diesem Gebiet begonnen, doch soll das Projekt offenbar nur den israelischen Siedlern zugutekommen, indem es deren Abwässer aufbereitet und sie mit aufbereitetem Wasser für die Bewässerung versorgt.

Wie bereits erwähnt, stellen die israelischen Behörden aufgrund der diskriminierenden Planungs- und Raumordnungspolitik, die die Palästinenser zum illegalen Bau von Häusern und anderen Gebäuden zwingt, 35 nicht anerkannten Beduinendörfern im Negev/Naqab und der großen Mehrheit der palästinensischen Gemeinden im Gebiet C des Westjordanlandes angemessene Wohnungen oder grundlegende Dienstleistungen wie Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Gesundheitsfürsorge, Bildung, öffentliche Verkehrsmittel oder Strom nicht zur Verfügung, obwohl sie zu den am höchstgefährdeten Bevölkerungsgruppen Israels und der OPT gehören.

Nach Angaben von OCHA hatten 2016 etwa 180 palästinensische ländliche Gemeinden im Westjordanland - vor allem in Gebiet C - keinen Zugang zu fließendem Wasser, und weitere 122 Gemeinden verfügten über keine regelmäßige Versorgung, obwohl sie an das Wassernetz angeschlossen waren. Sie werden auch daran gehindert, bestehende Infrastrukturen, einschließlich Wasserzisternen, zu reparieren, und sind, wie bereits erwähnt, gezwungen, sich auf teure Wassertransporte und Regenwassersammlung zu verlassen (siehe Abschnitt 5.5.3 "Diskriminierende Bereitstellung von Dienstleistungen"). Da diese Alternativen nur selten ihren Bedarf an Wasser für den Haushalt und den Lebensunterhalt decken, schränken viele Familien ihren täglichen Wasserkonsum ein und setzen sich damit Gesundheitsrisiken aus, die durch eine schlechtere Hygiene entstehen. Laut einer im Juni 2021 durchgeführten humanitären Bewertung ist die überwiegende Mehrheit dieser Gemeinden nicht an Abwassersysteme angeschlossen und hat keinen Zugang zu funktionierenden externen oder internen Latrinen. Darüber hinaus entsprechen die vorhandenen sanitären Einrichtungen nicht den Mindestanforderungen der WHO für angemessene Hygiene, Privatsphäre und Würde". Die jüdischen Siedlungen in Gebiet C genießen dagegen eine regelmäßige Wasserversorgung und sind an eine Abwasserinfrastruktur angeschlossen. Die Notlage der Palästinenser in Al-Hadidiya im Jordantal veranschaulicht diese Ungleichheiten.

AL-HADIDIYA-GEMEINDE IM JORDANTAL

Das Dorf Al-Hadidiya liegt im Norden des Jordantals auf Land, das die palästinensischen Bewohner vom Gouvernement Tubas im Westjordanland gepachtet haben. Die fast 200 Einwohner des Dorfes verdienen ihren Lebensunterhalt als Hirten und Bauern. Israel errichtete 1976 die Siedlungen Ro'i mit einer Bevölkerung von 175 Siedlern und 1972 Beka'ot von 182 Siedlern und wies ihnen Teile des Ackerlandes von Al-Hadidiya zu.

Al-Hadidiya ist nicht an das Wassernetz angeschlossen und absichtlich von der regulären Wasserversorgung abgeschnitten, obwohl es in der Nähe von Beka'ot liegt, das über eine von der

israelischen staatlichen Wassergesellschaft Mekorot installierte Wasserpumpe verfügt. Die Pumpe versorgt ausschließlich die Siedlungen Ro'i und Beka'ot mit Wasser. Infolgedessen liegt der durchschnittliche Wasserverbrauch eines Palästinensers in Al-Hadidiya bei 20 Litern pro Kopf und Tag, verglichen mit einer täglichen Wasserzuteilung an den Siedler für den Hausgebrauch von mehr als 460 Litern pro Tag (über 23mal mehr).

Vor der israelischen Besetzung des Westjordanlandes im Jahr 1967 lebten die Bewohner von Al-Hadidiya einige Kilometer östlich des heutigen Dorfes. Der Ort wurde zur "Schießzone" erklärt und den Bewohnern wurden die Räumung 1997 befohlen.

Die Bewohner reichten beim Obersten Gerichtshof Israels eine Petition gegen die Vertreibung ein, die jedoch 2003 abgelehnt wurde, und die Bewohner wurden zum Verlassen des Ortes gezwungen. Die israelische Zivilverwaltung ordnete jedoch auch den Abriss von Gebäuden an, die an dem neuen Standort errichtet worden waren, mit der Begründung, es handele sich um landwirtschaftliche Flächen. Die Dorfbewohner reichten im März 2004 eine weitere Petition ein, die jedoch im Dezember 2006 abgelehnt wurde, nachdem der Oberste Gerichtshof ein Eingreifen in die Maßnahmen der Zivilverwaltung abgelehnt hatte. Die palästinensischen Bewohner der Gemeinde wurden seit 2006 mindestens fünfmal zwangsumgesiedelt.

Aufgrund dieser und anderer Maßnahmen haben die israelischen Behörden die Bewohner von Al-Hadidiya gezwungen, unter äußerst schwierigen Bedingungen zu leben. Die Palästinenser dürfen aufgrund diskriminierender Planungs- und Baugesetze keine dauerhaften Gebäude errichten und sind daher gezwungen, in Zelten und Hütten zu leben, die kaum Schutz vor dem rauen Wetter bieten. Die israelischen Behörden betrachten diese Bauten als "illegal" und haben sie bereits mehrfach abgerissen. Nach Angaben von OCHA hat Israel zwischen Januar 2009 und dem 19. August 2020 119 Gebäude in Al-Hadidiya abgerissen, wodurch 142 Menschen vertrieben wurden und insgesamt 430 Menschen betroffen waren. Bei den zerstörten Gebäuden handelte es sich um 37 Wohnhäuser und 63 landwirtschaftliche Gebäude.

Die Kinder der Gemeinde müssen mehr als 10 km zur nächstgelegenen Schule im Dorf Tammun zurücklegen, das ebenfalls im Gouvernement Tubas liegt. Während die Bewohner von Al-Hadidiya mehrere Kilometer zurücklegen müssen, um Wasser zum Kochen und für andere Grundbedürfnisse zu kaufen, verfügen die israelischen Siedler in den umliegenden Siedlungen über gut bewässerte Gärten und gefüllte Swimmingpools und nutzen das Wasser für die intensive Landwirtschaft. Abu Saqer, ein Gemeindevorsteher in Al-Hadidiya, berichtete Amnesty International:

„Bei einem Vorfall, der sich am 11. Oktober 2020 ereignete, wurde einer unserer jungen Männer von israelischen Siedlern angegriffen, während er seine Schafe hütete. Sie behaupteten, er sei in den "Raum" der Siedlung eingedrungen und jagten ihn aus dem Gebiet, verscheuchten seine Schafe, folgten ihm nach Hause und durchsuchten sein Haus.

Bei einem anderen Vorfall griffen die Sicherheitsbeamten der Siedlung meine jüngste Tochter Sumoud an, als sie sich um unsere Schafe auf dem nahe gelegenen Land kümmerte, das ich eingesät und gepflegt habe. Es war 10 Uhr morgens, als ein Sicherheitsbeamter mit seinem Jeep durchraste und versuchte, meine Tochter und unsere Herde einzuschüchtern. Ich bin mir nicht sicher, ob es daran lag, dass es zu heiß war oder dass er zu schnell fuhr, aber sein Jeep überschlug sich und tötete vier unserer Schafe. Stellen Sie sich vor, meine Tochter Sumoud, die erst 14 Jahre alt ist, musste das alleine bewältigen. Denken Sie an die Folgen, die dies für Sumoud und Kinder wie sie in Zukunft haben wird.“

Bewohner von Al-Hadidiya berichteten über eine Zunahme der Gewalt von Siedlern, Verhaftungen und Weideverbote im Jahr 2020.



Eine palästinensische Frau begutachtet die an ihrem Haus verursachten Schäden, nachdem die israelischen Streitkräfte es am Vortag in der Ortschaft Al-Hadidiya im Jordantal im besetzten Westjordanland zerstört hatten, am 11. Oktober 2018. Der Abriss erfolgte, weil die israelische Genehmigung für den Bau des Gebäudes fehlte. © Active Stills

Keines der nicht anerkannten Beduinendörfer in der israelischen Region Negev/Naqab ist ordnungsgemäß an das nationale Wassernetz angeschlossen, so dass die Dorfbewohner über teure Drittanbieter, eine zentrale Wasserstelle im Dorf oder eine zentrale Wasserstelle in einem Nachbardorf Wasser beziehen. Sie sind außerdem zwangsweise auf Generatoren für Strom angewiesen. Die Bewohner der nahegelegenen jüdischen Ortschaften kommen dagegen in den Genuss staatlicher Dienstleistungen wie fließendes Wasser, Strom und Zugang zu kommunalen Abwassersystemen.

In seinen abschließenden Bemerkungen von 2019 äußerte der CERD seine Besorgnis über die allgemein unterdurchschnittlichen Lebensbedingungen der Beduinen, sowohl in den nicht anerkannten Dörfern als auch in den anerkannten Gemeinden im Negev/Naqab. Der CESCR hat auch seine Besorgnis darüber geäußert, dass keines der nicht anerkannten Dörfer im Negev/Naqab an das nationale Wassernetz angeschlossen ist und dass die meisten Beduinendörfer, ob anerkannt oder nicht, an keine Abwasserentsorgungsinfrastruktur angeschlossen sind.

Der Fall von Al-Araqib ist ein Beispiel für den Entzug sozialer und wirtschaftlicher Rechte, dem die Bewohner nicht anerkannter Beduinendörfer infolge der israelischen Planungs- und Bauvorschriften ausgesetzt sind.

NICHT ANERKANNTES DORF AL-ARAQIB

Das Dorf Al-Araqib ist die Heimat des Al-Turi-Stammes. Das Dorf liegt nördlich von Beerscheba in der Negev/Naqab-Wüste und gehört zu den 35 nicht anerkannten Dörfern, so dass jegliche Bebauung in

dem Dorf illegal ist. Die israelischen Behörden haben Al-Araqib bereits mehrfach abgerissen. Nach den wiederholten Zerstörungen haben viele Bewohner das Dorf verlassen, und die derzeitigen Bewohner sind gezwungen, in der Nähe des Dorffriedhofs zu leben. Nach Angaben der NCF lebten vor Beginn der Abrissarbeiten 2010 mindestens 400 Menschen in dem Dorf.

Al-Araqib wurde während der osmanischen Zeit auf einem Grundstück gegründet, das die Bewohner des Dorfes 1906 gekauft hatten. Kurz nach der Gründung Israels 1948 wurden die Bewohner von Al-Araqib aufgefordert, ihr Dorf vorübergehend zu verlassen, nachdem es zur Militärzone erklärt worden war. Anschließend wurde den Bewohnern die Rückkehr dauerhaft untersagt. In den 1970er Jahren reichten die ehemaligen Bewohner bei den israelischen Behörden mehrere Anträge auf Landbesitz ein, um nach Al-Araqib zurückkehren zu können. Sie wurden alle abgelehnt.

Anfang der 2000er Jahre kehrten die Bewohner zurück, um ohne Genehmigung auf ihrem Land in Al-Araqib zu leben, obwohl die israelischen Behörden sie als Eindringlinge betrachteten und das Dorf nicht anerkannten. Am 27. Juli 2010 rissen israelische Streitkräfte das gesamte Dorf ab und zerstörten es seither mindestens 186 Mal (Stand: April 2021). Die Bewohner bauen ihre Zelte und kleinen Häuser oder einen Teil davon nach jedem Abriss wieder auf. 2019 wurde von den Bewohnern vom Staat die Zahlung von 1,3 Millionen NIS (419.000 USD) für die Kosten ihrer eigenen Räumung verlangt.

Die Maßnahmen der israelischen Behörden in Al-Araqib verletzen systematisch das Recht der Dorfbewohner auf angemessenen Wohnraum, ein Recht, das im ICESCR verankert ist. Amnesty International hat wiederholt Abrisse verurteilt, die darauf abzielen, die Bewohner von Al-Araqib gewaltsam von dem Land zu vertreiben, auf dem sie seit Generationen leben.

Die israelischen Behörden verweigern den Bewohnern von Al-Araqib seit langem wichtige staatliche Dienstleistungen. Aufgrund des nicht anerkannten Status des Dorfes werden keine staatlichen Gesundheits- oder Bildungsdienste angeboten. Stattdessen sind die Bewohner auf informelle Infrastrukturnetze angewiesen. So fahren die Dorfbewohner beispielsweise in die 6 km entfernte Stadt Rahat, um Schulen zu besuchen und eine medizinische Grundversorgung in Anspruch zu nehmen. Al-Araqib ist auch nicht an das israelische Wasser- und Stromnetz angeschlossen, so dass die Bewohner auf private Generatoren, Solarzellen und Wasser angewiesen sind, das von Lastwagen zu einem viel höheren Preis geliefert wird. Bewohner, die Wasser von Mekorot, der staatlichen israelischen Wassergesellschaft, kaufen, zahlen bis zu 67 % mehr für Wasser als diejenigen, die an das staatliche Wassernetz angeschlossen sind. Die Bewohner sind außerdem gezwungen, Wasser in Containern bis zu 18 km weit zu transportieren.

Im Gegensatz dazu verfügt die jüdische Gemeinde Givot Bar, die an Al-Araqib angrenzt, über reichlich Wasser und staatliche Dienstleistungen. 2004 wurde die Gemeinde vom Wohnungsbauminister unter der Führung der OR-Bewegung gegründet, die über Nacht 10 mobile Heime errichtet hat.

Die Gemeinde wurde umgehend an das Strom-, Wasser- und Abwassernetz angeschlossen. Laut der Website der OR-Bewegung beherbergt die Gemeinde heute 170 Familien und plant, bis zum Ende des Jahrzehnts 500 weitere zu aufzunehmen. Die Gemeinde verfügt über Außenschwimmbäder und Grünflächen und hofft, den Tourismus in der Region zu fördern.

Seit 2010 protestieren die Bewohner des Dorfes jede Woche friedlich, um von der Regierung die Anerkennung ihres Eigentums an ihrem Land zu fordern und an die Zerstörung ihres Dorfes zu erinnern.

Die israelischen Behörden haben den prominenten beduinischen Menschenrechtsverteidiger Sayyah Abu Mdeighim Al-Turi und seine Familie ins Visier genommen und verhaftet, weil sie für das Recht der Bewohner von Al-Araqib auf angemessenen Wohnraum und für die Verteidigung von Beduinienland im Negev/Naqab im Allgemeinen kämpfen. Am 21. September 2020 verurteilte ein israelisches Gericht

drei Mitglieder der Familie Al-Turi zu Haftstrafen, nachdem es sie wegen Verbrechen im Zusammenhang mit ihrer Menschenrechtsarbeit für schuldig befunden hatte.



Beduinen der Familie Al-Turi beten in der Nähe ihres zerstörten Hauses, nachdem israelische Behörden in Begleitung von Sicherheitskräften Zelte und Gebäude in dem nicht anerkannten Dorf Al-Araqib in der israelischen Region Negev/Naqab abgerissen haben, am 27. Juli 2010 © Menahem Kahana / AFP via Getty Images



Israelische Grenzpolizisten stehen Wache, während Beduinen Frauen auf den Resten ihres Hauses sitzen, während israelische Behörden ankommen, um die temporären Häuser in dem nicht anerkannten Dorf AlAraqib in der Region Negev/Naqab Region von Israel zu zerstören, am 10. August 2010 © Uriel Sinai / Getty Image



Ein israelischer Polizeibeamter beobachtet, wie ein Bulldozer das Haus einer Beduinenfamilie im nicht anerkannten Dorf AlAraqib in der Region Negev/Naqab Region von Israel abreißt, am 12. Juni 2014 © Active Stills

UNGLEICHER ZUGANG ZU GESUNDHEITSDIENSTEN

Die israelische Regierung diskriminiert bei der Bereitstellung von Mitteln für das Gesundheitssystem die palästinensischen Bürger Israels, obwohl diese einen schlechteren Gesundheitszustand haben als ihre jüdischen israelischen Mitbürger (siehe Abschnitt 5.5.2 "Diskriminierende Zuteilung von Ressourcen"), was größtenteils auf sozioökonomische Faktoren zurückzuführen ist: Bildung, Beschäftigung, Zuweisung von Land für Wohnzwecke, fehlende Infrastruktur, einschließlich Anschluss an das nationale Stromnetz, fließendes Wasser, befestigte Straßen, Abwasserentsorgungssysteme, Regulierung und Kontrolle der Luftverschmutzung und Lärmbelastigung, hohe städtische Dichte und fehlende Mittel für eine Stadtentwicklung, die eine gesunde Lebensweise ermöglicht und fördert.

Wie die Nichtregierungsorganisation Physicians for Human Rights - Israel hervorhebt, wirken sich die Diskriminierung und Ausgrenzung arabischer Bürger und Bewohner arabischer Gemeinden auch negativ auf ihre Fähigkeit aus, einen gesundheitsfördernden Lebensstil zu pflegen und Präventivmedizin zu betreiben, was zu Krankheiten wie Fettleibigkeit, Bluthochdruck und Diabetes führt, obwohl die gesundheitlichen Unterschiede zwischen der jüdischen und der arabischen Bevölkerung durch die Bereitstellung ausreichender Ressourcen für Gesundheitsfaktoren in allen arabischen Gemeinden erheblich verringert werden könnten. Darüber hinaus ist Ernährungsunsicherheit ein weiterer Faktor, der eng mit ernährungs- und stressbedingten Krankheiten zusammenhängt, in der arabischen Bevölkerung weitaus häufiger anzutreffen.

Palästinensische Bürger Israels sind auch mit physischen Hindernissen beim Zugang zu Gesundheitsdiensten konfrontiert. So gaben beispielsweise 40,5 % der vom ICBS in 2018 jüdischen Befragten (siehe Abschnitt 5.5.1 "Unterdrückung der menschlichen Entwicklung von Palästinensern") an, dass es eine direkte Busverbindung von ihrem Haus zu einer örtlichen medizinischen Einrichtung gibt, während dies nur für 14,6 % der arabischen Befragten zutrifft. Ähnliche Ungleichheiten wurden bei der Terminvergabe für Patienten festgestellt: 77,9 % der jüdischen Befragten im Vergleich zu 54,5

% der arabischen Befragten gaben an, dass sie innerhalb einer Woche nach ihrer Anfrage einen Termin erhielten.

Für palästinensische Beduinen, die im Negev/Naqab leben, ist der Zugang zu Gesundheitsdiensten sogar noch schlechter, da es in den meisten Beduinendörfern keine medizinischen Kliniken gibt. Israel stellt in nicht anerkannten Dörfern keine Gesundheitseinrichtungen oder medizinischen Dienste zur Verfügung. Diese Dörfer sind nicht an den öffentlichen Nahverkehr angeschlossen, so dass die Familien gezwungen sind, weite Strecken zurückzulegen, um eine medizinische Grundversorgung zu erhalten. Adalah hat argumentiert, dass die israelischen Behörden den palästinensischen Bürgern Israels in den nicht anerkannten Dörfern absichtlich den Zugang zur Gesundheitsversorgung verwehren, zum Teil um ein Zwangsumfeld zu schaffen, das die Bewohner zum Verlassen der Dörfer zwingt.

Gleichzeitig verhindert die höhere Armutsquote der arabischen Bevölkerung, dass viele von ihnen in der Lage sind, eine zusätzliche oder private Krankenversicherung abzuschließen. In den letzten Jahrzehnten hat die israelische Regierung eine Politik der Privatisierung und der Aushöhlung von Sozialprogrammen verfolgt, die die öffentlichen Dienste, einschließlich der Gesundheitsversorgung für alle israelischen Bürger, untergraben hat, wobei die Auswirkungen auf marginalisierte Gemeinschaften wie die arabische Bevölkerung noch gravierender sind. Die Auswirkungen dieser politischen Veränderungen haben die öffentlichen Gesundheitsdienste geschwächt, das medizinische Personal in der geografischen Peripherie reduziert und den Zugang zu Arztpraxen und Kliniken für Neugeborene erschwert. In Verbindung mit schlechteren Gesundheitsergebnissen bedeutet dies, dass Araber trotz ihres geringeren Einkommens wahrscheinlich viel mehr für Medikamente ausgeben müssen als ihre jüdischen Mitbürger.

Der ungleiche Zugang der Palästinenser zu den Gesundheitsdiensten in Israel spiegelt sich in einer Reihe von Gesundheitsergebnissen wider und beeinträchtigt die Wahrnehmung ihres Rechts auf Gesundheit. Verschiedene offizielle Statistiken zeigen erhebliche gesundheitliche Unterschiede zwischen der jüdischen und der arabischen Bevölkerung auf, wobei letztere durchweg schlechter abschneidet. Laut einer Studie, die sich auf israelische Regierungsdaten aus dem Jahr 2019 stützt, war die Kindersterblichkeit bei arabischen Bürgern Israels (5,4 pro 1.000 Geburten) mehr als doppelt so hoch wie bei jüdischen Israelis (2,4); die durchschnittliche Lebenserwartung der arabischen Bürger Israels betrug 79,5 im Vergleich zu 83,1 für jüdische Israelis; und die Sterblichkeitsrate aufgrund von Krankheit unter arabischen Bürgern Israels betrug pro 1.000 Personen 7,1 für Männer und 4,9 für Frauen, verglichen mit 5,5 für Männer und 3,9 für Frauen unter jüdischen Israelis.

Die selbst eingeschätzte Gesundheit ist bei den Befragten unter den arabischen Bürgern Israels niedriger (49 % bewerteten ihre Gesundheit als sehr gut) als bei den jüdischen Israelis (56 % bewerteten ihre Gesundheit als sehr gut).

Darüber hinaus ergab die ICBS-Sozialerhebung von 2018, dass 16,1 % der arabischen Befragten aus finanziellen Gründen auf eine medizinische Behandlung verzichteten, mehr als doppelt so viel wie bei den jüdischen Befragten (7,9 %). Außerdem war der Anteil der arabischen Befragten, die angaben, aus diesem Grund auf Medikamente verzichten zu müssen (16,7 %), dreimal so hoch wie bei den jüdischen Befragten (4,8 %).

In seiner Überprüfung für das Jahr 2020 äußerte sich der CERD besorgt über den unverhältnismäßig schlechten Gesundheitszustand der "palästinensischen und beduinischen" Bevölkerung, einschließlich der kürzeren Lebenserwartung und der höheren Kindersterblichkeitsrate im Vergleich zur jüdischen Bevölkerung. Ähnliche Bedenken äußerte auch der CESCR in 2019.

Im Westjordanland und im Gazastreifen beeinträchtigt die seit einem halben Jahrhundert andauernde militärische Besatzung Israels nicht nur den Gesundheitszustand der Palästinenser, sondern auch ihre Fähigkeit, Zugang zu der notwendigen Pflege und Behandlung zu erhalten, insbesondere zu einer spezialisierten Behandlung für schwere Erkrankungen. Israel dehnt den Geltungsbereich seines

Gesundheitssystem nicht auf die OPT aus (mit Ausnahme des annektierten Ostjerusalems) trotz seiner Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht, die öffentliche Gesundheit und Hygiene in den besetzten Gebieten zu gewährleisten und aufrechtzuerhalten, und nach den Menschenrechtsnormen, jedem, der sich unter seiner tatsächlichen Kontrolle befindet, das höchstmögliche Maß an körperlicher und geistiger Gesundheit zu gewährleisten. Israel bietet jedoch israelischen Siedlern in demselben Gebiet eine Gesundheitsversorgung an.

Mit den Osloer Verträgen wurde die Verantwortung für die Gesundheitsversorgung der Palästinenser im Gazastreifen und im Westjordanland, mit Ausnahme von Ostjerusalem, den palästinensischen Behörden übertragen, die sich jedoch zahlreichen von Israel auferlegten Beschränkungen bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben gegenübersehen. Infolgedessen ist der Gesundheitssektor in den OPT nach Angaben der WHO fragmentiert und weitgehend von Gebern abhängig; außerdem fehlt es ihm an angemessenen spezialisierten Gesundheitsdiensten, und er ist nach wie vor unterfinanziert, was seine Anfälligkeit noch verstärkt.

Neben den in Ramallah ansässigen palästinensischen Behörden im Westjordanland und der De-facto Verwaltung der Hamas im Gazastreifen wird die Gesundheitsversorgung in den OPT von der UNRWA sowie einer Reihe privater und nichtstaatlicher Einrichtungen gewährleistet. Im Gebiet C des Westjordanlandes, in dem die palästinensischen Behörden nicht zuständig sind, wird die Gesundheitsversorgung der Palästinenser weitgehend durch mobile Kliniken sichergestellt, die von privaten und nichtstaatlichen Organisationen betrieben werden.

Obwohl die palästinensischen Einwohner Ostjerusalems Anspruch auf die israelischen Gesundheitsdienste und die in Jerusalem und im übrigen Israel angebotene Krankenversicherung haben, sind sie in der Praxis für ihre medizinische Grundversorgung auf ein Netz von sechs palästinensisch geführten Privatkrankenhäusern angewiesen. Die Krankenhäuser bieten auch spezialisierte medizinische Behandlung für Palästinenser aus dem übrigen Westjordanland und dem Gazastreifen an, die vom palästinensischen Gesundheitsministerium überwiesen werden. Die Folgen dieser übermäßigen Abhängigkeit von der Finanzierung durch Geber wurden durch die Entscheidung der US-Regierung von 2018 deutlich, die finanzielle Unterstützung für das Ostjerusalem Krankenhausnetz um 25 Millionen US-Dollar zu kürzen. Dies betraf die kritische medizinische Versorgung, einschließlich Herzchirurgie, Neugeborenen-Intensivpflege, Strahlentherapie und Kinderdialyse, insbesondere für palästinensische Patienten, die vom palästinensischen Gesundheitsministerium aus anderen Teilen der OPT überwiesen werden, wo solche Dienste nicht verfügbar sind.

GRAUSAME UND WILLKÜRLICHE BESCHRÄNKUNGEN DES ZUGANGS ZUR GESUNDHEITSVERSORGUNG IN OPT

Wenn spezialisierte und potenziell lebensrettende medizinische Versorgung in den medizinischen Einrichtungen im übrigen Westjordanland und im Gazastreifen nicht verfügbar ist, werden die Patienten nach Ostjerusalem, Israel oder ins Ausland überwiesen. Diese Möglichkeit wird jedoch häufig durch die diskriminierende israelische Politik und Praxis behindert, die in diesem Bericht beschrieben wird.

Palästinenser aus dem Gazastreifen und dem Westjordanland, die in Ostjerusalem oder Israel medizinisch versorgt werden sollen, sowie medizinisches Personal mit einem Ausweis aus dem Westjordanland müssen eine israelische Militärgenehmigung aus humanitären Gründen beantragen, um Zugang zu medizinischen Einrichtungen zu erhalten. Nach Angaben der WHO müssen im Durchschnitt jedes Jahr etwa 200.000 Palästinenser eine solche Genehmigung beantragen, um in Ostjerusalem oder Israel medizinisch versorgt zu werden oder als Familienangehörige Patienten zu begleiten. Für Patienten aus dem Gazastreifen werden in der Regel jeden Monat mehr als 2.000 Genehmigungen beantragt, ein Drittel davon wegen einer Krebsbehandlung. Nahezu 80 % aller

Genehmigungen werden genehmigt; die restlichen 20 % werden entweder abgelehnt oder nicht rechtzeitig genehmigt.

Die Genehmigungen sind schwer zu erhalten, und das Verfahren, um sie zu bekommen, bleibt unklar. Die große Mehrheit der abgelehnten Antragsteller erhält keine Erklärung für die Verweigerung oder Verzögerung ihrer Genehmigungen. Der WHO zufolge "gibt es zwar keine veröffentlichten Kriterien für den Erhalt einer Genehmigung, aber die Ergebnisse der Datenerhebung und der Befragung deuten darauf hin, dass Faktoren wie Alter, Geschlecht, Wohnsitz, Zivilstatus, Zeitpunkt der Reise, Art der medizinischen Behandlung und familiäre Beziehungen zusätzlich zu den unerklärten 'Sicherheitsgründen' der israelischen Behörden die Genehmigungsfähigkeit zu beeinflussen scheinen."

Die Genehmigungsregelung hat besonders verheerende Auswirkungen auf die Gesundheit der Palästinenser im Gazastreifen, wo die Blockade und andere israelische Abgrenzungsmaßnahmen in Verbindung mit einer chronischen Energiekrise die Verfügbarkeit und Qualität der Gesundheitsdienste untergraben haben und das System kurz vor dem Zusammenbruch steht. Darüber hinaus wird das Recht der Palästinenser auf Gesundheit dadurch untergraben, dass die in Ramallah ansässigen palästinensischen Behörden die Versorgung des Gazastreifens mit lebenswichtigen Dienstleistungen, einschließlich Strom und medizinischer Versorgung, einschränken. Seitdem Ägypten den Grenzübergang Rafah seit 2013 weitgehend geschlossen hat, ist der Zugang zur Gesundheitsversorgung ebenfalls eingeschränkt.

Infolgedessen haben die Palästinenser in Gaza keinen Zugang zu einer angemessenen Gesundheitsversorgung, einschließlich lebensrettender und anderer medizinischer Notfallbehandlungen. Die Behandlung von Krebs und anderen chronischen Krankheiten sowie die spezialisierten pädiatrischen, kardiologischen und hämatologischen Dienste sind aufgrund des gravierenden und ständigen Mangels an Medikamenten und medizinischer Ausrüstung, deren Einfuhr Israel mit seiner "dual-use"-Politik verbietet, stark eingeschränkt (siehe Abschnitt 5.5.1 "Unterdrückung der menschlichen Entwicklung der Palästinenser").

Nach Angaben der WHO hat diese Politik auch die Lieferung von Stromgeneratoren für Krankenhäuser und Kommunikationsausrüstungen zur Koordinierung von Krankenwagen und Notfalleinsätzen sowie eine große Zahl von Menschen mit Behinderungen betroffen, da bestimmte Materialien und Ausrüstungen, wie z. B. nukleare Scan-Technologie sowie Kohlefaser- und Epoxidharze, die in einigen Arten von Prothesen verwendet werden, nicht nach Gaza geliefert werden dürfen, so dass die Patienten auf schwerere und unbequemere Alternativen angewiesen sind. Die WHO berichtete auch, dass die Palästinenser aufgrund von Einfuhrbeschränkungen und ihrer begrenzten Möglichkeiten, niedrigere Preise auszuhandeln, mehr für Medikamente zahlen müssen als die internationalen Standardpreise.

Darüber hinaus hat Israel bestimmte Arten von medizinischen Geräten nicht zur Reparatur aus dem Gazastreifen zugelassen. So haben die israelischen Behörden nach drei Jahren der Verweigerung von Genehmigungen im Juni und Juli 2020 nach rechtlicher Intervention von Gisha endlich die Verschiffung eines Geräts zur Behandlung von Verbrennungen, des einzigen seiner Art in Gaza, zur Reparatur zugelassen. Parallel dazu haben die von den palästinensischen Behörden im Westjordanland ergriffenen Strafmaßnahmen zur Einschränkung wichtiger Dienstleistungen für den Gazastreifen die Auswirkungen der israelischen Beschränkungen seit 2017 noch verschärft. Auch sie haben das Recht der Menschen im Gazastreifen auf Gesundheit verletzt, indem sie ihren Zugang zu medizinischer Versorgung und Strom, die für das Gesundheitssystem unerlässlich sind, eingeschränkt haben. In der Zwischenzeit hat Ägypten seit 2013 den Rafah-Übergang für die Bevölkerung im Gazastreifen größtenteils geschlossen gehalten, wodurch der Zugang zur Gesundheitsversorgung ebenfalls eingeschränkt wurde.

Die Covid-19-Pandemie hat das Gesundheitssystem weiter geschwächt. Nach Angaben von OCHA waren 50 % der unentbehrlichen Medikamente im März 2021 nicht mehr vorrätig (weniger als ein Monatsvorrat), während es im Februar aufgrund der Auswirkungen von Covid-19 noch 45 % waren. Dieser Prozentsatz war der höchste seit September 2019. Im Mai 2021 gab es im Gazastreifen mehr als 9.500 aktive Fälle, und nur knapp über 38.000 Einwohner waren geimpft worden - weit weniger als für eine Bevölkerung von etwa 2 Millionen Menschen erforderlich ist. Im April 2021 hatten die Krankenhäuser bereits Schwierigkeiten, neue Patienten aufzunehmen, da die Kapazitäten der Intensivstation nicht ausreichten und es an wichtigen Medikamenten mangelte.

Infolgedessen sind Palästinenser aus dem Gazastreifen oft gezwungen, die fortschrittlichere Gesundheitsversorgung in Ostjerusalem und anderswo im Westjordanland, in Israel und im Ausland in Anspruch zu nehmen. Die israelischen Behörden verzögern jedoch häufig die Erteilung von entsprechenden Genehmigungen und stellen sie manchmal gar nicht erst aus. Nach Angaben der WHO hatten Patienten, die eine Ausreisegenehmigung aus Gaza zu einer medizinischen Behandlung beantragten, 2018 mit 15.834 genehmigten von 25.811 beantragten die zweitniedrigste Bewilligungsquote (61,4 %), die von der WHO seit 2006 verzeichnet wurde.

Dieses niedrige Niveau hielt bis Juli an. Von Januar bis Mai 2020 waren 67 % der Anträge von Patienten auf Ausreiseerlaubnis aus dem Gazastreifen erfolgreich. Es hat den Anschein, dass Israel in einigen Fällen die Erlaubnis, den Gazastreifen zur medizinischen Behandlung zu verlassen, als Strafmaßnahme verweigert. So verletzten die israelischen Streitkräfte nach Angaben von OCHA im Zusammenhang mit dem Großen Marsch der Rückkehr 8.000 palästinensische Zivilisten mit scharfer Munition, von denen 1.200 eine langfristige Rehabilitation benötigen und 156 sogar Gliedmaßen amputiert werden mussten. Nach Angaben der WHO war die Genehmigungsquote für Palästinenser, die bei den Protesten des Großen Marsches der Rückkehr verletzt wurden und außerhalb des Gazastreifens behandelt werden mussten, deutlich niedriger als die allgemeine Genehmigungsquote für Anträge von Patienten auf Ausreise aus dem Gazastreifen. Zwischen dem 30. März 2018 und 30. September 2019 gab es 591 Anträge auf Ausreise von palästinensischen Patienten, die bei den Protesten des Großen Rückkehrmarsches verletzt wurden, 18% (104) der Anträge wurden genehmigt, 27% (161) wurden abgelehnt und 55% (326) wurden verzögert. Dieses Muster galt sowohl für Kinder als auch für Erwachsene. Laut einem Bericht des Sonderberichterstatters über die Menschenrechtssituation in den OPT aus dem Jahr 2019 war die Bewilligungsquote der Genehmigungsanträge für Kinder, die zur medizinischen Behandlung nach Israel einreisen wollten, für palästinensische Kinder, die bei Demonstrationen in Gaza verletzt wurden, deutlich niedriger als für Kinder, die unter anderen Umständen verletzt wurden. Im Jahr 2018 wurden 22 % der Anträge bewilligt, verglichen mit einer durchschnittlichen Bewilligungsquote von 75 % für andere Fälle mit Kindern.

Selbst wenn die Anträge von Kindern auf Ausreise aus dem Gazastreifen zur Behandlung genehmigt werden, wird ihnen oft die Begleitung derjenigen verweigert, die sie am besten unterstützen können. Im Jahr 2018 verweigerte Israel einem Elternteil die Begleitung ihres Kindes zu medizinischen Behandlungen außerhalb des Gazastreifens, und zwar bei 5.256 Patientengenehmigungen für 1.821 Kinder.

Die strengeren Sicherheitskontrollen, die Israel im November 2015 eingeführt hat, haben ebenfalls zu Verzögerungen bei der Erteilung von Genehmigungen beigetragen. Nach den neuen Richtlinien müssen sich männliche Patientenbegleiter zwischen 16 und 55 Jahren und weibliche Patientenbegleiter zwischen 16 und 45 Jahren intensiveren Sicherheitsüberprüfungen unterziehen, um eine Genehmigung zu erhalten. Darüber hinaus könnten alle "Patienten zu einer Sicherheitsbefragung als Voraussetzung für das Genehmigungsverfahren vorgeladen werden", so die WHO. Tatsächlich verzeichnete die WHO im Jahr 2018 133 Patienten und 52 Patientenbegleiter, die zu einem Sicherheitsverhör vorgeladen wurden.

Menschenrechtsorganisationen haben auch viele Fälle dokumentiert, in denen palästinensische Patienten oder ihre Begleiter von den israelischen Behörden zu Verhören vorgeladen wurden, um sie im Austausch für eine Behandlung zur Zusammenarbeit zu zwingen. Darüber hinaus verhafteten die israelischen Streitkräfte einen Patienten und vier Begleitpersonen am Kontrollpunkt am Grenzübergang Erez in 2018.

Die israelischen Einschränkungen der Bewegung sind direkt für den Tod von Patienten im Gazastreifen verantwortlich und haben das Leiden kranker Palästinenser verschlimmert. Die WHO berichtete, dass 54 Patienten, darunter 46 Krebskranke, im Jahr 2017 starben, während sie auf ihre Genehmigungen warteten. 2017 wies die niedrigste Genehmigungsrate für medizinische Genehmigungen – 54 % - zwischen 2012 und 2019 auf. Es ist möglich, dass einige dieser Todesfälle ohne die durch die Blockade verursachten Verzögerungen nicht eingetreten wären. In einer von der WHO im Jahr 2019 durchgeführten

Überlebensanalyse wurde festgestellt, dass "Krebspatienten, denen von 2015 bis 2017 der Zugang zu Chemo- und/oder Strahlentherapie außerhalb des Gazastreifens zunächst verweigert oder verzögert wurde, eine 1,5-mal geringere Wahrscheinlichkeit hatten, in den folgenden sechs Monaten oder länger zu überleben, im Vergleich zu denjenigen, denen von Anfang an eine Genehmigung erteilt wurde."

Der Fall von Abdul Nasser Al-Yazji, einem zweijährigen Jungen, der an Krebs starb, während er auf eine israelische Genehmigung zur Einreise nach Jerusalem zwecks einer dringenden medizinischen Behandlung wartete, ist ein Beispiel für das Leiden Tausender von Patienten und ihrer Familien im Gazastreifen.

ABDUL NASSER AL-YAZJI

Abdul Nasser Al-Yazji war erst zwei Jahre alt, als er am 28. August 2020 im Gazastreifen starb. Bei ihm wurde 2019 ein Ewing-Sarkom der Halswirbelsäule, eine seltene Krebsart im Nacken, diagnostiziert. Er war 18 Monate alt. Seine Eltern versuchten, ihn in ein Krankenhaus in Ostjerusalem zu bringen, wo er von einem Spezialisten behandelt werden sollte, aber die israelischen Behörden erteilten ihnen nicht rechtzeitig eine Ausreisegenehmigung. Er war in das Abdel Aziz Rantisi Specialist Hospital for Children eingeliefert worden, das onkologische Dienste in Gaza anbietet, wo die Ärzte bestätigten, dass er Krebs hatte.

Abdul Nasser Al-Yazji wurde zunächst im Krankenhaus in Gaza radiologisch behandelt, sein Zustand verbesserte sich jedoch nicht. Am 8. Februar 2020 wurde er zur Chemotherapie in das Al-Ahli-Krankenhaus in Hebron im Westjordanland verlegt. Die israelische Zivilverwaltung erteilte ihm und seiner Mutter, Jawaher Al-Yazji, die Erlaubnis, den Gazastreifen für zwei Wochen zu verlassen, um sich im Westjordanland medizinisch behandeln zu lassen. Der Tumor wurde operativ aus seinem Hals entfernt, und er und seine Mutter kehrten am 22. Februar 2020 in den Gazastreifen zurück.

Der Gesundheitszustand von Abdul Nasser Al-Yazji verschlechterte sich und am 27. Juni 2020, wurde er zur Behandlung in das Abdel Aziz Rantisi Krankenhaus in Gaza eingeliefert. Medizinische Untersuchungen und eine Ultraschalluntersuchung ergaben, dass der Tumor wieder gewachsen war und der Krebs auf die Lunge übergegriffen hatte. Am 8. Juli 2020 empfahlen die Ärzte in Gaza, ihn in das Augusta-Victoria-Krankenhaus in Ostjerusalem zu verlegen, wo er eine dringende Behandlung durch Spezialisten erhalten könnte. Die Familie beantragte noch am selben Tag eine Ausreisegenehmigung für den Grenzübergang Erez, erhielt jedoch keine Antwort, bevor er etwa einen Monat später starb. Die Familie hatte versucht, das Büro der Zivilverwaltung zu erreichen, erhielt jedoch die Auskunft, dass dort keine Genehmigungen bearbeitet würden, da die palästinensischen Behörden mit Sitz in Ramallah ihre Beziehungen zu den israelischen Behörden abgebrochen hätten, nachdem Israel im April seine Annexionspläne im April 2020 verkündet hatte.

Am 20. August 2020, während er auf die Erteilung der Genehmigung wartete, sagte Jawaher Al-Yazji gegenüber Amnesty International:

„Der Gazastreifen wird belagert, d. h. wir müssen uns immer mit der Demütigung der israelischen Besatzung auseinandersetzen, wenn wir außerhalb des Gazastreifens eine medizinische Behandlung erhalten wollen. Als wir im Februar dorthin reisten, stellten wir einen Antrag beim Ministerium für zivile Angelegenheiten der Palästinensischen Autonomiebehörde, das mit der israelischen Zivilverwaltung zusammenarbeitet. Dort sagte man uns, dass es fünf Tage dauern würde, die Genehmigungsdokumente zu organisieren: zwei auf palästinensischer Seite und drei weitere Tage, um eine Antwort von israelischer Seite zu erhalten. Und wenn man ein Sicherheitsproblem hat, dauert das Verfahren noch viel länger.“

Wenn mein Sohn hier im Krankenhaus stirbt, ist es nicht der Krebs, der ihn getötet hat, sondern die Besatzung. Die Tatsache, dass wir außerhalb des Gazastreifens nicht einmal eine angemessene medizinische Behandlung bekommen können, führt dazu, dass die Menschen vor der Krankheit kapitulieren. Unser Leben ist erbärmlich, und es wird nicht besser. Wir beten nur, dass diese Ungerechtigkeit eines Tages verschwindet.“



Leere Regale mit Medikamenten im Al-Shifa Krankenhaus am 11. Mai 2017 © Momen Faiz / NurPhoto via Getty Images

Mit der Umsetzung dieser willkürlichen Politik der Genehmigungsverweigerung verfehlt Israel seine Verpflichtung, Palästinenser, die unter seiner effektiven Kontrolle stehen, Zugang zu Gesundheitseinrichtungen, -gütern und -diensten ohne Diskriminierung zu gewährleisten, und verstößt somit gegen das Recht der Palästinenser auf den höchstmöglichen Gesundheitsstandard und in extremsten Fällen, gegen ihr Recht auf Leben.

In seiner Überprüfung von 2019 äußerte sich der CESCR besorgt über Israels "langwieriges und kompliziertes Ausreisegenehmigungssystem" sowie über "die sehr begrenzte Verfügbarkeit von

Gesundheitsdiensten und die sich verschlechternde Qualität der Gesundheitsdienste im Gazastreifen aufgrund von Beschränkungen für Güter mit doppeltem Verwendungszweck, einschließlich wichtiger medizinischer Ausrüstung". Der CESCER forderte Israel auf, "die Blockade und die Abriegelung des Gazastreifens unverzüglich aufzuheben". Er empfahl Israel, "für die Einfuhr lebenswichtiger medizinischer Ausrüstungen und Güter und für die Bewegung(sfreiheit) von medizinischem Fachpersonal aus dem und in den Gazastreifen zu sorgen" und "das medizinische Genehmigungssystem im Hinblick auf den rechtzeitigen Zugang zu allen medizinisch empfohlenen Gesundheitsdiensten für die Bewohner von Gaza zu vereinfachen".

Israel schränkt nicht nur den Personenverkehr ein, sondern hindert auch palästinensische Krankenwagen, die aus dem übrigen Westjordanland kommen, an der Einfahrt nach Ostjerusalem. Bei einem Verfahren, das "back to back-Transfer" genannt wird, müssen palästinensische Patienten an den Kontrollpunkten in Krankenwagen des Palästinensischen Roten Halbmonds mit israelischen Kennzeichen umsteigen, bevor sie zur medizinischen Versorgung nach Ostjerusalem weitertransportiert werden können; außerdem müssen die Patienten zuvor von den israelischen Behörden eine Sicherheitsgenehmigung erhalten. 2018 mussten 84 % der erfassten 1.462 Fahrten palästinensischer Krankenwagen, die aus anderen Teilen des Westjordanlandes nach Ostjerusalem einreisen wollten, dieses Verfahren durchlaufen, was zu einer Verlagerung von Gesundheitsressourcen führte, da mindestens zwei Krankenwagen für den Transfer an den Kontrollpunkten zur Verfügung stehen müssen, und die Durchfahrt verzögerte. Den gesammelten Daten der Palästinensischen Gesellschaft des Roten Halbmonds zufolge betrug die durchschnittliche Wartezeit an den Kontrollpunkten für "Back-to-Back"-Transfers in Notfällen 24 Minuten. 2019 mussten 90 % der palästinensischen Krankenwagenfahrten nach Jerusalem dieses "Back-to-Back"-Transfer - Verfahren einhalten.

Israels territoriale Trennung von Teilen Ostjerusalems, durch die einige palästinensische Gemeinden jenseits des Zauns/der Mauer verblieben sind, und die auferlegten Bewegungsbeschränkungen haben die palästinensischen Bewohner Ostjerusalems in diesen Gebieten daran gehindert, rechtzeitig Zugang zu angemessenen primären Gesundheitsdiensten zu erhalten. Zum Beispiel behinderten während der Covid-19-Pandemie die Bewegungseinschränkungen den Zugang zu Gesundheitsdiensten für Palästinenser in Ostjerusalem und verschärften die Gesundheitskrise.

L. M.

L. M. arbeitet an einer Schule in der Nähe der Altstadt in Ostjerusalem und lebt mit ihrer Familie in Kufr Aqab, das von dem Rest der Stadt durch den Zaun/die Mauer sowie durch Militär-Kontrollpunkte abgetrennt ist. Sie ist verheiratet und hat fünf Kinder. Die Familie ist gezwungen, in Kufr Aqab zu leben, da sie keinen ständigen Wohnsitz hat, noch die erforderliche Genehmigung, in Ostjerusalem zu leben. L. M. muss israelische Kontrollpunkte überqueren, um zur Arbeit zu gelangen oder medizinische Versorgung zu erhalten. Sie sagte zu Amnesty International:

"Ich arbeite an der Schmidt-Schule Jerusalem, also wäre es viel einfacher, in Jerusalem zu leben... Ich muss aus dem Bus [von Kufr Aqab] aussteigen und den [Qalandia-]Kontrollpunkt zu Fuß überqueren. Manchmal warten so viele Menschen am Kontrollpunkt, dass es erdrückend sein kann. Ich habe jetzt Probleme mit meinem Bein, und dadurch fällt mir das Gehen manchmal schwer und ist schmerzhaft, besonders, wenn ich diese neue Brücke überquere, die sie [die israelischen Behörde] am Qalandia-Kontrollpunkt errichtet haben. Ich komme oft zu spät zur Arbeit. Wenn ich einen Arzt aufsuchen muss, muss ich sie überqueren. Mein Arzt arbeitet an einer Klinik in der Nähe der Schule, wo ich arbeite."

Als die Covid-19-Lockdown-Maßnahmen zuerst über Jerusalem verhängt wurden, hatten die palästinensischen Bewohner von Ostjerusalem, die im Kufr Aqab und Shuafat-Flüchtlingslager leben, die beide jenseits des Zauns/der Mauer liegen, keinen Zugang zu den medizinischen Einrichtungen im

Rest der Stadt mehr. Tausende von ihnen blieben mehrere Wochen lang ohne Zugang zu den Kliniken, die Covid-19 testen. Die Palästinenser mussten sich darauf verlassen, dass sie Test und Behandlungen in Westjerusalem und dem Rest von Israel bekommen können, wo die Einrichtungen besser ausgestattet sind, um bestimmte Beschwerden und Krankheiten zu behandeln. Nur nach einer am 8. April 2020 durch Adalah und die Bürgerkoalition für palästinensische Rechte an den Obersten israelischen Gerichtshof in Jerusalem eingereichte Petition verpflichteten sich die israelischen Gesundheitsbehörden die Covid-19-Kliniken und Testzentren in den Kufr Aqab und Shuafat-Flüchtlingslagern und in Silwan, ebenso in Ostjerusalem zu öffnen. Die drei Kliniken eröffneten am 15. April 2020, fast zwei Monate nach den ersten bestätigten Covid-19-Fällen, und wurden durch einen der staatlich beauftragten medizinischen Dienstleiter in Israel betrieben. Zusätzliche Testeinrichtungen wurden zu einem späteren Zeitpunkt eröffnet und von der Jerusalemer Stadtverwaltung betrieben.

ANGRIFFE AUF MEDIZINISCHES PERSONAL UND MEDIZINISCHE EINRICHTUNGEN

Im Laufe der Jahre hat die israelische Armee bei ihren Militäroffensiven wiederholt medizinische Einrichtungen angegriffen. Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation "Medizinische Hilfe für Palästinenser" wurden 147 Krankenhäuser und Kliniken sowie 80 Krankenwagen bei den Militäroffensiven gegen den Gazastreifen zwischen 2008 und 2017 beschädigt oder völlig zerstört. Im selben Zeitraum wurde 145 medizinische Mitarbeiter - zumeist Krankenwagenfahrer - verletzt oder getötet.

Während der Militäroperation im Mai 2021 beschädigte oder zerstörte Israel nach Angaben von OCHA 28 Gesundheitseinrichtungen im Gazastreifen, darunter neun Krankenhäuser und 19 Kliniken für die medizinische Grundversorgung. Zwei bekannte Ärzte aus dem Gazastreifen wurden getötet. Am 16. Mai 2021 führte Israel Luftangriffe gegen Wohngebäude und Straßen in Gaza-Stadt durch, die zwei Wohnhäuser der Familien Abu Al-Ouf und Al-Kolaq zerstörten und mindestens 30 Menschen töteten. Unter den Getöteten befanden sich Ayman Abu Al-Ouf, Leiter der Abteilung für Innere Medizin am Al-Shifa-Krankenhaus, der auch die Station für schwere Covid-19-Fälle leitete, und Mooein Ahmad Al-Aloul, ein psychiatrischer Neurologe. Der Angriff blockierte die Al-Wehda-Straße, eine Hauptstraße, die zum Al-Shifa-Krankenhaus führt. Am nächsten Tag richtete ein israelischer Angriff auf ein Gebäude bei dem benachbarten medizinischen Komplex, in dem sich das wichtigste Covid-19-Labor befand, schwere Schäden an. In einem weiteren Fall stellte die WHO beispiellose Angriffe auf den Gesundheitssektor im Zusammenhang mit dem Großen Marsch der Rückkehr fest, der im März 2018 entlang des Zauns zwischen Gaza und Israel begann. Sie berichtete von 369 Angriffen auf das medizinische Personal im Gazastreifen im Jahr 2018, bei denen drei Mitarbeiter des Gesundheitswesens getötet und 570 weitere verletzt wurden.

In Zeiten erhöhter Spannungen haben israelische Sicherheitskräfte auch gewaltsame Razzien gegen palästinensische Krankenhäuser und medizinisches Personal im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, durchgeführt und in einigen Fällen Ärzte daran gehindert, dringende medizinische Behandlungen vorzunehmen. Nach Angaben von Medical Aid for Palestinians führten Angriffe der israelischen Sicherheitskräfte zwischen Oktober und Dezember 2015 dazu, dass 92 Krankenwagen beschädigt und 147 medizinische Mitarbeiter verletzt wurden, außerdem wurden acht Krankenhäuser überfallen. Solche Razzien zielen in der Regel darauf ab, verletzte palästinensische Demonstranten zu verhaften, während sie medizinische Hilfe suchen, und beinhalten Schikanierung und Einschüchterung des Personals mit Maschinengewehren und Betäubungsgranaten.

Während der Proteste in Sheikh Jarrah Anfang Mai 2021 behinderten israelische Streitkräfte die Arbeit palästinensischer Mitarbeiter des Gesundheitswesens in Ostjerusalem, indem sie sie an der Behandlung von Verwundeten hinderten, den Transport von Verletzten verzögerten und Sanitäter und Krankenwagen tätlich angriffen. Nach Angaben der amerikanischen Nahost-Flüchtlingshilfe wurden mindestens 41 Mitarbeiter des Gesundheitswesens im Westjordanland verletzt und 21 Fahrzeuge des medizinischen Dienstes wurden beschädigt oder beschlagnahmt. Die Organisation berichtete auch von physischen Angriffen, Schikanen und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit von medizinischem Personal, Sanitätern und Krankenwagen.

DISKRIMINIERUNG IM BILDUNGSWESEN

In ganz Israel und in den OPT untergräbt Israel das Recht der Palästinenser auf Bildung durch Unterfinanzierung und diskriminierende Stadtplanungs- und Raumordnungspolitik. Im Westjordanland und im Gazastreifen wird der Zugang zu Bildung für Hunderttausende von Palästinensern zusätzlich durch israelische Verstöße gegen die Bewegungsfreiheit eingeschränkt sowie durch militärische Operationen, die auf Schulen abzielen oder in deren Nähe durchgeführt werden. Diese diskriminierenden Maßnahmen wirken sich im Allgemeinen sehr nachteilig auf die Qualität der Bildung palästinensischer Schüler aus und führen zu hohen Abbrecherquoten. Letztlich beeinträchtigen sie die menschliche Entwicklung der Palästinenser und ihre Fähigkeit, für sich und ihre Familien zu sorgen.

Israel ist nach den internationalen Menschenrechtsnormen verpflichtet, das Recht auf Bildung sowohl in Israel als auch in den OPT zu achten, zu schützen und zu erfüllen. Darüber hinaus hat Israel als Besatzungsmacht die Pflicht, das Recht auf Bildung in den OPT nach dem humanitären Völkerrecht zu gewährleisten, unter anderem durch "Erleichterung des ordnungsgemäßen Funktionierens aller Einrichtungen, die sich der Betreuung und Bildung von Kindern widmen".

Das öffentliche Bildungssystem in Israel wird sowohl von der Zentralregierung als auch von den lokalen Behörden geleitet. Palästinensische Bürger Israels und jüdische Israelis besuchen im öffentlichen Bildungssystem getrennte Schulen, wobei die Schüler im Allgemeinen in vier Hauptrichtungen eingeteilt werden: drei für die jüdische israelische Gemeinschaft (säkular, religiös und ultraorthodox) und eine für die arabischsprachige Gemeinschaft (Palästinenser, einschließlich Beduinen, Drusen und tscherkessische Minderheiten). Die Unterrichtssprache für die arabischsprachige Gemeinschaft ist Arabisch, aber sie müssen auch Hebräisch lernen.

Mit Ausnahme von Ostjerusalem betreibt Israel derzeit kein Bildungssystem für Palästinenser in den OPT, während es das Bildungssystem für israelische Siedler in illegalen Siedlungen im Westjordanland betreibt. Seit 1994 leiten die palästinensischen Behörden zusammen mit privaten Einrichtungen und der UNRWA das Bildungssystem für Palästinenser im Westjordanland und im Gazastreifen. Die UNRWA bietet registrierten palästinensischen Flüchtlingen im Westjordanland und im Gazastreifen, einschließlich Ostjerusalems, kostenlos Grund- und Sekundarschulunterricht an und bietet qualifizierten jugendlichen Flüchtlingen Berufs- und Fachschulkurse sowie Universitätsstipendien an.

In Ostjerusalem sind das israelische Bildungsministerium und die Stadtverwaltung von Jerusalem für den öffentlichen Unterricht für palästinensische Schüler zuständig. Auf der Grundlage eines Abkommens mit den palästinensischen Behörden haben die staatlichen Schulen in Ostjerusalem bis vor kurzem ausschließlich nach dem palästinensischen Lehrplan unterrichtet. In den letzten Jahren haben jedoch einige staatliche Schulen den israelischen Lehrplan übernommen und erhalten dafür zusätzliche Mittel.

Israel diskriminiert palästinensische Schüler in Israel und Ostjerusalem, indem es den arabischen Bildungssektor unterfinanziert, arabische Lehrkräfte von Entscheidungsgremien ausschließt und keine angemessene Infrastruktur und Einrichtungen bereitstellt. Sie erhalten auf allen Ebenen der

Schulbildung weniger Mittel als ihre jüdischen Mitschüler. Eine vom Mossawa Center durchgeführte Analyse des Haushalts des israelischen Bildungsministeriums von 2016 ergab, dass arabische Schüler aus benachteiligten Verhältnissen 30 % weniger Mittel pro Unterrichtsstunden in der Grundschule, 50 % weniger Mittel in der Mittelstufe und 75 % weniger Mittel in der Sekundarstufe als jüdische Schüler mit demselben sozio-ökonomischen Status erhalten.

Im Jahr 2016 wurden in den arabischen Gemeinden nur 526 Klassenzimmer gebaut, im Vergleich zu 2.171 Klassenzimmern des hebräischen Bildungssystems. 2018 erkannte das israelische Bildungsministerium den Bedarf an zusätzlichen 2.416 Klassenzimmern in arabischen Gemeinden an. Ein Jahr später stellte der israelische Staatshaushalt 58,4 Mio. NIS (18,8 Mio. USD) für den Bau von Klassenzimmern in arabischen Ortschaften zur Verfügung, was nach Angaben des Mossawa-Zentrums bei weitem nicht den Bedürfnissen der Gemeinschaft entsprach. Zur selben Zeit herrschte in den arabischen Ortschaften ein Mangel an 7.000 Klassenzimmern.

Die diskriminierende Unterfinanzierung der palästinensischen Schulen in Ostjerusalem durch die israelischen Behörden ist ebenfalls eindeutig. Laut einer in 2016 von Haaretz durchgeführten Analyse des Budgets der Jerusalemer Stadtverwaltung "waren die Mittel für die "Westjerusalem Schule unermesslich höher als die für die Ostjerusalem Schule". Haaretz stellte fest, dass die Jerusalemer Stadtverwaltung palästinensischen öffentlichen Schulen in Ostjerusalem noch weniger Mittel gegeben hat als das ohnehin geringe Budget, das ihnen vom Bildungsministerium zugewiesen wurde. Im Gegensatz dazu erhielten die jüdischen Schulen durchweg von der Stadtverwaltung mehr Mittel als das Budget, das ihnen zugewiesen wurde.. Eine Untersuchung eines Stadtratsmitglieds der Meretz-Partei bestätigte diese Ergebnisse: 11 von 17 palästinensischen Gymnasien in Ostjerusalem erhielten weniger als den ihnen zugewiesenen Anteil am Budget der Regierung in 2016.

Die Unterfinanzierung palästinensischer staatlicher Schulen in Israel und im annektierten Ostjerusalem in Verbindung mit einer diskriminierenden Stadtplanungspolitik und einer diskriminierenden Bereitstellung anderer wichtiger Dienstleistungen, die an anderer Stelle in diesem Abschnitt beschrieben werden, führen zu überfüllten Klassenräumen, einer geringeren Bildungsqualität und zu Unterschieden im Bildungsniveau zwischen palästinensischen und jüdisch-israelischen Schülern und letztlich zu einer hohen Schulabbrecherquote.

Besonders schlimm ist die Situation in den nicht anerkannten Dörfern im Negev/Naqab, wo die palästinensischen Beduinen nur wenige oder gar keine Bildungseinrichtungen haben. Die Regierung weigert sich, solche Dienste zur Verfügung zu stellen, da diese Dörfer aufgrund diskriminierender Planungs- und Raumordnungspolitik keinen offiziellen Status haben. Die vorhandenen Einrichtungen sind schlecht ausgestattet und stark überfüllt.

So äußerte sich der CERD in seinen abschließenden Bemerkungen von 2020 besorgt über die unverhältnismäßig hohen Schulabbrecherquoten unter Beduinen Schülern im Negev/Naqab und die erheblichen Unterschiede im Bildungsniveau zwischen arabischen und jüdischen Schülern sowie über den Mangel an Klassenräumen und Kindergärten in Beduinengebieten. Ähnliche Bedenken äußerte der CESCR 2019 in Bezug auf die Schulabbrecherquote und die Unterschiede im Bildungsniveau sowie den Mangel an Klassenzimmern und Kindergärten in Beduinengebieten.

Auch der Mangel an Klassenzimmern ist ein großes Hindernis für die kostenlose Bildung der Palästinenser in Ostjerusalem. Das Bildungsministerium und die Jerusalemer Bildungsdirektion sind für die Bereitstellung von Bildung für die 127.198 schulpflichtigen palästinensischen Kinder zuständig. Von diesen waren im Mai 2019 nur 108.598 tatsächlich im öffentlichen Bildungssystem angemeldet: 41,1 % in 65 öffentlichen Schulen in Ostjerusalem, der Rest besuchte entweder "anerkannte, aber nicht offizielle" Schulen (43,2 % der Schüler in 105 Schulen) oder in Privatschulen (15,7 % der Schüler in 79 Schulen), vor allem wegen des Mangels an von den israelischen Behörden zur Verfügung gestellten Unterrichtsräumen.

Im Jahr 2019 fehlten an den öffentlichen Schulen in Ostjerusalem 1.983 Klassenräume bei einem Gesamtdefizit von 3.800 Klassenräumen in der gesamten Stadt. Bereits im Februar 2011 erkannte der Oberste Gerichtshof Israels an, dass die Regierung und die städtischen Behörden keine ausreichenden Mittel für palästinensische Schulen in Ostjerusalem bereitstellen, was zu einem akuten und chronischen Mangel an Klassenzimmern führt, und stellte fest, dass dies gegen das verfassungsmäßige Recht auf gleichen Zugang zu Bildung für palästinensische Schüler verstößt. Das Gericht gab dem Bildungsministerium und der Stadtverwaltung von Jerusalem eine Frist von fünf Jahren, um den Mangel an Klassenzimmern in palästinensischen Schulen in Ostjerusalem zu beheben. Bis Mai 2019 waren jedoch seit dem Gerichtsurteil nur 314 neue Klassenzimmer in Ostjerusalem fertiggestellt worden. 2019 stellte der Rechnungshof fest, dass die Stadtverwaltung ihrer Verpflichtung, freien Zugang zu Bildung zu gewähren, nicht nachgekommen sei, weil es an Klassenräumen mangle. Die Stadtverwaltung von Jerusalem gibt an, dass sie beabsichtigt, bis Ende des Jahres 2022 zusätzliche 834 Klassenzimmer zur Verfügung zu stellen. Selbst wenn dies umgesetzt würde, würde dies den Lernbedürfnissen der Schüler nicht gerecht.

Darüber hinaus sind die vorhandenen Klassenzimmer für den Unterricht oft ungeeignet. Im Jahr 2016 waren 43 % der Klassenräume in öffentlichen Schulen in Ostjerusalem überfüllt, und viele befanden sich in gemieteten Häusern. Ir Amim äußerte sich auch besorgt darüber, dass es in vielen Schulen in Ostjerusalem an Freiflächen mangelt und die sanitären Bedingungen nicht den Standards entsprechen, da es an Reinigungspersonal und Sanitärbedarf fehlt.

Parallel zur Unterfinanzierung und eklatanten Vernachlässigung haben die diskriminierenden Praktiken Israels, mit denen Palästinenser in Ostjerusalem gezwungen werden sollen, die Stadt zu verlassen, ebenfalls gravierende Auswirkungen auf ihr Recht auf Bildung. Israel weitet seine Politik der Zerstörung von Häusern und Gebäuden in Ostjerusalem auch auf palästinensische Schulen aus, die ohne Baugenehmigung errichtet wurden, die, wie oben beschrieben, fast unmöglich zu erhalten ist. Nach Angaben der Vereinten Nationen wurde 2019 gegen acht Schulen in Ostjerusalem ein Baustopp oder eine Abrissverfügung verhängt, von dem im Falle der Umsetzung etwa 1.100 Schüler betroffen wären. Darüber hinaus behindern Bewegungseinschränkungen in verschiedenen Teilen Ostjersalems den Zugang zur Bildung für Kinder, die in den durch den Zaun/die Mauer isolierten Gemeinden leben, und setzen sie dem Risiko von Schikanen, Angriffen und/oder Verhaftungen durch israelische Soldaten aus.

Die Kombination aus unzureichenden Unterrichtsbedingungen, Bewegungseinschränkungen und hoher Armut führte dazu, dass über 14 % der palästinensischen Kinder in Ostjerusalem 2019 in keiner Bildungseinrichtung angemeldet waren. 2020 stieg die Zahl der palästinensischen Kinder, die an keiner formalen Bildungseinrichtung angemeldet waren, auf 30 % an, was vor allem auf die durch die Covid-19-Pandemie verursachten Unterbrechungen zurückzuführen ist und die Anfälligkeit des Bildungssystems in Ostjerusalem sowie die Unterschiede zwischen palästinensischen und jüdisch-israelischen Kindern in Bezug auf den Fernunterricht durch die Verfügbarkeit eines Computers und eines Internetanschlusses zu Hause offenbaren. Darüber hinaus besucht etwa ein Drittel der palästinensischen Jugendlichen in Jerusalem keine 12 Jahre die Schule bis zum Schulabschluss, während die Abbrecherquote bei jüdischen israelischen Schülern in der Stadt bei schätzungsweise 1,5 % liegt.

Wie bereits erwähnt, kündigte die israelische Regierung im Mai 2018 an, 1,85 Mrd. NIS in Infrastruktur und Dienstleistungen in Ostjerusalem zu investieren, um die sozio-ökonomischen Bedürfnisse der Bewohner zu erfüllen. Laut Ir Amim sind jedoch 43,4 % des Bildungsbudgets, mit dem die Unterschiede zwischen West- und Ostjerusalem verringert werden sollen, an die Bedingung geknüpft, dass die palästinensischen Schulen den israelischen Lehrplan übernehmen. Diese Strategie wurde vom UN-Sonderberichterstatter für die Menschenrechtslage in den besetzten Gebieten bestätigt, als er seine Besorgnis darüber zum Ausdruck brachte, dass 2019 Israel versucht, die palästinensische Identität und Autonomie weiter zu untergraben, indem es die Schulen in Ostjerusalem im Gegenzug für mehr Investitionen zu einer Änderung des Lehrplans überredet.

Die diskriminierende israelische Stadtplanungspolitik, die darauf abzielt, Zwangsumsiedlungen zu erzwingen, die strengen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und die wiederholten Angriffe des Militärs sind die Hauptgründe für die Hindernisse, mit denen palästinensische Schüler konfrontiert sind, wenn sie im übrigen Westjordanland und im Gazastreifen Zugang zum Bildungswesen haben wollen. Hinzu kommt noch das Versagen der palästinensischen Behörden, dem Bildungswesen Priorität einzuräumen, sowie eine Unterfinanzierungskrise. Das hat zu einem gravierenden Mangel an Bildungseinrichtungen geführt.

2019 wurden über 43 palästinensische Schulen im Gebiet C des Westjordanlandes Abriss- oder "Baustopp"-Anordnungen aufgrund fehlender Genehmigungen verhängt, wovon rund 4.100 Schüler betroffen waren und wodurch die Instandhaltung oder Erweiterung der Schulinfrastruktur behindert wird. Generell entsprechen viele Schulen in Gebiet C nicht den Standards für Sicherheit und Wohlbefinden. Sie sind in gemieteten Häusern oder in Wohnwagen untergebracht und in einigen Fällen aus Reifen gebaut. In vielen fehlt es an sanitären Einrichtungen und Spielplätzen, sie haben Wasserlecks und kaputte Fenster. Darüber hinaus haben palästinensische Kinder in mehr als einem Drittel des Gebiets C keinen Zugang zu Grundschulen. Viele von ihnen müssen weite Strecken zu Fuß zurücklegen und sind dabei Gewalt und Schikanen durch israelische Siedler ausgesetzt sowie Soldaten, die nur selten eingreifen, um deren Übergriffe zu verhindern. Infolgedessen wenden einige Familien "negative Bewältigungsmechanismen" an und nehmen ihre Kinder von der Schule.

Im Jahr 2018 dokumentierten die Vereinten Nationen 118 Vorfälle, in denen israelische Maßnahmen das Recht auf Bildung in den besetzten Gebieten beeinträchtigten, die 23.188 Kinder betrafen und deren Zugang zur Bildung behinderten. Mehr als die Hälfte dieser Vorfälle betraf den Einsatz von scharfer Munition, Tränengas und Betäubungsgranaten in den - oder in der Nähe von - Schulen durch israelische Streitkräfte, während die anderen Vorfälle die Androhung des Abrisses von Schulen, Schließungen, Gewalt durch Siedler und Schikanen an militärischen Kontrollpunkten betrafen.

Seit 2008 hatten vier großangelegte Militäroperationen im Gazastreifen besonders verheerende Auswirkungen auf das Recht auf Bildung der dort lebenden Palästinenser. Während der israelischen Militäroperation im Gazastreifen im Jahr 2014 wurden beispielsweise 615 Bildungseinrichtungen, darunter Kindergärten, Schulen und Hochschulen, beschädigt oder zerstört, wovon nach Angaben des UN-Entwicklungsprogramms 350.000 Schüler betroffen waren. Bis Februar 2017 hatte das UNDP-Programm die Sanierung und den Wiederaufbau von 37 Bildungseinrichtungen abgeschlossen, wovon 88.311 Schüler profitierten. Die Militäroffensive im Mai 2021 verschärfte die Bildungskrise im Gazastreifen noch weiter und führte zu 331 beschädigten Bildungseinrichtungen. Zusammen mit den durch die Covid-19-Pandemie verursachten Unterbrechungen bestand aufgrund der israelischen Übergriffe für etwa 18.089 Kinder im Gazastreifen die Gefahr, die Schule abbrechen zu müssen.

Im Laufe der Jahre haben wiederholte israelische Luftangriffe auf Schulen und Beschränkungen im Rahmen der Politik der "dual-use"-Strategie (siehe Abschnitt 5.5.1 "Unterdrückung der menschlichen Entwicklung der Palästinenser"), die die Einfuhr von Baumaterialien, die für den Wiederaufbau und die Reparatur von Bildungseinrichtungen erforderlich sind, verhindern, zu einem ersten Mangel an Unterrichtsräumen geführt. Das hat dazu geführt, dass die Schulen auf Schichtbasis arbeiten. So arbeiten beispielsweise von den 274 UNRWA-Schulen im gesamten Gazastreifen 84 im Einschichtbetrieb, 177 im Zweischichtenbetrieb und 13 im Dreischichtenbetrieb.

Darüber hinaus haben Tausende von Palästinensern im Gazastreifen seit der Verhängung der israelischen Blockade keinen Zugang zu höherer Bildung außerhalb des Gazastreifens, auch nicht im Westjordanland, was nicht nur gegen ihr Recht auf Bildung verstößt, sondern auch lebenslange Folgen für ihre Fähigkeit haben kann, für sich und ihre Familien zu sorgen. Die Beschränkungen des Zugangs zu Bildung kommen zu den bereits stark eingeschränkten Möglichkeiten hinzu, mit denen Palästinenser ein Einkommen erzielen und Zugang zu Lebensunterhaltungsmöglichkeiten erhalten können. Eine Reihe wichtiger Studiengänge ist im Gazastreifen nach wie vor nicht verfügbar, darunter

Medizintechnik und einige Doktorandenprogramme. Die kombinierte Wirkung solcher Einschränkungen bringt die Palästinenser im Gazastreifen in die Gefahr einer anhaltenden und sich vertiefenden Armut und Entbehrung und unterdrückt ihr menschliches Potenzial.

In seiner Überprüfung von 2019 äußerte der CESCR seine Besorgnis über das seit 2014 verhängte generelle Verbot für Studenten aus dem Gazastreifen, den Gazastreifen zu verlassen, um eine Universität zu besuchen, und kam zu dem Schluss, dass die Politik der "dual-use" Strategie die Chancen der Schüler im Gazastreifen untergräbt, ihr Recht auf Bildung wahrzunehmen, "insbesondere in den Bereichen Wissenschaft und Technik, und die Vorteile des wissenschaftlichen Fortschritts und seiner Anwendungen zu nutzen, da es an grundlegenden Unterrichtsmaterialien und -ausrüstungen mangelt".

Ganz allgemein äußerte sich der CESCR besorgt über die israelischen Beschränkungen des Zugangs der Palästinenser zum Bildungswesen in den OPT, die auf einen Mangel an Schuleinrichtungen in den OPT aufgrund von Abrissverfügungen, Schwierigkeiten bei der Erteilung von Baugenehmigungen und der Einfuhr von Baumaterialien im Rahmen der "dual-use"-Strategie, Durchsuchungen palästinensischer Schulen durch israelische Sicherheitskräfte sowie wiederholte Schikanen und Drohungen gegen Lehrer und Schüler sowohl durch israelische Sicherheitskräfte als auch durch israelische Siedler an Kontrollpunkten oder entlang von Straßen zurückzuführen sind.

5.6 EIN SYSTEM DER UNTERDRÜCKUNG UND BEHERRSCHUNG

Wie in diesem Kapitel gezeigt wurde, hat Israel ein institutionalisiertes Regime systematischer Unterdrückung und Herrschaft über Palästinenser geschaffen und hält es aufrecht. Dieses Regime wird in verschiedenen Bereichen durch verstärkte diskriminierende Gesetze, Politiken und Praktiken durchgesetzt, die in ihrer Gesamtheit praktisch jeden Aspekt des Lebens der Palästinenser kontrollieren und routinemäßig ihre Menschenrechte verletzen. Israels Kontrolle über die Palästinenser innerhalb Israels, Ostjerusalems und des restlichen Westjordanlands sowie des Gazastreifens und über das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge manifestiert sich auf unterschiedliche Weise, verfolgt aber stets denselben Zweck der Beherrschung und Unterdrückung der Palästinenser zugunsten der jüdischen Israelis, sowohl allgemein als auch innerhalb derselben Gebiete, die nach israelischem Zivilrecht unabhängig von ihrem Wohnort privilegiert sind. Die Diskriminierung und Segregation ist offensichtlich systematisch, da sie in Gesetz, Politik und Praxis umgesetzt wird.

Seit seiner Gründung in 1948 hat der Staat Israel ein System geschaffen und hält es weiterhin aufrecht, das einer überwältigenden jüdischen Mehrheit den Zugang zu und den Nutzen aus einem Höchstmaß an Territorium, Land und Ressourcen sichert, die zum Nutzen der jüdischen Israelis erworben oder kontrolliert werden, wohingegen die Rechte der Palästinenser, diese Enteignung anzufechten, eingeschränkt werden. Dieses System wurde überall dort angewandt, wo Israel eine effektive Kontrolle über Territorium und Land oder über die Ausübung der Rechte der Palästinenser ausübt. Es wird in Gesetz, Politik und Praxis umgesetzt und spiegelt sich im Diskurs des Staates seit seiner Gründung und bis heute wider.

Während Gesetze und Politik den Staat Israel als demokratisch definieren, hat dieses Kapitel gezeigt, dass das Regime in Israel und den OPT strukturell so aufgebaut und aufrechterhalten wird, dass jüdische Israelis davon profitieren, wohingegen Palästinenser ihrer Rechte beraubt und daran gehindert werden, das Regime der systematischen Unterdrückung und Herrschaft in Frage zu stellen.

Auch wenn das Völkerrecht für die Situation in Israel und in den OPT unterschiedlich gilt, entschuldigt diese Tatsache nicht die verbotene Diskriminierung von Palästinensern in einem der von Israel kontrollierten Gebiete. Israels Behandlung der Palästinenser innerhalb Israels unterliegt dem internationalen Menschenrecht, nicht aber dem humanitären Völkerrecht. In den OPT ist das

Verhalten Israels sowohl an die Regeln des humanitären Völkerrechts, die für die militärische Besatzung gelten (Besatzungsrecht), als auch an seine Verpflichtungen aus den internationalen Menschenrechtsnormen gebunden. Das Besatzungsrecht erlaubt und erfordert in einigen Fällen eine unterschiedliche Behandlung von Staatsangehörigen der Besatzungsmacht und der Bevölkerung des besetzten Gebietes. Es erlaubt der Besatzungsmacht jedoch nicht, dies zu tun, wenn die Absicht besteht, ein Regime der systematischen Rassenunterdrückung und -beherrschung zu errichten oder aufrechtzuerhalten (siehe Abschnitt 4.7 "Apartheid in Situationen kriegerischer Besetzung"). Angesichts der mehr als fünf Jahrzehnte andauernden Annexion, der illegalen Siedlungen und der Enteignung der besetzten Bevölkerung besteht kein Zweifel daran, dass Israels unterschiedliche Behandlung der Palästinenser in den OPT nicht mit dem Besatzungsrecht vereinbar ist. Vielmehr handelt es sich um eine schwerwiegende und eklatante Verletzung der Verpflichtungen Israels aus den internationalen Menschenrechtsnormen und dem humanitären Völkerrecht.

Dieses Kapitel veranschaulicht, wie der Staat Israel die Palästinenser durch Zersplitterung und Segregation, die Verweigerung des Rechts der Palästinenser auf gleiche Staatsangehörigkeit und gleichen Status, die systematische Verletzung ihrer Rechte auf Bewegungsfreiheit, Familienzusammenführung und Rückkehr in ihr Land und ihre Häuser sowie die Blockierung ihres Eigentums an und ihres Zugangs zu Land systematischer Unterdrückung und Beherrschung aussetzt und ihnen die Menschenrechte verweigert. Um die jüdische Vorherrschaft über Land und Territorium zu sichern, schuf Israel ein System des Landerwerbs und der Landzuteilung, das aus Gesetzen, der Neuinterpretation bestehender britischer und osmanischer Gesetze, staatlichen und halbstaatlichen Landinstitutionen und einer unterstützenden Justiz besteht, die die Enteignung von Land und die diskriminierende Neuzuweisung von Land in allen von Israel kontrollierten Gebieten ermöglicht. Das Ergebnis war die vorsätzliche Verarmung der palästinensischen Bevölkerung sowohl in Israel als auch in den OPT.

Die anhaltende Zwangsvertreibung der Mehrheit der Palästinenser von ihrem Land und ihrem Besitz in den Jahren 1947-49 und anschließend 1967, die Zwangsdeportationen, gewaltsamen Transfers und willkürlichen Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit, die Verweigerung der Staatsangehörigkeit und des Rechts auf Rückkehr; die rassistisch motivierte und diskriminierende Enteignung ihres Landes und ihres Eigentums sowie die anschließende diskriminierende Zuweisung von und der Zugang zu nationalen Ressourcen (einschließlich Land, Wohnraum und Wasser) behindern die Palästinenser bei der Wahrnehmung ihrer Rechte, einschließlich des Zugangs zu Lebensunterhalt, Beschäftigung, Gesundheitsversorgung, Ernährungssicherheit, Wasser und sanitären Einrichtungen, und Bildungschancen. Sie stellen sicher, dass Palästinenser als Einzelpersonen oder Gemeinschaften nicht den gleichen Status genießen können wie jüdische Israelis in Israel, in den OPT und in anderen Situationen, in denen Israel die Kontrolle über die Wahrnehmung der Rechte der Palästinenser ausübt, insbesondere über das Rückkehrrecht.

Die palästinensischen Bürger Israels können zwar an den nationalen Wahlen teilnehmen, in der Praxis ist ihr Recht auf politische Teilhabe jedoch eingeschränkt, und sie werden weiterhin als "innerer Feind" wahrgenommen. Dies ist jedoch nicht die primäre Art und Weise, wie sie der Segregation, Unterdrückung und Herrschaft Israels ausgesetzt waren. Wie in diesem Kapitel gezeigt wurde, wurden die palästinensischen Bürger Israels systematisch ihres Landes, ihres Eigentums und ihrer Rechte beraubt. Die Palästinenser werden durch viele derselben Praktiken benachteiligt, die derzeit gegen die Palästinenser in den besetzten Gebieten angewandt werden, und ihnen wird aufgrund ihres rassistischen und nationalen Status nach israelischem Recht weiterhin weitgehend der Zugang zu öffentlichem Land für die Erschließung und zu natürlichen und finanziellen Ressourcen verwehrt. Dies hat unmittelbar zur Verarmung und Entfremdung der palästinensischen Gemeinschaften und zu ihrem tatsächlichen Ausschluss vom zivilen und politischen Leben geführt. Sie haben keinen wirksamen Rechtsbehelf vor Gericht, um gegen diese Verstöße vorzugehen.

Dieses Regime der systematischen Unterdrückung und Beherrschung ist länger und nachhaltig: Viele der diskriminierenden Gesetze, Politiken und Praktiken in Israel wurden in den Jahren nach der

Gründung des Staates Israel 1948 eingeführt und werden seit 1967 auf die OPT angewandt. Diese Gesetze, Politiken und Praktiken sind eklatant diskriminierend aufgrund der Zugehörigkeit zu rassistischen Gruppen, besonders grausam in ihren Auswirkungen auf das Leben der Palästinenser und werden bewusst als eine Angelegenheit der offiziellen Politik auf Palästinenser in Israel und den OPT sowie auf palästinensische Flüchtlinge, die außerhalb Israels und der OPT leben, angewandt. Fast alle zivilen Verwaltungs- und Militärbehörden Israels sowie quasi-staatliche Einrichtungen sind an der Durchsetzung dieses Regimes der Diskriminierung und Segregation von Palästinensern in ganz Israel und den OPT sowie gegenüber palästinensischen Flüchtlingen und ihren Nachkommen außerhalb Israels und der OPT beteiligt.

Die Absicht, dieses Regime aufrechtzuerhalten, lässt sich aus dem anhaltenden Charakter der grausamen und diskriminierenden Behandlung ableiten, was darauf hindeutet, dass die Unterdrückung und Beherrschung der Palästinenser kein Zufall ist, sowie aus den Erklärungen aufeinanderfolgender israelischer Politiker verschiedener politischer Parteien, die das übergeordnete Ziel der Aufrechterhaltung der Identität Israels als jüdischer Staat und die Tatsache, dass dies die Verhinderung der vollen Gleichberechtigung der Palästinenser erfordert, betont haben. Dieses Regime der Unterdrückung und Beherrschung hat sich in dem in 2018 verabschiedeten Nationalstaatsgesetz deutlich herauskristallisiert, das die Rassendiskriminierung von nicht-jüdischen Menschen in Israel und den OPT verfassungsrechtlich verankert. Das Wesen dieses Systems wurde auch in zahlreichen Äußerungen hochrangiger ziviler und militärischer Beamter deutlich, die das institutionalisierte Regime der systematischen Unterdrückung und Beherrschung der Palästinenser gefördert, aufrechterhalten und durchgesetzt haben, wobei sie sich der grausamen Folgen, die dieses Regime für die palästinensische Bevölkerung hat, voll und ganz bewusst waren und daher die volle Verantwortung dafür tragen.

Die rassistische Diskriminierung und Segregation der Palästinenser ist das Ergebnis einer bewussten Regierungspolitik. Die regelmäßigen Verstöße gegen die Rechte der Palästinenser sind keine zufälligen Wiederholungen von Straftaten, sondern Teil eines institutionalisierten Regimes systematischer Unterdrückung und Beherrschung. Wie oben beschrieben, stellt die Apartheid, wie sie vom ICERD und Völkerrecht verurteilt wird, zumindest die (Schaffung und) Aufrechterhaltung eines Systems oder eines institutionalisierten Regimes der Unterdrückung und Beherrschung durch eine rassistische Gruppe über eine andere dar. Dieses Kapitel hat ein System von Gesetzen, Politiken und Praktiken, die eine anhaltende und grausame diskriminierende Behandlung der Palästinenser mit der Absicht, sie zu kontrollieren, gewährleisten, und zeigt daher, dass Israel das internationale Unrecht der Apartheid gegen das palästinensische Volk begangen hat. Dieses Kapitel hat auch gezeigt, dass Israel im Rahmen dieses Regimes der systematischen Unterdrückung und Beherrschung mit dem Ziel, es aufrechtzuerhalten, schwere Menschenrechtsverletzungen begangen hat. Zu diesen Handlungen gehören Mord und rechtswidrige Tötungen, willkürliche Inhaftierungen, Folter, Zwangsverbringungen (die in diesem Kapitel teilweise dokumentiert wurden) und andere schwere Verstöße gegen die internationalen Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht. Viele dieser Handlungen stellen unmenschliche und inhumane Handlungen dar, die gemäß der Apartheid-Konvention bzw. dem Römischen Statut verboten sind. Diese werden im folgenden Kapitel näher untersucht.

6. UNMENSCHLICHE UND INHUMANE HANDLUNGEN GEGEN PALÄSTINENSER

Bei der Schaffung und Aufrechterhaltung des oben beschriebenen Systems der Unterdrückung und Beherrschung der Palästinenser haben Einzelpersonen im Namen des Staates Israel unmenschliche und inhumane Handlungen begangen, die durch die Apartheid-Konvention bzw. das Römische Statut verboten sind. Eine Bewertung dieser Verstöße ist relevant, um festzustellen, ob das Verbrechen der

Apartheid in Israel und den OPT begangen wurde, da jede dieser schweren Menschenrechtsverletzungen das Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Apartheid darstellen würde, wenn sie im erforderlichen Kontext begangen würde. Die Analyse in diesem Kapitel gibt einen Überblick über einige der schweren Menschenrechtsverletzungen, die im Rahmen des Systems der Unterdrückung und Beherrschung der Palästinenser begangen wurden, um festzustellen, ob sie unmenschliche oder inhumane Handlungen darstellen. Sie hilft auch bei der Feststellung, ob es sich um einen weit verbreiteten oder systematischen Angriff auf die Zivilbevölkerung mit der Absicht handelt, ein System der Unterdrückung und Beherrschung zu schaffen oder aufrechtzuerhalten.

Amnesty International hat insbesondere die unmenschlichen und inhumanen Handlungen der zwangsweisen Verbringung, der administrativen Inhaftierung, der Folter, der rechtswidrigen Tötungen und schweren Verletzungen sowie der Verweigerung grundlegender Rechte und Freiheiten oder der Verfolgung untersucht, die gegen die palästinensische Bevölkerung in Israel und den OPT begangen werden und die mit dem System diskriminierender Gesetze, Politiken und Praktiken, die bereits oben ausführlich erörtert wurden, in Verbindung stehen und diese durchsetzen. Die im Folgenden analysierten Handlungen sind nicht erschöpfend und bedeuten nicht, dass Israel nicht auch für andere unmenschliche oder inhumane Handlungen im Sinne der Apartheid-Konvention bzw. des Römischen Statuts verantwortlich ist.

Diese verbotenen Aktionen wurden analysiert, weil sie die unmenschliche Behandlung der Palästinenser am deutlichsten zeigen und andere Verstöße gegen die Palästinenser in den von Israel kontrollierten Gebieten veranschaulichen.

6.1 ZWANGSWEISE ÜBERFÜHRUNG

6.1.1 EINSCHLÄGIGE STRAFTATEN NACH INTERNATIONALEM RECHT

Artikel 7, Absatz 1 (d) des Römischen Statuts stellt die "Deportation oder zwangsweise Überführung der Bevölkerung" als Verbrechen gegen die Menschlichkeit unter Strafe. Eine zwangsweise Überführung liegt vor, wenn es zu einer Vertreibung innerhalb des Hoheitsgebiets eines Staates kommt, während eine Deportation eine Vertreibung über die Staatsgrenzen hinaus voraussetzt. Das Verbrechen gegen die Menschlichkeit der zwangsweisen Überführung wird im Römischen Statut definiert als die "völkerrechtlich unzulässige Verbringung der betroffenen Personen durch Ausweisung oder andere Zwangsmaßnahmen aus dem Gebiet, in dem sie sich rechtmäßig aufhalten". Die Apartheid-Konvention kriminalisiert "die vorsätzliche Schaffung von Bedingungen, die die volle Entfaltung dieser Gruppe(n) verhindern", z. B. durch Maßnahmen, die es unmöglich machen, in einer bestimmten Gemeinschaft zu bleiben.

Wie im Römischen Statut vorgesehen und von internationalen Ad-hoc-Strafgerichten ausgelegt, beschränkt sich der Begriff "erzwungen" im Zusammenhang mit der zwangsweisen Überführung nicht auf Ausweisungen oder "physische Gewalt". Er umfasst auch "die Androhung von Gewalt oder Zwang, wie etwa durch Angst vor Gewalt, Nötigung, Haftstrafe, psychische Unterdrückung oder Machtmissbrauch gegenüber dieser Person oder einer anderen Person oder durch Ausnutzung eines Zwangsumfelds", oder "andere Faktoren als die Gewalt selbst, die eine Handlung unfreiwillig machen können". Der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) hat auch entschieden, dass die Schaffung widriger Lebensbedingungen, wie das Abstellen von Wasser-, Strom- und Telefondiensten, Schikanen, Verhaftungen und Hausdurchsuchungen, die den Betroffenen das Verbleiben unmöglich machten und sie zum Umziehen zwingen, eine zwangsweise Überführung darstellen.

Ein Schlüsselkriterium für die Bewertung des zwanghaften und willkürlichen Charakters der Überführung ist das Fehlen eines "echten Wunsches fortzugehen" oder einer "echten Wahl zu gehen"

seitens der Personen, die aus dem Gebiet, in dem sie sich rechtmäßig aufhalten, vertrieben wurden. Der ICTY hat präzisiert, dass das Erfordernis der rechtmäßigen Anwesenheit "nur die Situationen ausschließen soll, in denen die Personen Häuser oder Grundstücke unrechtmäßig oder illegal bewohnen, und nicht das Erfordernis des Nachweises eines "Wohnsitzes" als Rechtsnorm". So hat sich die Rechtsprechung des ICTY in erster Linie auf den Zwangscharakter des "rechtswidrigen Transfers" konzentriert, der "entscheidend ist, so dass die Prüfung der *Rechtmäßigkeit* des Aufenthaltsortes, von dem die Personen abgeschoben werden, an Bedeutung verliert".

Darüber hinaus kann die zwangsweise Überführung oder Deportation der Bevölkerung eines besetzten Gebietes innerhalb oder außerhalb des besetzten Gebietes ein Kriegsverbrechen gemäß Artikel 8 Absatz 2 (a) (vii) des Römischen Statuts darstellen. Zwangstransfers sind nach dem humanitären Völkerrecht absolut verboten. Nur "zwingende militärische Gründe" oder der Schutz der vertriebenen Bevölkerung könnten ihre teilweise oder vollständige Verlegung rechtfertigen, die durch die "Befristung der Verlegung" und das Recht der vertriebenen Bevölkerung auf sofortige Rückkehr nach Beendigung der Feindseligkeiten begrenzt werden muss.

6.1.2 DIE ISRAELISCHE POLITIK UND PRAXIS

ABRISS VON HÄUSERN UND EIGENTUM

In ganz Israel und den OPT ist Israels Zerstörung von palästinensischen Häusern, landwirtschaftlichen Flächen und anderem Eigentum eng mit Israels langjähriger Politik der Landaneignung zugunsten der jüdischen Bevölkerung verbunden. Im Negev/Naqab in Israel, in Ostjerusalem und im Gebiet C des Westjordanlandes, die vollständig unter israelischer Kontrolle stehen, setzen die israelischen Behörden Planungs- und Bauregelungen gegenüber der palästinensischen Bevölkerung durch, die zu weit verbreiteten und ähnlichen Mustern der Zerstörung von Häusern und Grundstücken führen, einschließlich Strukturen, die direkt mit dem Lebensunterhalt verbunden sind, mit der Begründung, dass Baugenehmigung fehlen. Diese Politik erzwingt die Umsiedlung von Palästinensern oder setzt viele von ihnen der Gefahr aus, dass ihre Häuser abgerissen werden und sie vertrieben werden. Dadurch werden die Palästinenser in kleinen Enklaven konzentriert und ihre demografische Präsenz und ihr künftiges Wachstum verringert, während die jüdisch-israelische Bevölkerung in diesen Gebieten unverhältnismäßig stark begünstigt wird.

Wie oben analysiert, haben die israelischen Behörden, obwohl sich das von Israel auf die Palästinenser in Israel und Ostjerusalem angewandte Rechtssystem von dem für die Palästinenser im übrigen Westjordanland geltenden System unterscheidet, ein diskriminierendes und weitgehend ähnliches Planungs- und Bauregime gegen die Palästinenser in diesen Gemeinden durchgesetzt, wobei das Muster eine ähnliche Logik und ähnliche Ziele mit leicht unterschiedlichen Mitteln verfolgt (siehe Abschnitt 5.4.4 "Diskriminierendes Planungs- und Flächennutzungssystem"). Die restriktiven und diskriminierenden Planungsgesetze und -politiken in Israel, Ostjerusalem und dem Gebiet C im Westjordanland haben es für Palästinenser extrem schwierig oder praktisch unmöglich gemacht, von den israelischen Behörden eine Baugenehmigung zu erhalten, so dass viele von ihnen keine andere Wahl haben, als ohne Genehmigung zu bauen, wobei sie den Abriss ihrer Häuser und die anschließende Zwangsvertreibung riskieren.

Seit 1948 hat Israel Zehntausende von palästinensischen Häusern und anderen Grundstücken in allen Gebieten unter seiner Gerichtsbarkeit und tatsächlichen Kontrolle zerstört. Dazu gehört auch die Zerstörung von mehr als 500 palästinensischen Dörfern in dem Gebiet, das nach dem Konflikt von 1947 - 1949 zu Israel wurde. Bei den Betroffenen handelt es sich um einige der ärmsten und am stärksten marginalisierten Gemeinschaften sowohl in der israelischen als auch in der palästinensischen Gesellschaft, häufig Flüchtlinge oder Binnenvertriebene, die gezwungen sind, sich auf Familie, Freunde und humanitäre Akteure zu verlassen, um Unterkunft und Lebensunterhalt zu

finden. Auch Häuser und andere Immobilien, die mit Hilfe ausländischer Geber gebaut wurden, sind Ziel von Abrissen.

Abrisse werden auch heute noch durchgeführt, und zwar in der Regel aus drei Hauptgründen: nicht genehmigte Bauvorhaben, angebliche militärische oder sicherheitstechnische Erfordernisse oder als Strafe. Wie oben dargelegt (siehe Abschnitt 5.4.4 "Diskriminierendes Stadtplanungs- und Flächennutzungssystem"), gab es zwischen 2013 und 2018 in der Negev/Naqab, wo die israelischen Behörden sich weigern, 35 Beduinendörfer anzuerkennen, 7.298 Abrisse in den palästinensischen Beduinengemeinden wegen fehlender Genehmigungen, davon waren 6.100 "Selbsterstörungen", bei denen Eigentümer ihre eigenen Häuser oder Gebäude zerstören, gegen die eine Abrissverfügung vorliegt, um die Zahlung hoher Geldstrafen und Abrisskosten an die israelischen Behörden zu vermeiden, und 1.974 betrafen Gebäude, die für Wohnzwecke bestimmt waren, laut dem Negev Coexistence Forum for Civil Equality. Nach Angaben des Ministeriums für öffentliche Sicherheit haben sich die Abrisse von Beduinenhäusern im Negev/Naqab zwischen 2013 und 2017 verdreifacht. Allein im Jahr 2019 wurden 2.241 Gebäude abgerissen, entweder von staatlichen Kräften oder von den Eigentümern, nachdem sie den Abrissbefehl oder eine Warnung erhalten hatten. Dies entspricht einer Zunahme von 146 % im Vergleich zum Vorjahr und einer Zunahme von 221 % im Vergleich zu 2013.

In Ostjerusalem haben die israelischen Behörden vom 1. Januar 2009 bis 5. August 2020 nach Angaben von OCHA 1.360 Gebäude abgerissen und 2.462 Menschen vertrieben, aufgrund fehlender Baugenehmigungen. B'Tselem seinerseits verzeichnete zwischen dem 1. Januar 2004 und 31. Juli 2021 den Abriss von 1.632 Strukturen, darunter 1.136 Wohngebäude und 496 andere Gebäude in Ostjerusalem, wodurch insgesamt 3.659 Palästinenser vertrieben wurden. Derartige Abrisse waren im Gebiet C des Westjordanlandes weiter verbreitet, wo die israelischen Behörden zwischen dem 1. Januar 2009 und 12. August 2020 5.339 Gebäude wegen fehlender Baugenehmigungen zerstörten oder beschlagnahmten, was zur Folge hatte, dass 7.548 Menschen vertrieben wurden.

Im Falle von nicht genehmigten Bauten haben die israelischen Behörden stets behauptet, dass der Abriss palästinensischer Häuser auf Planungserwägungen beruhe und im Einklang mit dem geltenden Recht erfolge. Wenn Palästinenser illegal Häuser bauen (weil sie keine Baugenehmigung erhalten können), werden die Häuser zerstört. Allerdings haben die israelischen Beamten bei der Anwendung von Planungsgesetzen und -strategien im Negev/Naqab in Israel, in Ostjerusalem und im Gebiet C des Westjordanlandes diskriminiert. Dort, wo palästinensische Häuser gebaut werden, setzen die israelischen Behörden Planungsverbote strikt durch, während sie dort, wo die israelischen Behörden jüdische Städte in Israel oder israelische Siedlungen in den OPT errichten, Änderungen an den Plänen zur Förderung der Entwicklung ohne Weiteres zulassen.

So hat die israelische Zivilverwaltung Sanktionen gegen Bauten ohne Genehmigung im Gebiet C des besetzten Westjordanlands in diskriminierender Weise durchgesetzt und Abrissbefehle gegen Tausende von palästinensischen Häusern und anderen Bauten ausgestellt, aber weniger häufig in Bezug auf Bauten, die von israelischen Siedlern ohne Genehmigung errichtet wurden. Zum Beispiel hat die israelische Zivilverwaltung 14.087 Abrissbefehle gegen palästinensische Gebäude in Gebiet C zwischen 1988 und 2014 erlassen und fast 20 % davon ausgeführt. Im gleichen Zeitraum wurden 6.948 Abrissanordnungen gegen Gebäude in israelischen Siedlungen ausgestellt, von denen 12 % ausgeführt wurden.

Zwangsräumungen und Abrisse werden in der Regel von Abrisskolonnen durchgeführt, die von Sicherheitsbeamten begleitet werden. Sie können jederzeit eintreffen, ohne dass die Familien vorher benachrichtigt werden oder die Möglichkeit haben, ihr Hab und Gut zu entfernen. In den letzten Jahren hat die Zahl der "Selbstdemolierungen" stark zugenommen.

Israel führt seine Abrisspolitik von Häusern und Gebäuden aufgrund fehlender Baugenehmigungen im Zusammenhang mit anderen diskriminierenden Gesetzen und Maßnahmen durch, die es gegen Palästinenser einsetzt. Einige dieser Gesetze beziehen sich auf die Planungs- und Bauregelungen,

wie z. B. die Weigerung, diese Gemeinden an das Wasser- und Abwassernetz oder das Stromnetz anzuschließen oder ihnen Schulen oder Gesundheitszentren zur Verfügung zu stellen, wodurch die Palästinenser daran gehindert werden, ihr Recht auf Lebensunterhalt, angemessenen Wohnraum und Aufenthalt sinnvoll wahrzunehmen. Andere politische Maßnahmen dienen der Aufrechterhaltung eines Herrschaftsregimes über die Palästinenser, wie z. B. die strengen israelischen Bewegungsbeschränkungen in den besetzten Gebieten, die Erklärung angrenzender Gebiete zu militärischen Sperrgebieten oder "Schießzonen", die Ausweitung der Siedlungen und das Versäumnis, die palästinensische Bevölkerung vor Angriffen und Einschüchterungen durch israelische Siedler zu schützen. Zusammengenommen schaffen diese Maßnahmen ein Zwangsumfeld mit dem Ziel, die Palästinenser in diesen Gemeinden zum Verlassen ihrer Häuser zu zwingen, um eine jüdische demografische Mehrheit zu gewährleisten und die israelische Kontrolle über diese Gebiete aufrechtzuerhalten sowie die Schaffung und Ausweitung jüdischer Orte und Siedlungen zu ermöglichen, wie oben dargestellt. Viele Palästinenser aus Ostjerusalem und dem Gebiet C im Westjordanland haben ihre Häuser in Gebiete verlassen, die an ihre ursprünglichen Häuser angrenzen oder in Gebiete, die unter der nominellen administrativen Kontrolle der palästinensischen Behörden stehen.

Innerhalb der OPT hat Israel auch andere Maßnahmen ergriffen, die zu systematischen Hauszerstörungen geführt haben. Seit 1967 reißt Israel die Häuser von Familien von Palästinensern, die verdächtigt oder verurteilt werden, Angriffe auf israelische Soldaten oder Zivilisten in den OPT oder in Israel verübt zu haben, als Strafmaßnahme ab, unabhängig davon, ob sie Eigentümer des Grundstücks sind oder nicht. Das israelische Militär behauptet, dass diese Politik aus Sicherheits- und militärischen Gründen durchgeführt wird, um vor weiteren Angriffen abzuschrecken, hat diese Strategie 1998 jedoch eingestellt, da es deren Wirksamkeit nicht beweisen konnte (Israel setzte sie bei der zweiten Intifada 2001 wieder ein) und in 2005 (Israel setzte sie offiziell 2014 wieder ein, verwendete sie aber ausnahmsweise, um in Ostjerusalem ein Haus 2009 abzureißen und zwei weitere zu versiegeln).

Der Oberste Gerichtshof Israels hat die Politik der Hauszerstörungen als Strafmaßnahme 2014 abgesegnet und es dem Militärbefehlshaber überlassen, die Verwaltungspraxis ohne gerichtliche Kontrolle oder Verfahren durchzuführen. Diese Politik hat jedoch zweifellos einen Strafcharakter und stellt eine kollektive Bestrafung dar, die nach internationalem Recht ausdrücklich verboten ist. Nach Angaben von B'Tselem hat Israel zwischen dem 1. Januar 2001 und 21. August 2020 als Strafmaßnahme 1.012 Häuser abgerissen und sieben weitere versiegelt, wodurch 4.548 Menschen obdachlos wurden.

Darüber hinaus hat die israelische Armee im Laufe der Jahre mehrere Militäroperationen in den besetzten palästinensischen Gebieten durchgeführt, die ebenfalls zu umfassenden Hauszerstörungen und der Zwangsvertreibung tausender Palästinenser geführt haben. Bei einigen dieser Angriffe wurden Wohngebäude und Einfamilienhäuser gezielt aus der Luft angegriffen. Im Gazastreifen wurden durch die israelische Militäroperation 2014 etwa 18.000 Wohneinheiten zerstört oder unbewohnbar gemacht und weitere 37.650 Wohneinheiten beschädigt (siehe Abschnitt 5.5.1 "Unterdrückung der menschlichen Entwicklung der Palästinenser"). Mit 485.000 Menschen - oder 28 % der Bevölkerung des Gazastreifens -, die auf dem Höhepunkt der Feindseligkeiten vertrieben wurden, führte die Operation zur größten Binnenvertreibung in den OPT seit 1967 und machte 108.000 Menschen obdachlos, laut den Vereinten Nationen. Im Februar 2019 waren mehr als 12.300 dieser Menschen immer noch vertrieben. Bei seiner Militäroperation im Gazastreifen zwischen dem 10. und 21. Mai 2021 verursachte Israel Zerstörungen oder schwere Schäden an 2.291 Wohn- und Gewerbeeinheiten (siehe Abschnitt 5.5.1 "Unterdrückung der menschlichen Entwicklung der Palästinenser"), und auf dem Höhepunkt der Gewalt wurden 113.000 Bewohner des Gazastreifens innerhalb des Landes vertrieben.

Die Zerstörung von Eigentum in den OPT, die nicht durch militärische Notwendigkeit gerechtfertigt ist, stellt ebenfalls einen Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht dar. Die Zerstörung von Eigentum

durch eine Besatzungsmacht ist verboten, "außer wenn die Zerstörung aufgrund von Militäroperationen absolut notwendig wird" - selbst bei ausreichender Vorwarnung. In der Tat ist die "umfassende Zerstörung und Aneignung von Eigentum, die nicht durch eine militärische Notwendigkeit gerechtfertigt ist und rechtswidrig und mutwillig durchgeführt wird", ein schwerer Verstoß gegen die Vierte Genfer Konvention und ein Kriegsverbrechen.

Die folgenden Fallstudien über den Abriss von Häusern in Umm Al-Hiran im Negev/Naqab, Silwan in Ostjerusalem sowie Khirbet Khumsa und Khan al-Ahmar im Gebiet C im Westjordanland sind sinnbildlich für Israels langjährige Politik gegenüber Palästinensern in Israel und den OPT. Sie veranschaulichen das Zusammenspiel zwischen diskriminierenden Flächennutzungs- und Bebauungsregelungen, einer Politik der Landaneignung, die durch eine unterstützende Justiz ermöglicht wird, und der vorsätzlichen Schaffung eines Zwangsumfelds durch die Verweigerung grundlegender Dienstleistungen einerseits und fortgesetzte Angriffe und Schikanen durch Siedler und Sicherheitskräfte andererseits - alles mit dem Ziel, die palästinensische Präsenz zu minimieren und die jüdische Vorherrschaft und Kontrolle über bestimmte Gebiete von strategischer Bedeutung zu etablieren.

UMM AL-HIRAN

Umm Al-Hiran ist eines der 35 nicht anerkannten Beduinendörfer im Negev/Naqab, das im Nordosten der Region liegt und in dem 350 Palästinenser leben. Diese Beduinenfamilien wurden nach der Gründung des Staates Israel von ihrem ursprünglichen Land im Wadi Zubala im westlichen Negev/Naqab vertrieben. Das ursprüngliche Land des Dorfes war 1940 vom JNF/KKL erworben worden, der einen Teil des Landes dem jüdischen Kibbuz Shuval zuwies, der im Jahr 1946 errichtet worden war. 1952 beschlagnahmte die israelische Armee das Land des Dorfes und befahl den Dorfbewohnern, es zu verlassen. Sie durften nie mehr zurückkehren und wurden noch zweimal vertrieben, bis sie schließlich nach Umm Al-Hiran im Jahr 1956 umgesiedelt wurden.

Die Bewohner von Umm Al-Hiran lebten jahrzehntelang unter katastrophalen sozio-ökonomischen Bedingungen und ohne Grundversorgung, während sie darauf warteten, an ihren ursprünglichen Wohnort zurückzukehren oder die rechtliche Anerkennung ihres derzeitigen Standorts zu erhalten. Jedoch im Jahr 2003 genehmigte der Nationale Rat für Planung und Bau die Gründung der jüdischen Siedlung Hiran anstelle des Dorfes Umm Al-Hiran. Im darauffolgenden Jahr erhielten die Dorfbewohner Räumungs- und Abrissbefehle. 2009 genehmigten die israelischen Behörden Pläne, das Land von Umm Al-Hiran für den Bau einer Stadt "mit Einrichtungen zu nutzen, die der religiösen jüdischen Gemeinschaft dienen sollen", die den Namen Hiran tragen soll. Im Mai 2015 genehmigte der Oberste Gerichtshof Israels den Plan und entschied, dass das Land dem Staat gehört und dieser berechtigt ist, seine Genehmigung für die Bewohner von Umm Al-Hiran, dort zu leben, zurückzuziehen.

Nachdem sie Abriss- und Räumungsbefehle erhalten hatten, leiteten die Bewohner ein Gerichtsverfahren ein, um die Befehle vor einem israelischen Richtergericht aufzuheben. Während des Verfahrens und in ihren Schriftsätzen brachten die Bewohner mehrere Alternativen zur Zerstörung ihres Dorfes und ihrer darauffolgenden Vertreibung vor.

Diese beinhalteten die rechtliche Anerkennung ihres Dorfes an seinem jetzigen Standort anstelle der Konstruktion einer jüdischen Siedlung, die Eingliederung ihres Dorfes in den künftigen Ort Hiran und die Rückkehr zu ihrem ursprünglichen Land. Die verschiedenen Gerichtsverfahren in Bezug auf Umm Al-Hiran und die Räumungsbefehle dauerten 13 Jahre. Während des gesamten Verfahrens lehnten die israelischen Behörden alle Vorschläge ab und hielten an dem juristischen Argument fest, dass das die Beduinen unbefugte in Staatsland eingedrungen seien.

Das Gerichtsverfahren endete am 5. Mai 2015 als der israelische Oberste Gerichtshof die Petition abwies und noch im selben Monat die Räumung des Dorfes anordnete. Die Entscheidung war an die Bedingung geknüpft, dass eine alternative Wohnlösung für die Bewohner gefunden wird. Die israelischen Behörden schlugen die nahegelegene, staatlich geplante Gemeinde Hura, 8 km südwestlich von Umm Al-Hiran, als Alternative vor. Diese Option war jedoch nicht realisierbar, da Hura bereits überfüllt war und unter einem ernsthaften Wohnungsmangel für seine eigenen Bewohner litt.

In der Zwischenzeit begannen die israelischen Behörden 2015 mit dem Bau der neuen jüdischen Ortschaft Hiran. Nach dem Gerichtsurteil vom Mai 2015 pflügten die israelischen Behörden die landwirtschaftlichen Felder von Umm Al-Hiran und zerstörten die Ernten. Im Januar 2016 lehnte das Gericht einen Antrag auf Berufung gegen seine Entscheidung ab.

In einem von Adalah im Jahr 2017 aufgedeckten Dokument aus der Satzung der Hiran-Genossenschaft heißt es, dass das "Aufnahmekomitee" die Aufnahme von Personen in die Stadt erlaubt, "wenn sie die folgenden Kriterien erfüllen: Sie müssen ein jüdisch-israelischer Staatsbürger oder ein ständiger Einwohner Israels, der die Tora und die Gebote nach jüdisch-orthodoxen Werten befolgt" sein.

Am 18. Januar 2017 begannen die Behörden mit der Räumung. Eine große Anzahl israelischer Polizisten mit Bulldozern und anderen Spezialfahrzeugen stürmte noch vor Sonnenaufgang das Dorf Umm Al-Hiran. Sie kesselten das Gebiet ein, blockierten die Ein- und Ausfahrt von Menschen und Fahrzeugen, rissen acht Häuser ab und verhafteten und verletzten Dutzende von Bewohnern. Ein Bewohner, Ya'qub Abu Al-Qia'an, ein 50-jähriger Lehrer, wurde rechtswidrig getötet (siehe Abschnitt 6.3.2 "Israelische Politik und Praktiken").

Nach Angaben des Negev Coexistence Forum for Civil Equality versuchten einige der Bewohner, die nach der Zerstörung ihrer Häuser bereits vertrieben worden waren, Häuser zu bauen und in der Gemeinde Hura zu wohnen.

Der Plan zum Aufbau der jüdischen Gemeinde von Hiran wird vom JNF/KKL und wichtigen NRO, darunter die OR-Bewegung, unterstützt. Laut der Website der OR-Bewegung hofft sie, bis zu 2.400 Familien oder etwa 10.000 Einwohner in Hiran anzusiedeln. Auf der Website heißt es auch, dass Hiran "die Baugenehmigung von allen Institutionen und Behörden erhalten hat und nun mit dem Bau der Siedlung begonnen hat". Weiter heißt es, dass derzeit über 30 Familien in einer nahe gelegenen Stadt leben und darauf warten, nach Hiran zu ziehen, sobald es erbaut ist.



Beduinenfrauen sitzen neben den Ruinen ihrer zerstörten Häuser in dem nicht anerkannten Beduinen Dorf Umm Al-Hiran, in der israelischen Region Negev/Naqab, am 18. Januar 2017 © Active Stills



Eine Gruppe von palästinensischen Beduinen packt ihre Sachen, nachdem israelische Sicherheitskräfte Häuser in dem nicht anerkannten Dorf Umm Al-Hiran im Negev/Naqab-Gebiet Israels abgerissen haben, am 18. Januar 2017 © Mostafa Alkharouf / Anadolu Agency / Getty Bilder

SILWAN

Wie bereits erwähnt, ist Silwan ein sehr dicht besiedelter Teil Ostjerusalems, der im Süden der Altstadt liegt, mit 40.000 bis 45.000 Palästinensern, die auf einer Fläche von nur 5,5 km leben. Seit Jahrzehnten war es im Rahmen der diskriminierenden israelischen Planungs- und Baupolitik in Jerusalem das Ziel von Häuserzerstörungen. Die anderen fünf Stadtteile sind: Wadi al-Rababa, Batn al-Hawa, Wasat al-Balad, Wadi Qadoun und Ein al-Loza. Seit den 1980ern hat es aufgrund seiner strategischen Lage eine intensive Siedleraktivität erlebt.

Die Zunahme der palästinensischen Bevölkerung im Laufe der Jahrzehnte und die Hindernisse, die einer Entwicklung im Wege stehen, schaffen unerträgliche Lebensbedingungen, die einem Zwangsumfeld gleichkommen. Hinzu kommt, dass die israelischen Behörden die palästinensischen Viertel in Ostjerusalem seit jeher vernachlässigen und bewusst keine Investitionen in Infrastrukturen und Dienstleistungen wie Straßen, Gehwege, Wasser- und Abwassersysteme, Schulen und Kultureinrichtungen vornehmen (siehe Abschnitte 5.5.1 "Unterdrückung der menschlichen Entwicklung der Palästinenser" und 5.5.3 "Diskriminierende Bereitstellung von Dienstleistungen").

Seit den 1980ern siedelt Israel seine Bürger in dieser Gegend an. Mehrere hundert Siedler leben in Enklaven in Wadi Hilweh und Batn Al-Hawa innerhalb stark geschützter Siedlungskomplexe. Der Ausbau der Siedlungen in Silwan wird von zwei Siedlerorganisationen - Elad und Ateret Cohanim - geleitet, die von den israelischen Behörden unterstützt, finanziert und geschützt werden. Die Palästinenser erhalten nicht die gleiche Unterstützung. Wie oben dargelegt, arbeiten diese beiden Organisationen daran, palästinensische Familien, die in Ostjerusalem leben, zu vertreiben, um mit Hilfe des "Custodian of Absentee Property" ihre Häuser an jüdische Siedler zu übergeben, und haben zahlreiche Räumungsklagen gegen Palästinenser in diesem Gebiet eingereicht.

Die bewusste Verweigerung der Genehmigung von Bebauungsplänen für Silwan hat es den palästinensischen Bewohnern praktisch unmöglich gemacht, Baugenehmigungen zu erhalten. Im Laufe der Jahre wurden Hunderte von palästinensischen Häusern, die in der Folge ohne Genehmigung gebaut wurden, abgerissen oder enteignet. Nach Angaben von OCHA haben die israelischen Behörden zwischen Januar 2009 und Juli 2021 164 Gebäude im Stadtteil Silwan abgerissen, was zur Zwangsvertreibung von mindestens 260 palästinensischen Bewohnern, darunter 186 Kinder, geführt hat. Mehr als 66 % dieser Abrisse erfolgten in den letzten vier Jahren, wobei 17 Abrisse alleine nur im Jahr 2020 stattfanden.

Heute sind mehr als 2.000 palästinensische Bewohner von Silwan aufgrund von Abrissverfügungen unmittelbar von einer Zwangsumsiedlung bedroht.

Im Stadtteil Wadi Yasul sind 44 Wohnhäuser vom Abriss bedroht, weil die Jerusalemer Stadtverwaltung das gesamte Gebiet als "grüne Zone" ausgewiesen hat, ein Gebiet zur öffentlichen Entwicklung, nicht zur Bebauung. Infolgedessen konnten die 500 Bewohner von Wadi Yasul seit 1977 keine ordnungsgemäße Baugenehmigung erhalten, so dass ihre Häuser vom Abriss bedroht sind.

Jahrelang haben die Anwohner alternative lokale Rahmenpläne vorgelegt, in denen sie die Umzonung des Wadi Yasul in ein Wohngebiet beantragten. Die israelischen Behörden lehnten jedoch mehrere Versionen der Pläne mit der Begründung ab, dass sie nicht mit den Zukunftsplänen der Stadt übereinstimmten, die das Gebiet als "grüne Zone" ausweisen. Am 3. Februar 2020 legte die Gemeinde wegen der ständigen Ablehnung ihrer Pläne beim Bezirksgericht Jerusalem Berufung ein. Eine Anhörung wurde für den 31. Mai 2020 angesetzt. Die Bewohner von Wadi Yasul einigten sich jedoch mit den israelischen Behörden darauf, die endgültige Gerichtsanhörung auf Dezember 2020 zu verschieben, um der Gemeinde die Möglichkeit zu geben, sich mit dem Planungsausschuss des Bezirks Jerusalem zu treffen und eine Einigung über die Pläne zu erzielen. Das Schicksal eines Großteils der Gebäude in Wadi Yasul hing somit vom Ergebnis und der Entscheidung des Bezirksplanungsausschusses über den von der Gemeinde vorgeschlagenen Plan ab.

In der Zwischenzeit, im Juni 2010, hat Elad mit Unterstützung der Regierung Pläne veröffentlicht, das für den Tourismus vorgesehene Gebiet auf Silwan auszuweiten, um ein Gebiet mit der Bezeichnung "King's Garden" zu schaffen. Dies würde den Abriss von 88 palästinensischen Häusern im Viertel Al-Bustan und die Zwangsräumung von mehr als 1.500 Menschen bedeuten. Um dies zu rechtfertigen, erklärte die Jerusalemer Stadtverwaltung der palästinensischen Gemeinschaft im Jahr 2015, dass alle Häuser in Al-Bustan illegal gebaut worden seien. Doch wie in anderen palästinensischen Gebieten in Ostjerusalem (und im Gebiet C im Westjordanland) hatten die Bewohner von Al-Bustan aufgrund der diskriminierenden Planungsvorschriften keine andere Wahl, als ihre Häuser ohne Genehmigung zu bauen oder zu erweitern. In der Zwischenzeit verhängte die Gemeinde Geldstrafen gegen die Hausbesitzer, die bereits in großer Armut lebten. Im Jahr 2017 erhielten 16 der Häuser in Al-Bustan, in denen mindestens 118 Personen leben, Abrissverfügungen, wodurch sie unmittelbar vom Abriss bedroht waren. Die Bewohner von Al-Bustan begannen mit der Ausarbeitung eines alternativen Plans, um die zum Abriss freigegebenen Häuser rückwirkend zu legalisieren. Die israelischen Behörden hatten frühere Pläne der Bewohner von Al-Bustan abgelehnt. Per Gerichtsbeschluss wurde der Abriss der bedrohten 16 Häuser von Juni bis Oktober 2020 gestoppt. Während der Ausarbeitung ihres Alternativplans für das Gebiet sandte die Gemeinde weiterhin Anträge auf Verlängerung. Ende Februar 2021 legte die Jerusalemer Stadtverwaltung Einspruch gegen die Anträge der Gemeinde auf Aussetzung der Abrissverfügungen ein und bat das Stadtgericht, den Abriss zu genehmigen. Am 29. Juni 2021 rissen die israelischen Behörden eine Metzgerei ab, die der Familie Al-Rajabi in Al-Bustan gehörte. Mindestens 13 Palästinenser wurden verletzt, als die Behörden die Demonstranten während des Abrisses auseinander trieben.

Mohammed Al-Rajabi, ein Bewohner von Al-Bustan, dessen Haus am 23. Juni 2020 von den israelischen Behörden abgerissen wurde, beschrieb Amnesty International die verheerenden Auswirkungen des Abrisses auf seine Familie:

„Ich wohnte zwei Monate in dem Haus, bevor es abgerissen wurde. Ich meine, wir hatten es mit einer Pandemie zu tun, die sich ausbreitete, und normalerweise brauchen solche Dinge Zeit, aber bei uns ging es wirklich schnell. Innerhalb weniger Wochen, nachdem ich mit dem Bau meines Hauses begonnen hatte, gab es eine gerichtliche Verfügung zum Abriss meines Hauses. Und da mein Haus mitten in einem dicht besiedelten Gebiet stand und nicht mit einem Bulldozer abgerissen werden konnte, wurde es mit einer Maschinensäge in zwei Hälften geteilt... alles, um es unbewohnbar zu machen.

Ich weiß, dass dies hätte vermieden werden können, wenn ich eine Baugenehmigung erhalten hätte, aber das ist unmöglich. Das hätte nicht vermieden werden können; es ist, als ob es so geplant worden wäre und es keinen Ausweg gibt. Mein Haus würde auf jeden Fall abgerissen werden, egal was ich tue.

Die Gemeinde verlangt von mir, dass ich sie auch für den Abriss bezahle. Sie brauchen 100.000 NIS [32.258 USD], um die Kosten für meinen Abriss zu decken. Sie sagten sogar, die Kosten seien so hoch, weil sie mehr Arbeitskräfte gebraucht hätten, als bei normalen Abrissen mit Maschinen und Bulldozern.

Es ist extrem schwer, damit umzugehen. Es ist vielleicht schwer in Worte zu fassen... und ich spürte, dass es für meine Kinder schwerer war als für uns. Sie haben sich sehr auf unser neues Zuhause gefreut. Ich werde die Fotos von diesem Tag aufbewahren und sie meinen Kindern zeigen, wenn sie erwachsen sind, damit sie nicht vergessen, was mit uns geschehen ist. Ich werde ihnen sagen: "Seht ihr, was für Erinnerungen ich an euch weitergeben muss?" Mein Plan war, dass sie ein warmes Zuhause in der Nähe ihrer Lieben und Familienmitglieder haben sollten. Jetzt gebe ich ihnen die Erinnerungen an die Zerstörung ihres ersten Elternhauses weiter."

Die israelischen Behörden diskriminieren Palästinenser in Silwan auch systematisch bei der Durchsetzung der Baugesetze und versäumen es, dieselben Gesetze oder Abrissanordnungen gegen illegal errichtete Gebäude in israelischen Siedlungen in diesem Gebiet durchzusetzen. Nach Angaben von Bimkom haben die israelischen Behörden es beispielsweise versäumt, das als Beit Yehonatan bekannte siebenstöckige Gebäude zu räumen, das die Siedlergruppe Ateret Cohanim 2002 ohne Genehmigung auf einem 800 m² großen Grundstück in Al-Bustan errichtet hat. 2007 ordnete das Gericht an, das Gebäude zu versiegeln und zu räumen, aber bis heute haben die städtischen Behörden diese Anordnung nicht umgesetzt.

Die Ausdehnung der Siedlungskomplexe in Silwan und die verstärkte Präsenz israelischer Sicherheitskräfte und privater Wachleute zu ihrem Schutz haben zu zunehmenden Spannungen zwischen den Bewohnern geführt, was zur Schaffung eines Zwangsumfelds beiträgt. Dies hat zu vielen gemeldeten Sicherheitsvorfällen in Silwan geführt, an denen Kinder beteiligt waren, die oft beschuldigt werden, Steine auf israelische Siedler und Sicherheitskräfte zu werfen.

Viele Kinder wurden verhaftet. Zum Beispiel erzählte ein 17-jähriger Junge Amnesty International im August 2018, dass er dreimal verhaftet worden sei. "Es gibt kein einziges Kind, das sie auf der Straße sehen, das nicht mindestens einmal in diesem Viertel verhaftet wurde", sagte er.

Verhaftungen führen oft zu anderen Formen des Missbrauchs. Im Laufe der Jahre haben Amnesty International und andere Organisationen dokumentiert, wie israelische Sicherheitskräfte unnötige Gewalt angewendet haben, um palästinensische Kinder in Ostjerusalem und anderswo in den OPT zu verhaften oder festzuhalten.



Palästinensische Anwohner stehen vor den Trümmern eines von den israelischen Behörden zerstörten Geschäfts im Stadtteil Silwan im besetzten Ostjerusalem, am 29. Juni 2021 © Ahmad Gharabli / AFP via Getty Images

Im Gebiet C des Westjordanlandes wurden palästinensische Gemeinden im Jordantal wiederholt für den Abriss vorgesehen. Nach Angaben von B'Tselem hat die israelische Zivilverwaltung zwischen Januar 2006 und September 2017 mindestens 698 palästinensische Wohneinheiten im Jordantal abgerissen. Die abgerissenen Gebäude waren das Zuhause von mindestens 2.948 Palästinensern, darunter mindestens 1.334 Kinder. Davon wurden die Häuser von 783 Palästinensern einschließlich

386 Kindern, mindestens zweimal abgerissen. Von Januar 2012 bis September 2017 hat die Zivilverwaltung zusätzlich mindestens 806 Nicht-Wohneinheiten, einschließlich landwirtschaftlicher Gebäude, abgerissen.

GEBIET C DES WESTJORDANLANDES

Khirbet Humsa

Khirbet Humsa, ein palästinensisches Dorf mit etwa 177 Einwohnern, liegt im nördlichen Jordantal auf Land, das von der palästinensischen Stadt Tubas im Norden des Westjordanlandes gepachtet wurde. Die Einwohner verdienen ihren Lebensunterhalt als Hirten und Bauern. Die israelischen Siedlungen Ro'i, Beka'ot und Hemdat umgeben das Dorf.

Seit 2007 hat Amnesty International die israelischen Übergriffe gegen die Bewohner von Khirbet Humsa dokumentiert, einschließlich mehrerer Zerstörungen und als Mittel der Vertreibung, haben sie ihnen Wasser verweigert. Die Palästinenser, die in Khirbet Humsa und anderen ähnlichen Gemeinden leben, gehören zu den wirtschaftlich am stärksten marginalisierten Menschen in den OPT. Sie sind mit harten Wintern und einer Sommerhitze von über 400 Grad Celsius konfrontiert, und vor kurzem mit der Covid-19-Pandemie, ohne Zugang zu angemessenen Gesundheitseinrichtungen. Die ständige Vertreibung der Bewohner hat verheerende wirtschaftliche und soziale Auswirkungen und belastet die Bewohner auch psychisch. Die Bewohner von Khirbet Humsa befürchten, dass die Bulldozer der Armee jederzeit zurückkehren und ihre Häuser zerstören könnten.

Die israelischen Behörden hindern die palästinensischen Bewohner von Khirbet Humsa daran, sich an das Strom- oder Wassernetz anzuschließen oder neue Brunnen in dem Gebiet zu bohren. Die Gemeinde bezieht ihr Wasser durch Fahrten zur 15 km entfernten Quelle Ain Shibli, wo sie einen Wassertank füllen. Seit 1972 wurde das Land von Khirbet Humsa als "Schießzone" ausgewiesen, in der palästinensische Bauvorhaben verboten sind. Sie wird häufig als Instrument zur Massenvertreibung palästinensischer Beduinen eingesetzt, insbesondere derjenigen, die im Gebiet C leben.

Etwa 12 km nordöstlich von Khirbet Humsa liegt die israelische Siedlung Hemdat, die 1997 gegründet wurde und in der 296 israelische Siedler leben. Im Jahr 1999 führten die israelischen Behörden eine Änderung des Militärbefehls über die "Schießzone 903" ein, indem sie die Grenzen der Zone anpassten, um eine Enklave außerhalb der Zone für die Siedlung Hemdat zu ermöglichen. Durch die Neufestlegung der Grenzen wurden die jüdischen israelischen Siedler begünstigt, so dass sie in der "Schießzone" frei leben können.

Die Analyse dieser Militärzonen zeigt, anstatt einem "militärischen Bedürfnis" zu dienen, dienen sie dem Ziel, die Fähigkeiten der Palästinenser, das Land zu nutzen, drastisch einzuschränken und gleichzeitig so viel Land wie möglich an israelische Siedler zu übertragen. Die Siedlung Hemdat verfügt über große Häuser und ist wie andere Siedlungen an das israelische Wasser- und Stromnetz angeschlossen. In der Siedlung werden Datteln und Blumen geerntet. Die jüdischen Siedler haben einen Pro-Kopf-Wasserverbrauch von 172 Liter pro Tag.

Am 3. November 2020 drangen israelische Streitkräfte in die Hirtengemeinde Khirbet Humsa ein und zerstörten oder konfiszierten 29 Wohn- und Lebensunterhaltsgebäude, wodurch 73 Menschen, darunter auch 41 Kinder, vertrieben wurden. Es handelte sich dabei um die größte Zwangsvertreibung der letzten Jahre. Die israelische Zivilverwaltung setzte die Abrisse mit der Begründung fort, die Wohnhäuser seien illegal in einer "Schießzone" errichtet worden. Das erste beschlagnahmte Zelt war

das Haus von Nitham Abu Kbash, einem Hirten und Vater von drei Kindern. Sein Wohnhaus wurde im Februar 2021 fünf weitere Male beschlagnahmt. Er sagte Amnesty International:

“Ich habe mein ganzes Leben in [Khirbet] Humsa verbracht, aber so etwas habe ich noch nie gesehen. Die Armee versucht auf jede erdenkliche Weise, uns loszuwerden. Gott weiß, warum wir noch hier sind. Noch nie mussten wir das durchmachen, was wir [im November] letzten Jahres durchgemacht haben, als sie alle paar Tage kamen und unsere Häuser abrissen. Ich weiß, dass sie versuchen, Humsa als Beispiel zu benutzen, denn wenn es ihnen gelingt, uns zu vertreiben, kann das ein Modell sein, das sie auch anderswo anwenden können. Ich weiß, dass die Israelis ihre Abrisskampagnen im Winter durchführen, in der härtesten Zeit des Jahres, weil wir dann am verwundbarsten sind. Sie wissen, wie schwer es ist, im Winter im Jordantal zu überleben. Sie hätten wahrscheinlich nie gedacht, dass wir widerstehen - dass wir bleiben würden.”

Zwischen November 2020 und Juli 2021 zerstörten oder beschlagnahmten die israelischen Behörden mindestens 210 Wohn- und Lebensunterhaltsgebäude und vertrieben dabei mindestens 392 Bewohner, darunter auch 227 Kinder. Fünf von sechs dieser Abrisse fanden im Februar 2021 statt. Viele dieser Gebäude wurden den Bewohnern von Khirbet Humsa als Teil einer humanitären Reaktion auf die Gefährdung der Gemeinde durch die Covid-19-Pandemie und die strengen Winterbedingungen im nördlichen Jordantal gespendet. Viele der Bewohner waren wiederholt mit dem Abriss ihrer Häuser und Lebensunterhaltsstrukturen konfrontiert, manchmal nur wenige Tage, nachdem sie diese nach einem früheren Abriss oder einer Beschlagnahmung wieder aufgebaut hatten.


Bei den Abrissarbeiten am 1. Februar teilte COGAT der Gemeinde mit, dass sie an einen Ort in der Nähe des Dorfes Ain Shibli umziehen müsse, wo die beschlagnahmten Gebäude zurückgegeben würden. Nitham Abu Kbash beschrieb die psychologischen Auswirkungen dieser Abrisse auf seine Kinder:

“Das Hauptvirus, dem unsere Gemeinschaft ausgesetzt ist, ist die israelische Armee, nicht Covid-19. Meine Kinder sind immer verängstigt, wir alle sind immer verängstigt. Wenn die Armee kommt und Ihre Kinder verängstigt sind und weinen und draußen im strömenden Regen stehen, dann verspreche ich Ihnen, dass es kein menschliches Wesen auf dieser Erde gibt, das damit umgehen kann. Man kann es nur als Tragödie bezeichnen. Und was sollen wir tun? Wir können nirgendwo hingehen. Selbst als die internationale Gemeinschaft, einschließlich der EU, aus Solidarität nach Humsa kam, kam die Armee und beschlagnahmte unsere Zelte vor den Augen von Diplomaten und EU-Vertretern. Zunächst waren wir froh, dass die EU kam; wir dachten, wir wären in Sicherheit, und dass sie die Zerstörungen stoppen könnten. Aber wir haben uns geirrt; niemand kann uns beschützen.”

Die Vertreibungen in Khirbet Humsa behindern die Gemeinde in ihren Möglichkeiten, ihren Lebensunterhalt angemessen zu bestreiten, da ihre Strukturen für die Viehzucht oft zerstört oder beschlagnahmt werden. Nitham Abu Kbash sagte:

„Wegen der Zerstörungen sind einige meiner Schafe unter den Bedingungen draußen gestorben, als sie das Zelt, in dem sie leben, beschlagnahmt haben. Ein anderes Mal hatten wir kein Wasser für sie, nachdem sie unsere Wassertanks beschlagnahmt hatten. Was haben meine Schafe getan, dass sie es verdient haben zu sterben? Meine Familie lebt von unserer Viehzucht; sie ist unsere einzige Lebensgrundlage. Ich bitte jeden, der ein Gewissen hat, Druck auf die Israelis auszuüben, damit sie eines tun: die Zerstörungen einstellen und uns erlauben, unser Leben zu leben und unsere Tiere zu versorgen. Wir verlangen nicht viel.“




 Bewohner der Gemeinde Khirbet Humsa im Jordantal im besetzten Westjordanland sammeln einige ihrer Habseligkeiten ein, die zuvor von israelischen Streitkräften beschlagnahmt und in der Gegend von Ein Shibli abgeladen wurden, am 8. Juli 2021© Active Stills

Jahalin von Khan Al-Ahmar

Die derzeit im Westjordanland ansässigen Jahalin-Beduinengemeinschaften stammen aus dem Gebiet von Tel Arad im Negev/Naqab. In den 1950er Jahren wurde der Stamm der Jahalin von den israelischen Behörden gewaltsam von ihrem ursprünglichen Land vertrieben. In der Folge zogen sie in das Westjordanland, wo sie ihr traditionelles Hirtenleben fortsetzten und saisonale Wanderwege zwischen Jerusalem und Jericho einrichteten, bis sie sich in und um die östliche Peripherie Jerusalems auf Ländereien niederließen, die sie von palästinensischen Landbesitzern in diesem Gebiet gepachtet hatten (hauptsächlich in Abu Dis, Al-Ezariyeh, Anata, Al-Tur und Al-Issawiyya). Mitte 1951 ließen sie sich bei der UNRWA als palästinensische Flüchtlinge registrieren und sind derzeit der größte Beduinenstamm unter den palästinensischen Flüchtlingen im Westjordanland.

Derzeit leben in und um die östliche Peripherie Jerusalems 18 Beduinengemeinschaften, die dem Stamm der Jahalin angehören, mit insgesamt mehr als 3.000 Menschen, von denen die Hälfte Kinder sind. Diese Gemeinschaften gehören zu der größeren Gruppe von 46 Beduinengemeinschaften im zentralen Westjordanland, für die nach Angaben der UNO ein "hohes Risiko" besteht, von den israelischen Behörden zwangsumgesiedelt zu werden.

Seit 1967 hat das israelische Militär weite Teile des Weidelandes der Jahalin eingeschränkt, indem es sie zu Militärzonen oder Naturschutzgebieten erklärte, Land für den Bau von Siedlungen konfiszierte und den Beduinen verbot, sie zu nutzen. Dadurch wurden die jahreszeitlich bedingten Wanderungen und die traditionelle Lebensweise der Jahalin unmöglich, und sie waren gezwungen, sich in kleinen Lagern am östlichen Stadtrand von Jerusalem und im Süden des Westjordanlandes niederzulassen. Diese Gebiete wurden in der Folge als Gebiet C ausgewiesen, in dem das israelische Militär die volle Kontrolle über alle zivilen Angelegenheiten, einschließlich Planung und Raumordnung, behält.

Im Jahr 1975 enteignete Israel 30.000 Dunam (3.000 Hektar) des Gebiets, in dem die Jahalin lebten, um die Siedlung Ma'ale Adumim zu errichten. Dies ist derzeit die drittgrößte israelische Siedlung im Westjordanland mit fast 40.000 Siedlern. In den darauffolgenden Jahren enteignete Israel noch mehr Land, begann mit dem Bau von Ma'ale Adumim und errichtete die Industriezone Mishor Adumim sowie

die Siedlungen Kfar Adumim, in denen heute mehr als 4.300 israelische Siedler leben, und Kedar, in der sich rund 1.500 Siedler aufhalten.

In den 1990er Jahren erlangte das Gebiet besondere Bedeutung durch den Plan Israels, die Siedlungen zu annektieren und sie mit Jerusalem zu verbinden, der als E1-Plan (eine Abkürzung für East 1) bekannt ist. Der E1-Plan sieht den Ausbau von 4.000 Wohneinheiten, Hotels, einem Industriegebiet und einer großen israelischen Grenzpolizeistation vor, die als Hauptquartier der Grenzpolizei für das Westjordanland dienen soll. Die Polizeistation wurde 2008 offiziell eröffnet, und ein Großteil der Infrastruktur ist bereits vorhanden. Der E1-Plan wurde von den aufeinanderfolgenden israelischen Regierungen aufgrund des internationalen Widerstands, vor allem seitens der Europäischen Union und der US-Regierung, nicht vollständig umgesetzt.

Sollte der Plan umgesetzt werden, würde er die geografische Kontinuität des Westjordanlandes durchschneiden, da der nördliche und der südliche Teil des Westjordanlandes durch eine feste Linie israelischer Siedlungen getrennt würden. Der E1-Plan wird auch die Entwicklung der palästinensischen Stadtteile Al-Tur und Al-Issawiya in Ostjerusalem verhindern.

Im Jahr 2004 wurde mit dem Bau des Zauns/der Mauer in diesem Gebiet begonnen, wodurch die Jahalin-Beduinen von Jerusalem abgeschnitten wurden. Zusammen mit dem Ausbau der Siedlungen schlossen der Zaun/die Mauer die Jahalin in dem Gebiet ein und setzten sie einer weiteren Bedrohung durch Zwangsvertreibung aus. Als die israelische Regierung im Mai 2020 ihre Annexionspläne bekannt gab, erklärte sie, dass sie den Siedlungsblock von Ma'ale Adumim höchstwahrscheinlich an Israel angliedern würde.

Infolge der Errichtung und des Ausbaus von Siedlungen wurden die Jahalin-Beduinen in diesem Gebiet gewaltsam vertrieben und ihre Häuser von den israelischen Behörden in den Jahren 1994, 1997 und 1998 abgerissen.

2011 haben die israelischen Behörden Pläne zur Zwangsumsiedlung aller Gemeinschaften in diesem Gebiet vorgelegt. Diese Pläne sowie der Abriss von Häusern und Zwangsräumungen haben die sozialen und rechtlichen Bedingungen verschlechtert und den Druck auf die Jahalin erhöht, das Gebiet zu verlassen. Bis Ende August 2021 waren die Pläne noch nicht umgesetzt worden.

Da sie keinen Zugang zu Weideland in der Region haben, haben viele der Beduinengemeinschaften ihre traditionelle Lebensweise aufgegeben und sind derzeit auf humanitäre Hilfe angewiesen. Mehr als die Hälfte der Gemeinden ist von Ernährungsunsicherheit betroffen; keine der Gemeinden hat Zugang zum Stromnetz, und nur die Hälfte ist an das Wassernetz angeschlossen.

Im Dorf Khan Al-Ahmar leben etwa 180 Beduinen vom Stamm der Jahalin, mehr als die Hälfte davon sind Kinder. Das Dorf verfügt über mehr als 160 Gebäude, darunter eine Schule, eine Moschee, Küchen, Tierunterkünfte und eine Klinik, die größtenteils aus Wellblech, Holz und Behelfsmaterialien wie Reifen bestehen. Die israelische Siedlung Kfar Adumim ist nur 2 km vom Dorf entfernt.

Seit Jahren versucht Israel, die Bewohner von Khan Al-Ahmar zwangsumzusiedeln, um die Siedlungen in der Region zu erweitern, und hat Abrissverfügungen gegen alle ohne Genehmigung errichteten Gebäude in dem Dorf erlassen. Amnesty International hat die Abrisse von mindestens 25 Häusern in Khan Al-Ahmar wegen fehlender Baugenehmigungen zwischen 2008 und 2018 dokumentiert.

Am 24. Mai 2018 entschied der Oberste Gerichtshof Israels nach einem neunjährigen Rechtsstreit gegen die Abrissverfügungen, dass die gesamte Gemeinde abgerissen und die palästinensischen Bewohner an einen anderen Ort umgesiedelt werden sollten, und stellte fest: "Kein Grund, in die Entscheidung des Verteidigungsministers, die Abrissverfügungen gegen die illegalen Strukturen in Khan Al-Ahmar umzusetzen; einzugreifen". Einige Tage später genehmigte die israelische

Zivilverwaltung den Bau von 92 neuen Häusern in Kfar Adumim. Abu Khames, der Sprecher und Bewohner der Gemeinde, erklärte gegenüber Amnesty International im Juni 2018:

„Wenn es sich um ein israelisches Dorf handelte, wäre das Gerichtsurteil völlig anders ausgefallen... Wenn ein Siedlerhaus in der Nähe gebaut würde, würde die israelische Zivilverwaltung eine ganze Straße für dieses Haus öffnen und es mit Strom und Wasser versorgen, aber wir haben jahrelang darum gekämpft, dass uns diese grundlegenden Dienstleistungen zur Verfügung gestellt werden, und stattdessen bekommen wir nichts anderes als ein Urteil des Obersten Gerichtshofs, das uns von unserem Land vertreiben würde.“

Am 4. Juli 2018 versuchte die israelische Armee, die Bewohner von Khan Al-Ahmar gewaltsam zu vertreiben und griff sie und Solidaritätsaktivisten gewaltsam an. Dies löste weitere rechtliche Schritte der Gemeinde aus, in der Hoffnung, ihr Dorf durch eine Petition an den Obersten Gerichtshof zu schützen. Am 5. September 2018 bestätigte das Gericht seine Entscheidung und wies die Petition der Gemeinde ab. Die Entscheidung, eine ganze Gemeinde in den OPT abzureißen, hat international breite Verurteilung hervorgerufen, unter anderem durch den Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs. Offenbar aufgrund dieses Drucks sahen die Behörden von der Durchführung der Abrisse ab.

Dies wiederum führte zu einer Petition der israelischen Siedlerorganisation Regavim an den Obersten Gerichtshof, die darauf drängte, dass die Abrissverfügungen umgesetzt werden.

Am 29. November 2020 entschied der Oberste Gerichtshof über diese Petition und erklärte, dass die Abrissverfügungen am 15. Juli 2021 umgesetzt würden, wenn die Bewohner von Khan Al-Ahmar keine Einigung mit der israelischen Militär- und Zivilverwaltung erzielen würden. Im Anschluss an das Urteil baten die israelischen Behörden das Gericht um mehr Zeit für die Ausarbeitung von Plänen für die Umsetzung der Abrissverfügung und beriefen sich dabei auf Covid-19 und Erwägungen im Zusammenhang mit der "diplomatischen Sicherheitslage". Daraufhin reichte Regavim eine zweite Petition beim Obersten Gerichtshof ein. Als das Gericht am 6. März 2022 eine Anhörung dazu anberaumte, kritisierte es den Staat für seine "Untätigkeit und Zögerlichkeit" in Bezug auf die Abrissarbeiten.

ZWANGSTRANSFERS UND DEPORTATION IN OPT

Wie in Kapitel 5 Ostjerusalem dargelegt, ist der Entzug des dauerhaften Aufenthaltsstatus von Tausenden von Palästinensern eine zentrale und weit verbreitete israelische Politik, die zu einer Zwangsumsiedlung von Palästinensern "ohne völkerrechtlich zulässigen Grund" führt. Zwischen 1967 und 2019 hat Israel nach Angaben des israelischen Innenministeriums 14.683 Palästinensern in Ostjerusalem den Aufenthaltsstatus entzogen, was einer Zwangsvertreibung aus Jerusalem gleichkommt, es sei denn, sie blieben dort, was ein Verstoß gegen das israelische Recht wäre..

Diese Politik wird von Israel praktiziert, um eine jüdische Mehrheit in Jerusalem zu gewährleisten, wie aus offiziellen Planungsdokumenten der Jerusalemer Stadtverwaltung und Äußerungen einer Reihe hoher israelischer Beamter hervorgeht.

Nach Angaben von B'Tselem deportierte Israel zwischen 1967 und 1992 außerdem 1.522 Palästinenser aus den OPT als Strafmaßnahme, die sich häufig gegen Gegner von Israels Besatzung und seiner Politik richtete. Israel stellte die Deportation von Palästinensern nach 1992 ein, mit Ausnahme des Jahres 2002, als es 13 Palästinenser aus den OPT deportierte.

SALAH HAMMOURI

Salah Hammouri ist ein französisch-palästinensischer Anwalt, der im Kufr Aqab-Viertel in Ostjerusalem lebt. Er besitzt eine Aufenthaltsgenehmigung für Jerusalem und arbeitet als Feldforscher für Addameer, eine NRO für Rechtshilfe und Gefangenenrechte, die im Oktober 2021 mit fünf anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen als "Terroristen-Organisation" deklariert wurde. UN-Menschenrechtsexperten verurteilten diese Einstufung als Missbrauch der Anti-Terrorismusbekämpfung und "Frontalangriff gegen die palästinensische Menschenrechtsbewegung und gegen Menschenrechte überall". Die israelischen Behörden haben ihn hartnäckig schikaniert und gegen sein Recht auf Bewegungsfreiheit und Familie, sein Aufenthaltsrecht und sein Recht, in seiner Geburtsstadt zu leben, missachtet. Ihm droht die zwangsweise Abschiebung, da die israelischen Behörden Maßnahmen ergriffen haben, um seinen Aufenthaltsstatus zu widerrufen.

Seit der zweiten Intifada im Jahr 2000 haben die israelischen Behörden Salah Hammouri mehrfach inhaftiert, u.a. war er zweimal in Administrativhaft – 2004 für fünf Monate und 2017 für 13 Monate.

Im Jahr 2005 wurde er zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt, nachdem er für die Planung eines Angriffs auf den ehemaligen sephardischen Oberrabbiner Israels, Ovadia Yosef, verurteilt worden war. Kurz vor der Freilassung drückte der damalige französische Außenminister sein Bedauern aus, dass die israelischen Behörden sich weigerten, Salah Hammouris Haftzeit trotz Mangel an stichhaltigen Beweisen zu verkürzen. Drei Monate vor Ende seiner Haftzeit, im Dezember 2011, wurde er schließlich im Rahmen eines Gefangenen austauschs entlassen. Nach seiner Verhaftung wurde Salah Hammouri ein (vom französischen Konsulat ausgehandeltes) Angebot unterbreitet, nämlich: für 10 Jahre nach Frankreich deportiert zu werden, was er jedoch aus Angst vor einem längeren Exil ablehnte.

Im September 2014 verhängte Israel ein sechsmonatiges Reiseverbot gegen Salah Hammouri, das ihn daran hinderte, in das Westjordanland einzureisen und sein Studium der Rechtswissenschaften an der Al-Quds-Universität bei Abu Dis im Westjordanland fortzusetzen. Das Verbot wurde zweimal für insgesamt 18 Monate verlängert. Erst nach der Aufhebung des Verbots konnte er wieder die Universität besuchen. Während dieser 18 Monate konnte er auch nicht zu seinem Arbeitsplatz bei Addameer in Ramallah im Westjordanland gehen.

Am 3. September 2020 teilte das israelische Innenministerium Salah Hammouri mit, dass es beabsichtige, seinen ständigen Aufenthaltsstatus wegen "Verletzung der Treuepflicht" gegenüber dem Staat Israel aufzuheben.

Ihm wurde eine Frist von 30 Tagen eingeräumt, um diese Entscheidung anzufechten, indem er dem israelischen Innenminister eine schriftliche Antwort übermittelte, die später vor einer endgültigen Entscheidung geprüft werden sollte. Salah Hammouri sagte:

"Der "Bruch der Loyalität gegenüber dem Staat Israel" wird sich auf meine Arbeit auswirken. Wir [Addameer] stehen bereits unter ständiger Beobachtung durch die israelischen Behörden aufgrund unserer Arbeit im Bereich der Menschenrechte, aber mit dieser Anschuldigung werden wir noch mehr unter Beobachtung bei allem, was wir tun, gestellt: Jeder Besuch, den ich mache, um palästinensische Gefangene zu treffen, jede Konferenz, an der ich teilnehme, und jedes Briefing, an dem ich teilnehme... Der Umfang ihrer Anschuldigungen ist so weit gefasst, dass sie buchstäblich alles umfassen und meine Arbeit - und die aller anderen, die eine solche Arbeit ausüben - bei der Verteidigung der Gefangenen und der Rechte der Palästinenser behindern könnten... Wenn Sie mich fragen, was meine schlimmste Befürchtung bei all dem ist, ist, dass ich mein Land gewaltsam verlassen muss, ohne Hoffnung, zurückkehren zu können. Kurz gesagt, ich will nicht gehen, und ich weigere mich, dazu gezwungen zu werden."

Am 29. Juni 2021 verkündete die israelische Innenministerin Ayelet Shaked, sie akzeptiere die Empfehlungen, Salah Hammouri die Daueraufenthaltsgenehmigung wegen "Treuebruchs" zu entziehen, und bekräftigte ihre Absicht, das Verfahren zu genehmigen. Der israelische Generalstaatsanwalt Avichai Mendelblit und Justizminister Gideon Sa'ar müssen dem Entzug noch zustimmen.

Die israelischen Behörden haben auch seiner Frau Elsa Lefort, einer französischen Staatsangehörigen, seit 5. Januar 2016 die Einreise nach Israel und in die OPT aufgrund von Sicherheitsbedenken untersagt und die Familie gezwungen, getrennt zu leben. Sie können sich nur sehen, wenn Salah Hammouri sie alle paar Monate in Frankreich besucht. Die Anträge des Paares auf Familienzusammenführung beim israelischen Innenministerium, um der Familie ein Zusammenleben in den OPT zu ermöglichen, wurden alle aus Sicherheitsgründen abgelehnt, da Salah Hammouri im Rahmen eines Gefangenen austauschs freigelassen wurde. Der letzte Antrag auf Familienzusammenführung wurde am 20. April 2021 gestellt. Salah Hammouri erklärte gegenüber Amnesty International:

“Was die Auswirkungen auf mich persönlich betreffen, so werde ich nicht sagen, dass wir uns daran gewöhnt haben, aber es ist ein weiteres Hindernis in unserem Alltag, mit dem ich zurechtkommen muss - die Trennung von meiner Familie, diese ständige und nicht enden wollende Ungewissheit und das ständige Unbehagen. Das hat sich auf das Verhältnis zu meinem Sohn ausgewirkt, da ich hier bin und er in Frankreich bei seiner Mutter lebt und wir uns nur alle paar Monate und über Videoanrufe sehen. Und meine Frau ist derzeit schwanger, und wir erwarten ein Neugeborenes, und so sehr wir uns auch freuen, so machen wir uns auch große Sorgen. Stellen Sie sich vor, meine Frau entbindet in Frankreich und ich bin bei ihr, dann darf ich nicht mehr ins Land zurück. Ich habe hier Familie, Freunde, meine Arbeit und mein Leben.”



Salah Hammouri - © Addameer

Im Westjordanland, mit Ausnahme von Ostjerusalem, und im Gazastreifen hat Israel seit 1967 eine weitere systematische und weit verbreitete Politik betrieben: Den Zwangstransfers palästinensischer Gefangener, einschließlich Kindern, in Gefängnisse innerhalb Israels. Israel hat auch Gefangene aus dem Rest der OPT in den Gazastreifen verlegt, entweder als Bedingung für die Freilassung oder als Strafmaßnahme, was ebenfalls einem Zwangstransfer gleichkommt.

Wie oben dargelegt (siehe Abschnitt 5.3.4 "Einsatz von Militärgewalt"), haben israelische Sicherheitskräfte nach einer Schätzung von Addameer seit 1967 mehr als 800.000 Palästinenser im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalems, sowie im Gazastreifen verhaftet. Mit einer Ausnahme befinden sich alle 17 Gefängnisse, in denen Palästinenser aus dem Westjordanland inhaftiert sind, innerhalb Israels, was einen Verstoß gegen Artikel 76 der Vierten Genfer Konvention darstellt, der besagt, dass geschützte Personen, die einer Straftat beschuldigt werden, im besetzten Gebiet inhaftiert werden sollten. Diese seit langem praktizierte Politik ist nicht nur rechtswidrig, sondern auch grausam und hat verheerende Folgen für das Recht der Inhaftierten auf Familienbesuche und untergräbt zudem ihr Recht auf Bildung. Obwohl die israelischen Strafvollzugsvorschriften allen Gefangenen alle zwei Wochen Familienbesuche gestatten, kommen Palästinenser aus den besetzten Gebieten viel seltener zu Besuch, da sie eine Einreisegenehmigung für Israel beantragen müssen, die ihnen oft aus nicht näher genannten "Sicherheitsgründen" verweigert wird.

6.1.3 MUSTER UNMENSCHLICHER ODER INHUMANER HANDLUNGEN

In ganz Israel und in den OPT haben die israelischen Behörden eine Reihe miteinander verbundener diskriminierender Maßnahmen und Praktiken angewandt, die direkt zur Vertreibung und Enteignung palästinensischer Gemeinschaften geführt haben. Sie haben unerträgliche Lebensbedingungen für Palästinenser geschaffen, die ihre Vertreibung erzwungen oder sie einem hohen Risiko der Zwangsvertreibung ausgesetzt haben, was einer staatlich sanktionierten Politik der Zwangsumsiedlung gleichkommt. Diese Politik wurde in großem Maße und systematisch ausgeübt und war mit Gewalttaten verbunden. Amnesty International und andere lokale und internationale Menschenrechtsorganisationen sowie die Vereinten Nationen haben das seit Jahrzehnten ausführlich dokumentiert.

Der Prozess der Zwangsumsiedlung ist das Ergebnis einer organisierten Regierungspolitik, wie aus Gesetzen, offiziellen Planungsdokumenten und Äußerungen hochrangiger Beamter hervorgeht, die in einigen Fällen erklärt haben, dass diese Politik verfolgt wird, um den demografischen Charakter dieser Orte zu verändern und eine jüdische Mehrheit zu gewährleisten. Israel verweigert auch weiterhin palästinensischen Flüchtlingen, die 1948 und 1967 vertrieben wurden, das Recht, in ihre Häuser und ihr Eigentum zurückzukehren, oder das Recht auf einen Wohnsitz oder die Staatsbürgerschaft in Israel oder den OPT.

Die Beschränkungen für Palästinenser stellen aufgrund von Diskriminierung einen Verstoß gegen das Recht auf Bewegungsfreiheit dar. Außer der gravierenden Beraubung der Bewegungsfreiheit haben diese Beschränkungen zur Beraubung einer Reihe anderer Rechte geführt, die ebenfalls im Völkerrecht verankert sind, was das große Ausmaß dieses Verbrechens gegen Palästinenser in Israel und den OPT unterstreicht.

Israels diskriminierende staatliche Politik, seine Vorschriften und Verhaltensweisen gegenüber den Palästinensern beinhalten sowohl das Verbrechen der Deportation oder der gewaltsamen Überführung gegen die Menschlichkeit, was gegen die Grundprinzipien des Völkerrechts gemäß dem Römischen Statut verstößt, als auch die Verweigerung der Bewegungsfreiheit für Mitglieder einer rassischen Gruppe, wie sie in der Apartheid-Konvention verboten ist. Innerhalb der OPT stellen rechtswidrige Deportations- oder Transfermaßnahmen, die weder aus militärischer Notwendigkeit noch zum Schutz der Bevölkerung des besetzten Gebietes durchgeführt werden, ebenso Kriegsverbrechen im Sinne des Römischen Statuts dar.

6.2 ADMINISTRATIONSCHAFT UND FOLTER

6.2.1 EINSCHLÄGIGE VERBRECHEN NACH INTERNATIONALEM RECHT

Artikel 7 (1) (e) des Römischen Statuts stellt "Freiheitsentzug oder andere schwerwiegende Beraubung der körperlichen Freiheit unter Verstoß gegen die Grundregeln des Völkerrechts" als Verbrechen gegen die Menschlichkeit unter Strafe. In ähnlicher Weise stellt die Apartheid-Konvention sowohl die "willkürliche Verhaftung als auch die rechtswidrige Inhaftierung von Angehörigen einer rassischen Gruppe" unter Strafe.

Das Verbot von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe ist absolut und nicht abdingbar, auch nicht während eines erklärten Ausnahmezustands oder bewaffneten Konflikts. Sowohl die Apartheid-Konvention als auch das Römische Statut spiegeln dieses absolute Verbot von Folter und anderen Misshandlungen wider und stellen fest, dass "Folter" dem Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Apartheid gleichkommt, wenn sie "im Rahmen eines institutionalisierten Regimes der systematischen Unterdrückung und Beherrschung einer anderen rassischen Gruppe oder anderer rassischer Gruppen durch eine rassische Gruppe mit der Absicht begangen wird, dieses Regime aufrechtzuerhalten". Artikel 2 (a)(ii) der Apartheid-Konvention stellt diese Straftat unter Strafe:

... den Mitgliedern einer oder mehrerer rassischer Gruppen schwere körperliche oder seelische Schäden zuzufügen, indem ihre Freiheit oder Würde verletzt oder sie der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.

Nach Artikel 7 (1) (f) des Römischen Statuts wird Folter als Verbrechen gegen die Menschlichkeit definiert. Folter und andere Misshandlungen, die in besetzten Gebieten begangen werden, verstoßen gegen das humanitäre Völkerrecht und werden nach Artikel 8 (2) (a) (ii) des Römischen Statuts als Kriegsverbrechen definiert.

6.2.2 ISRAELISCHE POLITIK UND PRAXIS

ADMINISTRATIVHAFT

Seit der Besetzung des Westjordanlands und des Gazastreifens von 1967 haben die israelischen Behörden in großem Ausmaß von der Administrativhaft Gebrauch gemacht, um Tausende von Palästinensern, darunter auch Kinder, ohne Anklage oder Gerichtsverfahren im Rahmen erneuerbarer Haftbefehle zu inhaftieren.

Genaue Angaben über die Zahl der seit 1967 gegen Palästinenser verhängten Administrativhaft-Anordnungen liegen nicht vor, da die israelischen Behörden sie den NRO oder der breiten Öffentlichkeit nicht immer zur Verfügung stellen. Die Überwachung durch israelische und palästinensische Menschenrechtsorganisationen zeigt, dass die Zahl der Inhaftierungen im Laufe der Jahre schwankte und in Zeiten erhöhter Spannungen in den OPT anstieg. Zwischen dem Beginn der ersten Intifada im Dezember 1987 und Juni 1989 hielt Israel mehr als 5.000 Palästinenser, einige davon wiederholt, in Administrativhaft. Etwa zwei Monate nach Ausbruch der zweiten Intifada, am 13. Dezember 2000, gab es nur 12 Administrativhaft-Häftlinge. Die Zahl stieg nach einer großen Militäroffensive im Westjordanland mit dem Codenamen "Operation Defensive Shield" drastisch an und lag im Dezember 2002 bei 960 Häftlingen in Administrativhaft und im April 2003 bei 1.119. Die Anzahl blieb bis Ende des Jahres hoch (zwischen etwa 600 und 850 jederzeit) bis zum Ende von

2009, als sie unter 300 fiel, bevor sie 2014 wieder anstieg. Laut Informationen des israelischen Gefangenendienstes an B'Tselem, wurden Ende Mai 2020 352 Palästinenser in Administrativhaft gehalten, darunter auch 2 Kinder, alle aus dem besetzten Westjordanland.

Die Daten, die B'Tselem zur Verfügung gestellt wurden, zeigen auch, dass während die überwiegende Mehrheit der zwischen Januar 2011 und Juli 2020 inhaftierten Verwaltungshäftlinge Haftbefehle mit einer Dauer von bis zu einem Jahr erhielt, viele andere bis zu zwei Jahre und eine Minderheit länger inhaftiert waren. Zum Beispiel waren von 548 palästinensischen Administrativhaft-Häftlingen, die am 21. Januar 2009 inhaftiert wurden, 330 bis zu einem Jahr inhaftiert, 176 zwischen einem und zwei Jahren und 39 zwischen zwei und dreieinhalb Jahren inhaftiert. Ein Gefangener war vier bis viereinhalb Jahre in Administrativhaft, zwei weitere mehr als viereinhalb Jahre.

Bei der Administrativhaft handelt es sich um eine Form der Inhaftierung, bei der Personen von staatlichen Behörden festgehalten werden, ohne dass die Absicht besteht, sie in einem Strafverfahren zu verurteilen, und die auf geheimen Sicherheitsgründen beruht, die der Angeklagte und sein Anwalt nicht überprüfen können. Die Administrativhaft dient dazu, den Rechtsschutz und den ordnungsgemäßen Prozess zu umgehen, der allen Personen, denen die Freiheit entzogen wird, nach internationalem Recht garantiert wird. Zwar ist die Administrativhaft nach internationalem Recht nicht gänzlich verboten, so ist sie jedoch nur in Ausnahmefällen und unter strengen Schutzklauseln zulässig. Israels systematischer Einsatz der Administrativhaft gegen Palästinenser deutet jedoch darauf hin, dass diese zur Verfolgung von Palästinensern und nicht als außergewöhnliche und selektiv verwendete Präventivmaßnahme eingesetzt wird. Dies wird deutlich, wenn man bedenkt, dass Israel Palästinenser als "Sicherheitsgefangene" bezeichnet, und die Praxis und die Beweise haben gezeigt, dass dies ein Vorwand ist, um Menschen zu verfolgen und ihrer Grundrechte und -freiheiten zu berauben, weil sie Israels Besetzung und dessen Politik in Frage stellen.

Gemäß der Militärverordnung 1651 können israelische Militärbefehlshaber nach eigenem Ermessen einzelne Palästinenser vorübergehend bis zu sechs Monate in Administrativhaft nehmen, wenn es "vernünftige Gründe" für die Annahme gibt, dass eine Person eine Gefahr für die "Sicherheit des Gebiets" oder die "öffentliche Sicherheit" darstellt. Der Militärbefehlshaber kann die Administrativhaft auf unbestimmte Zeit verlängern. Nach der Militärverordnung 1651 muss ein palästinensischer Verwaltungshäftling innerhalb von acht Tagen nach Ausstellung oder Verlängerung des Haftbefehls einem Militärrichter vorgeführt oder freigelassen werden.

Obwohl Verwaltungshäftlinge das Recht haben, gegen jeden Haftbefehl Einspruch zu erheben, und Anspruch auf einen Rechtsbeistand ihrer Wahl haben, sind weder der Anwalt noch die Häftlinge über die Einzelheiten der Beweise, die gegen sie vorliegen, informiert. Ein Militärrichter kann den Befehl aufrechterhalten, verkürzen oder aufheben. Wird der Befehl aufrechterhalten, können palästinensische Gefangene die Entscheidungen der Militärrichter anfechten, indem sie sich an den Obersten Gerichtshof Israels wenden.

Der Oberste Gerichtshof hat Verfügungen erlassen, in denen er die Bedeutung der gerichtlichen Überprüfung betont und erklärt, dass die Administrativhaft nur als Präventivmaßnahme gegen eine Person eingesetzt werden darf, die ein Sicherheitsrisiko darstellt, gegen das es keine anderen Mittel gibt. Er hat jedoch keine klaren inhaltlichen Standards für die Überprüfung der Administrativhaft festgelegt, sondern nur selten geprüft, ob die Entscheidungen der Militärrichter mit seinen eigenen Urteilen übereinstimmen, und gezögert, in bestimmten Fällen einzugreifen oder die privilegierten nachrichtendienstlichen Informationen zu hinterfragen, auf denen die Haftbefehle basieren.

Seit 2005 hat Israel das Gesetz über die Internierung rechtswidriger Kämpfer (Internment of Unlawful Combatants Law of) von 2002 angewandt, um Palästinenser aus dem Gazastreifen in Administrativhaft zu nehmen. Obwohl die gerichtliche Überprüfung vor einem Zivilgericht und nicht vor einem Militärgericht stattfindet, sind die Verfahrensklauseln nach diesem Gesetz schwächer als die der Militärverordnung 1651. Der Inhaftierte muss ab Datum des Haftbefehls innerhalb von 14 Tagen

einem Bezirksrichter vorgeführt werden. Der Richter kann den Befehl nur aufheben, wenn er feststellt, dass die (sehr dehnbaren) Voraussetzungen für den Haftbefehl nicht erfüllt sind. Da der Befehl unbefristet ist, kann der Richter ihn nicht verkürzen. Der Richter kann den Befehl nur aufheben, wenn er urteilt, dass die Freilassung des Häftlings die Sicherheit des Staates nicht gefährdet (entgegen der Rechtsvermutung) oder besondere (nicht näher bezeichnete) Gründe für die Freilassung vorliegen. Gegen Entscheidungen des Bezirksgerichts kann beim Obersten Gerichtshof Berufung eingelegt werden, jedoch werden solche Fälle von einem einzigen Richter des Obersten Gerichtshofs verhandelt, der den Fall nach denselben Richtlinien wie das Bezirksgericht prüft. Im Jahr 2008 erklärte der Oberste Gerichtshof das Gesetz für verfassungswidrig.

Nach Angaben von B'Tselem und HaMoked hielt Israel 39 Palästinenser aus dem Gazastreifen auf der Grundlage dieses Gesetzes 2009 inhaftiert und entließ die meisten von ihnen später im selben Jahr wieder. Es gibt keine eindeutigen Informationen darüber, wie viele Palästinenser aus dem Gazastreifen seither unter diesem Gesetz festgehalten wurden, aber B'Tselem fand heraus, dass ein Palästinenser aus dem Gazastreifen von August 2014 bis April 2018 unter dem Internierungsgesetz für ungesetzliche Kämpfer in Administrativhaft festgehalten wurde.

Israel rechtfertigt den Einsatz von Administrativhaft als notwendige Präventivmaßnahme, die "als Ausnahme" eingesetzt wird, wenn Beweise gegen eine Person, die "an illegalen Handlungen, die die Sicherheit des Gebiets und das Leben der Zivilbevölkerung gefährden, beteiligt ist", "aus Gründen der Vertraulichkeit und des Schutzes nachrichtendienstlicher Quellen" nicht in einem normalen Strafverfahren vorgelegt werden können. Beweise von Amnesty International und anderen Menschenrechtsgruppen weisen jedoch im Laufe der Jahrzehnte auf eine vorsätzliche israelische Politik hin, die darauf abzielt, Personen, einschließlich Gefangene aus Gewissensgründen, nur wegen der gewaltlosen Ausübung ihres Rechts auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit zu inhaftieren und sie für ihre Ansichten zu bestrafen, die die Besatzungspolitik in Frage stellen.

Israels Absicht, gegen Gegner der Besatzung vorzugehen, wird auch durch seine Politik deutlich, Administrativhaft-Häftlinge freizulassen, wenn sie sich bereit erklären, die besetzten Gebiete zu verlassen und für eine bestimmte Zeit ins Exil zu gehen, was gegen internationales Recht verstößt, das die gewaltsame Verbringung oder Deportation der Bevölkerung eines besetzten Gebiets verbietet. Diese Politik untergräbt auch Israels Rechtfertigung für den Einsatz von Administrativhaft als notwendige Präventivmaßnahme gegen Palästinenser.

In den OPT wird die palästinensische Bevölkerung durch die Mechanismen der Administrativhaft diskriminiert, was durch den unterschiedlichen Zugang zu den israelischen Gesetzen und Gerichten, eins für Palästinenser und eins für israelische Siedler deutlich wird.

Für israelische Siedler im Westjordanland werden Administrativhaft-Befehle nach israelischem Zivilrecht ausgestellt, und die Administrativhaft-Häftlinge werden vor Zivilgerichte gestellt. Israel stützt sich auf die Bestimmungen des Notstandsgesetzes (Inhaftierung) von 1979, um israelische Siedler, die sich in den besetzten Gebieten aufhalten, in Administrativhaft zu nehmen. Das Gesetz wird auch angewandt, um israelische Staatsangehörige und palästinensische Bewohner des besetzten Ostjerusalem in Haft zu nehmen. Nach dem Gesetz muss der israelische Verteidigungsminister "berechtigte Gründe für die Annahme haben, dass die Sicherheit des Staates oder die öffentliche Sicherheit die Inhaftierung erfordern". Ähnlich wie die für Palästinenser im Westjordanland geltende militärische Anordnung kann die administrative Anordnung für bis zu sechs Monate ausgestellt und unbegrenzt verlängert werden. Was die gerichtliche Überprüfung der Administrativhaft betrifft, so müssen Anordnungen gegen israelische Siedler (und andere israelische Bürger) innerhalb von 48 Stunden von einem israelischen Zivilrichter an einem Bezirksgericht überprüft werden. Das Gericht ist außerdem verpflichtet, die Anordnung spätestens drei Monate nach der ersten gerichtlichen Überprüfung automatisch zu überprüfen. Der Inhaftierte kann gegen die Entscheidung des Bezirksgerichts beim Obersten Gerichtshof Berufung einlegen. Die Verfahren sowohl vor dem Bezirksgericht als auch vor dem Obersten Gerichtshof finden hinter verschlossenen Türen statt, und

Beweise, die die Anordnung rechtfertigen, können dem Inhaftierten und seinem Anwalt vorenthalten werden.

Im Gegensatz zu der weit verbreiteten Anwendung von Administrativhaft-Anordnungen gegen Palästinenser wurden solche Anordnungen nur selten gegen jüdische israelische Siedler eingesetzt. Nach Angaben von B'Tselem hat Israel Administrativhaft-Anordnungen gegen israelische Staatsbürger, einschließlich Siedler, eingesetzt, doch handelt es sich dabei um Einzelfälle.

In einem symbolischen Fall für die verheerenden Folgen des Missbrauchs der Administrativhaft, um Palästinenser für ihre legitimen gewaltlosen politischen Aktivitäten und ihre abweichende Einstellung zu bestrafen, hat Ahmad Qatamesh, ein Akademiker aus Ramallah, insgesamt mehr als 10 Jahre zwischen 1992 und 2017 in israelischen Gefängnissen verbracht, ohne dass er angeklagt oder vor Gericht gestellt wurde. Die wiederholten Verlängerungen der Administrativhaft-Befehle haben sich nicht nur auf seine psychische Gesundheit, sondern auch auf seine Familie nachteilig ausgewirkt. Amnesty International setzte sich für seine sofortige und bedingungslose Freilassung als politischer Gefangener ein.

AHMAD QATAMESH

Ahmad Qatamesh ist ein Schriftsteller und Universitätsprofessor aus Ramallah im Westjordanland. Die israelischen Behörden haben ihn willkürlich festgenommen und inhaftiert, weil er seine politischen Ansichten friedlich geäußert hat, darunter in seinen Schreiben und Lehren. Er hat mehr als zehn Jahre in Administrativhaft und vier Jahre im Gefängnis verbracht, auf Grund seiner Mitgliedschaft in der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP), einer linken politischen Partei mit einem bewaffneten Flügel, die von Israel verboten wurde. Israel hat seine Rechte auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit sowie sein Recht zu arbeiten und seinen Lebensunterhalt zu verdienen immer wieder verletzt, mit verheerenden Auswirkungen für sein Leben und seine Gesundheit. Ahmed Qatamesh ist auch ein scharfer Kritiker der palästinensischen Behörden im Westjordanland und im Gazastreifen.

In den 1970er Jahren wurde er zum ersten Mal verhaftet und verbrachte vier Jahre im Gefängnis, weil ihm eine Beteiligung an der PFLP vorgeworfen wurde. 1992 beschuldigten ihn die israelischen Behörden, weiterhin Mitglied der PFLP zu sein, was er bestritt, und hielten ihn sechs Jahre lang ohne Anklage oder Gerichtsverfahren als Verwaltungshäftling fest.

Zwischen April 2011 und Dezember 2013 hielten die israelischen Streitkräfte Ahmed Qatamesh in Administrativhaft, weil ihm vorgeworfen wurde, er sei Mitglied des politischen Büros der PFLP. Am 15. Mai 2017 wurde er erneut verhaftet und für drei Monate in Administrativhaft genommen.

Die israelischen Streitkräfte verhafteten ihn zuletzt am 24. Dezember 2019 bei einer Razzia zur Festnahme von Palästinensern, die mit der PFLP in Verbindung stehen oder mit ihr in Verbindung stehen sollen, nach der Ermordung von Rina Shnerb, einem 17jährigen Mädchen, in der Nähe der Siedlung Dolev im Westjordanland am 23. August 2019. Am 30. Dezember 2019 wurde er nach dem Militärgesetz wegen "Erbringung von Dienstleistungen" und "Bereitstellung eines Vortrags" für eine "illegale Organisation" verurteilt. Am 2. Januar 2020 genehmigte ein Militärgericht seine Freilassung unter der Bedingung, dass er eine Kautionshöhe von 7.000 NIS (2.258 USD) hinterlegt und an allen Gerichtsverhandlungen teilnimmt. Trotzdem wurde er noch am selben Tag wieder in Administrativhaft genommen und bis zu seiner Entlassung am 30. Juli 2020 in Haft gehalten. Zehn Tage vor seiner Entlassung verurteilte ihn das Militärgericht zu einer viermonatigen Haftstrafe auf Bewährung, die für drei Jahre gilt.

Die wiederholten Verhaftungen von Ahmad Qatamesh, die langen Haftzeiten und die Ungewissheit über die Dauer der Inhaftierung (aufgrund der Art der Administrativhaft) haben ihn und seine Familie einen hohen Preis gekostet. Er sagte Amnesty International:

„Als ich damals 1992 verhaftet wurde, war meine Tochter Haneen erst drei Jahre alt, aber sie musste die ganze Zeit mit mir leiden und ihren Vater zweimal pro Monat im Gefängnis sehen. Sie begann schon in einem sehr jungen Alter zu verstehen, was Haft bedeutet, doch sie hörte nie wirklich auf, große Fragen zu stellen und fragte immer wieder: "Wie lange wird es noch dauern?" Jedes Mal, wenn sich das Ende der Verlängerung der Administrativhaft näherte, keimte in ihr die Hoffnung auf, dass die Familie wieder zusammenkommt. Aber alles, was nötig war, um diese Hoffnung zu zerstören und die Freude zu verschieben, war, dass der israelische Militärkommandant eine neue Administrativhaft anordnete...“

Wenn Sie sich in Administrativhaft befinden, kennen Sie das Datum Ihrer Inhaftierung, aber nicht das Datum Ihrer Entlassung, das in den Händen desjenigen liegt, der die Haftanordnung erteilt hat. Dies ist eine Form der ständigen psychologischen Folter für den Inhaftierten und seine Familie, die das Trauma immer wieder durchleben, wenn die Haftanordnung erneuert wird.“

Seine Frau, Suha Barghouti, sagte gegenüber Amnesty International:

“Seit den Anfängen unserer Beziehung haben wir unter Ahmads anhaltender Verhaftung gelitten und leiden bis heute darunter. Aus unserer Ehe ist ein Kind hervorgegangen, das ebenfalls furchtbar gelitten hat und eine schwierige Kindheit hatte, weil sein Vater nicht oft da war..“

Die Erfahrung der Administrativhaft war nicht nur für Ahmad psychisch anstrengend, sondern auch für uns. Jedes Mal, wenn das Enddatum der Anordnung näher rückte, bereiteten wir uns auf seine Freilassung vor, nur um dann von der Nachricht einer Verlängerung schockiert zu werden. Diese Erfahrung ist geistig und psychisch anstrengend.“



Ahmad Qatames - Privat

Palästinensische Verwaltungshäftlinge - wie auch andere palästinensische Gefangene, die von Israel festgehalten werden - sind routinemäßig Folter und anderen Misshandlungen, schlechten

Haftbedingungen, einschließlich unzureichender medizinischer Versorgung, Inhaftierung in Gefängnissen innerhalb Israels und nicht in den OPT sowie dem Verbot von Familienbesuchen ausgesetzt.

Viele palästinensische Verwaltungshäftlinge haben berichtet, dass sie während der Festnahme und des Verhörs routinemäßig gefoltert und anderweitig schlecht behandelt wurden, insbesondere durch den israelischen Sicherheitsdienst. Die Anwendung von Administrativhaft kann zu willkürlicher Inhaftierung führen und kann, wenn sie verlängert oder wiederholt wird, grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung oder Bestrafung bedeuten. Auch der UN-Ausschuss gegen Folter ist wiederholt zu dem Schluss gekommen, dass die Anwendung von Administrativhaft durch Israel, insbesondere über "unangemessen lange Zeiträume", gegen das Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (Übereinkommen gegen Folter) verstößt, und hat Israel aufgefordert, diese Praxis dringend zu beenden.

FOLTER UND ANDERE MISSHANDLUNGEN

Folter und andere Misshandlungen bei Verhaftungen und Verhören von Palästinensern in Israel und in den OPT sind weit verbreitet. Seit Jahrzehnten berichten palästinensische Häftlinge, darunter auch Kinder, über Folter oder andere Misshandlungen durch die israelische Sicherheitsbehörde, den israelischen Strafvollzug und die israelischen Streitkräfte bei Verhaftung, Transfers und Verhören. Unverzögliche, gründliche und unparteiische Untersuchungen solcher Vorwürfe durch israelische Behörden sind äußerst selten.

Weitverbreitete Muster von Folter und anderen Misshandlungen von Palästinensern durch israelische Sicherheitskräfte sind seit Jahrzehnten dokumentiert, insbesondere in den OPT. Die Berichterstattung von Amnesty International über Folter durch Israel begann in den 1970er Jahren. In den 1980er und 1990er Jahren dokumentierten sie und andere Menschenrechtsorganisationen weit verbreitete Folter während und nach der ersten Intifada. 1997 wurde von CAT die folgende vernichtende Schlussfolgerung gezogen:

... die Verhörmethoden, die von Nichtregierungsorganisationen auf der Grundlage von Berichten von Verhörten beschrieben wurden und offenbar systematisch angewendet werden, wurden von Israel weder bestätigt noch dementiert. Der Ausschuss muss daher davon ausgehen, dass sie zutreffend sind. Zu diesen Methoden gehören: (1) Fesselung unter sehr schmerzhaften Bedingungen, (2) Kapuzen unter besonderen Bedingungen, (3) Beschallung mit lauter Musik über längere Zeiträume, (4) Schlafentzug über längere Zeiträume, (5) Drohungen, einschließlich Todesdrohungen, (6) gewaltsames Schütteln und (7) Einsatz von kalter Luft zur Abkühlung. Es sind nach Ansicht des Ausschusses Verstöße gegen Artikel 16 und stellen auch Folter dar, wie in Artikel 1 der Konvention dar. Diese Schlussfolgerung wird besonders deutlich, wenn diese Verhörmethoden in Kombination angewandt werden, was der Standardfall zu sein scheint."

1999 fällte der Oberste Gerichtshof Israels ein bahnbrechendes Urteil, das verschiedene Foltermethoden, die von der israelischen Sicherheitsbehörde und anderen israelischen Sicherheitskräften systematisch angewandt wurden, vor allem gegen palästinensische Häftlinge und Gefangene, aufdeckte und ächtete. Im Jahr 2000 kam ein Bericht des israelischen Rechnungshofs zu dem Schluss, dass die israelische Sicherheitsbehörde während der ersten Intifada zwischen 1988 und 1992 "systematisch Folter gegen Palästinenser eingesetzt hat und regelmäßig diesbezüglich gelogen hat".

Trotz dieser offiziellen Schlussfolgerungen und Urteile berichten Menschenrechtsorganisationen seit den 2000er Jahren bis heute über weit verbreitete Folter und andere Misshandlungen. Das Öffentliche Komitee gegen Folter in Israel veröffentlicht jährliche Lageberichte. Andere israelische Organisationen haben Verstöße im Allgemeinen und in Vernehmungseinrichtungen im Besonderen dokumentiert.

Palästinensische Organisationen haben in ähnlicher Weise über die israelischen Praktiken im Westjordanland und im Gaza-Streifen berichtet.

Besonders hart sind die Methoden, die der israelische Sicherheitsdienst anwendet, um Informationen und "Geständnisse" zu erlangen, Praktiken, die von Amnesty International und anderen Menschenrechtsorganisationen gut dokumentiert sind. Zu den von palästinensischen Gefangenen berichteten Foltermethoden gehören schmerzhaftes Fesseln und Binden, Fixierung in Stresspositionen, Schlafentzug, Einsatz von Drohungen, auch gegen Familienangehörige, sexuelle Belästigung, ausgedehnter Einsatz von Einzelhaft und Beschimpfungen. Alle diese Methoden stellen Folter oder andere Misshandlungen dar. Verhöre unter Folter können sich über Wochen hinziehen, wobei den Gefangenen regelmäßig der Zugang zu einem Anwalt verweigert wird. Folter und andere Misshandlungen werden häufig mit der Komplizenschaft von medizinischem Personal durchgeführt, insbesondere bei Gefangenen, die in einen längeren Hungerstreik treten.

Auch palästinensische Kinder werden gefoltert und misshandelt, um "Geständnisse" zu erlangen, und ihnen wird der Zugang zu einem Rechtsbeistand oder zu Familienbesuchen verweigert. Ende Juni 2020 wurden laut Angaben von B'Tselem mindestens 151 Kinder in israelischen Gefängnissen gehalten, mindestens zwei von ihnen in Administrativhaft. Laut UNICEF, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, ist die Misshandlung palästinensischer Kinder in israelischen Militärgefängnissen "weit verbreitet, systematisch und durchgehend institutionalisiert vom Zeitpunkt der Verhaftung bis zur strafrechtlichen Verfolgung des Kindes und einer eventuellen Verurteilung und dem Strafmaß". Menschenrechtsorganisationen sind zu ähnlichen Schlussfolgerungen gekommen. Defense for Children International - Palestine kam 2016 zu dem Schluss: "Von den 429 Kindern im Westjordanland, die zwischen 2012 und 2015 inhaftiert wurden, erlitten drei Viertel, nach der Verhaftung irgendeine Form von körperlicher Gewalt". Die Organisation hat regelmäßig über Folter und andere Misshandlungen palästinensischer Kinder berichtet, darunter Isolationshaft, Augenbinden und gewaltsame Methoden der Fesselung. Save the Children hat auch körperliche Misshandlungen von Kindern in Militärgewahrsam im Westjordanland dokumentiert. B'Tselem und HaMoked berichteten 2017 über die Misshandlung Hunderter palästinensischer Teenager, die jedes Jahr in Ostjerusalem verhaftet werden:

... es handelt sich um eine klare und eindeutige Politik der verschiedenen Behörden: der Polizei, die die Verhaftungen vornimmt; des IPS (Israel Prison Service), der die Jungen unter harten Bedingungen einsperrt und schließlich der Gerichte, wo die Richter die Untersuchungshaft der Jungen praktisch automatisch verlängern, selbst in Fällen, in denen die Verhaftung von vornherein ungerechtfertigt war, selbst wenn das Verhör bereits beendet ist, und selbst in Fällen, in denen sich Jungen beschwerten, dass sie körperlich misshandelt wurden.

Obwohl es gegen internationales Recht verstößt, rechtfertigt die israelische Sicherheitsbehörde Verhöre, bei denen Gefangene gefoltert oder anderweitig misshandelt werden, als " Vernehmungen zur Ermittlung". Das israelische Justizministerium weigert sich, Informationen darüber herauszugeben, was "notwendige Verhöre" beinhalten. Nach Angaben des Public Komitee gegen Folter in Israel wurden im August und September 2019 mindestens 15 Personen "notwendigen Verhören" unterzogen. Der UN-Ausschuss gegen Folter hat seine Besorgnis über Israels Anwendung der sogenannten "Einwand der Notwendigkeit" geäußert und bekräftigt, dass das "Folterverbot absolut und nicht abdingbar ist und dass sich ein Vertragsstaat nicht auf Ausnahmesituationen berufen kann, um Folterhandlungen zu rechtfertigen".

Die israelische Gesetzgebung enthält kein absolutes Folterverbot und definiert Folter und andere Misshandlungen nicht als Verbrechen, so dass diese Praktiken ungestraft fortgesetzt werden können. Obwohl der Oberste Gerichtshof Israels 1999 entschied, dass Folter und andere Misshandlungen generell verboten sind, gestattete er Vernehmungsbeamten in Situationen, in denen "die Bombe tickt",

die Anwendung so genannter "physischer Verhörmethoden" und erlaubte ihnen, sich unter Berufung auf die "Notstandverteidigung" der strafrechtlichen Verantwortung oder sogar Ermittlungen zu entziehen. Der Oberste Gerichtshof Israels hat den Geltungsbereich der so genannten "tickenden Bombe" nie definiert oder begrenzt, es dem israelischen Sicherheitsdienst überlassen, die Situation weit auszulegen und implizit einen Einsatz von Folter und andere Misshandlungen gegen Palästinenser oder "Sicherheitsverdächtige" fortzusetzen.

Seit der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs von 1999 haben israelische Vernehmungsbeamte Hunderte von Palästinensern unter Berufung auf das Argument der "tickenden Bombe" gefoltert, und kein einziger von ihnen wurde strafrechtlich verfolgt. Nach Angaben des Öffentlichen Komitees gegen Folter in Israel wurden zwischen 2001 und 2020 1.300 Beschwerden über Folter beim israelischen Justizministerium eingereicht, was zu nur zwei strafrechtlichen Ermittlungen und keiner Anklageerhebung führte. Im Jahr 2021 forderten UN-Sonderberichterstatter Israel auf, die Straffreiheit für Folter und andere Misshandlungen zu beenden.

6.2.3 MUSTER UNMENSCHLICHER ODER INHUMANER HANDLUNGEN

Israels weit verbreitete und systematische Anwendung von willkürlicher Verhaftung, Administrativhaft und Folter in großem Umfang gegen Palästinenser, die einen eklatanten Verstoß gegen mehrere völkerrechtliche Verbote darstellt, ist Teil der staatlichen Politik der Beherrschung und Kontrolle der palästinensischen Bevölkerung. Israels Gesetze und Politik der Administrativhaft und Folter stellen somit Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar, die nach dem Römischen Statut und der Apartheid-Konvention verboten sind. Wenn sie in den OPT begangen werden, stellen Folter und andere Misshandlungen ebenfalls auch Kriegsverbrechen dar.

6.3 RECHTSWIDRIGE TÖTUNGEN UND SCHWERE VERLETZUNGEN

6.3.1 EINSCHLÄGIGE VERBRECHEN NACH INTERNATIONALEM RECHT

In Artikel 7 (1) (a) des Römischen Statuts ist "Mord" als verbotene unmenschliche Handlung aufgeführt, die das Verbrechen der Apartheid gegen die Menschlichkeit darstellen kann, wenn sie im Rahmen eines institutionalisierten Regimes der systematischen Unterdrückung und Vorherrschaft einer Rassengruppe über eine andere mit der Absicht begangen wird, dieses Regime aufrechtzuerhalten. In der Apartheid-Konvention wird auch die "Ermordung von Angehörigen einer rassischen Gruppe oder von rassischen Gruppen" als unmenschliche Handlung und als Verbrechen der Apartheid aufgeführt, wenn sie "zum Zweck begangen wird, die Herrschaft einer rassischen Gruppe über eine andere rassische Gruppe zu errichten und aufrechtzuerhalten und diese systematisch zu unterdrücken" (Apartheid-Konvention Art.II (i))

Durch die Verwendung des Begriffs "Mord" haben sowohl die Apartheid-Konvention als auch das Römische Statut festgelegt, dass die Tötungen zu einer willkürlichen Beraubung des Rechts auf Leben geführt haben, das nach den internationalen Menschenrechtsnormen geschützt ist, und dass sie in großem Umfang oder systematisch als Teil eines "Angriffs auf die Zivilbevölkerung" begangen wurden, was bedeutet, dass ein gewisses Maß an Planung oder Politik zur Begehung des Verbrechens vorhanden ist. Mord ist definiert als "der Tod des Opfers infolge einer Handlung oder Unterlassung des Angeklagten, die in der Absicht begangen wurde, entweder zu töten oder eine schwere Körperverletzung zu verursachen, wobei der Angeklagte wusste, dass dies wahrscheinlich zum Tod führen würde".

Darüber hinaus stellt das Römische Statut "andere unmenschliche Handlungen ähnlicher Art unter Strafe, die vorsätzlich große Leiden oder eine schwere Schädigung des Körpers oder der geistigen oder körperlichen Gesundheit verursachen". Die Apartheid-Konvention verbietet es, "den Mitgliedern einer oder mehrerer rassistischer Gruppen durch die Verletzung ihrer Freiheit oder Würde einen schweren körperlichen oder geistigen Schaden zuzufügen...".

Vorsätzliche Tötung und vorsätzliche Verursachung großer Leiden oder schwerer Verletzungen des Körpers oder der Gesundheit sind ebenfalls als schwere Verstöße gemäß der Vierten Genfer und als Kriegsverbrechen gemäß dem Römischen Statut aufgeführt. Internationale Strafgerichtshöfe haben klargestellt, dass der Begriff "Mord" die gleiche Bedeutung hat wie das Kriegsverbrechen der vorsätzlichen Tötung. Der ICTY stellte fest, dass das "psychische Element" (*mens rea*), d. h. Vorsatz und Wissen um die Tat, das ist, was die vorsätzliche Tötung von jeder anderen Tötung unterscheidet, vorausgesetzt, dass "die Absicht des Angeklagten, zu töten oder in rücksichtsloser Missachtung des menschlichen Lebens eine schwere Verletzung zuzufügen, nachgewiesen ist".

6.3.2 ISRAELISCHE POLITIK UND PRAXIS

Die israelischen Streitkräfte haben seit 1967 Tausende von palästinensischen Zivilisten in den OPT getötet und verletzt, oft, unter Umständen, die darauf schließen lassen, dass die Tötungen systematisch, unrechtmäßig und willkürlich erfolgten und nahezu ungestraft blieben. In den letzten Jahrzehnten ist die Zahl der getöteten und verletzten Palästinenser infolge von Schüssen oder anderer Gewalt durch israelische Soldaten außerhalb des bewaffneten Konflikts in den OPT gestiegen. Auch in Israel wurden immer wieder palästinensische Bürger Israels im Rahmen von Strafverfolgungsmaßnahmen unter Umständen getötet, die darauf hindeuten, dass die Tötungen rechtswidrig waren.

Zwischen September 2000 und Februar 2017 töteten nach Angaben von B'Tselem israelische Streitkräfte 4.868 Palästinenser in den OPT, darunter auch 1.793 Kinder, außerhalb des bewaffneten Konflikts. Aktivitäten der Strafverfolgung in den OPT, wie z. B. die Unterdrückung von Protesten, die Durchführung von Razzien zur Verhaftung von Personen, die Durchsetzung von Reise- und Bewegungsbeschränkungen und die Durchführung von Durchsuchungsmaßnahmen, sind auf Israels Verwaltung der besetzten Gebiete zurückzuführen. Bei der Durchführung solcher Aktivitäten üben die israelischen Streitkräfte eine polizeiliche Funktion aus, die durch die internationalen Menschenrechtsnormen reglementiert ist. Polizeiaktivitäten gegen Zivilisten während einer kriegerischen Besetzung dürfen laut humanitärem Völkerrecht niemals wie Feindseligkeiten gegen Kombattanten durchgeführt werden, da sie nicht die Schwelle zu Feindseligkeiten erreichen.

Sowohl die israelische Armee als auch die Polizei, einschließlich der Grenzpolizei, sind befugt, in den besetzten Gebieten Polizeiaufgaben wahrzunehmen; in Ostjerusalem jedoch übt nur die israelische Polizei diese Befugnis aus. Die Polizei, nicht die Armee, hat Polizeibefugnisse in Bezug auf israelische Siedler im besetzten Westjordanland.

Im Zusammenhang mit palästinensischen Protesten in den OPT scheint das Verhalten der israelischen Streitkräfte darauf abzuzielen, abweichende Meinungen und freie Meinungsäußerung zu unterdrücken.

Palästinenser protestieren häufig gegen die israelische Besatzung sowie gegen die ihr zugrunde liegende Politik und Praxis, wie die Blockade des Gazastreifens, die Errichtung und Ausweitung illegaler Siedlungen, Landbeschlagnahmungen, Abriegelungen, Verhaftungen und Inhaftierungen. Das Recht auf friedlichen Protest ist für die Palästinenser in den besetzten Gebieten von besonderer Bedeutung, da sie keine Möglichkeit haben, die Politik der Besatzungsmacht durch Abstimmungen oder andere Mittel zu beeinflussen. Die israelischen Behörden betrachten solche Proteste jedoch als

Sicherheitsrisiko und haben sie seit Beginn der Besetzung kriminalisiert. Bei den Protesten setzen Demonstranten häufig geringe Gewalt ein. Sie schleudern Steine und Felsbrocken auf israelische Soldaten, die für diese jedoch aufgrund der Entfernung und des Schutzcharakters ihrer Positionen keine ernsthafte Gefahr darstellen.

Im Gegenzug setzen die israelischen Streitkräfte eine Vielzahl von Maßnahmen gegen die Demonstranten ein. Diese beinhalten weniger tödliche Mittel wie Tränengas, Pfefferspray, Blendgranaten (Schallbomben) und Handschlagstöcke. Häufig greifen die israelischen Streitkräfte jedoch zu tödlichen Mitteln und feuern mit gummi-ummantelten Stahlkugeln und scharfer Munition auf die Demonstranten, was zu schweren Verletzungen und sogar Todesfällen führt. In einigen Fällen haben sie Demonstranten auch verletzt oder getötet, indem sie Tränengas aus nächster Nähe direkt auf sie abgefeuert oder Tränengas in geschlossenen Räumen eingesetzt haben, was zu Erstickungen führte. Obwohl ihr Leben nicht in Gefahr war, haben die israelischen Streitkräfte in vielen Fällen unnötige oder übermäßige Gewalt eingesetzt, wodurch Hunderte von palästinensischen Demonstranten, darunter auch Kinder, willkürlich getötet und Tausende oft schwer verletzt wurden. Das Muster der rechtswidrigen Tötungen und schweren Verletzungen von palästinensischen Demonstranten scheint darauf abzuzielen, den Widerstand gegen Israels Politik und seine Praktiken in den OPT auszuschalten. Amnesty International hat dieses Muster über Jahrzehnte hinweg dokumentiert. Andere Menschenrechtsorganisationen taten Ähnliches.

Die israelischen Streitkräfte behindern medizinisches Personal und verhindern regelmäßig, dass verletzte Demonstranten ärztlich versorgt werden, was in einigen Fällen zu deren Tod geführt hat. Selbst Sanitäter, die den Verwundeten helfen wollten, sowie Menschenrechtsverteidiger und Journalisten, die vor Ort waren, um Übergriffe zu dokumentieren oder über die Proteste zu berichten, wurden angegriffen, unter anderem durch Beschuss mit Tränengaskanistern und gummi-ummantelten Stahlgeschossen. In einigen Fällen scheinen die israelischen Streitkräfte während der Proteste ganz gezielt auf Sanitäter, Journalisten und Menschenrechtsverteidiger geschossen zu haben.

Gut dokumentiert ist auch das Muster des Missbrauchs von tödlicher Gewalt und Schusswaffen, einschließlich des vorsätzlichen tödlichen Einsatzes von Schusswaffen durch israelische Streitkräfte gegen Palästinenser bei Strafverfolgungsmaßnahmen in den OPT, obwohl keine unmittelbare Gefahr für ihr Leben bestand, oder ohne zuvor weniger tödliche Mittel zur Neutralisierung einer wahrgenommenen Gefahr auszuschöpfen. Außerdem feuern die israelischen Streitkräfte häufig und rücksichtslos auf Umstehende, setzen weniger tödliche Waffen gegen sie ein oder beschädigen das Eigentum von Anwohnern.

Die israelischen Behörden behandeln (aus Sicherheitsgründen) die an Soldaten und Grenzpolizisten ausgegebenen "Einsatzregeln" als Verschlussache, um sie zu beraten und anzuweisen, wann und unter welchen Umständen sie Gewalt, einschließlich tödlicher Gewalt, anwenden dürfen und welche Maßnahmen sie gegebenenfalls vorher ergreifen müssen, z. B. Warnungen auszusprechen. In seltenen Fällen wurden einige Details über die Regeln bekannt gegeben. Ein solcher Fall war, als einige Einzelheiten über die Feuereröffnungsregeln bei der Niederschlagung der Proteste des Großen Marsches der Rückkehr im Gazastreifen 2018 ans Licht kamen. Ein Jahr nach den Protesten, im Juli 2019, wurde bekannt, dass das israelische Militär israelischen Scharfschützen erlaubt, bzw. sie angewiesen hatte, auf den oberen Teil der Knie der Demonstranten zu zielen, gemäß den Feuereröffnungsregeln. Nachdem deutlich wurde, dass diese Vorschriften unnötigerweise zu Todesfällen und verheerenden Verletzungen führten, wurden die Scharfschützen angewiesen, auf den Teil unterhalb des Knies zu zielen.

In den OPT haben israelische Streitkräfte rechtswidrige Tötungen vorgenommen, Palästinenser schwer verletzt und palästinensisches Eigentum beschädigt, und zwar nahezu ungestraft. Die israelische Militärjustiz hat es immer wieder versäumt, den palästinensischen Opfern von rechtswidrigen Tötungen oder schweren Verletzungen und ihren Familien Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Amnesty International ist seit 1987 kein Fall bekannt, in dem ein Soldat der israelischen

Armee oder Mitglied einer anderer Sicherheitseinheit wegen vorsätzlicher Tötung eines Palästinensers in den OPT verurteilt wurde. Israelische Soldaten und Mitglieder der Sicherheitskräfte wurden im Zusammenhang mit der Tötung von Palästinensern in den OPT nur selten strafrechtlich verfolgt, obwohl viele der Tötungen offensichtlich rechtswidrig waren. Verurteilungen waren noch seltener. Wenn Verurteilungen erfolgten, so wurden die Soldaten wegen Totschlags oder minder schwerer Vergehen verurteilt. Im Jahr 2016 beschloss B'Tselem nach 25 Jahren, keine Fälle von rechtswidrigen Tötungen oder Verletzungen von Palästinensern bei Strafverfolgungsmaßnahmen an die israelischen Behörden zur Untersuchung weiterzuleiten, weil das israelische Militärjustizsystem "ineffektiv" sei und weiterhin rechtswidrige Taten vertusche und die Täter schütze, anstatt den Opfern Gerechtigkeit zu verschaffen.

Hochrangige israelische Beamte haben zu einer Kultur der Straflosigkeit beigetragen, indem sie in bestimmten Fällen argumentierten, dass Tötungen und Verletzungen bei Strafverfolgungsmaßnahmen gerechtfertigt waren und auf Anweisung erfolgten und dass die Täter nicht gemäßregelt oder strafrechtlich verfolgt werden sollten. Einige haben sogar Polizisten und Soldaten aufgefordert, Palästinenser, die im Verdacht stehen, Israelis anzugreifen, zu töten, unabhängig davon, ob tödliche Gewalt tatsächlich unbedingt erforderlich ist, um Leben zu schützen.

Das Muster der rechtswidrigen Tötungen und schweren Verletzungen, die israelische Streitkräfte in den OPT an Palästinensern praktizieren, wird durch die Tötungen und Verletzungen von palästinensischen Demonstranten beim Großen Marsch der Rückkehr in Gaza im Jahr 2018 veranschaulicht.

GROSSER MARSCH DER RÜCKKEHR IN GAZA

Am 30. März 2018 begannen die Palästinenser in Gaza, darunter auch Flüchtlinge, den Großen Marsch der Rückkehr, eine Reihe wöchentlicher Massendemonstrationen entlang des Zauns zwischen Gaza und Israel, um ihr Recht auf Rückkehr in ihre Dörfer und Städte im heutigen Israel einzufordern und auf ein Ende der israelischen Blockade des Gazastreifens zu drängen.

Noch bevor die Proteste begannen, drohten hochrangige israelische Beamte öffentlich damit, dass jeder Palästinenser, der sich dem Zaun nähert, erschossen wird, und setzten Scharfschützen in der Nähe des Zauns ein. Außerdem haben israelische Beamte den Einsatz von tödlicher Gewalt gegen Demonstranten angedroht, gebilligt oder dazu ermutigt. Der damalige Verteidigungsminister Avigdor Lieberman warnte die Demonstranten vor Beginn der Proteste, dass sie "mit ihrem Leben spielen". Später sagte er, die israelischen Soldaten an der Grenze zum Gazastreifen hätten "getan, was erforderlich war".

Am 30. März 2018, dem ersten Tag des Protests wurden mindestens 17 Palästinenser getötet und 5.500 weitere verletzt.

Während der Demonstration näherten sich einige palästinensische Demonstranten dem Zaun, um ihren Widerstand zu demonstrieren. Amnesty International dokumentierte im April 2018, dass viele der schweren Verletzungen die unteren Gliedmaßen betrafen, auch die Knie, was zu schweren Knochen- und Gewebeschäden führte, mit großen Austrittswunden von 10-15 mm, ähnlich wie bei Kriegsverletzungen. Ärzte erklärten gegenüber Amnesty International, dass bei solch schweren Verletzungen mit weiteren Komplikationen, Infektionen und einige Symptome der körperlichen Behinderung, wie Lähmung oder Amputation, zu rechnen sei. Nach Angaben der internationalen humanitären Organisation Médecins Sans Frontières wurde die Hälfte der mehr als 500 Patienten, die zwischen dem 1. und 19. April 2018 in den Kliniken der Organisation behandelt wurden, wegen Verletzungen, "bei denen das Geschoss buchstäblich das Gewebe zerstört hat, nachdem es den Knochen pulverisiert hatte". Die Art dieser Verletzungen zeigt, dass die israelischen Soldaten Hochgeschwindigkeitswaffen des Militärs benutzten, die darauf ausgelegt sind, maximalen Schaden anzurichten.

Obwohl die Demonstrationen im Allgemeinen friedlich verliefen, gab es Einzelpersonen, die Steine und Molotowcocktails auf die israelischen Streitkräfte warfen, und einige starteten Branddrachen und -Brandluftballons nach Israel, was einige Brände, unter anderem auch von Ernten, verursachte.

Bis Ende des Jahres 2019 töteten die israelischen Streitkräfte 214 Zivilisten, darunter 46 Kinder, und verletzten mehr als 8.000 weitere mit scharfer Munition. Bei insgesamt 156 der Verletzten mussten nach Angaben von OCHA Gliedmaßen amputiert werden. Mehr als 1.200 Patienten benötigen eine langfristige, komplexe und teure Therapie und Rehabilitation, und Zehntausende weitere benötigen psychosoziale Unterstützung. Nichts davon können die Ressourcen in Gaza bereitstellen.



Palästinensische Demonstranten gehen in Deckung, nachdem israelische Streitkräfte Tränengaskanister während einer Demonstration entlang der Grenze zwischen dem Gaza-Streifen und Israel, östlich von Gaza-Stadt abfeuerten, bei der Palästinenser getötet und schwer verletzt wurden, am 22. Juni 2018

© Mahmud Hams / AFP via Getty Bild .

Razan Al-Najjar

Am 1. Juni 2018 töteten israelische Scharfschützen die 21-jährige Razan Al-Najjar, eine Sanitäterin der Palästinensischen Medizinischen Hilfsgesellschaft, während sie während des Großen Marsches der Rückkehr verletzte Demonstranten östlich der südlichen Stadt Khan Younis in der Nähe des Zauns behandelte, der das Gebiet von Israel trennt. Sie trug ihren weißen Kittel, der sie deutlich als Sanitäterin kennzeichnete. Gegen 18:45 Uhr wurde sie in die Brust geschossen. Einem Untersuchungsbericht der New York Times zufolge feuerte der Scharfschütze einen Schuss mit scharfer Munition in die Menge. Wenige Augenblicke zuvor gingen Razan Al-Najjar und drei weitere palästinensische Sanitäter näher an den Zaun heran, um zwei verletzten Demonstranten medizinische Hilfe zu leisten. Alle vier hielten ihre Hände in die Luft, um zu zeigen, dass sie nichts Böses wollten. Weder sie noch ihre Kollegen stellten eine Gefahr für die israelischen Streitkräfte dar. Razan Al-Najjar wurde in ein Krankenhaus gebracht, wo sie um etwa 19:10 Uhr für tot erklärt wurde.

Amnesty International hatte Razan Al-Najjar sechs Wochen zuvor, am 16. April 2018, interviewt, als sie Fälle von Sanitätern und medizinischem Personal dokumentierte, die während der Proteste durch scharfe Munition oder Tränengasinhalation verletzt worden waren. Sie sagte zu Amnesty International:

“Ich bin hier von 7 Uhr morgens bis 22 Uhr abends mit meinem Team vor Ort im Einsatz. Wir haben die Materialien, die wir verwenden, mit unserem Geld aus unserer eigenen Tasche bezahlt. Unser Team wurde gestern intensiv angegriffen. Wir wurden in diesem Zelt, genau hier, in der Mitte des Zeltes, in dem wir uns gerade befinden, mit Tränengas angegriffen. Es gibt so viele schwere Verletzungen, wie Fälle von Amputationen der Gliedmaßen und von direkten Kopfverletzungen. Anstatt Unterstützung oder Hilfe zu bekommen..., werden wir von der israelischen Armee angegriffen. Ich bin viermal verletzt worden, und auch sogar jetzt noch werde ich verletzt.”

Am 5. Juni 2018 stellte das israelische Militär bei einer ersten Untersuchung der Tötung fest, dass keine Schüsse vorsätzlich oder direkt auf Razan Al-Najjar gerichtet waren. Am 29. Oktober 2018 hat der israelische Militär-Generalstaatsanwalt Indizien zurückgewiesen und befahl der Militärpolizei, eine strafrechtliche Untersuchung einzuleiten - fast fünf Monate nach ihrer Ermordung. Die Ergebnisse der Untersuchung sind noch nicht veröffentlicht worden.

Amnesty International ist der Ansicht, dass Razan Al-Najjar vorsätzlich getötet wurde, was einen schweren Verstoß gegen die Genfer Konventionen und ein Kriegsverbrechen darstellt.



Razan Al-Najjar (rechts), eine 21-jährige palästinensische Sanitäterin, arbeitet mit einem Kollegen an der Versorgung eines verletzten Mann in einem medizinischen Notfall-Zelt nach Zusammenstoßen mit israelischen Sicherheitskräften nach einer Demonstration nahe der Grenze zwischen dem Gaza-Streifen und Israel, östlich von Khan Yunis, am 1. April 2018 © Said Khatib / AFP via Getty Images

Adham Al-Hajjar

Adham A I-Hajjar ist freiberuflicher Journalist und lebt in Gaza-Stadt. Am 6. April 2018, als er über die Demonstrationen des Großen Marsches der Rückkehr berichtete, schossen israelische Scharfschützen, die entlang des Zauns, der Gaza von Israel trennt, Position bezogen hatten, auf ihn. Die Kugel traf sein linkes Knie, zersplitterte den Knochen und beschädigte Muskeln und den Oberschenkelnerf. Er berichtete Amnesty International:

“Ich ging wie an jedem anderen Tag zum Zaun, um über die Demonstrationen in Al-Malaka zu berichten. Gegen 14:00 oder 15:00 Uhr trug ich meine Pressejacke und meinen Helm und erinnere mich, dass ich ein Foto von einem Demonstranten in der Nähe des Zauns machen wollte. Ich ging hin, um das Foto zu machen, und in dem Moment, als ich die Kamera hochhielt, wurde ich ohnmächtig und realisierte, dass ich angeschossen worden war. Ich war immer wieder bewusstlos. Zum Glück war noch ein anderer Fotograf da, der mich zum Sanitäter vor Ort und dann ins Al-Shifa-Krankenhaus trug. Ich trug meine Pressejacke und hatte eine Kamera deutlich sichtbar in der Hand, und die Scharfschützen konnten dies sehen. Am selben Tag... töteten sie den Journalisten Yasser Murtaja und erschossen und verletzten einen weiteren Journalisten.

Ich schlafe kaum noch. Mein Bein schmerzt jede Nacht, der Schmerz ist immer da. Ich wache morgens auf und gehe zum Haus meines Freundes in der Nähe, um Kaffee zu trinken. Ich muss das einfach tun, um aus meinem Zimmer zu kommen und mich zu bewegen, sonst ist alles, was mir geblieben ist, mein Verstand und mein Denken, und das ist lähmend...

Die Kugel, die in mein Bein eindrang, ist nicht einfach in meinen Körper eingedrungen und hat ihn wieder verlassen. Sie drang ein und stoppte alles; sie hat mein Leben gestoppt. Ich blicke auf die letzten drei Jahre zurück und frage mich: Was habe ich getan? Nichts. Was hat sich in meinem Leben verbessert? Nichts. Nur weil ein Soldat den Abzug betätigt hat, ohne zu bedenken, wie er mein Leben zerstören würde. Nicht nur mein Leben, sondern auch das Leben meiner Familie. Hat er oder sie jemals darüber nachgedacht, was das verursachen würde? Der Schmerz, der Verlust. Ich laufe als toter Mann herum, alles in meinem Leben ist in dem Moment erstarrt, als die Kugel in mein Bein eindrang.”



Adham Al-Hajjar hat seit seiner Verletzung eine Reihe von Operationen in Gaza, Ägypten und Jordanien hinter sich gebracht. Er leidet weiterhin an einer teilweisen Lähmung seines Fußes und benötigt eine Knieprothese und eine Knöcheloperation. Er kann die benötigte medizinische Hilfe in Gaza nicht in Anspruch nehmen, da die dortige Gesundheitsversorgung unzureichend ist, und Israel erlaubt ihm nicht, in andere Gebiete zu reisen. Er sagte zu Amnesty International:

In den letzten Jahrzehnten haben israelische Streitkräfte und Sicherheitsbeamte Dutzende von palästinensischen Bürgern und Einwohnern Israels bei Strafverfolgungsmaßnahmen unter Umständen getötet, die darauf hindeuten, dass die Tötungen unrechtmäßig waren. Dies geschah im Zusammenhang mit der polizeilichen Bekämpfung von Protesten gegen diskriminierende israelische Politik und Maßnahmen in Israel und den OPT sowie bei anderen, oft diskriminierenden Strafverfolgungsmaßnahmen. Die Gewalttäter

genossen nahezu völlige Straffreiheit. Dieses Muster wird durch die Tötungen palästinensischer Bürger und Einwohner Israels durch den israelischen Staat zwischen 2000 und 2017 veranschaulicht.

STAATLICHE TÖTUNGEN VON PALÄSTINENSERN IN ISRAEL, 2000-2017

Israelische Streitkräfte und Sicherheitsbeamte töten weiterhin unrechtmäßig palästinensische Bürger Israels, auch im Rahmen von Protesten gegen diskriminierende israelische Politik und Maßnahmen in Israel und den OPT sowie bei anderen, oft diskriminierenden Strafverfolgungsmaßnahmen. Ein solches Verhaltensmuster ist möglich, weil die Täter bei solchen Verstößen nahezu straffrei ausgehen. Im Jahr 2000 dokumentierte Amnesty International die Tötung von 13 Palästinensern, die meisten von ihnen israelische Staatsbürger, durch die Polizei und andere Sicherheitskräfte in Israel und Ostjerusalem zwischen dem 29. September und 8. Oktober 2000 sowie die Verletzung von Hunderten von Menschen und die Verhaftung von mehr als 600 Personen bei Protesten in ganz Israel gegen die israelische Politik in den besetzten Gebieten zu Beginn der zweiten Intifada. Eine von der israelischen Regierung eingesetzte Untersuchungskommission stellte fest, dass es im Jahr 2003 keine Rechtfertigung für die Tötungen gab. Trotzdem stellte der israelische Generalstaatsanwalt 2008 die Ermittlungen zu den Tötungen ein, ohne ein Fehlverhalten festzustellen oder einen Offizier anzuklagen.

Nach Angaben des Mossawa-Zentrums hat die israelische Polizei zwischen Oktober 2008 und Mai 2021 mehr als 45 palästinensische Bürger in Israel getötet. Die Organisation dokumentierte außerdem drei Fälle, in denen israelische Polizisten im selben Zeitraum unbewaffnete palästinensische Einwohner Israels töteten. Weitere 15 palästinensische Bürger wurde von jüdischen Bürgern und privaten Sicherheitsdiensten getötet. In dieser Gesamtzahl von 63 sind die palästinensischen Bürger nicht enthalten, die bei den von den Behörden als "Sicherheitsvorfälle" eingestuften Vorfällen getötet wurden. Nach Angaben des Mossawa-Zentrums wurden in diesem Zeitraum nur zwei Polizeibeamte wegen Tötungen verurteilt.

Eine im Januar 2019 veröffentlichte Untersuchung von Sikha Mekomit, einer hebräischsprachigen Medienorganisation, ergab 2019, dass die israelische Polizei in den vergangenen fünf Jahren 14 israelische Staatsbürger getötet hatte, von denen neun Palästinenser waren, einer äthiopischer Herkunft war und die übrigen "nahöstliche Nachnamen" hatten. Dem Bericht zufolge waren die Vorfälle nicht sicherheitsrelevant, aber kein Täter wurde für die Tötungen zur Rechenschaft gezogen.

Am 7. November 2014 erschoss die israelische Polizei den 22-jährigen Kheir Hamdan in Kafr Kanna im Norden Israels, nachdem er sich nach der Festnahme eines anderen Dorfbewohners einem Polizeifahrzeug genähert hatte. Nach Angaben von Adalah schlug Kheir Hamdan mit einem Gegenstand gegen die Fenster des Polizeifahrzeugs und rannte dann davon, als die Beamten ausstiegen. Die Beamten schossen auf Kheir Hamdan, als dieser weglief und keine unmittelbare Gefahr für ihr Leben darstellte. Mahash, die interne Ermittlungsstelleneinheit des Justizministeriums, schloss die Beschwerde ab. Nach einer Petition an den Obersten Gerichtshof forderte dieser die Staatsanwaltschaft auf, nur einen der Polizisten zu vernehmen, die auf Kheir Hamdan geschossen und ihn misshandelt hatten, während er verletzt war. Es wurde keine Anklage erhoben.

Am frühen Morgen des 18. Januar 2017 schoss die israelische Polizei auf den 47-jährigen Lehrer Yaqoub Abu Al-Qi'an im Dorf Umm Al-Hiran im Negev/Naqab, als er während einer Razzia der israelischen Streitkräfte zur Durchführung von Abrissbefehlen für Häuser und Gebäude im Dorf vom Haus seiner Mutter zurückfuhr. Dadurch verlor Yaqoub Abu Al-Qi'an die Kontrolle über sein Fahrzeug, wobei er versehentlich einen Polizisten anfuhr und tötete. Obwohl Yaqoub Abu Al-Qi'an bereits eine

Schussverletzung erlitten hatte, eröffneten die Polizisten erneut das Feuer auf ihn mit scharfer Munition, da sie davon ausgingen, dass der Verlust der Kontrolle über das Auto ein vorsätzlicher Angriff war. Yaqoub Abu Al-Qi'an verblutete im Auto, da die Polizei Sanitäter drei Stunden lang daran hinderte, ihm beizustehen. Die gerichtsmedizinische Untersuchung ergab, dass er vor seinem Tod etwa 30 Minuten noch blutete, was darauf hindeutet, dass er bei ordnungsgemäßer medizinischer Behandlung noch am Leben wäre. Öffentliche Erklärungen des israelischen Ministers Gilad Erdan und des Polizeipräsidenten Peretz zu diesem Zeitpunkt beschrieben Yaqoub Abu Al-Qi'an als Terroristen und radikalen Islamisten, der die Polizisten hatte töten wollen. Die israelische Polizei hielt seinen Leichnam eine Woche lang fest und gab ihn erst nach einer Anhörung vor dem Obersten Gerichtshof frei, die nur eine bedingte Beerdigung zuließ, bei der nur eine begrenzte Anzahl von Personen anwesend sein konnte.

Eine umfassende Analyse und Untersuchung des verfügbaren Filmmaterials und der Aufnahmen durch die Gruppe Forensic Architecture ergab, dass Yaqoub Abu Al-Qi'an erschossen wurde, obwohl er keine unmittelbare Gefahr für die Sicherheitskräfte oder andere Personen darstellte. Dennoch hat die israelische Staatsanwaltschaft die Ermittlungen offiziell eingestellt. Sie sprach die beteiligten Beamten von jeglichem Fehlverhalten frei, obwohl eine Abteilung des israelischen Justizministeriums ein Fehlverhalten der Polizei festgestellt hatte. Adalah und das Öffentliche Komitee gegen Folter in Israel haben gegen die Entscheidung, die Untersuchung einzustellen, eine Petition eingereicht und warten seit Ende August 2021 auf ein Ergebnis.

Die Kultur der Straflosigkeit im Zusammenhang mit staatlichen Tötungen in Israel ist Teil eines allgemeinen Mangels an Rechenschaftspflicht für Polizeigewalt im Lande. Laut einer Studie von Adalah wurden zwischen 2011 und 2013 bei Mahash, der internen Ermittlungseinheit des Justizministeriums, über 11.282 Beschwerden wegen Belästigung und Brutalität von Polizisten eingereicht. Dem Bericht zufolge schloss Mahash 93 % der Beschwerden ab; nur 3,3 % der eingereichten Fälle (373 Beschwerden) führten zu Disziplinarverfahren gegen Polizeibeamte, und nur 2,7 % (306 Akten) führten zu strafrechtlicher Verfolgung.

Ein Bericht des State Comptroller aus dem Jahr 2017 stellte schwerwiegende Mängel in Bezug auf die Rechenschaftspflicht bei Verstößen durch Polizeibeamte fest. Er stellte fest, dass bei der Einheit zwar Tausende von Beschwerden pro Jahr eingehen, viele jedoch überhaupt nicht untersucht werden und nur Dutzende zu Disziplinarmaßnahmen oder Strafverfahren führen.

Das anhaltende Versäumnis der israelischen Behörden, die Täter zu bestrafen und zur Rechenschaft zu ziehen, führt zu einer Kultur der Polizeigewalt, insbesondere gegen palästinensische Bürger Israels.

6.3.3 MUSTER UNMENSCHLICHER ODER INHUMANER HANDLUNGEN

Die exzessive Gewaltanwendung gegen Palästinenser bei Einsätzen der Strafverfolgungsbehörden, die verfügbaren Informationen über die "Einsatzregeln" des israelischen Militärs sowie die Erklärungen israelischer Beamter zur Reaktion auf solche Einsätze, insbesondere bei Protesten, spiegeln eine geplante und anhaltende Politik wider, bei der auf Palästinenser geschossen wird, um sie zu töten oder zu verstümmeln. Diese Politik hat zur Tötung Tausender Palästinenser und zur Verwundung Hunderttausender geführt, von denen viele bleibende, katastrophale und oft lebensverändernde Verletzungen davontragen.

Diese Praktiken gehören zu den unmenschlichen und unbarmherzigen Handlungen des "Mordes" und "anderer unmenschlicher Handlungen ähnlicher Art, mit denen vorsätzlich große Leiden oder eine schwere Beeinträchtigung der körperlichen Unversehrtheit oder der geistigen oder körperlichen Gesundheit verursacht werden", oder Handlungen, „durch die den Angehörigen einer rassistischen

Gruppe oder Gruppen ... schwerer körperlicher oder geistiger Schaden zugefügt wird", die im Römischen Statut und in der Apartheid-Konvention aufgeführt sind.

Darüber hinaus sind die Palästinenser in den OPT nach dem humanitären Völkerrecht "geschützte Personen", die jederzeit Anspruch auf besonderen Schutz und humane Behandlung haben. Daher kann die vorsätzliche und ungerechtfertigte Tötung und Verletzung von Palästinensern in den OPT bei Strafverfolgungsmaßnahmen den Kriegsverbrechen der vorsätzlichen Tötung oder der vorsätzlichen Verursachung großer Leiden oder schwerer Verletzungen des Körpers oder der Gesundheit gleichkommen.

6.4 VERWEIGERUNG DER GRUNDRECHTE UND FREIHEITEN, UND VERFOLGUNG

6.4.1 EINSCHLÄGIGE VERBRECHEN NACH INTERNATIONALEM RECHT

In der Apartheid-Konvention werden in Artikel 2(c), der den Straftatbestand der Apartheid definiert, unter anderem folgende Handlungen genannt:

Alle gesetzgeberischen und sonstigen Maßnahmen, die geeignet sind, einer oder mehreren rassischen Gruppen die Teilnahme am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben des Landes zu verwehren, sowie die vorsätzliche Schaffung von Bedingungen, welche die volle Entfaltung einer solchen Gruppen verhindern, insbesondere dadurch, dass den Angehörigen einer rassischen Gruppe grundlegende Menschenrechte und Freiheiten, einschließlich des Rechts auf Arbeit, des Rechtes, anerkannte Gewerkschaften zu bilden, des Rechts auf Bildung, des Rechtes, ihr Land zu verlassen und dorthin zurückzukehren, des Rechtes auf eine Staatsangehörigkeit, des Rechtes auf Bewegungsfreiheit und freie Wahl des Wohnsitzes, des Rechtes auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung und des Rechtes, sich friedlich zu versammeln und zu Vereinigungen zusammenzuschließen, verweigert werden.

Die in Artikel 2 (c) aufgezählten Handlungen scheinen sich an die Liste der in Artikel 5 der im ICERD garantierten Rechte anzulehnen und diese zu ergänzen, wodurch die grundlegende Verantwortung der Vertragsstaaten für die Gewährleistung der Wahrnehmung dieser Rechte durch das Verbot und die Beseitigung der Rassendiskriminierung in all ihren Formen gestärkt wird. Darüber hinaus soll die Liste der Handlungen "eher illustrativ und inklusiv als umfassend und exklusiv" sein, was bedeutet, dass nicht alle diese Rechte verletzt werden müssen, um den Tatbestand der Apartheid zu erfüllen. Andere in Artikel 5 des ICERD aufgeführte verbotene Handlungen können in Betracht gezogen werden, wenn sie für die Verhinderung der "Teilhabe" und "vollen Entfaltung" der Rassengruppe relevant sind.

Das Römische Statut sieht vor, dass Verbrechen gegen die Menschlichkeit (zu denen auch die Apartheid gehört) "... andere unmenschliche Handlungen ähnlicher Art [wie die an anderer Stelle in Artikel 7 Absatz 1 genannten] umfassen können, die vorsätzlich großes Leid oder eine schwere Verletzung des Körpers oder der geistigen oder körperlichen Gesundheit verursachen." Diese Bestimmung, die in die Statuten früherer internationaler Gerichtshöfe aufgenommen wurde, soll sicherstellen, dass Handlungen, die in Artikel 7 Absatz 1 nicht ausdrücklich unter Strafe gestellt sind, aber nach "Art und Schwere" mit ihnen vergleichbar sind, nicht ausgeschlossen werden.

Mehrere Wissenschaftler haben die Auffassung vertreten, dass die in Artikel II (c) des Apartheid-Übereinkommens aufgeführten Handlungen im Hinblick auf Handlungen, die das Verbrechen der

Apartheid darstellen, unter Artikel 7 (1) (k) ("andere unmenschliche Handlungen") des Römischen Statuts in Verbindung mit dessen Artikel 7 (1) (j) ("Apartheid") fallen können. In diesem Zusammenhang haben Experten für das Römische Statut erläutert, warum diese in Artikel II Buchstabe c aufgezählten Handlungen im Zusammenhang mit der Apartheid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit angesehen werden können:

Auch wenn einige der in Artikel II aufgeführten Handlungen wie die Verweigerung des Rechts auf Arbeit oder Bildung, die natürlich sehr schwerwiegende Beeinträchtigungen darstellen, nicht mit den in Artikel Absatz 7 (1) aufgeführten Handlungen gleichzusetzen sind, wird dabei übersehen, welche verheerende Auswirkungen die Verweigerung dieser in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte anerkannten und im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte garantierten Rechte auf das Leben der Betroffenen und auf die Gesellschaft hat, die des vollen Potenzials ihrer Mitglieder beraubt wird.

Die "vorsätzliche und schwerwiegende, völkerrechtswidrige Aberkennung von Grundrechten aufgrund der Identität der Gruppe oder Gemeinschaft" aus "politischen, rassischen, nationalen, ethnischen, kulturellen, religiösen, geschlechtsspezifischen ... oder anderen Gründen, die nach dem Völkerrecht nicht zulässig sind" stellt laut dem Römischen Statut das Verbrechen der Verfolgung gegen die Menschlichkeit dar, wenn es im Zusammenhang mit anderen Verbrechen des Römischen Statuts begangen wird.

6.4.2 ISRAELISCHE STRATEGIEN UND PRAXIS

Wie in Kapitel 5 analysiert, wendet Israel ein breites Spektrum diskriminierender und ausgrenzender Gesetze, Strategien und Praktiken gegen die palästinensische Zivilbevölkerung an, die eindeutige - und vorhersehbare - Folgen für die Wahrnehmung der Menschenrechte haben und auf die "absichtliche Schaffung von Bedingungen hinauslaufen, die die volle Entfaltung der palästinensischen Gemeinschaften zu verhindern", in Israel und insbesondere in den OPT. Einige dieser diskriminierenden Gesetze gelten auch für palästinensische Flüchtlinge, die früher Bürger des britischen Mandatsgebiets Palästina waren, und für ihre Nachkommen, die in den OPT oder außerhalb Israels und der OPT leben. Einige der Verstöße sind das direkte Ergebnis der offiziellen Politik und ihres Verhaltens, andere ergeben sich aus eher "nachgelagerten" und indirekten Folgen, bei denen politische Maßnahmen die Wahrnehmung anderer Rechte, einschließlich wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte, stark beeinträchtigen.

Die systematische Verweigerung des Rechts auf eine Staatsangehörigkeit und die von Israel verhängten strengen Beschränkungen der Bewegungsfreiheit und des Aufenthalts, einschließlich des Rechts, das eigene Land zu verlassen und dorthin zurückzukehren, gehen über das hinaus, was nach internationalem Recht zu rechtfertigen ist. Ihre pauschale Anwendung richtet sich in diskriminierender Weise gegen die palästinensische Bevölkerung auf der Grundlage ihrer rassischen Identität als Palästinenser. So behindern diese Beschränkungen die Teilnahme der Palästinenser am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben in Israel und den OPT und verhindern absichtlich ihre volle Entfaltung als Gruppe. Diese Beschränkungen untergraben darüber hinaus die Wahrnehmung zahlreicher grundlegender Rechte und Freiheiten, darunter das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, das Recht, sich friedlich zu versammeln und Vereinigungsfreiheit, Lebensunterhalt, Arbeit, Gesundheit, Ernährung und Bildung, wie in diesem Bericht aufgezeigt wurde. Darüber hinaus hat Israel auch Gesetze und politische Maßnahmen eingeführt, die die Wahrnehmung dieser Rechte einschränken und zur "bewussten Schaffung von Bedingungen beitragen, die die volle Entfaltung der Palästinenser verhindern".

Israel verweigert palästinensischen Flüchtlingen außerhalb Israels und der OPT das Recht auf Staatsbürgerschaft und hindert sie an der Rückkehr in ihre Heimat. Dies ist eine schwerwiegende

Verletzung des "Rechts der palästinensischen Flüchtlinge, ihr Land zu verlassen und dorthin zurückzukehren, des Rechts auf eine Staatsangehörigkeit, des Rechts auf Bewegungsfreiheit und des Rechts auf Aufenthalt", und da diese Verletzung als Teil des Unterdrückungs- und Herrschaftssystems begangen wurde, stellt sie eine unmenschliche oder inhumane Handlung im Sinne der Apartheid-Konvention bzw. des Römischen Statuts dar. Darüber hinaus hindert Israel durch die Verletzung dieser Rechte die palästinensischen Flüchtlinge daran, "am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben des Landes teilzunehmen", womit offenbar sichergestellt werden soll, dass wahlberechtigte Palästinenser in Israel eine Minderheit bleiben.

Der Fall von Mustafa Al-Kharouf, der zusammen mit seiner Familie seit über 22 Jahren versucht, seinen Status in Ostjerusalem zu legalisieren, zunächst als Kind und dann als Erwachsener, ist ein Beispiel für die weitreichenden Auswirkungen der diskriminierenden israelischen Staatsbürgerschafts- und Statuspolitik auf die Grundrechte der Betroffenen, die kein normales Leben führen können.

MUSTAFA AL-KHAROUF

Mustafa Al-Kharouf ist ein palästinensischer Fotojournalist, der als Sohn einer algerischen Mutter und eines palästinensischen Jerusalemer Vaters geboren wurde. Er lebt mit seiner Frau Tamam Al-Kharouf und seinen Kindern Asia, Iyad und Iyas im besetzten Ostjerusalem. Israel verweigert Mustafa Al-Kharouf das Recht, in Jerusalem zu leben, und hält die Drohung aufrecht, ihn auszuweisen. Die israelischen Maßnahmen nehmen ihm sein Recht, in seinem eigenen Land zu wohnen, sein Recht auf Bewegungsfreiheit, auf Zugang zu medizinischer Versorgung und auf Arbeit.

Mustafa Al-Kharouf zog mit seiner Familie aus Algerien nach Ostjerusalem, als er 12 Jahre alt war. Kurz nach der Rückkehr der Familie nach Ostjerusalem beantragten sie bei den israelischen Behörden die Familienzusammenführung, um einen legalen Aufenthaltsstatus in der Stadt zu erhalten. Sie wurden jedoch der Bedingung des "Lebensmittelpunktes" unterworfen, die die israelischen Behörden seit 1988 in diskriminierender Weise auf palästinensische Jerusalemer anwenden. Die Familie von Mustafa Al-Kharouf musste sechs Jahre warten, bis sie diese Bedingung erfüllte. Als sie die Bedingung erfüllten, war Mustafa Al-Kharouf bereits 18 Jahre alt und seine Familie konnte in seinem Namen keinen Antrag auf Kinderregistrierung oder Familienzusammenführung stellen, wodurch er staatenlos wurde.

Mustafa Al-Kharouf begann daraufhin einen langen Rechtsstreit mit dem israelischen Innenministerium, um seinen rechtlichen Status in Ostjerusalem zu bestätigen. Er besitzt ein vorläufiges jordanisches Reisedokument, das Jordanien für staatenlose Palästinenser ausstellt, die in Ostjerusalem leben. Außerdem wurde ihm von den israelischen Behörden aus humanitären Gründen ein befristetes Arbeitsvisum erteilt, das jedoch nur vom 27. Oktober 2014 bis zum 1. Oktober 2015 gültig war.

Im Juni 2016 verweigerte das israelische Innenministerium die Verlängerung seines Arbeitsvisums unter Berufung auf "Sicherheitsgründe". Sein Anwalt, Adi Lustigman von der israelischen Menschenrechtsorganisation HaMoked, vermutete, dass die Ablehnung des Ministeriums mit seiner Arbeit als Fotojournalist zusammenhing, der Menschenrechtsverletzungen durch die israelischen Behörden in Ostjerusalem dokumentiert. Im Mai 2017 legte der Anwalt von Mustafa Al-Kharouf Berufung bei einem Berufungsgericht ein. Nach Verhandlungen gestattete ihm das Innenministerium, einen Antrag auf Familienzusammenführung zu stellen und bis zu einer Entscheidung in seinem Haus in Ostjerusalem zu bleiben. Jedoch am 23. Dezember 2018 lehnte das Ministerium seinen Antrag auf Familienzusammenführung ab. Die Entscheidung stützte sich nach Angaben seines Anwalts auf die unbegründete Behauptung, Mustafa Al-Kharouf sei ein Aktivist der Hamas und betreibe illegale Aktivitäten.

Am 21. Januar 2019 legte der Anwalt von Mustafa Al-Kharouf Berufung gegen die Entscheidung ein, die den Antrag auf Familienzusammenführung abgelehnte. Wenige Stunden später, gegen 1 Uhr morgens, am 22. Januar 2019, durchsuchten israelische Polizisten und Einwanderungsbeamte auf der Grundlage eines Ausweisungsbefehls des Innenministeriums seine Wohnung und nahmen ihn fest. Er wurde unter Verstoß gegen das Völkerrecht im Givon-Gefängnis im Negev/Naqab innerhalb Israels festgehalten. Am 3. April 2019 wies ein israelisches Bezirksgericht Mustafa Al-Kharoufs Berufung gegen den Antrag auf Familienzusammenführung zurück. Das Gericht erließ jedoch eine einstweilige Verfügung, ihn nicht abzuschicken, damit er seinen Fall vor den Obersten Gerichtshof bringen kann.

In der Nacht vom 21. auf den 22. Juli nahmen die israelischen Einwanderungsbehörden Mustafa Al-Kharouf aus dem Gefängnis von Givon mit und versuchten, ihn über den Grenzübergang Allenby/König Hussein nach Jordanien abzuschicken, doch die jordanischen Behörden verweigerten ihm die Einreise. Daraufhin wurde er zum Grenzübergang Wadi Araba gebracht, wo die jordanischen Behörden ihm erneut die Einreise verweigerten. Dieser Abschiebungsversuch dauerte mehr als einen halben Tag, während dessen der Aufenthaltsort von Mustafa Al-Kharouf weder seiner Familie noch seinem Anwalt bekannt war. Der Anwalt von Mustafa Al-Kharouf wurde später darüber informiert, dass er zurück ins Gefängnis von Givon gebracht wurde, um dort "bis zur Abschiebung" in Haft zu verbleiben.

Am 25. September 2019 entschied das israelische Gericht zur Überprüfung des Gewahrsams von illegalen Ausländern, dass Mustafa Al-Kharouf freigelassen werden musste, wenn er nicht innerhalb eines Monats abgeschoben wird. Am 24. Oktober 2019 wurde Mustafa Al-Kharouf nach neun Monaten Haft entlassen. Nach seiner Freilassung hatte er nur 21 Tage Zeit, um einen legalen Aufenthaltsstatus für Ostjerusalem zu erhalten oder das Land zu verlassen. Sein Anwalt beantragte eine Fristverlängerung.

Mustafa Al-Kharouf besitzt derzeit eine befristete Aufenthaltsgenehmigung, die alle drei Monate erneuert werden muss. Mit diesem Visum kann er zwischen Ostjerusalem, dem übrigen Westjordanland und Israel hin- und herreisen, aber er kann weder arbeiten noch die israelische Krankenversicherung in Anspruch nehmen. Je näher das Ablaufdatum rückt, desto größer wird die Sorge bei ihm und seiner Familie. Seine Frau, Tamam Al-Kharouf, sagte Amnesty International:

“Es war nicht leicht. Ich dachte, das Schlimmste sei vorbei, als er endlich aus dem Gefängnis entlassen wurde, aber das ist es nicht. Mustafa hat die Situation nicht gut bewältigt; mein Mann wird immer noch so behandelt, als wäre er ein Besucher und kein Einwohner seiner Stadt... Er wurde beschuldigt, ein Aktivist der Hamas zu sein, was auch immer das bedeutet. Und das waren die Gründe, die sie anführten, um unseren Antrag auf Familienzusammenführung erneut abzulehnen... Um ehrlich zu sein, bin ich etwas beruhigt, weil seine Abschiebung nicht mehr in Frage kommt, da die Länder, in die sie ihn abschieben wollen, dies nicht zulassen. Ich meine, im schlimmsten Fall müssen wir an einen Ort wie Kufr Aqab umziehen, was, ehrlich gesagt, problematisch ist. Für Mustafa wird es schwierig sein, da ich mich frei bewegen kann, während er eingeschränkt ist und festsitzt - im Hinblick auf das Pendeln, den Zugang zu medizinischen Einrichtungen und die Möglichkeit, seiner Arbeit als Fotojournalist nachzugehen.”

Mustafa Al-Kharouf erklärte gegenüber Amnesty International:

“Es gibt keinen Ausweg. Ich versuche, meine Situation so weit wie möglich zu normalisieren, sonst werde ich verrückt oder depressiv. Bei allem, was ich tue, gibt es ein Verfallsdatum, sei es mein Visum, meine Aktivitäten, meine Bewegung. Laut meinen Entlassungsbedingungen muss ich um 22 Uhr zu Hause sein und darf jeden Tag erst nach 5 Uhr morgens aufbrechen. Ich setze mich nie der Gefahr aus, erwischt und ins Gefängnis zurückgeschickt zu werden, nur weil mich an diesem Tag eine israelische Autoritätsperson zufällig an einem "fliegenden Kontrollpunkt" oder bei einer zufälligen Durchsuchung anhält und nach meinen Papieren

fragt... und von mir verlangt, ihnen stundenlang meine Situation von Grund auf zu erklären. Ich vermeide solche Situationen; ich gehe selten ins Westjordanland, nur damit ich mich nicht mit den Soldaten am Kontrollpunkt Qalandia herumschlagen muss. Ich habe ein großes Gefängnis verlassen, um ein anderes zu betreten, oder, um genau zu sein, ich war immer im Gefängnis - es hat nur ein wenig die Form geändert.“

Mustafa Al-Kharouf und seine Familie hatten zuletzt im Mai 2020 einen Antrag auf Familienzusammenführung gestellt. Das Innenministerium lehnte ihn im Dezember 2020 ab, wiederum mit der Begründung, er stelle eine "Sicherheitsbedrohung" für Israel dar. Die Familie legte Berufung ein, doch am 30. Mai 2021 teilte der Anwalt von Mustafa Al-Kharouf mit, dass dieser Antrag aus Sicherheitsgründen auf der Grundlage geheimer Informationen abgelehnt worden sei. Er sprach mit Amnesty International, nachdem er die Nachricht erhalten hatte:

“Ich verstehe diese Logik nicht, oder das Fehlen einer solchen. Ich könnte verstehen, dass sie mich schlagen, erschießen, festhalten, wie sie es aufgrund meiner Arbeit getan haben, aber ich kann nicht verstehen, warum sie geheime Beweise gegen mich zurückhalten und mein Leben alle paar Monate auf den Kopf stellen, nur weil sie es können. Ich möchte meinen Anwalt bitten, sich zu vergewissern, dass ich die fragliche Person bin, zu überprüfen, ob sie mich mit jemandem verwechselt haben, oder sie bitten, mir zumindest mitzuteilen, inwiefern sie mich beispielsweise mit der Hamas in Verbindung bringen oder ob ich eine Arbeit mache, die dem Staat Israel irgendwie missfällt. Ich wünschte, ich könnte denjenigen, der hinter dem Schreibtisch sitzt und diese irrationalen Entscheidungen über mein Leben trifft, von Angesicht zu Angesicht treffen. Ich brauche eine Art Logik, um meine Situation zu verstehen, denn nichts davon ergibt einen Sinn.“



Mustafa Al-Kharouf umarmt seine Frau und die gemeinsame Tochter im Beisein seiner Mutter nach zehn monatiger Untersuchungshaft in einem israelischen Gefängnis, am 24. Oktober 2019 © Faiz Abu Rmeleh / Anadolu Agency via Getty Images

6.4.3 MUSTER UNMENSCHLICHER ODER INHUMANER HANDLUNGEN

Die Absicht der israelischen Behörden, das Verbrechen der Verfolgung gegen die Menschlichkeit zu begehen, wird durch ihre seit langem bestehenden diskriminierenden Gesetze, Strategien und Praktiken gegen die palästinensische Bevölkerung in den OPT deutlich, die zu zahlreichen Einschränkungen der Grundrechte geführt haben, einschließlich der willkürlichen Einschränkung der Bewegungs- und Aufenthaltsfreiheit in ihren Gemeinschaften, ihres Rechts auf Familienleben und ihres Rechts auf Zugang zu Lebensunterhalt, Wohnraum, Nahrung, Wasser, grundlegenden Gesundheitsdiensten und Bildung. Diese schwerwiegenden Verstöße wurden im Zusammenhang mit dem mehrfachen Begehen von Verbrechen nach dem Römischen Statut innerhalb Israels und der OPT verübt. In fast allen Fällen entspricht die Verfolgung der palästinensischen Bevölkerung den in Artikel 2 (c) der Apartheid-Konvention aufgezählten Verfolgungshandlungen.

Amnesty International ist daher zu dem Schluss gekommen, dass die israelischen Behörden zumindest in Bezug auf die Verweigerung der Menschenrechte der palästinensischen Bevölkerung durch eine jahrelange, bewusst diskriminierende und ausgrenzende Politik und offizielle israelische Erklärungen, die sich in der Praxis widerspiegeln, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit der "Verfolgung" im Sinne des Römischen Statuts begangen haben sowie der "Verweigerung grundlegender Menschenrechte", die "rassische(n) Gruppe(n) an der Teilnahme am politischen und sozialen Leben, wirtschaftlichen und kulturellen Leben des Landes hindert, und auch die absichtliche Schaffung von Bedingungen, die [seine oder ihre] volle Entwicklung verhindern" im Sinne der Apartheid-Konvention.

6.5 SICHERHEITSERWÄGUNGEN UND DIE ABSICHT, APARTHEID ZU BEGEGHEN

Die israelischen Behörden rechtfertigen viele der in diesem Bericht vorgestellten Maßnahmen mit Sicherheitsaspekten, darunter die Konfiszierung von Land, die Verweigerung von Bau- und Planungsgenehmigungen, den Entzug von Aufenthaltsgenehmigungen, die Einschränkung der Bewegungsfreiheit und die Verletzung von bürgerlichen und politischen Rechten. Es ist richtig, dass der Staat Israel nach dem Völkerrecht verpflichtet ist, alle Personen in seinem Hoheitsbereich und unter seiner Kontrolle vor Gewalt zu schützen, und hat daher die Pflicht, die Sicherheit in allen von ihm kontrollierten Gebieten zu gewährleisten. Im Kontext eines internationalen bewaffneten Konflikts und einer militärischen Besetzung kann es Umstände geben, unter denen die unterschiedliche Behandlung verschiedener Gruppen auf rechtmäßigen Gründen beruht und daher in einer Weise erfolgen kann, die nicht gegen das Diskriminierungsverbot verstößt. Wie oben dargelegt, ist es nach dem humanitären Völkerrecht in der Tat zulässig und unter bestimmten Umständen sogar erforderlich, Angehörige der Besatzungsmacht und der besetzten Bevölkerung unterschiedlich zu behandeln. Sicherheitsrelevante Maßnahmen müssen jedoch mit dem Völkerrecht in Einklang stehen, unter anderem, indem sichergestellt wird, dass alle Einschränkungen oder Beschränkungen von Rechten notwendig und der Sicherheitsbedrohung angemessen sind. Wie dieser Bericht zeigt, haben die israelischen Behörden im Gegenteil eine Politik verfolgt, die Palästinenser über einen langen Zeitraum hinweg bewusst und auf besonders grausame Weise diskriminiert hat, und zwar auf eine Art und Weise, die keine vernünftige Grundlage in der Sicherheit hat, sondern viel eher mit der Absicht erklärt werden kann, das palästinensische Volk zu kontrollieren und seine Ressourcen auszubeuten.

Erstens lassen sich viele der in diesem Bericht dokumentierten Verstöße einfach nicht mit Sicherheit oder "Verteidigung" rechtfertigen. Die anhaltende und grausame diskriminierende Verweigerung des Zugangs der Palästinenser zu ihrem Land und Eigentum, das auf gewaltsame und diskriminierende Weise beschlagnahmt wurde, hat keine sicherheitspolitische Begründung. Es gibt keine Sicherheitsgrundlage für die effektive Segregation der palästinensischen Bürger Israels durch diskriminierende Gesetze der Planung und den Zugang zu Wohnraum. Die Verweigerung ihres

Rechts, Anspruch auf ihr Eigentum und ihre Häuser zu erheben, die unter der Autorität rassistischer Gesetze beschlagnahmt wurden, oder sich dort niederzulassen, wo sie es wünschen, auch in den als ausschließlich jüdisch ausgewiesenen Gemeinden, führt eher zu Sicherheitsproblemen als zur Förderung harmonischer Beziehungen.

Auch andere Verstöße gegen die Rechte palästinensischer Bürger Israels lassen sich nicht mit der Sicherheit in Verbindung bringen. Willkürliche und diskriminierende Eingriffe in die Rechte palästinensischer Bürger Israels, zu heiraten und das Aufenthaltsrecht auf ihre Ehepartner und Kinder zu erweitern, können nicht mit Sicherheitsgründen gerechtfertigt werden, wenn es keine Beweise dafür gibt, dass bestimmte Personen eine Bedrohung darstellen. Es gibt keine sicherheitspolitische Rechtfertigung für die Zweiteilung von Nationalität und Staatsbürgerschaft innerhalb Israels und die Einschränkungen, die diese den Palästinensern bei der Ausübung ihrer Rechte auferlegt. Der wahre Grund für diese Verstöße und die Absicht für die unterschiedlichen Maßnahmen müssen an anderer Stelle gesucht werden.

Zweitens kann, wie oben dargelegt, eine unterschiedliche Behandlung in besetzten Gebieten nicht geduldet werden, wenn damit die Absicht verfolgt wird, die Staatsangehörigen der Besatzungsmacht zum dauerhaften Nachteil der besetzten Bevölkerung zu bevorzugen. Wie oben dargelegt, können bestimmte Einschränkungen der Menschenrechte in Besatzungssituationen zulässig sein, und daher kann eine Administrativhaft in Ostjerusalem, im übrigen Westjordanland oder in den im Gazastreifen nach internationalem Recht gerechtfertigt sein, wenn sie in gutem Glauben und unter Einhaltung des Besatzungsrechts erfolgt. Diese Rechtfertigung für die unterschiedliche Behandlung kann sich jedoch nicht auf die Ansiedlung jüdischer Israelis in den besetzten Gebieten erstrecken, sei es mit stillschweigender Zustimmung oder aktiver Unterstützung des Staates Israel. Sie kann sich nicht auf die Morde, die gezielten Tötungen, die Folter, die Deportation und andere gewaltsame Verbringungen von Bevölkerungsgruppen erstrecken, die in den besetzten Gebieten begangen wurden und in diesem Bericht dokumentiert sind.

Drittens wurden einige politische Maßnahmen, die eine Diskriminierung der Palästinenser zur Folge haben, zwar zur Erreichung legitimer Sicherheitsziele konzipiert, aber pauschal und über längere Zeiträume hinweg umgesetzt, so dass sie gegen das Völkerrecht verstoßen. In diesem Bericht wird beispielsweise die israelische Politik gegenüber den Palästinensern im Gazastreifen nach dem Abzug der Siedler und Truppen im Jahr 2005 und während der Zeit, in der das Gebiet de facto von der Hamas verwaltet wurde, detailliert beschrieben. Der Bericht veranschaulicht, dass die Politik der umfassenden, strengen und langfristigen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit beispielsweise nicht durch Sicherheitsaspekte gerechtfertigt ist. Gleichzeitig mögen bestimmte Maßnahmen, wie die Einrichtung von Sperrzonen um den Gazastreifen, sowohl auf dem Land und im Meer, einem legitimen Sicherheitszweck gedient haben, nämlich die Hamas daran zu hindern, diese Gebiete für Angriffe auf Israelis zu nutzen. Ihre Umsetzung über einen langen Zeitraum hat jedoch zu systematischen Menschenrechtsverletzungen geführt. Dieser Bericht zeigt, dass die Politik zur Aufrechterhaltung dieser Zonen zu systematischen Menschenrechtsverletzungen geführt hat, die schwerwiegende Auswirkungen auf den Lebensunterhalt der Palästinenser haben, insbesondere der Landwirte und Fischer, denen der Zugang zu landwirtschaftlichen Flächen und Fischereigewässern innerhalb dieser Zonen gewaltsam verwehrt wird.

Der Bericht enthält weitere Beispiele für solche israelischen Maßnahmen, darunter die Erklärung zu militärischen Sperrzonen, die Anwendung von Administrativhaft und die Verhängung bestimmter Bewegungseinschränkungen wie Reiseverbote und die Sperrung des Zugangs zu bestimmten Gebieten. Aus dem Zusammenhang gerissen, könnten diese Maßnahmen als legitime Sicherheitsbedenken angesehen werden. Betrachtet man sie jedoch im Kontext systematischer Diskriminierung und Unterdrückung und angesichts der massiven Menschenrechtsverletzungen, die diese Maßnahmen nach sich gezogen haben, wird deutlich, dass die eindeutige und unrechtmäßige Absicht, zu beherrschen und zu unterdrücken das Element echter Sicherheitserwägungen bei weitem überwogen hat. Der Bericht zeigt, dass diese Politik von Israel zwar mit Sicherheitsgründen

gerechtfertigt wird, aber immer wieder in grob unverhältnismäßiger und diskriminierender Weise umgesetzt wird, was zu massiven, systematischen Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Palästinensern führt.

Folglich ist Sicherheit keine tragfähige Erklärung für die anhaltende und grausame Diskriminierung, der die Palästinenser ausgesetzt sind. Stattdessen lassen die in diesem Bericht dokumentierten Beweise für weit verbreitete, systematische und grausame Verstöße den Schluss zu, dass die Absicht darin besteht, die jüdisch-israelische Vorherrschaft über und die Unterdrückung von Palästinensern in allen von Israel kontrollierten Gebieten sicherzustellen. Diese Absicht lässt sich aus Israels systematischer Privilegierung jüdischer Israelis gegenüber Palästinensern in allen geografischen Gebieten unter seiner Kontrolle, aus der diskriminierenden Verweigerung des Rückkehrrechts für alle palästinensischen Flüchtlinge und aus der illegalen Ansiedlung seiner Bürger in den besetzten Gebieten und die Ausbeutung der dortigen Ressourcen sowie die illegale Annexion Ostjerusalems und die Gewährung von weniger Rechten für die dort lebenden Palästinenser als für israelische Bürger, ableiten.

6.6 VERBRECHEN DER APARTHEID GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT

Dieses Kapitel hat gezeigt, dass Palästinenser in Israel und in den OPT und in allen Situationen, in denen Israel die Kontrolle über die Ausübung der Rechte der Palästinenser ausübt, Handlungen ausgesetzt sind, die nach dem Völkergewohnheitsrecht und sowohl nach der Apartheid-Konvention als auch nach dem Römischen Statut verboten sind. Wenn diese schweren Menschenrechtsverletzungen als Teil eines weit verbreiteten oder systematischen Angriffs auf die Zivilbevölkerung im Rahmen oder zur Förderung einer staatlichen oder organisatorischen Politik und mit der Absicht begangen werden, die systematische, grausame und anhaltende Kontrolle über die Palästinenser zugunsten der jüdischen Israelis aufrechtzuerhalten, handelt es sich um Verbrechen der Apartheid gegen die Menschlichkeit.

Die dargelegten Beweise zeigen, dass in Israel und in den OPT zahlreiche (in der Tat eine Vielzahl) verbotene Handlungen gegen Palästinenser begangen wurden, deren Rechte von Israel kontrolliert werden. Diese schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen wurden im Rahmen eines Systems der Unterdrückung und Beherrschung des palästinensischen Volkes durch den israelischen Staat zum Nutzen jüdischer Israelis und in der Absicht begangen, dieses Regime aufrechtzuerhalten. Es liegt in der Natur der Sache, dass solche diskriminierenden, segregierenden Gesetze, Strategien und Praktiken systematisch sind. Darüber hinaus ist der Angriff weit verbreitet, da die Verbrechen "massiv, häufig, kollektiv und mit erheblicher Schwere begangen werden und sich gegen eine Vielzahl von Opfern richten". Der Angriff auf die palästinensische Bevölkerung ist also sowohl weit verbreitet als auch systematisch.

Unter anderem in Anbetracht des gesetzlich vorgeschriebenen Charakters vieler dieser unmenschlichen und inhumanen Handlungen und des Versagens der israelischen Gerichte, für Abhilfe zu sorgen oder diese Verstöße zu beenden, ist die einzige logische Schlussfolgerung, dass diese Verstöße als Teil eines gegen die Zivilbevölkerung gerichteten Angriffs "gemäß einer staatlichen oder organisatorischen Politik zur

Durchführung eines solchen Angriffs" begangen wurden. Die Art der in diesem Kapitel dokumentierten verbotenen Handlungen macht deutlich, dass diese Verstöße von den israelischen Behörden "geplant, geleitet oder organisiert" wurden und dass viele dieser Verstöße auf der Grundlage von und unter

Bezugnahme auf israelische Gesetze und offizielle Politiken begangen wurden und somit ihrem Wesen nach in Förderung einer staatlichen Politik begangen wurden. Nach sorgfältiger Prüfung der Tatsachenfeststellungen kann nur der Schluss gezogen werden, dass sie Teil eines weit verbreiteten und systematischen Angriffs gegen die palästinensische Bevölkerung sind und dass die Verbrechen, die im Rahmen dieses Angriffs begangen werden, das Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Sinne des Völkerrechts darstellen.

7. SCHLUSSFOLGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN

7. 1 SCHLUSSFOLGERUNGEN

7.1.1 EIN SYSTEM UND VERBRECHEN DER APARTHEID GEGEN PALÄSTINENSER

In diesem Bericht wird untersucht, ob die institutionalisierte Diskriminierung in Israel und den OPT sowie gegenüber palästinensischen Flüchtlingen einem System der Apartheid gleichkommt und ob die schweren Menschenrechtsverletzungen, die im Rahmen der Umsetzung dieses Systems begangen werden, den Tatbestand der Apartheid erfüllen.

Amnesty International hat untersucht, ob die israelischen Gesetze, Politiken und Praktiken, die gegen das palästinensische Volk eingesetzt werden, gegen internationale Menschenrechtsvorschriften verstoßen und ob sie Verbrechen darstellen. gemäß der Apartheid-Konvention und dem Römischen Statut. Amnesty International versteht unter Apartheid, wie sie im ICERD verurteilt wird, die Schaffung und Aufrechterhaltung eines Systems oder Regimes der Unterdrückung und Herrschaft einer rassischen Gruppe über eine andere. Das Verbrechen der Apartheid wird begangen, wenn unmenschliche oder inhumane Handlungen im Rahmen eines weit verbreiteten oder systematischen Angriffs auf die Zivilbevölkerung in der Absicht begangen werden, ein solches System der Unterdrückung und Vorherrschaft einer rassischen Gruppe über eine andere rassische Gruppe oder andere rassische Gruppen zu schaffen oder aufrechtzuerhalten.

Die Gesamtheit der in diesem Bericht beschriebenen Gesetze, Politiken und Praktiken zeigt, dass Israel überall dort, wo es die Kontrolle ausübt, ein institutionalisiertes Regime der Unterdrückung und Beherrschung der palästinensischen Bevölkerung zum Nutzen der jüdischen Israelis - ein System der Apartheid über das Leben der Palästinenser seit 1948 - errichtet und aufrechterhalten hat. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass der Staat Israel Palästinenser als eine minderwertige nicht-jüdische Rassengruppe betrachtet und behandelt. Die Segregation erfolgt auf systematische und stark institutionalisierte Weise durch Gesetze, politische Maßnahmen und Praktiken, die allesamt darauf abzielen, Palästinenser daran zu hindern, gleiche Rechte wie jüdische Israelis auf dem israelischen Staatsgebiet und in den OPT zu beanspruchen und zu genießen, und die somit dazu dienen, das palästinensische Volk zu unterdrücken und zu beherrschen. Hinzu kommt ein Rechtssystem, das das Recht der außerhalb Israels und der OPT lebenden palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr in ihre Heimat kontrolliert (und negiert).

Israel hat dafür sichergestellt, dass das palästinensische Volk in verschiedene geografische Gebiete aufgeteilt und unterschiedlich behandelt wird, mit der Absicht und dem Effekt, die Bevölkerung zu spalten und ihre Mitglieder konsequent daran zu hindern, ihre grundlegenden Menschenrechte wahrzunehmen. Somit dient die rechtliche Zersplitterung der palästinensischen Bevölkerung zwischen Israel, Ostjerusalem, dem Rest des Westjordanlandes, des Gazastreifens

und den Flüchtlingsgemeinschaften als grundlegendes Element des Regimes der Unterdrückung und Beherrschung der Palästinenser. Diese rechtliche Zersplitterung verwehrt den Palästinensern die Möglichkeit, innerhalb Israels und der OPT Gleichheit zu verwirklichen.

Zu den weiteren Aspekten des Unterdrückungs- und Herrschaftssystems gehören rechtliche Regelungen, die die Verweigerung der Staatsangehörigkeit und des Wohnsitzes, die Verweigerung des Familienlebens, schwerwiegende Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und diskriminierende Beschlagnahmung und Verweigerung der Zuweisung von und Zugang zu Ressourcen sicherstellen. All dies ermöglichte und führte zu schwerwiegenden Verletzungen sozialer und wirtschaftlicher Rechte, einschließlich des Zugangs zu Wohnraum, eines angemessenen Lebensstandards, Lebensunterhalts, Arbeit, Gesundheitsversorgung, Ernährungssicherheit, Wasser- und Sanitärversorgung und Bildung. Das Ergebnis dieser rechtlichen Regelungen ist die anhaltende und grausame Verletzung der Menschenrechte einzelner Palästinenser, wo immer Israel die Kontrolle über die Wahrnehmung dieser Rechte ausübt.

Israels System der institutionalisierten Segregation und Diskriminierung von Palästinensern als rassische Gruppe in allen von ihm kontrollierten Gebieten kommt einem System der Apartheid gleich und stellt eine schwerwiegende Verletzung der israelischen Menschenrechtsverpflichtungen dar. Nahezu alle zivilen Verwaltungs- und Militärbehörden Israels sowie staatliche und quasi-staatliche Einrichtungen sind an der Durchsetzung eines Apartheidsystems gegen Palästinenser in ganz Israel und in den OPT sowie gegen palästinensische Flüchtlinge und ihre Nachkommen außerhalb des Gebiets beteiligt. Die Absicht, dieses System aufrechtzuerhalten, wurde von den aufeinanderfolgenden israelischen politischen Führern ausdrücklich erklärt, wobei sie das übergeordnete Ziel der Aufrechterhaltung der jüdisch-israelischen Vorherrschaft durch Ausgrenzung, Segregation und Vertreibung der Palästinenser betonten. Diese Absicht wurde im Nationalstaatsgesetz von 2018 deutlich herausgearbeitet, das die Rassendiskriminierung nichtjüdischer Menschen in Israel und den OPT verfassungsrechtlich verankert. Auch hochrangige zivile und militärische Beamte haben im Laufe der Jahre zahlreiche öffentliche Erklärungen und Direktiven abgegeben, die das institutionalisierte Regime der systematischen Unterdrückung und Beherrschung der Palästinenser offenlegen, aufrechterhalten und durchsetzen, wobei sie sich der grausamen Folgen dieses Regimes für das Leben der palästinensischen Bevölkerung voll bewusst und daher auch voll verantwortlich sind.

Israel begeht weiterhin weit verbreitete und systematische Menschenrechtsverletzungen gegen die palästinensische Bevölkerung vor dem Hintergrund jahrzehntelanger staatlich geförderter Diskriminierung, Segregation und Verfolgung, die sich gegen die palästinensische Bevölkerung als Ganzes aufgrund ihrer nicht-jüdischen Identität und ihres nationalen Status richtet. Dieser Bericht dokumentiert "unmenschliche und inhumane Handlungen, schwere Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen nach internationalem Recht, die gegen die palästinensische Bevölkerung in der Absicht begangen wurden, dieses System der Unterdrückung und Beherrschung aufrechtzuerhalten.

Amnesty International hat insbesondere die unmenschlichen Handlungen der gewaltsamen Verbringung, der administrativen Inhaftierung und der Folter, der rechtswidrigen Tötungen und schweren Verletzungen sowie der Verweigerung grundlegender Freiheiten oder der Verfolgung der palästinensischen Bevölkerung in Israel und in den OPT untersucht. Die Organisation ist zu dem Schluss gekommen, dass die von Israel begangenen verbotenen Handlungen Teil eines systematischen und weit verbreiteten Angriffs auf die palästinensische Bevölkerung sind und dass die im Rahmen dieses Angriffs begangenen unmenschlichen oder unmenschlichen Handlungen in der Absicht begangen wurden, dieses System aufrechtzuerhalten, und sowohl nach der Apartheid-Konvention als auch nach dem Römischen Statut den Tatbestand der Apartheid erfüllen.

7. 1. 2 RECHTSMITTEL

Es gibt Rechtsmittel, auch auf internationaler Ebene, um zumindest teilweise gegen das System und das Verbrechen der Apartheid vorzugehen, das Israel gegen die Palästinenser betreibt.

Der Staat Palästina unternimmt einen solchen Versuch im Rahmen des UN-Menschenrechtssystems. Am 23. April 2018 reichte der Staat Palästina eine der ersten zwischenstaatlichen Mitteilungen gegen Israel beim CERD ein. Die Mitteilung wurde gemäß Artikel 11(1) des ICERD eingereicht, der Folgendes vorsieht:

Ist ein Vertragsstaat der Auffassung, dass ein anderer Vertragsstaat die Bestimmungen dieses Übereinkommens nicht einhält, so kann er die Angelegenheit dem Ausschuss zur Kenntnis bringen. Der Ausschuss übermittelt dann die Mitteilung an den betreffenden Vertragsstaat. Innerhalb von drei Monaten legt der Empfangsstaat dem Ausschuss schriftliche Erläuterungen oder Erklärungen vor, die die Angelegenheit und die von diesem Staat gegebenenfalls getroffenen Abhilfemaßnahmen erläutern

In der zwischenstaatlichen Mitteilung des Staates Palästina heißt es, dass Israel "gegen Artikel 2,3, und 5 der Konvention in Bezug auf palästinensische Bürger, die in den besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Ostjerusalem, leben, verstoßen hat".

Die Klage stützt sich auf die Tatsache, dass das Verbot der Apartheid als System der institutionalisierten Diskriminierung den Staat Israel verpflichtet, "Rassentrennung und Apartheid zu verurteilen und sich zu verpflichten, alle Praktiken dieser Art in den Gebieten unter seiner Gerichtsbarkeit zu verhindern, zu verbieten und auszumerzen". Der CERD ist zu dem Schluss gekommen, dass Israel gegen Artikel 3 des ICERD verstoßen hat, obwohl es nicht ausdrücklich den Begriff "Apartheid" benutzt hat, und forderte Israel auf, alle Maßnahmen und Praktiken, die sich gegen nichtjüdische Gemeinschaften richten, und insbesondere "Maßnahmen oder Praktiken, die die palästinensische Bevölkerung schwer und unverhältnismäßig treffen" in Israel und den OPT zu beseitigen.

Nach Antworten und weiteren Erklärungen sowohl des Staates Israel als auch des Staates Palästina entschied der CERD am 12. Dezember 2019, dass er für die vom Staat Palästina eingereichte zwischenstaatliche Mitteilung zuständig sei. Am 30. April 2021 erklärte er die zwischenstaatliche Mitteilung des Staates Palästina für zulässig und ersuchte seinen Vorsitzenden gemäß Artikel 12 Absatz 1 des ICERD, die Mitteilung an eine Ad-hoc-Schlichtungskommission weiterzuleiten.

Ein weiteres Mittel sind Ermittlungen und Strafverfolgungen, da das Verbrechen der Apartheid gegen die Menschlichkeit eine individuelle internationale strafrechtliche Verantwortung nach sich zieht, die für Einzelpersonen, Mitglieder von Organisationen und Vertreter des Staates gilt, die das Verbrechen der Apartheid begehen und daran beteiligt sind. Daher können und sollten alle, die für die Begehung des Verbrechens der Apartheid gegen die Menschlichkeit zuständig sind, einschließlich Israel selbst, die palästinensischen Behörden, die internationale Gemeinschaft und der IStGH, die Begehung dieser Verbrechen untersuchen. Wenn ein begründeter Verdacht besteht, dass Einzelne die strafrechtliche Verantwortung für die Begehung dieser Straftaten tragen, können und sollten sie deren Strafverfolgung sicherstellen.

Die Staaten können die universelle Gerichtsbarkeit über alle Personen ausüben, die im begründeten Verdacht stehen, das völkerrechtliche Verbrechen der Apartheid begangen zu haben. Artikel IV und V der Apartheid-Konvention verpflichten die Vertragsstaaten zur Ausübung der universellen Gerichtsbarkeit über das Verbrechen der Apartheid gegen die Menschlichkeit. Der Artikelentwurf der Völkerrechtskommission über die Verhütung und Bestrafung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit von 2019 sieht vor, dass "der Staat, in dessen Hoheitsgebiet sich der mutmaßliche Täter befindet, den Fall seinen zuständigen Behörden zum Zwecke der Strafverfolgung unterbreitet,

wenn er die Person nicht an einen anderen Staat oder ein zuständiges internationales Strafgericht ausliefert oder übergibt."

Die Verpflichtung zur Ausübung der universellen Gerichtsbarkeit für die Vertragsstaaten der Apartheid-Konvention schließt die Verpflichtung ein, Nicht-Staatsangehörige wegen des Verbrechens der Apartheid, das im Hoheitsgebiet eines Nicht-Vertragsstaates begangen wurde, strafrechtlich zu verfolgen, wenn sich der Beschuldigte im Hoheitsbereich eines Vertragsstaates befindet. Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, die für das Verbrechen der Apartheid verantwortlichen Personen strafrechtlich zu verfolgen, vor Gericht zu stellen und zu bestrafen, was bedeutet, dass die Staaten unverzügliche, wirksame und unparteiische strafrechtliche Ermittlungen durchführen müssen, wenn ihnen begründete Beweise dafür vorliegen, dass eine Person in ihrem Hoheitsgebiet oder unter ihrer Kontrolle im begründeten Verdacht steht, strafrechtlich verantwortlich zu sein.

Die Apartheid-Konvention sieht auch vor, dass die Vertragsstaaten der Konvention verpflichtet sind, "die Auslieferung in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften und den geltenden Verträgen zu gewähren". Diese Bestimmung kommt einer Verpflichtung der Vertragsstaaten gleich, Personen auszuliefern, wenn dies zum Zwecke der Strafverfolgung wegen des völkerrechtlichen Verbrechens der Apartheid beantragt wird. In Verbindung mit der Verpflichtung der Vertragsstaaten in den Artikeln IV und V begründet die Konvention die völkerrechtliche Verpflichtung der Staaten, Personen, die schwere internationale Verbrechen begehen, zu verfolgen, wenn kein anderer Staat die Vertragsstaaten der Konvention um Auslieferung ersucht hat (aut dedere aut iudicare-Verpflichtungen).

Die Vertragsstaaten des Römischen Statuts haben bekräftigt, "dass die schwersten Verbrechen, die für die gesamte internationale Gemeinschaft von Belang sind, nicht ungestraft bleiben dürfen und dass ihre wirksame Verfolgung durch Maßnahmen auf nationaler Ebene und durch verstärkte internationale Zusammenarbeit gewährleistet werden muss". Das Römische Statut sieht auch vor, "dass es die Pflicht jedes Staates ist, seine Strafgerichtsbarkeit über die für internationale Verbrechen Verantwortlichen auszuüben". In Anbetracht dieser Bestimmungen sollten die Vertragsstaaten des Römischen Statuts sicherstellen, dass sie die Täter des Verbrechens der Apartheid gegen die Menschlichkeit im Einklang mit ihren im Römischen Statut eingegangenen Verpflichtungen untersuchen und strafrechtlich verfolgen.

Der Staat Palästina ist am 2. Januar 2015 dem Römischen Statut beigetreten und hat die Zuständigkeit des IStGH für mutmaßliche Verbrechen, einschließlich Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die in den "besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Ostjerusalems, seit 13. Juni 2014" begangen wurden, anerkannt. Am 16. Januar 2015 kündigte der Ankläger des IStGH die Einleitung einer vorläufigen Untersuchung der "Situation in Palästina" an um festzustellen, ob die Kriterien des Römischen Statuts für die Einleitung einer Untersuchung durch den IStGH gemäß den Verfahren des Gerichtshofs erfüllt sind.

Am 15. Mai 2018 reichte der Staat Palästina einen Antrag gemäß Artikel 13(a) und 14 des Römischen Statuts ein. Darin wurde der Ankläger ersucht, "in Übereinstimmung mit der zeitlichen Zuständigkeit des Gerichtshofs, vergangene, gegenwärtige und zukünftige Verbrechen, die in die Zuständigkeit des Gerichtshofs fallen und in allen Teilen des Territoriums des Staates Palästina begangen wurden, zu untersuchen". Am 20. Dezember 2019 kam der IStGH-Ankläger zu dem Schluss, dass "alle gesetzlichen Kriterien des Römischen Statuts für die Einleitung einer Untersuchung ... der Lage in Palästina" erfüllt seien, ersuchte jedoch die Vorverfahrenskammer um eine Entscheidung über "den Umfang der territorialen Zuständigkeit" des IStGH in Palästina. Am 5. Februar 2021 kam die Vorverfahrenskammer zu dem Schluss, dass der IStGH feststellt, dass sich "die territoriale Zuständigkeit des Gerichtshofs für die Situation in Palästina auf die von Israel seit 1967 besetzten Gebiete, nämlich den Gazastreifen und das Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, erstreckt", und öffnete den Weg für eine Untersuchung der Verbrechen, die in den OPT seit dem 13. Juni 2014 begangen wurden. Am 3. März 2021 kündigte die Staatsanwältin an, dass ihr Büro eine Untersuchung der im OPT begangenen Verbrechen nach dem Römischen Statut einleiten werde.

Der IStGH ist zwar für die im OPT begangenen Verbrechen nach dem Römischen Statut zuständig, nicht aber für die in Israel selbst begangenen Verbrechen. Der UN-Sicherheitsrat hat jedoch die Befugnis, den IStGH zu beauftragen, sich mit dem Fall zu befassen, wenn es den Anschein hat, dass eines oder mehrere der im Römischen Statut genannten Verbrechen begangen wurden, wozu auch das Verbrechen der Apartheid gegen die Menschlichkeit (gemäß der Definition im Römischen Statut) gehört, und zwar unabhängig davon, ob der betreffende Staat Vertragspartei des Römischen Statuts ist oder nicht.

Das Recht auf Wahrheit verpflichtet Israel, Menschenrechtsverletzungen unverzüglich, unparteiisch und wirksam zu untersuchen und dafür zu sorgen, dass die Wahrheit über die Apartheid und die Menschenrechtsverletzungen öffentlich gemacht wird. Das Recht auf Gerechtigkeit erfordert Abhilfe bei Menschenrechtsverletzungen und verpflichtet Israel und die internationale Gemeinschaft, Straflosigkeit zu bekämpfen und die Täter durch faire Gerichtsverfahren vor Gericht zu stellen.

Schließlich beinhaltet das Recht auf Wiedergutmachung ein Recht der Opfer auf vollständige, unverzügliche und wirksame Entschädigung, Rückgabe, Rehabilitation, Genugtuung und Garantien der Nichtwiederholung. Während "Wiedergutmachung" oft mit Entschädigung oder der Gewährung bestimmter Ausgleichsleistungen als Reaktion auf ein Unrecht gleichgesetzt wird, sind die Verfahrensrechte auf eine Untersuchung, auf Wahrheit und auf Gerechtigkeit ebenso von zentraler Bedeutung für die Wiedergutmachung. Das Recht auf Wiedergutmachung für Verstöße gegen völkerrechtliche Verpflichtungen sind im Völkergewohnheitsrecht anerkannt. Das Recht des Einzelnen auf einen wirksamen Rechtsbehelf und eine wirksame Wiedergutmachung bei Menschenrechtsverletzungen findet man in vielen internationalen Verträgen und anderen völkerrechtlichen Instrumenten.

Die UN-Grundprinzipien und -Leitlinien für das Recht auf Entschädigung und Wiedergutmachung für Opfer grober Verletzungen der internationalen Menschenrechtsnormen und schwerwiegender Verletzungen des humanitären Völkerrechts "stellen ein zeitgemäßes und nützliches Instrument für die Umsetzung der Rechte der Opfer auf nationaler Ebene sowie einen Maßstab für internationale Gremien wie den Internationalen Strafgerichtshof dar". Sie sehen auch vor, dass die Opfer im Einklang mit dem innerstaatlichen Recht und dem Völkerrecht eine vollständige und wirksame Wiedergutmachung, einschließlich Restitution, Entschädigung, Rehabilitation, Satisfaktion und Garantien der Nichtwiederholung erhalten sollten.

Israel ist zwar nicht Vertragspartei des Römischen Statuts, aber jeder internationale Strafprozess, der die individuelle strafrechtliche Verantwortung für das Verbrechen der Apartheid gegen die Menschlichkeit verfolgt, sollte Wiedergutmachung für die Opfer in ähnlicher Weise bereitstellen, wie in Artikel 75 des Römischen Statuts festgelegt. Die Wiedergutmachung im Rahmen eines internationalen Strafverfahrens sollte die für schwere Straftaten Verantwortlichen verpflichten, den Schaden, den sie den Opfern zugefügt haben, wiedergutzumachen, und ein Gerichtsverfahren ermöglichen, das sicherstellt, dass die Täter für ihre Taten Rechenschaft ablegen. Sie sollten auch - soweit möglich - das durch Völkerrechtsverbrechen verursachte Leid lindern, den Opfern Gerechtigkeit verschaffen, indem sie die Folgen der unrechtmäßigen Handlungen mildern und von künftigen Verstößen absehen.

7. 1. 3. UNTÄTIGKEIT DER INTERNATIONALEN GEMEINSCHAFT

Trotz der bestehenden Rechtsmittel und der anderen Maßnahmen, die hätten ergriffen werden können, hat die internationale Gemeinschaft mehr als sieben Jahrzehnte tatenlos zugeesehen, wie

Israel freie Hand hatte die Palästinenser zu enteignen, abzusondern, zu kontrollieren, zu unterdrücken und zu beherrschen. Die zahlreichen Resolutionen des UN-Sicherheitsrats, die im Laufe der Jahre verabschiedet wurden, wurden nicht erfüllt, und Israel musste außer pauschalen Verurteilungen keine Konsequenzen für seine völkerrechtswidrigen Handlungen fürchten.

Ohne sinnvolle Maßnahmen zu ergreifen, um Israel für seine systematischen und weit verbreiteten Verletzungen und Verbrechen gegen die palästinensische Bevölkerung nach dem Völkerrecht zur Rechenschaft zu ziehen, hat die internationale Gemeinschaft dazu beigetragen, die internationale Rechtsordnung zu untergraben, und hat Israel ermutigt, weiterhin ungestraft Verbrechen zu begehen. Tatsächlich haben einige Staaten Israels Verstöße aktiv unterstützt, indem sie es mit Waffen, Ausrüstung und anderen Instrumenten zur Begehung von Verbrechen gegen das Völkerrecht versorgt und ihm diplomatischen Schutz gewährt haben, auch im UN-Sicherheitsrat, um es vor der Rechenschaftspflicht zu schützen. Damit haben sie das palästinensische Volk völlig im Stich gelassen und die Lebenserfahrung der Palästinenser als Menschen mit weniger Rechten und einem niedrigeren Status gegenüber jüdischen Israelis nur noch verschlimmert.

Indem man die israelischen Übergriffe auf Palästinenser im besetzten Westjordanland und im Gazastreifen lediglich im Rahmen des humanitären Völkerrechts und getrennt von den Übergriffen auf Palästinenser in Israel behandelt hat, wurde versäumt, den Konflikt an der Wurzel zu bekämpfen und den Opfern in irgendeiner Form Rechenschaft und Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

7. 2 EMPFEHLUNGEN

In Anbetracht dieser Schlussfolgerungen richtet Amnesty International die folgenden weitreichenden Empfehlungen an die israelischen Behörden und andere relevante Akteure, um das System der Apartheid gegen Palästinenser zu beseitigen und die damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen zu beenden.

Amnesty International übermittelt den israelischen Behörden Empfehlungen, die sich auf Gesetze, Praktiken und politische Maßnahmen in Bezug auf Palästinenser im Allgemeinen sowie auf die einzelnen Kontrollbereiche - Israel, Ostjerusalem, das übrige Westjordanland und den Gazastreifen - und auf palästinensische Flüchtlinge außerhalb Israels und der OPT beziehen. Der Bericht enthält auch einige Empfehlungen für die palästinensischen Behörden.

Angesichts des Ausmaßes und der Schwere der in diesem Bericht dokumentierten Menschenrechtsverletzungen fordert sie die internationale Gemeinschaft außerdem auf, ihre Haltung zum israelisch-palästinensischen Konflikt dringend und drastisch zu ändern und das ganze Ausmaß der Verbrechen anzuerkennen, die Israel am palästinensischen Volk begeht. Auf dieser Grundlage, gibt Amnesty International Empfehlungen an UN-Gremien, die Anklagebehörde des IStGH, andere Regierungen und regionale Akteure, Unternehmen sowie nationale und internationale humanitäre und Entwicklungsorganisationen.

Insbesondere die UNO muss alle Maßnahmen ergreifen, um die Rechte der Palästinenser, die durch das in Israel und den OPT errichtete Apartheidsystem verletzt wurden, angemessen zu gewährleisten. Zu diesem Zweck müssen sie Druck auf die israelische Regierung ausüben, damit diese das System der Unterdrückung und Beherrschung aufhebt und allen, deren Rechte verletzt wurden, individuelle Rechtsmittel und Wiedergutmachung gewährt.

Die Abschaffung dieses entsetzlichen Apartheidsystems ist für die Millionen Palästinenser, die weiterhin in Israel und den OPT leben, sowie für die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge, die weiterhin in der Region vertrieben werden, von entscheidender Bedeutung, damit sie ihre grundlegenden Menschenrechte frei von Diskriminierung wahrnehmen können.

7. 2.1 ISRAELISCHE BEHÖRDEN

- Beendigung des Apartheidsystems durch Abschaffung der Maßnahmen zur Diskriminierung, Segregation und Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung, die zur Zeit im Einsatz sind und Überprüfung aller Gesetze, Verordnungen, Strategien und Praktiken, die eine Diskriminierung aus rassistischen, ethnischen oder religiösen Gründen darstellen, und Aufhebung oder Änderung dieser Gesetze, um sie mit den internationalen Menschenrechtsnormen und -standards in Einklang zu bringen, , insbesondere in Bezug auf Israels Verpflichtungen,, den Grundsatz der Nichtdiskriminierung nach dem Völkerrecht zu gewährleisten.
- Gewährung gleicher und uneingeschränkter Menschenrechte für alle Palästinenser in Israel und den OPT im Einklang mit den Grundsätzen der internationalen Menschenrechtsnormen und ohne Diskriminierung, bei gleichzeitiger Wahrung des Schutzes, der den Palästinensern in den OPT durch das humanitäre Völkerrecht garantiert wird.
- Sofortige Anweisung an die Mitglieder aller staatlichen Behörden, alle völkerrechtswidrigen Handlungen zu beenden und in Zukunft zu unterlassen, einschließlich der gewaltsamen Umsiedlung der Bevölkerung, der willkürlichen Verhaftung, der Administrativhaft, der Folter und anderer Misshandlungen, der rechtswidrigen Tötungen und der Zufügung von Verletzungen sowie der Einschränkung anderer Grundrechte, wie der willkürlichen Einschränkung der Bewegungs- und Aufenthaltsfreiheit der Palästinenser in ihren Gemeinden, ihres Rechts auf Familienleben und ihres Rechts auf Zugang zum Lebensunterhalt, zu Wohnraum, Nahrung, Wasser, grundlegenden Gesundheitsdiensten und Bildung.
- Suspendierung vom aktiven Dienst für Militärs oder Beamte, die im Verdacht stehen, schwere Verstöße gegen das Völkerrecht angeordnet oder begangen zu haben, bis die Untersuchungen abgeschlossen sind.
- Ausarbeitung klarer Leitlinien, die Strafverfolgungsbeamte zur Meldung von Missbrauch und Sicherstellung, dass Offiziere auf allen Ebenen der Befehlskette Kenntnisse von diesen Leitlinien haben und zu deren Durchsetzung verpflichtet werden, wobei bei Nichtmeldung oder Vertuschung und Verstößen oder Fehlverhalten von Sicherheitskräften nach einem fairen Verfahren Strafen verhängt werden.
- Anordnung sofortiger, unparteiischer, unabhängiger und wirksamer Untersuchungen aller Vorwürfe von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und anderer schwerer Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Beamte und Akteure. Wenn genügend zulässige Beweise vorliegen, sollten die Personen, die im begründeten Verdacht stehen, individuell strafrechtlich verantwortlich zu sein, einschließlich der Verantwortung für die Befehlsgewalt, in einem Verfahren vor Gericht gestellt werden, das internationalen Standards der Fairness entspricht.
- Ziehen Sie jede Privatperson zur Rechenschaft, die die Wahrnehmung der Rechte anderer verhindert oder anderweitig zu behindern versucht.
- Lassen Sie Opfern von Menschenrechtsverletzungen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und schwerwiegenden Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht - und ihren Familien - volle Wiedergutmachung zukommen. Diese sollten die Rückgabe und Entschädigung für alle auf

rassistischer Grundlage erworbenen Besitztümer umfassen, einschließlich der Rückgabe und Entschädigung für Besitztümer, die vom Custodian of Absentee Property beschlagnahmt wurden.

•Beitritt zum Apartheid-Konvention und zum Römischen Statut, Abgabe einer Erklärung, in der die Zuständigkeit des IStGH seit 1. Juli 2002 anerkannt wird, und Übernahme der Bestimmungen dieser Verträge in das innerstaatliche Recht.

SPEZIELL IN BEZUG AUF ISRAEL

•Aufhebung oder wesentliche Änderung von Gesetzen, die die Diskriminierung palästinensischer Bürger Israels erleichtern, einschließlich des Nationalstaatsgesetzes.

•Verfassungsmäßiger Schutz des Grundsatzes der Nichtdiskriminierung durch Aufnahme in die israelischen Grundgesetze.

•Einführung spezifischer Schutzmaßnahmen, um sicherzustellen, dass niemandem willkürlich die Staatsbürgerschaft entzogen wird, u. a. durch Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes von 1952.

•Beendigung von Maßnahmen, die die Familienzusammenführung von Palästinensern verhindern, Verzicht auf die Verabschiedung einer Neufassung des Gesetzes über die Staatsbürgerschaft und die Einreise nach Israel, das von 2003 bis 2021 in Kraft war, und Gewährleistung, dass die Bearbeitung von Anträgen auf Familienzusammenführung für Ehepartner und Kinder israelischer Staatsbürger und palästinensischer Einwohner Jerusalems und der OPT nach dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung erfolgt, wobei jeder Fall einzeln und nach seiner Eignung geprüft wird.

•Sicherstellung der Beendigung der Diskriminierung bei der Ausübung des Rechts aller Menschen auf Teilnahme am öffentlichen Leben, einschließlich des Rechts, zu wählen und sich zur Wahl zu stellen. Ergreifen Sie insbesondere wirksame Maßnahmen zur Aufstockung der Vertretung und Beteiligung von Minderheiten an Entscheidungsprozessen und Verzicht auf deren Ausschluss aus diskriminierenden Gründen, z. B. aufgrund ihrer politischen Überzeugung.

•Aufhebung diskriminierender Maßnahmen, die Diskriminierung palästinensischer Bürger Israels aufgrund des Militärdienstes beim Zugang zu sozialen und wirtschaftlichen Leistungen oder bestimmten Formen der Arbeit in Israel zulassen.

•Angemessene Bestimmungen zur Gewährleistung von Nichtdiskriminierung, Transparenz und Rechenschaftspflicht bei der Verteilung und Nutzung von staatlichem Land in Israel und Reform der Rolle und/oder des Aufgabenbereichs quasi-staatlicher jüdischer Einrichtungen, um dieses Ziel zu erreichen.

• Gewährleistung angemessener Rechtsbehelfe, einschließlich gerechter Entschädigung und Rückgabe, für alle Personen, deren Land unrechtmäßig als Staatsland enteignet wurde.

• Aufhebung oder Änderung diskriminierender Gesetze und Strategien, die die Zonierung und Zuteilung von Land in Israel regeln, und Gewährleistung, dass diese Gesetze und Strategien in einer Weise umgesetzt werden, die das Verbot der Diskriminierung aus Gründen der Rasse, der Religion, der nationalen oder ethnischen Herkunft und der Abstammung respektiert.

- Aufhebung aller noch ausstehenden Räumungs- und Abrissanordnungen und Einführung eines Moratoriums für künftige Räumungen und Abrisse, bis das Gesetz in einer Weise geändert wird, die internationalen Standards entspricht und somit gewährleistet, dass Palästinenser nicht mehr zwangsgeräumt werden.
- Unverzügliche Gewährleistung einer Anerkennung und eines eigenen Status für die nicht anerkannten Dörfer im Negev/Naqab. Den Bewohnern dieser Dörfer sollte Rechtssicherheit gewährt werden. Allen Bewohnern muss ein nachhaltiger Zugang zu sicherem Trinkwasser, Elektrizität, Kanalisation, Abwasser, Müllentsorgung, Notdiensten, medizinischer Versorgung und Bildung garantiert werden. Bemühungen, die Bewohner nicht anerkannter Dörfer gewaltsam zu vertreiben, sollten sofort eingestellt werden.
- Gewährleistung des Zugangs zu wirksamen Entschädigungs- und Wiedergutmachungsmaßnahmen für diejenigen, deren Häuser aufgrund diskriminierender Maßnahmen abgerissen wurden.
- Sicherstellung, dass palästinensische Bürger Israels, insbesondere im Negev/Naqab, gleichberechtigten Zugang zu Land, kommunalen Ressourcen, Wasser und Elektrizität haben, die für ihre wirtschaftliche Entwicklung erforderlich sind, einschließlich der Entwicklung ihrer industriellen, landwirtschaftlichen und sonstigen Tätigkeiten, die für die Wahrnehmung ihrer Rechte auf einen angemessenen Lebensstandard, Wasser, Nahrung, angemessenen Wohnraum, Gesundheit und Arbeit erforderlich sind.
- Sicherstellung des gleichberechtigten Zugangs zu staatlichen Ressourcen und Finanzmitteln im Zusammenhang mit dem Zugang zu Lebensunterhalt, Gesundheit und Bildung, unabhängig von Rasse, Nationalität, Religion oder Geschlecht.
- Einrichtung eines offiziellen Überwachungsmechanismus, der sicherstellt, dass die Programme und Dienstleistungen in den Bereichen Lebensunterhalt, Gesundheit und Bildung in Israel frei von Diskriminierung umgesetzt werden.

SPEZIELL IN BEZUG AUF OSTJERUSALEM

- Sofortige Einstellung aller Siedlungsaktivitäten als erster Schritt zur Auflösung aller israelischen Siedlungen und der dazugehörigen Infrastruktur in Ostjerusalem und Umsiedlung der in diesen Siedlungen lebenden israelischen Zivilbevölkerung in Gebiete außerhalb der OPT.
- Beendigung der willkürlichen Entziehung der Aufenthaltsgenehmigung für palästinensische Einwohner in Ostjerusalem.
- Einrichtung eines Mechanismus zur unverzüglichen Überprüfung von Fällen des willkürlichen Entzugs des Aufenthaltsrechts nach dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung.
- Wiederaufnahme der Bearbeitung von Anträgen auf Familienzusammenführung für Familien, zu denen palästinensische Einwohner der übrigen OPT gehören, und zwar zügig und ohne Diskriminierung. Einrichtung eines Mechanismus zur unverzüglichen Bearbeitung des Rückstands von Tausenden von Anträgen und zur erneuten Prüfung von Anträgen, die vor der Aussetzung der Antragsbearbeitung abgelehnt wurden, nach dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung.
- Sofortige Einstellung der Zerstörung von Häusern, Grundstücken und anderem Eigentum ohne absolute militärische Notwendigkeit, wie es das humanitäre Völkerrecht vorschreibt. Jeder, dessen Eigentum unrechtmäßig zerstört wurde, ohne dass er vorher angemessen informiert wurde und ohne

dass er die Möglichkeit hatte, die Entscheidung vor einem Gericht anzufechten, sollte eine Entschädigung erhalten und, wenn möglich, sein Eigentum an derselben Stelle wieder aufbauen dürfen.

- Übertragung der Verantwortung für die Planungs- und Baupolitik und die Bauvorschriften in Ostjerusalem auf die lokalen palästinensischen Gemeinden.
- Ermöglichung des Zugangs der palästinensischen Einwohner Ostjerusalems, insbesondere derjenigen jenseits des Zauns/der Mauer, zu ihrem Land, kommunalen Ressourcen, Wasser und Strom, die für ihre wirtschaftliche Entwicklung erforderlich sind, einschließlich der Entwicklung ihrer industriellen und landwirtschaftlichen Tätigkeiten und anderer Aktivitäten, die notwendig sind, um ihr Recht auf einen angemessenen Lebensstandard, Wasser, Nahrung, angemessenen Wohnraum, Gesundheit und Arbeit wahrzunehmen.
- Sicherstellen, dass die Palästinenser in Ostjerusalem ihre sozialen und wirtschaftlichen Rechte auf Lebensunterhalt, Gesundheitsfürsorge und Bildung ohne unnötige Hindernisse wahrnehmen können, und Beendigung aller diskriminierenden und restriktiven Maßnahmen, die ihren Zugang zu diesen Rechten behindern könnten.

SPEZIELL FÜR DEN REST DES WESTJORDANLANDES

- Sofortige Einstellung aller Siedlungsaktivitäten als ersten Schritt zur Auflösung aller israelischen Siedlungen und der dazugehörigen Infrastruktur im Westjordanland und zur Umsiedlung der in diesen Siedlungen lebenden israelischen Zivilisten außerhalb der OPT. Sofortige Beendigung der Politiken und Praktiken, die den israelischen Siedlern im Westjordanland einen privilegierten Zugang zu Ressourcen gewähren.
- Wiederaufnahme des Verfahrens der Familienzusammenführung für ausländische Ehepartner und Familien von palästinensischen Einwohnern des Westjordanlandes, und zwar zügig und ohne Diskriminierung.
- Errichtung eines Mechanismus zur raschen Bearbeitung des Rückstands von Tausenden von Anträgen und nach dem Grundsatz der Nicht-Diskriminierung erneute Überprüfung von Anträgen, die vor Aussetzung der Antragsbearbeitung abgelehnt wurden.
- Sicherstellung des Rechts der Palästinenser auf Bewegungsfreiheit ohne jegliche Diskriminierung durch Beendigung des Absperregimes in seiner derzeitigen Form sowie anderer Formen der Einschränkung der Bewegung des Personen- und Warenverkehrs, die auf Kollektivstrafen hinauslaufen. Sicherstellen, dass Bewegungseinschränkungen nur dann verhängt werden, wenn sie absolut notwendig sind, um auf eine spezifische Sicherheitsbedrohung zu reagieren, oder aus anderen zwingenden Gründen, und dass sie in Bezug auf ihre Auswirkungen und Dauer nicht diskriminierend und verhältnismäßig sind und nicht gegen ganze Gemeinschaften gerichtet sind.
- Sofortige Einstellung des Zaun-/ Mauer-Baus im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalems, der zu unrechtmäßigen Einschränkungen des Rechts auf Bewegungsfreiheit der Palästinenser und zur willkürlichen Zerstörung oder Beschlagnahmung ihrer Häuser und ihres Eigentums führt und andere Rechte untergräbt, darunter das Recht auf angemessenen Wohnraum, auf Arbeit, auf einen angemessenen Lebensstandard und auf Achtung des Familienlebens. Die bereits errichteten Abschnitte des Zauns/der Mauer, die diese Rechte verletzen, sollten entfernt werden.
- Sofortige Einstellung der Zerstörung von Häusern, Grundstücken und anderem Eigentum ohne absolute militärische Notwendigkeit, wie es das humanitäre Völkerrecht vorschreibt. Jeder, dessen Eigentum unrechtmäßig zerstört wurde, ohne dass er vorher angemessen informiert wurde und ohne

dass er die Möglichkeit hatte, die Entscheidung vor einem Gericht anzufechten, sollte eine Entschädigung erhalten und, wenn möglich, sein Eigentum an derselben Stelle wieder aufbauen dürfen.

- Übertragung der Verantwortung für die Planungs- und Baupolitik und die entsprechenden Vorschriften im Westjordanland auf die lokalen palästinensischen Gemeinden.
- Ermöglichung des Zugangs der palästinensischen Bevölkerung zu den natürlichen Ressourcen im Westjordanland, einschließlich fruchtbarem Ackerland, Wasser, Öl- und Gasvorkommen, Steinen und Mineralien aus dem Toten Meer, zur Befriedigung ihrer persönlichen und häuslichen Bedürfnisse und für ihre wirtschaftliche Entwicklung, einschließlich der Entwicklung ihrer industriellen und landwirtschaftlichen Tätigkeiten sowie anderer Tätigkeiten, die erforderlich sind, um ihr Recht auf einen angemessenen Lebensstandard, auf Wasser, Nahrung, angemessenen Wohnraum, Gesundheit und Arbeit wahrzunehmen.
- Sicherstellen, dass die Palästinenser im Westjordanland ihre sozialen und wirtschaftlichen Rechte auf Lebensunterhalt, Gesundheitsfürsorge und Bildung ohne unangemessene Hindernisse wahrnehmen können, und Beendigung aller diskriminierenden und restriktiven Maßnahmen, die ihren Zugang zu diesen Rechten behindern könnten.-

SPEZIELL FÜR DEN GAZASTREIFEN

- Aufhebung der Blockade des Gazastreifens und anderer Formen willkürlicher Einschränkungen der Bewegungsfreiheit von Menschen und Gütern, die zu kollektiver Bestrafung führen. Jede Einschränkung darf nur auferlegt werden, wenn sie notwendig ist, um auf Sicherheitsbedrohungen zu reagieren, wenn sie nicht diskriminierend und verhältnismäßig in Bezug auf ihre Auswirkungen und Dauer ist und gegen namentlich genannte Personen und nicht gegen ganze Gemeinschaften verhängt wird.
- Erlauben Sie die ungehinderte Einfuhr von Hilfsgütern, Treibstoff, Strom und anderen lebensnotwendigen Gütern nach Gaza.
- Ermöglichen Sie die Ausreise aller Patienten, die eine medizinische Behandlung benötigen, die im Gazastreifen nicht verfügbar ist, und garantieren Sie, dass diese nach ihrer Behandlung zurückkehren dürfen.
- Lassen Sie dringend das für den Bau und die Reparatur von Wasser- und Sanitäreinrichtungen benötigte Material und die Ausrüstung sowie die für den Betrieb dieser Anlagen erforderlichen Treibstoffmengen in den Gazastreifen einführen und stellen Sie sicher, dass Wasser unter keinen Umständen als politisches oder wirtschaftliches Druckmittel eingesetzt wird.
- Wiederaufnahme der Bearbeitung von Anträgen auf Familienzusammenführung für ausländische Ehepartner und Familien palästinensischer Bewohner des Gazastreifens, und zwar schnellstmöglich und ohne Diskriminierung.
- Errichtung eines Mechanismus zur raschen Bearbeitung des Rückstands von Tausenden von Anträgen und nach dem Grundsatz der Nicht-Diskriminierung erneute Überprüfung von Anträgen, die vor der Aussetzung der Antragsbearbeitung abgelehnt wurden
- Sofortige Einstellung der Zerstörung von Häusern, Grundstücken und anderem Eigentum ohne absolute militärische Notwendigkeit, wie es das humanitäre Völkerrecht vorschreibt. Jeder, dessen

Eigentum unrechtmäßig zerstört wurde, ohne dass er vorher angemessen informiert wurde und ohne dass er die Möglichkeit hatte, die Entscheidung vor einem Gericht anzufechten, sollte eine Entschädigung erhalten und, wenn möglich, sein Eigentum an derselben Stelle wieder aufbauen dürfen.

- Ermöglichung des Zugangs der palästinensischen Bevölkerung zu den natürlichen Ressourcen im Gazastreifen, einschließlich fruchtbarer landwirtschaftlicher Flächen sowie Fischerei-, Wasser-, Öl- und Gasressourcen, zur Befriedigung ihrer persönlichen und häuslichen Bedürfnisse und für ihre wirtschaftliche Entwicklung, einschließlich der Entwicklung ihrer Industrie und landwirtschaftlichen Tätigkeiten sowie anderer Tätigkeiten, die erforderlich sind, um ihr Recht auf einen angemessenen Lebensstandard, auf Wasser, Nahrung, angemessenen Wohnraum, Gesundheit und Arbeit wahrzunehmen.
- Sicherstellen, dass die Palästinenser im Gazastreifen ihre sozialen und wirtschaftlichen Rechte auf Lebensunterhalt, Gesundheitsversorgung und Bildung ohne unangemessene Hindernisse wahrnehmen können, und jegliche diskriminierende und restriktive Politik, die ihren Zugang zu diesen Rechten behindern könnte, zu unterbinden.

SPEZIELL IN BEZUG AUF PALÄSTINENSISCHE FLÜCHTLINGE AUSSERHALB ISRAELS UND der OPT

- Anerkennung des Rechts der palästinensischen Flüchtlinge und ihrer Nachkommen auf Rückkehr in die Häuser, in denen sie oder ihre Familien einst in Israel oder den OPT gelebt haben, sowie auf Rückgabe und Entschädigung und andere wirksame Rechtsmittel für den Verlust ihres Landes und ihres Eigentums.

7. 2. 2 PALÄSTINENSISCHE BEHÖRDEN

- Dokumentieren Sie je nach Erfordernis und im Einklang mit internationalen Standards die diskriminierenden Auswirkungen des israelischen Apartheidsystems auf die palästinensische Bevölkerung in den OPT, um den entsprechenden internationalen Gerichten und anderen Gremien Beweise für diese Auswirkungen vorzulegen.
- Stellen Sie sicher, dass Operationen und jegliche Art von Handel mit Israel, vor allem durch Sicherheitskoordination, nicht zur Aufrechterhaltung des Apartheidsystems gegen die Palästinenser in den OPT beitragen.

7. 2. 3. UN-MENSCHENRECHTSRAT

Als Rat und durch die von ihm geschaffenen Mandate:

- Beurteilung der Frage, ob die Verweigerung der Staatsangehörigkeit, die Einschränkungen der Bewegungs-, Versammlungs-, Vereinigungs- und Religionsfreiheit, der Teilnahme am öffentlichen Leben und des Zugangs zu Gesundheitsversorgung, Bildung, Lebensunterhalt, Wohnraum, Beschäftigung, Ernährungssicherheit sowie Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Verbrechen nach internationalem Recht darstellen, insbesondere ein Verbrechen der Apartheid gegen die Menschlichkeit.

- Empfehlungen und Hilfestellungen geben, um diese und andere Unterdrückungs- und Herrschaftssysteme zu beseitigen.

7.2.4 UN-SICHERHEITSRAT

- Verhängung gezielter Sanktionen, wie das Einfrieren von Vermögenswerten, gegen die am meisten in das Verbrechen der Apartheid involvierten israelischen Beamten.
- Verhängung eines umfassenden Waffenembargos gegen Israel. Das Embargo sollte die direkte und indirekte Lieferung, den Verkauf oder die Weitergabe, einschließlich des Transits und der Umladung aller Waffen, Munition und sonstiger militärischer und sicherheitsrelevanter Ausrüstung, einschließlich der Bereitstellung von Ausbildung und sonstiger militärischer und sicherheitsrelevanter Hilfe, umfassen.
- Sondierung von Möglichkeiten, die Täter von Verbrechen nach internationalem Recht vor Gericht zu stellen, insbesondere wenn Israel selbst nicht gegen die Verantwortlichen der Verbrechen gegen die Menschlichkeit und andere Menschenrechtsverletzungen an der palästinensischen Bevölkerung in Israel und den OPT ermittelt und diese gerichtlich verfolgt. Dazu könnte gehören, die gesamte Situation an den Internationalen Strafgerichtshof zu verweisen oder ein internationales Tribunal einzurichten, um mutmaßliche Täter von internationalen Verbrechen vor Gericht zu stellen.

7. 2. 5 UN-GENERALVERSAMMLUNG

- Wiedereinsetzung des Sonderausschusses gegen Apartheid, der ursprünglich mit der Resolution 1761(XVII) der UN-Generalversammlung vom 6. November 1962 eingesetzt wurde, um alle Situationen zu untersuchen, einschließlich Israel und die OPT, wo die schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen der Apartheid gegen die Menschlichkeit begangen werden, und um Druck auf die Verantwortlichen auszuüben, damit diese Systeme der Unterdrückung und Herrschaft abgeschafft werden.

7. 2. 6 STAATSANWALTSCHAFT DES ISTGH

- Prüfung der Anwendbarkeit des Verbrechens der Apartheid gegen die Menschlichkeit im Rahmen der laufenden förmlichen Untersuchung von Verbrechen nach internationalem Recht, die seit 13. Juni 2014 in den OPT begangen wurden.

7.2.7 ANDERE REGIERUNGEN UND REGIONALE AKTEURE

(insbesondere diejenigen, die enge diplomatische Beziehungen zu Israel unterhalten, wie die USA, die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten und das Vereinigte Königreich, sowie diejenigen, die im Begriff sind, ihre Beziehungen zu verstärken, wie einige arabische und afrikanische Staaten)

- Unterstützen Sie nicht das Apartheidsystem und leisten Sie keine Hilfe oder Unterstützung für die Aufrechterhaltung eines solchen Regimes, und arbeiten Sie mit, um diese unrechtmäßige Situation zu beenden.
- Sofortige Aussetzung der direkten und indirekten Lieferung, des Verkaufs oder der Weitergabe, einschließlich der Durchfuhr und des Transports aller Waffen, Munition und sonstiger militärischer und sicherheitsrelevanter Ausrüstung nach Israel, einschließlich der Bereitstellung von Ausbildung und sonstiger militärischer und sicherheitsrelevanter Hilfe.
- Führen Sie ein Verbot von Produkten aus israelischen Siedlungen auf Ihren Märkten ein und setzen Sie es durch, und regulieren Sie die in Ihrer Gerichtsbarkeit ansässigen Unternehmen so, dass die Tätigkeit von Unternehmen in Siedlungen oder der Handel mit Waren aus Siedlungen verboten wird.
- Ausübung der universellen Gerichtsbarkeit bei Ermittlungen gegen jede Person, die Ihrer Gerichtsbarkeit untersteht und die im begründeten Verdacht steht, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder andere Verbrechen nach dem Völkerrecht begangen zu haben. Stellen Sie sicher, dass alle Verfahren den internationalen Standards der Fairness entsprechen und nicht die Todesstrafe fordern oder verhängen. Es sollte keine zeitliche Begrenzung für die Verfolgung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit geben, noch sollte für solche Verbrechen Immunität vor Strafverfolgung oder Amnestie gewährt werden.
- Stellen Sie sicher, dass Ihr rechtlicher und institutioneller Rahmen eine wirksame Untersuchung und Verfolgung der Täter, die das Verbrechen der Apartheid gegen die Menschlichkeit begangen haben, ermöglicht.
- Nutzen Sie alle Ihnen zur Verfügung stehenden politischen und diplomatischen Mittel, um sicherzustellen, dass die israelischen Behörden die in diesem Bericht ausgesprochenen Empfehlungen umsetzen und dass die Menschenrechte in allen bilateralen und multilateralen Abkommen mit den israelischen Behörden eine zentrale Rolle spielen, indem Sie unter anderem mit der gebotenen Sorgfalt darauf achten, dass diese nicht zur Aufrechterhaltung des Apartheidsystems beitragen.
- Öffentlich anerkennen, dass in Israel und den OPT internationale Verbrechen, einschließlich des Verbrechens der Apartheid, begangen werden.

7. 2. 8 UNTERNEHMEN

- Angemessene Verfahren und Verhaltenskodizes in Übereinstimmung mit internationalen Standards einführen, um sicherzustellen, dass Ihre eigenen Aktivitäten in Israel und den OPT nicht zum System der Apartheid beitragen oder davon profitieren; solche Auswirkungen ansprechen, wenn sie auftreten, und die entsprechenden Aktivitäten einstellen, wenn sie nicht verhindert werden können.

7. 2. 9 NATIONALE UND INTERNATIONALE HUMANITÄRE UND ENTWICKLUNGSORGANISATIONEN

- Verstärkte Lobbyarbeit, sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich, bei der israelischen Regierung, um die Diskriminierung und Segregation von Palästinensern in Israel und den OPT durch Gesetze, Politik und Praktiken zu beenden, auch durch Lobbyarbeit bei Gebern.

- Strenge und fortlaufende Bewertung aller Projekte und Hilfen für Palästinenser, um sicherzustellen, dass sie in einer Weise durchgeführt werden, die die Diskriminierung und Segregation von Palästinensern nicht verfestigt, unterstützt oder aufrechterhält.
- Fortsetzung und Verstärkung der Bemühungen zur Bekämpfung der Diskriminierung von Palästinensern in Israel und den OPT, u.a. durch die Stärkung nationaler und internationaler Netzwerke, die sich mit diesen Fragen befassen.

**AMNESTY INTERNATIONAL
IST EINE WELTWEITE
BEWEGUNG FÜR DIE
MENSCHENRECHTE. WENN
EINER PERSON
UNGERECHTIGKEIT WIDERFÄHRT,
BETRIFFT DAS UNS ALLE.**



KONTAKTIEREN SIE UNS

info@amnesty.org

BETEILIGEN SIE SICH AM GESPRÄCH

www.facebook.com/AmnestyGlobal

+44 (0)20 74135500

@amnesty

**ISRAELISCHE APARTHEID GEGEN
PALÄSTINENSER**

GRAUSAMES HERRSCHAFTSSYSTEM UND VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT

Seit seiner Gründung im Jahr 1948 verfolgt Israel eine Politik, die darauf abzielt, eine jüdische demografische Hegemonie zu errichten und aufrechtzuerhalten und die Kontrolle über das Land zum Nutzen der jüdischen Israelis zu maximieren, während die Rechte der Palästinenser eingeschränkt und palästinensische Flüchtlinge an der Rückkehr in ihre Heimat gehindert werden. Im Jahr 1967 dehnte Israel diese Politik auf das Westjordanland und den Gazastreifen aus, die es seither besetzt hält.

Amnesty International hat die Absicht Israels analysiert, ein System der Unterdrückung und Beherrschung der Palästinenser zu schaffen und aufrechtzuerhalten, und die wichtigsten Bestandteile dieses Systems untersucht: territoriale Zersplitterung, Segregation und Kontrolle, Enteignung von Land und Eigentum sowie Verweigerung wirtschaftlicher und sozialer Rechte. Sie ist zu dem Schluss gekommen, dass dieses System einer Apartheid gleichkommt. Sie hat auch die rechtswidrigen Handlungen Israels gegen Palästinenser dokumentiert, die in der Absicht begangen wurden, dieses System aufrechtzuerhalten, einschließlich gewaltsamer Verlegungen, Administrativhaft und Folter, rechtswidriger Tötungen, Verweigerung grundlegender Rechte und Freiheiten und Verfolgung. Sie ist zu dem Schluss gekommen, dass diese Handlungen Teil eines systematischen und weit verbreiteten Angriffs gegen die palästinensische Bevölkerung sind und den Tatbestand der Apartheid erfüllen.

Israel muss dieses grausame System abschaffen, und die internationale Gemeinschaft muss Druck ausüben, damit es dies tut. Alle, die für die zur Aufrechterhaltung des Systems begangenen Verbrechen zuständig sind, sollten diese untersuchen.

Dies ist die Übersetzung aus dem englischen Original in die deutsche Sprache.

Fußnoten sind im englischen Original zu finden.

www.amnesty.ch/de/laender/naher-osten-nordafrika/israel-besetzte-gebiete/dok/2022/apartheid-gegen-die-palaestinenser-innen/report-israels-apartheid-against-palestinians.pdf

Übersetzt von Inga Gelsdorf

Formatierung Erhard Arendt – „[Das Palästina Portal](#)“

INDEX: MDE 15/5141/2022 FEBRUAR SPRACHE 2022: ENGLISCH
amnesty.org

